

**David Chiavacci,
Iris Wieczorek (Hrsg.)**

JAPAN 2012

Politik,
Wirtschaft
und Gesellschaft

Vereinigung für
sozialwissenschaftliche
Japanforschung e.V.



DAVID CHIAVACCI, IRIS WIECZOREK (HRSG.)
Japan 2012

David Chiavacci, Iris Wieczorek (Hrsg.)

Japan 2012

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

mit Beiträgen von

Georg Blind, Kerstin Cuhls, Winfried Flüchter, Katrin Gengenbach,
Phoebe Holdgrün, Florian Kohlbacher, Stefania Lottanti von Mandach,
K.-Ulrike Nennstiel, Takahiro Nishiyama, Manfred Pohl, Raffael Raddatz,
Cornelia Reiher, Anna Schrade, Christian Tagsold, Tim Tiefenbach,
Maria Trunk und Wilhelm Vosse

ISSN 0343-6950

ISBN 978-3-9812131-5-7

Copyright © 2012 Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung e.V.
(VSJF)

Editorial Board: Christoph Brumann (Max-Planck Institut für ethnologische Forschung, Halle), Manfred Pohl (Universität Hamburg, Em.), Frank Rövekamp (Fachhochschule Ludwigschafen am Rhein), Annette Schad-Seifert (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), Gabriele Vogt (Universität Hamburg).

Redaktion: David Chiavacci, Iris Wieczorek

Manuskriptbearbeitung: Lorenz Pagenkopf, Rainer Stobbe

Satz und Umschlag: Gabriel Lieberum, Jane Lindemann

Gesamtherstellung: Druck Service Nord

Japan 2012. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft /

hrsg. von David Chiavacci und Iris Wieczorek. – Berlin: VSJF, 2012. – 361 S.

ISSN 0343-6950

ISBN 978-3-9812131-4-0

VSJF



Das Netzwerk für Dialog und Forschung zum modernen Japan

Die 1988 gegründete Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung e.V. (VSJF) ist ein Netzwerk für die Förderung und den Austausch von Wissen über Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur des modernen Japan. Der konzeptionelle Schwerpunkt besteht im Diskurs zwischen den Sozialwissenschaften und der Japan-Forschung. Mit der Vernetzung von Fach- und Länderspezialisten hat die VSJF Möglichkeiten geschaffen, interdisziplinär wichtige Fragestellungen zum modernen Japan zu bearbeiten und die Ergebnisse regelmäßig der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Vereinigung ist parteipolitisch neutral und als gemeinnützig anerkannt. Für weitere Informationen siehe www.vsjf.net

Kerstin Cuhls

Der neunte Foresight-Prozess in Japan 2010:

Sind die Ergebnisse schon überholt?	49
1. Hintergrund der Foresight-Aktivitäten	50
2. Neunter Foresight-Prozess in Japan	52
2.1 Delphi-Studie und Ableitung einer Vision.. .. .	53
2.2 Zukunftsszenarien, die sich durch Forschung und Technologie eröffnen ..	57
2.3 Regionale Kompetenzen für »Green Innovation«.. .. .	58
3. Nutzung der Ergebnisse für die Prioritätensetzung	58
4. Schlussfolgerungen für die Ausgangsfrage	61

Anna Schrade

Aufwind für Japans Windkraft? Japans Windkraftsektor nach Fukushima.. .. 67

1. Einleitung.. .. .	68
2. Politische Rahmenbedingungen und marktwirtschaftliche Prozesse	70
2.1 Numerische Zielvorgaben für die Produktion von Windkraft	70
2.2 Grundlagenforschung	72
2.3 Interessensgemeinschaften (<i>advocacy coalitions</i>)	76
2.4 Premiumtarife (REFIT) und Quotensysteme (RPS)	78
3. Technische Faktoren (<i>technological factors</i>)	82
3.1 Abnahmeverpflichtungen von EE-Strom und Bilanzierungsmaßnahmen ..	82
3.2 Überregionale Stromnetze	83
4. Die Zukunft von Windkraft in Japan	84
5. Fazit	85

AUSSENPOLITIK

Wilhelm Vosse

Der DPJ-Ansatz zur Steigerung der diplomatischen Rolle Japans:

Japanische Außenpolitik 2011/2012	91
1. Überblick	91
2. Bilaterale Beziehungen	92
2.1 USA	92
2.2 China	93
2.3 Südkorea	94
2.4 Nordkorea	95
2.5 ASEAN.. .. .	96

2.6	Australien.. .. .	97
2.7	EU.. .. .	98
2.8	Russland	99
3.	Politikfelder	100
3.1	Sicherheitspolitik.. .. .	100
3.2	Handelspolitik	102
3.3	Entwicklungshilfe	103
4.	Ausblick	103

Raffael Raddatz

Japans Neuerfindung als »Umweltnation«: Nationalismus zwischen Isolation und internationaler Integration im Post-Fukushima-Japan 109

1.	Einleitung.. .. .	110
1.1	Nationalismus als Diskursfeld	111
2.	Japans Neuerfindung als »Umweltnation« in der 2000er Dekade	112
2.1	Auf dem Weg zur »Environmental Nation« – Japanische Politikinitiativen für eine Diplomatie ohne Waffen	112
2.2	»Im Einklang mit der Natur« – Intellektuelle re-imaginieren Japan	116
3.	Die Fukushima-Zäsur 2011 – Zwischen Technologieausbau und Naturrückkehr	119
3.1	TPP und die Renaissance des japanischen Wirtschaftsnationalismus.. .. .	119
3.2	Die Krise der »Umweltnation« nach Fukushima?.. .. .	121
4.	Conclusio – Japan als »umweltfreundliche Marke«	124

WIRTSCHAFT

Georg Blind und Stefania Lottanti von Mandach

Ansichtssache: Zum Zustand der japanischen Wirtschaft nach

Doppelschlag und Dreifach-Katastrophe.. .. . 131

1.	Einleitung.. .. .	132
2.	Jüngste konjunkturelle Entwicklung	132
3.	Japanische Staatsverschuldung: Eine Frage der Perspektive.. .. .	133
4.	Steigende Integration der japanischen Wirtschaft in den Welthandel.. .. .	136
5.	Exportindustrie und nicht-reguläre Beschäftigung	140
6.	Die Entwicklung der regulären und nicht-regulären Beschäftigung zwischen 1985 und 2010	142
7.	Patient Japan: Befund unauffällig	146

Tim Tiefenbach und Florian Kohlbacher

Subjektives Glücksempfinden und seine Einflussfaktoren im japanischen Kontext: Eine glücksökonomische Analyse der Ergebnisse des National

Survey on Lifestyle Preferences.. .. .	151
1. Einleitung.. .. .	152
2. Ökonomische Glücksforschung	153
2.1 Definition.. .. .	153
2.2 Abgrenzungen	154
3. Stand der Forschung	154
4. Empirische Untersuchung und Datenanalyse	156
5. Diskussion der Ergebnisse	159
5.1 Klassische sozio-demografische Variablen	159
5.2 Spezifische Variablen der NSLP	165
5.3 Die Auswirkungen des 11. März	167
6. Fazit	169

Takahiro Nishiyama

Die geistige Eigentumsstrategie für die Contents-Industrie in der japanischen Wirtschaftspolitik

Die geistige Eigentumsstrategie für die Contents-Industrie in der japanischen Wirtschaftspolitik	177
1. Einleitung.. .. .	177
2. Was ist die Contents-Industrie?	179
3. Politische Struktur zur Förderung der Contents-Industrie	182
4. Förderprogramm für die Contents-Industrie im Rahmen der geistigen Eigentumsstrategie	185
4.1 Förderprogramm für die Contents-Industrie in der ersten Phase (Juli 2003 – Juni 2006)	186
4.2 Förderprogramm für die Contents-Industrie in der zweiten Phase (Juni 2006 – Juni 2009)	187
4.3 Förderprogramm für die Contents-Industrie in der dritten Phase (Juni 2009 – heute)	188
5. Konkrete Maßnahmen	191
5.1 Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie Projekte	191
5.2 Urheberrecht und Maßnahmen gegen Produktpiraterie	192
5.3 Globalisierungsstrategie	193
5.4 Promotion für Contents	194
5.5 Ausbildung und Qualifizierung von Fachpersonal	195
6. Auswirkung der politischen Maßnahmen auf die Contents-Industrie ..	196
7. Fazit	199

GESELLSCHAFT

*Winfried Flüchter***Die Tsunami- und Nuklear-Katastrophe 2011 in Japan:**

Der Umgang mit dem (Rest-)Risiko	205
1. Einleitung	206
2. Diskurse und Optionen	206
2.1 Zur Begriffsbedeutung »Risiko«	206
2.2 Der Katastrophendiskurs im Zeichen des (Rest-)Risikos	208
2.3 Normative Ausklammerung des Restrisikos	209
2.4 Flexible Konfliktökonomie als Option einer Risikogesellschaft	210
3. Die Tsunami 2011: Der Umgang mit dem (Rest-)Risiko	211
3.1 Geographisch-historische Einordnung der Tsunami-Katastrophe 2011	211
3.2 Betroffene Gebiete, Ausmaß und Schadensbewertung der Tsunami 2011	213
3.3 Die Tsunami 2011: Sind Naturkatastrophen »natürlich«?	214
3.4 Tsunami-Katastrophenschutz und flexible Konfliktökonomie.. .. .	215
4 Die Nuklearkatastrophe von Fukushima: Der Umgang mit dem (Rest-)Risiko	216
4.1 Fukushima: Von der Naturkatastrophe zur menschengemachten Katastrophe	216
4.2 Strukturen und Probleme japanischer Kernkraftwerksstandorte und Kernenergiepolitik	218
4.3 Wer hat Schuld an der Nuklearkatastrophe von Fukushima? Das (Rest-)Risiko im Zeichen systemischer Schwächen	222
4.4 Atomkraft »Nein Danke!«? Risiken auch beim Atomausstieg	227
5. Resümee und Ausblick	229
5.1 Die Dreifach-Katastrophe 2011: Das (Rest-)Risiko zwischen natur- und menschengemachter Katastrophe	229
5.2 Die Katastrophe von Fukushima: Bedeutung und Probleme systemisch bedingter Risiken und Schuldzuweisungen	230
5.3. »Fukushima« und die Macht: Lehren aus den Erfahrungen? Die Katastrophe als reinigende Kraft, Auslöser institutionellen Wandels, Wegweiser neuer Deutungshoheit?	231
5.4 Glück im Unglück: Die Dreifach-Katastrophe 2011 und das (Rest-)Risiko der »Unipolaren Konzentration auf Tōkyō«	233

Phoebe Holdgrün

Nutzen durch Beteiligung? Politische Partizipation nach der Katastrophe239

1.	Einleitung	240
2.	Politische Partizipation und Prozessnutzen	241
3.	Akteure und Methoden der Bewegung	244
3.1	Akteure.. .. .	244
3.2	Methoden.. .. .	247
4.	Bessere Eigenwahrnehmung durch Partizipation?	249
4.1	Autonomie	249
4.2	Verbundenheit	254
4.3	Kompetenz	254
4.4	Prozessnutzen	256
5.	Fazit	256

Katrin Gengenbach und Maria Trunk

Vor und nach »Fukushima«: Dynamiken sozialer Protestbewegungen

in Japan seit der Jahrtausendwende261

1.	Einleitung.. .. .	262
2.	Protest und soziale Bewegungen	263
3.	Gesellschaftlicher Wandel und neue Formen des Protests in Japan	266
4.	Die globalisierungskritische Bewegung in Japan als Wegbereiter neuer Protestformen	268
5.	Themen und Aktionen »Post-3.11« – von »We are the three« zu den »99 %«	273
6.	Fazit	276

Cornelia Reiher

Lebensmittelsicherheit in Japan nach Fukushima:

Produzenten versus Konsumenten?283

1.	Einleitung.. .. .	284
2.	Lebensmittelsicherheit, Risiken und Kommunikation	286
3.	Lebensmittelsicherheit in Japan vor Fukushima	287
4.	Die Konsumentenperspektive.. .. .	289
5.	Akteure, die Informationen über Lebensmittel verbreiten (nach dem 11. März 2011).. .. .	291
5.1	Staatliche Akteure	291
5.2	Produzenten.. .. .	295
5.3	Verbraucherkooperativen	298

5.4	Verbraucherschützer und Konsumentengruppen	300
6.	Fazit	302

Christian Tagsold

***Kizuna*: Das Schriftzeichen des Jahres 2011 als Antwort auf das gefühlte**

Auseinanderbrechen der Gesellschaft?.. .. .	309
1. Einleitung.. .. .	310
2. Die Verschiebung der Semantik.. .. .	311
3. <i>Kizuna</i> nach dem 11. März 2011	314
4. <i>Kizuna</i> als Antwort auf das gefühlte Auseinanderbrechen der Gesellschaft	317
5. Die Kritik: <i>kizuna</i> oder Solidarität?	322
6. Für und wider <i>kizuna</i>	325

K.-Ulrike Nennstiel

Japanische Geburtenpolitik in Geschichte und aktuellem Diskurs

1. Einleitung.. .. .	330
2. Der Geburtenrückgang Japans im internationalen Vergleich	332
3. Die Fertilitätsentwicklung von der Landesöffnung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges	333
4. Politik zur Geburtenregelung seit dem Zweiten Weltkrieg	335
5. Neuere »Politik gegen den Geburtenrückgang«	339
6. Kritik an der aktuellen Geburtenpolitik.. .. .	341
6.1 Instrumentalisierte Gleichstellungspolitik.. .. .	341
6.2 Kinder als »öffentliches Gut«	343
6.3 »Erprobte Methoden« vs. »Trauma« der Vergangenheit	345
7. Jüngste Diskurse	346
7.1 Sozioökonomischer Wandel als Rahmen der Fertilitätsentwicklung	346
7.2 Nachhaltige Sozialversicherungssysteme und Generationengerechtigkeit	348
8. Fazit	349

—

Die Autorinnen und Autoren	357
------------------------------------	-----

Vorwort

Der Inhalt des Japan Jahrbuchs 2012 zeigt, dass sowohl Japan als auch die sozialwissenschaftliche Japanforschung weiterhin durch die Dreifach-Katastrophe (Erdbeben der Stärke 9, Tsunami und Nuklearunfall von Fukushima) vom März 2011 geprägt werden. Die drei Überblickbeiträge zur außen- und innenpolitischen sowie wirtschaftlichen Entwicklung Japans behandeln jeweils auch die Folgen der Dreifach-Katastrophe; elf Sonderbeiträge analysieren primär ihre Auswirkungen in Teilbereichen Japans. Die Dreifach-Katastrophe lastet auf Japan, jedoch sind auch dynamische Entwicklungen in Gang gesetzt oder verstärkt worden.

Die Rubrik Innenpolitik beginnt mit dem Überblickbeitrag von Manfred Pohl. Neben der politischen Aufarbeitung des Nuklearunfalls prägen neue nationalistische Tendenzen und aufstrebende Parteineugründungen die hohe Volatilität der gegenwärtigen Politik. Der neunte Foresight-Prozess, ein wichtiges Instrument der Regierung zur langfristigen Zukunftsplanung, wird von Kerstin Cuhls bzgl. Methodik und Schwerpunkten analysiert. Sie geht der Frage nach, ob der Abschlussbericht trotz der Dreifach-Katastrophe weiterhin bestand hat. Ein zentraler Aspekt in der Zukunftsplanung ist der Energiesektor, der auch im Zentrum des Beitrages von Anna Schrade steht. Sie kommt zu dem Schluss, dass die Windenergienutzung in Zukunft hohes Potential in Japan hat.

Zu Beginn der Rubrik Außenpolitik zeigt Wilhelm Vosse, wie Japan weiterhin die eigene duale Rolle als handelspolitische Großmacht und sicherheitspolitische Randfigur zu überwinden versucht. Raffael Raddatz untersucht die Neupositionierung Japans als „Umweltnation“, die sich angeblich durch eine kulturell bedingte Harmonie zwischen Menschen und Natur auszeichne. Dieses Narrativ oszilliert im Kontext eines erstarkten Nationalismus und der Dreifach-Katastrophe zwischen Isolation und internationaler Integration.

Im Wirtschaftsteil geben Georg Blind und Stefania Lottanti von Mandach einen Überblick zum Zustand der japanischen Wirtschaft. Laut ihrer Analyse steht die Wirtschaft im Gegensatz zur Berichterstattung in den westlichen Massenmedien und der dominanten Selbstwahrnehmung in Japan gar nicht so schlecht da. Tim Tiefenbach und Florian Kohlbacher untersuchen Einflussfaktoren auf das Glücksempfinden. Ihre empirische Analyse zeigt u.a., dass die Dreifach-Katastrophe nicht zu einer signifikanten Minderung des Glücksempfindens geführt hat. Takahiro Nishiyama betrachtet die Strategie und die Massnahmen zur Förderung der Contents-Industrie. Der Einfluss und die Grenzen einer staatlichen Förderungspolitik in der kreativen Unterhaltungsindustrie werden aufgezeigt.

Im Gesellschaftsteil untersucht Winfried Flüchter, inwiefern Katastrophen Naturereignisse oder durch den Mensch bedingte Ereignisse sind. Er analysiert, wie mit Risiken umgegangen wurde, und welche Lehren daraus gezogen werden können. Hat die Dreifach-Katastrophe zu neuem politischen Engagement geführt und wie hat sich dieses für die politischen Aktivisten selbst ausgewirkt? Diese Fragen untersucht Phoebe Holdgrün, welche neue politische Partizipation identifiziert, die für die Aktivisten auch mit persönlichem Nutzen verbunden sind. Der Beitrag von Katrin Gengenbach und Maria Trunk widmet sich Protestbewegungen. Die Autorinnen stellen dar, dass die Anti-Atomkraftproteste der letzten Monate keine vollkommen neue Entwicklung, sondern eine Kontinuität zu früheren Protestbewegungen sind. Es folgt ein Beitrag zur Lebensmittelsicherheit von Cornelia Reiher. Sie diskutiert, wie sich mit der Verunsicherung nach dem Nuklearunfall das Verhältnis zwischen Konsumenten und Produzenten verändert hat. Christian Tagsold untersucht die neue Bedeutung von *kizuna* („Bindung“) als gesellschaftliches Konzept. Dieser Begriff wurde nach der Dreifach-Katastrophe zum Leitgedanken für ein stärkeres Zusammenrücken der Gesellschaft, jedoch wird er als konservativer Ablenkungsversuch von den eigentlichen Problemen kritisiert. Der Beitrag von K.-Ulrike Nennstiel analysiert die gegenwärtigen Diskurse in der Geburtenpolitik und zeigt Kontinuitäten zur historischen, natalistischen Bevölkerungspolitik auf.

Mit dem diesjährigen Japan Jahrbuch sind inzwischen über 250 Analysen zu den vielfältigsten Themen erschienen (vgl. die Übersicht auf S. 15–24). Mit Ausnahme der Überblickartikel durchlaufen alle Beiträge ein Double Blind Review. Das Japan Jahrbuch ist ein Forum für Beiträge von etablierten Wissenschaftlern* und von Nachwuchswissenschaftlern. In diesem Zusammenhang freuen wir uns ganz besonders, dass der im Japan Jahrbuch 2010 erschienene Beitrag von Julia Canstein als bester Nachwuchsartikel in der sozialwissenschaftlichen Japanforschung der Jahre 2009/2010 mit dem VSJF-Preis 2011 ausgezeichnet wurde. Wir gratulieren Frau Canstein an dieser Stelle nochmals herzlich!

Unser herzlicher Dank gilt dem Editorial Board und den externen Gutachtern, die durch ihre fundierten Kommentare, wichtigen Hinweise und produktive Kritik die Qualität der Beiträge sichergestellt haben. Lorenz Pagenkopf und Rainer Stobbe (Manuskriptbearbeitung) sowie Gabriel Lieberum und Jane Lindemann (Satz und Textgestaltung) möchten wir ebenso herzlich danken. Dank Ihnen ist erneut eine fristgerechte Publikation des Jahrbuchs möglich gewesen.

Zürich/Tōkyō, im Oktober 2012

Prof. Dr. David Chiavacci, Dr. Iris Wieczorek

* Alle im Text verwendeten Bezeichnungen sind geschlechtsneutral zu verstehen.

Die bisherigen Sonderbeiträge:

POLITIK

- Erfolge und Versäumnisse der Umweltschutzpolitik in Japan (H. Weidner), 1981/82
- Die heutige Lage der japanischen Streitkräfte (R. Drifte), 1981/82
- Japans Rechtsextremismus: zwischen etablierter Politik und Kriminalität (M. Pohl), 1982/83
- Tiefpunkt einer Politikerkarriere – Kono Yoheis Experiment »Neuer Liberaler Club« ist gescheitert (Ch. Schwandt), 1986/87
- Die Reform der japanischen Staatsbahnen (JNR) (H.J. Mayer), 1986/87
- Leiharbeit und zwischenbetrieblicher Arbeitskräftetransfer (A. Ernst), 1986/87
- Europäische Gemeinschaft – Japan (K.-R. Korte), 1986/87
- Japans Antikernkraftbewegung im Aufwind (H.J. Mayer), 1988/89
- Stichwort »Internationalisierung«: Marktöffnung genügt nicht (H.J. Mayer), 1988/89
- Zwischen Politik und Religion: Der Streit um die Thronfolgeriten in Japan (P. Fischer), 1990/91
- Japan als regionale Großmacht? Die ASEAN-Reise Kaifu Toshikis (M. Pohl), 1990/91
- APEC – Die Konferenz über asiatisch-pazifische wirtschaftliche Zusammenarbeit aus japanischer Perspektive (J. Morhard), 1990/91
- Japan: Der »Marsch zum Gipfel« (R. Machetzki), 1990/91
- Japan und die GATT-Runden: Die grundsätzliche Haltung Japans in den GATT-Verhandlungen (M. Pohl), 1990/91
- Japan und Rußland (W. Wallraf), 1991/92
- SII und die amerikanisch-japanischen Beziehungen. Eine neue Lösung für ein altes Problem? (B. May), 1991/92
- Zwischen Kooperation und Konflikt. Die Stellung Japans in der G-7 (B. Reszat), 1991/92
- Die administrative Elite Japans und ihr Verhältnis zur Liberal-Demokratischen Partei (M. Bandow), 1992/93
- Japan: Macht neuen Typs oder Riese ohne Verantwortung? (W. Wallraf), 1992/93
- Japan und Südkorea zu Beginn der 90er Jahre: Aufbruch zu neuen Ufern? (P. Köllner), 1992/93
- Japan als »aid leader«: Neue Entwicklungen in der japanischen Entwicklungspolitik (F. Nuscheler), 1993/94
- Japan und Lateinamerika: Intensivierung der Beziehungen (H. Kreft), 1994/95
- Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der EU zu Japan (W. Pape), 1994/95
- Tokyos Müllmanagement in Zeiten zunehmender Raumnot (R. Kühn), 1995/96
- Von Vermächtnissen der Vergangenheit, gegenwärtigen Besorgnissen und zukünftigen Sicherheitsregimen: Anmerkungen zu Japans strategischem Umfeld in Nordostasien (P. Köllner), 1995/96

- Die Unterhauswahlen 1996 (P. Köllner), 1996/97
- Japans Sicherheitspolitik zwischen Kollektiver Verteidigung und Kollektiver Sicherheit. Eine politiktheoretische Betrachtung (D. Nabers), 1996/97
- Parteien und innerparteiliche Machtgruppen in Japan: Die Zukunft traditioneller politischer Strukturen (M. Pohl), 1997/98
- Japan und die ostasiatische Wirtschaftskrise (H. Krefzt), 1997/98
- Japans neue Sicherheitspolitik – Von der Landesverteidigung zur regionalen militärischen Interventionsfähigkeit? (D. Nabers), 1998/99
- Japanisch-afrikanische Wirtschaftsbeziehungen: Stand und Perspektiven von Entwicklungshilfe und Direktinvestitionen (M. Rohde), 1998/99
- Mongolisch-japanische Beziehungen (1990–1998) – Die Mongolei zwischen Globalisierung und Regionalisierung (U.B. Barkmann), 1998/99
- Die Unterhauswahlen vom Juni 2000 (P. Köllner), 1999/2000
- Raketenabwehrpläne der USA im Lichte der strategischen Rolle Japans (M. Wagener), 1999/2000
- Politikverdrossenheit in Japan (Christoph Hallier), 2000/2001
- Japan und Ostasien: Von der Regionalisierung zum Regionalismus (Madeleine Preisinger-Monloup), 2000/2001
- Japan in East Asia: Why Japan Will Not Be a Regional Political Leader (Axel Berkofsky), 2000/2001
- Spillover des Diskurses unter Intellektuellen auf die Reformdebatte unter Politikern (Karin Adelsberger), 2001/2002
- Japans neue Klimadiplomatie – Auswirkungen des Kyōto-Protokolls auf Japans Rolle in Asien (Georg Schmidt), 2001/2002
- Zur Diskussion um die Änderung des Kriegsverzichtsartikels in der japanischen Verfassung (Artikel 9) (Junko Ando), 2003
- Flüchtlingsschutz in Japan: Aktuelle Änderungen und offene Kritikpunkte (Jeannette Behaghel), 2003
- Gibt es einen Paradigmenwechsel in der jüngeren japanischen Sozialpolitik? Reformen, Wirkungen, Hemmnisse (Harald Conrad), 2003
- Brauchen wir eine neue Japanpolitik? (Hans-Dieter Scheel), 2003
- Japan als starker und schwacher Immigrationsstaat: Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität der Migrationspolitik (David Chiavacci), 2004
- Zur Funktionalität »typisch« japanischer Wirtschaftspolitik – Irrweg oder Alternative der Umweltpolitik? (Ilona Köster), 2004
- Japans Beitrag zur internationalen Klimapolitik (Heike Schröder), 2004
- Die Neue Kōmeitō – Zünglein an der Waage im japanischen Parteiensystem (Ruth Schneider), 2005
- Die Zukunft der Erbfolge in der japanischen Politik (Kai-F. Donau), 2005
- Elitenetzwerke in Japan (Carmen Schmidt), 2005
- Aufstieg und Fall des »Endō-Reiches« – Öffentliches Bauen und politische Korruption in Japan am Beispiel der Präfektur Tokushima (Thomas Feldhoff), 2005

- Zwischen regionaler Integration und nationaler Renaissance – Welchen Weg nimmt Japans Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts? (Martin Eberts), 2005
- Political Leadership in Japan – Premierminister Koizumi und der »japanische Führungsstil« (Axel Klein), 2006
- Strukturwandel des politischen Systems in Japan: Dezentralisierung und die neue Bedeutung der Kommunen (Gesine Foljanty-Jost), 2006
- Japan und China – Perspektiven einer schwierigen Nachbarschaft (Martin Eberts und Henri Léval), 2006
- Japans Streben nach einem ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat: Eine unendliche Geschichte? (Kerstin Lukner), 2006
- Shinzō Abe und das Ende der Reformpolitik (Albrecht Rothacher), 2007
- Die Ästhetik des Opfers: Anmerkungen zur jüngsten Patriotismusdebatte in Japan (Matthias Pfeifer), 2007
- Die Globalisierung der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Frank Umbach), 2007
- Die japanische Innenpolitik 2007/2008 und Japans Parteien (Christian Winkler), 2008
- Zehn Jahre NPOs in Japan – Diversifizierung des Dritten Sektors durch Recht (Gesine Foljanty-Jost, Mai Aoki), 2008
- Änderungen im japanischen Innovationssystem und »neue« japanische Innovationspolitik (Kerstin Cuhls), 2008
- Grundzüge und Tendenzen der japanischen Außenpolitik. Internationale Profilierung durch globale Herausforderungen (Wilhelm Vosse), 2008
- Japans Entwicklungspolitik auf dem Prüfstand: Wegmarkierungen und Weichenstellungen (Paul Kevenhörster), 2008
- Die Unterhauswahl 2009: Als der Wandel nach Japan kam! (Christian Winkler), 2009
- Bestimmt der Staat, was auf den Tisch kommt? Die Umsetzung des Rahmengesetzes zur Ernährungserziehung im ländlichen Japan (Cornelia Reiher), 2009
- Terra marique: Die Rückkehr des Raumes in der völkerrechtlichen Debatte (Urs Matthias Zachmann), 2009
- Das Ende des Eisernen Dreiecks? (Albrecht Rothacher), 2010
- Niedrige Fertilität als politische Herausforderung: Eine neue Perspektive auf staatliche Steuerungsversuche im Feld der demographischen Entwicklung Japans (Axel Klein), 2010
- Krisenherde im Meer: Japans Territorialkonflikte (Andreas Beck), 2010
- Förderer für die Gleichstellung der Geschlechter zwischen Präfektur und Kommune: Ein Beispiel für Bürgerpartizipation an dezentralen Implementierungsprozessen? (Phoebe Holdgrün), 2011
- »Partizipationsboom« in Japan: Zur (Un)Möglichkeit einer Bürgerselbstverwaltung (Karoline Haufe und Gesine Foljanty-Jost), 2011

Herausgefordert durch Wirtschaftskrise und Naturkatastrophe: Japanische Außenpolitik 2010/2011 (Wilhelm Vosse), 2011
 Technologietransfer oder Import von Arbeitskräften? Politische und wirtschaftliche Dimensionen des Trainings und Praktikums für Ausländer in Japan 1982 bis 2010 (Daniel Kremers), 2011

WIRTSCHAFT

- Japans Klein- und Mittelindustrie (M. Pohl), 1977/78
 Vertriebssystem und Vertriebskosten in Japan (H. Laumer), 1979/80
 Die japanische Konkurrenz – Hintergründe der hohen Leistungsfähigkeit (B. Pfaffenbach), 1980/81
 Aufwind für Japans Universalhandelshäuser (M. Eli), 1980/81
 Forschung und Technologie in Japan (S. von Krosigk), 1982/83
 Japans Verflechtung in die Weltwirtschaft und die deutsche Wettbewerbslage im japanischen Spiegel (S. Böttcher), 1982/83
 Die japanische Staatsverschuldung – Ursachen und Auswirkungen (A. Mekkel), 1983/84
 Planrationalität und Marktrationalität – Vergleichende Betrachtung zwischen Japan und der Bundesrepublik Deutschland (S. Böttcher), 1983/84
 Der bundesdeutsche Außenhandel mit Japan im Jahre 1984 (H.-J. Kurwan), 1984/85
 Anmerkungen zur Informationslücke über Japans technologische Entwicklung (H. Schunck), 1984/85
 Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Wertevorstellungen im »Fernen Westen« und im »Fernen Osten« (S. Böttcher), 1984/85
 Klischees, Mythen und Realitäten: Japan mit kritischer Brille betrachtet (G. Hielscher), 1985/86
 Die einseitige Integration Japans in die Weltwirtschaft (S. Böttcher), 1985/86
 Der Markt für deutsche Investitionsgüter in Japan (A. Rive), 1985/86
 Aspekte der Exportförderung in Japan (M. Pohl), 1985/86
 Die Ära der Mikroelektronik und die japanischen Gewerkschaften (H.-U. Büniger), 1985/86
 Japans schwieriger Weg zur Internationalisierung (S. Böttcher), 1986/87
 Deutsch-japanischer Vergleichsbericht über die Verteilungssysteme beider Länder (S. Böttcher), 1987/88
 Staatliche Fördermaßnahmen für Innovation und Technologie-Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen (M. Pohl), 1987/88
 Japan lohnt sich – die deutsch-japanischen Wirtschaftsbeziehungen werden enger (S. Böttcher), 1988/89
 Japan vor der Festung Europa? Nippons Europa-Strategien für 1992 (K.-R. Korte), 1988/89
 Rückzug wider Willen: Japans Image leidet durch Hinhaltetaktik beim Treibnetzfang (H.J. Mayer), 1989/90
 Kooperationen bestimmen die deutsch-japanischen Wirtschaftsbeziehungen (H.-J. Kurwan), 1989/90
 Japans DDR- und Osthandelsbeziehungen im Umbruch (H.J. Kurwan), 1989/90
 Deutscher Mittelstand nach Japan (S. Böttcher), 1989/90

- Entwicklungen im japanischen Einzelhandel 1989/90 (M. Pohl), 1989/90
- Die Europäer rollen nach Japan – Die Exporterfolge der EG-Länder in Japan und ihre handelspolitische Bedeutung (J. Mull), 1989/90
- Deutsch-japanischer Handel vor einer Trendwende? (H.-J. Kurwan), 1990/91
- Japanische Investitionen in Europa (H. Green), 1990/91
- Westjapan – Verpaßt die deutsche Wirtschaft ihre Chancen? (G. Amelung), 1991/92
- Staat und Industrieforschung in Japan (U. Wattenberg), 1991/92
- Japanische Auslandsinvestitionen. Probleme mit der Datenbasis (U. Menzel), 1991/92
- Europa im Blickpunkt japanischer Investoren (H. Krefit), 1991/92
- Die neuen Bundesländer als Investitionsstandort für japanische Unternehmen (H. Krefit), 1991/92
- Regionale Kooperationspläne in Nordostasien. Der Japan-See-Wirtschaftsraum (J. Morhard), 1991/92
- Wachsen Japans Bäume etwa doch in den Himmel? (S. Böttcher), 1991/92
- Kartelle, Kartellbehörden und Kartellaufsicht in Japan (C. Heath), 1992/93
- Die Keiretsu: Rückgrat der japanischen Wirtschaft (H. Krefit), 1992/93
- Neue Akzente in den US-japanischen Wirtschaftsbeziehungen (B. Reszat), 1992/93
- Währungsentwicklung und Währungspolitik in Japan (B. Reszat), 1993/94
- Japanische Transportunternehmen in Europa (W. Nötzold), 1993/94
- Nach Japan exportieren – in Japan investieren – mit Japan kooperieren: Für eine Stärkung des deutschen Japan-Engagements (H. Krefit), 1993/94
- Ostasien aus japanischer Perspektive: Vom Rohstofflieferanten zum Wirtschaftspartner (H. Krefit), 1993/94
- Japans Pharmaindustrie auf dem Weg zum Global Player? (P. Köllner), 1993/94
- Japan – eine Kopierkultur? (C. Heath), 1993/94
- Japanische Banken im internationalen Wettbewerb – Phönix aus der Asche? (B. Reszat), 1994/95
- Zwischen strategischen Allianzen und struktureller Abhängigkeit: Anmerkungen zur japanisch-süd-koreanischen Industriekooperation (P. Köllner), 1994/95
- Innovationspole – ein Instrument der Struktur- und Arbeitsmarktpolitik (K.-H. Schmidt), 1994/95
- Der Arbeitskräftemangel in Japan: unlösbares Problem der 90er Jahre oder Spiegel verkrusteter Personalpolitik? (I. Kuhnert), 1994/95
- Rezession und strukturelle Veränderungen setzen den japanischen Mittelstand unter Druck – Eine Bestandsaufnahme anhand des Weißbuchs für Klein- und Mittelunternehmen 1995 (F. Bosse), 1994/95
- Beobachtungen und Randnotizen zur »Reiskrise« der frühen 90er Jahre (K. Vollmer), 1994/95
- Das Hanshin-Erdbeben und seine ökonomischen Folgen (F. Bosse), 1994/95
- Japan als Finanzzentrum Ostasiens? (B. Reszat), 1995/96
- Rechtssystem und wirtschaftlicher Erfolg in Japan (Ch. Heath), 1995/96

- Die räumliche Umorganisation der japanischen Industrieproduktion im Ausland (H. und B. Kreft), 1995/96
- Deregulierung der japanischen Wirtschaft – mehr als ein Schlagwort? Der schwierige Reformprozeß in Japan (H. Kreft), 1996/97
- Japans Wirtschaft entdeckt Indien: Die Intensivierung der japanisch-indischen Wirtschaftsbeziehungen seit Beginn der 90er Jahre (B. und H. Kreft), 1996/97
- Japans umweltpolitische Entwicklungshilfe: Eine Analyse am Beispiel des Transfers von Umwelttechnologie (R. Kühr), 1996/97
- Talking to the Machine: Herstellung und Gebrauch von Informationstechnik in Japan (P. Plate), 1996/97
- Japan und die Regionalisierung im Pazifischen Becken (M. Preisinger-Monloup), 1996/97
- Verbraucherverhalten in Japan, dessen Wandlungen und Tendenzen (U. Thiede), 1996/97
- Tendenzen der japanischen Energie- und Umweltpolitik (P. Plate), 1997/98
- Neue Unternehmer braucht das Land ... (F. Bosse), 1997/98
- »Back to the Future« oder: Eine Produktionsform auf der Suche nach ihrer Zukunft (H. Törkel), 1997/98
- Der japanische Versandhandel (S. Aßmann), 1997/98
- Japan und die Einführung des Euro – Neue Bemühungen um eine Internationalisierung des Yen (H. Kreft), 1998/99
- Mergers & Acquisitions: Öffnung und Wandel der Japan Inc. (A. Nabor), 1998/99
- Abschied von den keiretsu? Japans Wirtschaft vor einem »new-economy«-Boom und weiterer Öffnung (H. Kreft), 1999/2000
- Mergers & Acquisitions in Japan (H. Menkhaus und H. Schmitt), 1999/2000
- Marktzugang für deutsche Unternehmen in Japan: Neue Chancen und Risiken (S. Bromann, W. Pascha und G. Philipsenburg), 1999/2000
- Nach der verlorenen Dekade in Japan der ökonomische »turnaround«? Die Risiken einer notwendigen Reformpolitik sind hoch (Heinrich Kreft), 2000/2001
- Finanzmarkt Wettbewerb und Regulierung (Andreas Nabor), 2000/2001
- The Law of Marketing and Advertising in Japan (Christopher Heath), 2000/2001
- Versorgung mit Risikokapital in Klein- und mittelständischen Unternehmen in Deutschland und Japan (Martin Naundorf), 2000/2001
- Sōgō Shōsha – Japans multifunktionale Großunternehmen im Existenzkampf (Max Eli), 2000/2001
- Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft? Japans Umweltpolitik nach der Verwaltungsreform (Georg Schmidt), 2000/2001
- Flughafenstandorte in Japan – Akteure, Strategien, Probleme und Perspektiven (Thomas Feldhoff), 2000/2001
- Asymmetrie in der japanisch-amerikanischen Währungspolitik (Gunther Schnabl), 2001/2002
- Internationale Kooperationen im Mittelstand: Vertrauen und vertrauensbildende Maßnahmen in deutsch-japanischen Unternehmenskooperationen (Harald Dolles), 2001/2002

- Erfolgsfaktoren ausländischer Banken in Japan (Matthias Gundlach und Ute Roßmann), 2001/2002
- Probleme und Perspektiven der japanischen Pharmaindustrie (Jörg Mahlich), 2001/2002
- Manga – Evolution einer Industrie (Michael Haas), 2001/2002
- Bubble Economy – Spätfolgen und Konsequenzen für die Finanzierungsstruktur japanischer Unternehmen (Martin Naundorf), 2003
- Erneuerbare Energien in Japan – Im Osten etwas Neues? (Georg Schmidt), 2003
- Das japanische Innovationssystem im Überblick (Jörg Mahlich), 2003
- Wie wettbewerbsfähig ist Japan? (Ingo Meierhans und Christian Flock), 2004
- Die Auswirkungen des Wechselkurses auf die japanische Geldpolitik (Matthias Brachmann), 2004
- Wem gehört das japanische Unternehmen? Entwicklungen um Corporate Governance seit dem Platzen der »Bubble Economy« (Akira Takenaka), 2004
- Neue Entwicklungen in den Banken-Firmen-Beziehungen in Japan (Jörg Mahlich), 2004
- Japanische Unternehmensverbände im ICT-Sektor – Empirische Analyse personeller Verflechtung und verbandlicher Strukturen (Andreas M. Schaumayer), 2004
- Japans Strategie bilateraler Wirtschaftsabkommen: Chronologie und Etappen der Herausbildung 1998–2005 (Patrick Ziltener), 2005
- Interkultureller Wissenstransfer in multinationalen japanischen Unternehmen (Parissa Haghirian und Florian Kohlbacher), 2005
- Staatliche Foresight-Aktivitäten in Japan: Neue Instrumente in der Forschungs- und Technologiepolitik (Kerstin Cuhls), 2005
- Nisennana nen mondai: Bedeutung und Auswirkungen einer alternden Bevölkerung und Belegschaft für Firmen in Japan (Florian Kohlbacher), 2006
- M&A in Japan – Verborgene Konfliktpotenziale für ausländische Erwerber in der Integrationsphase (Wolfgang Dorow und Carsten Herbes), 2006
- Markteintritt von Klein- und Mittelbetrieben in den japanischen Markt – Herausforderungen und Chancen (Parissa Haghirian), 2006
- Japans Wirtschaft auf dem Weg zurück zur Normalität? Binnen- und außenwirtschaftliche Entwicklung 2006/2007 und Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland (Frank Robaschik), 2007
- Auslandsspiel mit gleicher Aufstellung? Internationale Expansion japanischer F&E und die Frage nach der Übernahme erprobter Koordinationsstrukturen (Roman Bartnik), 2007
- Das neue japanische Gesellschaftsrecht: Überblick, erste Erfahrungen und Prognosen (Jörn Westhoff), 2007
- Finanzmarkturbulenzen bremsen Japans Wirtschaftswachstum (Frank Robaschik), 2008
- Auswirkungen von Zersiedlung auf Infrastrukturausgaben in Nagoya und München – eine Vergleichsstudie (Stefan Klug), 2008
- Japan als Marke – die Nutzung kultureller Faktoren in japanischen Vermarktungsstrategien (David Eichhorn), 2008

- Japans konjunktureller Einbruch in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise (Hanns-Günther Hilpert), 2009
- Erfolgsfaktoren und Herausforderungen der Nachfolge in japanischen Familienunternehmen am Beispiel der Möbelindustrie (Tim Goydke & Henrik Smailus), 2009
- CSR-Berichterstattung japanischer Unternehmen (Ramona Grieb), 2009
- Japans Wirtschaft unter der DPJ-Regierung: Zwischen Stillstand und Reform (Detlef Rehn), 2010
- Japans öffentliche Verschuldung: Droht der Staatsbankrott? (Frank Rövekamp), 2010
- Japans Deregulierungszonen als wirtschaftspolitisches Experimentieren (Werner Pascha und Petra Schmitt), 2010
- Geschäftsstrategie, Führungsstruktur und Arbeitsmotivation in Niederlassungen multinationaler japanischer Unternehmen in Deutschland (Yoshinori T. Wada), 2010
- Das Tōhoku-Erdbeben – wirtschaftliche Auswirkungen (Franz Waldenberger und Jens Eilker), 2011
- Ethischer Konsum in Japan: Ein neuer Trend? (Florian Kohlbacher), 2011

GESELLSCHAFT

- Die japanischen Gewerkschaften (M. Pohl), 1976/77
- Das japanische Erziehungssystem (U. Teichler), 1977/78
- Kriminalität in Japan (M. Scheer), 1977/78
- Rolle und Stellung der Frau in Japan (G. Hielscher), 1978/79
- Beschäftigungsprobleme ausgewählter Minderheiten in Japan (A. Ernst), 1978/79
- Sozialversicherung, Altersversorgung, Rentensystem (S. Lörcher), 1979/80
- Japan auf dem Weg zur »Informationsgesellschaft« (U. Wattenberg), 1984/85
- Hochschulstudium und Nachwuchsrekrutierung: Universitäten und Arbeitsmarkt (H.-H. Gähke), 1986/87
- Zusammenschluß der Gewerkschaftsdachverbände: Aufbruch zu neuen Ufern oder Abdankung auf Raten? (H.J. Mayer), 1987/88
- Das organisierte Verbrechen in Japan – einige Daten und Aspekte (H. Worm), 1987/88
- Die Systeme sozialer Sicherung in Japan und der Bundesrepublik Deutschland: Versuch eines wertenden Vergleichs (M. Pohl), 1987/88
- Gemeinschaftsleben in der Großstadt: Die japanischen Nachbarschaftsvereinigungen (Chonaiikai) (S. Kreitz), 1989/90
- Polizeiskandal in Osaka: Polizeikritische Anmerkungen zum Aufstand der Tagelöhner von Kamagasaki (H. Worm), 1990/91
- Akademischer Austausch zwischen Deutschland und Japan (U. Lins), 1992/93
- Überalterung der Bevölkerung stellt neue Anforderungen an Japans Sozialpolitik (F. Bosse), 1993/94
- Japans Kōban-Polizei: Die Helden der inneren Sicherheit? (H. Worm), 1993/94

- Holocaust-Leugner in Japan: Der Fall »Marco Polo« – Printmedien und Vergangenheitsbewältigung (H. Worm), 1994/95
- Soziale Sicherung in Japan am Beispiel von Arbeitnehmern in unsicheren Anstellungsverhältnissen (F. Brandes), 1995/96
- Wie stark sind die japanischen Gewerkschaften? – Eine Positionsbestimmung anhand der Lohnpolitik (F. Bosse), 1995/96
- Die Entschädigung ehemaliger Zwangsprostituiertes in Japan (H. Küpper), 1996/97
- Leben, arbeiten und alt werden in Japan – Japanische Arbeits- und Sozialpolitik (M. Sommer), 1997/98
- Das neue Ainu-Gesetz (H. Küpper), 1997/98
- Leitmotiv Überalterung: Arbeits- und Sozialpolitik in Japan (M.M. Sommer), 1998/99
- Die japanische Arbeitslosenversicherung in der Krise (A.M. Thränhardt), 1998/99
- Randale an Japans Schulen: Ursachen und bildungspolitische Antworten (G. Foljanty-Jost), 1998/99
- Uhrenindustrie und Zeitregime (F. Coulmas), 1999/2000
- Wege aus der Arbeitslosigkeit? Neue und alte Formen der Selbstständigkeit in Japan (C. Storz), 1999/2000
- Japanische Arbeits- und Sozialpolitik in Zeiten des Strukturwandels (M.M. Sommer), 1999/2000
- Ungeregelt, ungesichert, unterbezahlt – Arbeit und Beschäftigung im Schatten des Toyotismus (W. Manzenreiter), 1999/2000
- Forschung und technologische Entwicklung in Japan und Deutschland – Standortbestimmung und neue Kooperationsansätze (Klaus Matthes), 2000/2001
- Wie Japan und Deutschland mit dem Zweiten Weltkrieg umgehen (Gebhard Hielscher), 2000/2001
- Vergangenheit im Spielfilm der frühen Nachkriegszeit – Japan und Deutschland im Vergleich (Miriam Rohde), 2000/2001
- (Ehe-)Paarhaushalt als Auslaufmodell? Die Debatte um die Parasiten-Singles in Japan (Annette Schad-Seifert), 2001/2002
- Japan – a Disaffected Democracy? On Political Trust, Political Dissatisfaction, Political Activity, and Environmental Issues (Wilhelm Vosse), 2001/2002
- Wenn der Zirkus die Stadt verlassen hat: Ein Nachspiel zur politischen Ökonomie der Fußball-WM 2002 in Japan (Wolfram Manzenreiter), 2003
- Eine Kaiserin auf Japans Thron? Die Zukunft des japanischen Kaiserhauses (Eva-Maria Meyer), 2003
- Neue Entwicklungen in der japanischen Schulbuchdebatte (Sven Saaler), 2003
- Zwischen Ignoranz und Reaktion – Aktuelle Medienberichterstattung über japanische Kriegsverbrechen im Asiatisch-Pazifischen Krieg (Daniela Rechenberger), 2003
- Jugendhilfe in Japan: Reformen und zukünftige Aufgaben (Manuel Metzler), 2004
- Quo vadis, Futenma? Zur Transnationalisierung des politischen Protestes in Okinawa (Gabriele Vogt), 2005
- Das japanische Gesellschaftsmodell in der Krise: Fazit und Versuch eines Ausblicks am Ende des verlorenen Jahrzehnts (David Chiavacci), 2006

- Japans kinderarme Gesellschaft – Die niedrige Geburtenrate und das Gender-Problem (Annette Schad-Seifert), 2006
- Japanische Krankenhäuser: Ein Sektor im Umbruch (Matthias Brachmann), 2006
- Paradigmenwechsel? Eine empirische Betrachtung transsektoraler Zusammenarbeit zwischen zivilen Umweltorganisationen und Großunternehmen in Japan (Susanne Bruksch), 2007
- Migrant Support Organizations in Japan – A Mixed-Method Approach (Gabriele Vogt, Philipp Lersch), 2007
- Die Zukunft der kaiserlichen Thronfolge (Junko Ando), 2007
- Zur Entwicklung einer partizipatorischen Zivilgesellschaft in Japan (Michiko Mae), 2008
- Partner oder Gegner? Begegnungen mit China, Taiwan und Hongkong in Kinofilm und Fernsehrama in Japan (Griseldis Kirsch), 2008
- Not in Education, Employment or Training: Das »NEET-Problem« – Ansichten eines Gesellschaftsphänomens (Silke Werth), 2008
- Vorwärts in die Vergangenheit? Für und Wider der Bewerbung Tōkyōs um die Olympischen Spiele 2016 in der politischen Diskussion (Christian Tagsold), 2009
- Ländliche Regionen und Tourismusvermarktung zwischen Revitalisierung oder Exotisierung: das Beispiel Echigo-Tsumari (Susanne Klien), 2009
- Sutekina kurashi – Rückbesinnung auf Heim und Familie (Anemone Platz), 2009
- Massenmedialer Geschichtsrevisionismus im gegenwärtigen Japan: Filmische Repräsentationen der »Tōkyō-Tribunal-Geschichtsauffassung« (Steffi Richter), 2009
- Die japanische Diskussion über soziale Ungleichheit in der Bildung: Erklärungsansätze und Lösungsvorschläge (Julia Canstein), 2010
- Krieg und Erinnerung zwischen Mündlichkeit und Medien: Streifzüge durch japanische Gedächtnisdiskurse (Robert F. Wittkamp), 2010
- Neue Risiken, neues Selbstbild: Japan in verunsichernden Zeiten (Carola Hommerich), 2011
- Die familiäre Tischgemeinschaft in Japan zwischen Ideal und Alltagspraxis vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart (Katja Schmidpott), 2011

Verzeichnis häufig verwendeter Abkürzungen***a) Organisationen**

DPJ	Demokratische Partei Japans
KPJ	Kommunistische Partei Japans
LDP	Liberaldemokratische Partei
NKP	Neue Konservative Partei
METI	Ministry of Economy, Trade and Industry (bis Januar 2001: MITI)
NKMT	Neue Kōmeitō
SDP	Sozialdemokratische Partei Japan

b) Zeitungen und Zeitschriften

AFP	<i>Agence France-Presse</i>
AN	<i>Asahi Nenkan</i> (Tōkyō)
AS	<i>Asahi Shinbun</i> (Tōkyō)
AWSJ	<i>Asian Wall Street Journal</i> (Hongkong)
FAZ	<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i> (Frankfurt)
FEER	<i>Far Eastern Economic Review</i> (Hongkong)
FT	<i>Financial Times</i> (London)
FTD	<i>Financial Times Deutschland</i> (Hamburg)
IHT	<i>International Herald Tribune</i> (Neuilly-sur-Seine)
JT	<i>Japan Times</i> (Tōkyō)
MDN	<i>Mainichi Daily News</i> (Tōkyō)
MS	<i>Mainichi Shinbun</i> (Tōkyō)
Nikkei	<i>Nihon Keizai Shinbun</i> (Tōkyō)
NW	<i>Nikkei Weekly</i> (Tōkyō)
NZZ	<i>Neue Zürcher Zeitung</i> (Zürich)
Sankei	<i>Sankei Shinbun</i> (Tōkyō)
SCMP	<i>South China Morning Post</i> (Hongkong)
SWB	<i>Summary of World Broadcasts</i>
SZ	<i>Süddeutsche Zeitung</i> (München)
TDY	<i>The Daily Yomiuri</i> (Tōkyō)
TS	<i>Tōkyō Shinbun</i> (Tōkyō)
XNA	<i>Xinhua News Agency</i> (London)
YS	<i>Yomiuri Shinbun</i> (Tōkyō)

*** Hinweise zur Aussprache der japanischen Namen und Begriffe:**

Der hier verwendeten Umschrift liegen englische Lautwerte zugrunde, d.h. es werden ausgesprochen: *ch* wie *tsh*, *j* wie *dsh*, *kk* wie *ck*, *s* wie scharfes *s*, *ts* wie *z*, *y* wie *j*, *z* wie *s*; alle anderen Konsonanten und Vokale behalten weitgehend ihren Lautwert.

Japanische Innenpolitik 2011/12: Die Katastrophen von Fukushima (»3/11«) lasten auch 2012 weiter auf den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft

Japanese Domestic Policy 2011/2012: The Disasters at
Fukushima (»3/11«) in 2012 Further Burden on the Leaders in
Politics and Economy

Manfred Pohl

In retrospect, the year 2011/12 has to be recorded as just another year of bitter political infighting – both within the main governing party DPJ (Democratic Party of Japan) and between the government and the opposition led by the LDP (Liberal Democratic Party). Maneuvering rather skillfully, Prime Minister Yoshihiko Noda managed to reach his main political goal, an increase of the consumption tax to 10 % in two steps by 2015. He had to pay a high price: LDP and New Kōmeitō supported his plan in parliament, but only after he promised lower house elections »soon«. Strong forces in Noda's own party were strictly against a raise in taxes, and in view of the ever decreasing popularity rates for Noda and the DPJ, many young DPJ politicians deserted the party, desperate for political survival. Taking the lead of these DPJ politicians, »destroyer« Ichirō Ozawa split just another party he helped to build and led to election victory in 2009. New challenges to established political forces sprang up in the region Ōsaka/Nagoya: Locally based political parties lay claim to a nationwide role, as represented by the Ōsaka Isshin no Kai-leader, political maverick Tōru Hashimoto. While searching for those responsible, in 2012 various commissions produced avalanches of contradictory technical data concerning »3/11«, ending only in mutual accusations.

Meanwhile, displaced victims of the Fukushima catastrophes are still waiting for fundamental help, while nuclear reactors are being restarted – obviously against the expressed wish of the general public.

1. Einleitung

Dieser Berichtssteil könnte im Rückblick ein Abgesang auf die Regierung Yoshihiko Noda werden. Noda wäre der dritte DPJ-Regierungschef seit 2009, der als Verfechter logisch begründeter Politikziele dem traditionellen Ränkespiel der japanischen politischen Kultur zum Opfer fällt. Das zurückliegende Jahr war gekennzeichnet vom Zerfall politischer Organisationen, persönlichen politischen Überlebensängsten und dem Kampf um dringliche Aufgaben der Politik, verschärft noch durch populistische Geltungssucht und Egomane einzelner Spitzenpolitiker. Die Arbeit an Lösungen für drängende politische Aufgaben verblasste gegenüber diesen kleinlichen Scharmützeln, auch die Aufklärung der Katastrophengründe von »3/11« und die Suche nach Verantwortlichen drohte in diesem Drama zeitweise zur Nebenhandlung zu werden.

Im Juli 2012 standen Unterhauswahlen bevor, die von der Opposition erzwungen wurden – nur so konnte Ministerpräsident Yoshihiko Noda sein wichtigstes Gesetzesvorhaben verwirklichen: die Verdoppelung der Mehrwertsteuer auf 10 % bis 2015. Das Unterhaus verabschiedete mit Regierungsmehrheit die nötigen Gesetze im Juli 2012, Anfang August ließ die Oppositionsmehrheit auch im Oberhaus die Gesetze passieren – jetzt musste Yoshihiko Noda seine Absprache mit LDP-Chef Tanigaki einlösen: Vorgezogene Neuwahlen. Die Steuergesetze gingen also letztlich glatt durch beide Parlamentskammern, aber LDP und Kōmeitō weigerten sich, einem Gesetz zur Defizitfinanzierung von 40 % des Haushalts 2012 über Staatsanleihen zuzustimmen (*JT* 11.08.2012). Noda betonte mehrfach, dass »bald möglichst« vorgezogene Unterhauswahlen stattfinden würden (*AS* 10.08.2012c). Nach Billigung der Steuererhöhungspläne gab Generalsekretär Ishihara von der LDP den Zeittakt vor: der Regierungschef plane die Auflösung des Unterhauses für September 2012 (*YS* 11.08.2012).

2. Rückblick 2011/2012

Nodas Steuererhöhungsgesetze hatten seine Regierung bereits in ein Populäritätstief getrieben, der Beschluss, ein Kernkraftwerk wieder ans Netz gehen zu

lassen, ließ die Zustimmung für Noda noch weiter abstürzen: Tausende Demonstranten protestierten in Tōkyō gegen das Wiederanfahren des Reaktorblocks 3 im Atomkraftwerks Oi im Westen Japans (Fukui; Betreiber: KEPCO); Ministerpräsident Noda hatte das Anfahren wegen befürchteter Energieknappheit während des Sommers und aus Sorge vor Rückschlägen in der Industrieproduktion angeordnet (*NYT* 01.07.2012). Schon vorher hatte der Gouverneur von Fukui mit Verweis auf die wirtschaftliche Bedeutung der Anlage angekündigt, das Anfahren des Kraftwerks Oi zuzulassen (Reaktoren 3, 4), obwohl durchaus noch letzte Sicherheitsbedenken bestanden (*JT* 15.06.2012). Die Kommission, die im Auftrag des Parlaments die Vorgänge von Fukushima untersuchte, verwies nachdrücklich darauf, dass die Folgen der Katastrophen keineswegs überwunden seien: 160.000 Menschen lebten noch immer als Atomflüchtlinge, ältere Menschen fielen den Strapazen der Zwangsumsiedlung zum Opfer, Unternehmen mussten schließen – kurz: zahllose Menschen wurden durch Fukushima ihres normalen Lebens beraubt, sie leben mit Schmerz und Unglück, so der Bericht.

2.1 Außenpolitik und innenpolitischer Streit: Noda in der »Nationalismus-Falle«

Nodas Haltung zu nationalistischem Gedankengut ist durchaus ambivalent und macht ihn anfällig für Druck von »rechts außen«: Vor seinem Amtsantritt hatte der Sohn eines Armee- (SDF-) Offiziers im August 2011 noch Irritationen ausgelöst, als er öffentlich feststellte, die Kriegsverbrecher der Klasse A, die (auch) im Yasukuni-Schrein verehrt werden, seien *keine Verbrecher mehr*, da sie für ihre Taten gebüßt hätten (*JT* 21.04.2012). Innenpolitisch geriet Noda wie auch sein Vorgänger Kan in eine »Nationalismus-Falle«, die Tōkyōs Gouverneur gestellt hatte: Shintarō Ishihara kündigte an, die Senkaku-Inseln vor Taiwan mit Mitteln der Stadt Tōkyō und privaten Spenden von ihrem privaten Eigentümer zu kaufen. De facto kontrolliert Japan die Inselgruppe, aber Taiwan und vor allem China erheben Territorialansprüche – China spricht von Chinas »heiligem Territorium«. Noch im Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen Japan und China (1978) wurden die Senkakus nicht erwähnt, jedoch hatte Chinas mächtigster Mann, Deng Xiaoping, ausdrücklich mehrfach darauf hingewiesen, dass die Territorialfrage nur »ausgeklammert« (*tana'age*) sei; verstärkte chinesische maritime Machtdemonstrationen 2010 und 2011 mussten das Problem zwangsläufig wieder akut werden lassen. Die politische Rechte hatte Noda hier erfolgreich unter Zugzwang gesetzt, zu einem Zeitpunkt, in dem innenpolitisch andere, wichtigere Probleme im Vorder-

grund standen: Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Zukunft der Atompolitik. Außenpolitische Fragen waren dabei nur schwer zu lösen: Noda nannte auch Japans zukünftige Mitgliedschaft in einer Transpacific Partnership (TPP) als eines seiner (außen)politischen Hauptziele; andere Ziele verblassten dahinter. Im Juli kam mit Ishiharas Vorstoß also ein weiteres Problem hinzu; Noda musste auf die Pläne des Gouverneurs von Tōkyō initiativ reagieren, um nicht »rechts überholt« zu werden und in der Öffentlichkeit noch weiter an Ansehen einzubüßen, wobei ihm dieser »Rechtsruck« durchaus zusagte.

2.2 Nationalismus und politische Organisationen: Leitfiguren Ishihara und Hashimoto?

Am 28. April 1952 war die neue japanische Verfassung in Kraft getreten, und Japan wurde wieder souverän; 2012, also 60 Jahre später, flammt wieder einmal die Debatte um grundsätzliche Reformen dieser »Friedensverfassung« auf, Parteien wie die LDP, *Your Party*, *Tachiage Nippon* (Steh auf, Japan!) und eben auch die *Ishin no Kai* aus Ōsaka legten Entwürfe für Verfassungsänderungen vor. Sie setzten offenbar auf eine generelle Mutlosigkeit in der Bevölkerung, die lange wirtschaftliche Stagnation im Gefolge der »3/11«-Katastrophen von Fukushima. *Ishin no Kai* und *Your Party* zielen auf ein Ein-Kammer-Parlament, die LDP will Notstandsgesetze für die Regierung, mit deren Hilfe sie Grundrechte außer Kraft setzen kann. Die SDF soll in eine reguläre Armee umgebildet werden (LDP), die Position des Kaisers soll aufgewertet werden, der Tenno würde wieder Staatsoberhaupt, statt »Symbol des Staates« – kurz: die LDP und andere Parteien ignorieren den inzwischen natürlich gewachsenen Konservatismus des japanischen Volkes, um ihn durch einen überholten Nationalismus wieder zu ersetzen. Die ständig wiederholte Behauptung, dass die Verfassung ein »amerikanisches Werk« sei, ignoriert, dass Kernelemente auf Drängen *japanischer* Staatsrechtler aufgenommen wurden, so Artikel 25 mit der Forderung nach sozialer Wohlfahrt, sozialer Sicherheit und öffentlicher Gesundheit und Artikel 26 mit dem Grundrecht auf kostenlose und allgemeine Schulpflicht für alle. Auch der »Kriegsverzichtsartikel 9« wurde maßgeblich von japanischen Staatrechtlern mitgestaltet (JT 05.05.2012).

Schon lange warnt Ishihara vor einer »Kolonisierung« Japans durch China; eine Rhetorik, die zur äußerst konservativen Position Ishiharas passt, aber wohl auch eine Grundstimmung in der Öffentlichkeit widerspiegelt. Nachdem Tōkyōs Gouverneur (in Washington!) seinen Plan angekündigt hatte, in Eigeninitiative drei Senkaku-Inseln zu erwerben, musste Noda reagieren: die Regierung wolle selbst

die Inseln kaufen. Beide Pläne lösten heftige Reaktionen in China und Taiwan aus; der schrille Nationalismus in chinesischen Medien war besonders beunruhigend. Sicher spielte auch eine Rolle, dass die USA ausdrücklich die Senkaku-Inseln in den Sicherheitsparameter des bilateralen Verteidigungsbündnisses einbezogen haben. Der Territorialstreit im südchinesischen Meer, der Chinas Beziehungen zu den Philippinen und Vietnam belastet und dort Sorgen vor China schürte, verhinderte wahrscheinlich im Juli 2012 vorläufig eine Eskalation. Bisher hatte die Metropolregierung Tōkyō jährliche Pachtverträge mit dem Eigentümer von drei Senkaku-Inseln aus Saitama abgeschlossen (eine vierte Insel dient als Bombenziel für US-Flugzeuge). Er neigt aber einem Verkauf an die Gebiets-/Stadtregierung Tōkyōs zu, also Ishiharas Plan. Die jetzige Pacht läuft im März 2013 aus; vor einem Verkauf wären Vermessungsarbeiten nötig, die japanische Regierung aber verbietet das Betreten der Inseln. Noda betonte mehrfach, dass die Inseln »zweifelsfrei« japanisches Territorium seien. Ishihara wertete den Plan Nodas abfällig als »populistisch« (MS 08.07.2012). Der Regierungschef fürchtete dagegen weiteren unabsehbaren Schaden in den japanisch-chinesischen Beziehungen, wenn Ishihara die Inseln wirklich kaufen würde. Ohnehin war die Stimmung zwischen beiden Staaten Anfang 2012 eingetrübt: Ausgerechnet Takashi Nakamura, der Bürgermeister von Nagoya, Partnerstadt des chinesischen Nanjing, leugnete gegenüber einer Delegation aus der chinesischen Stadt das Massaker japanischer Militärs an der dortigen chinesischen Zivilbevölkerung 1937. Auf kritische Stellungnahmen reagierte er nur mit Bekräftigung seiner Auffassung, es habe das Massaker von Nanjing nie gegeben, wenn überhaupt, könne man nur von »kriegsüblichen Gewalttaten in Nanjing« sprechen. In China brach ein Sturm der Entrüstung los, und Nanjing setzte daraufhin die Partnerbeziehungen mit Nagoya aus (JT 23.02.2012; XINHUANET 22.02.2012).

Noda hatte zwar gegenüber chinesischen Gesprächspartnern vor weiteren Aktivitäten der Volksmarine in den Gewässern um die Inseln gewarnt, aber keine weiteren demonstrativen Schritte zur Absicherung der japanischen Rechtsauffassung unternommen; die LDP verlangt solche Maßnahmen, auch sie unterstreicht in ihrem Programm Japans Territorialansprüche (AS 07.07.2012a). Ishihara dagegen wollte das Thema Senkakus wohl auch »internationalisieren« und die US-Öffentlichkeit entsprechend mobilisieren: In einer halbseitigen Anzeige des Wall Street Journal warb Tōkyōs Regierung um Verständnis für die Privatisierung der Inseln, sie liege auch in geostrategischem Interesse der USA: Mangelnde Unterstützung für asiatische Nationen, die sich China entgegenstellen, würde »den Verlust des ganzen Pazifischen Ozeans für die USA« bedeuten (JT 29.07.2012).

China betonte dagegen, es werde »weitere notwendige Maßnahmen ergreifen«, um die chinesische Hoheit über die Inseln (Diaoyu) abzusichern (AS 08.07.2012).

China pflegt also durchaus Drohgebärden gegenüber Japan und schürt so Misstrauen: 2011 stiegen japanische Kampfflugzeuge 156 Mal auf, um chinesische Kampffjets abzufangen, meist über Inselketten, zu denen auch die Senkakus zählen (Nansei-I.) (*JT* 27.04.2012). Verteidigungsminister Morimoto betonte daraufhin, dass auch unter der geltenden Rechtslage die SDF die territoriale Integrität Japans schützen können, eine Statusänderung der Selbstverteidigungsstreitkräfte also nicht zwingend sei. Zugleich relativierte er eine Äußerung Nodas, der unterstrichen hatte, Japan werde seine Hoheitsrechte gegebenenfalls auch durch Entsendung von SDF-Einheiten schützen; Morimoto hob hervor, dass der Schutz der Inseln unverändert Aufgabe der Küstenwache sei.

Im Januar 2011 war bereits ein bilaterales südkoreanisch-japanisches Abkommen ins Auge gefasst worden, das neben einem weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, einem vorsichtigen Ausloten der Territorialfrage (Takeshima/Dokdo) vor allem eine Vereinbarung über den Austausch sicherheitsrelevanter Informationen (z.B. zwischen Südkoreas und Japans Militärführung) umfassen sollte (*AS* 07.07.2012b). Nur wenige Minuten vor Unterzeichnung dieses Militärabkommens mit Japan zog die südkoreanische Regierung ihre Zusage zurück: Ein Sturm der Entrüstung im Lande zwang die Regierung in Seoul, das diskret unter US-Vermittlung ausgehandelte Abkommen zu stornieren. Kern des Abkommens wäre ein Informationsaustausch der südkoreanischen Geheimdienste mit Japan gewesen, bisher läuft der Informationsfluss über Washington. Der gescheiterte Vertrag bedeutete einen Rückschlag für Noda, wobei offen blieb, warum die US-Regierung die Reaktionen in Südkorea nicht einkalkuliert hatte (*JT* 05.07.2012). Einen zusätzlichen Gesichtverlust musste Noda hinnehmen, als Südkoreas Präsident Lee Myung Bak erstmals Takeshima/Dokdo besuchte und den südkoreanischen Territorialanspruch bekräftigte. Nodas bezeichnete den Besuch als »außerordentlich bedauerlich«, aber auch seine Ankündigung, den Territorialstreit vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen, bewirkte in Japan nicht viel (*AS* 10.08.2012b).

2.3 Taktische Kabinettsumbildungen

Die erste Kabinettsumbildung nahm Noda nach nur vier Monaten Amtszeit im Januar 2012 vor – das Ziel einer Erhöhung der Mehrwertsteuer (und eine neue Sozialpolitik) im Blick. Die Zusammensetzung der neuen Ministerriege vom Januar 2012 bedeutete einerseits ein »Friedensangebot« an die Opposition, andererseits den Versuch Nodas, seine Politik innerparteilich abzusichern. Noda wechselte insbesondere zwei Minister aus, die im Dezember 2011 durch das Oberhaus gerügt

worden waren; er kam damit einer Forderung der LDP nach. Der frühere Chef der Demokratischen Partei und Generalsekretär der DPJ, Katsuya Okada, wurde jetzt zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt, als Ressort übernahm er Steuerpolitik und Sozialreformen (Staatsminister). Okada hatte als Generalsekretär die Verhandlungen mit der Opposition geführt. Seine Ernennung bedrohte aber die innere Einheit der DPJ, da die größte Parteigruppierung um Ichirō Ozawa ihn zu ihren erbitterten Feinden zählte, weil er wesentlich an der Suspendierung der Mitgliedschaft Ozawas beteiligt gewesen war, nachdem dieser wegen des Skandals um politische Spenden angeklagt worden war. Insgesamt wechselte Noda fünf von 17 Ministern aus, aber fast alle Kernressorts blieben unberührt (*JT* 14.01.2012). Ein riskanter Schachzug war die Ernennung Naoki Tanakas zum Verteidigungsminister: Er ist verheiratet mit der Tochter des früheren »Königsmachers« der LDP, Kakuei Tanaka, der ehemaligen Außenministerin Makiko Tanaka – sie gilt als Sympathisantin Ozawas (*JT* 14.01.2012). 2010 zählte Tanaka zu jener Gruppe, die vergeblich versucht hatte, Ozawa zum Parteichef der DPJ zu machen, mit seiner Ernennung hoffte Noda, die Einheit in der Partei wieder herzustellen.

Spätestens im Juni 2012 zeigte sich, dass Ozawa in der Frage der Steuererhöhungen zu keinen Kompromissen bereit war, es blieb Noda nur das Werben um die Opposition, wobei er offenbar bereits eine Abspaltung der Ozawa-Gruppe einkalkulierte. Die Engstirnigkeit, der Machthunger und die Selbstgerechtigkeit des »Zerstörers« löste scharfe Kritik in einigen Medien aus – Noda wurde geraten Kompromissversuche mit Ozawa aufzugeben und die Opposition einzubinden (*DY* 05.06.2012). Wieder opferte Noda zwei Minister bei der Kabinettsumbildung: Verteidigungsminister Tanaka und Kommunikationsminister Takeshi Maeda waren im April vom Oberhaus gerügt worden und mussten gehen. Neuer Verteidigungsminister wurde erstmals ein »unpolitischer« Wissenschaftler (*DY* 04.06.2012).

2.4 »Katastrophe menschengemacht«: Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission zum Fukushima-Desaster

2012 waren alle 54 Kernkraftwerke Japans aus Sicherheitsgründen oder wegen routinemäßiger Wartungsarbeiten abgeschaltet, sie lieferten vor »3/11« ca. 30 % des japanischen Stroms. Die Atomlobby übte aber massiven Druck auf die Politik aus, die Versorgung mit Kernenergie wieder zuzulassen, auch gegen den Widerstand der Öffentlichkeit. Vertreter anderer Industriebereiche (Automobile) schlossen sich den Forderungen an, da sie schwere Standortnachteile befürchteten

Zwei Kommissionen veröffentlichten 2012 ihre Berichte zu den Fukushima-Katastrophen; die eine wurde im Auftrag der Regierung tätig. Der erste Reaktor in Oi (Präf. Fukui) war gerade wieder angefahren worden, da legte auch die Fukushima Nuclear Accident Independent Investigation Commission (NAIIC, gegründet Dezember 2011) ihren vernichtenden Abschlussbericht zu Fukushima vor (NAIIC 2012). Die Kommission bestand aus angesehenen Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen und war im Auftrag des japanischen Parlaments tätig geworden. In ihrem Abschlussbericht wird fast allen Verteidigungsargumenten der Beteiligten – Atomindustrie, Bürokratie und Politik – eindeutig widersprochen: Atomindustrie, Politik und Bürokratie hätten jahrelang, schon vor der Katastrophe, zur Bagatellisierung von Risiken miteinander gekungelt – das unselige »eiserne Dreieck« manifestierte sich hier in seiner verhängnisvollsten Form. Nach der parlamentarischen Untersuchungskommission legte auch die Regierungskommission Ende Juli 2012 ihren Bericht vor: Sie hatte 772 Opfer und Verantwortliche vor Ort zu der Katastrophe befragt und, soweit möglich, Messungen vorgenommen. Auf 448 Seiten wurde ebenfalls ein vernichtendes Urteil gefällt. Weder TEPCO noch die Nuclear and Industrial Safety Agency (NISA) hätten sich ausreichend auf eine Riesen-Tsunami und andere Naturkatastrophen vorbereitet; TEPCO hatte zwar 2008 die Folgen eines Tsunami von 15 m auf Fukushima simuliert, aber anschließend keine Vorsichtsmaßnahmen getroffen (*JT* 26.07.2012). Nicht nur TEPCO als Betreiberfirma von Fukushima, sondern auch Kyushu Electric und KEPCO (Kansai Electric Power Company, Strommonopolist in der Region Ōsaka und Kyōto) gerieten schon Ende 2011 unter Druck: Die Menschen widersetzten sich allen Plänen, die abgeschalteten Kernkraftwerke wieder anzufahren.

2.5 Regierungskommission: Erdbeben nicht unmittelbar ursächlich für die Katastrophen

Der Abschlussbericht einer Wissenschaftler-Kommission im Auftrag der Regierung kam zu einem Ergebnis, das sich mindestens in einem entscheidenden Punkt von den Ergebnissen der Parlamentskommission unterscheidet: Das starke Erdbeben sei nicht auslösend für die Kette von Katastrophen in Fukushima gewesen, es gebe keine Hinweise, dass Funktionen der Anlagen *durch das Erdbeben schon vor dem Tsunami* ausgefallen waren. Diese Ergebnisse stützten sich auf Befragungen der Kraftwerksmitarbeiter und auf Datenmaterial aus den ersten Stunden der Ereignisse; Untersuchungen vor Ort waren wegen der Strahlenbelastungen nicht

möglich. Die Regierungskommission hatte ihre Schlussfolgerungen schon vor Veröffentlichung des Parlamentsberichts vorgelegt (*MS* 21.06.2012; *WSJ* 15.07.2012).

Wirtschaftsnahe Beobachter betonten, dass beide Berichte zumindest eine »Teilschuld« an den Katastrophen der Politik zuwiesen, die Regierung hatte alle Verantwortung allein der TEPCO zugeschrieben (*NIKKEI* 05.07.2012). Die Parlamentskommission wählte für ihre Schlussfolgerungen aus der Untersuchung die schärfsten denkbaren Formulierungen: Die Katastrophe war »made in Japan« (in der englischen Version des Reports), also »menschengemacht«, Hintergrund seien japanische Kulturspezifika wie reflexhafter Gehorsam, fehlende Bereitschaft Autoritäten in Frage zu stellen, die Neigung, an einem einmal beschlossenen Programm festzuhalten, Gruppenorientiertheit und insulares Denken. (*NYT* 05.07.2012; *DY* 07.07.2012)

2.6 Nuklearwirtschaft und Politik: Enthüllungen der *Mainichi Shinbun* u.a.

Die *Mainichi Shinbun* enthüllte im April und Mai eine Serie vertraulicher Treffen zwischen der Japan Atomic Energy Commission (JAEC, Verantwortungsbereich: Kabinettbüro) und führenden Vertretern der Atomlobby. Ziel war eine Revision des Interimreports zur Fortsetzung des Wiederaufbereitungszyklus von Kernbrennstoffen und das schnelle Wiederanfahren der stillgelegten Atommeiler; insgesamt 23 Geheimtreffen zwischen den Verantwortlichen für atomare Sicherheit und der Atomindustrie wurden registriert. Auf solchen Treffen soll die JAEC der Atomwirtschaft interne Dokumente zugänglich gemacht haben (*MS* 02.06.2012). Bereits im Februar 2012, so die *MAINICHI SHINBUN*, sollen Strategiedokumente zur neuen Atompolitik durch die JAEC Verfechtern der Kernenergie zur Kenntnis gebracht worden sein. Die JAEC bestritt, dass anschließend der Sicherheitsreport im Sinne der Befürworter der Kernenergie umgeschrieben worden sei (*AS* 26.05.2012). Der Chef der JAEC musste aber ein Geheimtreffen mit Vertretern der Atomindustrie bereits am 8. Dezember 2011 einräumen: in den folgenden ca. 20 weiteren Treffen wurden keine Protokolle verfasst, alle ausgegebenen Materialien wurden anschließend wieder von Mitarbeitern des Kabinettbüros eingesammelt (*MS* 25.05.2012). Auf einem Treffen am 24. April waren Vertreter der JAEC, der *Japan Nuclear Fuel Ltd.* (JNFL, Betreiber u.a. der Wiederaufbereitungsanlage Rokkasho) und ein führender Vertreter des Verbandes der Elektroindustrie Japans anwesend; Fazit des Treffens: Schnelle Endlagerung abgebrannter Brennstäbe ist kostengünstiger als Wiederaufbereitung. Gegen den Willen der JNFL entschied man sich für Endlagerung (Vergraben), um den Ausbau von Wiederaufbereitungsanlagen auszubremsen

(AS 26.05.2012). Die offenkundige Parteinahme der JAEC auf Seiten der Atom-Befürworter löste Unverständnis und Ärger in der DPJ aus: Während die Aufsichtsbehörde NISA (Nuclear and Industry Safety Agency) nach dem Fukushima-Desaster umstrukturiert wurde, blieb die JAEC-Organisation unverändert. Der Vorsitzende der JAEC bestritt heftig die Aussage, dass, wie die MS berichtet hatte, die geheimen Treffen einzustellen seien, sollten sie bekannt werden. Stattdessen bezeichnete er sie als »Studientreffen«; sie gehen bis in das Jahr 2004 zurück, Kritiker der Kernenergie waren nicht geladen (AS 26.05.2012; MS 25.05.2012).

2.7 Wieder Atomstrom gegen den Willen der Bevölkerung?

Ministerpräsident Noda hatte sich im Mai 2012 für die Wiederaufnahme der nuklearen Stromerzeugung ausgesprochen, da nur so die Wirtschaft Japans und das Wohl des japanischen Volkes abzusichern seien. Das Bekenntnis zur Kernenergie gab Noda im Verlauf einer Unterhausdebatte ab, in der es um die Schaffung einer neuen Sicherheitsbehörde für Kernenergie ging, indem die NISA (Nuclear and Industrial Safety Agency) und die Nuclear Safety Commission zusammengelegt werden sollen; die Opposition widersetzte sich entschieden diesem Plan (AS 30.05.2012). Mit der Wiederaufnahme der Atomstromlieferungen ging Noda ein weiteres hohes Risiko ein, denn in der Frage der Kernenergie ist Japan tief gespalten: Laut *Mainichi*-Umfragen lehnen 71 % der japanischen Bevölkerung die Atomkraft ab. Unter prominenter Führung des Literatur-Nobelpreisträgers Kenzaburō Ōe sollen 10 Millionen Unterschriften gegen die Kernkraft gesammelt werden, bis Juli 2012 hatten 7,85 Mio. Menschen unterschrieben (MS 16.07.2012).

Die öffentliche Meinung in Japan ist umgeschlagen: das nahezu blinde Vertrauen in eine stabile – und sichere – Atomstromversorgung verwandelte sich in tiefe Skepsis, die der Ministerpräsident bekämpfen musste. Inzwischen ist die TEPCO verstaatlicht worden, die Regierung konnte es sich nicht leisten den Versorgungsmonopolisten des Großraums Tōkyō in die Pleite zu schicken.

Ex-Regierungschef Naoto Kan wechselte ebenfalls die Seiten: Er räumte die Existenz des sog. »Atomdorfes« (Atomwirtschaft, Bürokratie, Politik – also eine Sonderform des »eisernen Dreiecks«) ein und übte deutliche Kritik an der Bürokratie und an TEPCO, überdies sprach er sich gegen das Anfahren der Reaktorblöcke von Oi aus und trat für einen langfristigen Atomausstieg ein (ARD 22.07.2012). Kan sprach sich auch dafür aus, dass Ministerpräsident Noda mit den Veranstaltern der Anti-Atomdemonstration vor dem Amtssitz des Regierungschefs sprechen sollte – es handele sich um eine neue Form politischer Partizipation, die man ernst

nehmen müsse. Auch Ex-Regierungschef Hatoyama äußerte gegenüber Kabinettssekretär Fujimura eine ähnliche Bitte – Fujimura lehnte das »persönliche Ansinnen« Hatoyamas ab (YS 21.07.2012a).

3. Parteien

3.1 Die LDP 2011/2012: Pokerspiel und Machtgerangel um Steuererhöhungen

Seit Ende 2011 war die Position des LDP-Chefs Sadakazu Tanigaki gefährdet – seine innerparteilichen Gegner erstarkten. Bis Juli 2012 wurde immer deutlicher, dass er nur durch einen Erfolg bei vorgezogenen Neuwahlen seinen Posten halten würde; deshalb waren Ende 2011 / Anfang 2012 von dem Bestreben Tanigakis geprägt, Noda zu Neuwahlen zu zwingen. Der 79. Parteitag der LDP im Januar 2012 verabschiedete eine Plattform für das laufende Jahr, die Grundlage einer erneuten Machtübernahme der Partei bei anstehenden Neuwahlen werden sollte. Es fehlte dem Forum an Originalität, denn die LDP konnte zwar die DPJ attackieren, aber letztlich keine Alternativen zu Nodas politischen Zielen aufzeigen.

»Überlebenschancen« für Noda und seine Steuerpläne fanden sich in den zunehmend offen ausgetragenen Machtkämpfen der LDP, die unmittelbar auf diese Pläne zurückzuführen waren. Vor allem junge LDP-Parlamentarier zweifelten an den Führungsqualitäten des LDP-Chefs Tanigaki: Er habe die Grundsätze der LDP verraten, indem er Verhandlungen mit Noda führte. Prominenter Kritiker ist der Sohn des Gouverneurs von Tōkyō, Nobuteru Ishihara, der bereits Ende 2011 eine Kandidatur für die LDP-Präsidentschaft angekündigt hatte, es gibt aber weitere prominente Bewerber, nicht zuletzt Shinzō Abe, der bereits kurzzeitig Regierungschef war (DY 22.03.2012). Abe »liebäugelte« taktisch mit einer Mitgliedschaft in Hashimotos *Ōsaka Ishin no Kai*, hier wäre er *das* konservative Aushängeschild (AS 15.08.2012). In der Tat agierte Abe letztlich nur taktisch, wenig später wurde er zum neuen Parteichef der LDP gewählt; Parteimitglieder und Abgeordnete der LDP unterstrichen durch diese Wahlentscheidung den neuen ausgeprägten Rechtsruck in der Opposition.

Regierungschef Noda ging mit der Erhöhung der Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer) ein beträchtliches Risiko ein, wie frühere Versuche in dieselbe Richtung belegen – so lieferte er seinen Gegnern willkommene Gegenargumente: Experten warnen vor einem Abwürgen der Konjunktur, eine Entwicklung, die 2015 mit der vollständigen Anhebung auf 10 % sogar zu einer Rezession führen könnte. 1997

wurde die Mehrwertsteuer von 3 % auf 5 % erhöht – es folgte eine zweijährige Rezession, den damaligen Regierungschef Ryūtarō Hashimoto kostete es das Amt. Jedoch sind drastische Maßnahmen überfällig: Die Staatsverschuldung hat 230 % des BIP erreicht und liegt damit höher als in allen anderen Industrieländern. Die LDP kann alle Entwicklungen in diese Richtung Noda und der DPJ anlasten (YS 21.07.2012b).

3.2 Rette sich, wer kann – auch in der DPJ?

In der Hoffnung auf einen Sieg in vorgezogenen Neuwahlen gruppierten sich die Faktionen in der LDP um, von Überlebensängsten umgetrieben und Spitzenpositionen fest im Blick. Auch in der DPJ suchten Parlamentarier im vorweggenommenen Wahlkampf nach politischen Überlebenschancen, angesichts einer drohenden Niederlage der Regierungspartei. Parlamentarier, die wegen der Steuererhöhungspläne die DPJ nicht mit Ozawa verlassen hatten, suchten nach anderen Wegen, sich von Noda abzusetzen: Klientelpolitik gegen eine Mitgliedschaft in der TPP prägten die Taktik jener DPJ-Parlamentarier mit ländlicher Wählerbasis; Nodas Pläne für eine Novellierung des Gesetzes über Friedenssicherung (Waffeneinsatz für SDF-Einheiten im UN-Auftrag), eine Neudefinition des Rechtes auf »kollektive Selbstverteidigung« werden von ehemaligen Sozialisten in der DPJ strikt abgelehnt (JT 23.07.2012). Noda hatte die vorzeitige Auflösung des Unterhauses »baldmöglichst« angekündigt, in der DPJ und der Opposition ging man vom Oktober aus. Vorher musste Noda um seine Wiederwahl als Parteichef kämpfen, der Wahlgang war im September fällig und die Kräfte in der DPJ formierten sich zum »Wahlkampf vor den Wahlkämpfen«. Sollte er nicht wieder zum Chef gewählt werden, müsste auch ein anderer Ministerpräsident das Unterhaus auflösen, betonte Noda (AS 11.08.2012).

3.3 Die *Ōsaka Ishin no Kai*: »Tabubrecher« Tōru Hashimoto auf Positionssuche

Bereits in der vorangegangenen Ausgabe des Jahrbuches wurde auf die wachsende Bedeutung neuer Regionalparteien hingewiesen (POHL 2011: 34–38); der Name des Bürgermeisters von Ōsaka(-Stadt), Tōru Hashimoto, fiel ebenfalls schon in diesem Zusammenhang. Auch die Partei *Genzei Nippon* (Steuersenkung – Japan!, Präfektur Aichi) will sich jetzt landesweit etablieren. Der Bürgermeister von Nagoya warb um

»Deserteure« aus der DPJ und suchte den Schulterschluss mit dem Gouverneur von Aichi, der aber seinerseits schon eine *Chūkyō Ishin no Kai* gegründet hatte; diese »Reformgruppe Chūkyō« (Chūkyō = Großregion Nagoya) sollte noch vor der »Ōsaka Reformgruppe« eine Partei werden. Um als »Partei« Kandidaten in Einer- und Mehrwahlkreisen aufzustellen, sind fünf Abgeordnete nötig, die sich zusammenschließen (AS 18.08.2012). Hashimoto schwebt eine »dritte Kraft« vor, die neben (am besten: vor) DPJ und LDP zum entscheidenden Faktor der japanischen Innenpolitik werden soll.

Auch die Kōmeitō stellte sich eilig hinter Hashimoto und unterstützte seinen regionalpolitischen Plan, Stadt und Präfektur Ōsaka zu einer übergeordneten Gebietskörperschaft nach dem Vorbild Tōkyōs zu vereinen. Ozawas Gruppe ist hier ebenfalls im Spiel (DY 30.01.2012). Grundlegende konkrete Ziele einer nationalen Politikstrategie ließ Hashimoto unbenannt, die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen und eine tendenziell reaktionäre Ideologie der Gruppe können nicht als solche zählen.

Hashimoto hofft, bei den nächsten Unterhauswahlen mit seiner Gruppierung 200 Mandate bei 300 Kandidaten zu erringen – eine Zahl, die tendenziell auf Realitätsverlust hindeutet. Zu diesem Zweck hat Hashimoto ein Trainingsinstitut für angehende Kandidaten gegründet (DY 30.01.2012). Hashimoto ist aber nicht bereit, sein »politisches Alleinstellungsmerkmal« zugunsten anderer Regionalbündnisse aufzugeben: Er distanzierte sich scharf von der Chūkyō Ishin no Kai des Gouverneurs von Aichi. In der Vereinigung sind die Gouverneure von Aichi, Gifu, Mie und Shizuoka vereint, die bei den kommenden Unterhauswahlen in Einer-Wahlkreisen Kandidaten aufstellen wollen (AS 10.08.2012a).

3.4 Ichirō Ozawa: Der »Zerstörer« treibt auch 2012 sein Unwesen

Ozawa erlangte Anfang 2012 im Strafverfahren wegen Falschbuchungen von Parteispenden einen »Freispruch zweiter Klasse«, weil das Gericht einen entscheidenden Beweisantrag der Staatsanwaltschaft ablehnen musste, der unter Verwendung ungesetzlicher Methoden entstanden war. DPJ-Generalsekretär Koshi'ishi betrieb anschließend sofort die erneute Vollmitgliedschaft Ozawas in der DPJ, aber die Entscheidung Ozawas stand wohl längst fest: er wollte eine neue Partei – und betrieb so die Spaltung der DPJ.

Bei einer Bewertung der Spaltung in der DPJ lohnt ein Blick auf die Fraktionsstärke der einzelnen Parteien im Unterhaus: Die DPJ war in den letzten Unterhauswahl 2009 mit 308 Sitzen (vorher: 193) strahlender Sieger, die LDP dagegen sackte

von 181 auf 119 Sitze ab. Im Juli 2012 ergab sich folgende Sitzverteilung bei 479 Sitzen (eine Vakanz):

DPJ/Club of Independents	306
Liberal-Demokratische Partei (LDP)	118
Neue Kōmeitō (KMT)	21
Kommunistische Partei Japans (KPJ)	9
Kizuna Party	9
Sozialdemokratische Partei/Shimin Rengō	6
Your Party	5
People's New Party	4
Da'ichi-True Democratic Party	3
Sunrise Party of Japan	2
Unabhängige	13

Quelle: SHŪGI'IN (05.07.2012).

3.5 Gesetz zur Verdoppelung der Verbrauchssteuern verabschiedet – DPJ gespalten

Das japanische Fiskaldefizit beläuft sich 2012 auf 532,1 Mrd. US\$ oder 8,9 % des BIP, eine Erhöhung um 1 % könnte zusätzliche Steuereinnahmen von 2 Mrd. Yen erbringen. Es gebe andere Möglichkeiten, über Steuererhöhungen die Staatseinnahmen zu steigern: Die wichtigste Einnahmequelle des japanischen Staates ist die Einkommensteuer, aber diese Einnahmequelle ist erkennbar ausgetrocknet. Der Anteil der Arbeitsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung ist von 65 % in den 70er Jahren auf 59 % in 2011 gefallen. Haupthindernisse einer Erhöhung der Mehrwertsteuer waren zu Beginn 2012 Zweifel daran, ob Noda das Gesetzesvorhaben über die parlamentarischen Hürden bringen würde; als Noda eine Erhöhung im Dezember 2011 vorschlug, verließen neun DPJ-Parlamentarier die Partei. Ein zweites Problem: Die gesamtwirtschaftliche Lage könnte sich 2014 in einer Rezession äußern. Bis 2013 dürfte die japanische Wirtschaft vom Bauboom aus den Aufräum- und Bauarbeiten der Fukushima-Katastrophen profitieren (Wachstumsschätzung: 2012 +2,4 %, 2013: +2 %). 2014 aber wird ein Rückgang des Wachstums erwartet – unter solchen Umständen wäre es zweifelhaft, ob die letzte Phase der Erhöhung umzusetzen wäre, die Gefahr einer Rezession ist dann hoch (OKUBO 27.03.2012).

Beobachter in Japan interpretieren Nodas Politik als Symptom für den wieder gewonnenen politischen Einfluss des Finanzministeriums (MOF): Die Ministerpräsidenten Kan und Noda sowie alle an den Verhandlungen mit der Opposition beteiligten Politiker – nicht zuletzt der LDP-Chef – waren zweitweise entweder Finanzminister oder unterhalten enge Kontakte zur Finanzbürokratie, sie haben offenbar die fiskalpolitischen Strategien des MOF übernommen. Die beiden Regierungschefs revidierten jeweils ihre Absage an Steuererhöhungen und fochten für eine Mehrwertsteuererhöhung, nachdem sie den Posten des Finanzministers bekleidet hatten. Eine verbreitete Meinung dazu ist: Die MOF-Bürokratie nutzte die Unerfahrenheit der beiden aus, um sie »umzudrehen« (*BUSINESSWEEK* 09.07.2012).

Am 26. Juni billigte das Unterhaus die acht Gesetze, durch die die Mehrwertsteuer bis April 2014 auf 8 %, bis Oktober 2015 auf 10 % erhöht werden soll. Ichirō Ozawa, Yukio Hatoyama sowie 57 weitere DPJ-Abgeordnete stimmten gegen die Gesetze, 16 enthielten sich oder blieben der Abstimmung fern. Von 480 Unterhausabgeordneten (eine Vakanz) stimmten 290 DPJ Parlamentarier für die Gesetze, dafür votierten auch 121 LDP-Abgeordnete und 21 von der Kōmeitō (*AS* 27.06.2012).

Generalsekretär Koshi'ishi versuchte noch verzweifelt, Ozawa von seinem Beschluss abzubringen, aber der »Zerstörer« behauptete, mit seinem Schritt den Willen des Volkes zu vertreten (*JT* 29.06.2012). Umfragen belegten eher das Gegenteil: Die Öffentlichkeit wollte keine neue »Ozawa-Partei«, 78 % der Befragten in einer *Asahi Shinbun*-Erhebung hielten nichts von einer »Ozawa-Partei«, aber 52 % lehnten auch die Steuererhöhung ab (*AS* 28.06.2012). Auch der Generalsekretär, der als enger Vertrauter Ozawas gilt, hatte keinen Erfolg. Ca. 40 Abgeordnete bekundeten ihre Loyalität zu Ozawa, andere aber fürchteten als Newcomer um ihr erstes Mandat, sie brauchten eine Organisation wie die DPJ im Rücken, um wiedergewählt zu werden, sie zögerten deshalb mit dem Austritt (*AS* 28.06.2012).

3.6 Die Situation Juli 2012: Regierungslager zerrissen

Schließlich kündigten 50 DPJ-Abgeordnete an, zusammen mit Ozawa die Regierungspartei zu verlassen und eine neue Partei zu gründen. Auch mit Ausscheiden der Parlamentarier behielt Nodas Regierung eine (denkbar knappe) Unterhausmehrheit von elf Sitzen. Ozawa warf der Regierung Noda Bruch ihrer Wahlversprechen von 2009 vor: Eine Steuererhöhung sei nicht vorgesehen gewesen, betonte der Architekt des überwältigenden Wahlsiegs der DPJ in 2009. Eine neue Partei unter Ozawas Führung würde weiter das Wiederaufbauen von Kernkraftwerken fordern. Kabinettssekretär Fujimura bedauerte Ozawas Entscheidung angesichts überfälliger

Reformen im japanischen Steuer- und Sozialsystem, Generalsekretär Koshi'ishi lehnte weitere Gespräche mit den Parteirebellen ab. 52 DPJ-Parlamentarier der DPJ aus Unter- und Oberhaus hatten eine Absichtserklärung zum Austritt übergeben, aber letztlich verzichteten 20 Ozawa-Getreue auf den endgültigen Bruch, das »rettete« Noda vorläufig: Zum Verlust der Unterhausmehrheit hätten mindestens 55 Abgeordnete »von der Fahne gehen« müssen (MS 02.07.2012b). Sollte Ozawa eine neue Partei gründen, brauchte er mindestens 39 Sitze, um ein Misstrauensvotum einbringen zu können; auch ein Bündnis mit früheren DPJ-Renegaten würde dieses Quorum nicht erbringen.

Die DPJ-Parteiführung beschloss eine Reihe von sofortigen Strafmaßnahmen gegen die Abweichler und »Fahnenflüchtigen«, auch gegen den ehemaligen Partei- und Regierungschef Yukio Hatoyama, der ebenfalls gegen die Steuererhöhung gestimmt hatte; seine Mitgliederrechte in der DPJ wurden für sechs Monate suspendiert, ein Signal, dass er bei der nächsten Unterhauswahl bei der Kandidatenaufstellung nicht auf einem DPJ-Ticker antreten könnte, wenn sie in seine »Auszeit« fällt (YS 04.07.2012). Hatoyama verlor auch automatisch alle Parteiämter durch die Suspendierung. Er hatte zwar 2009 als Repräsentant der DPJ einen Generationswechsel durchgesetzt und genoss Respekt, aber ohne offizielle Anerkennung seiner möglichen Kandidatur bei Neuwahlen durch die DPJ dürfte er einen schweren Stand haben. Die LDP spielte damit, ihm einen Wahlkreis auf Hokkaidō anzubieten, um ihn von der DPJ abzuwerben (MS 04.07.2012). Von den 57 DPJ-Parlamentariern, die gegen die Steuererhöhung gestimmt hatten oder mit Enthaltung stimmten und Austrittserklärungen abgegeben hatten, wurden mit Ozawa 37 aus der DPJ ausgeschlossen; 19 hatten ihren Parteiaustritt nicht ausdrücklich erklärt, ihre Mitgliedschaft wurde für zwei Monate suspendiert, nur Hatoyama erhielt die höhere Bestrafung (MS 03.07.2012).

Neun Jahre nach der Vereinigung von Minshutō und Jiyūtō zur Minshutō (2003) spaltete sich also (in schlechter) japanischer Tradition wieder einmal eine Partei – und wieder war Ozawa maßgeblich an der Spaltung beteiligt. Der Zerfall der Partei wird auch der DPJ-Führung angelastet, die sich unfähig gezeigt hatte, die inneren Spaltungen zu überwinden. Dabei hatte sich die DPJ dem Ränkespiel des »Zerstörers« Ozawa ausgeliefert, um die Macht zu erringen. Das Zweckbündnis Nodas mit der LDP und der Neuen Kōmeitō brachte ihn in Erklärungsnot, jetzt musste er wieder das Profil der DPJ schärfen und damit die Daseinsberechtigung der Partei begründen. Ozawa brachte der DPJ zwar mehr Führungswillen und Eigenständigkeit, aber er zerstörte auch wie gewohnt von innen her die Partei – der Bruch musste kommen, als Ozawa und seine Getreuen erkannten, dass er unter den politischen Rahmenbedingungen von 2012 niemals die Führung der DPJ übernehmen würde.

Ozawa will die Macht und hinterlässt politische Trümmer, wenn er sie nicht bekommen kann (MS 03.07.2012).

3.7 Neue »Ozawa-Partei«

Ozawas Manöver zur Gründung einer neuen Partei wurden bereits im April 2012 erkennbar: Seine innerparteiliche Gruppierung (de facto: Faktion, *habatsu*) *Atarashii Seisaku Kenkyūkai* (Forschungsgruppe neue Politik) begann auf der eigenen Website Noda scharf zu attackieren (AS 06.04.2012). Am 9. Juli wurde Ozawa zusammen mit 49 DPJ-Parteirebellen, die gegen die Gesetzesvorhaben zur Reform der Sozialpolitik und die Erhöhung der Verbrauchssteuern gestimmt hatten, förmlich aus der Partei ausgeschlossen; es handelte sich um 37 Unterhaus- und 12 Oberhausabgeordnete (DY 10.07.2012a). Politiker aus Präfekturen, die von der »3/11«-Katastrophe besonders schwer betroffen waren, schlossen sich Ozawa an (DY 10.07.2012b). Auch zehn DPJ-Parlamentarier der Präfekturversammlung von Iwate, Ozawas Hochburg, folgten; damit war die Präfekturorganisation der DPJ in Iwate tief gespalten, denn viele andere Parlamentarier dort missbilligten den Politikstil Ozawas (MS 13.07.2012). Die Mehrheit von Ozawas Anhängern sind jüngere Abgeordnete, die 2009 erstmals gewählt wurden (25 Abgeordnete), und die sich um ihre Wiederwahl in den kommenden Unterhauswahlen sorgen müssen, das gilt besonders für 13 Parlamentarier, die über Listenplätze gewählt wurden, weniger für die Direktmandate. Auch von den »fahnenflüchtigen« zwölf Oberhausabgeordneten verfügen nur wenige über eine Machtbasis, da ihre Mandate noch unter der LDP-Regierung vergeben wurden (MS 02.07.2012a).

Ozawa gründete seine neue Partei zusammen mit 48 Gefolgsleuten am 10. Juli 2012. Die neue Partei trägt vorläufig den Namen *Kokumin no Seikatsu ga Dai'ichi* (Das Leben des Volkes zuerst!) und besteht aus 37 Unterhaus- und zwölf Oberhausabgeordneten, andere Politiker dürften noch dazu stoßen. Programmschwerpunkte sind Fiskal- und Verwaltungsreformen sowie entschlossener Widerstand gegen jede Mehrwertsteuererhöhung. Aber Ozawa will auch die wachsende Ablehnung der Bevölkerung zur Kernkraft und die Abhängigkeit des Landes von Atomstrom (jetzt 30 %) verringern, die Kernkraft soll eine Übergangsenergie sein. Die meisten Parteimitglieder sind junge Politiker ohne Erfahrung im politischen Alltagsgeschäft, viele verdanken ihre Karriere Ozawa persönlich; eine Unterhauswahl dürfte die neue Partei kaum erfolgreich bestehen (JT 11.07.2012). Spätestens 2013 sind reguläre Neuwahlen fällig. Aber die größte Bedrohung für die Regierung Noda wäre 2012 der Parteiaustritt weiterer DPJ-Parlamentarier gewesen (JT 11.08.2012).

Die Reaktionen der anderen Oppositionsparteien auf Ozawas Neugründung war kühl bis ablehnend, aber gepaart mit deutlicher Konkurrenzangst; vor allem LDP-Generalsekretär Nobuteru Ishihara übte scharfe Kritik: Er warf Ozawas neuer Partei vor, »nichts anderes zu tun, als den Bruch des ›Kontrakts mit dem Wähler‹ der DPJ« fortzusetzen. Die Kōmeitō vermisste konkrete Politikziele und bezweifelte, dass die neue Partei die Interessen des Volkes befördern könne. Die KPJ zweifelte daran, dass Ozawas Partei ihre beiden Hauptziele, die Verhinderung der Mehrwertsteuererhöhung und das Eintreten für die Atomkraft zusammen führen kann. Die kleinen Oppositionsparteien sorgten sich um ihre Eigenständigkeit, wenn sie in den Sog Ozawas gerieten (*Jiji* 11.07.2012). Bereits jetzt begannen die Kämpfe um aussichtsreiche Wahlkreise, so bekam Yukio Hatoyama in Hokkaidō 9 als Herausforderer einen bekannten Ex-Spitzensportler, dafür sorgte LDP-General Ishihara. Ozawa und Ex-Regierungschef Hatoyama suchen offenbar weitere Gemeinsamkeiten; beide Politiker zeigten sich nach dem Parteiaustritt Ozawas mehrmals demonstrativ gemeinsam in der Öffentlichkeit (*MS* 29.07.2012).

Literatur

- ARD (22.07.2012), »Interview mit Naoto Kan«, http://mediathek.daserste.de/sendungen_az/329478_weltspiegel/11208426_extra-japans-ex-premier-im-exklusiv-interview-?buchstabe=W (23.07.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (06.04.2012), »Ozawa Appears Intent on Forming New Party«, http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201204060030 (15.06.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (26.05.2012), »Ties Remain Tight between Atomic Energy Commission, Nuclear Industry«, <http://ajw.asahi.com/article/0311disaster/fukushima/AJ201205260060> (11.07.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (30.05.2012), »Noda Says Japanese Lifestyles Rely on Nuclear Power«, http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201205300041 (11.07.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (27.06.2012), »Minshu, Jijitsujō no Bunretsu Jōtai« [DPJ de facto im Zustand der Spaltung], <http://www.asahi.com/politics/update/0626/TKY201206260692.html> (10.08.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (07.07.2012a), »Central Government Plans to Buy Senkaku Islands«, http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201207070062 (10.07.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (07.07.2012b), »Seoul Admits Mistakes in Negotiating Military Pact with Japan«, http://ajw.asahi.com/article/asia/korean_peninsula/AJ201207070060 (11.08.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (08.07.2012), »China Dismisses Japan Plan to Buy Disputed Islands«, http://asahi.com/article/behind_news/politics/AJ207080023 (10.07.2012).

- AS (*ASAHI SHINBUN*) (28.07.2012), »Nihonban ›Midori no Tō Hassoku« [Start der japanischen Form einer Grünen Partei], <http://www.asahi.com/politics/update/0728/TKY201207280683.html> (10.08.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (10.08.2012a), »Hashimoto: ›Ōsaka Ishin to ha Kankei nai« [Hashimoto: »Keine Beziehungen mit der Ōsaka-Reform«], <http://www.asahi.com/politics/update/0810/NGY201208100022.html> (10.08.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (10.08.2012b), »Kankoku Daitōryō, Takeshima ni Jōriku« [Südkoreas Präsident besucht Takeshima], <http://www.asahi.com/international/update/0810/TKY201208100228.html> (11.08.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (10.08.2012c), »Minshu, Shūsan no Senkyo Taisaku Honbun o Setchi he« [DPJ gründet Hauptquartier für Unterhaus- und Oberhauswahlen], <http://www.asahi.com/senkyo/TKY201208100449.html> (10.08.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (11.08.2012), »Minshu Daihyōsen, Tairitsu Kōhō Hōritsu no Ugoki« [Wahl des DP-Chefs, Manöver der widerstreitenden Kandidaten], <http://www.asahi.com/politics/update/0811/TKY201208100835.html> (11.08.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (18.08.2012), »New Parties Forming for Expected Mass Defection from the DPJ«, http://ajw.asahi.com/article/behind_newpolitics/ (20.08.2012).
- BUSINESSWEEK* (09.07.2012), »Japan's Once Dominant Finance Ministry Rises Again with Noda Tax«, <http://www.businessweek.com/news/2012-07-09/japan-s-once-dominant-finance-ministry-rises-again> (17.07.2012).
- DY (DAILY YOMIURI)* (30.01.2012), »Hashimoto's Party Focus on ›3rd Force«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T120129003042.htm> (02.02.2012).
- DY (DAILY YOMIURI)* (22.03.2012), »LDP Members Gearing Up to Replace Tanigaki«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T120321005159.htm> (22.07.2012).
- DY (DAILY YOMIURI)* (04.06.2012), »Professor Gets Defense Post«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T120604004560.htm> (14.07.2012).
- DY (DAILY YOMIURI)* (07.07.2012), »Report Vividly Describes ›Man-Made‹ Disaster«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T120706003982.htm> (02.07.12).
- DY (DAILY YOMIURI)* (10.07.2012a), »Ishihara's Survey Plan Forced Noda to Act«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/T120709003704.htm> (10.07.2012).
- DY (DAILY YOMIURI)* (10.07.2012b), »Iwate Gov. to Part with DPJ, Join Ozawa Party«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T120709003948.htm> (10.07.2012).
- DY (DAILY YOMIURI)* (13.07.2012), »China Making Waves again with Senkaku Islands Incursion«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/editorial/T120713003770.htm> (18.07.2012).
- JJI* (21.07.2012), »Shintō ni Hiyayaka« [Kühl gegenüber der neuen Partei], <http://www.jiji.com/jc/zc?k=201207/2012071100935> (22.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (14.01.2012), »New Noda Cabinet on Tax Push«, <http://www.japantimes.co.jp/print/nn20120114a1.html> (15.01.2012).

- JT (JAPAN TIMES)* (23.02.2012), »Nagoya Mayor Won't Budge on Nanjing Remark«, <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120223a5.html> (18.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (21.04.2012), »81 Lawmakers Visit Yasukuni ahead of Festival«, <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120421a4.htn> (22.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (27.04.2012), »Fighters Launched 156 Times for China«, <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120427b5.htn> (22.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (05.05.2012), »Rushing for Constitutional Changes«, <http://www.japantimes.co.jp/text/ed20120505a1.html> (28.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (15.06.2012), »Fukui Gov. Set to Give OK on Oi Restart«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T120614005660.htm> (03.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (29.06.2012), »Koshiishi Scrambles to Avoid DPJ Split«, <http://www.japantimes.co.jp/print/nn20120629a1.html> (03.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (05.07.2012), »Seoul Starts to Probe Military Pact Snafu«, <http://www.japantimes.co.jp/text/n20120705b3.html> (16.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (26.07.2012), »Obsession with Safety Myth«, <http://www.japantimes.co.jp/text/ed20129726a1.html> (27.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (29.07.2012), »Ad in Wall Street Journal Seeks U.S. Support for Senkaku Purchase«, <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120729a2.htn> (30.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (11.08.2012), »Upper House Passes Bill to Hike Sales Levy«, <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120811a1.html> (11.08.2012).
- MS (MAINICHI SHINBUN)* (25.05.2012), »Atomic Commission Chief Admits Attendance at Secret Session on Nuclear Fuel-Cycle«, <http://mainichi.jp/english/newsselect/news/20120525p2a00monao2000oc.html> (11.07.2012).
- MS (MAINICHI SHINBUN)* (02.06.2012), »JAEC Handed Nuclear Policy Meeting Docs to Pro-Nuclear Figures at Secret Meeting«, <http://mainichi.jp/english/english/newsselect/news/20120602p2a00monao0900oc.html> (11.07.2012).
- MS (MAINICHI SHINBUN)* (21.06.2012), »TEPCO Report on Fukushima Nuke Disaster Dodges Blame«, <http://mainichi.jp/english/newsselect/news/20120621p2a00monao1300oc.html> (20.07.2012).
- MS (MAINICHI SHINBUN)* (02.07.2012a), »DPJ Reaping What It Has Sown as Ozawa Defects«, <http://mainichi.jp/english/perspectives/news/2020120703p2ao> (04.07.2012).
- MS (MAINICHI SHINBUN)* (02.07.2012b), »Minshu Bunretsu« [Spaltung der DPJ], <http://mainichi.jp/select/news/20120703k000om01007400oc.html> (13.07.2012).
- MS (MAINICHI SHINBUN)* (03.07.2012), »Minshutō Bunretsu: Kaitōteki Minaoshi o motomeru« [Spaltung der DPJ: Streben nach Überwindung der Spaltung], <http://mainichi.jp/opinion/news/20120703k000om07010500oc.html> (06.07.2012).
- MS (MAINICHI SHINBUN)* (04.07.2012), »Minshutō: Shobun no Hatoyama-shi« [DPJ: Der bestrafte Hatoyama], <http://mainichi.jp/select/news/20120704k000om01009700oc.html> (05.07.2012).

- MS (*MAINICHI SHINBUN*) (08.07.2012), »Govt Looks to Buy Senkakus«, <http://www.yomiuri.co.jp/national/T20707002597.htm> (10.07.2012).
- MS (*MAINICHI SHINBUN*) (13.07.2012), »Ozawa-Shi Chigen no Iwate: Minshu Kenren Bunretsu« [Ozawas Basis Iwate: Spaltung der Präfekturorganisation der DPJ], <http://mainichi.jp/select/news/20120713mogoomo40022000c.html> (13.07.2012).
- MS (*MAINICHI SHINBUN*) (16.07.2012), »Antinuclear Rally Draws 170,000 People at Central Tokyo Park«, <http://mainichi.jp/english/english/newsselect/news/20120716p2g-oomodm090000c.html> (17.07.2012).
- MS (*MAINICHI SHINBUN*) (29.07.2012), »Shōhizei Sōka« [Erhöhung der Verbrauchssteuer], <http://mainichi.jp/select/news/20120730koo000m010021000c.html> (30.07.2012).
- NAIIC (Nuclear Accident Independent Investigation Commission) (2012), Report / Executive Summary, <http://www.slideshare.net/jikocho/naaic-report-hires> (07.07.2012).
- NIKKEI (05.07.2012), »DJ: Fukushima Nuclear Accident Report Puts Partial Blame on Politicians«, <http://nikkei.com/e/fr/tnks/Nni20120705DOSJF385.htm> (28.07.2012).
- NYT (*NEW YORK TIMES*) (01.07.2012), »In Japan, First Reactor Is Restarted since Earthquake«, <http://www.nytimes.com/2012/07/02world/asia/japan-restarts-a-nuclear-reactor.html> (08.07.2012).
- NYT (*NEW YORK TIMES*) (05.07.2012), »Inquiry Declares Fukushima Crisis a Man-Made Disaster«, <http://www.nytimes.com/2012/07/06/world/asia/fukushima-nuclear-crisis-a-man-amde-disaster-report-says.html?ref=japa&pagewanted=print> (07.07.2012).
- OKUBO, TAKUJI (27.03.2012), »Sales Tax Hike Is a Bitter Pill Japan Needs to Swallow«, in: *BBC News*, <http://www.bbc.uk/news/business-17488220?print=true> (06.07.2012).
- POHL, MANFRED (2011), »Japanische Innenpolitik 2010/2011: Schwerpunkte und Tendenzen«, in: DAVID CHIAVACCI und IRIS WIECZOREK, *Japan 2011: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Berlin: VSJF, S. 25–52.
- SHŪGI'IN (05.07.2012), *Kaihamei oyobi Kaihabetsu Shozoku Gi'insū* [Zahl der Abgeordneten nach Namen und Fraktionszugehörigkeit], http://www.shugiin.go.jp/index.ns/html/index_kousei2htm (05.07.2012).
- WSJ (*WALL STREET JOURNAL*) (15.07.2012), »No Proof of Serious Quake Damage at Fukushima: Government Panel«, <http://online.wsj.com/article/BT-CO-20120715-700704.html> (28.07.2012).
- XINHUANET (22.02.2012), »Nanjing Suspends Official Contact with Nagoya«, http://news.xinhuanet.com/english/china/2012-02/22/c_131423566.htm (08.07.2012).
- YS (*YOMIURI SHINBUN*) (04.07.2012), »Hatoyama-shi, Shikaku Teishi Kikanchū ha Shūinsen Kōnin sarezu?« [Hatoyama bei Unterhauswahlen während seiner Suspendierung ohne offizielle Anerkennung?], <http://www.yomiuri.co.jp/feature/20100806-849918/news/20120704-OYT11Too218.htm?from=popin> (10.07.2012).

- YS (*YOMIURI SHINBUN*) (10.07.2012), »Ozawa Shintō, 11-Nichi ni Kettō Taikai« [Gründungsparteitag der neuen Ozawa-Partei am 11. Juli], <http://www.yomiuri.co.jp/feature/20100806-849918/news/20120709-OYT1TO1438.htm> (10.07.2012).
- YS (*YOMIURI SHINBUN*) (21.07.2012a), »Shushō ha Hangenbatsu Demo no Shūsaisha to Menkai o« [Ministerpräsident sollte mit Veranstaltern der Anti-Atomdemonstration reden].
- YS (*YOMIURI SHINBUN*) (21.07.2012b), »Shūinsen, 9-Getsu 30-Nichi Tōhyō de Junbi« [Vorbereitung für den 30. September als Tag der Unterhauswahl], <http://www.yomiurico.jp/election/shugiin/news/20120721-OYT1T00758.htm> (22.07.2012)
- YS (*YOMIURI SHINBUN*) (11.08.2012), »Shushō ›10-Getsu Kaisan‹ Sōtei to no Mikata: Jimin Ishihara-Shi« [Ishihara (LDP) äußert die Ansicht, dass der Ministerpräsident zur »Auflösung im Oktober« tendiert], <http://www.yomiuri.co.jp/politics/news/20120811-OYT1T00422.htm> (11.08.2012).

Der neunte Foresight-Prozess in Japan 2010: Sind die Ergebnisse schon überholt?

The 9th Foresight in Japan – Published in 2010 –
Already Outdated?

Kerstin Cuhls

In 2010, the Japanese National Institute of Science and Technology Policy published the 9th Foresight Activity. The Delphi surveys of this Foresight have been performed every 5 years since 1971 in order to update information about the future. The methodology broadened over time (see Cuhls 2007 und 2005a, b), was partly performed in international comparison, and meanwhile includes a Delphi survey, scenarios, bibliometrics and a demand-oriented (society-driven) survey (NISTEP 2010a-e). These Foresight studies are conducted under the auspices of the Council for Science and Technology Policy (CSTP) and results are directly used (of course among others) for the Basic Plan on Science and Technology.

Unfortunately, the 9th Foresight was published shortly before the Great Eastern Japan Earthquake occurred – in fact, the results were presented to the international public two days before the earthquake. The intended release of the new 4th Basic Plan on Science and Technology in March 2011 (for the period 2011 to 2016) was postponed until August 2011. Nevertheless, the Foresight data are rather long-term and are therefore still regarded as valid. What can already be observed is a shift in the priorities of the country, especially in the field of energy.

This article asks the question of long-range policy priorities in Japan and if indeed they remain the same as intended after the 9th Foresight. It describes this latest Foresight Activity in both substantive and methodological aspects and mentions some findings from the Foresight surveys that are relevant for the long-term development of Japan. The Basic Plan that is based on these data is also examined, and an outlook is given how the development might go on.

1. Hintergrund der Foresight-Aktivitäten

Seit den 1970er Jahren werden in Japan Foresight/Forecasting-Prozesse durchgeführt (*gijutsuyosoku*). Foresight oder Vorausschau ist der Versuch, einen systematischen Blick in die Zukunft bzw. unterschiedliche Zukünfte zu werfen, um Folgerungen für die Gegenwart zu ziehen und Maßnahmen anzustoßen. Die englische »klassische« Definition findet sich bei BEN MARTIN (1995a):

... the process involved in systematically attempting to look into the longer-term future of science, technology, the economy and society with the aim of identifying the areas of strategic research and the emerging of generic technologies likely to yield the greatest economic and social benefits.

Foresight geht weiter als Zukunftsstudien oder das Forecasting der Nachkriegszeit (CUHLS 2008), weil es größere bzw. andere Akteurskreise in Entscheidungsvorbereitungen einbezieht. Dabei sind die Ergebnisse nicht einfach Zahlen, Daten und Prognosen, sondern auch Kommunikations- und Motivationseffekte. Unter Foresight (Vorausschau) verstehen wir deshalb heute die »strukturierte Diskussion über komplexe Zukünfte«. Foresight ist ein systematischer Ansatz, der sich aller Methoden der Zukunftsforschung bedient (COATES 1985; CUHLS 2008; MARTIN 1995a, 1995b; TFAMWG 2004). Vorausschau und Zukunftsforschung sind keine eigenständigen Wissenschaften, sondern nutzen nachvollziehbare Methoden unterschiedlicher Disziplinen. Oftmals wird Vorausschau eher als eine »Kunst« betrachtet (DE JOUVENEL 1967). Ansätze einer Theorie finden sich bei BELL (2009); ein Foresight-Handbuch bietet einen Überblick über internationale praktische Anwendungen (GEORGHIU et al. 2008).

Vorausschau ist prospektiv, kann jedoch keine deterministischen Voraussagen treffen, sondern trägt sowohl normative als auch explorative Züge in sich. Das heißt, in der Vorausschau treffen Menschen Annahmen, mit denen sie weiter arbeiten. Sie sagen jedoch nicht, wie die Zukunft werden wird (Vorhersage). Daher wurde gezielt der Begriff »Vorausschau« (im Englischen »Foresight«) im Sinne von »einen offenen Blick in die Zukunft werfen« gewählt. Die Pioniere der amerikanischen Vorausschau sprachen anfangs sogar von einem Vorauswissen, »foreknowledge«. Prognosen werden in der Vorausschau daher als »Arbeitsmaterial« bzw. Annahmen angesehen, nicht als Determinante im Sinne von »so wird die Zukunft werden«. Foresight ist auch nicht mit Planung gleichzusetzen: Foresight »is no Planning but a step in Planning« (COATES 1985: 33). Die Vorausschau reicht bis zur Entscheidungsvorbereitung, schließt diese aber nicht unbedingt mit ein. Da sich

herausgestellt hat, dass die eine einzige Zukunft nicht *vorhergesagt* werden kann, ist die zuständige Institution der Regierung in Japan dazu übergegangen, diese Studien in regelmäßigen Abständen (etwa alle fünf Jahre) durchzuführen (zur genaueren Geschichte von Foresight in Japan vgl. CUHLS 1998). Die erste Delphi-Studie in diesem Zusammenhang wurde 1971 veröffentlicht (KGK 1971; vgl. auch CUHLS 1998, 2005a, 2005b, 2007). Der neueste neunte Prozess aus den Jahren 2009 bis 2010 war breiter, stützte sich auf unterschiedliche methodische Ansätze (NISTEP 2010a, 2010b, 2010c, 2010d, 2010e). Er ist Gegenstand der Diskussion in diesem Beitrag.

Einige der früheren Studien wurden als internationale Vergleiche analysierbar gemacht (CUHLS, BLIND und GRUPP 2002; CUHLS und KUWAHARA 1994). Mittlerweile besteht die Vorausschau aus vier methodischen Bausteinen: Delphi-Befragung, Szenarien, Bibliometrie und eine nachfrageorientierte »gesellschaftliche« Befragung. Die neueren Studien werden unter der Ägide des Council for Science and Technology Policy (CSTP) durchgeführt; Ergebnisse gehen seit 2001 in den jeweils nächsten Rahmenplan für Wissenschaft und Technologie ein.

Im Jahr 2010 hat das japanische National Institute of Science and Technology Policy (NISTEP) die Ergebnisse der neunten Foresight-Aktivität veröffentlicht (NISTEP 2010a, 2010b, 2010c, 2010d, 2010e). Die Ergebnisse der neunten Foresight-Aktivität wurden vor dem großen Erdbeben im Nordosten Japans (sogenannte »Dreifach-Katastrophe«) veröffentlicht – die Tagung, um der internationalen Öffentlichkeit die Ergebnisse zu präsentieren, fand zwei Tage vor dem Erdbeben statt. Die Veröffentlichung des neuen vierten Rahmenplans für Wissenschaft und Technologie war ursprünglich ebenfalls für den März 2011 (Zeitraum 2011–2016) geplant, wurde jedoch in den August 2011 verschoben. Deshalb stellt sich die Frage, ob sich die Foresight-Ergebnisse in dieser neuen Version wiederfinden und inwieweit überhaupt Änderungen erfolgt sind. Sind die mit langfristiger Perspektive erhobenen Foresight-Ergebnisse überholt oder haben sie trotz eines so starken Störereignisses langfristige Bestand? Mit dieser Frage beschäftigt sich der vorliegende Beitrag. Die These lautet: Da die Vorausschau-Ergebnisse zum größten Teil langfristige Themen in der Forschung ansprechen, haben die Ergebnisse weiterhin Bestand und können als Arbeitsmaterial genutzt werden. Geprüft wird dabei, ob sich der Rahmenplan stark geändert hat. Bemerkbar, aber nicht überraschend, war bereits in der Delphi-Studie eine Verschiebung der Prioritäten im Feld Energie im Vergleich zur letzten Studie (NISTEP 2010c).

Dieser Beitrag basiert nicht auf einer umfassenden Studie, sondern auf Beobachtungen, die aus dem langfristigen Monitoring der japanischen Vorausschau stammen. Eine zusätzliche Erhebung (im Sinne einer Befragung, Interviews etc.) wurde nicht durchgeführt, sondern die Aussagen basieren weitgehend auf vorliegendem

Originalmaterial (offizielle Berichte, z.T. aus dem Internet). Zunächst wird der neunte Foresight-Prozess methodisch erläutert und einige Ergebnisse mit Langfristrelevanz für Japan vorgestellt. In einem zweiten Teil werden die Nutzung der Ergebnisse für die Prioritätensetzung und der vierte Basisplan anhand der Frage analysiert, ob sich Themen aus der Vorausschau wiederfinden, und wenn ja, welche. Der letzte Abschnitt erläutert, warum diese Kopplung von Vorausschau und Basisplan Bestand haben kann und inwieweit die Foresight-Ergebnisse ein sofortiges Update benötigen.

2. Neunter Foresight-Prozess in Japan

Die neunte Auflage der japanischen Foresight-Studien beschäftigt sich insbesondere mit der Frage, was Wissenschaft und Forschung dafür tun können, um Innovationen in die Gesellschaft zu bringen (NISTEP 2010a, 2010b). Dieser Ansatz ist neu, denn bisher widmeten sich die meisten Foresight-Prozesse der Frage des Angebots an Forschung und Technologie (CUHLS 1998), stützten sich hauptsächlich auf die Delphi-Methode und lieferten Informationen u.a. zu den Auswirkungen von Technik auf die Gesellschaft, die in der Folge vom CSTP oder Vorgängergremien umgesetzt bzw. in Wissenschafts- und Technologiepolitik formuliert wurden (CUHLS 2005a, 2005b, 2007).

Während sich der siebte und achte Foresight-Prozess auf vier methodische Säulen stützte (CUHLS 2010; NISTEP 2005a, 2005b, 2005c, 2005d), sind es im neunten Foresight drei Bausteine, welche die Basis der Informationsgewinnung bilden. Diese sind wesentlich normativer angelegt als in den Vorgängerprojekten. Der erste Baustein besteht darin, eine Delphi-Studie durchzuführen, die Ergebnisse auszuwerten und aus den Ergebnissen die »Vision einer zukünftigen Gesellschaft« Japans abzuleiten. Diese Vision wurde durch einzelne Zeichnungen im Stil japanischer Manga illustriert (NISTEP 2010d: 15–20). Die zugrundeliegende Delphi-Studie war daher wesentlich stärker interdisziplinär ausgerichtet als die Vorgängerstudien (NISTEP 2010c). In diesen Teil der Studien sind auch bibliometrische Analysen eingeflossen (SAKA et al. 2010), die im vorherigen Foresight einen eigenen Teil bedeuteten (NISTEP 2005b).

In der Delphi-Studie standen in der Bewertung der Wichtigkeit insbesondere Techniken im Zusammenhang mit Energie sowie zur Sozialisation von Informationen (neue Gesellschaftssysteme mit Informations- und Kommunikationstechnologie) im Vordergrund (NISTEP 2010c). Der zweite Baustein des japanischen Foresight bestand in der Beschreibung von Zukunftsszenarien, die auf drei ver-

schiedene Arten zustande kamen und entsprechend unterschiedlich aussahen (siehe Abschnitt 2.2). Der dritte Teil des Foresight waren regional veranstaltete Workshops zu den Kompetenzen der lokalen Regionen für »Green Innovation« (siehe Abschnitt 2.3). Zusätzlich zu den »methodischen Bausteinen« gab es eine Studie, in der die Erwartungen an Wissenschaft und Technologie formuliert werden sollten. Die Studie heißt in der englischsprachigen Version »Emerging Fields in Science and Technology for the 4th Science and Technology Basic Plan« und benennt wichtige Felder, die in vier Panels erarbeitet wurden und direkt als Prioritäten für den vierten japanischen Rahmenplan genutzt werden sollten und auch wurden (NISTEP 2010a: 7). Diese Felder lauteten »Reassurance on Safety«, »Security«, »International Collaboration« und »International Competitiveness« (NISTEP 2010a:7) und wurden somit quer zu den thematischen Feldern ausgewählt. Wie un schwer zu bemerken ist, haben alle Felder weiterhin große Brisanz und finden sich tatsächlich direkt in der aktualisierten Version des japanischen vierten Basisplans vom August 2011 wieder (CSTP 2010, 2011).

Zusätzlich zeigt diese Studie auf, wie wichtig die systematische Integration ist, d.h. die Einbettung von Forschung und Technologie in die Gesellschaft als »socialized system« – ein wesentlich weiter gehendes Thema als die bisher übliche Diskussion der »Technikakzeptanz«. Die systematische Förderung von Forschung und Entwicklung, welche zusammenhängende Gebiete in Wissenschaft und Technologie verbindet, wird besonders betont, wobei die Zusammenhänge als »integriertes System« verstanden werden. Weiter wird diskutiert, wie Wissenschaft und Technologie in der Gesellschaft angewandt werden können, und ein breites »Review« des sozialen Systems inklusive institutioneller Reformen wird angemahnt. Im Folgenden werden die drei Bausteine des Vorausschau-Prozesses kurz erläutert.

2.1 Delphi-Studie und Ableitung einer Vision

Delphi ist eine Befragungsmethode, in der ab der zweiten Runde die aggregierten Antworten der befragten Experten zurückgespielt werden, damit die Personen unter dem Eindruck der Ergebnisse noch einmal antworten können – und ihre Meinung ändern oder auch nicht (zur genauen Erläuterung siehe CUHLS 1998, 2012). In japanischen nationalen Delphi-Studien werden Experten unterschiedlicher Themenfelder zweifach befragt. 2010 lauteten die ausgewählten Themenfelder:

1. Anwendung von Elektronik, Kommunikationstechnik und Nanotechnologie in einer ubiquitären Gesellschaft

2. Informationstechnologie inklusive Medien und Inhalte
3. Biotechnologie und Nanotechnologie mit Beiträgen für den Menschen
4. Medizintechnologie mit ihren Beiträgen zu einem gesunden Lebensstil der Japaner unter Nutzung von Informationstechnik etc.
5. Verständnis der Dynamik von Weltraum, Erde, Leben und Wissenschaft und Technologie, welches die Gebiete menschlicher Aktivitäten ausweitet
6. Förderung diverser Energietechnologie-Innovationen
7. Notwendige Ressourcen, einschließlich Wasser, Nahrung und Mineralien
8. Technologie für den Umweltschutz und um eine nachhaltige Gesellschaft zu formen
9. Fundamentale Technologie, einschließlich Substanzen, Materialien, Nanosystemen, Verarbeitung, Messen usw.
10. Produktionstechnologie, welche die Entwicklung von Industrie, Gesellschaft und Forschung und Technologie vollkommen unterstützt
11. Stärkung des Managements/ notwendig bei den Fortschritten in Forschung und Technologie
12. Infrastrukturtechnologie, die das tägliche Leben unterstützt und industrielle Basis ist

Der Fragebogen war ähnlich gestaltet wie seine Vorgänger und enthielt Fragen zur Wichtigkeit der jeweiligen Thesen, dem Zeitraum der Realisierung, in diesem Fall getrennt nach dem Zeitraum der technischen Realisierung und der Anwendung, sowie zu Maßnahmen, die von jetzt an zu treffen seien. Die Delphi-Studie wurde »klassisch« in zwei Runden durchgeführt, 2.900 Experten unterschiedlicher Altersgruppen, Hintergründe und Themengebiete antworteten (zu Details siehe den Gesamtbericht NISTEP 2010c).

Die einzelnen Thesen in den Feldern sind noch einmal Gebieten zugeordnet, so dass inhaltlich zusammenhängende Themen in ihrem Kontext ausgewertet werden können. Nach den meisten Studien wurden anhand der Wichtigkeiten zusätzlich neue inhaltliche »Cluster« zusammengefasst. Im Beispiel der Tabelle 1 wurden einzelne Ergebnisse bei der Bewertung der Thesen je nach ihren Inhalten zu »Green Innovation« zusammengefasst. Die Thesen, die mit »Green Innovation« zusammenhängen, weisen einen besonders hohen Wichtigkeitsgrad auf, hier angegeben als »Vote Ratio« (Tabelle 1). Die anderen neuen »Cluster«, die sich durch die hohen Wichtigkeitseinschätzungen ergeben, sind auf sechs Felder verteilt (Tabelle 2), in denen ebenfalls Energiethemen eine große Rolle spielen.

TABELLE 1: *Wichtige Themen zu »Green Innovation«*

Delphi Gebiet	Vote Ratio
Sozialisierung von Informationen	2,9
Atomenergie	2,6
Erneuerbare Energien	2,5
Energie, Ressourcen und Umwelt	2,5
Energie-bezogene Themen	2,0
Weltraum- und Ozean-Managementtechnologie (inkl. Beobachtung)	2,0
Gendiagnose-Techniken	1,7
Technologie für urbane Müllvermeidung/ Materialkreisläufe für Umweltschutz, ressourcen- und energiesparende Produkte	1,7
Basismaterial für Nanotechnologie	1,7
Output (Zubehör, Systeme und angewandte Technik)	1,7
Strategien für ein nachhaltiges Infrastruktur-System	1,6
Landwirtschaft, Forsten und Fischerei-Ressourcen	1,5
Industrielle Bio-Nanotechnologie mit Bezug zu Energie und Umwelt	1,4
Fossile Energie	1,3
Hydrocarbon-Ressourcen, mineralische Ressourcen und CCS	1,3
Wasserressourcen	1,3
Lebensstile und Umwelt	1,3
Service Management, Management im Bereich Bildung und Forschung, Umwelt-Geschäftsmodelle (Management), Management von Regierungseinrichtungen	1,2
Bewertung der und Maßnahmen gegen die globale Erwärmung	1,1
Vermeidung von Umweltverschmutzung von Atmosphäre, Wasser und Boden/ Kreislauftechniken für Wasserressourcen	1,1
Energiesparen	1,1
Umwelt, wiederverwertbare Ressourcen, Recycling, LCA	1,1
Effiziente Energiespeichersysteme	1,0

Anm.: Das Ranking bezieht sich auf die sogenannte »Vote Ratio«, d.h. die Anzahl der Stimmen für ein Feld geteilt durch den Durchschnitt der Stimmen. Quelle: NISTEP (2010a: 29).

TABELLE 2: Die sechs wichtigsten Gebiete mit Beispieltthesen

	Gebiet/ Panel	Beispiele für prioritäre Thesen im jeweiligen Gebiet
Simulation, Energiesparen	Sozialisation von Informationen	Ein System, um das globale Wetter, den Zustand der Ozeane, Umwelt, Ökosysteme, Epidemien, Ökonomie und menschlicher Aktivitäten mit einer kompletten Simulation vorherzusagen, die auf Real-Time-Daten basiert und unbekannte globale Krisen behandeln kann. Ein Green-IT-System, das die Energie, die für Übertragung und Speicherung von Informationen auf ein Millionstel derjenigen von 2010 nötig ist, reduziert.
Nutzung nicht-fossiler Energie	Nuklear- energie	Schnelle Brüter-Reaktoren-Kreisläufe Geologische Lagerungstechniken für hochgradig radioaktiven Abfall Leichtwasserreaktoren der nächsten Generation als Standardtechnologie mit Vorteilen wie Brennstoff-Anreicherung über 5 %, 80 Jahre Haltbarkeit und keine Ortseinschränkungen dank der Übernahme seismischer Technologie
	Erneuer- bare Energien	Großflächige Dünnsolarzellen mit einem Wirkungsgrad von 20 % oder höher Neue Materialien für Solarzellen, die zu höherer Effizienz führen als Silizium oder GaAs Konzentrierte Solarkraft (zentraler Turm bis solares Heizsystem)
Effektive Nutzung von Energie und Ressourcen in der Produktion	Energie, Ressourcen und Umwelt	Ein Recycling Produktionssystem vereint den Prozess des »Ressourceninputs – Design und Produktion – Nutzung – Lagerung« mit dem des »Sammelns – Separierens – Ressourcenrecyclings« Effiziente Anwendungstechnik für ungenutzte Wärmeenergie, die zwischendurch anfällt Umfassende und objektive Evaluationsindikatoren, die CO ₂ als Indikator für die Umweltfracht des Energie- und Ressourcenverbrauchs ersetzen, für Produktionsprozesse (Fabriken) und Produkte, Messtechniken für derartige Indikatoren
Einführung von sauberer Energie und Energiesparen	Energie- Bezug	Solarzellen mit einem Wirkungsgrad von 60 % und mehr Smart Grid Technologie, die die Energieeffizienz erhöht und den japanischen Strom-Gesamtbedarf um 20 % senkt Langlebige und sehr verlässliche Batterien für Elektromobile mit einer hohen Energiedichte, die es Elektrofahrzeugen erlauben, eine gesamte Fahrdistanz mit einer einzigen Ladung zu schaffen, die ähnlich ist wie bei Benzinfahrzeugen
Beobachtung und Nutzung mariner Ressourcen	Weltraum- und Ozean- Management- technologie (inkl. Beobach- tung)	Technologie für die Nutzung von Meeresenergie wie Wind, Wellen und Gezeiten auf kommerzieller Basis Technologie für die Ausbeutung der Ressourcen der Meeresböden (Mining), z.B. hydrothermale Vorkommen auf kommerzieller Basis Etablierung einer Technologie, mit der CO ₂ in Wasser aufgelöst oder unter dem Meeresboden fixiert werden kann

Anm.: Die Experten konnten bis zu fünf prioritäre Thesen spezifizieren, die das Gebiet voranbringen können. Die jeweils drei Thesen mit den meisten Nennungen sind in der Tabelle gelistet. Quelle: NISTEP (2010a: 30).

Auffallend – aber nicht überraschend – ist, dass die Atomenergie (noch) durchgehend für sehr wichtig gehalten wird, insbesondere wenn es um die Diskussion des Kohlendioxid-Ausstoßes geht. Allerdings haben auch die regenerativen Energien sehr hohe Bewertungen zu verzeichnen und gehören zu den Themen mit den höchsten Wichtigkeitsraten (NISTEP 2010: 93–95). Der Überblick über die Meinungen der Experten zeigt, dass eine Gesellschaft mit durch Wissenschaft und Technologie veränderten Eigenschaften erwartet wird (NISTEP 2010a: 11):

- Eine Gesellschaft, in der unterschiedliche Diagnosetechnologien und -systeme in den Alltag integriert sind, und in der die Gesundheitserhaltung der Einzelnen im Vordergrund steht.
- Eine Gesellschaft, in der die Individuen unter verschiedenen Arten von Energie auswählen können, je nach ihrer Gesamtbewertung des Wertes, und so fühlen können, dass sie pro-aktiv zur Vermeidung der globalen Erwärmung und zum Umweltschutz beitragen können.
- Eine Gesellschaft im Frühstadium möglicher Anpassungen an unterschiedliche Katastrophen, die durch Umweltveränderungen verursacht werden.

2.2 Zukunftsszenarien, die sich durch Forschung und Technologie eröffnen

Drei Arten von Szenarien wurden erarbeitet (NISTEP 2010a:5 bzw. 2010d):

1. Gruppenszenarien: Hier ging es um die Vision der Zukunft (normativ) basierend auf Expertendiskussionen sowie um den Weg, der zu dieser Vision führt.
2. Szenarien basieren auf den Ergebnissen der Delphi-Befragung: Diese beschreiben das tägliche Leben der Menschen im Jahre 2025 und wie es von Wissenschaft und Technologie beeinflusst ist. Diese Szenarien sind durch Zeichnungen im Stil japanischer Comics illustriert.
3. Zukünftige Gesellschaft, wie sie von der jüngeren Generation diskutiert wird: Dies sind Zukunftsbilder, wie sie von jungen Wissenschaftlern der Informations- und Kommunikationstechnologie, von Ingenieuren und Unternehmern in der Alterskohorte von 20 bis 30 Jahren diskutiert wurden.

Die Szenarien sind in NISTEP (2010a: 63–78, 2010b, 2010d) im Detail beschrieben. In der Kurzfassung finden sich beispielsweise Bilder zur »Realisierung einer ›low-carbon Society‹ durch den aktiven Einsatz von Smart Grids« (NISTEP 2010a: 64), »Green IT business« (NISTEP 2010a: 66) oder den »Erhalt und die Förderung der Gesundheit in einer alternden Gesellschaft mit weniger Kindern« (NISTEP 2010a: 69). Alle Szenarien sollen in 15 bis 30 Jahren von 2010 an gerechnet möglich sein und Pfade enthalten, die beschrritten werden sollten, um die Ziele zu erreichen.

Bei ihrer Erstellung sollten folgende Inhalte in einem vorgegebenen Konzept-Chart (eine vorformatierte PowerPoint-Seite) enthalten sein (NISTEP 2010a: 63), die damit gleichzeitig die Auswahlkriterien für Zukunftsthemen waren:

- prioritäre Forschung und Entwicklung
- Entwicklung von Humanressourcen
- Bedarf für Integration und Kooperation
- Soziale Systeme, die eingeführt werden sollen oder reformiert werden müssen
- Politik-Kooperationen
- Schaffung von Geschäften und Arbeitsplätzen
- Gesellschaftliche Akzeptanz
- Internationaler Blickwinkel

2.3 Regionale Kompetenzen für »Green Innovation«

In ausgewählten Regionen wurden Workshops abgehalten, um das spezifische ideale zukünftige Modell einer »low-carbon society« (Gesellschaft mit niedrigem Kohlendioxidausstoß) zu diskutieren. Auch hier begann man die Diskussionen gestützt auf die Vorauswahl der wichtigen Themen aus der Delphi-Studie und der Zusammenfassung in der »Preliminary Study«. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus Forschungseinrichtungen, der Regierung, Unternehmen oder waren einfach Bürgerinnen und Bürger. Prioritäre Ziele wurden ausgewählt und sehr konkrete Maßnahmen erarbeitet, um diese zu erreichen (NISTEP 2010a: 6, 2010e).

3. Nutzung der Ergebnisse für die Prioritätensetzung

Die Delphi-Ergebnisse gingen teilweise direkt in den vierten Rahmenplan (CSTP 2010, 2011) der Regierung ein. Der Rahmenplan sollte im März 2011 in Kraft treten, wurde aber verschoben und erst nach einer Überarbeitung bzw. Überprüfung und Verschiebungen in Prioritäten und Budgetverteilungen im August 2011 offiziell in Kraft gesetzt (CSTP 2010, 2011). An erster Stelle der Themen finden wir hier wieder und weiterhin: »Promotion of Green Innovation« mit einer Wachstumsvision für das Land, der Förderung von Maßnahmen, um wichtige Ziele zu erreichen, sowie einer »Systemreform, um Green Innovation voranzubringen« (CSTP 2010: 6–8). Die prioritär zu behandelnden Themen des Rahmenplans werden direkt aus der Wichtigkeitsliste der Foresight-Studien abgeleitet und finden sich in Tabelle 1. Ein Szenario unter dem Titel »Sustainable Growth through Green Innovation: Water

Supply System with Global Reach« beschreibt ein zukünftiges Bild des Jahres 2040 (NISTEP 2010b: 65):

Low-cost, low environmental load water is supplied, but the scarcity of water continues. The securing of new water resources in inland areas has become an issue, due to reduced sizes of lakes, contamination, and the depletion of surface water and fossil water. Japan's water supply system and weather-water forecast system gain global acceptance, and receive large business opportunities from many countries.

Auch der Pfad zur Realisierung wird dort genannt.

Das zweite große Thema des Rahmenplans sind die in den Delphi-Studien und den Szenarien besonders hervorgehobenen »Life Innovations«, also Innovationen rund um Leben und Gesundheit mit besonderem Fokus auf Prävention. Auch diese spielen bei den Wachstumsvisionen des Landes eine große Rolle, insbesondere bei Themen zu informationstechnisch gestützter Medizintechnik, die alltagstauglich werden soll (von Notfallsystemen bis zu permanenter Gesundheitsüberwachung und Ferndiagnose). Eine Liste der prioritären Themen findet sich in NISTEP (2010a: 37–38, 2010b) und beinhaltet beispielsweise Themen wie die »Klärung der Pathophysiologie von Krebsmetastasen«, »Technologie für die Wiederherstellung von Muskeln oder Organen mit Hilfe von Stammzellen«, »Implantierbare medizinische Geräte, die Bioenergie nutzen und semipermeabel funktionieren« bis zu »Diagnoseverfahren über Genomdaten für die Bestimmung des Risikos, bestimmte Krankheiten zu bekommen«. Diese Detailbeispiele finden sich in einem so zusammenfassenden Rahmenplan wie dem vierten Basisplan selbstverständlich nicht mehr, diese und viele andere sind aber gemeint und für diejenigen, die sich in der Forschung damit beschäftigen, wird somit deutlich, wo die (inoffiziellen) Prioritäten der Forschung nachzulesen sind.

Das dritte Thema des Rahmenplans sind die »Systemreformen, um Forschung, Technologie und Innovationen zu fördern« (CSTP 2010: 11–13). Hier werden Fragen des Innovationssystems und seiner Veränderung aus dem analytischen Bericht der Foresight-Studien angesprochen (NISTEP 2010b), inklusive einer besseren Durchlässigkeit des Innovationssystems, der Bereitstellung von Fachpersonal oder der Einbindung in die internationale Forschung.

Die genannten Themen Green Innovation und Life Innovations sowie strukturelle Reformen sind auch als Themen in die japanische »New Growth Strategy 2011« eingegangen, die vom Kabinett verabschiedet wurde und damit den Kreis schließt (METI 2011). Bereits die Innovationsstrategie Innovation 25 basierte in ihrer ersten

Version sehr stark auf Delphi-Ergebnissen des achten Foresight und wurde teilweise von den Autoren der Delphi-Studie vorbereitet (I25SK 2007).

Selbst wenn alle diese Themenfelder, -gebiete und Einzelthesen »in der Luft liegen« und bereits breit diskutiert wurden und noch werden, so haben die Vorausschau-Studien ihnen noch einmal die letzte »Legitimität« und partizipativ organisierte Fundierung gegeben, um sie als breit getragene Prioritäten des Landes adressieren zu können. Diese Legitimierung durch externe Experten hilft der Wissenschafts- und Technologiepolitik, Unterstützung für die Umsetzung und Umschichtungen in den konkreten budgetierten Haushaltsplänen zu erhalten. Es gibt aber neben der direkten Nutzung der Ergebnisse durch alle Teilnehmer und das Weitertragen über diese als »Multiplikatoren« weitere konkrete Nutzungsansätze. Allerdings sind die Ergebnisse in der Umsetzung langfristig angelegt, so dass noch nicht viele praktische Beispiele zu besichtigen sind, sondern bisher nur Pläne oder politische Formulierungen wie im Rahmenplan existieren. Einige der Beispiele, die auch auf der Konferenz im März 2011 genannt wurden, sind die folgenden:

Die Ergebnisse wurden teilweise über die »Preliminary Study« ausgewertet und in den Regionen zur Verfügung gestellt (siehe Abschnitt 2.3). Hier wurden in moderierten Workshops neue Ideen und Visionen entworfen und mit Hilfe ausgewählter Bürger vor Ort Maßnahmen erarbeitet, um diese direkt umzusetzen. So soll beispielsweise aus dem Ort Kaminoyama (Yamagata Präfektur) ein »Kurort« werden. Explizit wurde der deutsche Begriff gewählt und man war bereits in Baden-Baden, um sich zu informieren, wie ein deutscher Kurort »funktioniert«. Damit soll die lokale Bevölkerung gehalten und die existierenden Quellen genutzt werden (NISTEP 2010e).

Aus der nördlich von Tōkyō gelegenen Wissenschaftsstadt Tsukuba (Präfektur Ibaraki) soll eine »Global-minded research and university town with an established low-carbon lifestyle« werden, in der die Menschen in einer kompakten und »smarten« Stadt mit gut organisierten Kooperationsmöglichkeiten leben können. Die Kooperationen beziehen sich auf unterschiedliche Branchen, und die Emission klimaschädlicher Gase soll bis auf 80% verglichen mit derjenigen des Jahres 2010 reduziert werden. Entsprechend soll sich der Lebensstil der Menschen anpassen und die regionale Umwelt und kulturelle Evolution basierend auf wissenschaftlichem Denken unterstützen. International kompatible Ausbildung soll möglich sein, und die Menschen sollen gesund und stressfrei leben (NISTEP 2010a: 84, 2010b).

Zweites Beispiel: Nagoya wünscht sich für die Gesellschaft im Jahr 2050 ein »urbanes Leben, das mit der Natur (Wind, Wasser und ›Greenery‹) kompatibel ist«, u.a. mit dem Ziel eines »disaster-tolerant and environmentally-friendly lifestyle, with effective use of wind, water, and greenery, inside and outside the urban area ...« (NISTEP 2010a: 85).

Beispiel 3: Tsuruga in der Präfektur Fukui soll eine »Elektro-Stadt« werden, die sich aus regenerativen Energien einen Energieüberschuss erarbeitet (NISTEP 2010a: 85). Dies schließt eine Elektro-Infrastruktur (öffentlicher Transport, Krankenhaus, Erziehung) mit ein und soll durch die gute Erreichbarkeit und Elektromobile (inklusive großer Parkplätze) attraktiv werden. Hier könnte sich eines der ersten Ziele inzwischen allerdings als schwierig erweisen: »Industrien, die mit Nuklearenergie befasst sind, sowie Forschungsorganisationen arbeiten aktiv zusammen, und es gibt ein positives Beschäftigungsumfeld sowohl qualitativ als auch quantitativ« (NISTEP 2010a: 85). Es gibt auch weitere Beispiele für regionale Umsetzungsplanung (NISTEP 2010a: 82–84, 2010e).

Ob all dies in der Realität tatsächlich passieren wird und ob es nicht in der Folge der Katastrophen zu weiteren Umorientierungen kommen wird, ist erst in der Zukunft und rückblickend feststellbar. Die Planungen für die Umsetzung selbst wurden bisher nur bedingt korrigiert.

4. Schlussfolgerungen für die Ausgangsfrage

Die Foresight-Aktivitäten richten sich an die Politik und machen sie auf langfristige Themenstellungen aufmerksam. In den für die Foresight-Studien ausgewählten Themen waren bereits Erdbebenvorhersage, Umgang mit Erdbeben, Energie- und Umweltfragen, nachhaltige Gesellschaft und Kohlendioxid-Reduktion als besonders wichtige, langfristige Themen prioritär enthalten (NISTEP 2010a, 2010b, 2010c, 2010d, 2010e). Entsprechende Themen hatten bei jeder Delphi-Befragung – also bereits seit 1971 – immer einen hohen Stellenwert (CUHLS 1998). Allerdings findet sich keine Frage zur Erdbebensicherheit von Kernkraftwerken oder zur Tsunami-Sicherheit von Kern- oder anderen Kraftwerken. Eine Wildcard¹ wie die Dreifach-Katastrophe war zwar nicht so unwahrscheinlich, aber man wusste nicht, wann eine solche eintreffen könnte, und wollte dies wahrscheinlich auch nicht wissen oder im Detail beschreiben, um niemanden zu beunruhigen. Diese Wildcard kam daher in den techniklastigen, positiv formulierten Szenarien nicht vor. Dazu ist zu sagen, dass die Szenarien nicht bezogen auf große Entwicklungen oder Herausforderungen formuliert wurden, sondern gezielt normative Bilder zur Zukunft von Wissenschaft und Technik zeigen, so, wie einzelne Forscher sie sich ausmalen, beschreiben bzw. in Comicform zeichnen. Nicht vorgesehen war in diesen Szenarien

1. Eine sogenannte »Wildcard« ist ein Störereignis, das zwar wahrscheinlich sein kann, aber bei der niemand weiß, wann es eintritt. Wildcards werden in der Szenario-Arbeit häufig verwendet, um zu überprüfen, wie robust ein Szenario ist. Zu Wildcards siehe STEINMÜLLER (2008).

aus dem Jahr 2009 die Unterlegung durch langfristige Entwicklungen, die aus anderen Bereichen stammen. Es war auch keine Arbeit mit Störgrößen wie Wildcards vorgesehen.

Folglich finden sich in der Vorausschau hauptsächlich technisch-wissenschaftliche Lösungen für die bereits existierenden Probleme bzw. Innovationsangebote für die Zukunft. Allein dies zu leisten ist schon sehr viel. Dass einige der Bereiche nun einer völligen Neubewertung unterzogen werden, ist dabei vorgesehen. Dies ist der Vorteil der japanischen Foresight-Aktivitäten, die regelmäßig etwa alle fünf Jahre durchgeführt werden und eine Aktualisierung der Daten ermöglichen, die dann auch im folgenden Basisplan, der ebenfalls jeweils für fünf Jahre gilt, zum Tragen kommen. In keinem anderen Land gibt es diese Art der Aktualisierung über einen so langen Zeitraum. Auch wenn der neue Rahmenplan daher noch einmal umgeschrieben werden musste – und obwohl die Strategiepapiere anfangs nur themenbezogen und einseitig formulierte Reaktionen auf die Frage nach Innovationen im Land waren, so haben die Foresight-Aktivitäten gezeigt, dass sie ihre Berechtigung haben:

1. Sie machen auf noch nicht gelöste Fragestellungen aufmerksam, halten sie auf der Agenda (z.B. die Erdbebenvorhersage bzw. das Katastrophenmanagement auch in Zeiten, in denen über einen längeren Zeitraum keine Katastrophen aufgetreten sind).
2. Sie stoßen einige neue Themen an.
3. Sie benennen neue oder virulente, noch nicht formulierte Themen.
4. Sie sortieren Themen aus, die obsolet geworden sind, weil das Problem gelöst wurde oder es Alternativen gibt. Damit können auch Forschungsgelder wieder freigesetzt werden.
5. Sie verändern die Rangfolge auf der Prioritätenliste der Ministerien. Themen, die bisher für nicht so wichtig gehalten wurden (z.B. Umweltthemen sinken öfter auf der Liste weiter nach unten, wenn es in einem Land über einen längeren Zeitraum wirtschaftlich gut läuft), werden wieder wichtiger. Im Jahr 2011 waren dies Energie- und Umweltfragen. Dank der Foresight-Aktivitäten konnten sie sofort wieder in die obersten Ränge der Prioritäten-Liste aufgenommen werden oder haben sogar (im vierten Rahmenplan) einen höheren Stellenwert erhalten, sofern sie nicht als permanente Erinnerungen immer wieder aufgeführt waren (z. B. die Photovoltaik-Thesen, der Schnelle Brüter, die Kernfusion etc.).
6. Vorausschau-Studien greifen »alte« und bekannte Themen in veränderter Form wieder auf.
7. Die Foresight-Studien in Japan beraten direkt den CSTP in umfangreicher und fundierter Form – und damit direkt die Regierung. So sind die wichtigsten Ent-

scheidungs-gremien und Entscheidungsträger ausreichend informiert und behalten auch langfristige Themen weiter auf der Agenda.

Auf diese Weise ist es den Foresight-Studien gelungen, einen festen Stellenwert im Instrumentarium der japanischen Politikberatung zu erhalten. Viele der Themen, die nach der Dreifach-Katastrophe in Japan oben auf die Tagesordnung gerückt sind, waren in den Foresight-Studien über Jahrzehnte als permanente oder langfristige Themen bereits angesprochen und sind in der Prioritätenliste nun auch langfristig (wieder) an der ersten Stelle angekommen. Sie wurden für die Überarbeitung des vierten Rahmenplans teilweise sogar direkt übernommen, wie in Abschnitt 2 und 3 anhand einiger Beispiele gezeigt werden konnte. Auffällig ist bereits die sehr ähnliche Formulierung in den Foresight-Studien und im Basisplan sowie die Übernahme der entsprechenden Schlagwörter für langfristige Thesencluster (»Green Innovation«, »Life Innovation«, s.o.).

Diese Schlagwörter und Themencluster finden sich sowohl in der ersten als auch der revidierten Version des Rahmenplans. Dieser wurde dahingehend revidiert, dass die Einleitung komplett umgeschrieben wurde und sie viele Bezüge zu der Katastrophe und damit auch zu Sicherheitsaspekten herstellt. Diese Sicherheit bezieht sich auf Katastrophenschutz, persönliche Sicherheit, Datensicherheit, aber auch Versorgungssicherheit, so dass der Rahmen für die bereits auf der Agenda stehenden Themen sich nur bedingt geändert hat. Da regenerative Energiegewinnung bereits in der ersten Version des Rahmenplans (basierend auf den Foresight-Studien) einen großen Stellenwert eingeräumt bekommen hatte, musste an dieser Stelle kaum etwas geändert werden und das Thema »Green Innovation« konnte unverändert beibehalten werden. Es gab in der »neuen« Version von den Inhalten der Prioritätensetzung her nur marginale Änderungen. Dies bestätigte auch ein Kollege der Universität Tōkyō, der die Kommunikation der Akteure bei der Entstehung des Rahmenplans wissenschaftlich beobachtet hat (Gespräch mit Noriyuki Morichika anlässlich der EUSPRIT-Konferenz, 13.06.2012, Karlsruhe).

Die Antwort auf die Anfangsfrage lautet daher: Die Ergebnisse der neunten japanischen Foresight-Aktivität sind noch nicht überholt und finden sich sowohl in der ersten als auch in der überarbeiteten Version des vierten Rahmenplans für Wissenschaft und Technologie wieder. Auch die Kopplung von Vorausschau langfristiger Art und dem Rahmenplan für Wissenschaft und Technologie hat sich bewährt und wird sicherlich beibehalten werden. Da die Ergebnisse der Vorausschau langfristig tragfähig sind, mussten sie bei einer Überarbeitung des Rahmenplans nicht stark geändert werden, da die meisten der als Prioritäten übernommenen Zukunftsthemen unter den neuen Voraussetzungen erst recht Bestand haben.

Wohlüberlegt wurden die langfristigen Ziele für Japans Wissenschafts- und Technologiepolitik auf der Basis der Vorausschau und diverser Einzelmeinungen über die Jahre immer wieder geändert. Damit kommen neue Themen auf die Agenda, andere werden modifiziert oder gestrichen. So schnell ändern sich die Einschätzungen allerdings nicht. Ein Aktivismus wie zum Beispiel in Deutschland mit der Schnellentscheidung eines Atomausstiegs ist in Japan nicht zu erwarten, aber die Energie- und Umweltthemen werden präsent bleiben. Ein partieller Atomausstieg zum Beispiel ist in Japan bereits zu bemerken und langfristig wird ein kompletter Atomausstieg eine der Debatten sein, die auch in Japan in die Foresight-Studien zur Bewertung auf die Agenda genommen werden (müssen). Wo die Umsetzung tatsächlich gelingt, ist eine andere Frage. Entsprechende Fragen und konkretere Maßnahmen hierzu werden wohl erst die Basis des nächsten Foresight (ab 2013) und des nächsten Rahmenplans (ab 2015) sein.

Literatur

- BELL, WENDELL (2009 [1998]), *Foundations of Futures Studies: History, Purposes, and Knowledge*, New Brunswick: Transaction Publishers.
- COATES, JOE F. (1985), »Foresight in Federal Government Policymaking«, in: *Futures Research Quarterly*, 1 (2): 29–53.
- CSTP (COUNCIL FOR SCIENCE AND TECHNOLOGY POLICY) (2010), *Japan's Science and Technology Basic Policy Report*, <http://www8.cao.go.jp/cstp/english/policy/reports.html> (24.05.2012).
- CSTP (Council for Science and Technology Policy) (2011), *Kagaku Gijutsu Kihon Keikaku*, [Rahmenplan für Wissenschaft und Technologie], <http://www8.cao.go.jp/cstp/kihon-keikaku/index4.html> (02.03.2012 »alte Version«; 14.08.2012 »neue Version«).
- CUHLS, KERSTIN (1998), *Technikvorausschau in Japan: Ein Rückblick auf 30 Jahre Delphi-Expertenbefragungen*, Heidelberg: Physica.
- CUHLS, KERSTIN (2005a), »Staatliche Foresight-Aktivitäten in Japan: Neue Instrumente in der Forschungs- und Technologiepolitik«, in: MANFRED POHL und IRIS WIECZOREK (Hg.), *Japan 2005: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 235–254.
- CUHLS, KERSTIN (2005b), »Changes in Conducting Foresight in Japan«, in: JANET E. HUNTER und CORNELIA STORZ (Hg.), *Institutional and Technological Change in Japan's Economy*, London: Routledge, S. 188–205.
- CUHLS, KERSTIN (2007), »Die Identifikation von Zukunftstechnologien in Japan«, in: ANDREAS MOEHRKE und ANJA WALKE (Hg.), *Japans Zukunftsindustrien*, Berlin: Springer, S. 36–52.

- CUHLS, KERSTIN (2008), *Methoden der Technikvorausschau: Eine internationale Übersicht*, Stuttgart: Fraunhofer IRB Verlag.
- CUHLS, KERSTIN (2010), »Foresight in Japan«, in: KALLE HAUSS, SASKIA ULRICH und STEFAN HORNBOSTEL (Hg.), *Foresight: Between Science and Fiction*, iFQ Working Paper No. 7, Bonn: Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (iFQ), S. 81–92.
- CUHLS, KERSTIN (2012), »Zu den Unterschieden zwischen Delphi-Befragungen und »einfachen« Zukunftsbefragungen«, in: REINHOLD POPP (Hg.), *Zukunft und Wissenschaft*, Berlin: Springer, S. 139–158.
- CUHLS, KERSTIN, KNUT BLIND und HARIOLF GRUPP (2002), *Innovations for our Future: Delphi '98: New Foresight on Science and Technology*. Heidelberg: Physica.
- CUHLS, KERSTIN und KUWAHARA, TERUTAKA (1994), *Outlook for Japanese and German Future Technology: Comparing Technology Forecast Surveys*, Heidelberg: Physica.
- GEORGHIOU, LUKE, JENNIFER CASSINGENA HARPER, MICHAEL KEENAN, IAN MILES und RAFAEL POPPER (2008), *The Handbook of Technology Foresight: Concepts and Practice*, Cheltenham: Edward Elgar.
- I25SK (Inobeeshon 25 Senryaku Kaigi) (2007), *Inobeeshon 25 (Chūkan Torimatome)* [Innovation 25 (Zwischenbericht)], <http://www.kantei.go.jp/jp/innovation/dai5/siryouz.pdf> (21.07.2008).
- KGK (KAGAKU GIJITSUCHŌ KEIKAKUKYOKU) (Hg.) (1971), *Gijutsu Yosoku Hōkokusho* [Bericht zur Technikvorausschau], Tōkyō: Ōkurashō Insatsukyoku.
- KUWAHARA, TERUTAKA, KERSTIN CUHLS und LUKE GEORGHIOU (2008), »Foresight in Japan«, in: LUKE GEORGHIOU, JENNIFER CASSINGENA HARPER, MICHAEL KEENAN, IAN MILES und Rafael Popper (Hg.), *The Handbook of Technology Foresight: Concepts and Practice*, Cheltenham: Edward Elgar, S. 170–184.
- MARTIN, BEN R. (1995a), »Foresight in Science and Technology«, in: *Technology Analysis & Strategic Management*, 2 (7): 139–168.
- MARTIN, BEN R. (1995b), *Technology Foresight 6: A Review of Recent Overseas Programmes*, London: HMSO.
- METI (MINISTRY OF ECONOMY, TRADE AND INDUSTRY) (2011), *New Growth Strategy 2011*, <http://www.meti.go.jp/english/policy/economy/growth/index.html> (24.05.2012).
- NISTEP (NATIONAL INSTITUTE OF SCIENCE AND TECHNOLOGY POLICY) (2005a), *The 8th Science and Technology Foresight: Study on Social and Economic Needs*, NISTEP Report Nr. 94, Tōkyō: NISTEP.
- NISTEP (NATIONAL INSTITUTE OF SCIENCE AND TECHNOLOGY POLICY) (Hg.) (2005b), *The 8th Science and Technology Foresight: Study on Rapidly-developing Research Area*, NISTEP Report Nr. 95, Tōkyō: NISTEP.
- NISTEP (NATIONAL INSTITUTE OF SCIENCE AND TECHNOLOGY POLICY) (Hg.) (2005c), *The 8th Science and Technology Foresight: Scenario Analysis*, NISTEP Report Nr. 96, Tōkyō: NISTEP.

- NISTEP (NATIONAL INSTITUTE OF SCIENCE AND TECHNOLOGY POLICY) (Hg.) (2005d), *The 8th Science and Technology Foresight: Delphi Analysis*, NISTEP Report Nr. 97, Tōkyō: NISTEP.
- NISTEP (NATIONAL INSTITUTE OF SCIENCE AND TECHNOLOGY POLICY) (2009), *Emerging fields in Science and Technology for the 4th Science and Technology Basic Plan*, NISTEP Research Material Nr. 168, Tōkyō: NISTEP.
- NISTEP (NATIONAL INSTITUTE OF SCIENCE AND TECHNOLOGY POLICY) (2010a), *Contribution of Science and Technology to Future Society: Summary on the 9th Science and Technology Foresight*, NISTEP Report Nr. 145, Tōkyō: NISTEP.
- NISTEP (NATIONAL INSTITUTE OF SCIENCE AND TECHNOLOGY POLICY) (2010b), *Kagaku Gijutsu no Jōkyō ni kakaru Sōgōteki Ishiki Chōsa* [Untersuchung zum Gesamtbewusstsein hinsichtlich der Situation in Wissenschaft und Technologie], NISTEP Report Nr. 136, Tōkyō: NISTEP.
- NISTEP (NATIONAL INSTITUTE OF SCIENCE AND TECHNOLOGY POLICY) (2010c), *The 9th Science and Technology Foresight – Contribution of Science and Technology Policy to Future Society: The 9th Delphi Survey*, NISTEP Report Nr. 140, Tōkyō: NISTEP.
- NISTEP (NATIONAL INSTITUTE OF SCIENCE AND TECHNOLOGY POLICY) (2010d), *The 9th Science and Technology Foresight – Contribution of Science and Technology Policy to Future Society: Future Scenarios Opened up by Science and Technology*, NISTEP Report Nr. 141, Tōkyō: NISTEP.
- NISTEP (NATIONAL INSTITUTE OF SCIENCE AND TECHNOLOGY POLICY) (2010e), *The 9th Science and Technology Foresight – Contribution of Science and Technology Policy to Future Society: Capability of Local Regions for the Green Innovation*, NISTEP Report Nr. 142, Tōkyō: NISTEP.
- SAKA, AYAKA, MASATSURA IGAMI und TERUTAKA KUWAHARA (Hg.) (2010), *Saiensu Mappu 2008: Ronbun Dētabēsu Bunseki (2003–Nen kara 2008–Nen) ni yoru Chūmoku sareru Kenkyū Ryōiki no Dōkō Chōsa* [Wissenschaftskarte 2008: Eine Erhebung zur Entwicklung der Forschungsgebiete auf der Basis einer Datenbankanalyse von Wissenschaftsaufsätzen (2003–2008)], NISTEP Report Nr. 139, Tōkyō: NISTEP.
- STEINMÜLLER, KARLHEINZ (2008), »Wild Cards: Preparing for the Unpredictable«, in: EDNA TAN HONG NGOH und HOO TIANG BOON (Hg.), *Thinking about the Future: Strategic Anticipation and RAHS*, Singapore: National Security Coordination Secretariat, S. 81–93.
- TFAMWG (TECHNOLOGY FUTURES ANALYSIS METHODS WORKING GROUP) (2004), »Technology Futures Analysis: Toward Integration of the Field and New Methods«, in: *Technological Forecasting & Social Change*, 71 (3): 287–303.

Aufwind für Japans Windkraft? Japans Windkraftsektor nach Fukushima

Wind in the Land of the Rising Sun:
A Fresh Breeze after Fukushima?

Anna Schrade

Due to the Great Eastern Japan Earthquake of March 2011, the Japanese government has to greatly restructure its energy mix to compensate for the shutdown of most of Japan's 56 nuclear power stations. Renewable energies, especially energy-efficient wind power, are promising alternatives. However, until today, Japan has not effectively harnessed wind and the installed wind power capacity accounts for just 0.3 percent of Japan's total national electricity demand, compared with 6 percent in Germany. To increase understanding of why Japan's policies regarding renewable energies have failed and to put the country's wind power development into perspective, this article compares and contrasts the Japanese approach with that of Germany, the world's leader in wind power generation until 2009. Applying the theoretical concept of »technological innovation systems« (TIS), this article analyses how wind power emerges, advances and diffuses in society (Jacobsson und Johnson 2000, Carlsson und Stankiewicz 1991, Bergek et al. 2008). It reveals that policy designs and market mechanisms have triggered and advanced the development of the wind power sector through positive feedback loops and virtuous circles in Germany, whereas Japanese institutions have hindered technological innovation through various blocking mechanisms. This article concludes that Japan will be able to produce substantial amounts of wind power given comprehensive, effective political action e.g. increased Research & Development (R&D) budgets and long-term support through feed-in tariffs.

1. Einleitung

Das Thema Windkraft wurde in Japan jahrzehntelang vernachlässigt. Erst das Reaktorunglück in Fukushima brachte das Thema »erneuerbare Energien« inklusive Windkraft in die Schlagzeilen und erweckte Interesse an einer atomfreien Zukunft Japans (AS 27.06.2011, 10.10.2011). Der damalige Regierungschef Naoto Kan postulierte am 11. Juli 2011 (zitiert nach INAJIMA und OKADA 2011): »Japan solle seine Abhängigkeit von Atomenergie verringern und langfristig auf Atomenergie verzichten«.

Im jährlichen Weißbuch zur Energie vom Oktober 2011 äußerte die japanische Regierung zum ersten Mal in ihrer Geschichte »Bedauern für die Energiepolitik der Vergangenheit« (zitiert nach FRITZ 23.01.2012) und kündigte trotz ihrer Pläne aus dem Jahre 2009, den Atomstromanteil von 27 Prozent auf über 50 Prozent auszubauen, ein Ende der Förderung von Atomenergie an. Das rapide Abschalten der Atommeiler stellt Japan jedoch vor die Herausforderung, in kurzer Zeit seine Energieversorgung neu zu strukturieren. In Anbetracht der Tatsache, dass Japan schon vor dem Abschalten der Atommeiler über 80 Prozent seiner Energie mittelbar aus dem Ausland bezog, ist langfristig die gesteigerte Nutzung heimischer Energiequellen wie Wind, Sonne und Wasser vor dem Gesichtspunkt der Energiesicherheit weitaus sinnvoller, als ein erweiterter Import z.B. von Flüssiggas.

Besonders Windkraft weist ein hohes Zukunftspotential auf: nach Berechnungen von Greenpeace und des Global Wind Energy Council (GWEC) könnten bis 2050 mehr als ein Drittel des weltweiten Strombedarfs durch Windkraft gedeckt werden (GREENPEACE 20.09.2006). Auch an Japans über 29.000 km langen Küstenregionen mit relativ starkem Wind ist es laut Japanese Wind Energy Association (JWEC) technisch möglich, 300 Gigawatt (GW) Windstrom zu produzieren. Das technische Potential im Meer (*off-shore*) beläuft sich zudem auf weitere 1600 GW, wodurch Japans Strombedarf theoretisch vollständig aus Windkraft gedeckt werden könnte (JWEC 2011). In Deutschland werden gegenwärtig auf nationaler Ebene sieben Prozent und in vier Bundesländern über 40 Prozent des Strombedarfs aus Windkraft auf dem Festland (*on-shore*) gedeckt. Im Gegensatz dazu ist Japans Stromerzeugung aus Windkraft mit gerade einmal 0,3 Prozent verschwindend gering.

Im Folgenden werden die Ursachen für das schwache Wachstum der Stromerzeugung aus Windkraft in Japan während den letzten 30 Jahre anhand des technologischen Innovationssystems (TIS) erläutert und durch eine Gegenüberstellung mit Deutschland untermauert. Der Ansatz der TIS wird vor allem in der Innovationsforschung im Bereich (erneuerbarer) Energien zunehmend angewendet,

um das Wachstum neuer Energieformen aufgrund technischer Innovationen zu analysieren. Die Stärke des TIS liegt dabei darin, den Einfluss von Individuen, der Gesellschaft sowie des politischen Umfelds auf technologischen Fortschritt einzubeziehen (BERGEK et al. 2008; CARLSSON und STANKIEWICZ 1991; JACOBSSON und JOHNSON 2000; JACOBSSON und LAUBER 2006; SABATIER 1998). Das TIS setzt sich dabei von rein makro-ökonomischen Berechnungen sowie Ansätzen ab, die Technologieforschung allein als ausreichend für technischen Fortschritt erklären. Das *best practice* Beispiel Deutschland zeigt, dass, wie in diversen TIS-Modellen aufgezeigt, drei »Strukturen« für technologische Innovation in der Windkraft von Nöten sind: Akteure, Institutionen und technologische Faktoren (BERGEK et al. 2008; CARLSSON und STANKIEWICZ 1991; EDQUIST und JOHNSON 1997; JOHNSON und JACOBSSON 2001; NORTH 1990). Die Akteure setzen sich unter anderem zusammen aus Forschungseinrichtungen und Universitäten, Parteien und Ministerien, Verbänden und Lobbygruppen, Windkraftbetreibern und Energiekonzernen sowie engagierten Bürgern. Hinzu kommen formelle und informelle Institutionen unter die zum Beispiel Gesetze, Richtlinien und soziale Normen fallen: »the rules of the game in a society« (NORTH 1990). Den dritten strukturellen Faktor im TIS stellen technische Mittel dar, welche die Sicherheit und Zuverlässigkeit bei fallenden Kosten steigern.

Durch eine Gegenüberstellung der Fallbeispiele Japan und Deutschland wird demonstriert, dass in Japan fehlendes politisches Engagement (Akteure), ineffektive politische Maßnahmen (Institutionen) sowie technische Hindernisse (technologische Faktoren) das Wachstum von Windkraft in Japan beträchtlich eingeschränkt haben. Dadurch wurde die Innovationskette, bestehend aus *knowledge development and diffusion, entrepreneurial experimentation, market formation, ressource mobilisation* und *development of positive externalities*, unterbrochen und *virtuous circles*, also ein positiver Kreislauf (»Engelskreislauf«) sowie *positive feedback loops* (»positiver Rückkopplungseffekt«) unterdrückt beziehungsweise geschwächt (JACOBSSON und BERGEK 2004; JOHNSON und JACOBSSON 2001). Insbesondere fehlendes politisches Engagement, geringe wirtschaftliche Förderung sowie der Einsatz von Quoten-Systemen haben in Japan zum Stocken der TIS-Innovationskette beigetragen.

Dies wird in diesem Artikel in drei Hauptkapiteln beleuchtet: Kapitel 2 untersucht die Entwicklung von Windkraft aus marktwirtschaftlicher und institutioneller Sicht anhand einer Analyse der Akteure und Institutionen. Kapitel 3 untersucht die technologischen Faktoren wie Windturbinen und Stromnetzen. Kapitel 4 zeigt die Entwicklung der Windkraftnutzung in Japan nach dem Erdbeben in Tōhoku im

März 2011 auf und untersucht abschließend die Zukunftsfähigkeit von Windkraft in Japan. Die Untersuchungen folgen dabei weiten Teilen der chronologischen Abfolge der Innovationskette, die im folgenden schematisch dargestellt wird:

Knowledge Development and Diffusion → *Entrepreneurial Experimentation* → *Market Formation* → *Resource Mobilisation* → *Development of Positive Externalities*

Da Windkraft im letzten Jahrzehnt unter allen erneuerbaren Energieformen global das größte Wachstum aufzuweisen hat und der Markt für Windkraftmarkt stetig wächst, konzentriert sich dieser Artikel auf diese Form der alternativen Energien. Vor allem im Bereich der *off-shore* Windkraftanlagen, in dem Japan mit neuen Formen der *floating turbines* erste Fortschritte erzielen konnte, steckt enormes Potential (LIMER 2011). Da *off-shore* Windkraft allerdings bislang noch kaum verbreitet ist, konzentriert sich dieser Artikel auf Windkraft auf dem Festland (*on-shore*).

2. Politische Rahmenbedingungen und marktwirtschaftliche Prozesse

Erneuerbare Energien werden durch diverse Maßnahmen von Regierungsseite gefördert. Dies geschieht in Form von *technology-push* Instrumenten, z. B. durch Forschungsmittel im Bereich der Windkrafttechnologie. Weitere Unterstützung zur Ankurbelung der Nachfrage (*demand-pull*) erfolgt durch Subventionen beim Kauf von Anteilen an Windkraftwerken. Doch nicht alle Mittel sind fiskaler Natur: auch Gesetze und Zielvorgaben für erneuerbare Energien sowie die Vorzugsbehandlung von Ökostrom bei der Einspeisung ins Stromnetz sind von großer Bedeutung. Dieser Einsatz von Akteuren und Institutionen ist laut TIS unabdingbar für neue Technologien wie Windkraft, was im Folgenden aufgezeigt wird.

2.1 Numerische Zielvorgaben für die Produktion von Windkraft

- Prozesse: *knowledge development and diffusion*
- Akteure: u.a. Ministerien
- Institutionen: Zielvorgaben

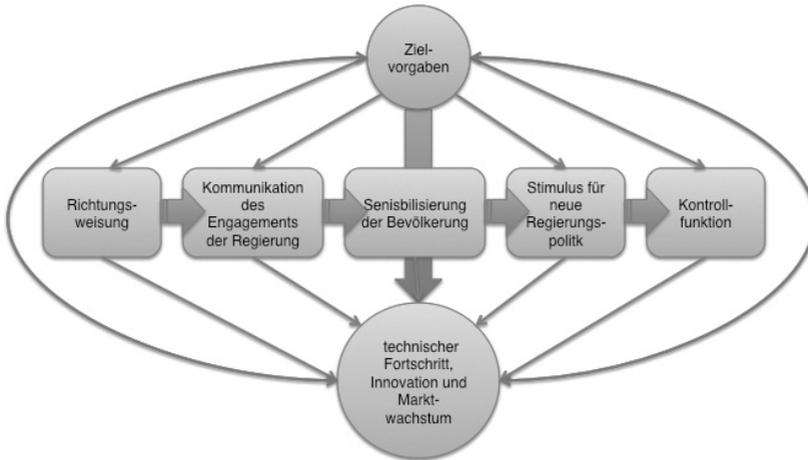
Die erste Voraussetzung für das Wachstum erneuerbarer Energien (EE) sind Zielvorgaben. Dies wird allerdings in wissenschaftlicher Literatur zum Thema oft vernachlässigt. Auch in den meisten TIS-Modellen finden sich keine Hinweise zur Rolle von Zielvorgaben für die »Innovationskette« (BERGEK et al. 2008; JACOBSSON/LAUBER 2006; JOHNSON und JACOBSSON 2001). Diese Arbeit zeigt jedoch anhand

der empirischen Untersuchung von Japan und Deutschland auf, dass Zielvorgaben einen beträchtlichen Einfluss auf das Wachstum von Windkraft ausüben. Es wird postuliert, dass numerische Zielvorgaben das erste Glied in der Innovationskette darstellen, da diese Grundlagenforschung stimulieren und somit den technologischen Innovationsprozess in Gang setzen. Untersuchungen zeigen, dass realistische kurz-, mittel- und langfristige Zielvorgaben für erneuerbare Energien deren Wachstum fördern. Ein derartiger Mehrstufenplan für den Anteil von regenerativen Energien am gesamten Stromverbrauch wurde auch in Deutschland eingeführt und strikt verfolgt, sodass das Ziel von 12,5 Prozent bis zum Jahre 2010 verwirklicht wurde. Aufgrund des starken Wachstums auf 20 Prozent im Jahre 2012 wurden die Zielvorhaben auf 35 Prozent bis ins Jahr 2020 und auf mindestens 80 Prozent im Jahr 2050 angehoben (BMU 2012). In Japan hingegen wurden ambitionierte Ziele vor allem für Atomenergie gesteckt, was in der *New National Energy Strategy* (METI 2006), im *Kyoto Protocol Target Achievement Plan* (MOE 2008), sowie im *4th Science and Technology Basic Plan 2011–2015* (CAO 2010) ersichtlich wird. Auch die nach Fukushima revidierte Fassung des *4th Science and Technology Plan* weist nur zaghaft auf die potentielle Rolle erneuerbarer Energien hin, ohne konkrete Zielvorgaben für deren angestrebtes Wachstum einzuführen. Dies wäre dringend nötig, da die bislang bestehenden Ziele für den Anteil von erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch von 1,35 Prozent (2010) beziehungsweise 1,63 Prozent (2014) zu unambitioniert sind, um positive Rückkopplungseffekte zu haben und darüber hinaus im Jahre 2014 auslaufen.

Dies macht deutlich, dass Zielvorgaben *per se* kein Wachstumsgarant von erneuerbaren Energien sind, sondern dass diese ausreichend hoch angesetzt sein müssen, um positive Auswirkungen zu haben. Aufgrund der geringen Höhe seiner Zielvorgaben war es in Japan –im Unterschied zu Deutschland– nicht möglich gewesen, in einer Kettenreaktion (SCHRADE 2012):

1. die Richtung der Energiepolitik vorzugeben,
2. das Engagement der Regierung zu kommunizieren,
3. die Bevölkerung für das Thema zu sensibilisieren,
4. neue Regierungspolitiken einzuleiten, sowie
5. eine Kontrollfunktion auszuüben.

ABBILDUNG 1: Funktion von Zielvorgaben für erneuerbare Energien im Technologischen Innovationssystem (TIS)



Quelle: Eigene Darstellung.

In Deutschland haben politisch gesetzte Zielvorgaben die Bevölkerung für erneuerbare Energien sensibilisiert und deren Legitimation und Zukunftsfähigkeit kommuniziert. Darüber hinaus haben sie Hoffnungen auf ein Wachstum der Windkraft angeregt, (Forschungs-)Investitionen in Windkraft ausgelöst und somit einen zunächst kleinen Markt für Windkraft geschaffen, der aufgrund wirtschaftlicher Anreize rasch anwuchs. Dies löste positive Rückkopplungseffekte aus und führte zu höheren Zielvorgaben, wodurch weitere Forschungsgelder flossen und Engelskreise angestoßen werden konnten. Die Rolle von Budgets für Grundlagenforschung wird im nächsten Unterkapitel beleuchtet.

2.2 Grundlagenforschung

- Prozesse: *knowledge development and diffusion, entrepreneurial experimentation*
- Akteure: u.a. Forschungseinrichtungen, Universitäten, Windkraftfirmen, Ministerien, METI, Energiekonzerne
- Institutionen: u.a. Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), Forschungsförderung

Forschungsförderung spielt neben Zielvorgaben ebenfalls eine große Rolle für Innovationen im Technologiebereich, da sie neue Forschung anstoßen und durch positive Rückkopplungseffekte Engelskreise auslösen. Laut JACOBSSON und BERGK (2004) sowie FOXON et al. (2004) sind Forschungsmittel von zentraler Bedeutung für den Transformationsprozess von modernen Technologien, da sie neue Märkte eröffnen, in die andere Firmen und Institutionen eintreten. Dies führt wiederum zu diversen (politischen) Anpassungen zum Beispiel in Form von neuen Richtlinien und Gesetzen, wodurch neue Interessensgemeinschaften (*advocacy coalitions*) gebildet werden (JACOBSSON und BERGK 2004). Diese Entwicklung im Bereich der Technologieinnovation ist vor allem auf folgende Mechanismen zurückzuführen: durch Forschungsgelder werden Nischenmärkte geschaffen und durch den »Lernkurveneffekt« können sowohl die Effizienz als auch das Preis-Leistungsverhältnis gesteigert werden, wodurch die Nachfrage steigt. Dies hat den Markteintritt weiterer Firmen zur Folge, was den Konkurrenzkampf erhöht und somit in den meisten Fällen zu weiteren technologischen Verbesserungen und Preisnachlässen führt.

Ein weiterer Faktor, wie Regierungssubventionen im Forschungsbereich außerhalb ihres monetären Wertes zur Verbreitung neuer Technologien wie Windkraft führt, ist die Bildung von Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der Technologien. Die politische und finanzielle Unterstützung von Regierungsseite stärkt zudem Interessensgruppen (*advocacy coalitions*), was wiederum zu institutionellen Anpassungen führen und einen Übergang von Nischenmärkten zu größeren Märkten einleiten kann (SUURS 2009).

Im Anschluss an die theoretische Abhandlung über die Wirkung von Forschungssubventionen werden nun in einem Fallbeispiel die tatsächlichen Ausgaben für Windkraftforschung in Japan und Deutschland verglichen, um zu prüfen, ob das starke Wachstum in Deutschland sowie die zögerliche Entwicklung von Windkraft in Japan auf Forschungsförderung zurückzuführen ist.

Laut Studien der *Pew Environment Group* gab Japan im Jahre 2010 3,5 Milliarden US-Dollar für Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien und Energieeinsparung aus, was trotz der beträchtlichen Summe weitaus weniger als der G-20-Durchschnitt ist, und wodurch Japan nur Rang 12 unter den G-20 Ländern einnimmt (PEW 2011). Trotz geringerem Bruttoinlandsprodukt investierte Deutschland das 12-fache Japans (41,2 Milliarden US-Dollar), womit Deutschland erstmalig die USA übertraf und auf Rang 2 vorstieß. Über den letzten Fünfjahreszeitraum betrachtet ist Japans Engagement in *clean energies* (emissionsfreie Energiequellen und Energieeffizienz) noch schwächer und mit Investments von gera-

de einmal 0,05 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) belegt Japan den letzten Rang unter allen G-20-Nationen (PEW 2011). Deutschland investierte 1,4 Prozent seines BIP in die Forschung von *clean energies* und nahm damit Rang 1 im Bereich der »Intensität der Investitionen« (Investitionen in Relation zum BIP) ein (PEW 2011). Japans geringes Engagement im Bereich Ökotechnologien ist in Anbetracht der Tatsache, dass Japan in absoluten Zahlen das höchste Budget weltweit für Energieforschung stellt, welches das deutsche fünf Mal übertrifft, noch erstaunlicher. Diese Inkongruenz ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass bis ins Jahr 2011 über 40 Jahre hinweg erhebliche Summen, in manchen Jahren bis zu 65 Prozent des Energieforschungsbudgets, für Atomenergie ausgegeben wurden (BAN 2006). Auf erneuerbare Energien hingegen kamen nicht mehr als sechs bis acht Prozent. In Deutschland hingegen übersteigt seit 2004 das Forschungsbudget für regenerative Energien das von Atomstrom (55 Prozent zu 35 Prozent) (BMU 2010).

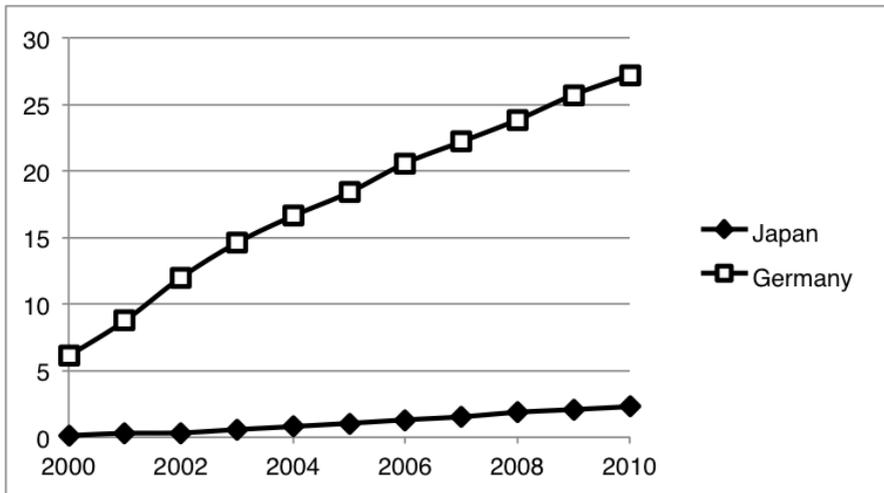
Der Etat von Forschungsgeldern macht deutlich, dass in Japan Atomenergie über lange Jahre eine klare Vorrangstellung eingenommen hat, was erklärt, warum sich erneuerbare Energien, besonders Windkraft, nur langsam entwickelt haben. Dies unterscheidet sich stark von der Situation in Deutschland, wo Forschung im Bereich Windkraft seit der ersten Ölkrise im Jahr 1973 substantielle Unterstützung erhalten hat. In den frühen 1980er Jahren wurde das 3.000 kW starke GROWIAN (*Große Windanlagen*)-Projekt angestoßen und schon im Jahre 1982 umgerechnet €150 Mio. für Windkraftforschung ausgegeben (LAUBER und MEZ 2006). Dadurch wurde Expertenwissen geschaffen, und durch finanzielle Anreize entstand ein neuer, wenngleich auch kleiner, Markt für Windkraftanlagen. Die eher konservativ verankerten ersten Kunden, allen voran Stadtwerke und Bauern, bevorzugten in der Regel deutsche, wenn nicht sogar ortsansässige, Betreiber und Maschinenbauer, wodurch der Windkraftmarkt praktisch für einheimische Firmen »reserviert« war. Aufgrund des steigenden Bedarfs und hoher Gewinnaussichten wurden weitere Firmen angeregt, in den Windmarkt einzusteigen, was wiederum Humankapital sowie finanzielle Ressourcen einbrachte. Durch neues Fachwissen konnten Windkraftanlagen verbessert werden (*technology-push*), was den Bedarf auf Seiten der Bevölkerung (*demand-pull*) antrieb und zum stetigen Wachstums des Marktes für Windkraft aufgrund *positive feedback loops* führte (BERGEK und JACOBSSON 2003).

Obwohl auch in Japan aufgrund von Subventionen in den 1980er und 90er Jahren ein kleiner Nischenmarkt geschaffen und somit der erste Schritt zur Technologieinnovation in Gang gesetzt wurde, konnte sich der japanische Markt nur langsam entwickeln, was der geringen (finanziellen) Unterstützung von japanischer Regierungsseite zuzuschreiben ist. Dies hatte zur Folge, dass neue Firmen nur selten in

den Nischenmarkt eintraten. Aufgrund des Ausbleibens des Markteintritts neuer Firmen und Forschungsorganisationen wurden in Japan keine positiven Feedback-Schleifen ausgelöst, was zur Folge hatte, dass der Engelskreis ins Stocken geriet.

Aufgrund erhöhter Budgets für Windkraftforschung, die in Japan im Jahre 2007 erstmalig eine Mrd. US-Dollar überstiegen, sowie weiterer Subventionen, wuchs zwischen 2007 und 2010 die installierte Kapazität von Windenergieanlagen um 50 Prozent von 1538 auf 2304 MW (GWEC 2011). Diese Zahlen lassen aber nicht darüber hinwegsehen, dass der Markt noch immer klein ist und positive Rückkopplungseffekte oft ausbleiben oder nur in abgeschwächter Form stattfinden.

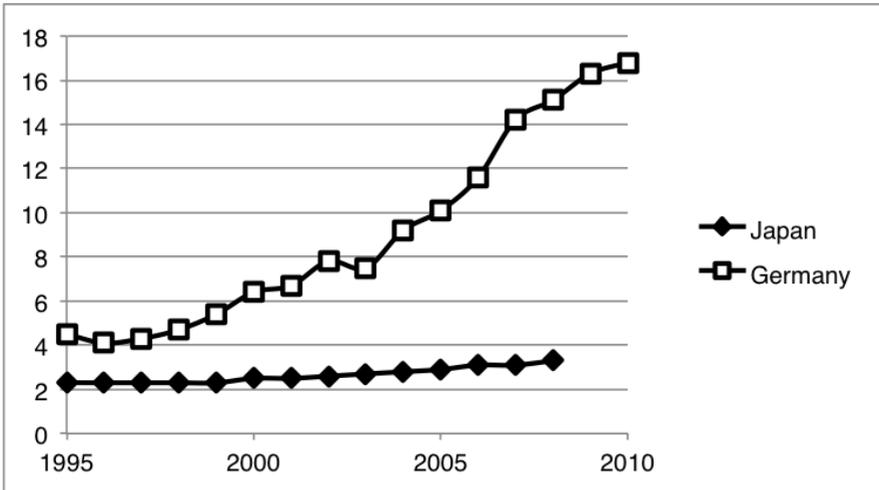
ABBILDUNG 2: *Installierte Windkraftkapazität in Japan und Deutschland (2000–2010), in Gigawatt (GW)*



Quelle: BMU (2011), GWEC (2011).

Inwieweit auch die Abwesenheit von Windkraft-Lobbygruppen sowie das Fehlen von weitreichenden institutionellen und gesetzlichen Anpassungen für das Ausbleiben von positiven Rückkopplungseffekten verantwortlich sind, wird im nächsten Unterkapitel untersucht.

ABBILDUNG 3: Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtstromverbrauch
(1995–2010), in Prozent



Quelle: MINISTRY OF INTERNAL AFFAIRS AND COMMUNICATIONS (2010), BMU (2011), JREPP (2011).

2.3 Interessensgemeinschaften (*advocacy coalitions*)

- Prozesse: u.a. *resource mobilisation* und *development of positive externalities*
- Akteure: u.a. *advocacy coalitions*
- Institutionen: u.a. Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), NPO-Gesetz

Starke Lobbygruppen und Verbände, die vermehrt Forschungsmittel und Subventionen einbringen, die Stellung von neuen Technologien in der Bevölkerung verbessern sowie neue Gesetze vorantreiben können, sind laut TIS von extremer Bedeutung für die Verbreitung neuer Technologien. Dieses Postulat findet sich in der Mehrzahl akademischer Literatur mit dem Thema, in der zunehmend auf die große Rolle von institutionellen Anpassungen wie Gesetzen – also treibende Kraft für das Wachstum – hingewiesen wird (z.B. EDQUIST und JOHNSON 1997). In Deutschland konnten durch das *Stromeinspeisungsgesetz* (StrEG) aus dem Jahre 1991 sowie des Nachfolgers aus dem Jahre 2000, dem *Erneuerbare-Energien-Gesetz* (EEG), neue Weichen für Windkraft gestellt werden, da die Gesetze weitreichende institutionelle Verbesserungen einläuteten. Allen voran der Vorrang, die bevorzugte, garantierte

Einspeisung von Ökostrom ins Netz, wobei die Kosten auf alle Stromkunden umgelegt werden (*burden-sharing*), sowie erhöhte Zielvorgaben für erneuerbare Energien (+100 Prozent beim EEG). Für Windkraft wurde eine Kaufverpflichtung zum Preis von 90 Prozent des Endpreises für Elektrizität in Kraft gesetzt, was für Windkraftbetreiber sichere Einnahmen von ungefähr 8 c€/kWh (bis 1999) bedeutete und das Investitionsrisiko in Windkraft stark senkte (REICHE 2004). Diese Gesetzesänderungen sind zum großen Teil starken Lobbygruppen und *advocacy coalitions* wie dem einflussreichen Deutschen Bauernverband, dem Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, Stadtwerken, Turbinenherstellern, »grünen« Aktivisten sowie Parlamentariern aller Parteien zuzurechnen, vor allem beim StrEG (REICHE 2004). Die gesetzlich verankerte vorrangige Einspeisung von EE im StrEG machte Investitionen in Windenergie langfristig lukrativ, was einen »Windboom« zur Folge hatte, der mit folgender Zahl verdeutlicht werden soll: zwischen den Jahren 1991 und 1999 wuchs die Anzahl installierter Windkraftkapazitäten von gerade einmal 110 MW auf 4445 MW (REICHE 2004).

Die Situation der Lobby- und Interessensgruppen für Windkraft in Japan unterscheidet sich stark von der in Deutschland, weshalb institutionelle Anpassungen nur spärlich ausgefallen sind. Obwohl auch in Japan *advocacy coalitions* für Windkraft bestehen, allen voran die »Parlamentariergruppe für die Promotion von erneuerbaren Energien« (*shizen enerugī sokushin giin renmei*), welcher im Jahre 1999 von Abgeordneten aller Parteien in nationalen und lokalen Parlamenten, Umweltgruppen, und Vertretern der Industrie gegründet wurde, sowie der vom *Institute for Sustainable Energy* (ISEP) angetriebenen Bürgerbewegung GEN (*shizen enerugī sokushinhō suishin nettowāku*), hat sich die Gesetzeslage für Windkraft nur langsam verbessert. Trotz des Einsatzes der »Parlamentariergruppe für die Promotion von erneuerbaren Energien«, welche bereits im Jahre 1999 eine Gesetzesvorlage für die Förderung erneuerbarer Energien einbrachte (*shizen enerugī sokushin hōan*), fanden bis ins Jahr 2003 keine weitreichenden Änderungen statt (IIDA 2005, 2007). Erst im Jahre 2003 wurde eine Gesetzesänderung für Windkraft mit dem *Renewable Portfolio Standard* (RPS oder Quotensystem) eingeführt, welche aber mit der ursprünglichen Gesetzesvorlage sowie den Forderungen von über 30 Gemeinden und NGOs wenig gemein hatte. Dies geschah trotz aller Forderungen nach einem *Renewable Feed-in Tariff* (REFIT, Premiumtarif), welcher sich in vielen Ländern als Erfolgsgarant für EE herausgestellt hatte, und obwohl eine garantierte vorrangige Einspeisung von Ökostrom im REFIT-System für kleinere Windkraftbetreiber aufgrund des geringeren Risikos weitaus förderlicher ist. Yasushi Maruyama (Interview 03.10.2008), Professor an der Universität Tōkyō, erklärt dies damit, dass ja-

panische Technokraten nur »ungern von ihrer Macht abgeben und deswegen auch nur selten auf die Meinungen der Zivilgesellschaft sowie NGOs hören« und deswegen gewöhnlich den »Wünschen der Stromkonzerne und der Netzbetreiber nachgekommen« sind. Die Schwäche der Windkraftinteressensgruppen, der Bürgergesellschaft sowie der grünen NGOs hat, anders als in Deutschland, förderliche institutionelle Anpassungen verhindert. Besonders vor dem NPO-Gesetz, welches im Jahre 2008 in Kraft getreten ist und große Barrieren für eine aktive Bürgerbeteiligung in der Politik beseitigt hat, war die Politik der Regierung in Tōkyō wenig rezeptiv für die Forderungen der Bürger, was die schwache Stellung japanischer NGOs und das Scheitern der oben genannten Gesetzesvorlage erklärt. Die (politische und finanzielle) Schwäche von NGOs im Umweltschutz in Japan unterlegen folgende Zahlen: Greenpeace Japan besaß nicht mehr als 5000 und Friends of the Earth gerade einmal 380 Mitglieder im Jahre 1998. Dies ist ein deutlicher Unterschied zur Situation in Deutschland, wo 250.000 Menschen Greenpeace und 240.000 Friends of the Earth durch ihre aktive Mitgliedschaft sowie Mitgliedsbeiträge unterstützen (SCHREURS 2002).

Der schwache Organisationsgrad japanischer NGOs, der generelle Ausschluss der Zivilgesellschaft aus der nationalen Politik, die starke Stellung der Atomlobby und der Elektrizitätskonzerne, sowie die Verflechtungen zwischen Industrie, Bürokratie und LDP (*iron triangle*) erschwerte die Bildung einer durchschlagenden *advocacy coalition* von Windkraft und deren effektive *bottom-up* Beteiligung an der Gesetzgebung. Dies resultierte darin, dass institutionelle Anpassungen nur zögerlich von statten gingen und die Lage der Windkraft in Japan nicht erheblich verbessert werden konnte.

Warum die Einführung von RPS weniger positiv ausfiel als es wohl mit REFIT der Fall gewesen wäre, wird im nächsten Unterkapitel beleuchtet.

2.4 Premiumtarife (REFIT) und Quotensysteme (RPS)

- Prozesse: u.a. *resource mobilisation* und *development of positive externalities*
- Akteure: u.a. Regierungen
- Institutionen: u.a. Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), RPS-Gesetz

Langfristige politische Unterstützung erneuerbarer Energien in Form von Einspeisevergütungen, welche sich im Jahr 2009 allein für Windkraft in Deutschland auf 382 Millionen Euro beliefen, ist von großer Bedeutung. Generell wird Windkraft durch zwei unterschiedliche Modelle subventioniert: Premiumtarife (REFIT) und

Mindestquoten (RPS) für die Einspeisung. Der Hauptunterschied besteht in der Vergütung: während im REFIT die Politik den Preis bestimmt und der Markt die Masse reguliert, wird im Quotensystem der Anteil von Windstrom von der Politik durch Quoten festgelegt und der Preis vom Markt diktiert. Generell ist die Tendenz festzustellen, dass Länder mit REFIT, zum Beispiel Deutschland, Dänemark und Schweden mehr Windkraft produzieren als Länder mit Quotenregimen (USA, UK, Australien und Japan).

Die deutliche Mehrzahl akademischer Literatur sieht REFIT in Anbetracht einer schnellen und effizienten Verbreitung von Windkraft gegenüber Quoten-Systemen klar im Vorteil und auch der wegweisende Stern Report zum Klimawandel postuliert REFITs Vormachtstellung: »feed-in tariffs [are] more effective and cheaper than quotas for renewable energy« (HM TREASURY 2006). Dass Premiumtarife jedoch nicht automatisch Erfolg bringen, zeigt das Beispiel Italien, wo der Markt für Windkraft trotz REFIT gering ist. Beispiele für den Erfolg von Quotensystemen bieten China sowie einige US-Staaten. Trotzdem lässt sich feststellen, dass im Großen und Ganzen Premiumtarife Quotenmodellen überlegen sind, vor allem wenn neue Energien auch anderweitig von Seiten der Politik ausreichend gefördert werden.

Die japanischen Interviewpartner deuteten einstimmig an, dass die Situation von Windkraft in Japan mit REFIT besser aussähe. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Premiumtarife Kleininvestitionen begünstigen, wodurch einzelne Haushalte oder lokale Gemeinschaften Anteile an Windrädern kaufen können. Die Einspeisegarantie zu relativ hohen Preisen hält das Investitionsrisiko gering, was den Markt erweitert. In Deutschland haben aufgrund REFIT mehrere hunderttausend Bürger in Windkraft investiert und somit das Marktwachstum stark angetrieben (TOKE und LAUBER 2004). Durch Bürgerengagement stieg darüber hinaus die soziale Akzeptanz von Windkraft, sodass größere NIMBY (*not-in-my-backyard*)-Bewegungen ausblieben.

Auch in Japan zeigen zunehmend mehr Menschen aufgrund Subventionen Interesse an Anteilen von NGOs und lokalen Aktionsbündnissen getragenen »Bürgerwindrädern«. Jedoch wurden aufgrund des hohen Investitionsrisikos bei Quotensystemen, welches der Kauf von über €1 Million teuren Windkraftanlagen mit sich bringt, viele von lokalen Gruppen initiierten Bürgerwindräder nicht verwirklicht (MARUYAMA, NISHIKIDO und IIDA 2007). Daher ist der Windkraftmarkt in Japan von Energiekonzernen und Großinvestoren dominiert, welche durch ihre Verflechtungen mit dem *iron triangle* die Preise für Windstrom manipulieren können. Ein weiteres Manko des japanischen Marktes ist die Tatsache, dass anders als in

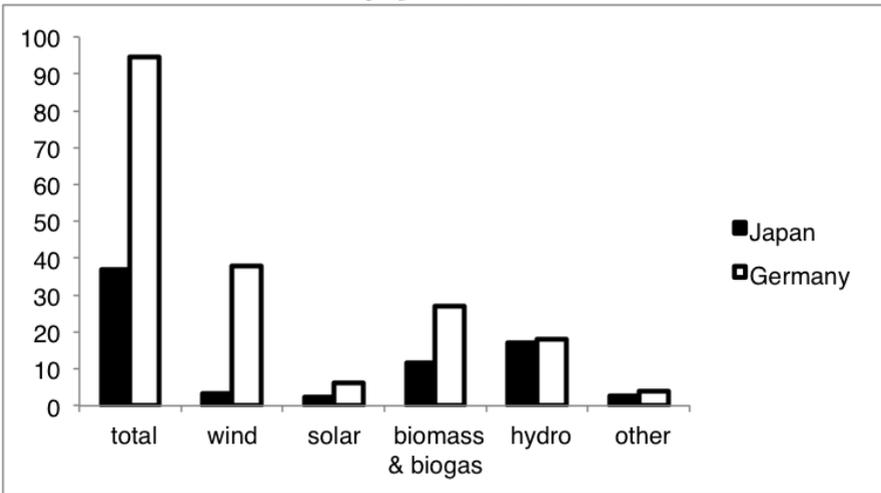
Deutschland nicht zwischen Schwach- und Starkwindgebieten unterschieden wird. Dadurch sind die besten Windgegenden bereits von Großkonzernen belegt und die weniger lukrative Entwicklung von Windkraft im windarmen Hinterland stockt. Darüber hinaus führt das Ausbleiben des Engagements der Zivilbevölkerung in Windkraft zu relativ hoher Ablehnung von Windkraft in Japan, da die Bürger an den negativen Nebenprodukten der Windkraft leiden, ohne am Gewinn beteiligt zu sein (MARUYAMA, NISHIKIDO und IIDA 2007).

Während in Deutschland Premiumtarife *positive feedback loops* vorangetrieben und Engelskreise in Gang gesetzt haben, wuchs der Markt für Windkraft in Japan nur langsam, was vor allem auf das RPS-Modell zurückzuführen ist, da dies außer Stande war, technische Innovationen, Bürgerbeteiligungen sowie Dispersion von Windkraft ins Inland anzuregen. Erschwerend für das Marktwachstum sind die niedrigen Zielvorgaben, die im japanischen Quotensystem von der Regierung festgelegt werden. Durch die niedrigen Zielvorgaben von EE am Gesamtstromanteil von gerade einmal 1,63 Prozent war es vielen Windkraftwerksbetreibern nicht möglich, die produzierte Windenergie zum höheren »Ökopreis« (zusammengesetzt aus physikalischen Strompreis und »Ökopremium«) zu verkaufen (IIDA 2005). Durch die niedrigen Zielvorgaben für Ökostrom war der japanische Markt lange Zeit mit »Grünen Zertifikaten« aus der Verbrennung von Plastikmüll saturiert, wodurch Windkraftwerksbetreibern oft nur der physikalische Preis des eingespeisten Ökostroms bezahlt wurde, da viele Netzbetreiber die Zielvorgaben mit Plastikmüllverbrennung erfüllt haben (IIDA 2005). Darüber hinaus wurden Windkraftwerksbetreiber von den Netzwerken für die Kosten, die durch das Balancieren der Schwankungen des Windes entstehen, zur Kasse gebeten (OBAYASHI 2006). Dies macht deutlich, dass durch die Einführung des RPS-Systems, gekoppelt mit niedrigen Zielvorgaben, viele Kleinstbesitzer von Windkraftanlagen in eine prekäre Lage gekommen sind.

Dass auch in Japan Premiumtarife das Wachstum anregen können, zeigen die neuesten Entwicklungen im Solarstrombereich. Nachdem im Jahre 2009 REFIT für Solar eingeführt wurde und Netzbetreiber verpflichtet wurden, Solarstrom zum Preis von bis zu ¥24/kWh (im Falle von Schulen und Gewerbe) einzukaufen, wuchs die Anzahl von Solaranlagen in Japan um 111 Prozent im Jahre 2010 (Fairly 2011). Dies zeigt auf, dass Premiumtarife die Nachfrage stark ankurbeln können. Eine ähnliche Entwicklung wird auch im Windkraftbereich erwartet, wo im August 2011 im Zuge des Nuklearvorfalls in Fukushima ein Gesetz zur Einführung von REFIT für Windkraft trotz Widerstand vom wichtigsten japanische Wirtschaftsverbandes *Keidanren* und Stromkonzernen verabschiedet wurde. Wie sich die Situati-

on für Windkraft entwickelt, wird sich nach dem In-Kraft-Treten des Gesetzes im Juli 2012, wenn Windkraft für ¥20/kWh ins Netz eingespeist werden muss, zeigen (IEE 2011). Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Windkraft anwachsen; allerdings ist fraglich, ob allein durch REFIT die Erwartungen des japanischen Umweltministeriums, dass im Bereich Erneuerbarer Energien die Leistung bis zum Jahre 2030 auf 148 GW anwachsen wird, erfüllt werden können (FAIRLY 2011).

ABBILDUNG 4: *Produktion von erneuerbare Energie in Japan und Deutschland, nach Energiequelle (2009), in GWh*



Quelle: MINISTRY OF INTERNAL AFFAIRS AND COMMUNICATIONS (2010), BMU (2011), JREPP (2011).

Aufgrund der Vorteile, die Premiarate mit sich bringen, darunter:

1. vorrangige, unbegrenzte Einspeisung von Windkraft ins Stromnetz,
 2. hohe, garantierte Prämien für Energie aus Windkraft, die Investitionssicherheit gewährleisten und somit Windkraft interessant für Privatanleger machen, sowie
 3. Degressionsraten, die eine faire Vergütung je nach Standort und Jahr gewährleisten und somit technischen Fortschritt vorantreiben,
- gelang es Deutschland, seine Spitzenposition im Windkraftbereich bis ins Jahr 2009 zu behaupten. Eine ähnliche Entwicklung ist bei großem politischen Willen und Einsatz sowie hohen Subventionen auch in Japan nicht auszuschließen.

3. Technische Faktoren (*technological factors*)

- Akteure: u.a. Forschungseinrichtungen, Regierungen, Stromkonzerne, Netzbetreiber
- Institutionen: u.a. Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), RPS-Gesetz

Wie das Modell des Technological-Innovation-Systems aufgezeigt hat, sind Forschungsgelder sowie langfristige Subventionen unentbehrliche Mittel, um das Wachstum des Marktes für Windkraft zu steigern. Darüber hinaus spielen sogenannte nicht monetäre *demand-pull* Instrumente, wie förderliche Gesetzgebung bei Bauplänen sowie bei der Einspeisung ins Stromnetz, eine große Rolle, die aber oft in der Fachliteratur vernachlässigt werden. Die Fälle Japan, Frankreich und Großbritannien zeigen deutlich, dass die oben genannten *standard-enabling policies* große Auswirkungen auf das Wachstum von Windkraft haben (SZARKA 2007). Unförderliche Gesetze, »schwache« Netze und Obergrenzen bei der Einspeisung limitieren vor allem in Japan den Markt für Windkraft, wo »current energy legislation on planning, certification and grid-access has been built around the existence of large centralised power plants, including extensive licensing requirements and specifications for access to the grid« die dezentralisierte Stromgewinnung aus EE erschwerte (GWEC/GREENPEACE 2005).

3.1 Abnahmeverpflichtungen von EE-Strom und Balanzierungsmaßnahmen

Das deutsche EEG garantiert seit dem Jahre 2000 die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien sowie die Übernahme eventueller Extrakosten, die dadurch anfallen, durch die Endverbraucher. In Japan haben sich die Netzbetreiber bis zum Jahr 2011 erfolgreich gegen solche Verpflichtungen gewehrt und sind keinerlei Verpflichtungen eingegangen, mehr EE einzuspeisen als durch die Zielvorgaben vorgeschrieben wurden (also rund 1,5 Prozent). Was darüber hinaus an Ökostrom produziert wurde, wurde von mehr als der Hälfte der großen Netzbetreiber, darunter Hokkaidō Electric Power Corporation (HEPCo) nicht ins Stromnetz eingespeist (OBERLÄNDER 2004). Diese Limitierungen wurden dadurch gerechtfertigt, dass die Stromnetze die Schwankungen der zu einspeisenden Windkraft nur in sehr kleinen oder aber zu sehr hohen Kosten ausgleichen könnten. Wenn Fluktuationen bei der Einspeisung zu groß waren, wurden Windkraftbetreiber zunehmend aufgefordert, die Turbinen zu stoppen oder dauerhaft Speicherbatterien zu installieren (OBERLÄNDER 2004). Diese Batterien sind allerdings so teuer,

dass sie Windkraft unrentabel für die Betreiber machen. Hinzu kommt, dass die regierungsnahe *New Energy and Industrial Technology Development Organisation (NEDO)* in diversen Studien aufzeigt, dass auch ohne Batterien eine große Menge an Strom von erneuerbaren Energien problemlos ins Netz eingespeist werden kann und dass Wasserkraft Fluktuationen ausgleichen kann (KIMURA und SUZUKI 2006). Oft wird daher gesagt, dass Fluktuationen als Vorwand dienen, um unliebsamen Windstrom aus dem Netz zu drängen. Mit Abnahmeverpflichtungen und der Übernahme der Kosten für eventuelle Bilanzierungsmaßnahmen könnte aber auch in Japan die Windkraftproduktion rapide ansteigen.

3.2 Überregionale Stromnetze

Wie in den meisten Industrienationen lebt auch in Japan ein Großteil der Einwohner in urbanen Ballungsräumen. Allein der Großraum Tōkyō-Yokohama auf der Hauptinsel Honshū weist 30 Millionen Einwohner sowie Tausende von Fabriken mit hohem Energiebedarf auf. Wie fast alle anderen urbanen Konglomerate ist das Ballungsgebiet Tōkyō aufgrund der dichten Besiedelung sowie der Hochhäuser nur schlecht für Windkraftnutzung geeignet. Ländliche Gebiete in Küstenregionen verfügen hingegen über bessere geographische und meteorologische Bedingungen, haben allerdings oft nicht die technischen Möglichkeiten, vor allem interregionale Stromnetze, um Strom aus Windkraft nach Tōkyō zu transportieren. Zwischen Hokkaidō im Norden und Honshu liegt die Kapazität der Stromnetze bei gerade einmal 600 MW und auch zwischen Tōhoku in Nordhonshū sowie Tōkyō in Zentralhonshū ist diese Situation ähnlich prekär. Auch wenn es Japan durch seine effizienten dezentralisierten Hochspannungsleitungen technisch möglich wäre, Strom von Hokkaidō mit weniger als fünf Prozent Energieverlust ins 2000 Kilometer entfernte Kyūshū zu transportieren, ist solch ein Unterfangen durch die unterschiedliche Stromfrequenz sowie fehlenden überregionalen Verbindungen nur bedingt möglich (Interview Ashina 03.10.2008). Laut Shuichi Ashina (Interview 03.10.2008) vom *National Institute for Energy Studies (NIES)* ist es möglich, für rund ¥1 Billion (€9 Milliarden) Hoch- und Mittelspannungsleitungen zwischen Hokkaidō und Tōhoku auszubauen und die Engpässe großflächig zu beseitigen. Dass sich die Energiekonzerne, die über 95 Prozent des quasi nicht-liberalisierten Strommarkts beherrschen, dagegen aussprechen, ist leicht nachzuvollziehen, da dies Kosten und wahrscheinlich auch Verluste von Marktanteilen bedeuten würde.

In Deutschland wurde im Jahre 2000 eine Gesetzeslage geschaffen, die die Produzenten von Strom aus erneuerbaren Energien durch garantierten Netzzugang

deutlich unterstützt. Das im EEG verankerte *burden-sharing*-Konzept, durch das die erhöhten Kosten für die Produktion von Ökostrom auf alle Stromverbraucher umgelegt werden, hat sich als Erfolgsgarant für EE herausgestellt. In Japan hingegen haben technische Schwierigkeiten die Verbreitung von Windkraft erheblich beeinträchtigt.

4. Die Zukunft von Windkraft in Japan

Frage man vor einigen Jahren nach den Zukunftsaussichten von Windkraft in Japan, so hat man im In- und Ausland über alle Sparten hinweg nur zögernde, meist pessimistische Antworten bekommen. Zu düster waren die Situation und die Aussichten auf eine rasche Verbreitung der Windkraft aus den oben dargelegten Gründen. Der ideelle und finanzielle Vorrang von Atomenergie, technische Probleme, ineffiziente politische Maßnahmen, gigantische Stromkonzerne, die sich gegen Ökostrom wehrten, sowie Desinteresse unter Politikern und großen Teilen der Bevölkerung beschränkten die Wachstumsprognosen für Windkraft stark. Doch der beinahe eingetretene nukleare Super-GAU in Fukushima änderte die Situation schlagartig, und erneuerbare Energien, darunter auch die lang vernachlässigte Windkraft, erlebten einen Aufschwung. Die Pläne, 13 neue Atomreaktoren zu bauen, um bis 2030 50 Prozent des Stromes aus Atomenergie zu erwirtschaften, wurden auf Eis gelegt und bis Mai 2012 alle Atomreaktoren schrittweise abgeschaltet (FRITZ 23.01.2012). Auch wenn zum gegenwärtigen Zeitpunkt die ersten Reaktoren wieder ans Netz gehen, steht ein Großteil der Bevölkerung dieser Entwicklung kritisch gegenüber.

Auch auf Seite der *political institutions* lassen sich für Windkraft positive Entwicklungen feststellen: um erneuerbare Energien als indigene Energiequelle auszubauen, wurden im August 2012 die ineffizienten Quotenregelungen durch Premiuntarife für alle erneuerbaren Energien ersetzt. Laut damaligem Premierminister Naoto Kan, unter dem das Gesetz dafür im Oktober 2011 verabschiedet werden konnte, bringt diese Gesetzesänderung Japan »dem Ausbau von Erneuerbare Energien einen Schritt näher« (zitiert nach UPI 2011). Darüber hinaus verfolgt das japanische Wirtschaftsministerium METI seit 2011 ambitionierte Pläne, die Windkraftforschung voranzutreiben und 10 bis 20 Billionen Yen in eine 1 GW starke schwimmende *off-shore* Windfarm vor der Küste Fukushimas zu investieren (KUBOTA 13.09.2011). Auch von privater Hand kommt Unterstützung: Softbank Gründer Masayoshi Son gründete eine Stiftung zur Forschung an erneuerbaren Energien, die er sich 10 Billionen Yen seines Privatvermögens kosten ließ und mit weiteren

10 bis 20 Billionen Yen aus Firmenbesitz ausstatten will. Damit soll der Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 auf 60 Prozent anwachsen (ALABASTER 2011; WAKAMIYA 01.09.2011). Wenn solche ambitionierten Pläne von Seiten der Regierung und Forschungsinstitutionen durchgesetzt werden können, und es Japan gelingen sollte, die Windkraftgenerierung durch effiziente *floating turbines* zu revolutionieren, könnte Japan nicht nur seinen Anteil an Windkraft erheblich ausbauen, sondern sogar Weltmarktführer werden (LIMER 2011). Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn das Interesse an EE nicht nur von kurzer Dauer ist und wenn das METI nicht wie geplant die meisten Forschungsgelder und Subventionen für Solarenergie verwendet. Plänen des METI nach soll die Leistung aus Solarenergie über 1500 Prozent von 2,1 auf 30 GW bis zum Jahr 2020 anwachsen, wohingegen für Windkraft nur ein schwaches Wachstum von 2,3 auf 5 oder 7,5 GW angestrebt wird (MUKAWA 2011). Erhöhte Fördergelder für Windkraftforschung, höhere Zielvorgaben für erneuerbare Energien sowie die Einführung von Premiumtarifen für Windkraft, stellen Schritte in die richtige Richtung dar, und auch wenn technische Netzprobleme weiter vorherrschen, können durch diese Maßnahmen positive Rückkoppelungseffekte in Gang gesetzt werden. Da allerdings gesetzliche Schlupflöcher hinsichtlich einer bevorzugten Einspeisung von Windkraft bestehen, können Prognosen zum Wachstum von Windkraft nur schwer abgegeben werden.

5. Fazit

Dieser Artikel zeigt deutlich, dass mehrere Faktoren für das langsame Wachstum von Stromerzeugung aus Windkraft in Japan verantwortlich sind. Sowohl politische als auch technische Probleme, allen voran geringes Interesse an Windkraft von Seiten der Politik (LPD und METI), Industrie (besonders der Energiebetreiber und *Keidanren*) und Bürgern, stehen an vorderer Stelle. Das geringe Engagement Japans vor allem in den 1980er und 1990er Jahren, als Windkraft in Deutschland durch Fördergelder angekurbelt wurde und positive Rückkoppelungseffekte mit sich brachte und damit Engpasskreise auslöste, hatte bis heute spürbare negative Auswirkungen. Durch ausbleibende technische Innovationen, was vor allem auf geringe Forschungsmittel zurückzuführen ist, entwickelte sich der japanische Markt nur langsam. Dies hatte zur Folge, dass das Interesse von Seiten der Bürger und der Politik gering blieb und sich nur spärlich *advocacy coalitions* gebildet haben, was in Kapitel 2.3 aufgezeigt wurde. Ebenfalls negativ auf das Wachstum haben sich die niedrigen Zielvorgaben der Regierung für Windkraft ausgewirkt (2.1). Denn niedrige numerische Ziele kommunizierten implizit, dass Windkraft nicht ausreichend

von Seiten der Regierung legitimiert ist, wodurch Investitionen nur zögerlich ausfielen. Hinzu kamen mit der Einführung eines Quotensystems ineffiziente politische Subventionsmechanismen, wodurch der produzierte Strom aus Windkraft oft nicht, oder nur zu einem geringen Preis, in die Netze eingespeist werden konnte (2.4). Aufgrund der Quotenregelungen, die wenig Sicherheit für die Anleger bieten und dadurch Privatinvestoren – wie zum Beispiel Bürgergruppen – fast gänzlich ausschließen, konnte zudem die soziale Akzeptanz von Windkraft nur langsam gesteigert werden (2.3).

Dadurch lässt sich schließen, dass die politischen Maßnahmen das Wachstum von Windkraft bis zum Jahre 2011 eher blockiert als gefördert haben. In Deutschland hingegen konnten die Hauptprozesse des *technological innovation systems* (TIS), vor allem *knowledge development and diffusion*, *entrepreneurial experimentation*, *market formation*, *resource mobilisation* und *development of positive externalities* hingegen voll in Gang gesetzt werden. Dies löste untereinander Wechselwirkungen aus und führte durch Engelskreise zum Wachstum des Windkraftmarktes. Neben politischen Problemen spielten, wie in Kapitel 4 aufgezeigt, aber auch technische Beeinträchtigungen eine Rolle: unzureichende Mittelspannungsnetze sowie überregionale Netzverbindungen erschweren den Transport von Ökostrom aus Regionen mit hohen Windgeschwindigkeiten zu urbanen Regionen mit hoher Energienachfrage.

All diese Punkte haben dazu beigetragen, dass Windkraft in Japan bislang nur 0,35 Prozent des Strombedarfs decken kann. Der Hauptgrund, unter dem die oben geschilderten Faktoren subsummiert werden können, ist Desinteresse des *iron triangle* – bestehend aus METI, LDP und den großen Stromkonzernen – an Windkraft. Kann dieses Interesse geweckt werden, so wie dies im März 2011 der Fall war, könnten die Weichen für das Wachstum von Windkraft neu gestellt werden und Windkraft durch effizientere Förderung eine Hauptrolle in der Energieversorgung Japans einnehmen. Erste Schritte dazu wurden mit der Einführung von höheren Zielvorgaben sowie der Ausweitung von Premiumtarifen auf Windkraft eingeleitet. Die Ergebnisse dieser Bemühungen werden allerdings erst in den nächsten Jahren sichtbar werden. Sollten die politischen Maßnahmen ausreichen, um positive Rückkoppelungseffekte in Gang zu setzen, kann Windtechnologie zum Erfolg verholfen werden, wie das TIS-Modell andeutet und wie der Fall Deutschlands demonstriert.

Literatur

- ALABASTER, JAY (2011), »Softbank Founder Backs Japan's Shift to Renewable Energy«, in: *Infoworld*, <http://www.infoworld.com/d/data-center/softbank-founder-backs-japans-shift-renewable-energy-172505> (12.09.2011).
- AS (ASAHI SHINBUN) (27.06.2011), »Fukushimaken Chiji, Datsugenpatsu wo Meiji: Kengikai de Shiseitenkan wo Hyomei« [Der Gouverneur von Fukushima verkündet den Austieg aus der Atomkraft: Vor dem Präfekturparlament zeigt der Gouverneur einen Richtungswechsel an], <http://www.asahi.com/special/10005/TKY201106270501.html> (30.10.2012).
- AS (ASAHI SHINBUN) (10.10.2011), »Datsugenpatsu Demo: Netto ga Musubu« [Anti-Atomkraft Demonstration: Das Internet verbindet], <http://digital.asahi.com/articles/TKY201110090392.html> (30.10.2012).
- BAN, HIDEYUKI (2006), »Cost of Nuclear Power in Japan«, in: *Nuke Info Tōkyō*, 113: 4–5.
- BERGEK, ANNA und STAFFAN JACOBSSON (2003), »The Emergence of a Growth Industry: A Comparative Analysis of the German, Dutch and Swedish Wind Turbine Industries«, in: J. STANLEY METCALFE und UWE CANTNER (Hg.), *Change, Transformation and Development*, Heidelberg: Physica Verlag, S. 197–227.
- BERGEK, ANNA, STAFFAN JACOBSSON, BO CARLSSON, SVEN LINDMARK und ANNIKA RICKNE (2008), »Analyzing the Functional Dynamics of Technological Innovation Systems: A Scheme of Analysis«, in: *Research Policy*, 37 (3): 407–429.
- BMU (BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT) (2010), *Innovation durch Forschung: Jahresbericht 2009 der Forschungsförderung im Bereich Erneuerbare Energien*, Berlin: BMU.
- BMU (BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT) (2011), *Erneuerbare Energien in Zahlen: Nationale und Internationale Entwicklung*, Berlin: BMU.
- CAO (CABINET OFFICE) (2010), *Kagaku Gijutsu kihon Keikaku* [4th Science and Technology Basic Plan 2011–2015], Tōkyō: CAO.
- CARLSSON, BO und RIKARD STANKIEWICZ (1991), »On the Nature, Function, and Composition of Technological Systems«, in: *Journal of Evolutionary Economics*, 1 (2): 93–118.
- EDQUIST, CHARLES und BJÖRN JOHNSON (1997), »Institutions and Organisations in Systems of Innovation«, in: CHARLES EDQUIST (Hg.), *Systems of Innovation: Technologies, Institutions and Organizations*, London: Routledge, S. 41–63.
- FAIRLY, PETER (2011), »Japan Faces Post-Fukushima Power Struggle«, in: *ieee spectrum*, August, <http://spectrum.ieee.org/green-tech/solar/japan-faces-postfukushima-power-struggle> (20.10.2012).

- FOXON, TIM, ZEN MAKUCH, MACARENA MATA und PETER PEARSON (2004), »Innovation Systems and Policy-Making Processes for the Transition to Sustainability«, in: KLAUS JACOB, MANFRED BINDER und ANNA WIECZOREK (Hg.), *Governance for Industrial Transformation: Proceedings of the 2003 Berlin Conference on the Human Dimensions of Global Environmental Change*, Berlin: Environmental Policy Research Centre, S. 96–112.
- FRITZ, MARTIN (23.01.2012), »Ab April ohne Atomstrom«, in: TAZ (*Die Tageszeitung*), <http://www.taz.de/%2186131/> (20.10.2012).
- GREENPEACE (20.09.2006), *Windkraft hat Zukunft*, http://www.greenpeace.de/themen/energie/erneuerbare_energien/artikel/windenergie_hat_zukunft/ (20.10.2012).
- GWEC (GLOBAL WIND ENERGY COUNCIL) (2011), *Japan*, <http://www.gwec.net/index.php?id=123> (20.10.2012).
- GWEC (GLOBAL WIND ENERGY COUNCIL) und GREENPEACE (2005), *Wind Force 12: A Blueprint to Achieve 12% of the World's Electricity from Wind Power by 2020*, Amsterdam: Greenpeace.
- HM TREASURY (2006), *Stern Review on the Economics of Climate Change*, <http://www.hm-treasury.gov.uk/6520.htm> (30.10.2006):
- IEE JAPAN (INSTITUTE OF ENERGY ECONOMICS JAPAN) (2011), *Energy Brief No. 15: September 2011*, Tōkyō: IEE Japan.
- IDA, TETSUNARI (2005), *Political Lessons from Myth about Japan for RE Promotion: Political Initiative and Conflict around Renewable Energy in Japan*, Präsentation auf dem 6th Inter-Parliamentary Meeting on Renewable Energy and Energy Efficiency.
- IDA, TETSUNARI (2007), *Renewable Energy Policy and Politics in Japan with Focus on Wind Power Development*, Präsentation auf der HUSUMwind.
- INAJIMA, TSUYOSHI und YUJI OKADA (2011), »Nuclear Promotion Dropped in Japan: Energy Policy after Fukushima«, in: *Business Week*, <http://www.businessweek.com/news/2011-10-27/nuclear-promotion-dropped-in-japan-energy-policy-after-fukushima.html> (27.10. 2011)
- JACOBSSON, STAFFAN und ANNA JOHNSON (2000), »The Diffusion of Renewable Energy Technology: An Analytical Framework and Key Issues for Research, in: *Energy Policy*, 28: 625–640.
- JACOBSSON, STAFFAN und VOLKMAR LAUBER (2006), »The Politics and Policy of Energy System Transformation: Explaining the German Diffusion of Renewable Energy Technology«, in: *Energy Policy*, 34 (3): 256–276.
- JOHNSON, ANNA und STAFFAN JACOBSSON (2001), »Inducement and Blocking Mechanisms in the Development of a New Industry: The Case of Renewable Energy Technology in Sweden«, in: ROD COOMBS, K. GREEN, A. RICHARDS und V. WALSH (Hg.), *Technology and the Market: Demand, Users and Innovation*, Cheltenham: Edward Elgar, S. 89–111.

- JREPP (JAPAN RENEWABLE ENERGY POLICY PLATFORM) (2011), *Renewables Japan Status Report 2010*, ohne Ortsangabe: JREPP.
- JWEA (JAPANESE WIND ENERGY ASSOCIATION) (2011), *Sekai Fūryoku Enerugi Kaigi GWEC kara Nihon ni muketa Kinkyū Teigen: Fūryoku Hatsuden ha Nihon no Denryoku Kyōkyū Fusoku no Kaishō ni Kōken suru* [GWEC fordert Japan zu neuen dringlichen Massnahmen an der Welt Windenergie Konferenz auf: Windenergie kann den Energiemangel in Japan lösen], <http://jwea.exblog.jp/15682811/> (27.05.2011).
- KIMURA, OSAMU und TATSUJIRO SUZUKI (2006), *30 Years of Solar Energy Development in Japan: Co-Evolution Process of Technology, Policies, and the Market*, Präsentation auf der 2006 Berlin Conference on the Human Dimensions of Global Environmental Change: Resource Policies, Effectiveness, Efficiency, and Equity.
- KUBOTA, YOKO (13.09.2011), »Japan Plans Floating Wind Power for Fukushima Coast«, in: *Reuters*, <http://www.reuters.com/article/2011/09/13/us-japan-wind-idUSTRE78C41M20110913> (12.09.2011).
- LAUBER, VOLKMAR und LUTZ MEZ (2006), »Renewable Electricity Policy in Germany 1974 to 2005«, in: *Bulletin of Science Technology Society*, 26 (2): 105–120.
- LIMER, ERIC (2011), »Japanese Innovation Could Make Wind Power Cheaper Than Nuclear«, in: *Geekosystem*, <http://www.geekosystem.com/japanese-wind-power/> (31.08.2011)
- MARUYAMA, YASUSHI, MAKOTO NISHIKIDO und TETSUNARI IIDA (2007), »The Rise of Community Wind Power in Japan: Enhanced Acceptance through Social Innovation«, in: *Energy Policy*, 35 (5): 2761–2769.
- METI (MINISTRY OF ECONOMY, TRADE AND INDUSTRY) (2006), *New National Energy Strategy: Digest*, <http://www.meti.go.jp/english/report/newnationalenergystrategy2006.pdf> (12.10.2012).
- MOE (MINISTRY OF ENVIRONMENT) (2008), *Kyoto Protocol Target Achievement Plan*, <http://www.env.go.jp/en/earth/cc/kptap.pdf> (12.10.2012).
- MUKAWA, TASKESHI (2011), »Renewable Energy Takes off in Japan«, in: *Crossborderer*, <http://crossborder.practicallaw.com/7-503-4379> (12.10.2012).
- NORTH, DOUGLASS (1990), *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, New York: Cambridge University Press.
- OBAYASHI, MIKA (2006), *Renewables in Japan*, Präsentation auf dem REN21 Workshop.
- OBERLÄNDER, CHRISTIAN (2004), »Erneuerbare Energien in Japan: Probleme und Lösungsansätze am Fallbeispiel der Windkraftnutzung«, in: *Japan aktuell*, Dezember: 490–500.
- PEW (2011), *Who's Winning the Clean Energy Race? 2010 Edition*, Washington: Pew.
- REICHE, DANYEL (2004), *Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien in Deutschland: Möglichkeiten und Grenzen einer Vorreiterpolitik*, Frankfurt: Peter Lang.

- SABATIER, PAUL (1998), »The Advocacy Coalition Framework: Revisions and Relevance for Europe«, in: *Journal of European Public Policy*, 5 (1): 98–130.
- SCHRADE, ANNA (2012), »A Fresh Breeze after Fukushima? Analysing Japan's Current Limitations and Future Prospects of Wind Power Development«, in: *International Journal of Environmental Studies*, 69 (2): 378–400.
- SCHREURS, MIRANDA (2002), *Environmental Politics in Japan, Germany, and the United States*, Cambridge: Cambridge University Press.
- SUURS, ROALD (2009), *Motors of Sustainable Innovation: Towards a Theory on the Dynamics of Technological Innovation Systems*, Utrecht: Utrecht University.
- SZARKA, JOSEPH (2007), *Wind Power in Europe: Politics, Business and Society*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- TOKE, DAVID und VOLKMAR LAUBER (2007), »Anglo-Saxon and German Approaches to Neoliberalism and Environmental Policy: The Case of Financing Renewable Energy«, in: *Geoforum*, 38 (4): 677–687.
- UPI (UNITED PRESS INTERNATIONAL) (2011), *Energy Resources: Japan to Increase Renewable Energy?*, http://www.upi.com/Business_News/Energy-Resources/2011/08/24/Japan-to-increase-renewable-energy/UPI-59541314198537/#ixzz1kELnCST1 (24.08.2011),
- WAKAMIYA, YOSHIBUMI (01.09.2011), »Masayoshi Son off on New Quest to Raise Green Profile«, in: *Asahi Shinbun*, <http://ajw.asahi.com/article/views/opinion/AJ201109017388> (12.10.2012).

Interviewpartner

- Ashina, Shiuichi (National Institute of Environmental Studies), 03.10.2008.
- Christmann, Ralf (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit), 12.09.2008
- Enokibori, Miyako (Universität Tōkyō), 18.09.2008.
- Fell, Hans (Bündnis 90/Die Grünen and Vorsitzender des Komitees für Energie und Technologie), 16.09.2008.
- Fujino, Junichi (National Institute of Environmental Studies), 03.10. 2008.
- Furuya, Shota (Universität Aalborg), 18.09.2008.
- Ikegami, Takashi (National Institute of Environmental Studies), 03.10.2008.
- Maruyama Yasushi (Universität Tōkyō), 03.10.2008.
- Nagamine, Junichi (Kwansei Gakuin Universität), 18.09.2008.
- Shin, Dong-Ae (Universität Kitakyushu), 18.09.2008.
- Yamashita, Noriaki (Universität Kyōto), 18.09.2008.

Der DPJ-Ansatz zur Steigerung der diplomatischen Rolle Japans: Japanische Außenpolitik 2011/2012

The DPJ Approach to Enhance Japan's Diplomatic Role:
Japanese Foreign Policy 2011/2012

Wilhelm Vosse

After having received international disaster and reconstruction support after the earthquake and tsunami on March 11, 2011, the DPJ government under Prime Minister Noda has been trying to use the time when most of attention of the Japanese public was still focused on dealing with the aftermath of the 3/11 disaster and other domestic political issues, to gradually enhance Japan's stance in East Asia and the world. This article highlights these changes by focusing on the most important bilateral relationships and the three policy areas security policy, trade policy, development policy.

1. Überblick

Für die außenpolitischen Beziehungen Japans waren die Jahre 2011 und 2012 etwas Besonderes, da es nach der Naturkatastrophe vom 11. März 2011 von über fünfzig Ländern direkte Hilfe bei der Bergung der Opfer und deren Betreuung und Versorgung erfahren hatte. Bei fast allen bi- und multilateralen Gipfeltreffen nach dem 11. März 2011 drückte die japanische Regierung deshalb darüber ihren besonderen Dank aus. Im Jahr 2011 und 2012 hat Japan dennoch versucht durch eine ganze Reihe von Maßnahmen und Initiativen, seine globale und regionale Rolle weiter auszubauen.

2. Bilaterale Beziehungen

2.1 USA

Die US-japanischen Beziehungen haben sich nach dem Regierungswechsel zur DPJ im September 2009 entgegen ersten Vermutungen in den USA und Bedenken gegenüber der Hatoyama-Administration nicht verschlechtert, sondern sie haben sich in den letzten Jahren eher noch verbessert. Premierminister Noda und sein Außenminister Gemba hatten seit ihrem Amtsantritt 2011 viele Gelegenheiten mit Vertretern der Obama-Administration zu diskutieren. Die amerikanische Regierung hat deutlich gemacht, dass die USA weiterhin bestrebt sind, eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Entwicklung im asiatisch-pazifischen Raum zu spielen. Außenministerin Clinton hatte im November 2011 in einem Aufsatz in der Zeitschrift *Foreign Policy* mit dem Titel »America's Pacific Century« sehr deutlich die amerikanischen Interessen in der Region vor dem Hintergrund des anbrechenden »Pazifischen Jahrhunderts« betont (CLINTON 2011).

Am 22. September 2011 trafen sich Noda und Gemba mit Präsident Obama, Hillary Clinton und Timothy Geithner in New York (MOFA 2011a). Bei diesem kurzen Treffen betonte die amerikanische Seite ein weiteres Mal die Bedeutung der Verhandlungen zu einem Trans-Pazifischen Partnerschaftsabkommen (Trans-Pacific Partnership, TPP), welchem Noda dann im November 2011 zustimmte.

Neben dem TPP waren die Truppenverlegung von Okinawa und die Verlagerung oder Auflösung der US-Flugbasis Futenma seit Jahren ein Streitpunkt zwischen beiden Regierungen. Am 25. Oktober 2011 trafen sich Außenminister Gemba und der US-amerikanische Verteidigungsminister Panetta. Beide verständigten sich darauf beide Komplexe nun schnell voran zu treiben. Die US-Marinetruppen sollten demnach gemäß dem 2006 mit Japan vereinbarten Plan von Okinawa nach Guam verlegt werden. Die mögliche Verlegung der US-Flugbasis Futenma stößt aber in Okinawa weiter auf heftigen Widerstand, so dass Gemba Panetta zunächst vertrösten musste (MOFA 2011b).

Beim Treffen der beiden Außenminister, Gemba und Clinton, ging es am 11. November 2011 in Honolulu eher um die großen diplomatischen Initiativen der USA im asiatisch-pazifischen Raum, also die US-amerikanische Sichtweise des »Pazifischen Jahrhunderts«. Die USA sehen sich demnach als »pazifische Macht« und Japan dabei weiterhin als wichtigsten Partner in der Region (MOFA 2011c). Von besonderer Bedeutung war deshalb die Tatsache, dass Präsident Obama 2011 zum ersten Mal am Ostasien-Gipfel (EAS) teilnehmen würde, denn die USA sehen dieses Forum als einen der Eckpfeiler um Einfluss auf die Entwicklung in Asien aus-

zuüben. Nur einen Monat später, am 20. Dezember 2011, trafen sich die beiden erneut in Washington um über Nordkorea zu sprechen, aber auch um Sanktionsmaßnahmen gegen den Iran abzustimmen (MOFA 2011d). Am 18. November 2011 trafen sich Noda und Obama erneut während des APEC-Gipfels, um über diese Themen zu sprechen, wobei Obama erneut die Bedeutung des Ostasien-Gipfels für die weitere Entwicklung betonte (MODA 2011e).

Am 29. April 2012 traf Noda zu einem dreitägigen bilateralen Gipfel in Washington ein, wo er neben Präsident Obama auch mit Außenministerin Clinton zusammentraf. Es ging dabei unter anderem um Reaktionen auf die militärischen Provokationen Nordkoreas, die japanische Unterstützung für den Aufbau Afghanistans, den möglichen EU₃+3 Prozess mit dem Ziel, Druck auf den Iran auszuüben, sowie einer engeren Kooperation im Bereich der Nukleartechnologie und -sicherheit (Bilateral Commission on Civil Nuclear Cooperation) (MOFA 2012c, 2012d). Am Ende des Gipfeltreffens wurden eine gemeinsame Resolution, die den Rahmen der weiteren Zusammenarbeit absteckt (SHUHŌ KANTEI 2012), sowie ein Abkommen zur Sicherung des globalen Handelsnetzes unterzeichnet (MOFA 2012e).

2.2 China

Die Beziehungen zwischen Japan und der VR China sind auch 2011 und 2012 trotz steigender wirtschaftlicher Abhängigkeit von den Territorialstreitigkeiten um die Senkaku-Inseln überschattet. Wegen des weiterhin schlechten Images Japans in der chinesischen Bevölkerung hat Japan 2011 damit begonnen, durch eine groß angelegte PR-Kampagne mit dem Titel »Genki-na Nippon« (lebendiges Japan) sein Image zu verbessern. Die japanische Regierung schickt hierzu unter anderem einige Mitglieder der japanischen Mädchen-Popgruppe AKB48 zu Auftritten oder Messen in chinesische Großstädte.

Am 24. August 2011 protestierte das japanische Außenministerium beim chinesischen Botschafter in Japan Cheng Yonghua, weil chinesische Fischerbote in japanisches Hoheitsgebiet in der Nähe der Senkaku Inseln eingedrungen waren. Obwohl China die japanischen Gebietsansprüche nicht anerkennt, machte die chinesische Seite zunächst deutlich, dass man alles unternehmen wolle, um die Angelegenheit ein Jahr vor dem 40. Jahrestag der Normalisierung der Beziehungen beider Länder nicht weiter zu eskalieren (MOFA 2011f, 2011g).

Beim Treffen der beiden Außenminister Kōichirō Gamba und Yang Jiechi am 23. September 2011 in New York ging es dann aber schon wieder wesentlich harmonischer zu. Nachdem man wie seit Jahren die gegenseitig nützlichen Beziehungen gelobt hatte, betonten beide Seiten man wolle in Zukunft in den Bereichen Erdbe-

benhilfe und Wiederaufbau sowie bei der gemeinsamen Nutzung der Ressourcen im Ostchinesischen Meer enger zusammenarbeiten. Während Gemba aber noch einmal deutlich machte, dass Senkaku eindeutig zum japanischen Hoheitsgebiet gehöre, erkennt China diese Position nicht an (MOFA 2011h).

Während des APEC-Treffens am 13. November 2011 trafen sich dann Premierminister Noda und der chinesische Präsident Hu. Japan gibt sich Mühe, nicht zu aggressiv seine Gebietsansprüche zu vertreten, betont stattdessen gerne eine gemeinsame Nutzung der Ressourcen mit dem Slogan »Meer des Friedens, der Zusammenarbeit und der Freundschaft« (Sea of Peace, Cooperation and Friendship) (MOFA 2011i).

Am 25. Dezember 2011 traf Noda dann während seines ersten mehrtägigen Staatsbesuchs auch mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Wen zusammen. Am Ende der Gespräche einigte man sich auf sechs Initiativen: (1) Stärkung der vertrauensbildenden Maßnahmen, (2) einer engeren Zusammenarbeit im Ressourcenabbau im Ostchinesischen Meer, (3) der Fortsetzung der nach dem Erdbeben begonnenen Zusammenarbeit bei Soforthilfe und Nuklearsicherheit, (4) der engeren Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Finanzfragen, wie etwa dem chinesischen Renminbi, (5) einer Steigerung des Studenten- und Kulturaustausches, und (6) einem engeren Dialog zu regionalen und globalen Problemen (MOFA 2011j).

Am 16. Februar 2012 feierten dann die beiden Länder den 40. Jahrestag der Normalisierung ihrer diplomatischen Beziehungen mit einem Festakt in Beijing. Das Jahr 2012 wurde zum Freundschaftsjahr ernannt. Über das ganze Jahr verteilt finden dazu in China und Japan Veranstaltungen statt (MOFA 2012f).

2.3 Südkorea

Die Beziehungen zwischen Japan und Südkorea haben sich in den letzten Jahren sehr verbessert und haben unter anderem dazu geführt, dass sich die Regierungsvertreter inzwischen wesentlich häufiger in bilateralen Gipfeltreffen, bei trilateralen Begegnungen zusammen mit Vertretern der VR China oder der USA, oder am Rande der APEC oder des Ostasien-Gipfels (EAS) zu Gesprächen treffen. Während des bilateralen Gipfeltreffens im Oktober 2011 hatte man sich auf die Fortsetzung einer »Shuttle-Diplomatie« geeinigt.

Premierminister Noda und der südkoreanische Präsident Lee Myung-Bak haben, obwohl erst kurz im Amt, bereits ein gewisses persönliches Verhältnis aufgebaut. Bei ihrem Treffen am 18. Dezember 2011 in Kyōto betonten beide nicht nur ihr enges Verhältnis zu den USA, sondern auch ihre gemeinsamen Werte und Interessen bei

der Verbreitung von Demokratie und Frieden in Ostasien. Konkret bedeutet dies, dass Japan und Südkorea in Zukunft nicht nur wirtschaftlich enger zusammenarbeiten wollen – das Freihandelsabkommen steht jedoch weiter nicht vor einem Abschluss –, sondern sich auch intensiver um die Sicherheit in der Region bemühen wollen. Aus diesem Grund betonen Noda und Lee die Bedeutung des Austausches von militärischen Informationen sowie einen Ausbau der militärischen Übungen gemeinsam mit den USA (MOFA 2011k).

Im Frühjahr 2012 wurde der mögliche Abschluss eines beiderseitigen Abkommens zum Austausch militärischer Informationen (Japan-ROK General Security of Military Information Agreement (GSOMIA)) erstmals bekannt und dann sowohl in Japan als auch in Südkorea teilweise kontrovers diskutiert. Beide Regierungen spielten die Bedeutung eines solchen Abkommens herunter, weil man Kritik in den Medien und konservativen Kreisen befürchtete. Während einer Pressekonferenz am 8. Mai 2012 schwächte Außenminister Gemba die Bedeutung des Abkommens ab und unterstrich die Tatsache, dass beide Länder bereits mit den USA militärische Informationen austauschen (MOFA 2012h).

Ende Juni 2012 sollte dieses Abkommen dann unterzeichnet werden, wurde dann aber im letzten Moment von Südkorea abgesagt, weil sich dessen Regierung massiver Kritik von der Opposition und den Medien ausgesetzt sah. Viele Gegner in Südkorea sahen darin einen »Ausverkauf der Nation«, weil Südkorea nicht militärisch mit einem Land zusammenarbeiten sollte, das es bis 1945 besetzt hatte. Viele Beobachter und auch die USA sahen in dieser Absage eine verlorene Chance der beiden Nachbarländer mehr als 65 Jahre nach dem Ende der Besetzung und angesichts der vielen sicherheitspolitischen Probleme endlich auch bilateral enger zusammen zu arbeiten (*JT* 18.06.2012; *NYT* 28.06.2012; *TKH* 29.06.2012).

Die Sicherheit kerntechnischer Anlagen ist auch im Interesse von Südkorea, weshalb beide Länder am 22. Dezember 2011 ein dementsprechendes Kooperationsabkommen abgeschlossen haben, das am 21. Januar 2012 in Kraft getreten ist (MOFA 2011l).

2.4 Nordkorea

Zwischen Japan und Nordkorea gibt es seit dem letzten Besuch des damaligen Premierministers Koizumi im Mai 2004 und dem Aussetzen der Sechs-Parteien-Gespräche (2008) praktisch keinen diplomatischen Dialog mehr. Eine indirekte Folge der von Nordkorea wegen dessen Raketen- und Atomwaffenprogramms ausgehenden Bedrohung für Japan ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Japan und Südkorea und den USA.

Einen Tag nachdem Nordkorea am 19. Dezember 2011 den Tod des Staatsführers Kim Jong-Il verkündet hatte, rief der japanische Außenminister Gamba seinen südkoreanischen Amtskollegen Kim Sung-Hwan an, um über negative Auswirkungen dieser veränderten Situation zu sprechen und mögliche gemeinsame Reaktionen zu diskutieren (MOFA 2011m). Bereits vor seinem Tod hatte Kim Jong-Il seinen jüngsten Sohn Kim Jong-Un zu seinem Nachfolger auserkoren und ihn schon im September 2010 zum General der Streitkräfte gemacht. Der Machtwechsel, der in Japan mit großer Sorge verfolgt wurde, ging dann aber recht schnell und ohne interne Machtstreitigkeiten vonstatten. Bereits am 29. Dezember 2011 wurde Kim Jong-Un zum obersten Führer der Partei, des Staates und der Armee ernannt.

Kurze Zeit nach seinem Amtsantritt wurde deutlich, dass Kim Jong-Un die Macht in Nordkorea voll übernommen hatte. Er verlor keine Zeit und kündigte im März 2012 an, dass man bald eine mehrstufige Rakete abschießen wolle, um einen Satelliten in eine Umlaufbahn um die Erde zu bringen. Weder Japan noch Südkorea oder die USA glaubten dieser Darstellung Nordkoreas und gingen davon aus, dass es sich bei diesem Abschuss um eine Trägerrakete für nukleare oder konventionelle Waffen handele. Nachdem Nordkorea auch westlichen Journalisten seine Trägerrakete gezeigt hatte, wurde diese am 13. April 2012 gezündet, fiel aber nach kurzem Flug südlich von Nordkorea in das Gelbe Meer. Die japanische Regierung brauchte jedoch Stunden, um diese Darstellung auch offiziell zu bestätigen und in Japan Entwarnung zu geben, sodass gewisse Zweifel an den Fähigkeiten des japanischen Raketenabwehrprogramms aufkamen. Auch aufgrund einer japanischen Initiative verabschiedete der Weltsicherheitsrat am 16. April 2012 die Resolution 120416, in der Nordkorea in aller Schärfe für seinen Raketenabschuss verurteilt wird. Dieser wird als Grund für ernsthafte Sorge um die Sicherheit der Region bezeichnet. Nordkorea wird darin auch aufgefordert von weiteren Raketenversuchen abzu-
sehen (UNSC 16.04.2012, MOFA 2012g). Gegenwärtig scheint es jedoch unwahrscheinlich, dass Nordkorea sich von solchen Warnungen beeindrucken lassen wird.

2.5 ASEAN

Die Bedeutung der ASEAN-Staaten hat für Japan wegen deren steigender Wirtschaftskraft in den letzten Jahren sehr zugenommen. 2011 kamen etwa 15 % der japanischen Importe aus ASEAN-Staaten, und etwa 15 % der japanischen Exporte gingen dorthin (JETRO 2012). Daher versucht Japan seit Jahren seine bi- und multilateralen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen in diese Region auszubauen. Am 18. November nahm Premierminister Noda am 14. ASEAN-Japan

Gipfel in Bali teil, bei dem es vor allem um die zukünftige Richtung der Zusammenarbeit ging. Japan möchte beim Aufbau einer ASEAN-Gemeinschaft bis zum Jahr 2015 helfen und kündigte auf dem Gipfel konkrete Unterstützungsmaßnahmen an. In diesem Zusammenhang sagte Noda japanische finanzielle Unterstützung (bis zu 25 Mrd. US\$) beim Aufbau eines engeren wirtschaftlichen Netzwerks und dem Ausbau der Seewege im ASEAN-Raum zu. Weitere Ankündigungen betreffen konkrete Hilfe zur Unterstützung der Demokratiebestrebungen in Myanmar und die Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich Katastrophenschutz und Wiederaufbauhilfe (MOFA 2012b).

In der gemeinsamen Abschlusserklärung (Bali-Erklärung) des 14. Japan-ASEAN Gipfels mit dem Thema »ASEAN Community in a Global Community of Nations«, die als Grundsatzprogramm für die nächsten Jahre gilt, wurden diese und weitere Felder der Zusammenarbeit wie die Sicherung der Seewege, die strittigen Territorialansprüche im Südchinesischen Meer, die Abrüstung, Menschenrechte, Umwelt- und Klimafragen und der soziale und kulturelle Austausch aufgelistet (ASEAN 2011).

2.6 Australien

Während die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zwischen Japan und Australien in eine weitere Runde gingen, ohne große Hoffnung auf einen baldigen Abschluss, trafen sich der damalige australische Außenminister Kevin Rudd, der parlamentarische Staatssekretär im japanischen Außenministerium und Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft am 4. November 2011 zur Siebten Australisch-Japanischen Konferenz in Brisbane. Australien ist für Japan in den letzten fünf Jahren nicht nur zu einem wichtigeren Energielieferanten, sondern nach dem Abschluss des Japanischen-Australischen Sicherheitsabkommens 2007 auch zu einem engen Partner in Sicherheitsfragen geworden. Auf der Konferenz ging es daher vor allem um die nächsten Schritte bei der Sicherheitszusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum und bei UN-Blauhelmeinsätzen. Im Einzelnen geht es hierbei um die gemeinsame Anschaffung von Militärtechnologie und den Austausch zwischen den Nachrichtendiensten. Besonders nach dem 11. März 2011 ist Australien als Lieferant von Flüssiggas (LNG) zur Erzeugung von Strom nach der Abschaltung fast aller Atomkraftwerke strategisch noch wichtiger geworden (MOFA 2011o).

Am 19. November trafen sich die Premierminister Noda und Julia Gillard in Bali während des ASEAN Gipfels. Noda begrüßte die US-australische Entscheidung zur Stationierung von Einheiten der US-Airforce im Norden Australiens, da dies die Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum weiter erhöhen würde (MOFA 2011p).

Am 17. Mai 2012 unterzeichneten die Außenminister der beiden Länder, Gamba und Carr, in Tōkyō das »Japan-Australia Information Security Agreement (ISA)«, welches den Austausch von Informationen zwischen den beiden Ländern erleichtern sowie die Maßnahmen zu deren Geheimhaltung sicherstellen soll. Für Japan ist dieses das vierte derartige Abkommen, nach denen mit den USA im Jahre 2007, der NATO im Jahre 2010 und Frankreich im Jahre 2011 (MOFA 2012i, 2012j, 2012k).

2.7 EU

Die EU ist wegen der Euro-Krise gegenwärtig mehr mit sich selbst als seinen internationalen Beziehungen beschäftigt, und darunter leiden auch die Beziehungen zu Japan. Zwar gab es auch 2011 und 2012 bilaterale Gipfeltreffen, aber nur kleine Fortschritte in Bezug auf das angestrebte Freihandelsabkommen oder die Zusammenarbeit im Bereich der Abrüstung oder der internationalen Umweltpolitik. Bei einem Treffen des Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy und dem Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso mit Premierminister Noda am 4. November 2011 während des G20-Gipfels in Frankreich zeigte sich Noda besorgt über die Entwicklung Griechenlands und die EFSF-Bonds, betonte jedoch ein weiteres Mal die Bedeutung der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen EU und Japan. Die Fertigstellung einer Vorstudie zum Abkommen (*scoping exercise*) im Zeitraum Mitte 2011 bis Mai 2012 ebnete den Weg zu tatsächlichen Verhandlungen über das Freihandelsabkommen (MOFA 2011q; *BUSINESSWEEK* 31.05.2012). Diese Gespräche wurden dann am 18. Mai 2012 beim nächsten G20-Gipfel im US-amerikanischen Camp David fortgesetzt, wo es aber nicht mehr als Absichtserklärungen gab (MOFA 2012l).

Aber auch die wichtigsten EU-Mitgliedsstaaten haben strategische Interessen in Japan. Am 13. und 14. Januar 2012 kam der französische Außenminister Alain Juppé zum ersten Treffen des sogenannten »Strategischen Dialogs«, der im Mai 2011 vom damaligen Premierminister Kan und dem damaligen französischen Präsidenten Sarkozy ins Leben gerufen wurde. Bei diesen ersten Gesprächen verständigten sich beide Seiten auf eine engere Zusammenarbeit im Umgang mit Nordkorea, Sanktionen gegen den Iran wegen dessen Atomprogramms und die Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Myanmar. Ebenso ging es für beide Seiten um die Fortsetzung und Stärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Nuklearenergie – gerade nach dem Unglück von Fukushima und der japanischen Abhängigkeit von französischer Nukleartechnologie ein wichtiges Thema (MOFA 2012m). Im Oktober 2011 hatten der damalige Premierminister Fillon und Noda eine gemeinsame

Erklärung zur Kernenergie und Energiepolitik verabschiedet (SHUHŌ KANTEI 2011).

Während des G20-Gipfels am 19. Mai 2012 trafen sich dann der neue französische Präsident Hollande und Premierminister Noda zum ersten Mal, wobei es neben der Eurokrise auch um eine engere Zusammenarbeit bei Sanktionen gegenüber dem Iran, den Umgang mit Nordkorea und der VR China ging (MOFA 2012n).

Bei den beiden deutsch-japanischen Gipfeltreffen, im Oktober 2011 zwischen dem damaligen Präsidenten Wulff (MOFA 2011s) in Tōkyō und Bundeskanzlerin Merkel und Premierminister Noda während des G8-Gipfels ging es neben dem EU-Japan Freihandelsabkommen in beiden Fällen auch um die für Deutschland und Japan wichtige Frage der Kernenergie (MOFA 2011r, 2011s). Konkrete Schritte zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung alternativer Energiequellen werden aber bisher eher auf der mittleren diplomatischen Ebene sowie zwischen Wissenschaftlern und Wirtschaftsvertretern geführt.

2.8 Russland

Die japanisch-russischen Beziehungen haben sich nach dem Besuch des damaligen russischen Präsidenten Medwedew auf den südlichen Kurilen-Inseln im November 2010 weiter verschlechtert. Die russische Regierung hat Japan im Anschluss daran mit weiteren hochrangigen Besuchen auf den Inseln, der Entscheidung bis zu 100 Millionen US-Dollar zu investieren sowie die russische Militärpräsenz noch auszubauen, weiter provoziert. Im Mai 2012 wurde dann bekannt, dass ausgerechnet ein südkoreanisches Bauunternehmen, Keumto Construction, an einem Infrastrukturprojekt im Hafen von Nayaka auf der Insel Etorofu beteiligt ist. Das japanische Außenministerium legte dagegen am 30. Mai 2012 Protest ein (MOFA 2012a). Russland besteht weiterhin darauf, dass die Inseln völkerrechtlich zum russischen Hoheitsgebiet gehören und sieht keine Veranlassung darüber zu verhandeln.

Japan hat aber keinen großen diplomatischen Spielraum seinen Forderungen nach Rückgabe der Inseln Rückhalt zu verleihen, da es Russland als einen seiner Lieferanten von Öl und Flüssiggas (LNG) gerade nach dem Abschalten der meisten Kernkraftwerke benötigt, auch wenn Russland nicht zu den wichtigsten Energielieferanten Japans gehört; diese Rolle kommt weiterhin dem Mittleren Osten und Australien zu. Obwohl der bilaterale Handel in den letzten Jahren zugenommen hat (im Jahre 2011: 24 Mrd. US\$) steht Russland bei den Importen nach Japan nur an 13., bei den Exporten nur an 20. Stelle. Nach dem steilen Anstieg der Energieimporte

innerhalb des letzten Jahres ist Japan jedoch gezwungen auch wieder enger mit Russland zusammen zu arbeiten (*JT* 11.01.2012, 29.01.2012).

Japan hat sich in den Jahren 2011 und 2012 mehrmals darum bemüht, die Verhandlungen über die Kurilen-Inseln wieder aufzunehmen. In November 2011 trafen sich Premierminister Noda und der damalige russische Präsident Medwedew vor dem Asia-Pacific Economic Cooperation Gipfel in Honolulu, um über eine engere ökonomische Zusammenarbeit, Energielieferungen sowie über die Territorialkonflikte zu sprechen (*JT* 15.11.2011). Am 28. und 29. Januar 2012 trafen sich daher der russische Außenminister Lawrow und sein japanischer Amtskollege Gemba zu Gesprächen zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen in Tōkyō (MOFA 2012b). Am 18. Juni 2012 trafen sich dann der gerade gewählte russische Präsident Putin und Premierminister Noda erstmals während des G20-Gipfels in Los Cabos, Mexiko (*AS* 19.06.2012; *JT* 23.06.2012). Alle diese Gespräche scheinen jedoch auf die Territorialfrage keinen großen Einfluss zu haben, denn am 3. Juli 2012 besuchte der russische Premierminister Medwedew erneut die Kurilen-Inseln, was in Japan erneut zu diplomatischen Protesten führte (*AS* 03.07.2012).

3. Politikfelder

3.1 Sicherheitspolitik

Nachdem bereits in den letzten Jahren der Verteidigungshaushalt sukzessive von 4,87 Billionen Yen (2004) auf 4,66 Billionen Yen (2011) gefallen war, wurde er auch im Haushalt für 2012 noch einmal leicht um 11,9 Mrd. Yen auf 4,65 Billionen Yen (etwa 46 Mrd. Euro) gekürzt. Dazu kommen weitere 67 Mrd. Yen für Okinawa zur Linderung der Belastung der Bevölkerung durch die US-Truppen, davon 8,6 Mrd. Yen aus dem SACO-Budget (MOD 2012).

Die Sicherheitspolitik wird aber nicht nur durch das sinkende Budget belastet, sondern auch durch das weitere Drehen des Ministerkarussells. Am 2. September 2011 wurde der erst seit dem Regierungswechsel im September 2009 amtierende Verteidigungsminister Toshimi Kitazawa (DPJ) durch Yasuo Ichikawa (DPJ) ersetzt, der bereits kurz nach seiner Berufung in einer Pressekonferenz offen zugab in Fragen der Verteidigungspolitik ein Amateur zu sein (*JT* 04.09.2011). Nach nur vier Monaten im Amt wurde Ichikawa von Premierminister Noda bereits wieder durch Naoki Tanaka ersetzt, der auch bis dahin keine Erfahrungen in der Verteidigungspolitik hatte und früh aufgrund unpassender Kommentare eine negative

Presse erhielt (*JT* 25.01.2012). Nach nur fünf Monaten im Amt wurde Tanaka am 4. Juni 2012 bereits durch Satoshi Morimoto ersetzt. Morimoto ist im Gegensatz zu seinen drei Vorgängern jedoch ein ausgesprochener Verteidigungsexperte: er war bis dahin Professor für Internationale Beziehungen an der Takushoku-Universität und ist damit der erste Nichtpolitiker in dieser Position (*JT* 06.06.2012).

Nach dem Erdbeben und Tsunami in Nordost-Japan waren etwa 100.000 SDF-Soldaten aber auch eine große Zahl von US-Soldaten durch das sogenannte Projekt »Tomodachi« an den Hilfs- und Aufräummaßnahmen beteiligt. Für die US-Armee war dies auch eine gute Gelegenheit ihr Image in der japanischen Bevölkerung zu verbessern und auf die Bedeutung der Fortsetzung dieser Kooperation hinzuweisen. Beim Treffen des US-japanischen Ausschusses zur Beratung von Sicherheitsfragen (Security Consultative Committee) am 21. Juni 2011 wurde diese enge Zusammenarbeit und das gute Beispiel des Erdbebeneinsatzes von den Außen- und Verteidigungsministern der beiden Länder noch einmal besonders betont (MOD 2011a, 2011b).

Ein wichtiges Ergebnis des sogenannten 2+2 Gipfels im Juni 2011 war eine Vereinbarung über die Verlegung des US-Luftwaffenstützpunktes Futenma nach Camp Schwab (Henoko) und den Bau einer V-förmigen Start- und Landebahn. Im September 2011 einigten sich Japan und die USA auf ein Gesamtpaket zur Umstrukturierung und Erneuerung ihrer Sicherheitszusammenarbeit, deren Grundpfeiler aber bereits unter der LDP Regierung 2006 gelegt wurden. Bestandteil dieser Vereinbarungen sind die oben erwähnte Verschiebung der Flugbasis Futenma nach Henoko und von US-Marineeinheiten nach Guam, der Aufbau und die Weiterentwicklung eines Raketen-Abwehrsystems mit der möglichen Stationierung von Patriot-Raketen in Okinawa (*JT* 31.03.2012), eine Neuverhandlung des US-amerikanisch-japanischen Truppenstationierungsvertrags (unterzeichnet am 21.01.2011), und weitere Maßnahmen zur Erleichterung der Stationierung der US-Truppen in Okinawa (MOFA 2011t).

Im August 2011 veröffentlichte das japanische Verteidigungsministerium einen Plan zur Reform der Verteidigungskapazitäten. Ziel dieser Reformen ist eine flexiblere Verteidigungsstruktur, um auf die veränderte sicherheitspolitische Lage in Ostasien schneller und flexibler reagieren zu können. Diese Reformen sind Teil der 2010 veränderten Verteidigungsrichtlinien und des für den Zeitraum 2011 bis 2015 gültigen Mittelfristigen Verteidigungsprogramms (MOD 2011c).

Wenn man sich die bisherige Sicherheitspolitik der DPJ-Regierung unter Premierminister Kan und Noda in den letzten zwei Jahren ansieht, wird deutlich, dass diese jedwede Kritik an der US-amerikanischen Militärpräsenz in Japan und ins-

besondere in Okinawa, den Waffensystemen, welche die USA nach Japan einführt, oder der Rolle, welche die USA im asiatischen Raum auch weiterhin spielen möchte, vermissen lässt. Im Gegenteil, die DPJ erscheint stets dazu bereit, an der Seite der USA zu kämpfen, was sie unter anderem in den großen, im Juni 2012 durchgeführten Marineübungen (zusammen mit Südkorea) zeigte. Im Hinblick auf eine traditionell anti-militaristisch orientierte Außen- und Sicherheitspolitik erscheint auch die Aufweichung der seit langer Zeit gültigen Beschränkungen japanischer Waffenexporte durch die DPJ-Regierung problematisch (USDD 2012a).

3.2 Handelspolitik

Seit Jahrzehnten gab es im japanischen Außenhandel eine Konstante: der teilweise sehr hohe Außenhandelsüberschuss. Dies hat sich 2011 zum ersten Mal geändert, denn über das gesamte Jahr gesehen hatte Japan 2011 ein Handelsdefizit von 32 Mrd. US\$. Während Japans Exporte 820 Mrd. US\$ betragen, lagen die Importe bei 853 Mrd. US\$. (JETRO 2012). Japans Exporte hatten bereits 2009 wegen der Finanzkrise drastisch abgenommen, seit April 2011 sind die Öl- und Gasimporte wegen der abgeschalteten Kernkraftwerke jedoch deutlich angestiegen, daher sind die Importzahlen ebenso deutlich angestiegen. Dieser Trend hat sich auch in der ersten Jahreshälfte 2012 fortgesetzt (JETRO 2012).

Mit einem Anteil von 55 % an Exporten und 44 % an den Importen gehören die Länder Asiens zu den wichtigsten Handelspartnern Japans. Diese werden von der VR China angeführt, die mit fast 20 % der Exporte und 21,5 % der Importe zu Japans größtem Handelspartner geworden ist, während die USA mit jeweils 15 % und 8,7 % und die EU mit 11,6 % und 9,4 % (jeweils Export- und Importanteil) inzwischen weit hinter China zurück gefallen sind. Wegen der gestiegenen Ölimporte kamen 2011 18,8 % der japanischen Importe aus Ländern des Nahen Ostens. Bis April 2012 stieg der Anteil sogar auf über 20 % (JETRO 2012).

Im November 2011 verkündete Premierminister Noda, dass Japan sich nach langen Überlegungen dazu entschlossen hat, Verhandlungen über den Beitritt zum Transpazifischen Partnerschaftsabkommen (TPP) aufzunehmen. In den Monaten vorher und auch nach der Entscheidung gab es in Japan eine heftige Debatte über die Vorteile und möglichen Gefahren eines solchen Schritts, gerade auch für den japanischen Agrarsektor (FORBES 14.11.2011, MULGAN 27.07.2011). Obwohl die Verhandlungen sicherlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden, würde Japans Beitritt zum TPP bedeuten, dass ein wesentlich größerer Anteil seines

Außenhandels durch dieses Abkommen abgedeckt wäre. Bisher sind es trotz des Partnerschaftsabkommens mit ASEAN weniger als 10 %.

Im Mai 2012 unterzeichneten Vertreter Japans, Chinas und Südkoreas ein trilaterales Investitionsabkommen (Japan-China-Korea Trilateral Investment Agreement), um gegenseitige Investitionen zu fördern und zu erleichtern (MOFA 2012o, MOFA 2012p).

3.3 Entwicklungshilfe

Japans Entwicklungshilfebudget, ist bereits in den letzten zehn Jahren von etwa 960 Mrd. Yen (2000) auf 618 Mrd. Yen (2010), also um etwa 36 % gesunken. 2011 betrug das Budget dann nur noch 572 Mrd. Yen, und im Haushalt 2012 waren nur noch 561 Mrd. Yen (etwa 5,6 Mrd. Euro) dafür angesetzt (MOFA 2012q, MOFA 2012r).

Während die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit für Japan an Bedeutung verloren hat, hat seit den 1990er Jahren der Bereich Human Security sehr an Bedeutung gewonnen. 1999 hat Japan einen sogenannten Treuhandfonds für Human Security (Trust Fund for Human Security) zur Unterstützung des UN Trust Fund aufgesetzt, in den Japan bis 2009 etwa 39 Mrd. Yen (etwa 390 Millionen Euro) eingezahlt hat. Im Dezember 2010 wurde der Japaner Takasu Yukio zum Sonderberater für Human Security des UN-Generalsekretärs ernannt, was Japans Einfluss und Reputation in diesem Bereich weiter gesteigert hat. In den Jahren 2011 und 2012 unterstützte dieser Fond unter anderem Projekte in Usbekistan, Bolivien, der Dominikanischen Republik und Nicaragua (MOFA 2012s).

Im Juli 2012 war Japan Gastgeber der Afghanistan-Geberkonferenz, an der Vertreter aus 80 Staaten teilnahmen. Die Teilnehmerstaaten versprachen am Ende Afghanistan bis 2015 Hilfen in Höhe von 16 Mrd. US\$ zukommen zu lassen, auch um den voraussichtlichen negativen Folgen des Truppenabzugs der nächsten Monate und Jahre entgegen zu wirken. Japan selbst versprach Hilfen im Wert von 3 Mrd. US\$ bis 2016, davon allerdings 2,2 Mrd. US\$ in Form von Krediten für Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte (*REUTERS* 08.06.2012).

4. Ausblick

Japan hat in den letzten Jahren versucht, seine außenpolitische Rolle in allen Bereichen sukzessive zu vergrößern und aus der Jahrzehnte langen Charakterisierung als wirtschaftlicher Riese einerseits und diplomatischer Zwerg andererseits

herauszukommen. Ironischerweise findet das gerade in einer Zeit statt, in der Japan seine globale wirtschaftliche Rolle zunehmend einbüßt und seine regionale Vormachtstellung mehr und mehr von China übernommen wird. Besonders deutlich wird diese Entwicklung gerade auch unter der DPJ-Regierung unter Premierminister Noda an dem Versuch, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den USA weiter zu intensivieren und inzwischen auch an größeren Marineübungen vor der Küste Südkoreas teilzunehmen, während Japan gleichzeitig seinen Waffenhandel ausbaut. Zur selben Zeit hat die Noda-Regierung entschieden, Verhandlungen zu einem möglichen japanischen Beitritt zum TPP aufzunehmen und gleichzeitig nach Abschluss der *scoping exercise* Verhandlungen über ein EU-Japan-Partnerschaftsabkommen zu beginnen. Auch regional ist Japan an vielen Fronten aktiv. Zum einen gibt es inzwischen eine Art Shuttle-Diplomatie zwischen Japan und Südkorea, bei der sich die Regierungschefs zum Teil alle zwei Monate zumindest zu kurzen Gesprächen treffen, zum anderen sind aber auch die häufigen Gespräche und Gipfeltreffen zwischen Japan und der chinesischen Regierung oder die trilateralen Begegnungen mit Südkorea und der VR China bemerkenswert. Auch wenn man hoffen mag, dass sich dadurch langsam ein Vertrauensverhältnis entwickelt, das tiefer geht als reine Macht- und Interessenpolitik, so sind die japanischen Bemerkungen über die Senkaku-Inseln und der plötzliche südkoreanische Rückzieher vor dem Abschluss eines Vertrags zum Austausch militärischer Informationen dann doch wieder ein Hinweis darauf, dass die Vergangenheit noch nicht ganz überwunden zu sein scheint.

Literatur

- AS (*ASAHI SHINBUN*) (19.06.2012), »Noda, Putin Agree to Resume Talks on Northern Territories«.
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (03.07.2012), »UPDATE: Russia's Medvedev Angers Japan with Island Visit«.
- ASEAN (ASSOCIATION OF SOUTHEAST ASIAN NATIONS) (2011), *ASEAN Community in a Global Community of Nations: Chairman's Statement Of the 14th ASEAN-Japan Summit Bali, Indonesia 18 November 2011*, <http://www.aseansec.org/documents/19th%20summit/JP-CS.pdf> (15.07.2012).
- BUSINESSWEEK* (31.05.2012), »EU, Japan Move Closer to Beginning Talks on Free-Trade Accord«.
- CLINTON, HILARY (2011), »America's Pacific Century«, in: *Foreign Policy*, 189: 56–63.

- FORBES (14.11.2011), »Noda's ›Nixon to China Moment‹, TPP and Japanese Politics«.
- JETRO (Japan External Trade Organization) (2012), *Japanese Trade and Investment Statistics*, <http://www.jetro.go.jp/en/reports/statistics> (15.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES) (04.09.2011), »Defense Chief Calls Himself an Amateur«.
- JT (JAPAN TIMES) (15.11.2011), »Japan, Russia Agree to ›Quiet‹ Territorial Talks«.
- JT (JAPAN TIMES) (11.01.2012), »Economic Cooperation Can Strengthen Japan-Russia Ties«.
- JT (JAPAN TIMES) (25.01.2012), »Tanaka Copter Remark Draws New Fire«.
- JT (JAPAN TIMES) (29.01.2012), »Japan, Russia to Boost Business, Security Ties: Old Foes Pursue Bilateral Gains despite Isle Row«.
- JT (JAPAN TIMES) (21.03.2012), »Patriot Missiles May Be Deployed in Okinawa to Counter North Korean Rocket«.
- JT (JAPAN TIMES) (06.06.2012), »Cabinet Reshuffle for Convenience«.
- JT (JAPAN TIMES) (18.06.2012), »Lost Chance for Tokyo-Seoul Security Relations«.
- JT (JAPAN TIMES) (23.06.2012), »Negotiating with Russia«.
- MOD (MINISTRY OF DEFENSE) (2011a), *Security Consultative Committee Document: Cooperation in Response to the Great East Japan Earthquake*, http://www.mod.go.jp/j/approach/anpo/201106_2plus2/js3_e.html (15.07.2012).
- MOD (MINISTRY OF DEFENSE) (2011b), *Security Consultative Committee Document: Host Nation Support*, http://www.mod.go.jp/j/approach/anpo/201106_2plus2/js4_e.html (15.07.2012).
- MOD (MINISTRY OF DEFENSE) (2011c), *Structural Reform of Defense Capability*, http://www.mod.go.jp/e/d_act/d_policy/pdf/structural_reform.pdf (15.07.2012).
- MOD (MINISTRY OF DEFENSE) (2012a), *Defense Programs and Budget of Japan: Overview of FY 2012 Budget*, http://www.mod.go.jp/e/d_budget/pdf/240301.pdf (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011a), *Japan-U.S. Summit Meeting (Summary)*, http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/meet_pm_1109.html (16.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011b), *Meeting between Minister for Foreign Affairs Koichiro Gamba and U.S. Secretary of Defense Leon E. Panetta (Summary)* <http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/meeting111025.html> (16.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011c), *Japan-U.S. Foreign Ministerial Meeting (Summary)*, <http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/fmm1111.html> (01.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011d), *Japan-U.S. Foreign Ministerial Meeting (Summary)*, <http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/meeting1112.html> (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011e), *Japan-U.S. Summit Meeting (Summary)*, <http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/meeting1111.html> (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011f), *Mr. Kenichiro Sasae, Vice-Minister for Foreign Affairs, Lodges a Protest against Mr. Cheng Yonghua, Ambassador of the People's Republic of China to Japan*, http://www.mofa.go.jp/announce/announce/2011/8/0824_01.html (15.07.2012).

- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011g), *Mr. Takeaki Matsumoto, Minister for Foreign Affairs, Lodges a Protest against Mr. Cheng Yonghua, Ambassador of the People's Republic of China to Japan*, http://www.mofa.go.jp/announce/announce/2011/8/0825_02.html (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011h), *Overview of the Japan-China Foreign Ministers' Meeting*, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/china/fmm1109.html> (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011i), *Japan-China Summit Meeting (Overview)*, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/china/meet11113.html> (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011j), *Japan-People's Republic of China Summit Meeting (Summary)*, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/china/meeting1112.html> (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011k), *Japan-Republic of Korea Summit Meeting (Summary)*, http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/korea/summit_1112.html (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011l), *Exchange of Diplomatic Notes for the Entry into Force of the Japan-Republic of Korea Nuclear Cooperation Agreement*, http://www.mofa.go.jp/announce/announce/2011/12/1222_01.html (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011m), *Telephone Conversation between Foreign Ministers of Japan and the Republic of Korea (ROK)*, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/korea/telmeeting1112.html> (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011n), *14th ASEAN-Japan Summit (Overview)*, <http://www.mofa.go.jp/announce/jfpu/2011/11/1118-02.html> (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011o), *Seventh Australia-Japan Conference: Co-Chairs' Statement*, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/australia/state1111.html> (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011p), *Meeting between Prime Minister Noda and Australian Prime Minister Gillard*, <http://www.mofa.go.jp/announce/jfpu/2011/12/1214-01.html> (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011q), *Japan-EU Summit Meeting (Overview)*, <http://www.mofa.go.jp/region/europe/eu/meeting1111.html> (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011r), *Japan-Germany Leaders' Meeting (Summary)*, <http://www.mofa.go.jp/region/europe/germany/meeting1110.html> (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011s), *Japan-Germany Summit Meeting (Overview)*, <http://www.mofa.go.jp/region/europe/germany/meeting1111.html> (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2011t), *The Japan-U.S. Security Arrangements*, <http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/security/arrange.html> (15.07.2012).

- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012a), *Statement by the Press Secretary, Ministry of Foreign Affairs of Japan, on the Participation in the Infrastructure Building Work in the Northern Territories by an Enterprise of a Third Country*, http://www.mofa.go.jp/announce/announce/2012/5/0530_02.html (01.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012b), *Visit to Japan by Mr. Sergey Viktorovich Lavrov, Minister of Foreign Affairs of the Russian Federation*, http://www.mofa.go.jp/announce/event/2012/1/0125_01.html (01.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012c), *Prime Minister Yoshihiko Noda's Visit to the United States of America*, <http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/pmv1204/index.html> (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012d), *Japan-U.S. Summit Meeting (Summary)* http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/pmv1204/meeting1205_pm.html (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012e), *U.S.-Japan Joint Statement On Global Supply Chain Security*, http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/pmv1204/gscs_en.html, (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012f), *The 40th Anniversary of the Normalization of Diplomatic Relations between Japan and China, and the Opening Ceremony of 2012 Friendship Year for Japan-China People-To-People Exchanges*, http://www.mofa.go.jp/announce/announce/2012/2/0201_02.html (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012g), *Statement by Mr. Koichiro Gemba, Minister for Foreign Affairs, on the Issuance of a Statement by the President of the United Nations Security Council regarding North Korea's Launch of the Missile, which it Calls a »Satellite«*, http://www.mofa.go.jp/announce/announce/2012/4/0416_01.html (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012h), *Press Conference by Minister for Foreign Affairs Koichiro Gemba, Tuesday, May 8, 2012*, http://www.mofa.go.jp/announce/fm_press/2012/5/0508_01.html (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012i), *Signing of the Japan-Australia Information Security Agreement (ISA)*, http://www.mofa.go.jp/announce/announce/2012/5/0517_01.html (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012j), *Agreement between the Government of Japan and the Government of Australia on the Security of Information*.
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012k), *Japan-Australia Foreign Ministers' Meeting*, http://www.mofa.go.jp/announce/announce/2012/5/0517_02.html (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012l), *Japan-EU Summit Meeting (Overview)*, http://www.mofa.go.jp/policy/economy/summit/2012/j_eu_sm.html (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012m), *Visit to Japan by Mr. Alain Juppé, Minister of State and Minister of Foreign and European Affairs of the French Republic*, http://www.mofa.go.jp/announce/event/2012/1/0112_01.html (15.07.2012).

- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012n), *Japan-France Summit Meeting (Overview)*, http://www.mofa.go.jp/policy/economy/summit/2012/j_fr_sm.html (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012o), *Signing of the Japan-China-Korea Trilateral Investment Agreement*, http://www.mofa.go.jp/announce/announce/2012/5/0513_01.html (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012p), *Agreement among the Government of Japan the Government of the Republic of Korea and the Government of the People's Republic of China for the Promotion, Facilitation and Protection of Investment*, http://www.mofa.go.jp/announce/announce/2012/5/pdfs/0513_01_01.pdf (15.07.2012).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012q), *Heisei 24-Nendo Gaimushō ODA Yosan no Gaiyō*, Tōkyō: MOFA.
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012r), *Heisei 24-Nendo ODA Ippan Kaikei Yosan*, Tōkyō: MOFA.
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012s), *Human Security*, http://www.mofa.go.jp/policy/human_secu/index.html (15.07.2012).
- MULGAN, AURELIA (27.07.2011), »Industry versus Agriculture in Japan's TPP Debate«, in: *East Asia Forum: Economics, Politics and Public Policy in East Asia and the Pacific*, <http://www.eastasiaforum.org/2011/07/27/industry-versus-agriculture-in-japan-s-tpa-debate/> (15.07.2012).
- NYT (*NEW YORK TIMES*) (28.06.2012), »South Korea to Sign Military Pact with Japan«.
- REUTERS (08.06.2012), »Donors Offer \$16 billion Afghan Aid at Tokyo Conference«, <http://uk.reuters.com/article/2012/07/08/uk-afghanistan-clinton-idUKBRE86602120120708> (15.07.2012).
- SHUSHŌ KANTEI (2011), *Declaration Conjointe des Premiers Ministres de la France et du Japon sur l'Energie Nucleaire et la Politique Energetique*, http://www.kantei.go.jp/foreign/noda/statement/201110/23france_fr.pdf (15.07.2012).
- SHUSHŌ KANTEI (2012), *U.S.-Japan Joint Statement: A Shared Vision for the Future*, http://www.kantei.go.jp/foreign/noda/diplomatic/201204/3ousa_e.html (15.07.2012).
- TKH (*THE KOREA HERALD*) (29.06.2012), »Seoul Puts Off Signing Military Deal with Japan«.
- UNSC (UNITED NATIONS SECURITY COUNCIL) (16.04.2012), *Resolution 120416*.
- USDD (UNITED STATES DEPARTMENT OF DEFENSE) (2012), U.S., *South Korea, Japan to Conduct Naval Exercise*, <http://www.defense.gov/news/newsarticle.aspx?id=116734> (15.07.2012).

Japans Neuerfindung als »Umweltnation«: Nationalismus zwischen Isolation und internationaler Integration im Post-Fukushima-Japan

Re-Inventing Japan as an »Environmental Nation«:
Nationalism between Isolation and International Integration
in Post-Fukushima Japan

Raffael Raddatz

Japanese nationalism has attracted much attention since the late 1990s when issues regarding historical revisionism or nationalism in pop culture, on the Internet, and surrounding sport events became the subject of heated debates in Japan and also abroad. However, recent efforts to re-invent Japan as an »environmental nation« living in »harmony with nature« remained relatively unnoticed by scholarly research. Against the background of globalization processes and challenges such as climate change, this notion was increasingly promoted since the 2000s by political initiatives and intellectuals alike. These efforts promised to be a way to gain more international influence despite Japan's constitutional limitations (Article 9). This paper analyzes these initiatives and examines what impact the Great Eastern Japan Earthquake of 2011 and the nuclear disaster in Fukushima had on the attempt to remake Japan's image into an »environmental nation« and how Japan's endeavors since the 1990s to gain more international influence were also challenged by recent calls for a more isolationist position.

1. Einleitung

Seit den 1990er Jahren hat der japanische Nationalismus eine wachsende Aufmerksamkeit im Ausland und in Japan selbst erfahren. Dabei war stellenweise von einem Rechtsruck der japanischen Gesellschaft bzw. Teilen davon die Rede, der ab Ende der 1990er zum Thema heftiger Debatten wurde. Insbesondere der ab dieser Zeit zunehmend zu beobachtende Geschichtsrevisionismus (OGUMA und UENO 2003; RICHTER 2008a; SAALER 2005), sowie Nationalismus in Sport, Popkultur und Internet (KAYAMA 2002; KITADA 2005; RICHTER 2008b; SASADA 2006; SUZUKI 2008; TAKAHARA 2006) fanden ihren Widerhall in wissenschaftlichen und medialen Auseinandersetzungen.

Von diesen Untersuchungen weitgehend unbeachtet blieb jedoch ein Aspekt, der in der 2000er Dekade an Bedeutung gewann und gerade durch das Tōhoku-Erdbeben und die Atomkatastrophe von Fukushima 2011 weitere Brisanz erlangte: Man versuchte Japan als eine in Frieden und Einklang mit der Natur lebende »Umweltnation« zu re-imaginieren. Dies versprach gleichzeitig die Möglichkeit, – trotz der Beschränkungen durch den »Pazifismus«-Artikel 9 der japanischen Verfassung – vor dem Hintergrund von Herausforderungen wie dem Kyōto-Protokoll bzw. der »globalen Klimaerwärmung« auch international eine stärkere (Vorbild)Rolle spielen zu können.

Der Artikel greift diese Thematik auf und analysiert nach einigen kurzen theoretischen Vorüberlegungen zunächst die Versuche auf politischer Ebene und im Gesellschaftsdiskurs, Japan als »Umweltnation« neu zu definieren. In einem weiteren Schritt soll untersucht werden, wie diese Bestrebungen nun vor dem Hintergrund der Umweltkatastrophe von Fukushima eingeordnet werden müssen, die eigentlich die Widersprüche im Narrativ der japanischen »Umweltnation« aufzeigen müsste.

Gleichzeitig wurde nach dem Tōhoku-Erdbeben auch neue Kritik an einer stärkeren internationalen Rolle Japans laut, die sich oftmals mit den jüngsten Debatten über Japans Beitritt zum TPP-Freihandelsabkommen verknüpft. Vor dem Hintergrund der Umweltkatastrophe von Fukushima wurden somit stellenweise Tendenzen eines neuen nationalistischen Isolationismus erkennbar. Wenngleich der Post-Fukushima-Diskurs noch relativ jung ist, so wird in diesem Artikel argumentiert, dass die Erzählung von der »Umweltnation« durch Fukushima nicht geschwächt, sondern eher weiter gestärkt werden könnte. Hierbei zeichnet sich ab, dass die Atom-Katastrophe sich zum Ausgangspunkt einer neuen »Nation Branding«-Strategie entwickelt, auf deren Basis Japan eine internationale Führungsrolle im Umweltbereich zu beanspruchen sucht.

1.1 Nationalismus als Diskursfeld

Mit Nationalismus wird die Loyalität zur »Nation« bezeichnet, und mit Patriotismus jene zum Staat (CONNOR 2002: 24). Diese beiden Identitäten können in einem »Nationalstaat« wie Japan, in dem sich der allgemeinen Vorstellung nach Nation und Staat decken, verschwimmen, was ihre Unterscheidung schwierig bzw. gar unnötig macht (CONNOR 1994: 40, 99). Ihre Unterscheidung kann gar den bewusst ideologischen Hintergrund haben, Nationalismus zu »entkriminalisieren«, indem er durch das Wort Patriotismus ersetzt wird, da letzterer für gewöhnlich positiver konnotiert ist (BAUMAN 2000: 174; BILLIG 1995; CALHOUN 2007).

»Nation« sollte dabei nicht als eine »Gruppe«, sondern eher als eine sich prozessual und relational manifestierende Kategorie verstanden werden (BRUBAKER 1996, 2004; SMUTNY 2004). Deswegen wird in neueren Forschungsbeiträgen zum Themenfeld Nationalismus sogar vor dem Versuch gewarnt, »Nation« definieren zu wollen, da man somit Gefahr laufen könnte, diese als eine zu Handlungen fähige, real existente Entität zu betrachten, was der Sichtweise von Nationalisten selbst entspreche (BRUBAKER 1996: 14). BRUBAKER schlägt hier eine Analyse in relationalen, prozesshaften Kategorien vor. Um dies zu unterstreichen, verwendet er alternative Begriffe für Nation, wie *nationness*. BRUBAKER (1996: 7) schreibt hierzu: »Nationalism can and should be understood without invoking ›nations‹ as substantial entities. Instead of focusing on nations as real groups, we should focus on nationhood and nationness, on ›nation‹ as practical category, institutionalized form and contingent event«. Nation sollte daher in situationsbedingten Handlungen, kulturellen Idiomen, kognitiven Mustern, diskursiven *frames*, Routinen, institutionellen Formen oder politischen Projekten untersucht werden (BRUBAKER 2004: 11).

Einem solchen Verständnis von »Nation« folgend, gibt es niemals nur ein statisches Nationenbild, sondern konkurrierende Bilder, die diskursiv konstruiert, reproduziert oder auch zerstört werden (DE CILLIA, REISIGL und WODAK 1999: 153). Die Kategorie Nation befindet sich also in einem ständigen Wandel, wobei sie aktuellen Interessen und Herausforderungen angepasst wird. Bei der Konstruktion von Nation ist wie bei der Konstruktion sozialer Realität im Allgemeinen die sprachliche Verhandlung in Diskursen von zentraler Bedeutung. Der Soziologe PIERRE BOURDIEU (1990: 99) plädiert daher dafür, »den Beitrag der Wörter zur Konstruktion des Sozialen« zu untersuchen, sowie »den des Klassifizierungskampfes – ein Element jedes Klassenkampfes – zur Bildung von Klassen: Alters-, Geschlechts- und Gesellschaftsklassen, aber auch Clans, Stämmen, Ethnien, Nationen«.

Dementsprechend lassen sich aus der Konstruktion des Nationalen im Gesellschaftsdiskurs Rückschlüsse auf Formierung, Gestalt und Intention nationaler

Identität in einer Gesellschaft schließen. Im Folgenden soll als eine Ausprägung des Nationalen im gegenwärtigen Japan die diskursive Konstruktion des Narrativs von der im »Einklang mit der Natur« lebenden »Umweltnation« untersucht werden.

2. Japans Neuerfindung als »Umweltnation« in der 2000er Dekade

2.1 Auf dem Weg zur »Environmental Nation« – Japanische Politikinitiativen für eine Diplomatie ohne Waffen

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist Japans (Außen)Politik in ihren Handlungsmöglichkeiten durch seine Verfassung, primär durch den »Pazifismus«-Artikel 9, eingeschränkt. Das Land nutzte diese Beschränkungen während des Kalten Krieges allerdings unter anderem mit der »Yoshida-Doktrin«¹ zu seinem Vorteil. Ab den 1990er Jahren jedoch, insbesondere nach Japans Rolle im Golfkrieg 1991 wurde verstärkte Kritik an der japanischen »Low Profile«-Diplomatie im In- und Ausland, insbesondere von Seiten der USA laut. Im Inland mehrten sich in den 1990ern vor allem unter den Konservativen die Stimmen, die neben einer Verfassungsreform auch stärkere (militärische) Beiträge Japans forderten und Japan wieder zu einem »normalen Land« (*futsū no kuni*) machen wollten (z.B. OZAWA 2006: 102). Wie der Politologe OSAMU WATANABE anmerkt, wurden die ebenfalls zu dieser Zeit einsetzenden neoliberalen Strukturreformen zusammen mit Bestrebungen einer Militarisierung und der Verfassungsreform zu einem Set (WATANABE 2009: 199).

Die Revision von Artikel 9 wurde somit erstmals nach der erfolgreichen Durchsetzung der Yoshida-Doktrin wieder zu einem wichtigen Thema. Dabei verfolgte die japanische Politik eine Doppelstrategie: 1.) Die Ausreizung der Interpretationsmöglichkeiten von Artikel 9 (*kaishaku kenpō*) bei gleichzeitiger Beibehaltung des *status quo*. 2.) den Versuch Artikel 9 tatsächlich abzuschaffen bzw. zu ändern. Ab den 1990er Jahren wagte man sich in Japan erstmals auch an militärische Beiträge (z.B. Peacekeeping-Missionen) innerhalb der internationalen Gemeinschaft heran (HUGHES 2005: 11; SINGH und SHETLER-JONES 2011). Dennoch blieb Japans

1. Ab den 1960er Jahren wurde die Yoshida-Doktrin für die kommenden Jahrzehnte Japans Diplomatiekompass (GAO 1998). Diese nach dem ehemaligen Premierminister Yoshida Shigeru (LDP) benannte Doktrin besagte, dass Japans nationales Interesse in seinem Wiederaufbau und wirtschaftlichem Wachstum liege (GAO 1998: 228). Folglich würde Japan sich international ein diplomatisch unauffälliges Profil geben, sich militärisch nur leicht bewaffnen und stattdessen auf den Schutz durch die USA vertrauen. Die Yoshida-Doktrin konnte ihre Gültigkeit trotz massiver Kritik der Linken und von Teilen der Konservativen im Grunde bis zum Ende des Kalten Krieges behaupten und war somit auch ein Garant des japanischen Nachkriegspazifismus.

»Scheckbuchdiplomatie« aus der Zeit des Kalten Krieges, bei dem die Entwicklungshilfe (ODA) traditionell einen wichtigen Pfeiler bildete (HO 2008: 103) weiterhin von großer Bedeutung. Das Land versuchte gar seine Einflussmöglichkeiten abseits militärischer Machtausübung zu erweitern, wobei Japans Engagement im Bereich der *Human Security* (HO 2008: 101–111) oder der Kulturdiplomatie ab den 1990er Jahren an Bedeutung gewann.

Gerade auch die Kulturdiplomatie bietet die Möglichkeit, die international beliebte japanische Popkultur (Stichwort »Cool Japan«) in Form einer *soft power*² zu nutzen. Die Idee der *soft power* beruht auf der Anziehung bzw. der Fähigkeit eines Staates die Präferenzen anderer (politischer) Akteure ohne die Anwendung von *hard power* zu beeinflussen (NYE 2004: 4–6). Hierbei spielt die Vermittlung eines positiven Landes-Images eine tragende Rolle, wobei vergleichbar mit den Marken-Strategien von Unternehmen auch Staaten zunehmend im Sinne eines *Nation Branding*³ darauf setzen, aktiv Einfluss auf ihre Reputation zu nehmen, um so ihre Einflussmöglichkeiten zu erweitern (DINNIE 2008; HAYDEN 2011; SZONDI 2008). Beide Konzepte ergänzen sich und sind eng miteinander verbunden, weil sie auf Anziehung beruhen (SZONDI 2008: 8).

Cool Japan ist im japanischen Fall das wohl prominenteste Beispiel dafür, wie ab den 2000er Jahren auf politischer Ebene begonnen wurde, vor dem Hintergrund schwindender wirtschaftlicher Macht, keine alternativlose Militarisierung und »Normalisierung« des Landes anzustreben, sondern Japan eher als einen auf Technologie und Ideen basierenden, führenden und innovativen *thought leader* international zu positionieren und das bis dato vorherrschende Bild des Landes als Wirtschaftsmacht aktiv umzugestalten. Der ehemalige Premier TARŌ Asō (LDP), der das Potential von Cool Japan erkannte (HAYDEN 2011: 100–101), betonte, dass japanische Standards global würden, woraus er eine Führungsrolle Japans ableitete. Das Land sei ein *thought leader*, wobei dieser Begriff weniger auf *hard power*, sondern auf Normen, Werten und (technologischem) Know-How beruht, die eher in die Kategorie *soft power* eingeordnet werden können. Als ein solcher *thought leader* sei Japan zu einer führenden »Umweltschutznation« aufgestiegen (Asō 2007: 13–22).

In dieses Schema passt auch die Politik des ehemaligen Premiers Shinzō Abe, in dessen Kabinett Asō Außenminister war. Innenpolitisch sorgte Abe für die größte

2. Der Begriff *soft power* wurde von dem Politologen Joseph S. Nye geprägt. Er beschreibt das Erreichen von bestimmten Zielen oder Interessen eines Staates durch andere Mittel als klassische *hard power* (Militärmacht oder Geld). Ein Beispiel von *soft power* ist dabei insbesondere Kultur (NYE 2004: 11).
3. Der Begriff der *nation brand* geht ursprünglich auf den Politikberater Simon Anholt zurück. Als akademisches Forschungsfeld ist *Nation Branding* ein noch relativ junger Bereich (DINNIE 2008; SZONDI 2008).

Krise um den Artikel 9, dessen Änderung er durch seine kurze Amtszeit sowie das komplizierte Revisionsprozedere jedoch nicht mehr bewerkstelligen konnte (WATANABE 2009: 8–25). Zudem versuchte er den Nationalismus der Japaner zu stärken, indem seine Erziehungsreformen Patriotismus zum Unterrichtsgegenstand in Schulen werden ließen. In seinen Diskursbeiträgen stellte er den Nationalismus als »Natürlichkeit« dar, aus der sich die Liebe zur Familie, zur Heimat und zum Staat als unausweichlich ergeben würde (ABE 2006: 96). Gleichzeitig betonte er die »schöne Natur« Japans, die Kultur und Geschichte des Landes, die er als eine Quelle für Nationalstolz ausmacht (ABE 2006: 228).

Außenpolitisch strebte er jedoch eine »Außenpolitik der Werte« (*kachikan gaikō*) an, die trotz seiner Versuche die Verfassung zu ändern nicht primär auf eine Militarisierung abzielten, sondern, Asōs Konzept des *thought leaders* nicht unähnlich, eine ideologische Führungsrolle Japans verfolgten und die »Attraktivität« des Landes betonten. Dies wurde an der unter der Regierung Abe im Januar 2007 verabschiedeten Initiative »Becoming a Leading Environmental Nation Strategy in the 21st Century – Japan's Strategy for a Sustainable Society« deutlich, mit der Japan nicht weniger als die Führungsrolle bei der Erschaffung einer »besseren Welt« anstrebt (KANKYŌSHŌ 2007). Hierbei übernimmt das Umweltministerium in Zusammenarbeit mit anderen Ministerien, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft die Führung. Im Strategiepapier des Umweltministeriums heißt es (KANKYŌSHŌ 2007: 6):

In this context, Japan is in an ideal position to create a working model of a sustainable society as a ›miniature Earth‹ in the sense that Japan has few natural resources as well as a population and industrial activities that are concentrated onto national land that is limited in size, and yet has strengths such as traditional wisdom from living in harmony with nature, environmental and energy-related technologies that have enabled socio-economic development, (...) We should take full advantage of these strengths to create a »leading environmental nation,« (...) Through such efforts Japan will utilize in modern-day society its traditional wisdom for coexistence with the natural environment. Moreover, (...) Japan will use its world-leading environmental and energy-related technologies, its experience and wisdom in overcoming severe pollution, and its abundant supply of passionate and capable human resources to derive from the environment both economic growth and vitality in local societies, creating a »Japanese model« in which Japan, as a leading environmental nation, contributes to the development and the prosperity of the globe, to be shared with Asia and with the world.

Diese stärkere ökologische Ausrichtung japanischer (Außen)Politik hat ihre Wurzeln in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, als Japan bei seinen Vergabekriterien für ODA stärker ökologische Prioritäten betonte, die mit Werten wie Demokratie oder Konzepten wie *Human Security* verknüpft wurden (HAYDEN 2011: 97; WESTON 2008: 5).⁴ Die Umweltthematik hat sich dabei zu einem wichtigen Pfeiler der außenpolitischen Strategie Japans entwickelt, wobei sich das Land zu einem führenden Staat in verschiedenen ökologischen Technologien wie Solarenergie oder Hybridantrieben positionieren konnte (WESTON 2008: 15).

An anderer Stelle des Strategiepapiers zeigt sich der Einfluss ABES, wenn es unter der Überschrift »Creation of a Beautiful Nation in which Tradition Wisdom [sic!] for Coexistence with Nature is applied to Modern Society« außerdem heißt (KANKYŌSHŌ 2007: 7):

Since ancient times, Japanese people have had a view of nature in which every living thing is respected as part of nature. Japanese people have traditionally embraced a sense of respect for nature and have lived in harmony with nature.

Über das Anerzählen ökologischer Verantwortung kann dieser Konzeption zufolge sowohl Stolz auf die Nation als auch eine aktivere Rolle in der internationalen Gemeinschaft verwirklicht werden.

Auch das unter der Regierung Abe reformierte Erziehungsgesetz verbindet Patriotismus mit Umweltschutz. Hier heißt es unter Artikel 2 des Gesetzes zu den Zielsetzungen (MEXT 2006):

(...) to foster an attitude to respect life, care for nature, and contribute to the protection of the environment. (5) to foster an attitude to respect our traditions and culture, love the country and region that nurtured them, together with respect for other countries and a desire to contribute to world peace and the development of the international community.

Diese neuen Umwelt-Initiativen bieten dem konservativen Politik-Establishment die Möglichkeit zwei seiner Hauptanliegen miteinander zu verbinden: im Ausland Japans Einfluss und Handlungsspielraum erweitern, sowie im Inland den Patriotismus der Bevölkerung stärken (AKAHA 2008: 156). Dabei wird der »Pazifismus«, der den Konservativen seit den 1990er Jahren immer mehr zur Last wurde, zu ihrem

4. Für eine genauere Untersuchung der Bedeutung umweltpolitischer Themen für die japanische Außenpolitik und speziell als Diplomatie-Tool in den sino-japanischen Beziehungen vgl. WESTON (2008) und MORI (2011).

Vorteil als »traditioneller, japanischer Wert« rekonstruiert. Gleichzeitig sind solche Initiativen im Bildungsbereich, ökologische Erziehung mit Patriotismus zu kombinieren mit dem UN-Rahmen, genauer dem ESD-Konzept (*Education for Sustainable Development*) der UNESCO, verknüpft (vgl. UNESCO 2012).

2.2 »Im Einklang mit der Natur« – Intellektuelle re-imaginieren Japan

Die Initiativen auf politischer Ebene, Japan als »Umweltation« darzustellen, können nicht losgelöst vom allgemeinen Gesellschaftsdiskurs betrachtet werden. Im Gegensatz zu seiner vergleichsweise jungen Geschichte im Politikdiskurs kann der Narrativ von den »im Einklang mit der Natur lebenden Japanern« hier auf eine gewisse Tradition blicken. Die Japanologin TESSA MORRIS-SUZUKI (1998: 35) merkt zu dieser Naturthematik an:

Images of nature (...) are also images of the geographical space which houses ›the nation‹. In Japan, images of nature have played a particularly central role in molding the imagery of nationhood.

Umweltprobleme im modernen Japan wurden so auch gern als das Ergebnis des ausländischen kulturellen und ökonomischen Einflusses gedeutet (MORRIS-SUZUKI 1998: 36).⁵

Die Tendenzen zur nationalen Umcodierung der Natur-Thematik haben sich seit den 1990er und 2000er Jahren parallel zu obigen Regierungsinitiativen verstärkt, wobei zugleich die Herausforderungen durch Globalisierungsströmungen sowie die Klimaerwärmung als Hauptgründe angeführt werden können. Hier kann der Philosoph TAKESHI UMEHARA als Beispiel genannt werden, der als Urgestein des japanischen Kulturdiskurses immer wieder Komponenten wie Spiritualität und Ökologie ethnonationalistisch verknüpft. Sein Ziel ist es dabei, Japan und seine Kultur nicht mehr als Peripherie zum Westen, sondern als eigentliches Zentrum zu konstruieren (GEBHARDT 2001: 44). Auch in neueren Beiträgen kreiert er das Bild einer naturverbundenen, japanischen Kultur, die er monolithisch einer westlichen, naturfeindlichen Kultur gegenüberstellt, wobei er als Ursache den japanischen Polytheismus oder Animismus im Gegensatz zum westlichen Monotheismus benennt. In einem Gesprächsband mit dem Historiker MASA'AKI UEDA von 2001 hebt er so

5. Zur Analyse der Entstehung des Narrativs von den im Einklang mit der Natur lebenden Japanern vgl. ebenfalls MORRIS-SUZUKI (1998: 35–59).

hervor, wie Japaner im »Einklang mit der Natur« lebten, während die christliche Kultur die Natur unterwerfe und zerstöre (UMEHARA und UEDA 2001).

UMEHARA stellt hier Japan wahlweise als einzelnes Land bzw. als Teil eines ostasiatischen Kulturkreises dem Westen gegenüber, wobei er beide Pole mit dem Label »Reiskultur« bzw. »Weizenkultur« so essentialistisch wie monolithisch vorstellt. Japans späte Aufnahme der Landwirtschaft und seine Waldbezogenheit verbinde sich mit der bis heute im Shintō erhalten gebliebenen Mentalität einer »Jäger- und Sammlernation« und habe eine sehr »gerechte« Gesellschaft hervorgebracht, wobei er eine »japanische Kontinuität« von der urgeschichtlichen Jōmon-Zeit (10.000–300 v.u.Z.) bis heute zeichnet, ohne dieses Verfahren näher zu hinterfragen (UMEHARA und UEDA 2001: 60–61).

Während die japanische Nachkriegsverfassung von Konservativen üblicherweise als von den USA »aufgezwungen« verstanden wird (WATANABE 2009: 232), zeigt sich UMEHARA andererseits als Befürworter von Artikel 9⁶ und gibt sich vordergründig als Gegner von politischem Nationalismus oder gar Etatismus (*kokkashugi*) (AS 07.01.2005). Stattdessen leitet er Pazifismus als traditionellen, japanischen Wert her, wobei die Ökologie-Komponente eine wichtige Rolle spielt. Er betont eine kulturelle Nähe zu Asien und deren »Reiskulturen« (AS 07.01.2005), wobei er versucht Japan vom Westen zu emanzipieren. Naturverbundenheit und Frieden erscheinen bei ihm als »japanische Werte« die durch die (westliche) Modernisierung verloren gegangen seien.

Ähnlich wie UMEHARA, stellt der Geograph YOSHINORI YASUDA die »Reiskultur« Japans den westasiatischen und europäischen »Weizen-« und »Viehzuchtkulturen« gegenüber, die die Natur zerstörten, während die Japaner »im Einklang mit der Natur« lebten. YASUDA (2002: 4–8) imaginiert dabei »die Japaner« als »Waldvolk« (*mori no tami*) im Gegensatz zu westlichen »Haustiervölkern« (*kachiku no tami*), die die Wälder für den Weizenanbau und die Viehhaltung zerstörten. Wie UMEHARA sieht er dabei eine Kontinuität von der urzeitlichen Jōmon-Zeit bis heute. Diese »Essenz« des Japanischen sei allerdings durch den amerikanischen Einfluss der Nachkriegszeit verblasst, wobei er die Übernahme von »westlichem Essen« wie Brot, Milch oder Fleisch hier als bedeutende Gründe für die »Schwächung« dieses Walddenkens hervorhebt. Das »amerikanische Brot« habe so die »Seele der Japaner« verändert (YASUDA 2002: 154–161). Mehr noch, in der Globalisierung, die die »Eigentümlichkeit« (*tokui sei*) der Tradition und Kultur der »japanischen Ethnie«

6. Er ist z.B. einer der Mitbegründer der *Kyūjō no Kai* (Artikel 9-Vereinigung), die sich – von zahlreichen prominenten Intellektuellen unterstützt – für den Erhalt des Pazifismus-Artikels 9 der Verfassung einsetzt.

(*Nihon minzoku*) ignoriere, sieht er eine Gefahr für Japans Fortbestand – die Rückkehr zum Wald/Natur-Komplex als einzigen Ausweg (YASUDA 2002: 8, 88).

Sowohl UMEHARA als auch YASUDA waren bzw. sind am Forschungsinstitut *Kokusai Nihon Bunka Kenkyū Sentā* (International Research Center for Japanese Studies), kurz *Nichibunken* in Kyōto aktiv, das 1987 vom damaligen nationalkonservativen Premierminister Yasuhiro Nakasone ins Leben gerufen, wurde und kulturnationalistisch konnotierte Emanzipationsstrategien Japans verfolgt (PROHL 2000). Beide stehen als prominente Beispiele für das Genre des *Nihonjinron* (Japaner-Diskurs), das das vermeintlich Besondere an »den Japanern« herauszuarbeiten versucht (BEFU 2001). So fragt sich YASUDA (2002: 89) etwa auch »Wer sind die Japaner eigentlich?«, um sie sogleich als im Einklang mit der Natur lebendes »Waldvolk« zu kennzeichnen, wobei er wie UMEHARA die Bedeutung des Animismus betont. YASUDA (2002: 89) stellt die Jōmon-Kultur *ex post* als »sustainable society« dar und konstruiert ähnlich wie obige Politikinitiativen Umweltschutz und Nachhaltigkeit als originär »japanische Werte«. Damit geht eine internationale Selbstbehauptung einher, die sich mit einem einschlägigen Führungsanspruch verbindet.

Abseits dieser Diskurse »spiritueller Intellektueller« (GEBHARDT 2001; PROHL 2000), die vielfach im Spannungsfeld von Spiritualität, Ökologie und Nationalismus oszillieren, findet sich der Mythos von den im Einklang mit der Natur lebenden Japanern auch in anderen konservativen Diskurssträngen. So etwa beim Mathematiker MASAHIKO FUJIWARA, der in seinen Bestsellern zudem versucht, japanische Geschichte revisionistisch umzuschreiben. Er kann ebenfalls dem *Nihonjinron*-Genre zugeordnet werden, indem er mit Klischees von der »einzigartigen Empfindsamkeit« der Japaner gegenüber der Natur und ihrem »überlegenen Schönheitssinn« arbeitet (FUJIWARA 2005: 96–100, 2011: 37 und 225). Wie UMEHARA und YASUDA verfolgt auch FUJIWARA hier eine Emanzipation, insbesondere von den USA, wobei er Japan als eigenständige Zivilisation dem Westen gegenüberstellt, der bei ihm jedoch üblicherweise nur aus den USA besteht. Ähnlich wie bei YASUDA dient ihm die Betonung des »äußerst wundervollen Naturverständnisses« (*hiyō ni subarashii shizen-kan*) (FUJIWARA 2005: 108) der Japaner dazu, in reaktionärer Weise die Herausforderungen der Globalisierung mit einer Rückkehr zu vermeintlich japanischen Traditionen zu beantworten, wobei er wie UMEHARA oder YASUDA, die durch die westliche Modernisierung unterdrückten »japanischen Traditionen« als latent überlegen darstellt.

Auch die konkrete Lösung aktueller Umweltprobleme wird nach diesem Muster im Narrativ der im Einklang mit der Natur lebenden Japaner vermutet. Wie FUJIWARA verortet YOSHIO TSUKIO als Naturwissenschaftler in einem Interview den Schlüssel für die Lösung aller Umweltprobleme in der japanischen Natursicht (*shi-*

zenkan). Im jüdisch-christlichen Monotheismus, der große Teile der Welt beherrsche, erkennt er einen Hauptgrund für die »Unterjochung« der Natur (JEEF 2008: 252). In der Edō-Zeit (1603–1868) macht er jedoch Lösungsansätze für gegenwärtige Umweltprobleme aus (JEEF 2008: 255). Generell sieht er in Japan eine Tradition der »Genügsamkeit«, die in der Welt »einzigartig« sei. Daher sollten die Japaner mehr Vertrauen in sie setzen und ihr zur weltweiter Verbreitung verhelfen (JEEF 2008: 257). Er und sein Gesprächspartner kommen zu dem Schluss, dass das Studium japanischer Kultur unmittelbar mit ökologischer Erziehung zusammenhänge (JEEF 2008: 261), wobei er sich nah am Kalkül der »Environmental Nation« bewegt.

Während auf politischer Ebene die Neuerfindung Japans als »Umweltnation« vor allem dazu dienen sollte, international nicht-militärisch mehr Macht ausüben zu können, so fungierte die Umwelt-Thematik im Gesellschaftsdiskurs primär dazu, Japan als eigenständige Kulturmacht darzustellen, die in der Emanzipation vom Westen (v.a. den USA) nicht die Peripherie, sondern das eigentliche Zentrum bilde. Dabei unterstützen sich beide Aspekte gegenseitig, denn sie werden je nach Autor unterschiedlich eingesetzt, um Japan international in Position zu bringen. Dieser Narrativ dient überwiegend zur Abwendung von den USA bei stellenweiser Hinwendung zu Asien.

Die solcherart diskursiv konstruierte Erzählung von Japan als »Umweltnation« verbindet sich mit einem auch quantifizierbaren Gesellschaftstrend eines wachsenden ökologischen Bewusstseins. Wie der Sozialwissenschaftler und Marktanalyst ATSUSHI MIURA anhand von Studien herausarbeitet, zeigt sich aktuell ein Trend zu einer ökologischeren Denkweise, die den Konsum um des Konsums willen ablöse, wie er zu Japans wirtschaftlichen Blütezeiten in den 1970er oder auch 1980er Jahren zu beobachten gewesen sei. Stattdessen werde vermehrt ein ökologischer Konsum angestrebt (MIURA 2010: 3). Gleichzeitig geht aus MIURAS Daten hervor, dass ein starker Patriotismus auch mit einem starken ökologischen Bewusstsein korreliert (MIURA 2010: 4 und 112–116).

3. Die Fukushima-Zäsur 2011 – Zwischen Technologieausbau und Naturrückkehr

3.1 TPP und die Renaissance des japanischen Wirtschaftsnationalismus

Die diskursive Konstruktion der Umweltnation bzw. auch der hohe Standard japanischer Umweltechnik haben so in den 2000ern vor der Fukushima-Katastrophe in Japan das Bild eines führenden Umweltschutzlandes befördert. Die Renaissance

ökologisch codierter Diskurse nationaler Identität sowie die Neuerfindung Japans als »Umweltnation« auf politischer Ebene während der 2000er Jahre versprach eine Möglichkeit, trotz verfassungsrechtlich beschränkter Macht mehr Einfluss auf internationaler Ebene zu erreichen. Die Dreifach-Katastrophe aus Tōhoku-Erdbeben, Tsunami und Fukushima-Atomkrise vom März 2011 hat jedoch zu einer bedeutenden Zäsur geführt, die eine stärkere internationale Rolle Japans wieder vermehrt in Frage gestellt hat. Ein bedeutender Diskursstrang, der eine isolierte Rolle Japans verfolgt, ist dabei wirtschaftsnationalistisch konnotiert. Hierbei wird der Post-Fukushima-Diskurs vielfach mit der Frage verknüpft, ob Japan dem Freihandelsabkommen TPP (Trans-Pacific Partnership) beitreten soll. Befürworter, wie der ehemalige Premier Naoto Kan (DPJ) sehen den Beitritt zum TPP gerade vor dem Hintergrund des Wiederaufbaus als unabdingbar, während die Gegner sich nach dem Schema »Japan zuerst« mit einem globalisierungskritischen Wirtschaftsnationalismus positionieren.

Der Sozialwissenschaftler und ehemalige Mitarbeiter des japanischen Ministeriums für Wirtschaft und Industrie (METI) TAKESHI NAKANO hat sich in diesem Zusammenhang als einer der prominentesten Kritiker eines TPP-Beitritts hervorgetan und fordert vor dem Hintergrund des Bebens eine Rückkehr zu einem japanischen Wirtschaftsnationalismus, der isolationistische Züge trägt. Er sieht die Naturkatastrophe als Krise der »herrschenden« globalistischen Ideologie und erkennt gar die Renaissance des Nationalstaats, die sich am japanischen Beispiel an der Umverteilung von Ressourcen vom Zentrum in die Region gezeigt habe (NAKANO 2011: 7, 70 und 243). Der im Nachkriegsjapan tabuisierte Nationalismus sei so durch die Tōhoku-Katastrophe auf »natürliche Weise hervorgequollen« (NAKANO 2011: 11–13). Für die Überwindung der Krise müsse sich die ganze Nation, die er als »Schicksalsgemeinschaft« (*unmei kyōdōtai*) bezeichnet, solidarisch zeigen (NAKANO 2011: 14–16).

NAKANO (2011: 22) sieht eine Abkehr vom Globalismus hin zum Nationalismus als einzige Möglichkeit zum Wiederaufbau: »Kurzum, je stärker sich unser Land globalisiert, desto schwieriger wird der Wiederaufbau der Katastrophengebiete in Tōhoku«. Der Staat könne, ebenso wie er Menschen vor Naturkatastrophen schütze, auch vor der Globalisierung bewahren, wobei er letztere nicht als natürlich oder unausweichlich, sondern trotz Japans starker Verflechtung in der internationalen Gemeinschaft gar als umkehrbar ansieht (NAKANO 2011: 23). Das Ziel Japans müsse also die Stärkung des Staates und die »Verteidigung« der Nation sein (NAKANO 2011: 69). In seinem anti-globalen Wirtschaftsnationalismus sieht er sogar die Möglichkeit, Beiträge für den »Weltfrieden« zu leisten (NAKANO 2011: 209). Die Globalisierung stellt NAKANO (2011: 238) als amerikanische Strategie dar, den »Reichtum«

anderer Länder abzuschöpfen, da die USA selbst ihre nationalen Fähigkeiten zur Erzeugung von Wohlstand eingebüßt hätten. Globalisierung oder nationalistische Isolierung erscheinen so als einzige Alternativen.

Ähnlich wie NAKANO hat sich auch der Autor und Wirtschaftskommentator TAKA'AKI MITSUHASHI in diesem TPP- bzw. globalkritischen Diskurs zu Wort gemeldet. Schon vor dem Beben appellierte er an den (Wirtschafts)Nationalismus der Japaner und sah eine rosige Zukunft Japans voraus, während er zugleich auf die Probleme anderer Staaten wie USA, China oder Südkorea verwies. Diejenigen, die Japan hassten, sollten es doch verlassen, damit jene, die es liebten, das Land noch weiter voranbringen könnten (MITSUHASHI 2010: 60–61). Auch die Erdbeben-Katastrophe konnte seinen Optimismus kaum trüben, indem er jüngst davor warnte, sich von der »Beben-Krise« täuschen zu lassen. Wie NAKANO kritisiert er die Politik der Regierung Kan und der DPJ, die den TPP-Beitritt befürwortete und beschwört ebenfalls die Gefahr, dass Japans »Reichtum« von Ländern wie den USA abgeschöpft und japanische Arbeitsplätze von Ausländern »geraubt« werden könnten (MITSUHASHI 2011: 33–34 und 94–98).

Im Gegensatz zu NAKANO macht MITSUHASHI deutliche Anleihen beim »Öko-« bzw. »Natur-Nationalismus« und appelliert an die Kraft der japanischen »Ethnie« (*minzoku*). Die regelmäßigen Naturkatastrophen in dem Inselstaat hätten ein Volk hervorgebracht, das hart arbeite und seinen Charakter den »schönen vier Jahreszeiten«, aber auch diesen Katastrophen verdanke (MITSUHASHI 2011: 201–203). Auf diesen traditionellen »Nationalcharakter« (*minzokusei*) müsse sich Japan nun zurückbesinnen (MITSUHASHI 2011: 203). Mit seiner Mischung aus Nationen-Stereotypen und Durchhalteparolen verfolgt MITSUHASHI dabei – ähnlich wie NAKANO – einen Wirtschaftsnationalismus, der sich gegen Neoliberalismus und Globalismus richtet, indem die Umkehrung der Globalisierung bzw. Japans Isolation trotz seiner internationaler Verpflichtungen für durchführbar gehalten wird. MITSUHASHI zufolge soll Japan sich keine ausländischen Standards aufzwingen lassen, sondern stattdessen japanische Standards globalisieren. In diesem Kontext benennt er die japanische »content«-Industrie und auch Cool Japan, von denen er überzeugt ist, mit ihnen neue Weltstandards setzen zu können (MITSUHASHI 2010: 169–179).

3.2 Die Krise der »Umweltnation« nach Fukushima?

Mit ihren akuten Auswirkungen auf die Umwelt hat die Nuklear-Katastrophe von Fukushima Fragen nach der Validität des Narrativs von der »Umweltnation« bzw. den »im Einklang mit der Natur« lebenden Japanern aufgeworfen. Doch anders als

vielleicht zu erwarten gewesen wäre, zeichnet sich nicht das Ende, sondern eher die Kontinuität dieses Mythos im noch jungen Post-Fukushima-Diskurs ab. Mehr noch, Fukushima dient stellenweise in der oben dargestellten Form sogar dazu, die Umweltkatastrophe als etwas eher »Unjapanisches« darzustellen und den Schutz der Natur als »eigentliche« Tradition.

Die Kontinuität der »Umweltnation« spielt sich im Spannungsfeld zwischen einer internationalen Vorbildrolle Japans und eher isolationistischen Positionen wie denen NAKANOS oder MITSUHASHIS ab. Dabei wird auf politischer Ebene versucht, die Kontinuität der »Umweltnation« als *thought leader* aufrecht zu erhalten. In einem Bericht vom 27. April 2011 machte der zum Umweltministerium gehörende »Central Environment Council« (*Chūo kankyō shingi kai*) dem damaligen Umweltminister Ryū Matsumoto Vorschläge für Maßnahmen nach der Dreifach-Katastrophe: So könne man den Wiederaufbau mit der Einsicht angehen, mit der »Natur im Einklang« zu leben. Zu den Ansichten hinsichtlich des Wiederaufbaus schlug der Rat einen Sanierungsplan auf Basis einer »Koexistenz mit der Natur« vor. Außerdem sah man im Wiederaufbau gar die Möglichkeit, mit dem Vorbild Japans der internationalen Gemeinschaft eine neue Gesellschaftsform vorzuleben (KANKYŌSHŌ 2011).

Zudem schlug der ehemalige Umweltstaatssekretär Kobayashi Hikaru jüngst vor, Japan zu einer »Marke« zu machen, die für die Symbiose mit der Natur stehe. Darin sieht er – ähnlich den oben zitierten Intellektuellen – eine japanische Tradition, wobei der Animismus ein Symbol für die japanische Koexistenz mit der Natur sei. Als Vorbild führt er die Umweltpolitik Deutschlands an, dem Japan folgen solle.⁷ Der Wiederaufbau der Tōhoku-Region könne so zum Symbol für die Wiederbelebung der »japanischen Ästhetik« und der »Harmonie mit der Natur« werden (Nippon.com 2012).

Im weiteren Gesellschaftsdiskurs entstand eine Diskussion, die sich zwischen den Koordinaten Atomausstieg vs. Atomnutzung und Technologieausbau vs. »Rückkehr zu Natur« entwickelt (TAKEDA 2012: 74–79). Fukushima erlangt hier stellenweise den Rang der größten Zäsur seit dem Kriegsende 1945, wobei von einigen Kommentatoren gern auch auf den Umstand hingewiesen wird, dass beide Zäsuren nuklear herbeigeführt wurden (SEKI 2011: 19). Dabei zeichnet sich ein durch das Tōhoku-Erdbeben geschaffenes Identitätsvakuum ab, das zu einer Neuausrichtung japanischer Identität beitragen könnte. In der Märzausgabe des konservativen Meinungsmagazins *Seiron* von 2012 sprach der Autor und Kritiker KENJI SATŌ (2012: 213) von der Möglichkeit, die Nachkriegszeit, von der man nie genau sagen konnte,

7. Zur generellen Vorbildrolle Deutschlands im japanischen Umweltdiskurs vgl. auch DUCKE (2005: 209).

ob sie bereits geendet habe, nun endlich durch die neue »gemeinsame Erfahrung« hinter sich lassen zu können. SATŌ (2012: 216) sieht sogar die Chance, ein ganz neues Land aufzubauen, sich von der Altlast des »bösen Japan« der Nachkriegszeit zu befreien und mit der Rolle des »guten Opfers« der Naturkatastrophe einen völlig neuen Geschichtsabschnitt anzufangen. Durch das Beben verblasse zudem Japans Kriegsverantwortung, und China und Südkorea könnten nicht mehr so leicht die »Geschichtskarte« ausspielen (SATŌ 2012: 217).

Gerade durch Fukushima sind diese Identitätsfragen zwangsläufig auch mit Umweltfragen verknüpft, insbesondere in Bezug auf Japans zukünftigen Umgang mit der Atomkraft, die mit zunehmendem Nachdruck abgelehnt wird.⁸ Während das linke Lager generell schon immer nuklear-kritisch eingestellt war, hat sich diese Einstellung seit Fukushima verschärft, was sich an einflussreichen Intellektuellen wie den Literaten KENZABURŌ ŌE oder HARUKI MURAKAMI aufzeigen lässt (I'DA und CHOI 2011: 146). In Teilen der Linken, z.B. der japanischen Kommunistischen Partei, hat sich diese Kritik an der Atomkraft mit einer noch stärkeren Betonung von Artikel 9 und einem Widerstand gegen das TPP-Abkommen in einer Art isolationistischem Anti-Atom-Pazifismus manifestiert.⁹ Das konservative Lager, das vor Fukushima tendenziell eher für Atomkraft eintrat, hat sich nach Fukushima gespalten. Der Mangaka YOSHINORI KOBAYASHI (2012) befürwortet nach Fukushima einen Ausstieg aus der nuklearen Energiegewinnung, plädiert aber weiterhin für die Anschaffung von Atomwaffen, wobei auch er sich unlängst auch gegen einen TPP-Beitritt ausgesprochen hat.

In diesem Umfeld gewinnt auch die »Zurück zu Natur«-Thematik an Bedeutung, die an die Prä-Fukushima-Beiträge von UMEHARA oder YASUDA anknüpft. Der Anthropologe und Religionswissenschaftler SHIN'ICHI NAKAZAWA, der mit seinen postmodern-esoterisch geprägten Beiträgen ebenfalls dem Dunstkreis der »spirituellen Intellektuellen« zugeordnet werden kann (GEBHARDT 2001: 54), sieht mit Fukushima einen großen Wendepunkt gekommen, bei dem Japan nur eine Wahlmöglichkeit habe: die Abkehr von Atomkraft und Kapitalismus sowie die Zuwendung hin zu einer neuen Lebensweise, die er »Energology« nennt (NAKAZA-

8. Hier sind aktuell auch die wöchentlichen Anti-Atom-Massenproteste vor dem Amtssitz des amtierenden Premiers Yoshihiko Noda gegen die (teilweise) Wiederinbetriebnahme der nach Fukushima abgeschalteten, japanischen Atomkraftwerke zu nennen, sowie die Gründung einer »Grünen Partei« im Juli 2012.
9. Mit ähnlichen Absichten tritt auch die bereits erwähnte *Kyūjō no Kai* auf, die den Schutz von Artikel 9 mit der Abkehr von Atomkraft verbindet. Auch das linksliberale Meinungsmagazin *SEKAI* plädierte in seiner Post-Fukushima-Berichterstattung für den Atomausstieg und eine Hinwendung zu erneuerbaren Energien (u.a. I'DA und CHOI 2011; YAMANAKA 2012) und zeigte sich zudem TPP-kritisch.

WA 2011). Diese Lebensweise, die sich mit Naturverbundenheit und Nachhaltigkeit verbindet, ist jedoch nicht unbedingt neu, sondern bedeutet bei NAKAZAWA eher die Rückkehr zu den Traditionen »japanischer Zivilisation«. Er sieht zwar selbst darin, wie er sagt, weder eine Rückkehr zur Natur noch eine Hinwendung zur Welt, betont aber die einmalige Chance mit dieser neuen Lehre Vorreiter in der Welt zu werden (NAKAZAWA 2011: 57). Hier werden Parallelen zu Intellektuellen wie Yasuda deutlich, der die *sustainable society* nach der nun weltweit gestrebt wird, als eigentliche japanische »Tradition« deutet. Auch UMEHARA sieht sich durch Fukushima in seiner Zivilisationskritik bestätigt und forderte, wie die Japanologin LISETTE GEBHARDT herausarbeitet, jüngst eine Rückkehr zu einer »traditionellen« japanischen Denkweise. Die Lösung der gegenwärtigen Probleme erkennt er in der »Sonnenanbetung« und der Rückkehr zur Natur (GEBHARDT 2012).

Die Beispiele NAKAZAWA und UMEHARA zeigen, wie die Erzählung von der »Umweltnation«, speziell durch Fukushima, weiteren Auftrieb und Legitimation erhalten kann. Mit der umfassenden Kritik an der Atomkraft verknüpfen sich Forderungen nach der stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien, wobei Länder wie Deutschland stellenweise als Vorbild angeführt werden. Im Einklang mit den 2007 im oben genannten Regierungspapier dargelegten Bestrebungen, das japanische Modell einer nachhaltigen Gesellschaft zu schaffen und zum globalen Vorbild zu stilisieren, werden auch nach Fukushima verstärkte Forderungen nach einer ökologischen Gesellschaft erhoben, die auf erneuerbaren Energien basiert (z.B. YAMAKAWA 2012: 125) und anstatt der Beherrschung der Natur den Einklang mit ihr sucht.

4. Conclusio – Japan als »umweltfreundliche Marke«

Die Neuerfindung Japans als »Umweltnation« während der 2000er Dekade, die durch die Beiträge überwiegend konservativer Intellektueller unterstützt wurde, trägt starke Züge einer »Nation Branding«-Strategie, wie sie seit den 2000er Jahren von Regierungsseite verstärkt verfolgt wird (HAYDEN 2011: 93). Dabei zeigt sie auffällige Parallelen zu Cool Japan, das auch von der japanischen Regierung als mögliches Soft Power-Instrument entdeckt wurde und das Potential eines marktorientierten »Marken-Nationalismus« beinhaltet (IWABUCHI 2008: 136–138). Cool Japan soll ein bestimmtes Japan-Bild im Ausland kreieren, bei dem Japan als eine »liebenswert«-attraktive Marke bzw. Produktform präsentiert wird (ALLISON 2009: 94; IWABUCHI 2008: 136–138).

Ähnlich kann auch die »Umweltnation« eingeordnet werden, bei der konservative Intellektuelle die zu Grunde liegende »Realität« eines im Einklang mit der Natur

lebenden Volkes diskursiv zu schaffen versuchen, ohne die dadurch entstehenden Widersprüche näher anzusprechen. Nation Branding-Strategien wie die »Umweltnation« oder Cool Japan stehen für eine Neuorientierung japanischer Außenpolitik sowie einen qualitativen Wandel des japanischen Gegenwartsnationalismus. Dabei müssen drei Aspekte betont werden:

1. Der japanische Gegenwartsnationalismus erfährt einen auch quantifizierbaren Wandel weg von »hartem« Nationalismus, der sich militärisch bzw. in Japans Fall primär wirtschaftlich manifestiert hat, hin zu einem »banalen«¹⁰ oder »weichen« Nationalismus, der vor allem kulturell konnotiert ist (MIURA 2010).
2. Des weiteren macht der Wandel des Japanbildes als »Wirtschaftsmacht« sowie die selbst nach Ausreizung der Interpretationsmöglichkeiten von Artikel 9 begrenzten militärischen Handlungsspielräume Wege internationaler Einflussnahme abseits von *hard power* nötig. Hier versucht sich Japan seit den 1990er Jahren an verschiedenen Instrumenten wie *Human Security*, Kulturdiplomatie oder eben auch Umweltschutz. Das Land strebt den Wandel von einem führenden Produzenten von Produkten zu einem führenden Produzenten von Ideen im Sinne eines *thought leaders* an.
3. Zu diesem Zweck versucht sich Japan verstärkt an Nation Branding-Strategien zur Neuausrichtung des Landesimages im In- und Ausland, das auf der Attraktivität der vermeintlichen »Einzigartigkeit« des Landes und seiner Kultur beruht.

Stärker als bei klassischen Nationalismen zeichnet sich das Marketing-basierte Nation Branding allerdings durch seine konsumistische Prägung aus. Neben der eigenen Bevölkerung wird vor allem auch das Ausland zum Ziel der Bemühungen (SZONDI 2008: 12–17). Wie gesehen, zeigt sich dies im Fall der »Umweltnation«, die sich in der nach innen gerichteten Anerziehung von ökologischem Denken als Patriotismus und der nach außen gerichteten Strategie Japan als umweltfreundliche und sympathische »Marke« zu präsentieren, manifestiert. »Japan« soll als »Marketinglabel« bzw. als konsumierbare »Marke« positioniert werden, die »nachhaltig« und »umweltfreundlich« ist.

Damit wird eine Führungs- und Vorbildrolle auch auf internationaler Ebene angestrebt, die ideologisch und mithilfe der führenden japanischen Umwelttechnologie inmitten von globalen Herausforderungen wie Ressourcenverknappung und Klimawandel der sich seit den 1990er Jahren verstärkenden Forderung nach größeren internationalen Beiträgen Japans gerecht werden soll. Gerade die »Umweltnation« verspricht dabei die Ziele des neoliberal-konservativen Politikestablishments

10. Hier im Sinne von MICHAEL BILLIGS (1995) *banal nationalism* verstanden.

sowie der seit den 1990er Jahren erstarkten, konservativen Intellektuellen zu erfüllen. Wenngleich die japanische Konservative freilich nicht monolithisch ist und sich dort verschiedene Denkrichtungen herausarbeiten lassen (WINKLER 2012), so werden zwei dominante Forderungen erkennbar: innenpolitisch die Stärkung des Patriotismus und außenpolitisch eine größere Einflussnahme auf das Weltgeschehen (AKAHA 2008: 156). Die »Umweltnation« verspricht beides bewerkstelligen zu können. Die Stärkung des »ökologischen Bewusstseins« und die »nachhaltige Gesellschaft« werden als eigentliche japanische »Tradition« imaginiert. Auf diese Weise verschmelzen Liebe zur Umwelt und zur Heimat. Gleichzeitig dient der Narrativ der »Umweltnation« dazu, auf internationaler Ebene eine ideologische und auch technologische Führungsrolle Japans einzufordern.

Die tatsächliche Wirksamkeit dieses Nation Branding/Soft Power-Komplexes lässt allerdings Raum für Zweifel. Die Umweltkatastrophe von Fukushima, die das größte Gegenargument für die »besondere Empfindsamkeit« oder »symbiotische Beziehung« zur Natur mitliefert, scheint jedoch den Mythos von der »Umweltnation« nicht nachhaltig zu erschüttern. Ohne den Widerspruch genauer zu beleuchten, wird Fukushima eher zum Symbol für diesen Mythos. Die Katastrophe wird zum Auslöser dafür, sich auf die eigenen vermeintlich »ökologischen« Wurzeln zu besinnen. Der sich im Post-Fukushima-Japan durch die Debatte um den TPP-Beitritt des Landes entwickelnde Isolationismus tritt zwar deutlich zu Tage, als wahrscheinlicher stellt es sich derzeit jedoch dar, dass die Umweltthematik den Interessen der Politik angepasst wird, wie schon die ersten Reaktionen offenbart haben. Und diese Interessen des politischen Mainstreams in Japan sind weiterhin global orientiert. Insofern erscheint TPP als ein Prüfstein für die weitere Ausrichtung der japanischen »Umweltnation«. Dennoch können sowohl isolationistischer Pazifismus als auch der Globalismus dem Narrativ der »Umweltnation« dienlich sein.

Literatur

- ABE, SHINZŌ (2006), *Utsukushii Kuni he* [Auf in ein schönes Land], Tōkyō: Bunshun Shinsho.
- AKAHA, TSUNEO (2008), »The Nationalist Discourse in Contemporary Japan: The Role of China and Korea in the Last Decade«, in: *Pacific Focus*, 23 (2): 156–188.
- ALLISON, ANNE (2009), »The Cool Brand, Affective Activism and Japanese Youth«, in: *Theory Culture Society*, 26 (2–3): 89–111.
- AS (ASAHI SHINBUN) (07.01.2005), *Sengo 60 Nen, Nihon/Sekai: Umehara Takeshi San to Iokibe Makoto San* [Japan und die Welt 60 Jahre nach Kriegsende: Umehara Takeshi und Iokibe Makoto], S. 13.

- ASŌ, TARŌ (2007), *Totetsu mo nai Nihon* [Großartiges Japan], Tōkyō: Shinchōsha.
- BAUMAN, ZYGMUNT (2000), *Liquid Modernity*, Cambridge: Polity Press.
- BEFU, HARUMI (2001), *Hegemony of Homogeneity*, Melbourne: Trans Pacific Press.
- BILLIG, MICHAEL (1995), *Banal Nationalism*, London: Sage.
- BOURDIEU, PIERRE (1990), *Was heißt sprechen? Zur Ökonomie des sprachlichen Tauschs*, Wien: Braumüller.
- BRUBAKER, ROGERS (1996), *Nationalism Reframed: Nationhood and the National Question in the New Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.
- BRUBAKER, ROGERS (2004), *Ethnicity without Groups*, Cambridge: Harvard University Press.
- CALHOUN, CRAIG (2007), *Nations Matter: Culture, History and the Cosmopolitan Dream*, London: Routledge.
- CONNOR, WALKER (1994), *Ethnonationalism: The Quest for Understanding*, Princeton: Princeton University Press.
- CONNOR, WALKER (2002), »Nationalism and Political Illegitimacy«, in: DANIELE CONVERSI (Hg.), *Ethnonationalism in the Contemporary World: Walker Connor and the Study of Nationalism*, London: Routledge, S. 24–49.
- DE CILLIA, RUDOLF, MARTIN REISIGL und RUTH WODAK (1999), »The Discursive Construction of National Identities«, in: *Discourse Society*, 10 (2): 149–173.
- DINNIE, KEITH (2008), »Japan's Nation Branding: Recent Evolution and Potential Future Paths«, in: *Journal of Current Japanese Affairs*, 16 (3): 52–65.
- DUCKE, ISA (2005), »Deutschland als Vorbild im japanischen Umweltdiskurs«, in: *Japanstudien*, 17: 209–241.
- FUJIWARA, MASAHIKO (2005), *Kokka no Hinkaku* [Die Würde des Staates], Tōkyō: Shinchōsha.
- FUJIWARA, MASAHIKO (2011), *Nihonjin no Hokori* [Der Stolz der Japaner], Tōkyō: Bungei Shunjū.
- GAO, BAI (1998), »The Search for National Identity and Japanese Industrial Policy, 1950–1969«, in: *Nations and Nationalism*, 4 (2): 227–245.
- GEHARDT, LISETTE (2001), *Japans neue Spiritualität*, Wiesbaden: Harrassowitz.
- GEHARDT, LISETTE (2012), »Von der ›Zivilisationskatastrophe‹ zur Sonnenanbetung«, http://www.textinitiative-fukushima.de/pages/projekte/japanologie-frankfurt/textkommentare/von-der-bdquozivilisationskatastropheldquo-zur-sonnenanbetung.php?search=result=1&string=umehara#wb_85 (20.07.2012).
- HAYDEN, CRAIG (2011), *The Rhetoric of Soft Power: Public Diplomacy in Global Contexts*, Lexington: Lexington Books.
- HO, SATOMI (2008), »Japan's Human Security Policy: A Critical Review of its Limits and Failures«, in: *Japanese Studies*, 28 (1): 101–112.

- HUGHES, CHRISTOPHER W. (2005), *Japan's Re-Emergence as a ›Normal‹ Military Power*, New York: Routledge.
- I'DA, TETSUNARI und YUL CHOI (2011), »Enerugi Shifuto he Ajia no Kyōdo o« [Asiatische Kooperation für eine Energiewende], in: *SEKAI*, November: 144–151.
- IWABUCHI, KŌICHI (2008), »Symptomatic Transformations: Japan in the Media and Cultural Globalization«, in: RIEN T. SEGERS (Hg.), *A New Japan for the Twenty-First Century: An Inside Overview of Current Fundamental Changes and Problems*, New York: Routledge, S. 125–140.
- JEEF (JAPAN ENVIRONMENTAL EDUCATION FORUM) (2008), *Nihon Gata Kankyō Kyōiku no Chie: Hito, Shizen, Shakai o Tsunaginaosu* [Plan für eine Umwelterziehung à la Japan: Neue Beziehung zwischen Mensch, Umwelt und Gesellschaft], Tōkyō: Shōgakukan Creative.
- KANKYŌSHŌ (2007), *Becoming a Leading Environmental Nation in the 21st Century: Japan's Strategy for a Sustainable Society*, <http://www.env.go.jp/en/focus/attach/070606-b.pdf> (Zugriff: 02.02.2012).
- KANKYŌSHŌ (2011), *Higashi Nihon Dai-Shinsai he no Taiōu ni tsuite* [Maßnahmen nach dem großen Erdbeben von Ostjapan], http://www.env.go.jp/policy/tech/kaihatsu/23fu_2307e.pdf (02.02.2012).
- KAYAMA, RIKI (2002), *Puchi Nashonarizumu Shōkōgun: Wakamonotachi no Nipponshugi* [Das Syndrom des kleinen Nationalismus: Der Nipponismus junger Leute], Tōkyō: Chūō Kōron Shinsho.
- KITADA, AKIHIRO (2005), *Warau Nihon no ›Nashonarizumu‹* [Der lachende japanische ›Nationalismus‹], Tōkyō: NHK Books.
- KOBAYASHI, YOSHINORI (2012), *Gōmanizumu Sengen Special: Datsu-Genpatsu-Ron* [Großspuriges Manifest speziell: Über die Abschaffung der Atomkraftwerke], Tōkyō: Shōgakukan.
- MEXT (MINISTRY OF EDUCATION, CULTURE, SPORTS, SCIENCE AND TECHNOLOGY) (2006a), *Basic Act on Education*, <http://www.mext.go.jp/english/lawandplan/1303462.htm> (02.02.2012).
- MEXT (MINISTRY OF EDUCATION, CULTURE, SPORTS, SCIENCE AND TECHNOLOGY) (2006b), *Kyōiku Kihon Hō* [Grundlegendes Erziehungsgesetz], http://www.mext.go.jp/b_menu/houan/kakutei/06121913/06121913/001.pdf (02.02.2012).
- MITSUHASHI, TAKA'AKI (2010), *Nihon no Mirai, honto ha akarui!* [Japans Zukunft ist in Wahrheit rosig!], Tōkyō: WAC.
- MITSUHASHI, TAKA'AKI (2011), *Shinsai Daifukyō ni damasareru na!* [Lasst Euch nicht von der großen Erdbeben-Rezession täuschen!], Tōkyō: Tokuma Shoten.
- MIURA, ATSUSHI (2010), *Aikoku Shōhi: Hoshii no ha Nihon Bunka to Nihon he no Hokori* [Patriotismuskonsum: Japanische Kultur und Stolz auf Japan werden gewünscht], Tōkyō: Tokuma Shoten.

- MORI, AKIHISA (2011), »Overcoming Barriers to Effective Environmental Aid: A Comparison between Japan, Germany, Denmark, and the World Bank«, in: *Journal of Environment & Development*, 20 (1): 3–26.
- MORRIS-SUZUKI, TESSA (1998), *Re-Inventing Japan: Time, Space, Nation*, Armonk: M.E. Sharpe.
- NAKANO, TAKESHI (2011), *Kokuryoku to ha nani ka: Keizai Nashonarizumu no Riron to Seisaku* [Was ist Staatsmacht? Wirtschaftsnationalistische Theorie und Maßnahmen], Tōkyō: Kōdansha.
- NAKAZAWA, SHIN'ICHI (2011), *Nihon no Daitenkan* [Japans große Wende], Tōkyō: Shūeisha Shinsho.
- NIPPON.COM (2012), »Shizen Kyōsei ga atarashii Nihon Burando ni naru [Die »Symbiose mit der Natur« wird zur neuen japanischen Marke], <http://nippon.com/ja/views/boo301> (20.02.2012).
- NYE, JOSEPH S. (2004), *Soft Power: The Means to Success in World Politics*, New York: Public Affairs.
- OGUMA, EIJI und YŌKO UENO (2003), »Iyashi« no Nashonarizumu [Nationalismus als »Tröster«], Tōkyō: Keio University Press.
- OZAWA, ICHIRŌ (2006) [1993], *Nihon Kaizō Keikaku* [Reformplan für Japan], Tōkyō: Kōdansha.
- PROHL, INKEN (2000), *Die »spirituellen Intellektuellen« und das New Age in Japan*, Hamburg: Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens.
- RICHTER, STEFFI (Hg.) (2008a), *Contested Views of a Common Past: Revisions of History in Contemporary East Asia*, Frankfurt: Campus Verlag.
- RICHTER, STEFFI (2008b), »J-Culture: Zwischen beautiful Japan und cool Japan«, in: STEFFI RICHTER und JAQUELINE BERNDT (Hg.), *J-Culture: Japan Lesebuch IV*, Tübingen: Konkursbuch Verlag, S. 110–138.
- SAALER, SVEN (2005), *Politics, Memory and Public Opinion: The History Textbook Controversy and Japanese Society*, München: Iudicium.
- SASADA, HIRONORI (2006), »Youth and Nationalism in Japan«, in: *SAIS Review*, 26 (2): 109–122.
- SATŌ, KENJI (2012), »Genpatsu, Haikyo, soshite Gojira: Nihon ha Hakyoku he to Kaiki suru« [Atomkraftwerke, Ruinen und Godzilla: Japan kehrt zur Katastrophe zurück], in: *Seiron*, März: 210–219.
- SEKI, HIRONO (2011), *Fukushima Igo: Enerugi, Tsūka, Shuken* [Nach Fukushima: Energie, Devisen, Souveränität], Tōkyō: Seidosha.
- SINGH, BHUBHINDAR und PHILIP SHETLER-JONES (2011), »Japan's Reconceptualization of National Security: The Impact of Globalization«, in: *International Relations of the Asia Pacific*, 11 (3): 491–530.

- SMUTNY, FLORIAN (2004), *Das Nationale: Aktuelle Impulse für die Nationalismustheorie*, Wien: Braumüller.
- SUZUKI, KENSUKE (2008), *Sabukaru Nippon no Shinjiyūshugi: Kitokuken Hihan ga Wakamono o oikomu* [Der Neoliberalismus des subkulturellen Japan: Die Kritik erworbener Rechte treibt die Jugend in die Enge], Tōkyō: Chikuma Shinsho.
- SZONDI, GYORGI (2008), *Public Diplomacy and Nation Branding: Conceptual Similarities and Differences*, Clingendael Discussion Papers in Diplomacy, No. 112, The Hague: Netherlands Institute of International Relations ›Clingendael.
- TAKAHARA, MOTOAKI (2006), *Fuan-Gata Nashonarizumu no Jidai: Nikkanchū no Netto Sedai ga nikumiau hontō no Riyū* [Die Ära des Nationalismus Typ Angst: Die wahren Gründe für den Hass der japanisch-südkoreanisch-chinesischen Webgeneration], Tōkyō: Yōsensha.
- TAKEDA, TŌRU (2012), »Genpatsu Shisō Chizu« [Karte des Atomdenkens], in: *Shinchō* 45, März: 74–79.
- UMEHARA, TAKESHI und MASA’AKI UEDA (2001), *Nihon to iu Kuni* [Das Land namens Japan], Tōkyō: Yamato Shobo.
- UNESCO (2012), *Education for Sustainable Development (ESD)*, <http://www.unesco.org/new/en/education/themes/leading-the-international-agenda/education-for-sustainable-development/> (20.02.2012).
- WATANABE, OSAMU (2009), *Kenpō 9 Jō to 25 Jō: Sono Chikara to Kanōsei* [Artikel 9 und 25 der Verfassung: ihre Stärken und Möglichkeiten], Kyōto: Kamogawa.
- WESTON, STEPHANIE A. (2008), »Sino-Japanese Environmental Cooperation towards a New Constructive Partnership«, in: *Fukuoka Daigaku Hōgaku Ronsō*, 53 (1/2): 1–38.
- WINKLER, CHRISTIAN G. (2012): »Consistent Conservatism in Changing Times: An Analysis of Japanese Conservative Intellectuals’ Thought«, in: *Social Science Japan Journal*, 15 (1): 93–110.
- YAMAKAWA, MITSUO (2012), »Genpatsu naki Fukushima he« [Ein Fukushima ohne Atomkraftwerke], in: *SEKAI*, April: 119–129.
- YASUDA, YOSHINORI (2002), *Nihon yo, Mori no Kankyō Kokka tare* [Japan, sei ein ökologischer Waldstaat], Tōkyō: Chūō Kōron Shinsha.

Ansichtssache: Zum Zustand der japanischen Wirtschaft nach Doppelschlag und Dreifach-Katastrophe

Neither Struck by the British, nor the Dutch Diseases: The
Japanese Economy Comes along Quite Healthy

Georg Blind und Stefania Lottanti von Mandach

We assess the state of the Japanese economy by taking a fresh analytic look into its public sector finance, its export performance, and its labor market. Our findings strongly indicate that the conventional wisdom of »lost decade(s)« stands in stark contrast to economic reality. First, the status of public sector finance is not nearly as bad as suggested by the commonly used indicators (public debt as a ratio of GDP), and there is considerable potential to improve public finances, with the recent VAT hike as a prominent example. Second, the Japanese economy has not only reduced its dependency on domestic demand by increasing its share of exports, it has also reduced its export dependency on the U.S., and therefore on U.S. domestic demand. Moreover, Japan is now one of the few industrialized countries that enjoy a trade surplus with China. Third, the Japanese economy has created 7.9 million more jobs than were to be expected if the 1985 labor force participation rates of both sexes had stayed constant. What is more, 4.5 million of these additionally created jobs are jobs in regular full-time employment. We claim that the commonly negative perception of the Japanese economy stems from a fundamental mistake: taking the »bubble economy« period up to 1991 as the point of reference when assessing the current state of the economy.

1. Einleitung

Das »verlorene Jahrzehnt« – zuweilen ist selbst die Rede von den »zwei verlorenen Jahrzehnten« (KATAOKA 2010) – hat mittlerweile einen festen Platz im Baukasten möglicher Zustandsbeschreibungen der japanischen Ökonomie. Die weltweite Finanzkrise hat Japan augenfällig durch eine Aufwertung des Yen und einen erheblichen Einbruch der Exportnachfrage gleich doppelt getroffen. Und im März 2011 wurde das Land und mit ihm seine Wirtschaft von der Dreifach-Katastrophe im Zusammenhang mit dem Erdbeben von Tōhoku heimgesucht.

Nach einem kurzen Überblick zur jüngsten konjunkturellen Entwicklung in Japan wird vor diesem Hintergrund untersucht, inwieweit die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung zu einer Einstufung als »verlorene Jahrzehnte« berechtigt. Zu diesem Zweck werden drei Bereiche der japanischen Wirtschaft näher beleuchtet, die für das Gesamtbild als wesentlich erachtet werden können: (1) die Finanzlage der öffentlichen Hand, (2) die Exportwirtschaft und (3) der Arbeitsmarkt. Dieser beispielhafte Überblick soll helfen, ein besseres Verständnis für das Schlagwort des »verlorenen Jahrzehnts« zu vermitteln, das nach Einschätzung der Autoren überwiegend der Selbstwahrnehmung entspricht und einem direkten Vergleich zur Wachstumsperiode bis 1991 entspringt.

2. Jüngste konjunkturelle Entwicklung

Betrachten wir zunächst die neuesten Entwicklungen der japanischen Wirtschaft, so erstaunt die verhältnismäßig robuste und durch die Dreifach-Katastrophe vom März 2011 kaum getrübt konjunkturelle Entwicklung: in den ersten drei Monaten des Jahres 2012 wuchs das japanische Bruttoinlandprodukt (BIP) gemäß dem japanischen Kabinettsbüro (CAO 2012) überraschend stark um eine hochgerechnete Jahresrate von real 4,7 %. Damit erholte sich die japanische Wirtschaft schneller als erwartet von der Katastrophe und ihren Folgeschäden, die fast doppelt so hoch ausfielen wie beim Erdbeben von Kōbe im Jahre 1995 (WALDENBERGER und EILKER 2011). Dieser Wert ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass die Privatwirtschaft ihre Investitionen im ersten Quartal um 2,1 % drosselte, während dieser Wert im Vorquartal noch um 5,2 % angestiegen war. Im direkten Vergleich mit dem Vorquartal ist Japans Wirtschaftsleistung um 1,2 % gestiegen, insbesondere dank staatlicher Investitionen (+3,8 %), höheren Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen (+3,0 %) sowie steigendem Privatkonsum (+1,2 %). Somit wurde dieser Rückgang also an anderer Stelle kompensiert. Die beobachtete Zurückhal-

tung japanischer Unternehmen in ihrer inländischen Investitionstätigkeit wird dabei als Reaktion auf die fortgesetzte Aufwertung des Yen interpretiert. So werden durch den starken Yen nicht nur Investitionen in Übersee relativ günstiger, sondern es steigt auch in gleichem Masse das relative Einsparpotential bei den Produktionskosten von Gütern, die ohnehin für Märkte in Übersee bestimmt sind.

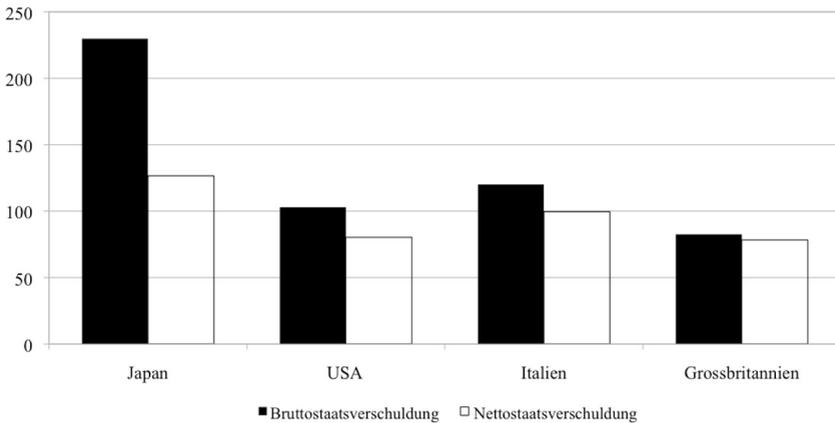
Trotz dieser positiven BIP-Zahlen werden die Aussichten auf eine Fortsetzung der günstigen Entwicklung als eher gering eingeschätzt. Insbesondere wird die Nachhaltigkeit des jüngsten Wachstumsschubs in Frage gestellt. Neben den staatlichen Investitionen in den Wiederaufbau der Erdbebenregion wurde auch die Binnennachfrage von staatlicher Seite stimuliert. Letztere trägt rund 60 % zum Bruttoinlandsprodukt bei und wurde durch zeitlich begrenzte Maßnahmen wie etwa Subventionen beim Kauf von umweltfreundlichen Autos angekurbelt. Die Regierung hat im Fiskaljahr 2011 insgesamt drei Konjunkturpakete in Höhe von rund 18 Billionen Yen oder etwa 3,5 % des BIPs budgetiert (Stand Juli 2012), von denen rund drei Viertel (oder 2,6 % des BIP) direkt im Zusammenhang mit der Dreifach-Katastrophe stehen (GOJ 2012: 33–34). Auch im Budget für 2012 finden sich erneut Ausgaben im Zusammenhang mit der Dreifach-Katastrophe in Höhe von rund 0,6 % des BIP (MOF 2012b).

3. Japanische Staatsverschuldung: Eine Frage der Perspektive

Vor dem Hintergrund der Eurokrise und der japanischen Staatsverschuldung werden fiskalpolitische Maßnahmen zunehmend auch in Japan kritisch betrachtet. Die japanische Brutto-Staatsverschuldung erreichte 2011 mit 229,8 % einen Wert von mehr als dem Doppelten des Bruttoinlandsprodukts (IMF 2012: 204). Damit belegt Japan einen unrühmlichen ersten Platz im Vergleich mit anderen Industrienationen und den zweiten Platz im weltweiten Vergleich (nur Zimbabwe wies 2011 eine höhere Staatsverschuldung auf).

Die Zahlen und internationalen Vergleiche sind jedoch mit Vorsicht zu genießen. Zwar hat sich die Verhältniszahl zwischen Staatsverschuldung und nationaler Wirtschaftsleistung aufgrund der leichten Berechenbarkeit zu einem internationalen Standard entwickelt. Da die öffentliche Hand je nach Land jedoch über sehr unterschiedlich ausgeprägte Vermögenspositionen verfügt, ist diese Richtgröße in einigen Fällen kaum aussagekräftig. Dies trifft insbesondere auch auf Japan zu, wie ein Vergleich von Brutto- und Nettostaatsverschuldung mit anderen Industrienationen zeigt (Abbildung 1).

ABBILDUNG 1: *Brutto- und Netto-Staatsverschuldung ausgewählter Industrienationen (2011)*



Quelle: IMF (2012: 204).

Während etwa in Großbritannien und Italien Vermögenswerte in Staatsbesitz nur rund 20 % der Wirtschaftsleistung betragen und in Großbritannien nur wenige Prozentpunkte, liegt dieser Wert für Japan mit dem Äquivalent einer Jahreswirtschaftsleistung um ein Vielfaches höher.

Zudem ist Japan im Unterschied zu den meisten westlichen Industrienationen vor allem bei seinen eigenen Bürgern verschuldet und somit weniger abhängig von Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten. Abnehmer japanischer Staatsanleihen sind hauptsächlich institutionelle japanische Anleger (RÖVEKAMP 2010: 208). Dass diese bereit sind, Staatsanleihen mit einer Nominalrendite von gerade einmal etwa 1 % in ihren Bestand der Geldanlagen aufzunehmen, liegt neben der durch das deflationäre Umfeld höheren realen Rendite auch an regulatorischen Bestimmungen, wonach inländische Staatsanleihen im Gegensatz zu ausländischen Papieren als »sichere Anlagen« gelten.

Nicht zuletzt aufgrund der über Jahrzehnte fortgesetzt positiven Außenhandelsbilanz befindet sich Japan zudem international betrachtet in der komfortablen Position eines stark positiven Auslandsvermögens, das 2010 den Wert von 52,5 % der jährlichen Wirtschaftsleistung erreichte (BOJ 2011: 8).

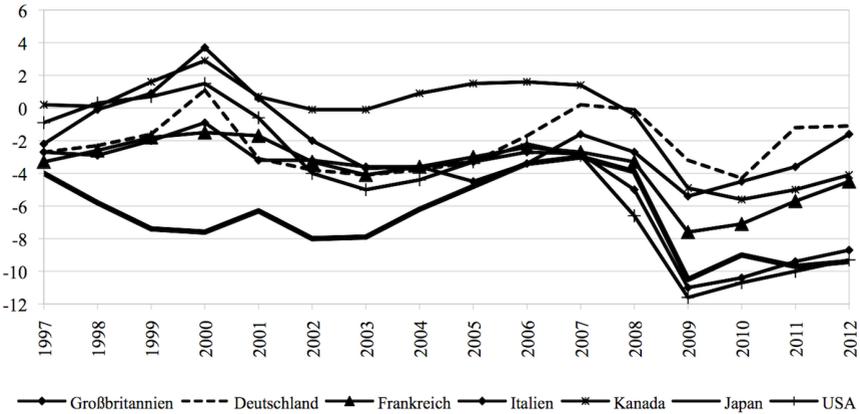
Obschon diese genauere Betrachtung erklären mag, weshalb die neuesten Rating-Einstufungen Japans derzeit (Juli 2012) noch immer leicht besser ausfallen als für Spanien oder Italien, gilt es vor dem Hintergrund des demographischen

Wandels den stetigen Trend zu höherer Verschuldung zu stoppen. Einen mächtigen Hebel bietet hierzu die im internationalen Vergleich mit nur 5 % äußerst tiefe japanische Mehrwertsteuer. Ende März hat die japanische Regierung nun deshalb beschlossen, die Mehrwertsteuer von 5 % auf 10 % zu erhöhen und im Juni konnte Premierminister Noda im Parlament die notwendige Mehrheit erzielen, wenn auch mit einer größeren Zahl von Gegenstimmen aus den eigenen Reihen. Die Reform sieht dabei eine Erhöhung um drei Prozentpunkte im Jahr 2014 und um weitere zwei Prozentpunkte im Jahr 2015 vor. Offensichtlich besteht in der japanischen Politik vor dem Hintergrund früherer missglückter Versuche der Wille, diese Maßnahme nicht in einer einmaligen Aktion, sondern in zwei zeitlich nahe gelagerten größeren Schritten umzusetzen und vergessen zu machen. Dabei empfiehlt sich aus mehreren Gründen eine noch feiner abgestufte Anhebung. Zum einen kann dadurch das Risiko einer konjunkturdämpfenden Wirkung über den privaten Konsum minimiert werden. Zum anderen steigen die Chancen auf Effizienzsteigerungen, da die Steuerlast bei kleinen Erhöhungsschritten vielfach nicht an den Endkonsumenten weitergegeben wird. Sollte zusätzlich zum geglückten Schritt der Mehrwertsteuererhöhung das Zinsniveau mittelfristig auf niedrigem Niveau verbleiben, so kann vor dem Hintergrund der Gläubigerstruktur, der positiven Außenhandelsbilanz und der im internationalen Vergleich niedrigen Arbeitslosenquote auch für die kommenden Jahre davon ausgegangen werden, dass sich in Japan keine Staatsschuldenkrise entwickeln wird.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch ein Blick auf die Entwicklung der Primärdefizite westlicher Industriestaaten. Während sich die Defizite Japans seit der Bankenkrise 1998 stetig und entgegen der Entwicklungen in westlichen Industriestaaten vergrößerten, konnte während des Wirtschaftswachstums in den Jahren 2002–2007 wieder mit dem Westen aufgeschlossen werden. Im Zuge der Bewältigung der Folgen der Finanzkrise scheint es nun eher so zu sein, dass sich die Defizite etwa der USA und Großbritanniens dem japanischen Fall annähern (Abbildung 2).

Bedenkt man, dass rund 2.6 Prozentpunkte des BIP im Fiskaljahr 2011 in direktem Zusammenhang mit der Dreifach-Katastrophe standen, erscheint selbst das Primärdefizit für 2011 in Höhe von 9.7 % des BIP noch beinahe moderat. Wenn man nach Abzug dieser Ausgaben zusätzlich noch die Mehreinnahmen durch die beschlossene Mehrwertsteuererhöhung in Höhe von rund 2 % des BIP mit einrechnet, ergibt sich für das Primärdefizit 2011 ein fiktiver Wert von »nur« noch 5.1 %, der damit bereits niedriger ausfällt als etwa der Wert für Frankreich (5.7 %) und erheblich geringer als die Vergleichswerte für die USA oder Großbritannien.

ABBILDUNG 2: Defizitquoten im Staatshaushalt (in % des BIP) (1997–2012)



Quelle: MOF (2012a: 11).

4. Steigende Integration der japanischen Wirtschaft in den Welthandel

Der Finanzsektor in Japan blieb, im Gegensatz zu den USA und Europa, von der globalen Finanzkrise nahezu unversehrt (KAWAI und TAKAGI 2009: 1). Sowohl die Höhe der faulen Kredite, die abgeschrieben werden mussten, als auch die Finanzspritzen der öffentlichen Hand in den Bankensektor fielen in Japan im internationalen Vergleich gering aus. Während der Bankensektor in den USA über 2.700 Milliarden Dollar und in Europa knapp 1.200 Milliarden Dollar an Wertberichtigungen vornehmen musste, fielen die Abschreibungen in Japan mit knapp 150 Milliarden Dollar geradezu bescheiden aus. Staatliche Aufwendungen zur Stabilisierung des Bankensektors machten in Japan nur gerade 3 Milliarden Euro aus, während die öffentliche Hand in den USA 825 Milliarden Euro, und in Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Spanien, der Schweiz und Großbritannien insgesamt über 1.100 Milliarden Euro einsetzen musste (Tabelle 1). Am Beispiel Japans zeigt sich somit, dass zwischen der Integration eines Finanzplatzes in die internationalen Finanzmärkte und der Verwicklung in krisenhafte Entwicklungen kein zwingender Zusammenhang besteht. Vielleicht darf auch die Vorsicht und Zurückhaltung am japanischen Finanzmarkt nicht zuletzt als ein Verdienst des vermeintlich »verlorenen Jahrzehnts« gewertet werden.

TABELLE 1: *Direkte Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf Japan, USA und Europa*

	Wertberechtigungen (in Milliarden US-Dollar)	Staatliche Aufwendungen zur Stabilisierung des Bankensektors (in Milliarden Euro)
USA	2.712	825
Westeuropa	1.193	1.116
Japan	149	3

Anm.: Westeuropa = Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Spanien und Schweiz. Quelle: KAWAI und TAKAGI (2009: 2).

Die durch die Finanzkrise in den USA verursachte Kreditklemme führte bei westlichen Finanzinstituten zu einem rapide steigenden Bedarf nach liquiden Mitteln. Infolgedessen wurden in wenigen Monaten in Yen nominierte Carry Trades in erheblichem Umfang aufgelöst. Bei diesen Geschäften wurden Mittel aus niedrig verzinsten Yen-Darlehen in höher verzinsten Papieren in anderen Währungen angelegt. Da die Auflösung der Yen-Kredite zu einer stark erhöhten Nachfrage nach Yen führte, ergab sich ein beträchtlicher Aufwertungsdruck auf die japanische Währung. Mit der einsetzenden Aufwertung wiederum gerieten die noch bestehenden Carry Trades in die Gefahr eines nicht oder nur bis zu einer bestimmten Schwankungsbreite abgesicherten Wechselkursverlustes. Zu diesem selbst verstärkenden Mechanismus gesellten sich weitere Anlagegelder auf der Suche nach »sicheren Häfen«. Dass Yen-nominierte Papiere auch diese Rolle einnahmen und -nehmen, unterstreicht die im vorstehenden Abschnitt festgestellte relative Stabilität der japanischen Finanzlage.

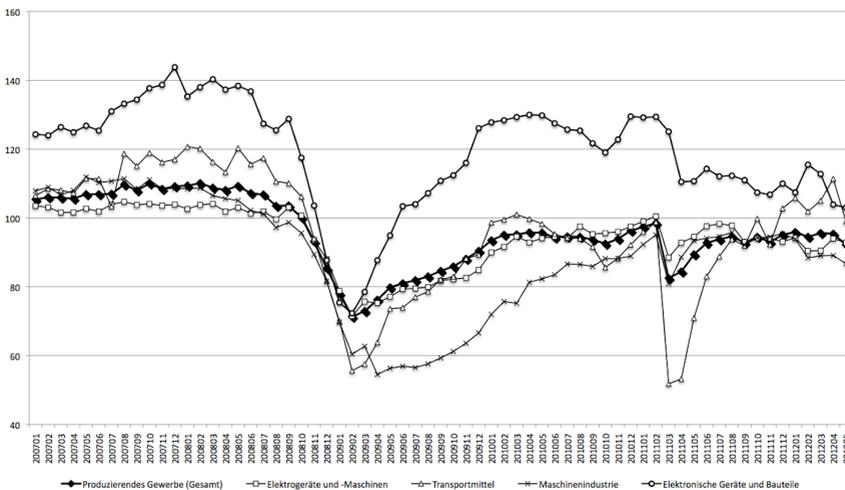
Auf die japanischen Exporte ergab sich aus der Finanzkrise und der durch sie verursachten Aufwertung des Yen um rund 50 % gegenüber Dollar und Euro ein gleich doppelt negativer Effekt, weil die japanische Realwirtschaft in erheblichem Masse direkt und indirekt von der Nachfrage westlicher Industrieländer abhängig ist. In welchem Umfang allein schon der Nachfrageeffekt wirksam wird, lässt sich in jüngster Zeit auch am Anstieg der Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen im ersten Quartal 2012 um +3,0 % belegen. So kann dieser Anstieg nicht zuletzt auf die sich in den USA abzeichnende Erholung zurückgeführt werden.

Wie groß die Abhängigkeit der japanischen Realwirtschaft von der Nachfrage westlicher Industrieländer ist, zeigt eine Analyse der Auswirkungen der globalen Finanzkrise von 2008/2009 auf die japanische Wirtschaft, die später und in größerem Umfang als erwartet eintraten (FACKLER 20.09.2008; HILPERT 2009).

Während die USA und Europa bereits Anfang 2008 in eine Rezession schlitterten, zeigten sich in Japan erst im vierten Quartal 2008 negative Auswirkungen. Der Wert aller Exporte war im September 2008 noch bei 7.360 Milliarden Yen und sank auf 6.915 Milliarden Yen im Oktober 2008. Im Januar 2009 wurden schließlich nur noch Waren im Wert von gerade einmal 3.480 Milliarden Yen exportiert, weniger als 50 % der Ausfuhrmenge vom September 2008. Der Rückgang war bei allen Produktkategorien zu beobachten, am meisten waren jedoch die Kategorien Industriezubehör, Investitionsgüter und langlebige Konsumgüter betroffen. Genau diese drei Kategorien machen wiederum über 90 % der japanischen Exporte aus und weisen eine hohe Einkommenselastizität auf (KAWAI und TAKAGI 2009: 4).

Die industrielle Produktion sank als Folge der sinkenden Nachfrage im vierten Quartal 2008 um 15,0 %, im ersten Quartal 2009 um 34,0 %, und im zweiten Quartal 2009 um 27,6 % im Vergleich zum Vorjahr (Abbildung 3).

ABBILDUNG 3: Industrielle Produktion (Januar 2007 – Mai 2012) (2005=100)



Quelle: METI (2012).

Um die Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft zu verstehen, muss der Anteil der Exporte an der Gesamtwirtschaft betrachtet werden. Diese machen insbesondere seit 2002 einen steigenden Teil des japanischen BIP aus. Im Jahr 2000 trugen Exporte lediglich 11 % zum BIP bei, 2008 lag dieser Wert bereits bei 17 % (Tabelle 2). Haupttreiber hinter den steigenden Exporten war die wachsende Weltwirtschaft, bis im Sommer 2008 die amerikanische Immobilienblase platzte und zur globalen

Finanzkrise führte. Beigetragen zum Wachstum haben insbesondere die steigenden Ausgaben der privaten Haushalte in den westlichen Industrieländern nach dem Ende der Rezession, die 2000 durch das Platzen der IT-Blase verursacht worden war.

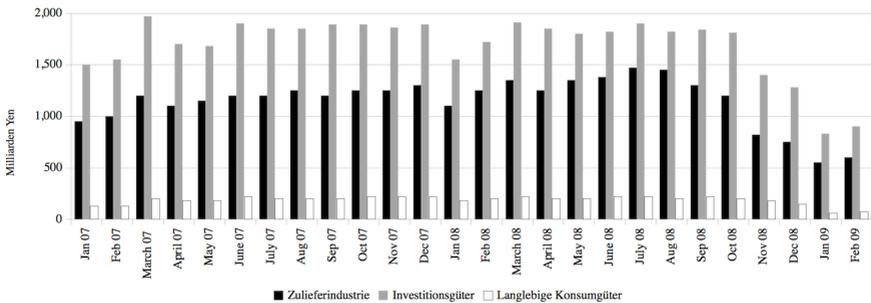
TABELLE 2: Anteil der Exporte am japanischen BIP (1995–2010)

Jahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
BIP-Anteil Exporte (%)	9,1	9,8	10,9	10,9	10,3	11,0	10,6	11,4	12,0	13,3	14,3	16,1	17,6	17,4	13	15

Quelle: ESRI Statistikdatenbank (<http://www.esri.cao.go.jp/index.html>) für 1995–2008; Weltbank Datenbank (<http://data.worldbank.org/>) für 2009–2010.

Im Zuge der Finanzkrise gingen allerdings nicht nur die Ausfuhren in die USA und nach Westeuropa signifikant zurück, wohin 40 % der japanischen Exporte fließen. Auch die Ausfuhren nach Asien sanken merklich, in die Region also, die mit über 50 % Japans größter Exportmarkt ist (Abbildung 4).

ABBILDUNG 4: Japanische Exporte nach Asien nach Produktkategorie (Januar 2007-Februar 2009)



Quelle: KAWAI und TAKAGI (2009: 4).

Dieser Rückgang kann damit erklärt werden, dass Industriezubehör und Investitionsgüter als die wichtigsten Exportgüter zumindest teilweise in die Produktion von Konsumgütern für die USA und Westeuropa einfließen. Ein Nachfragerückgang in den USA und Westeuropa hatte deshalb einen stark negativen, wenn auch gemischt direkten und indirekten Einfluss auf die japanische Wirtschaft. Neben der hohen Einkommenselastizität (bezogen auf die Einkommen in den Exportdestinationen) von über 90 % der Exporte wirkte sich also auch die seit der Jahrtau-

sendwende gestiegene Außenhandelsabhängigkeit negativ auf die japanische Wirtschaft aus. Allerdings hat Japan seine Exportabhängigkeit von den USA im letzten Jahrzehnt stark verringert: Gingen laut japanischer Handelsstatistik 2001 noch 30 % der Exporte in die USA, waren es 2011 nur noch 15 %, ein Wert, der damit bereits deutlich geringer ausfällt als die Exporte in die VR China mit knapp 20 %.¹ Der Erfolg der japanischen Exportwirtschaft zeigt sich auch darin, dass das Land zu den wenigen Industrieländern gehört, denen es gelungen ist, eine positive Handelsposition gegenüber der VR China aufzubauen.

5. Exportindustrie und nicht-reguläre Beschäftigung

Kaum erforscht, obschon von großem Interesse, ist der Zusammenhang zwischen steigenden Exporten und dem Anteil nicht-regulärer Beschäftigung. Öffentlich und rege diskutiert wurde das Thema vor allem seit der Rezession 2008/2009, als Unternehmen in verarbeitenden Industrien viele Leiharbeiter (*haken shain*) entließen (AS 05.12.2008). So fiel die Zahl der Leiharbeiter von rund 1.400.000 im Jahr 2008 auf 1.080.000 im Jahr 2009 und auf 950.000 im Jahr 2010 (MHLW 2012).

Als Grund, weshalb exportorientierte Firmen in der verarbeitenden Industrie einen höheren Anteil an nicht-regulären Arbeitnehmern haben (und aus betriebswirtschaftlicher Sicht haben sollten), wird in der Regel die Export-Volatilität und tiefere Löhne genannt (TANAKA 2010). Nach dieser Argumentation sollten exportorientierte Firmen einen höheren Anteil an nicht-regulären Arbeitnehmenden aufweisen, da sie diese bei rückläufigen Exporten einfach entlassen und so flexibel auf Nachfrageschwankungen reagieren können. Stehen Firmen außerdem in Preiskonkurrenz mit Niedriglohnländern, sind sie verstärkt auf nicht-reguläre Angestellte angewiesen, da deren Lohn in der Regel tiefer ist als derjenige der regulären Angestellten (MHLW 2009: 21).

Eine dieses Jahr veröffentlichte Studie des Research Institute of Economy, Trade and Industry (RIETI) steuert interessante Resultate zu dieser Diskussion bei (TANAKA 2012). Untersucht wurden Unternehmen in der verarbeitenden Industrie und im Großhandel, die zwischen 2003 und 2005 erstmalig ins Ausland exportierten. Analysiert wurde die Veränderung des Anteils an nicht-regulären Angestellten innerhalb von drei Jahren nach Exportbeginn. Durch Vergleiche mit nicht-exportierenden Unternehmen kommt die Studie zu den folgenden Resultaten.

1. Die Handelsstatistik ist auf der Homepage der japanischen Zollbehörden abrufbar (<http://www.customs.go.jp/>).

1. In Unternehmen der verarbeitenden Industrie, aber nicht in Großhandelsfirmen, lässt sich in den ersten drei Jahren nach Exportbeginn ein positiver Effekt auf die Beschäftigung allgemein feststellen.
2. In Unternehmen der verarbeitenden Industrie lässt sich in den drei Jahren nach Exportbeginn kein Effekt auf den Anteil der Leiharbeiter feststellen. In gewissen Großhandelsunternehmen steigt der Anteil der Leiharbeiter in den ersten zwei Jahren nach Exportbeginn leicht. Insgesamt ist die statistische Signifikanz jedoch gering und der Effekt verschwindet im dritten Jahr nach Exportbeginn.
3. Der Anteil der Teilzeitangestellten (*pāto*) erhöht sich weder in Unternehmen der verarbeitenden Industrie noch in Großhandelsfirmen.
4. In Unternehmen beider Sektoren, die ihre neu aufgenommene Exporttätigkeit entweder auf Asien, Nordamerika oder Europa beschränken, erhöht sich der Anteil der Leiharbeiter. Im Gegensatz zu Unternehmen, die in mehrere Regionen exportieren, sehen sich diese Unternehmen einer höheren Volatilität der Nachfrage ausgesetzt, und begegnen diesem Umstand wiederum durch den vermehrten Einsatz von Leiharbeitern.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass eine größere Exportorientierung der japanischen Wirtschaft nicht zwangsläufig den Anteil der nicht-regulären Arbeitnehmenden in der verarbeitenden Industrie erhöht. Es kann zudem davon ausgegangen werden, dass es sich bei dieser Zunahme um eine ursächliche Ausweitung von Beschäftigung handelt, woraus sich – zumindest für die exportierende Industrie – die viel diskutierte Frage nach »regulärer versus nicht-regulärer Beschäftigung« umformulieren lässt zu »nicht-reguläre versus keine neue Beschäftigung«.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der stärkeren Integration in den Welthandel und des hohen Anteils konjunktorempfindlicher Investitionsgüter an den japanischen Exporten, wurden in den vergangenen Jahren auch im Bereich des Beschäftigungserhalts in Japan vorhandene Maßnahmen weiter verstärkt. Hierzu zählt insbesondere eine erhebliche Ausweitung der bereits 1975 nach deutschem Vorbild eingeführten Möglichkeiten zur Kurzarbeit im Dezember 2008 (JILTP 2009: 10). Die OECD schätzt die Zahl der dadurch erhaltenen Stellen auf rund 400.000, was 0,7 % der Erwerbstätigen entspricht (2010: 18).

6. Die Entwicklung der regulären und nicht-regulären Beschäftigung zwischen 1985 und 2010

Die Debatte um die Zunahme der nicht-regulären Beschäftigung in Japan verdient vor diesem Hintergrund eine Betrachtung für den gesamten Arbeitsmarkt. Der Anteil der regulär Beschäftigten (Vollzeitangestellte in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen) fiel zwischen 1985 und 2010 von 84,6 % auf 68,0 %, wohingegen der Anteil der nicht-regulär Beschäftigten von 15,4 % auf 32,0 % stieg (Tabelle 3). Die absolute Zahl aller regulär Beschäftigten nahm dagegen zwischen 1985 und 2010 um 1,2 Millionen von 36,0 Millionen auf 37,2 Millionen zu (Tabelle 3). Nach Geschlecht getrennt betrachtet ist die Zahl der männlichen regulär Beschäftigten von 25,6 Millionen (1985) auf 25,9 Millionen (2010) gestiegen (Tabelle 4), die Zahl der weiblichen regulär Beschäftigten gar von 10,4 Millionen auf 11,3 Millionen (Tabelle 5).

Die Anzahl aller nicht-regulär angestellten Personen stieg zwischen 1985 und 2010 von 6,6 Millionen auf 17,6 Millionen, was einer Zunahme um 11,0 Millionen entspricht (Tabelle 3). Wiederum nach Geschlecht betrachtet nahm die Zahl der männlichen nicht-regulär angestellten Personen um 3,5 Millionen von 1,9 Millionen (1985) auf 5,4 Millionen (2010) zu (Tabelle 4). Die Zahl der weiblichen nicht-regulären Angestellten stieg im gleichen Zeitraum um 7,5 Millionen von 4,7 Millionen auf 12,2 Millionen (Tabelle 5).

TABELLE 3: *Die Entwicklung regulärer und nicht-regulärer Beschäftigung (beide Geschlechter, Millionen) (1985–2010)*

	Beschäftigte	Regulär Beschäftigte	Nicht-regulär Beschäftigte	Regulär Beschäftigte (in % aller Beschäftigten)	Nicht-regulär Beschäftigte (in % aller Beschäftigten)
1985	42,6	36,0	6,6	84,6 %	15,4 %
1990	46,9	38,1	8,8	81,2 %	18,2 %
1995	51,7	41,7	10,0	80,6 %	19,4 %
2000	52,7	39,9	12,7	75,8 %	24,2 %
2005	54,1	37,7	16,3	69,8 %	30,2 %
2010	54,8	37,2	17,6	68,0 %	32,0 %

Quelle: MHLW (2012).

TABELLE 4: Die Entwicklung regulärer und nicht-regulärer Beschäftigung
(Millionen Männer) (1985–2010)

	Beschäftigte	Regulär Beschäftigte	Nicht-regulär Beschäftigte	Regulär Beschäftigte (in % aller Beschäftigten)	Nicht-regulär Beschäftigte (in % aller Beschäftigten)
1985	27,5	25,6	1,9	93,2 %	6,8 %
1990	29,3	26,9	2,4	91,9 %	8,1 %
1995	31,8	29,2	2,6	91,9 %	8,1 %
2000	31,8	28,4	3,4	89,3 %	10,7 %
2005	31,6	26,6	5,1	84,0 %	16,0 %
2010	31,3	25,9	5,4	82,8 %	17,2 %

Quelle: MHLW (2012).

TABELLE 5: Die Entwicklung regulärer und nicht-regulärer Beschäftigung
(Millionen Frauen) (1985–2010)

	Beschäftigte	Regulär Beschäftigte	Nicht-regulär Beschäftigte	Regulär Beschäftigte (in % aller Beschäftigten)	Nicht-regulär Beschäftigte (in % aller Beschäftigten)
1985	15,1	10,4	4,7	68,9 %	31,1 %
1990	17,7	11,2	6,5	63,5 %	36,5 %
1995	19,9	12,5	7,5	62,6 %	37,4 %
2000	20,9	11,5	9,3	55,3 %	44,7 %
2005	22,4	11,2	11,3	49,8 %	50,2 %
2010	23,5	11,3	12,2	48,2 %	51,8 %

Quelle: MHLW (2012).

Gegenüber 1985 ist also eine *Neuschaffung* von insgesamt 12,2 Millionen Beschäftigungsverhältnissen zu verzeichnen, wovon 1,2 Millionen reguläre und 11,0 Millionen nicht-reguläre Beschäftigungsverhältnisse sind. Vor dem Hintergrund des seit den frühen 1990er Jahren stark verlangsamten Wachstums kann dieser Zuwachs an Beschäftigung durchaus als Erfolg gewertet werden.

Die Diskussion um den Rückgang des Anteils der regulären Beschäftigung in Japan verlangt zusätzlich zum Blick auf die Entwicklung der absoluten Zahlen auch die Herstellung eines geeigneten Bezugs zu weiteren für die Struktur des Arbeitsmarktes wesentlichen Größen und deren Entwicklung im betreffenden Zeitraum (1985–2010). Untenstehende Tabelle 6 umfasst zu diesem Zwecke einen Überblick

über die jeweiligen Bezugsgrößen der Erwerbsbevölkerung² und der Anzahl der Erwerbstätigen – jeweils unterschieden nach regulärer und nicht-regulärer Beschäftigung von Männern und Frauen.

Wie unmittelbar deutlich wird, ist die Zahl der Beschäftigten (+28,6 %) deutlich stärker angestiegen als die Erwerbsbevölkerung (+10,5 %), was sich auch in der deutlich gestiegenen Erwerbsquote widerspiegelt. Letztere zeigt wiederum im Falle der Frauen einen wesentlich stärkeren Anstieg (+21,2 Prozentpunkte) als im Falle der Männer (+5,4 Prozentpunkte), der für 2010 bereits dazu führt, dass die Erwerbsquote von Frauen höher ausfällt als von Männern.

TABELLE 6: *Erwerbsbevölkerung, Erwerbstätige und reguläre Beschäftigung (1985–2010)*

	1985			2010			Änderung 1985–2010		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
Erwerbsbevölkerung (Mio.)	59,6	36,0	23,7	65,9	38,2	27,7	10,5 %	6,3 %	16,9 %
Erwerbstätige (Mio.)	42,6	27,5	15,1	54,8	31,3	23,5	28,6 %	13,8 %	55,8 %
regulär	36,0	25,6	10,4	37,2	25,9	11,3	3,3 %	1,1 %	9,1 %
nicht-regulär	6,6	1,9	4,7	17,6	5,4	12,2	168,1 %	187,7 %	158,9 %
Erwerbsquote	71,4 %	76,4 %	63,7 %	83,1 %	81,8 %	84,9 %			

»Modell 1985«: Entwicklung bis 2010 bei konstanter Erwerbsquote und konstantem Anteil regulärer Beschäftigung	2010			2010 vs. »Modell 1985«		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
Erwerbstätige (Mio.)	46,9	29,2	17,6	7,9	2,1	5,8
regulär	32,7	24,2	8,5	4,5	1,7	2,8
nicht-regulär	14,2	5,0	9,1	3,4	0,4	3,0

Quelle: Basierend auf MHWL (2012).

Die auffallend starke Zunahme nicht-regulärer Beschäftigungsverhältnisse um 168,1 % scheint sich nun als geeigneter Beleg für den viel diskutierten Abbau von Erwerbsverhältnissen des japanischen Arbeitsmarktes anzubieten. Vor dem Hintergrund

- Zur Erwerbsbevölkerung in Japan zählen alle erwerbsfähigen Personen, die 15 Jahre oder älter und berufstätig (auch Teilzeit) sind, oder eine Arbeit suchen. Vollzeitschüler oder -studierende gehören nicht dazu. Die Erwerbsbevölkerung ist die Grundlage für die Berechnung der Erwerbsquote. Sie gibt den prozentualen Anteil aller Erwerbstätigen bezogen auf die Gesamtbevölkerung an.

der im selben Zeitraum ebenfalls stark gestiegenen Erwerbsquote drängt sich an dieser Stelle jedoch eine Modellrechnung auf, die eine getrennte Betrachtung der beiden Phänomene erlaubt. Nur diese Trennung in ein überwiegend soziologisches Phänomen (Ausweitung der Erwerbsquote) und ein überwiegend wirtschaftliches Phänomen (Arbeitsnachfrage) erlaubt eine objektive Beurteilung der Frage, welchen Beitrag die japanische Wirtschaft im Untersuchungszeitraum zur Schaffung von Beschäftigung geleistet hat.

In der unteren Hälfte von Tabelle 6 ist zu diesem Zwecke das Ergebnis einer Modellrechnung notiert (»Modell 1985«), die sowohl die verhältnismäßig niedrigen Erwerbsquoten von Männern und Frauen, als auch die verhältnismäßig hohen Anteile regulärer Beschäftigung von Männern und Frauen jeweils auf dem Niveau von 1985 konstant hält und auf die Größe der Erwerbsbevölkerung des Jahres 2010 anrechnet.

Gerade vor dem Hintergrund der fortgesetzten Diskussionen in Japan dürfen die Ergebnisse als durchaus überraschend gewertet werden. So sind nicht nur – wie bereits festgehalten – insgesamt mehr Beschäftigungsverhältnisse entstanden, als durch den Zuwachs der Erwerbsbevölkerung bei einem direkt proportionalen Zusammenhang zu erwarten gewesen wäre. Der Befund eines relativen Beschäftigungszuwachses gilt zudem sowohl für Männer und Frauen als auch für den Anteil regulärer Beschäftigungsverhältnisse. So bestehen im Jahr 2010 nicht nur 7,9 Millionen mehr Beschäftigungsverhältnisse als bei konstanten Erwerbsquoten von Männern und Frauen zu erwarten gewesen wäre. Noch weit bemerkenswerter ist die Zusammensetzung dieser Beschäftigungsausweitung. So sind von den genannten 7,9 Millionen Beschäftigungsverhältnissen mit 4,5 Millionen über die Hälfte als reguläre Beschäftigungsverhältnisse entstanden (nicht-reguläre Arbeitsverhältnisse +3,4 Millionen). Der Befund eines positiven Beschäftigungszuwachses im Vergleich zum »Modell 1985« gilt weiterhin auch in der Unterscheidung zwischen Männern und Frauen, mit Zuwächsen von 2,1 Millionen (Männer) und 5,8 Millionen (Frauen). Mehr als 80 % der Beschäftigungsausweitung von Männern gegenüber dem »Modell 1985« ist zudem in Form von regulären Beschäftigungsverhältnissen zu verzeichnen (1,7 Millionen von 2,1) und auch bei Frauen erreicht dieser Wert immerhin noch rund 50 %.

Da intergenerationale Effekte in dieser Darstellung nicht sichtbar werden, widerspricht der Befund nicht den medial stark reflektierten Schwierigkeiten einiger Jahrgänge von Berufsanfängern. Er zeigt andererseits aber deutlich, dass für den Arbeitsmarkt insgesamt nicht von einem, geschweige denn von zwei verlorenen Jahrzehnten gesprochen werden kann.

7. Patient Japan: Befund unauffällig

Folgt man dem Ansatz aus der Medizin, geringfügige Abweichungen von Durchschnittswerten als »unauffällig« einzustufen, so lässt sich auch für den Patienten Japan in vielen Bereichen ein entsprechender Befund im Vergleich zur Referenzgruppe anderer Industrienationen stellen. Dies wurde anhand der dargestellten Untersuchungen zu wesentlichen Bereichen der japanischen Wirtschaft deutlich.

So ist zum einen die Finanzsituation der öffentlichen Hand in Japan weit weniger dramatisch, als es die geläufigen Vergleiche der Bruttostaatsverschuldung nahe legen, liegt doch der Vergleichswert für die Nettostaatsverschuldung nur noch rund 20 Prozentpunkte über dem Wert für Italien. Zudem besteht im Gegensatz zu beinahe allen europäischen Staaten erheblicher Spielraum bei der Mehrwertsteuer. Weiterhin bleibt bis dato das durch Einwanderung mögliche Wachstumspotential nahezu unangetastet, welches einen doppelt abfedernden Effekt auf die Schuldenproblematik verspricht. So könnte zum einen das ungünstige Verhältnis zwischen erwerbstätiger Bevölkerung und Gesamtbevölkerung gemildert werden. Zum anderen stünde der Schuldenbestand in einem günstigeren Verhältnis zur Wirtschaftsleistung. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Aspekt von Einwanderung in der politischen Diskussion in den kommenden Jahren ausreichend Aufmerksamkeit erlangt.

Ein einschlägiges Beispiel für die im Titel dieses Aufsatzes enthaltene Anspielung zeigt sich auch bei der Untersuchung der japanischen Exportwirtschaft. Während in der medialen Rezeption – insbesondere in den letzten Jahren – meist von einer gestiegenen Abhängigkeit der japanischen Exportwirtschaft die Rede ist, zeigt eine längerfristiger angelegte Analyse, dass es viel eher angebracht wäre, von einer sinkenden Abhängigkeit der japanischen Wirtschaft von der stagnierenden Inlandsnachfrage zu sprechen. Insbesondere der erfolgreiche Auf- und Ausbau von Handelsbeziehungen im asiatischen Raum, für den der Handelsüberschuss gegenüber China wohl das eindrücklichste Beispiel darstellt, zeigt deutlich, dass sich die japanische Wirtschaft erfolgreich in Richtung viel versprechender Absatzmärkte entwickelt. Auch in diesem Bereich besteht – etwa im Vergleich zur deutschen Exportwirtschaft, die bei weit höherem Exportanteil eine ähnliche Struktur aufweist – ein erhebliches noch unausgeschöpftes Potential.

Die Auswirkungen der Finanzkrise erreichten Japan nicht direkt. So beliefen sich die Abschreibungen von Finanzinstituten auf nicht mehr als rund 5 % des Vergleichswertes aus den USA, die Höhe der staatlichen Unterstützung von Finanzinstituten wiederum belief sich auf verschwindend geringe 0,4 % des US-Wertes.

Getroffen wurde Japan aber über zwei indirekte Mechanismen. Der Rückgang der Exportnachfrage insbesondere nach Investitionsgütern und langlebige Konsumgütern wurde noch verstärkt durch eine Aufwertung des Yen, die ebenfalls als Folge der Finanzkrise gelten darf. Vor dem Hintergrund dieses Doppelschlags und der Dreifach-Katastrophe ist es umso erstaunlicher, dass die japanische Industrieproduktion im ersten Quartal 2012 bereits wieder bei über 90 % des Vorkrisenniveaus (3. Quartal 2008) angelangt ist.

Auch der Anstieg des Anteils nicht-regulär Beschäftigter erweist sich bei näherer Untersuchung nicht als säkularer Trend zum Sozialabbau, sondern vielmehr als ein Arbeitsmarkterfolg mit (a) insgesamt mehr und insbesondere (b) mehr weiblicher Beschäftigung und (c) mehr regulärer Beschäftigung, als ausgehend von den Erwerbsstrukturen des Jahres 1985 zu erwarten gewesen wäre. Im Sinne einer dynamischen Betrachtung sollte zudem auch die Frage gestellt und in Zukunft untersucht werden, wie viele reguläre Arbeitsplätze durch die Ausweitung der nicht-regulären Beschäftigung gerettet wurden, da nur so die Konkurrenzfähigkeit vieler exportabhängiger Branchen erhalten werden konnte.

Auf der Suche nach Gründen für die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Entwicklung seit 1990 als »verlorene Jahrzehnte« sind die hier gesammelten Befunde ungeeignet. Aus Sicht der Autoren handelt es sich dabei um ein intergenerationales gesellschaftliches Phänomen, das sich anhand einer einfachen Rechnung illustrieren lässt. Während sich die Wirtschaftsleistung des Landes in den Jahren zwischen der Ölkrise 1973 und dem Platzen der Bubble Economy 1991 verdoppelte, gelang in den folgenden 20 Jahren nur noch ein Zuwachs um rund 30 %. Die Hoffnungen an die Zukunft und der bis zu deren Erreichen erwartete Zeithorizont wurde bei der Elterngeneration der heute 20- bis 35-Jährigen in der Zeit zwischen Ölkrise und Platzen der Bubble geprägt. Nur im Vergleich zwischen den in jener Zeit geprägten Erwartungen und der tatsächlichen Entwicklung der vergangenen Jahre lässt sich der Diskurs der »verlorenen Jahrzehnte« ursächlich erklären. Angesichts der Bedeutung der Stimmung des Konsumenten für jede moderne Wirtschaft bleibt zu hoffen, dass sich der Referenzpunkt zur Beurteilung der eigenen Wirtschaft in Japan weg von der eigenen Vergangenheit hin zur zeitgleichen Entwicklung anderer Industrienationen entwickelt.

Literatur

- AS (*ASAHI SHINBUN*) (05.12.2008), »Seizōgyō no Koyō Chōsei Kasoku« [Rapid Zunahme der Entlassungen in der verarbeitenden Industrie], S. 1.
- BOJ (BANK OF JAPAN) (2011), *Japan's International Investment Position at Year-End 2010*, BOJ Reports & Research Papers, Tōkyō: BOJ.
- CAO (CABINET OFFICE) (2012), *Quarterly Estimates of GDP: Jan.-Mar. 2012 (Second Preliminary Estimates)*, http://www.esri.cao.go.jp/jp/sna/data/data_list/sokuhou/gaiyou/pdf/main_1.pdf (03.07.2012).
- FACKLER, MARTIN (20.09.2008), »In Japan, Financial Crisis Is Just a Ripple«, in: *The New York Times*.
- GOJ (GOVERNMENT OF JAPAN) (2012), *Road to Recovery*, http://www.kantei.go.jp/foreign/policy/documents/2012/___icsFiles/afiedfile/2012/03/07/road_to_recovery.pdf (11.07.2012).
- HILPERT, HANNS-GÜNTHER (2009), »Japans konjunktureller Einbruch in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise«, in: DAVID CHIAVACCI und IRIS WIECZOREK (Hg.), *Japan 2009: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Berlin: VSJE, S. 135–145.
- IMF (INTERNATIONAL MONETARY FUND) (2012), *World Economic Outlook*, Washington: IMF.
- JILPT (JAPAN INSTITUTE FOR LABOUR POLICY AND TRAINING) (2009), *Labor Situation in Japan and Analysis: General Overview 2009/2010*, Tōkyō: JILPT.
- KATAOKA, GŌSHI (2010), *Nihon no »Ushinawareta 20 Nen«* [Die »20 verlorenen Jahre« Japans], Tōkyō: Fujiwara Shoten.
- KAWAI, MASAHIRO und SHINJI TAKAGI (2009), *Why Was Japan Hit So Hard by the Global Financial Crisis?*, ADBI Working Paper Series, No. 153, Tōkyō: Asian Development Bank Institute (ADBI).
- METI (MINISTRY OF ECONOMY, TRADE AND INDUSTRY) (2012), *Indices of Industrial Production, Total by industry, Seasonal Adjustment Index, Monthly Values, Production*, <http://www.meti.go.jp/english/statistics/tyo/iip/csv/ha2gsm2e.csv> (01.08.2012).
- MHLW (MINISTRY OF HEALTH, LABOR AND WELFARE) (2009), *Haken Rōdōsha Jittai Chōsa no Gaiyō* [Wesentliche Ergebnisse der Umfrage zur Leiharbeit], <http://www.e-stat.go.jp/SG1/estat/List.do?bid=000001022544&cycode=0> (03.07.2012).
- MHLW (MINISTRY OF HEALTH, LABOR AND WELFARE) (2012), *Rōdōryoku Chōsa* [Labor Force Survey], Tabelle 9, http://www.stat.go.jp/data/roudou/longtime/03roudou.htm#hyo_2 (11.07.2012).
- MOF (MINISTRY OF FINANCE) (2012a), *Japan's Fiscal Condition: December 2011*, Tōkyō: MOF.

- MOF (MINISTRY OF FINANCE) (2012b), *Highlights of the Budget for FY2012*, Tōkyō: MOF.
- OECD (ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT) (2010), *OECD Employment Outlook 2010*, Paris: OECD.
- OECD (ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT) (2011), *OECD Economic Surveys: Japan 2011*. Paris: OECD.
- RÖVEKAMP, FRANK (2010), »Japans öffentliche Verschuldung: Droht der Staatsbankrott?«, in: DAVID CHIAVACCI und IRIS WIECZOREK (Hg.), *Japan 2010: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Berlin: VSJF, S. 205–220.
- TANAKA, AYUMU (2012), *The Causal Effects of Exporting on Japanese Workers: A Firm-Level Analysis*, RIETI Discussion Paper Series 12-E-017, Tōkyō: The Research Institute of Economics, Trade and Industry (RIETI).
- WALDENBERGER, FRANZ und JENS EILKER (2011), »Das Tōhoku-Erdbeben – wirtschaftliche Auswirkungen«, in: DAVID CHIAVACCI und IRIS WIECZOREK (Hg.), *Japan 2011: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Berlin: VSJF, S. 187–226.

Subjektives Glücksempfinden und seine Einflussfaktoren im japanischen Kontext: Eine glücksökonomische Analyse der Ergebnisse des National Survey on Lifestyle Preferences

Happiness and its Determinants in Japan:
An Economic Analysis of the Results of the
National Survey on Lifestyle Preferences

Tim Tiefenbach und Florian Kohlbacher

Happiness economics has become an established field of research, and happiness and life satisfaction are increasingly considered important policy goals by governments around the globe. The Japanese government follows this trend by regularly collecting data on personal happiness and its determinants through nationwide surveys. This paper has two purposes. First, it provides an overview of the state of the field of happiness economics in Japan by drawing on the literature published in Japanese in addition to publications in international journals. Second, the paper analyses data from the fiscal year 2010 National Survey on Lifestyle Preferences to determine the factors correlated with personal happiness in Japan. Overall, results confirm relationships established by previous studies in the field of happiness economics, such as the correlation between income and happiness. In addition, this study also provides new insights into relationships neglected by previous research, such as the negative impact of perceived loneliness. As the survey was conducted at the end of fiscal year 2010 in March 2011 it also provides the unique opportunity to check whether responses differ before and

after the Great East Japan Earthquake of March 11. Results indicate that a statistically significant drop in happiness after March 11 cannot be observed.

1. Einleitung

Die Themen Glück und Lebenszufriedenheit nehmen im globalen wissenschaftlichen, wie in der Folge auch im politischen Diskurs, einen immer stärkeren Stellenwert ein. Die japanische Regierung trägt diesem Trend Rechnung, indem sie seit dem Fiskaljahr 2009 in der National Survey on Lifestyle Preferences (NSLP; *kokumin seikatsu senkōdo chōsa*)¹ Fragen zum subjektiven Glücksempfinden und dessen Einflussfaktoren in den Mittelpunkt der Befragung gestellt hat. Im vorliegenden Artikel werden die aktuellen Ergebnisse der Befragung aus dem Fiskaljahr 2010 innerhalb einer glücksökonomischen Untersuchung² erörtert. Dazu werden die erhobenen Daten statistisch analysiert und in Bezug zu anderen internationalen und japanspezifischen Studien gesetzt. Aufgrund der Vielzahl an Variablen, die innerhalb der Befragung erfasst werden, ermöglicht die Analyse nicht nur eine Bestätigung bereits etablierter Ergebnisse in der Glücksforschung, sondern bietet darüber hinaus auch ein besseres Verständnis bislang nur wenig erforschter japan-spezifischer Zusammenhänge.

Der Artikel ist wie folgt aufgebaut: Nach einer kurzen Einführung in die ökonomische Glücksforschung wird auf den gegenwärtigen Stand der Forschung eingegangen, wobei der Schwerpunkt hier auf japanspezifische Studien gelegt wird, die nicht bereits in internationalen Überblicksartikeln erfasst sind. Im nächsten Abschnitt werden die der vorliegenden Studie zugrunde liegenden Daten analysiert. Im Anschluss daran werden die gewonnenen Ergebnisse diskutiert. Hierbei wird einerseits untersucht, wie sich die in der ökonomischen Glücksforschung identifizierten Standardeinflussfaktoren (wie z.B. Einkommen, Geschlecht, Alter usw.) auf das subjektive Glücksempfinden in Japan auswirken. Dabei zeigt sich ein weitestgehend konsistentes Bild im Vergleich zu anderen internationalen Studien. Weiterhin werden die für diese japanische Befragung spezifischen Faktoren, wie Einsamkeitsempfinden, Aktivitäten als Freiwilligenhelfer und Spendenverhalten, etc. analysiert.

1. Die NSLP ist eine Befragung, die jährlich vom Kabinettsbüro in Auftrag gegeben wird.
2. Die Entscheidung, eine glücksökonomische Untersuchung durchzuführen, begründet sich a) in der Datenlage, b) dem Stand der japanischen Glücksforschung, und c) im Fachbereich der Autoren. Da glücksökonomische Analysen aber auch durch Konzepte und Erkenntnisse anderer Fachbereiche informiert werden, sind aufgrund der Auswahl dieses Ansatzes keine Einschränkungen zu erwarten.

Die Ergebnisse der Studie bieten dabei Einblick in einen relativ neuen Bereich der ökonomischen Glücksforschung, wobei insbesondere die Unterschiede zu den wenigen existierenden internationalen Studien von Interesse sind. Aufgrund der Tatsache, dass der 11. März 2011 in den Befragungszeitraum fiel, ergibt sich die Möglichkeit, abschließend einen kurzen Ausblick auf die erwarteten Auswirkungen der Dreifach-Katastrophe auf das subjektive Glücksempfinden zu geben sowie diese Ergebnisse mit denen anderer Untersuchungen zum 11. März zu vergleichen. Der Artikel schließt mit einem Fazit, in dem die wesentlichen Punkte zusammengefasst werden.

2. Ökonomische Glücksforschung

2.1 Definition

In den letzten Jahrzehnten wurden in der Psychologie verschiedene Methoden zur Erfassung von »subjektivem Wohlbefinden« entwickelt. Subjektives Wohlbefinden stellt einen Überbegriff dar, unter dem verschiedene Konzepte der individuellen Evaluierung des eigenen Lebens verstanden werden (MACKERRON 2012). In der ökonomischen Glücksforschung wird innerhalb des sog. subjektiven Befragungsansatzes (*reported subjective well-being*) meist nur zwei Konzepten nähere Beachtung zuteil: dem subjektiven Glücksempfinden (*happiness*) sowie der persönlichen Lebenszufriedenheit (*life satisfaction*). Das grundlegende Vorgehen dieses Ansatzes besteht darin, eine repräsentative Auswahl von Personen nach ihrer Gesamtzufriedenheit mit ihrem Leben (bzw. nach ihrem Glücksempfinden) zu befragen und die Antwort anhand einer vordefinierten Skala numerisch zu erfassen. Obwohl in den meisten Studien eher nach der persönlichen Lebenszufriedenheit als nach dem subjektiven Glücksempfinden gefragt wird, hat sich in der Literatur die Bezeichnung *Happiness Economics* etabliert.

Der ökonomische Teil der Untersuchung besteht schließlich in der statistischen Analyse der erhobenen Daten, da hier die Standardwerkzeuge der Ökonometrie Verwendung finden. Das Ziel solcher statistischen Analysen ist es, die tieferliegenden Determinanten zu identifizieren, die das Glücksniveau der Befragten maßgeblich beeinflussen. Dazu werden in den Umfragen neben sozio-demografischen und persönlichen Merkmalen noch jeweils weitere für die jeweilige Studie relevante Faktoren erfasst.

2.2 Abgrenzungen

Nachdem oben herausgestellt wurde, was unter ökonomischer Glücksforschung zu verstehen ist, soll kurz erläutert, wie diese von anderen Forschungsrichtungen innerhalb des äußerst interdisziplinären Feldes der Glücksforschung abzugrenzen ist. Obwohl noch keine offizielle Definition ökonomischer Glücksforschung existiert, lassen sich aufgrund der erschienen Artikel induktiv eine Reihe von Merkmalen identifizieren. So stellen z.B. DOLAN, PEASGOOD und WHITE fest (2008: 96), dass die in der psychologischen Glücksforschung erschienenen Artikel meistens Studien von kleinerem Umfang sind, in denen eine Reihe von Faktoren analysiert werden, die von psychologischem Interesse sind (z.B. Persönlichkeit) und deren Ergebnisse sich daher nur schwer verallgemeinern lassen. Dementsprechend behandelt die ökonomische Glücksforschung vor allem groß angelegte Studien, die nicht nur spezifische Einzelgruppen, sondern ein repräsentatives Abbild der Gesellschaft erfassen und deren Ergebnisse sich deshalb einfacher generalisieren lassen. Weiterhin wurde oben bereits herausgestellt, dass die ökonomische Glücksforschung sich vor allem auf die Konzepte des subjektiven Wohlbefindens und Glücksempfindens konzentriert. Die Konzepte des Wohlbefindens oder Glücks werden in der Psychologie hingegen meistens noch in tiefere Bereiche aufgegliedert, wobei manche Studien sich ausschließlich mit einem Teilaspekt der Lebenszufriedenheit beschäftigen (z.B. PLAGNOL 2011).

3. Stand der Forschung

Aufgrund der Tatsache, dass das Ausmaß an Artikeln zur ökonomischen Glücksforschung in den letzten zehn Jahren rasant angewachsen ist, ist es innerhalb dieses Beitrags noch nicht einmal möglich, auch nur die wichtigsten Werke kurz zu skizzieren. Stattdessen wird an dieser Stelle lediglich auf eine Reihe von Überblicksartikeln und einführenden Monografien verwiesen, die dem interessierten Leser die Möglichkeit bieten, sich tiefer in die Materie einzulesen (BLANCHFLOWER und OSWALD 2011; BRUNI und PORTA 2007, 2009; DOLAN, PEASGOOD und WHITE 2008; FREY und FREY MARTI 2010; FREY et al. 2008; FREY und STUTZER 2002; MACKERRON 2012, POWDTHAVEE 2007; VAN PRAAG und FERRER-I-CARBONELL 2008).

In der japanspezifischen Literatur finden sich eine Reihe von Autoren, die über die letzten Jahre hinweg Journalartikel und Arbeitspapiere in englischer sowie in japanischer Sprache im Bereich der Glücksökonomik veröffentlicht haben. Hierbei

lassen sich vier Hauptthemen herausstellen, denen ein Großteil der Artikel gewidmet ist:

1. Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsverhältnisse
Neben klassischen Studien zum Einfluss von Arbeitslosigkeit auf das Glücksempfinden (ŌTAKE 2004, 2012), findet sich auch eine sehr detaillierte Studie, in der die Glücksdeterminanten von irregulären Beschäftigten untersucht werden (KUME et al. 2011). Schließlich wird der Einfluss verschiedener Beschäftigungsverhältnisse auch innerhalb internationaler Vergleichsstudien analysiert (ASANO und KENJŌ 2011; SANO und ŌTAKE 2007).
2. Regionale Armut und Einkommensungleichheit
Insbesondere im Rahmen der Diskussion um gesellschaftliche Disparitäten, die in den letzten Jahren in Japan entbrannt ist, thematisiert eine Reihe von Studien den Einfluss von Einkommensungleichheit auf die Lebenszufriedenheit sowie die regionalen Unterschiede zwischen Einkommen und Glück (KOBAYASHI 2010; MORIKAWA 2010; OSHIO 2010; OSHIO und KOBAYASHI 2009, 2011; ŌTAKE und TOMIOKA 2010; TSUJI 2011; URAKAWA und MATSU'URA 2007a, 2007b; YAMANE, YAMANE und TSUTSUI 2008).
3. Easterlin-Paradox und relatives Einkommen
Ein weiterer Schwerpunkt innerhalb der japanisch-spezifischen Literatur bildet das Easterlin-Paradox, d.h. die Feststellung, dass materieller Wohlstand nicht zu einem höherem Glücksempfinden sowie einer höheren Lebenszufriedenheit führt, und die damit zusammenhängende Frage nach dem Einfluss von relativem Einkommen (OSHIO et al. 2011; SODEKAWA und TANABE 2007; STEVENSON und WOLFERS 2008: 46–56; SUZUKI 2009; TSUTSUI 2009; TSUTSUI und ŌTAKE 2012).
4. Allgemeine Einflussfaktoren auf die Lebenszufriedenheit
Schließlich existiert eine Reihe von Studien, die auf allgemeiner Ebene die Haupteinflussfaktoren auf Glück und Lebenszufriedenheit in Japan herausstellt, wobei in einigen Studien auch ein internationaler Vergleich dieser allgemeinen Determinanten angestellt wird (IDA 2007; INOGUCHI und FUJI'I 2009; KUME 2009; KUSAGO 2007, 2008; OSHIO et al. 2011; TSUTSUI, ŌTAKE und IKEDA 2010).

Neben den oben genannten Themen finden sich sozio-politische Studien, die unter anderem den Einfluss von Vertrauen (TOKUDA und INOGUCHI 2008), Wahlsiegen (TSUTSUI, KIMBALL und ŌTAKE 2010) und Sozialkapital (MATSUMOTO 2010) auf die Lebenszufriedenheit in Japan untersuchen. Schließlich wird auch dem Thema Familie Beachtung geschenkt. So existiert einerseits eine Studie, in der die Lebenszufriedenheit von Verheirateten untersucht wird (SCHULTZ LEE und ONO

2008), andererseits findet sich eine Studie, in der Merkmale der Kindererziehung in Zusammenhang zur Lebenszufriedenheit von Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren gesetzt werden (SHIRAISHI und SHIRAISHI 2007).

Im Hinblick auf die oben skizzierte thematische Eingliederung existierender japanspezifischer Studien ist der vorliegende Artikel in die Kategorie der Untersuchungen zu allgemeinen Faktoren des Glücksempfindens einzuordnen (siehe Punkt 4 oben). Der Artikel geht jedoch über die zitierten Studien hinaus, da er einerseits auf sehr aktuellen Daten beruht und andererseits Variablen, wie Hausbesitz, Freiwilligenaktivitäten und Einsamkeit mit einschließt, deren Zusammenhänge nicht nur in der japanspezifischen, sondern auch in der internationalen Glücksforschung noch nicht sehr weit erforscht sind.

4. Empirische Untersuchung und Datenanalyse

Die vorliegende Studie analysiert mittels einer statistischen Regressionsanalyse die innerhalb des Fiskaljahrs 2010 erhobenen Daten der NSLP. Die Analyse ist an der internationalen sowie japanspezifischen ökonomischen Glücksforschung ausgerichtet, um zumindest eine gewisse Vergleichbarkeit gewährleisten zu können. Da es sich allerdings um einen nicht selbst erhobenen Datensatz handelt und das japanische Kabinettsamt als Auftraggeber keine wissenschaftliche Zielsetzung bei der Entwicklung des Fragebogens verfolgt haben dürfte, können die Autoren dieses Beitrags nur mit den tatsächlich erhobenen Variablen arbeiten, wobei die Möglichkeit zur Formulierung konkreter Hypothesen stark eingeschränkt ist. Aus diesem Grunde hat der vorliegende Beitrag explorativen Charakter und verzichtet auf die Formulierung konkreter Hypothesen. Forschungsfrage ist, welche der Variablen aus der vorliegenden Befragung einen Einfluss auf das persönliche Glücksempfinden haben und in welchem Ausmaß. Auf die für die vorliegende Untersuchung relevanten Studien aus der Literatur wird im Diskussionsteil im Einzelnen eingegangen.

In der Analyse wird das persönliche Glücksempfinden³ – in der Umfrage erhoben anhand einer Skala von 0 bis 10 – als abhängige Variable gewählt und anhand einer Reihe von sozio-demografischen und persönlichen Faktoren erklärt. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Analyse dargestellt. Für diese wurde die

3. In der japanischen Frage wird das Wort *shiwase* für Glück verwendet. Es sei hier nur kurz darauf hingewiesen, dass die Wortwahl durchaus einen Einfluss auf die Antwort oder das Antwortverhalten haben kann. Zum Thema Glücksbegriffe in der japanischen Sprache siehe COULMAS (2009, 2010); zu Unterschieden zwischen Glücksbegriffen in anderen Sprachen siehe COULMAS et al. (2012).

Methode der kleinsten Quadrate (OLS) als Regressionsverfahren verwendet. Das Regressionsmodell enthält die sozio-demografischen Variablen der Einkommensklasse, des Geschlechts, des Alters, der Anzahl und des Alters der Kinder sowie zusätzlich eine Variable, die anzeigt, ob der Befragte mit seinem Ehepartner zusammen wohnt. Weiterhin enthält es Variablen zum Beschäftigungsstatus, zu Freiwilligendienst- und Spendenaktivitäten sowie zu gesellschaftlichem und politischem Engagement. Außerdem wird mit einer Variablen kontrolliert, ob der Fragebogen vor oder nach dem 11. März 2011 eingesammelt wurde. Schließlich wird auch die Größe der Stadt sowie die Präfektur, in der die Befragten wohnen, vermerkt. Für eine detaillierte Analyse mit mehr Variablen und verschiedenen Regressionsmodellen sei auf TIEFENBACH und KOHLBACHER (2012) verwiesen.

Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse der OLS-Regression sowie die damit verbundenen Koeffizienten und ihre Signifikanzniveaus. Eine Erörterung und Diskussion der Ergebnisse erfolgt im nächsten Kapitel. Mit einem angepassten Bestimmtheitsmaß (R-Quadrat) von 0,26 erklärt das vorliegende Regressionsmodell 26 Prozent der Varianz im persönlichen Glücksempfinden der Befragten. Dies ist ein relativ hoher Wert im Vergleich zu anderen nationalen und internationalen Studien und bestärkt uns in der Auffassung, dass unsere Studie einen neuen Beitrag zum Stand der ökonomischen Glücksforschung leistet. Aus Platzgründen werden die Ergebnisse hier im Text nicht nochmals beschrieben – der Leser sei hier auf die Tabelle verwiesen –, sondern direkt im Lichte der Literatur diskutiert.

Glücksempfinden Unabhängige Variable	Abhängige Variable Koeffizienten
Einkommen sehr niedrig	-0,524**
Einkommen niedrig	-0,358***
Einkommen mittel	Referenzgruppe
Einkommen hoch	0,334***
Einkommen sehr hoch	0,812***
Mann	Referenzgruppe
Frau	0,452***
Ohne Ehepartner lebend	Referenzgruppe
Mit Ehepartner lebend	0,593***
15-19-Jährige	0,561
20-24-Jährige	0,386
25-29-Jährige	0,715***

30-34-Jährige	0,639***
35-39-Jährige	0,256
40-44-Jährige	0,631***
45-49-Jährige	Referenzgruppe
50-54-Jährige	0,331*
55-59-Jährige	0,471**
60-64-Jährige	0,412*
65-69-Jährige	0,365*
70-74-Jährige	0,671***
75-79-Jährige	0,488*
Eigentümer	0,280**
Firmenangestellter	Referenzgruppe
Firmenang. (Manager)	0,178
Beamter	0,308+
Vorstand (Privatuntern.)	0,025
Angestellter oder Vorstand einer Organisation	0,095
Selbständiger	-0,355**
Irregulär Beschäftigte	-0,332**
Hausfrau	0,082
Student	0,503+
Ohne Arbeit	-0,056
Freiwill.-Arbeit im Monat	0,034**
Inanspruchnahme von Freiwilligenarbeit	0,147
Spenden	0,185*
Soziales Engagement	-0,017
Pol. Partizipation (in Familie)	-0,219**
Einsamkeit	-0,789***
Arbeitsloser in Familie	-0,663***
Kinder über 20 J.	-0,065
Oberschulkinder und Studenten unter 20 J. (16 – 19 Jahre)	-0,078
Grund- und Mittelschulkinder (6-15 Jahre)	0,040
Kinder unter 6 J.	0,282***
Nach dem 11. März	-0,028

Kontrolliert nach Stadtgröße	ja
Kontrolliert nach Pfäfektoren	ja
Beobachtungen	2.822
Angepasstes R-Quadrat	0,260

Tabelle: OLS-Regression mit persönlichem Glücksempfinden als abhängiger Variable. Signifikanzniveaus des zweiseitigen T-Tests: + $p \leq 10\%$; * $p \leq 5\%$; ** $p \leq 1\%$; *** $p \leq 0,1\%$.

5. Diskussion der Ergebnisse

5.1 Klassische sozio-demografische Variablen

Bezüglich der klassischen sozio-demografischen Variablen, die in den meisten Umfragen zur Lebenszufriedenheit bzw. zum persönlichen Glücksempfinden gestellt werden, zeigen die oben dargestellten Ergebnisse weitestgehend ähnliche Korrelationen wie sie in anderen japanspezifischen Studien sowie in der internationalen Literatur nachgewiesen werden. Im Folgenden werden die einzelnen Variablen näher diskutiert.

Einkommen

Die vier Variablen der Klasse des Haushaltseinkommens sind statistisch hoch signifikant, wobei sie zudem einen hohen Koeffizienten aufweisen. Im Vergleich zu Personen mit mittlerem⁴ Einkommen sind Personen mit niedrigem⁵ Einkommen im Durchschnitt 0,36 Punkte⁶ unglücklicher, während Personen mit hohem⁷ Einkommen im Durchschnitt 0,33 Punkte glücklicher sind. Vergleicht man die mittlere Einkommensklasse mit den beiden Klassen der sehr niedrigen⁸ und sehr hohen⁹ Einkommen, dann betragen die Koeffizienten 0,52 Glückspunkte für sehr niedrige und 0,81 für sehr hohe Einkommen. In der internationalen Literatur finden sich

4. 3.000.000 bis 5.000.000 Yen im Jahr.
5. 1.000.000 bis 3.000.000 Yen im Jahr.
6. »Punkte« beziehen sich auf die Punkte der Skala der Frage nach dem persönlichen Glücksempfinden (0–10).
7. 5.000.000 bis 10.000.000 Yen im Jahr.
8. Null bis 1.000.000 Yen im Jahr.
9. Über 10.000.000 Yen im Jahr.

ähnliche Ergebnisse in etlichen Querschnittsstudien (vgl. CLARK, FRIJTERS und SHIELDS 2008: 97). Eine der wenigen japanspezifischen Studien, deren Ergebnisse mit denen der vorliegenden Untersuchung vergleichbar sind, ist KUSAGO (2007: 99).¹⁰ Kusago verwendet ähnliche – jedoch differenziertere – Einkommensklassen auf die er ebenfalls eine OLS-Regression anwendet, allerdings untersucht er als abhängige Variable die Lebenszufriedenheit. Hier betragen die Koeffizienten der niedrigsten und höchsten Klasse im Vergleich zur mittleren Einkommensgruppe ca. -0,43 und 0,47 Glückspunkte (für die Daten von 2002), was für die niedrigste Klasse nahe am hier erzielten Ergebnis liegt. Für die höchste Einkommensklasse ist der Koeffizient in der vorliegenden Studie aber deutlich höher. ÔTAKE (2012) verwendet Daten aus der gleichen Befragung wie die vorliegende Studie, allerdings aus den Jahren 1981–1999, wobei er keine Einteilung in Einkommensklassen vornimmt, sondern das Haushaltseinkommen als logarithmische Variable verwendet. Auch hier kann eine eindeutig statistisch signifikante positive Korrelation zwischen Einkommen und Glücksempfinden nachgewiesen werden (vgl. auch ÔTAKE 2004: 67). Ähnliche Ergebnisse bezüglich der Korrelation von Einkommen und Glücksempfinden bzw. Lebenszufriedenheit finden sich bei einem Großteil der japanspezifischen Studien (ASANO und KENJÔ 2011: 22–23; HOMMERICH 2012; KUME 2009: 39; KUME et al. 2011: 26; MORIKAWA 2010: 24; OSHIO und KOBAYASHI 2011: 643; SHIRAIISHI und SHIRAIISHI 2007: 36; UEDA 2010: 146). Abweichende Ergebnisse finden sich lediglich zum Teil bei OSHIO und KOBAYASHI (2010: 1363), wo nur die hohe Einkommensklasse (von insgesamt drei Klassen) statistisch signifikant glücklicher ist als die niedrigste Einkommenskatgorie. Weiterhin können INOGUCHI und FUJI'I (2009) in ihrer Studie überhaupt keinen Zusammenhang zwischen Haushaltseinkommen und subjektivem Wohlbefinden herstellen.

Geschlecht

Neben der Klasse des Haushaltseinkommens ist auch das Geschlecht eine robuste Variable. Frauen sind ungefähr 0,45 Punkte glücklicher als Männer. In internationalen Studien finden sich ebenfalls vorwiegend Ergebnisse, die Frauen als glücklicher beschreiben. Obwohl die Ergebnisse zwar häufig statistisch signifikant sind, wird der Einfluss der Gender-Variablen meistens als schwach ausgewiesen, was den hier gewonnen Ergebnissen widerspricht.¹¹ Die meisten japanspezifischen Studi-

10. Die meisten anderen Studien verwenden Ordered-Probit-Regressionen, bei denen sich die Koeffizienten nicht so einfach interpretieren lassen, und die darüber hinaus – mit Ausnahme der Vorzeichen – nicht mit den Koeffizienten der OLS-Regression vergleichbar sind.

11. Siehe z.B. für eine Untersuchung von Zeitreihen aus den USA und Großbritannien BLANCHFLOWER und OSWALD (2004: 1366) oder FREY und STUTZER (2002: 54) sowie VAN PRAAG und

en hingegen zeigen nicht nur, dass Frauen statistisch signifikant glücklicher sind als Männer, sondern belegen darüber hinaus auch, dass der Einfluss der Gender-Variablen auf Glücksempfinden und Lebenszufriedenheit durchaus hoch ist (KUSAGO 2008: 107; ŌTAKE 2004: 67, 2012: 72; SANO und ŌTAKE 2007: 9; TSUIJI 2010: 13–14; URAKAWA und MATSU'URA 2007a: 29). YAMANE, YAMANE und TSUTSUI (2008: 26) finden ähnlich wie in der internationalen Literatur nur einen schwachen Koeffizienten, während OSHIO und KOBAYASHI (2010: 1363) eine nur sehr geringe statistische Signifikanz feststellen. Keine statistische Signifikanz zeigt die Gender-Variable hingegen bei OSHIO et al. (2011: 363) sowie bei HOMMERICH (2012).

Zusammenleben mit dem Ehepartner

Die in dieser Studie verwendete Befragung weist den Nachteil auf, dass sie keine separate Frage zum Familienstand beinhaltet. Stattdessen ist es innerhalb der Frage, ob man alleine oder mit anderen Personen zusammen wohnt, möglich, anzugeben, ob man mit dem Ehepartner zusammenlebt. Personen, die mit dem Ehepartner zusammen wohnen, sind ca. 0,59 Punkte glücklicher, was ebenfalls einen beträchtlichen Effekt darstellt. In der internationalen Literatur wird vor allem die Variable des Ehestatus untersucht, wobei in Querschnittstudien meist gezeigt werden kann, dass verheiratete Personen glücklicher sind als unverheiratete (FREY et al. 2008: 88). In Längsschnittstudien wird jedoch gezeigt, dass die Effekte der Änderung des Ehestatus nicht von Dauer sind, was in Widerspruch zu den Ergebnissen der Querschnittstudien steht (LUCAS und CLARK 2006; LUCAS et al. 2003; STUTZER und FREY 2006). Bei LUCAS und CLARK (2006) findet sich eine der wenigen Zeitreihenanalysen, die neben dem Ehestatus auch kontrollieren, ob die Personen mit ihrem Partner zusammenleben. Obwohl die Variable statistisch signifikant ist, weist sie einen nur sehr niedrigen Koeffizienten auf, weshalb der Großteil der Glückseffekte dem Ehestatus an sich zuzurechnen sind. In der japanspezifischen Literatur finden sich vornehmlich Querschnittstudien, in denen lediglich nach dem Ehestatus gefragt wird. Dieser ist in fast allen Untersuchungen statistisch signifikant und weist einen relativ hohen Koeffizienten auf (KUME et al. 2011: 26; KUSAGO 2007: 99, 2008: 107; KUSAGO, OSHIO und KOBAYASHI 2011: 643; OSHIO et al. 2011: 363; OSHIO und KOBAYASHI 2009: 20, 2010: 1363; TSUIJI 2010: 13–14; YAMANE, YAMANE und TSU-

FERRER-I-CARBONELL (2008:132). Allerdings finden sich auch Studien, die keine statistisch signifikanten Einfluss der Gender-Variablen feststellen können, wie z.B. bei HAYO und SEIFERT (2003: 339–340), die Daten zu Osteuropa untersuchen. STEVENSON und WOLFERS (2009) stellen die These auf, dass die Lebenszufriedenheit von Frauen in den USA über die Jahre hinweg einen negativen Trend beschreibt, allerdings wird die These von HERBST (2011) widerlegt.

TSUI 2008: 26;). Lediglich UEDA (2010: 146) kann keinen Effekt auf die Lebenszufriedenheit feststellen.

Alter

Neben Einkommen, Geschlecht und dem Status des Zusammenlebens mit dem Ehepartner ist auch das Alter ein wichtiger Einflussfaktor auf das individuelle Glücksempfinden. In der vorliegenden Analyse wurden 13 Altersklassen gebildet, wobei die Gruppe der 45- bis 49-Jährigen als Referenzgruppe gewählt wurde. Im Vergleich zu dieser sind alle anderen Altersgruppen mehr oder weniger glücklich, wobei die Ergebnisse unterschiedliche Grade an statistischer Signifikanz aufweisen. Kontrolliert man nicht die einzelnen Altersklassen, sondern lediglich das Alter an sich (nicht in Tabelle 1 zu sehen), dann zeigt sich ein negativer Trend im persönlichen Glücksempfinden mit zunehmendem Alter. Anhand der vorliegenden Analyse lässt sich jedoch auf einen u-förmigen Glückseffekt des Alters schließen, d.h. dass die Altersklasse der 45- bis 49-Jährigen am unglücklichsten ist und dass die jüngeren und älteren Altersklassen mit zunehmender Altersdifferenz zur Altersklasse der 45- bis 49-Jährigen relativ gesehen glücklicher sind. Lediglich die 30- bis 34-Jährigen sowie die 40 bis -44-Jährigen stechen aus dieser Form heraus, da sie glücklicher sind, als es eine reine U-Form vermuten lässt. Weiterhin ist die U-Form leicht geneigt, da im Trend ein negativer Effekt des Alters festgestellt wird, d.h. dass die jüngsten Altersklassen relativ gesehen glücklicher im Vergleich zur Referenzgruppe sind, als die ältesten Altersklassen. In der internationalen Literatur wird der u-förmige Effekt des Alters bestätigt, wobei dies vor allem in ökonomischen Studien der Fall ist (BLANCHFLOWER und OSWALD 2008; FREY und STUTZER 2002: 53; OSWALD 1997). Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass alte Menschen im Durchschnitt durchaus glücklicher sein können – wie Studien aus der Psychologie belegen (EASTERLIN 2006). Diese scheinbare Diskrepanz ist darauf zurückzuführen, dass in ökonomischen Analysen wie der vorliegenden, viele andere Effekte kontrolliert werden, weshalb lediglich der »reine« Alterseffekt u-förmig verläuft.¹² Tatsächlich können alte Menschen im Durchschnitt glücklicher sein, da sie evtl. besser finanziell abgesichert sind oder über mehr Freizeit verfügen. In der japanspezifischen Literatur finden sich verschiedene Ergebnisse bezüglich der Glückseffekte des Alters, eine nähere Erörterung findet sich bei TIEFENBACH und KOHLBACHER (2012).

12. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass es in Querschnittstudien in der Regel nicht möglich ist, Alterseffekte von Kohorten- oder Periodeneffekten zu unterscheiden.

Kinder

In der vorliegenden Analyse werden die Anzahl sowie das Alter der Kinder berücksichtigt. Es zeigt sich eine statistisch signifikant positive Korrelation zwischen der Anzahl der Kinder unter 6 Jahren und dem persönlichen Glücksempfinden, wobei zusätzlich auch die Anzahl der Kinder, die die Grund- und Mittelschule besuchen, eine schwache positive Korrelation aufweisen (statistisch allerdings nicht signifikant). In der internationalen Literatur werden abhängig von dem untersuchten Land sowie dem gewählten Indikator des subjektiven Wohlbefindens sehr unterschiedliche Effekte von Kindern auf das Glücksempfinden und die Lebenszufriedenheit herausgestellt (DOLAN, PEASGOOD und WHITE 2008: 107). In den japan-spezifischen Studien wird oftmals nicht nach Anzahl und Alter der Kinder kontrolliert. In den Studien, die lediglich die Anzahl der Kinder kontrollieren, findet sich keine statistisch signifikante Korrelation zum persönlichen Glücksempfinden (KUME et al. 2011: 26; OSHIO und KOBAYASHI 2010: 1363). Dies ändert sich, wenn einerseits zwischen Männern und Frauen unterschieden wird. Hier zeigt sich, dass Frauen bei steigender Kinderanzahl unglücklicher werden, wobei die steigende Kinderanzahl auf Männer keine Effekte hat (URAKAWA und MATSU'URA 2007a: 29, 2007b: 65–66). Kontrolliert man weiterhin noch das Alter der Kinder, dann zeigt sich z.B. bei KUME (2009: 39), dass Kinder unter sechs Jahren mit dem persönlichen Glücksempfinden positiv korreliert sind, wobei Kinder zwischen 7–22 Jahren nur bei Frauen eine negative Korrelation aufweisen. Unterscheidet man in der vorliegende Studie ebenfalls zwischen Männern und Frauen, zeigt sich (nicht in Tabelle 1 enthalten), dass bei beiden die Anzahl der Kinder unter sechs Jahren positiv mit dem Glücksempfinden korreliert ist, während lediglich bei Frauen die Anzahl der Kinder zwischen 16–19 Jahren eine *negative* Korrelation zeigt.

Beschäftigungsverhältnisse

Bezüglich verschiedener Beschäftigungsverhältnisse wurde in der vorliegenden Untersuchung die Klasse der einfachen Firmenangestellten als Referenzgruppe gewählt. Im Vergleich zu dieser sind lediglich Beamte sowie Studenten schwach statistisch signifikant glücklicher. Selbstständige und irregulär Beschäftigte, die wiederum Teilzeitangestellte (*pāto*), Zeitarbeiter (*haken shain*) sowie Aushilfen (*arubaito*) umfassen, sind statistisch signifikant unglücklicher. Menschen ohne Arbeit sind überraschenderweise nicht statistisch signifikant unglücklicher, was jedoch daran liegt, dass ein Großteil dieser Gruppe wahrscheinlich keine Arbeit sucht, da sie bereits über 60 Jahre sind.¹³ Die Variable der Arbeitslosigkeit wurde in der analysier-

13. So sind in der vorliegenden Untersuchung von 569 Personen, die keine Arbeit ausführen, 453 Personen 60 Jahre und älter.

ten Umfrage nicht in Bezug auf das Individuum, sondern bezüglich der gesamten Familie gestellt, was aufgrund der Anzahl von Haushalten mit nur einem Einkommen durchaus sinnvoll erscheint. Diese Variable ist statistisch hoch signifikant und weist darüber hinaus mit $-0,66$ Punkten einen sehr hohen Koeffizienten auf.

Innerhalb der internationalen Literatur wird bezüglich unterschiedlicher Beschäftigungsverhältnisse vor allem den Effekten von Selbstständigkeit und Arbeitslosigkeit Beachtung geschenkt. Während bezüglich letzterer – konsistent mit den vorliegenden Ergebnissen – festgestellt wird, dass Arbeitslose wesentlich unglücklicher sind als Arbeitende, zeigen Selbstständige – anders als in der vorliegenden Untersuchung – in internationalen Analysen generell eine höhere Lebenszufriedenheit, allerdings wird jedoch in den meisten Studien lediglich die Jobzufriedenheit als Unteraspekt dieser untersucht. Bezüglich Selbstständiger und irregulär Beschäftigten liegen in der japanspezifischen Glücksliteratur unterschiedliche Ergebnisse vor. Einerseits existieren Studien, welche die negativen Effekte von Selbstständigkeit und irregulärer Beschäftigung auf das Glücksempfinden und die Lebenszufriedenheit bestätigen (OSHIO et al. 2011: 363; TSUIJI 2010: 13–14; URAKAWA und MATSU'URA 2007a: 29; YAMANE, YAMANE und TSUTSUI 2008: 26). Andererseits zeigen andere Studien keine statistisch signifikanten Korrelationen bezüglich der beiden Variablen (OSHIO und KOBAYASHI 2011: 643; TSUIJI 2010: 13–14; URAKAWA und MATSU'URA 2007a: 29). Diese unterschiedlichen Ergebnisse lassen sich teilweise durch den Einfluss ausgelassener Variablen erklären, was sich an der Studie von KUME et al. (2011: 26) zeigt, die bei ihrer Untersuchung des Glücksempfindens von irregulären Beschäftigten herausfinden, dass nicht die Art des Beschäftigungsverhältnisses, sondern vor allem die *Vertragslänge* eine negative Korrelation aufweist. Während bezüglich der Variablen »ohne Arbeit« unterschiedliche Ergebnisse erzielt werden, wird die negative Korrelation von Arbeitslosigkeit und Glücksempfinden in den meisten Studien bestätigt.¹⁴

14. Siehe zur Variable »ohne Arbeit« SANO und ÔTAKE (2007: 9) und URAKAWA und MATSU'URA (2007a: 29) für eine negative Korrelation sowie TSUIJI (2010: 13–14) für eine positive Korrelation bei Personen über 60 Jahren. Selbst bei einer Unterteilung des vorliegenden Samples in die Altersgruppen bis 60 und über 60 Jahre konnten diese Ergebnisse nicht reproduziert werden. Siehe für eine negative Korrelation von Arbeitslosigkeit und Glücksempfinden bzw. Lebenszufriedenheit OSHIO und KOBAYASHI (2010: 1363 und 2009: 20), TSUTSUI et al. (2010b: 51–52) und YAMANE, YAMANE und TSUTSUI (2008). Siehe für einen nicht statistisch signifikanten Zusammenhang OSHIO et al. (2011: 363) sowie OSHIO und KOBAYASHI (2011: 643). Bei SHIRAIISHI und SHIRAIISHI (2007:36) wird schließlich nicht Arbeitslosigkeit, sondern die Frage, ob man arbeitet, kontrolliert, wobei Arbeitende statistisch signifikant unglücklicher und unzufriedener mit ihrem Leben sind.

5.2 Spezifische Variablen der NSLP

Hausbesitz und Wohnungseigentum

Eine Variable, die in der internationalen Glücksforschung noch nicht sehr umfassend erforscht wurde, ist der Besitz von Wohneigentum (HU 2011). In der vorliegenden Umfrage wurden verschiedene Wohnformen abgefragt, wobei die Autoren Besitzer von Einfamilienhäusern (*ikkodate*) und Besitzer von Eigentumswohnungen zusammengefasst und allen anderen Klassen der Nicht-Eigentümer gegenübergestellt haben.¹⁵ Im Ergebnis zeigt sich, dass Haus- und Wohnungsbesitzer statistisch signifikant um 0,28 Punkte glücklicher sind als die Referenzgruppe. Trotz des relativ schwach ausgeprägten Forschungsstandes zeigt sich in der internationalen Literatur ein konsistentes Bild, dass Hauseigentümer relativ gesehen glücklicher sind (DIAZ-SERRANO 2009; HU 2011; RUPRAH 2010). In der japanspezifischen Literatur überwiegen Studien, die mit den hier präsentierten Ergebnissen sowie der internationalen Forschung konform gehen (KUSAGO 2007: 99; ÔTAKE 2004: 67, 2012: 72; URAKAWA und MATSU'URA 2007a: 29, 2007b: 65–66). Allerdings existieren ebenfalls Studien, in denen die Korrelation zwischen Hauseigentum und Glücksempfinden nicht eindeutig ist bzw. überhaupt keine statistisch signifikanten Auswirkungen auf Glücksempfinden und Lebenszufriedenheit zeigen (TSUIJI 2010: 13–14; TSUITSUI, ÔTAKE und IKEDA 2010: 51–52; UEDA 2010: 146; YAMANE, YAMANE und TSUITSUI 2008: 26).

Freiwilligenarbeit und Spenden sowie soziales und politisches Engagement

Die vorliegende Analyse enthält eine Reihe von Variablen zu Freiwilligenarbeit, Spenden sowie sozialem und politischem Engagement. So wird einerseits erfasst, wie viele Mal im Monat die Befragten an Freiwilligenarbeit teilnehmen. Weiterhin wird mit Ja-Nein-Fragen erfasst, ob sie den Service von Freiwilligenhelfern in Anspruch nehmen oder ob sie Freiwilligenarbeit in Form von Spenden finanziell unterstützen. Die Frage nach der Häufigkeit von Freiwilligenarbeit zeigt eine statistisch signifikante positive Korrelation von 0,03 Glückspunkten pro Einsatz im Monat, was im Vergleich zu den Koeffizienten anderer Variablen relativ gering ist. Die Inanspruchnahme von Freiwilligenarbeit ist nicht statistisch signifikant, dafür aber die Spendentätigkeit, wenn auch nur schwach und mit einem relativ niedrigen Koeffizienten von 0,19. Bezüglich sozialem Engagement wird gefragt, ob die Befragten sich bei lokalen Aktivitäten, wie der Betreuung von Kindern und Pflegebe-

15. Die anderen Kategorien umfassen: Mieter von Häusern, Mieter von Wohnungen, Mieter von öffentlichen Wohnungseinrichtungen, firmengestellte Wohnungen, Zimmer/Untermiete, Wohnheim/Pension/Wohnen am Arbeitsplatz.

dürftigen, Stadterneuerung und -pflege (*machizukuri*), Sportveranstaltungen und anderen Festivitäten, etc. beteiligen, wobei der in der Analyse verwendete Indikator nur diejenigen erfasst, die sich regelmäßig an solchen Veranstaltungen beteiligen. In den hier berechneten Modellen weist diese Variable keine statistische Signifikanz auf, was jedoch darauf zurückgeführt werden kann, dass die Abgrenzung zur zuvor abgefragten Freiwilligenarbeit nicht eindeutig ist und daher eine Korrelation zwischen den Variablen besteht.¹⁶ Bezüglich der politischen Partizipation wird schließlich gefragt, ob man selbst oder eine Person in der Familie Mitglied eines Selbstverwaltungsrats der Gemeinde (*jichikai*) oder eines Nachbarschaftsvereins (*chōnaikai*) ist. Überraschenderweise zeigt diese Variable einen statistisch signifikanten negativen Koeffizienten von $-0,22$. Die internationale Literatur zu den hier erörterten Determinanten ist noch zu schwach ausgeprägt, um eine kritische Bewertung der Ergebnisse vorzunehmen zu können. Bezüglich Freiwilligenarbeit und Spendenverhalten wird in einer Reihe von Studien ebenfalls eine positive Korrelation zu Glück und Lebenszufriedenheit nachgewiesen, während Untersuchungen zur politischen Partizipation zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen (DORN et al. 2008; FREY et al. 2008: 79–86; FREY und STUTZER 2002: 149; MEIER und STUTZER 2007; WEITZ-SHAPIRO und WINTERS 2008).

Einsamkeit

Die für diese Analyse verwendete Befragung enthält eine Frage zum empfundenen Einsamkeitsgefühl in den Bereichen Familie, Nachbarschaft, Arbeitsplatz und Schule. Die Befragten konnten hier auf einer Fünferskala angeben, ob sie sehr oder überhaupt kein Gefühl der Einsamkeit verspüren. Für die Analyse wurde ein Mittelwert aus den vier abgefragten Bereichen gebildet. Im berechneten Modell ist die Variable der Einsamkeit statistisch hoch signifikant negativ mit dem persönlichen Glücksempfinden korreliert. Der Koeffizient beträgt $-0,79$, was relativ gesehen einen der größten Einflussfaktoren darstellt, da bereits die Änderung *einer* Stufe auf der Fünferskala des Einsamkeitsindikators eine Absenkung des Glücksempfindens von $-0,79$ bedeutet. Während der Effekt von Einsamkeit auf das Glücksempfinden in psychologischen Studien – etwas differenzierter – reproduziert werden kann (vgl. SALIMI 2011), stehen die Ergebnisse einer Vergleichsstudie zwischen Australien und Japan den hier dargelegten Resultaten entgegen, da die Autoren bezüglich der japanischen Studienteilnehmer keinen Zusammenhang zwischen Einsamkeit und genereller Lebenszufriedenheit finden konnten (SCHUMAKER et al. 1993).

16. Allerdings zeigen die lokalen Aktivitäten auch dann keine statistische Signifikanz, wenn man die drei Variablen der Freiwilligenarbeit, der Inanspruchnahme von freiwilligen Leistungen sowie der finanziellen Unterstützung von Freiwilligenarbeit (Spenden), aus der Analyse herausnimmt.

5.3 Die Auswirkungen des 11. März

Ursprünglich war die Umfrage für die Zeit zwischen dem 3. und 13. März 2011 geplant. Das Vorgehen bestand dabei darin, dass die Fragebögen den Befragten zuhause persönlich ausgehändigt und erklärt wurden. Dann hatten die Befragten einige Tage Zeit, den Fragebogen durchzulesen und auszufüllen, wonach der Fragebogen anschließend wieder zuhause abgeholt wurde. Aufgrund der Katastrophe vom 11. März hat sich der Einsammlungsprozess wesentlich verzögert – die letzten zwei Fragebögen wurden erst am 29. März zurückgegeben. Insgesamt wurden von 3578 Fragebögen 719 (ca. 20 %) nach dem 11. März (d.h. ab 12. März und später) eingesammelt. Da der Tag der Einsammlung kodiert ist, kann in der Analyse überprüft werden, ob sich die Ergebnisse vor und nach dem 11. März wesentlich voneinander unterscheiden. Aufgrund des immensen Ausmaßes der Katastrophe ist davon auszugehen, dass die Variable des 11. März einen wesentlichen negativen Einfluss auf das Glücksempfinden zeigt. Andererseits erfasst die hier verwendete Variable nur, ob der Fragebogen nach dem 11. März *abgegeben* wurde, dabei ist es durchaus möglich, dass die Befragten den Fragebogen vor dem 11. März ausgefüllt haben, weshalb selbst für den Fall, dass tatsächliche Auswirkungen auf das Glücksempfinden bestehen, diese eventuell nicht in den Daten erkennbar sind.

Die Variable »nach dem 11. März« ist nicht statistisch signifikant, wenngleich aber von der Tendenz her leicht negativ. Aufgegliedert nach Präfekturen sind die Bewohner der von der Katastrophe betroffenen Gebieten – Iwate, Miyagi und Fukushima – zwar um ca. -0,44 bis -0,47 Punkte unglücklicher als die Bewohner der Referenzgruppe von Fukuoka, allerdings ist dieser Unterschied nicht statistisch signifikant. Weiterhin zeigen von der Katastrophe weniger betroffenen Regionen, wie Shiga und Kagawa, sogar höhere negative Effekte von -0,71 und -0,84 und das sogar auf einem statistisch signifikanten Niveau.¹⁷ Dies lässt darauf schließen, dass die beobachteten Effekte tatsächlich den Eigenschaften der Präfekturen und nicht der Katastrophe des 11. März zuzurechnen sind. Um diese Vermutung zu bestätigen, wurde zusätzlich eine Reihe von Fragen analysiert, die nicht in der oben aufgeführten Regression enthalten sind. Einerseits wurden die Teilnehmer der Studie gefragt, welche Ziele die Regierung anstreben sollte, um das gesamtgesellschaftliche Glück zu steigern. Unter 21 möglichen Optionen konnten bis zu fünf gewählt werden, wobei eine der Auswahlmöglichkeiten in »Präventivmaßnahmen bezüglich Katastrophen und Verbrechen« bestand. Obwohl hierin auch »Verbrechen« enthalten sind, ist davon auszugehen, dass diese Kategorie eher von Leu-

17. Die einzelnen Werte der Präfekturen sind aus Platzgründen nicht in Tabelle 1 angegeben.

ten ausgefüllt wurde, die ihren Fragebogen nach dem 11. März eingereicht haben. Vergleicht man wie viele der Befragten vor und nach dem 11. März diese Option gewählt haben, kann man einen statistisch signifikanten Anstieg von 23,85 % auf 27,96 % feststellen.¹⁸

Obwohl die obigen Ausführungen darauf schließen lassen, dass innerhalb der Befragung widererwartend die Auswirkungen des 11. März erfasst wurden, sind die Resultate zu relativieren, da die Antworten einer Reihe ähnlicher Fragen unter Berücksichtigung der Variable des 11. März nicht statistisch signifikant von der Normalverteilung abweichen. Innerhalb der Frage, an welchen Zielen sich die japanische Gesellschaft in Zukunft orientieren sollte, weist weder die Antwort, »in einer umweltfreundlichen Gesellschaft zu leben«, noch die Antwort, »in einer sicheren und sorgenfreien Gesellschaft zu leben«, eine statistische signifikante Abweichung von der Normalverteilung auf, obwohl man auch bei dieser Antwort eine Änderung nach dem 11. März erwartet.

Bislang finden sich nur wenige wissenschaftliche Studien zu den Auswirkungen des 11. März auf das persönliche Glücksempfinden, weshalb die existierende Literatur im Folgenden kurz skizziert werden soll. UCHIDA, TAKAHASHI und KUWAHARA (2011) untersuchen in ihrer internetbasierten psychologischen Vergleichsanalyse, wie sich das Glücksempfinden von 20–39-Jährigen vor und nach dem 11. März verändert hat, wobei sie *im Durchschnitt* für das gesamte Sample betrachtet keine statistisch signifikante Änderung feststellen können (UCHIDA, TAKAHASHI und KUWAHARA 2011: 25–26). In ihrer Analyse unterteilen sie das Sample in Personen, die bei der Bewertung ihres Glückszustandes an die Katastrophe gedacht haben, und solche, die bei der Bewertung keinerlei Assoziationen mit dem Erdbeben hatten, wobei erstere als statistisch signifikant glücklicher ausgewiesen werden können. Auch ISHINO et al. (2012) untersuchen den Einfluss der Katastrophe auf das persönliche Glücksempfinden, wobei sie jedoch trotz ihrer ökonomischen Ausrichtung einen Ansatz wählen, der nicht zu den Standardverfahren der Glücksökonomik zu zählen ist. Innerhalb der Keiō-Haushaltsumfrage, die jährlich durchgeführt wird, haben sie im Juni 2011 eine Sonderumfrage an die über 6.000 registrierten Haushalte der Umfrage geschickt, bei der sie die Teilnehmer bitten, ihr jetziges Glücksempfinden mit dem im Februar 2011 vor der Katastrophe zu vergleichen. Dabei zeigt sich, dass ein Großteil der Befragten (ca. 70 %) keine Änderungen im Glücksempfinden angibt. In den drei stark betroffenen Präfekturen (Miyagi, Iwate und Fukushima) schwankt die Zahl der »Unveränderten« zwischen ca. 40 % und 55 %, wobei die positiven Änderungen im Glücksempfinden in Miyagi und Iwate über-

18. Das Ergebnis des Chi-Quadrat-Tests ist: $X^2(1, N=3578) = 5,1981, p = 0,023$ (d.h. statistisch signifikant auf dem 5 %-Niveau).

wiegen, während in Fukushima die negativen Änderungen mit knapp über 30 % die positiven Glücksänderungen von knapp unter 30 % leicht überwiegen (ISHINO et al. 2012: 12). In der von ihnen berechneten Regressionsanalyse kommt der Dummy-Variablen, die die stark betroffenen Präfekturen kennzeichnet, jedoch nur eine äußerst schwache statistische Signifikanz zu (ISHINO et al. 2012: 21). Schließlich untersucht HOMMERICH (2012) in ihrer soziologischen Untersuchung zu den Auswirkungen des 11. März auf das Vertrauen ebenfalls die Auswirkungen auf das subjektive Wohlbefinden. Ihrer Analyse liegen Umfragen aus den Gebieten Tōhoku und Kantō zugrunde, wobei die Dummy-Variable, die die Kantō-Region kennzeichnet, einen statistisch positiven, jedoch mit einem Koeffizienten von 0,05 nur schwachen Effekt auf das Glücksempfinden zeigt. Während die Gruppe, deren Familie von der Katastrophe betroffen ist, keine statistisch signifikante Korrelation aufweist, zeigt die Frage nach der Angst bezüglich der radioaktiven Kontaminierung von Lebensmitteln einen statistisch hoch signifikanten negativen Effekt auf das persönliche Glücksempfinden (HOMMERICH 2012: 58).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Auswirkungen des 11. März auf das persönliche Glücksempfinden alles andere als eindeutig sind und noch weiter erforscht werden müssen. Während UCHIDA, TAKAHASHI und KUWAHARA (2011) im Durchschnitt keinen signifikanten Effekt auf das Glücksempfinden feststellen, ist bei den Studien von ISHINO et al. (2012) und HOMMERICH (2012) fraglich, inwieweit sich der negative Einfluss der Regionsvariablen ändert, wenn weitere Faktoren berücksichtigt werden – so verwenden beide Studien im Vergleich zur vorliegenden Analyse wesentlich weniger Variablen.

6. Fazit

Innerhalb der vorliegenden Analyse der NSLP konnten folgende Erkenntnisse gewonnen werden. Einerseits wurden die Ergebnisse von internationalen und japanesischen Studien bezüglich der Standardvariablen: Einkommen, Gender, Ehestatus und Arbeitslosigkeit weitestgehend reproduziert werden, d.h. es konnte gezeigt werden, dass (1) ein höheres Haushaltseinkommen mit einem höheren Glücksniveau korreliert ist, (2) Frauen tendenziell glücklicher sind als Männer – in Japan etwas mehr als in anderen Ländern – (3) Personen, die mit ihrem Ehepartner zusammenleben, ebenfalls ein statistisch signifikant höheres Glücksniveau aufweisen und (4) Arbeitslose bzw. Menschen, die einen Arbeitslosen in ihrer Familie haben, wesentlich unglücklicher sind. Bezüglich der in der Literatur nicht konsistenten Ergebnisse zu den Effekten der Variablen Alter, Beschäftigungsverhältnis so-

wie Anzahl und Alter der Kinder wurde festgestellt, dass (5) in Japan ein u-förmiger, leicht negativ geneigter Alterseffekt sichtbar ist, (6) Selbstständige wesentlich unglücklicher sind als Firmenangestellte sowie dass (7) Kinder unter 6 Jahren bei Männern und Frauen positiv mit dem Glücksempfinden korreliert sind, während Kinder zwischen 16–19 Jahren nur bei Frauen eine negative Korrelation aufweisen.

Weiterhin konnte bezüglich der umfrage-spezifischen Variablen gezeigt werden, dass (8) Haus- und Wohnungsbesitzer glücklicher sind als Personen, die in anderen Wohnverhältnissen leben. Bezüglich Freiwilligenarbeit und politischer Partizipation wurde festgestellt, dass (9) Personen einerseits umso glücklicher sind, je öfter sie sich an Freiwilligenarbeit beteiligen, dass sie jedoch andererseits unglücklicher sind, wenn sie oder ein Familienmitglied auf Ebene der Gemeinde politische Partizipation ausübt. Zu den persönlichen Umständen konnte gezeigt werden, dass (10) Einsamkeit nicht nur statistisch hoch signifikant mit einem negativen Glücksempfinden korreliert ist, sondern dass sie darüber hinaus eine der Haupt-Glücksdeterminanten darstellt.

Abschließend wurde im Hinblick auf die Katastrophe des 11. März untersucht, inwieweit die vorliegende Befragung deren Auswirkungen erfasst. Hier wurde argumentiert, dass die Ergebnisse keine plausiblen Auswirkungen der Katastrophe des 11. März zeigen, wobei im Vergleich zu anderen Studien festgestellt wurde, dass diese auch dort nicht immer eindeutig erkennbar sind.

Literatur

- ASANO, HIROKATSU und EIKO KENJŌ (2011), *Rōdō Jikan to Manzokudo: Nichieidoku no Hikakukenkyū* [Arbeitszeit und Zufriedenheit: Ein Vergleich zwischen Deutschland, Japan und UK], RIETI Discussion Paper Series, No. 11-J-037, Tōkyō: Research Institute of Economy, Trade and Industry (RIETI).
- BLANCHFLOWER, DAVID G. und ANDREW J. OSWALD (2004), »Well-Being over Time in Britain and the USA«, in: *Journal of Public Economics*, 88 (7–8): 1359–1386.
- BLANCHFLOWER, DAVID G. und ANDREW J. OSWALD (2008), »Is Well-Being U-Shaped over the Life Cycle?«, in: *Social Science & Medicine*, 66 (8): 1733–1749.
- BLANCHFLOWER, DAVID G. und ANDREW J. OSWALD (2011), *International Happiness*, NBER Working Paper Series, No. 16668, Cambridge: National Bureau of Economic Research (NBER).
- BRUNI, LUIGINO und PIER LUIGI PORTA (2007), *Handbook on the Economics of Happiness*, Cheltenham: Edward Elgar.

- BRUNI, LUIGINO und PIER LUIGI PORTA (2009 [2005]), *Economics and Happiness: Framing the Analysis*, Oxford: Oxford University Press.
- CLARK, ANDREW E., PAUL FRIJTERS und MICHAEL A. SHIELDS (2008), »Relative Income, Happiness, and Utility: An Explanation for the Easterlin Paradox and Other Puzzles«, in: *Journal of Economic Literature*, 46 (1): 95–144.
- COULMAS, FLORIAN (2009), *Die Illusion vom Glück: Japan und der Westen*, Zürich: Primus Verlag.
- COULMAS, FLORIAN (2010), »The Quest for Happiness in Japan«, in: *Kansai Gakuindaigaku Sentan Shakai Kenkyūjo Kiyō* [Jahreszeitschrift des Instituts für Sozialstudien der Kansai Gakuin Universität], 2: 1–25.
- COULMAS, FLORIAN, WOLFGANG JAGODZINSKI, RIE SUZUKI und ANNELENE WENGLER (2012), »Nite iru« to ha »Onaji« de ha nai: Nichidoku Daigakusei no Kōfuku ni tsuite no Hyōtei« [»Ähnlich sein« bedeutet nicht »gleich sein«: Eine Analyse der Definition von Glück bei japanischen und deutschen Universitätsstudenten], *Kansai Gakuindaigaku Sentan Shakai Kenkyūjo Kiyō* [Jahreszeitschrift des Instituts für Sozialstudien der Kansai Gakuin Universität], 7: 1–16.
- DIAZ-SERRANO, LUIS (2009), »Disentangling the Housing Satisfaction Puzzle: Does Homeownership Really Matter«, in: *Journal of Economics Psychology*, 30 (5): 745–755.
- DOLAN, PAUL, TESSA PEASGOOD und MATHEW WHITE (2008), »Do We Really Know What Makes Us Happy? A Review of the Economic Literature on the Factors Associated with Subjective Well-Being«, in: *Journal of Economic Psychology*, 29 (1): 94–122.
- DORN, DAVID, JUSTINA FISCHER, GEBHARD KIRCHGÄSSNER und ALFONSO SOUSA-POZA, (2008), »Direct Democracy and Life Satisfaction Revisited: New Evidence for Switzerland«, in: *Journal of Happiness Studies*, 9: 227–255.
- EASTERLIN, RICHARD A. (2006), »Life Cycle Happiness and Its Sources Intersections of Psychology, Economics and Demography«, in: *Journal of Economic Psychology*, 27 (4): 463–482.
- FREY, BRUNO. S., ALOIS STUTZER, MATTHIAS BENZ, STEPHAN MEYER, SIMON LUECHINGER und CHRISTINE BENESCH (2008), *Happiness: A Revolution in Economics*, Cambridge: MIT Press.
- FREY, BRUNO S. und CLAUDIA FREY MARTI (2010), *Glück: Die Sicht der Ökonomie*, Zürich: Rüegger.
- FREY, BRUNO S. und ALOIS STUTZER (2002), *Happiness and Economics: How the Economy and Institutions affect Well-Being*, Princeton: Princeton University Press.
- HAYO, BERND und WOLFGANG SEIFERT (2003), »Subjective Economic Well-Being in Eastern Europe«, in: *Journal of Economic Psychology*, 24 (3): 329–348.
- HERBST, CHRIS M. (2011), »Paradoxical Decline? Another Look at the Relative Reduction in Female Happiness«, in: *Journal of Economic Psychology*, 32 (5): 773–788.

- HOMMERICH, CAROLA (2012), »Trust and Subjective Well-being after the Great East Japan Earthquake, Tsunami and Nuclear Meltdown: Preliminary Results«, in: *International Journal of Japanese Sociology*, 21 (1): 46–64.
- HU, FENG (2011), »Homeownership and Subjective Wellbeing in Urban China: Does Owning a House Make You Happier?«, in: *Social Indicators Research*, Published online 29.11.2011.
- IDA, MASAMICHI (2007), »Nihonjin no Seikatsu Ishiki ni kan suru Bunseki« [Eine Analyse des Lebenseinstellung der japanischen Bevölkerung], in: *Seikei Ronsō*, 76 (1-2): 57–81.
- INOBUCHI, TAKASHI und SEIJI FUJII (2009), »The Quality of Life in Japan«, in: *Social Indicators Research*, 92 (2): 227–262.
- ISHINO, TAKUYA, MASAO OGAKI, AKIKO KAMESAKA und TOTSUYA MURAI (2012), *Higashi Nihon Daishinsai no Kōfukukan he no Eikyō* [Der Einfluss des Tōhoku-Erdbebens auf das Glücksempfinden], Keiō/Kyōto Global COE Discussion Paper Series, No. DP2011-038, Tōkyō: Keiō/Kyōto Joint Global COE Program.
- KOBAYASHI, MIKI (2010), »Chi'iki no Hinkon to Hitobito no Kōfukudo« [Lokale Armut und Zufriedenheitsgrad der Leute], in: *Seikatsu Keizaigaku Kenkyū* [Studien zur Haushaltsökonomie], 31: 1–11.
- KUME, KOICHI (2009), »Kōfukudo ha Shotoku ni Eikyō wo ataeruka: Paneru Dēta ni yoru Bunseki« [Hat das Einkommen einen Einfluss auf den Zufriedenheitsgrad? Eine Analyse von Paneldaten], in: *Seikatsu Keizaigaku Kenkyū* [Studien zur Haushaltsökonomie], 29: 33–43.
- KUME, KŌICHI, FUMIO ŌTAKE, HIROKO OKUDAIRA und KŌTARŌ TSURU (2011), *Hiseiki Rōdōsha no Kōfukudo* [Zufriedenheitsgrad von irregulären Arbeitskräften], RIETI Discussion Paper Series, No. 11-J-061, Tōkyō: Research Institute of Economy, Trade and Industry (RIETI).
- KUSAGO, TAKAYOSHI (2007), »Rethinking of Economic Growth and Life Satisfaction in Post-WWII Japan: A Fresh Approach«, in: *Social Indicators Research*, 81 (1): 79–102.
- KUSAGO, TAKAYOSHI (2008), »Japan's Development: What Economic Growth, Human Development and Subjective Well-Being Measures Tell us About?«, in: *Thammasat Economic Journal*, 26 (2): 88–116.
- LUCAS, RICHARD E. und ANDREW E. CLARK (2006), »Do People Really Adapt to Marriage?«, in: *Journal of Happiness Studies*, 7 (4): 405–426.
- LUCAS, RICHARD E., ANDREW E. CLARK, YANNIS GEORGELLIS und ED DIENER (2003), »Reexamining Adaptation and the Set Point Model of Happiness: Reactions to Changes in Marital Status«, in: *Journal of Personality and Social Psychology*, 84 (3): 527–539.
- MACKERRON, GEORGE (2012), »Happiness Economics from 35000 Feet«, in: *Journal of Economic Surveys*, 26 (4): 705–735.

- MATSUMOTO, NAOHITO (2010), *Shukanteki Kōfukudo ni okeru Shakaiteki Tsunagari no Kachi no Meikakuka: Taijin Kankei Nettowāku Kōchiku Moderu ni yoru Shukanteki Kōfukudo no Kitei'in Bunseki* [Präzisierung der Bedeutung von zwischenmenschlichen Beziehungen für den subjektiven Zufriedenheitsgrad: Analyse der Determinanten des subjektiven Zufriedenheitsgrades auf der Basis der Strukturmodells sozialer Netzwerke], Master Thesis, Keiō University, Department for System Design and Management.
- MEIER, STEPHAN und ALOIS STUTZER (2007), »Is Volunteering Rewarding in Itself?«, in: *Economica*, 75 (297): 39–59.
- MORIKAWA, MASAYUKI (2010), *Chi'ikikan Keizai Kakusa ni tsuite: Jisshitsu Chingin, Kōfukudo* [Ökonomische Differenzen zwischen Regionen: Realer Lohn und Zufriedenheitsgrad], RIETI Discussion Paper Series, No. 10-J-043, Tōkyō: Research Institute of Economy, Trade and Industry (RIETI).
- OSHIO, TAKASHI (2010), »Bunpai Mondai no Keizaigaku (vol. 6): Shotoku Kakusa to Kōfukudo« [Das Verteilungsproblem in den Wirtschaftswissenschaften (Nr. 6): Einkommensverteilung und Glück], in: *The Keizai Seminar*, 652: 94–101.
- OSHIO, TAKASHI und MIKI KOBAYASHI (2009), *Regional Income Inequality and Happiness: Evidence from Japan*, CIS Discussion Paper Series, No. 460, Tōkyō: Center for Intergenerational Studies (CIS), Institute of Economic Research (IER), Hitotsubashi University.
- OSHIO, TAKASHI und MIKI KOBAYASHI (2010), »Income Inequality, Perceived Happiness, and Self-Rated Health: Evidence from Nationwide Surveys in Japan«, in: *Social Science & Medicine*, 70: 1358–1366.
- OSHIO, TAKASHI und MIKI KOBAYASHI (2011), »Area-Level Income Inequality and Individual Happiness: Evidence from Japan«, in: *Journal of Happiness Studies*, 12 (4): 633–649.
- OSHIO, TAKASHI, KAYO NOZAKI und MIKI KOBAYASHI (2011), »Relative Income and Happiness in Asia: Evidence from Nationwide Surveys in China, Japan, and Korea«, in: *Social Indicators Research*, 104 (3): 351–367.
- OSWALD, ANDREW J. (1997), »Happiness and Economic Performance«, in: *The Economic Journal*, 107 (445): 1815–1831.
- ŌTAKE, FUMIO (2004), »Shitsugyō to Kōfukudo« [Arbeitslosigkeit und Zufriedenheitsgrad], in: *Nihon Rōdō Kenkyū Zasshi* [Zeitschrift für japanische Arbeitsstudien], 528: 59–68.
- ŌTAKE, FUMIO (2012), »Unemployment and Happiness«, in: *Japan Labor Review*, 9 (2): 59–74.
- ŌTAKE, FUMIO und JUN TOMIOKA (2010), »Fubyōdō to Kōfukudo« [Zufriedenheitsgrad und Inegalität], in: Ōtake, Fumio, Sayuri Shiraishi und Yoshirō Tsutsui (Hg.), *Nihon no Kōfukudo: Kakusa, Rōdō, Kazoku* [Glück in Japan: Ungleichheit, Arbeit, Familie], Tōkyō: Nihon Hyōronsha, S. 149–164.

- PLAGNOL, ANKE C. (2011), »Financial Satisfaction over the Life Course: The Influence of Assets and Liabilities«, in: *Journal of Economic Psychology*, 32 (1): 45–64.
- POWDTHAVEE, NATTAVUDH (2007), »Economics of Happiness: A Review of Literature and Applications«, in: *Chulalongkorn Journal of Economics*, 19 (1): 51–73.
- RUPRAH, INDER J. (2010), *Does Owning Your Home Make You Happier? Impact Evidence from Latin America*, IDB/OVE Working Paper, OVE/WP-02/10, Washington: Inter-American Development Bank (IDB), Office of Evaluation and Oversight (OVE).
- SALIMI, AZIMEH (2011), »Social-Emotional Loneliness and Life Satisfaction«, in: *Procedia: Social and Behavioral Sciences*, 29: 292–295.
- SANO, SHINPEI und FUMIO ŌTAKE (2007), »Rōdō to Kōfukudo« [Arbeit und Glück], in: *Nihon Rōdō Kenkyū Zasshi* [Zeitschrift für japanische Arbeitsstudien], 558: 4–18.
- SCHUMAKER, JOHN F., JOHN D. SHEA, MELISSA M. MONFRIES und GARY GROWTH-MARNAT (1993), »Loneliness and Life Satisfaction in Japan and Australia«, in: *The Journal of Psychology*, 127 (1): 65–71.
- SCHULTZ LEE, KRISTEN und HIROSHI ONO (2008), »Specialization and Happiness in Marriage: A U.S. – Japan Comparison«, in: *Social Science Research*, 37 (4): 1216–1234.
- SHIRAISHI, SAYURI und KEN SHIRAISHI (2007), *Shōshika Shakai ni okeru Waku Raifu Baransu to Kōfukudo: Hisenkei Paneru ni yoru Bunseki* [Work-Life-Balance und Glück in einer Gesellschaft mit fallender Geburtenrate: Analyse von nicht-linearen Paneldaten], ESRI Discussion Paper Series, No. 181, Tōkyō: Economic and Social Research Institute (ESRI).
- SODEKAWA, YOSHIYUKI und KEN TANABE (2007), *Kōfukudo ni kan suru Kenkyū: Keizaiteki Yutakasa ha Kōfukudo to Kankei aru no ka* [Glücksforschung: Ist Wohlstand verbunden mit GLück?], ESRI Discussion Paper Series, No. 182, Tōkyō: Economic and Social Research Institute (ESRI).
- STEVENSON, BETSEY und JUSTIN WOLFERS (2008), *Economic Growth and Subjective Well-Being: Reassessing the Easterlin Paradox*, Brookings Papers on Economic Activity, Spring, 1–102.
- STEVENSON, BETSEY und JUSTIN WOLFERS (2009): »The Paradox of Declining Female Happiness«, in: *American Economic Journal: Economic Policy*, 1 (2): 190–225.
- STUTZER, ALOIS und BRUNO S. FREY (2006), »Does Marriage Make People Happy, Or Do Happy People Get Married?«, in: *Journal of Socio-Economics*, 35 (2): 326–347.
- SUZUKI, KENJI (2009), »Are They Frigid to the Economic Development? Reconsideration of the Economic Effect on Subjective Well-Being in Japan«, in: *Social Indicators Research*, 92 (1): 81–89.

- TIEFENBACH, TIM und FLORIAN KOHLBACHER (2012), *Subjektives Glücksempfinden und seine Einflussfaktoren im japanischen Kontext: Eine glücksökonomische Analyse der Ergebnisse des National Survey on Lifestyle Preferences (Fiskaljahr 2010)*, DIJ Working Paper Series, No. 2012/1, Tōkyō: Deutsches Institut für Japanstudien (DIJ).
- TOKUDA, YASU HARU und TAKASHI INOGUCHI (2008), »Interpersonal Mistrust and Unhappiness among Japanese People«, in: *Social Indicators Research*, 89 (2): 349–360.
- TSUJI, TAKASHI (2011), *Kojin Shotoku to Kōfukukan no Chi'iki Bunseki: Shotoku to Kōfukukan no Kankei ni Chi'ikisa ha aru no ka* [Regionale Analyse von individuellem Einkommen und Glück: Gibt es eine regionale Differenz in der Beziehung zwischen Einkommen und Glück?], Konferenzpaper, Nihon Keizai Seisaku Gakkai Dai 68 Kai Zenkoku Taikai [68. Konferenz der JEPA (Japan Economic Policy Association)], 28.-29. Mai, Komazawa Universität, Tōkyō.
- TSUTSUI, YOSHI RŌ (2009), »Kōfuku no Keizaigaku ha Fukuin wo motarasu no ka?« [Ist die ökonomische Glücksforschung eine Heilsbotschaft?], in: *Kōdō Keizaigaku* [Verhaltenökonomie], 2 (1): 1–15.
- TSUTSUI, YOSHIRO, MILES KIMBALL und FUMIO ŌTAKE (2010), »Koizumi Carried the Day: Did the Japanese Election Results Make People Happy and Unhappy?«, in: *European Journal of Political Economy*, 26 (1): 12–24.
- TSUTSUI, YOSHIRO und FUMIO ŌTAKE (2012), »Asking about Changes in Happiness in a Daily Web Survey and its Implication for the Easterlin Paradox«, in: *The Japanese Economic Review*, 63 (1): 38–56.
- TSUTSUI, YOSHI RŌ, FUMIO ŌTAKE und SHINSUKE IKEDA (2010), »Naze Anata ha Fukō na no ka« [Warum sind sie unglücklich?], in: FUMIO ŌTAKE, SAYURI SHIRAISHI und YOSHI RŌ TSUTSUI (Hg.), *Nihon no Kōfukudo: Kakusa, Rōdo, Kazoku* [Glück in Japan: Ungleichheit, Arbeit, Familie], Tōkyō: Nihon Hyōronsha, S. 33–73.
- UCHIDA, YUKIKO, YOSHI AKI TAKAHASHI und KENTARŌ KAWAHARA (2011), *Higashi Nihon Daishinsai Chokugo no Jakunensō no Seikatsu Kōdō oyobi Kōfukudo ni tai suru Eikyō* [Einfluss des Tōhoku-Erdbebens auf das Verhalten und den Zufriedenheitsgrad von jungen Leuten], New ESRI Working Paper, No. 24, Tōkyō: Economic and Social Research Institute (ESRI).
- UEDA, AKEMI (2010), »Teishotokusha ni tai suru Shakai Hoshō no Arikata: Jūtaku to Seikatsu Manzokudo« [Sozialversicherung von Geringverdienern: Wohnen und Lebenszufriedenheit], in: *Shakai Hoshō Kenkyū* [Studien zur Sozialversicherung], 46 (2): 139–149.
- URAKAWA, KUNIO und TSUKASA MATSU'URA (2007a), »Kakusa to Kaisō Hendō ga Seikatsu Manzokudo ni ataru Eikyō« [Einfluss der Ungleichheit und sozialen Mobilität auf die Lebenszufriedenheit], in: *Seikatsu Keizaigaku Kenkyū* [Studien zur Haushaltsökonomie], 26: 13–30.

- URAKAWA, KUNIO und TSUKASA MATSU'URA (2007b), »Sōtaiteki Kakusa ga Seikatsu Manzokudo ni ataeru Eikyō: ›Shōhi Seikatsu ni kan suru Paneru Chōsa‹ ni yoru Bunseki« [Einfluss der relativen Ungleichheit auf die Lebenszufriedenheit: Eine Analyse der Umfrage zum Konsumverhalten], in: *Kakei Keizai Kenkyū* [Forschung zur Haushaltsökonomie], 73: 61–70.
- VAN PRAAG, BERNARD M. S. und ADA FERRER-I-CARBONELL (2008), *Happiness Quantified: A Satisfaction Calculus Approach*, Oxford: Oxford University Press.
- WEITZ-SHAPIRO, REBECCA und MATTHEW S. WINTERS (2008), *Political Participation and Quality of Life*, IADB Research Department Working Paper, No. 638, Washington: Inter-American Development Bank (IADB).
- YAMANE, SACHIKO, SHŌKO YAMANE und YOSHIHIRŌ TSUTSUI (2008), *Kōfukukan de hakatta Chiikikankakusa* [Interregionale Ungleichheit gemessen in Glück], GCOE Discussion Paper Series, No. 7, Ōsaka: Global COE Program (GCOE), Ōsaka Universität.

Die geistige Eigentumsstrategie für die Contents-Industrie in der japanischen Wirtschaftspolitik

Intellectual Property Strategy for the Content Industry in Japan

Takahiro Nishiyama

In February 2002, one year after the Japanese economy had reached the depths of the so-called »IT Recession«, then-Prime Minister Junichirō Koizumi announced a policy statement in the 154th Parliament proclaiming the establishment of an »Intellectual Property-based Nation« (chizai rikkoku). Since this declaration, the focus of economic policy has shifted from the previous excessively one-sided orientation promoting the production of tangible commodities to a national strategy that supports the production of intangible goods. This chapter will consider the intellectual property strategy that has been implemented by the Japanese government since the beginning of the twenty-first century, shedding light on its actual effects on the content industry.

1. Einleitung

Im Februar 2002, ein Jahr nachdem die japanische Wirtschaft das Tal der sogenannten »Dotcom-Blase« erreicht hatte, verkündete der damalige Premierminister Junichirō Koizumi im 154. Parlament seine Regierungserklärung und proklamier-

den Aufbau eines »Staates des geistigen Eigentums« (*chizai rikkoku*) (SHUSHŌ KANTEI 2002):¹

Unser Staat verfügt bereits über weltweit führendes geistiges Eigentum wie Patentrecht. Wir setzen das Ziel, die Ergebnisse der Forschungsaktivitäten und der kreativen Aktivitäten als geistiges Eigentum strategisch zu schützen und zu verwerten und dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Seit dieser Ausrufung des »Staates des geistigen Eigentums« verschob sich die wirtschaftspolitische Koordinatenachse von der bisher allzu einseitig auf die Förderung von materieller Güterproduktion fixierten Ausrichtung zu einer Staatsstrategie, die die immaterielle Güterproduktion fördert. Im gleichen Jahr von März bis Oktober tagte der Rat zur geistigen Eigentumsstrategie (RGES, *Chiteki Zaisan Senryaku Kaigi*) sieben Mal, um den Grundriss zur geistigen Eigentumsstrategie festzulegen. In diesem Grundriss wurde die Contents-Industrie (*kontentsu sangyō*)² zum ersten Mal als Gegenstand einer Staatsstrategie in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik gestellt.

Durch wirtschaftspolitische Planung versucht die japanische Regierung seit 2002, ein Szenario für die Entwicklung der Contents-Industrie zu entwerfen und politische Akzente auf die Institutionalisierung des geistigen Eigentums zu setzen. Die Regierung stellt dabei mittels neuer Gesetze zur Förderung und Sanktion einen Handlungsrahmen für die Wirtschaftsakteure bereit. Die Regierung ist in dieser Hinsicht der Architekt dieses Spiels und die Wirtschaftsakteure sind ihre Spieler.

Das Szenario, wie sich das Spiel an sich entwickeln wird, kann die Regierung jedoch nicht vollständig antizipieren. Denn genauso wie die Wirtschaftsakteure fungiert die Regierung zugleich als ein Mitspieler im Spiel, der aufgrund der nur in einem gewissen Rahmen erhebenden Informationen nur begrenzt rational handeln kann. Es stellt sich deshalb die Frage, ob es der Regierung nach zehn Jahren tatsächlich gelungen ist, durch diese Staatsstrategie das intendierte Ergebnis ihrer Bemühungen zu erreichen.

In dieser Abhandlung werden die von der Regierung seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts implementierte geistige Eigentumsstrategie betrachtet und deren tatsächliche Auswirkungen auf die Contents-Industrie ausgeleuchtet. Zunächst wird die Definition dessen, worum es sich bei der Contents-Industrie handelt, deutlich

1. Alle im Folgenden nicht näher gekennzeichneten Übersetzungen sind Übersetzungen des Autors T.N.
2. Das Lehnwort *kontentsu* im Japanischen wird in dieser Abhandlung aufgrund der phonetischen Indifferenz mit dem ursprünglichen englischen Wort »Contents« geschrieben.

gemacht. Im darauf folgenden Kapitel wird die Struktur des Entscheidungsprozesses zur geistigen Eigentumsstrategie der Regierung dargelegt. Im Anschluss daran wird auf die Phasen der strategischen Förderprogramme für die Contents-Industrie eingegangen und in Kapitel fünf werden die einzelnen tatsächlich implementierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen für die Contents-Industrie aufgezeigt. Im sechsten Kapitel wird die ökonomische Performance der Contents-Industrie durch die Statistik abgebildet. Der Vergleich zwischen dem Input (politische Maßnahmen) und dem Output (ökonomische Performance) wird die Effektivität und die Effizienz der implementierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen für die Contents-Industrie veranschaulichen.

2. Was ist die Contents-Industrie?

Der Begriff Contents-Industrie wird in amtlichen Dokumenten seit dem ersten Kabinett Koizumis (Apr. 2001 – Sep. 2002) verwendet. Den Hintergrund bildet die Integration der Branche als Wachstumsindustrie in das neue Konzept der nationalen Wirtschaftsstrategie Japans. Um die Zielbereiche der neuen Wirtschaftspolitik zu verdeutlichen, war die Neuabgrenzung der Wirtschaftszweige von Belang. Das im Jahr 2004 in das Parlament eingereichte und seit 2005 in Kraft getretene Gesetz über die Förderung zu Schöpfung, Schutz und Verwertung von Contents (*Kontentsu no Sōzō, Hogo oyobi Katsuyō no Sokushin ni kan suru Hōritsu*), kurz Contents-Fördergesetz, definiert den Begriff »Contents« folgendermaßen (CONTENTS-FÖRDERGESETZ §2):³

Contents sind Filme, Musik, Schauspiele, Literatur, Fotografien, Mangas, Anime, Computerspiele und alle übrigen Schriftzeichen, Zeichnungen, Farben, Töne, Bewegungen oder Filme oder aus diesen kombinierte Dinge, ferner Programme, die hierauf bezogene Informationen mithilfe elektronischer Rechenmaschinen anbieten sollen (...) unter den durch menschliche schöpferische Tätigkeit entstandenen Dingen also solche, die zum Bereich von kultureller Bildung oder Unterhaltung gehören.

In §2 werden als »Contents-Herstellung« folgende Wirtschaftsaktivitäten definiert (CONTENTS-FÖRDERGESETZ §2, Abs. 2):

1. Herstellung von Contents an sich.

3. <http://law.e-gov.go.jp/htmldata/H16/H16HO081.html> (14.05.2010), übersetzt von ZÖLLNER (2008: 6).

2. Vervielfältigung, Vorführung, öffentliche Aufführung, öffentliche Übertragung und andere Verwertung von Contents, wie Übertragung der Vervielfältigungsstücke, Ausleihen und Ausstellung von Contents.
3. Verwaltung des mit Contents in Zusammenhang stehenden geistigen Eigentums.

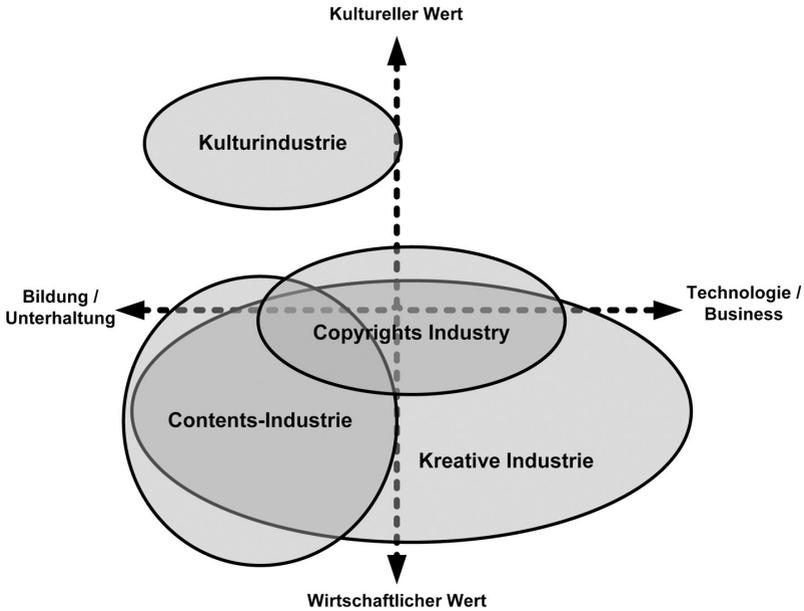
Das sogenannte »Contents-Business« ist betriebswirtschaftliches Handeln, bei dem die aus menschlicher schöpferischer Kraft hergestellten immateriellen Güter hergestellt werden und durch ihre Distribution nach Wertschöpfung gestrebt wird (CONTENTS-FÖRDERGESETZ §2, Abs. 3).⁴ Die Contents-Industrie besteht demnach aus kreativen und distributiven Branchen. Zur kreativen Branche gehören die Wirtschaftsakteure, wie Film- und Animestudios, Fernsehprogramm-Hersteller und darüber hinaus die sogenannten »Creators«, wie Schriftsteller oder Komponisten usw. Zur distributiven Branche gehören die Verwerter der Contents, wie Kinos, Fernsehsender, Verlage oder CD- und DVD-Hersteller, die sich mit der Vervielfältigung und Verteilung der Contents-Werke bzw. der immateriellen Güter beschäftigen.

Auch in anderen Industrieländern finden die Wirtschaftszweige der immateriellen Güter als wirtschaftspolitisch zu fördernde oder zu kritisierende Branchen große Beachtung. In den europäischen Ländern sind Begriffe wie »Kulturindustrie«, in den angelsächsischen Ländern *creative industries* oder *copyright industries* (Urheberrechtsindustrie) im Gebrauch. Kategorisiert man die in diesen Industrien hergestellten Güter nach Verwendungszwecken und Wertzugehörigkeiten, können die Schwerpunkte der politischen Förderung in den jeweiligen Ländern verdeutlicht werden (Abbildung 1). Auf der horizontalen Achse (Verwendungszweck) steht dem Pol Bildung und Unterhaltung der Pol Business und Technologie gegenüber. Die vertikale Achse (Wertzugehörigkeit) stuft die in den Gütern enthaltenen Werte in zwei Ausrichtungen ein: in den kulturellen oder den ökonomischen Wert (TANAKA 2009:127).

Der Begriff »Kulturindustrie« in Europa hebt auf den kulturellen Wert ab und insbesondere auf die sogenannten »*high arts*«, die in gemeinnützigen Einrichtungen, wie in staatlichen Museen oder Kunsthallen, ausgestellten Kulturgüter (THROSBY 2001: 117). Die staatlichen Fördermaßnahmen für solche Kulturgüter konzentrieren sich auf die kulturpolitischen Interessen.

4. Zum Begriff »Contents Business« vgl. NISHIYAMA (2010: 31–33) und ZÖLLNER (2010: 180–183).

ABBILDUNG 1: Definitionen von Industrien immaterieller Güter



Quelle: TANAKA (2009: 127).

Der Begriff der »creative industries« in den angelsächsischen Ländern beinhaltet dagegen alle kreativen Bereiche der Industrie und Kultur, die Güter und Design sowie Konzepte produzieren, die durch Urheberrecht und Patentrecht geschützt werden. Die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der verarbeitenden Industrien sind ebenfalls in diesen Begriff integriert (FLORIDA 2002: 46). Auf der vertikalen Achse gehören die Produkte unter diesem Begriff deutlich zum ökonomischen Wert und auf der horizontalen Achse umfasst der Begriff alles von der Unterhaltungsbranche bis zu technischen Innovationen.

Der Begriff der »copyright industries« bezieht sich nur auf die Branche, welche die durch das Urheberrecht zu schützenden Güter herstellt. Laut dem internationalen Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) über das Urheberrecht handelt es sich bei den »copyright industries« um die Wirtschaftszweige, die auf die Produktion der immateriellen Güter spezialisiert sind, die durch das Abkommen zu schützen sind (WIPO 2004: 387). Auf der vertikalen Achse steht dieser Begriff deshalb dem ökonomischen Wert etwas näher.

Die Güter der Contents-Industrie in Japan können nach dem Contents-Fördergesetz auf der horizontalen Achse zum Pol der Unterhaltung und der kulturellen Bildung (*kyōyō*) und auf der vertikalen Achse zum wirtschaftlichen Wert hin eingestuft werden (TANAKA 2009: 117–121). Im Vergleich zu den Begriffen in europäischen und angelsächsischen Ländern kann die Contents-Industrie in Japan vielmehr durch die Verschmelzung der kulturellen Ressourcen mit ökonomischem Kalkül charakterisiert werden. Der Begriff Contents-Industrie umfasst somit die Wirtschaftszweige, in denen die Unternehmen durch Herstellung und/oder Distribution von Unterhaltungsmedien und bildungsfördernden Medien, nämlich Contents, Wert schöpfen und nach Gewinn streben.

3. Politische Struktur zur Förderung der Contents-Industrie

Vor der Verkündung von Koizumis Regierungserklärung wurde bereits im August 2001 ein »strategisches Forum für einen Staat des geistigen Eigentums« im Kabinett Koizumis gegründet. Der Forumsleiter war der damalige Patentamtsminister Yoshimitsu Arai. Die Forumsmitglieder bestanden aus zehn Fachleuten aus den Bereichen Rechtswissenschaften, Journalismus, Medientechnologie und der Unternehmensstrategie. Das Forum reichte im Januar 2002 einen Bericht unter dem Titel »Hundert Vorschläge zur Reform des geistigen Eigentums« im Parlament ein. Bereits unter diesen hundert Vorschlägen waren relevante Ideen zur Förderung der Contents-Industrie: Die Schaffung eines dem Internetzeitalter entsprechenden geistigen Eigentumsrechts, die Einführung einer strengeren Strafe im Fall einer Verletzung des geistigen Eigentumsrechts und der Aufbau einer Grundlage für das »Japan-Branding«, das die japanische Kultur als Marke Japans zu vermarkten versucht (ISHII und SUMIKURA 2008: 34).

Die Aktivitäten des Forums und die hundert Vorschläge zum geistigen Eigentumsrecht beeinflussten die oben erwähnte Regierungserklärung, in der auf den Aufbau eines »Staates eines geistigen Eigentums« hingewiesen wurde. Nach einem Monat, also im März 2002, gründete Koizumi den RGE, dessen Mitglieder die Teilnehmer des oben genannten Forums waren. Im Juli desselben Jahres, nach dem fünften Treffen dieses Rates, wurde der Grundriss zur geistigen Eigentumsstrategie vom Rat entworfen. Nach dem siebten Treffen des Rates wurde im November 2002 das Rahmengesetz zum geistigen Eigentum (*Chiteki Zaisan Kihonhō*) verabschiedet.

§1 und §24 des Rahmengesetzes zum geistigen Eigentum sehen vor, dass ein Hauptbüro zur geistigen Eigentumsstrategie (HGES, *Chiteki Zaisan Senryaku Hon-*

bu) eingerichtet wird, um politische Maßnahmen zur Schöpfung, zum Schutz und der Verwertung des geistigen Eigentums intensiv und systematisch durchzuführen. Diese Einrichtung ist verpflichtet, mindestens einmal pro Jahr ein strategisches Förderprogramm zum geistigen Eigentum vorzulegen und darin die folgenden vier Themen zu berücksichtigen (RAHMENGESETZ ZUM GEISTIGEN EIGENTUM §23):

1. Grundlegende Maßnahmen (*basic policy*) zu Schöpfung, Schutz und Verwertung des geistigen Eigentums, die die Regierung intensiv und systematisch umsetzen soll.
2. Angewandte Maßnahmen zu Schöpfung, Schutz und Verwertung des geistigen Eigentums, die die Regierung intensiv und systematisch umsetzen soll.
3. Förderung der Bildung für Fachkräfte im Bereich des geistigen Eigentums.
4. Weitere Themen, die unter den oben genannten Punkten nicht berücksichtigt wurden.

Ferner bestimmt das Rahmengesetz zum geistigen Eigentum, dass der Premierminister die Leitung des HGES übernimmt (RAHMENGESETZ ZUM GEISTIGEN EIGENTUM §27).

Nach ca. einem Jahr, im März 2003, trat der Regierungserlass Nr. 45 über das Hauptbüro zur geistigen Eigentumsstrategie (*Chiteki Zaisan Senryaku Honbu Rei*) in Kraft und bestimmte in §2 die Einrichtung von Fachforschungskommissionen nach Bedarf (REGIERUNGSERLASS Nr. 45, §2). Die Mitglieder der Fachforschungskommissionen sollen Personen mit wissenschaftlicher Erfahrung im betreffenden Forschungsbereich sein und vom Premierminister ausgewählt werden. Gleich nach diesem Regierungserlass wurden vier Fachforschungskommissionen eingesetzt.⁵ Eine davon war die »Fachforschungskommission für Contents« (Jul. 2003 – Jul. 2007), deren Vorschläge und Berichte für die Entscheidung über die Durchführung des Förderprogramms zur Contents-Industrie maßgebend waren.

Der Leiter dieser Fachforschungskommission war Haruo Ushio, Vorstandsvorsitzender der Firma Ushio-Elektronik. Er leitete die Kommission von Beginn an, bis sie im Jahr 2007 von der »Fachforschungskommission für Contents und Japan-Branding« abgelöst wurde. Die Mitglieder waren Stabschefs von Contents-Unternehmen, die die strategischen Konzepte ihrer Betriebe entwickelten: wie Nobuyoshi Ōta (Vorstandsvorsitzender von Issei Miyake), Tadashi Okamura (Vorstandsvorsitzender von Toshiba), Tsuguhiko Kadokawa (Vorstandsvorsitzender und CEO von

5. 1. Fachforschungskommission für die Verstärkung des Rechtsschutzes (Jul. 2003–Jun. 2005)
2. Fachforschungskommission für Contents (Jul. 2003–Jul. 2007)
3. Fachforschungskommission für die Entwicklung des Patentschutzes von medizinischen Angelegenheiten (Jul. 2003–Jun. 2005)
4. Fachforschungskommission für den Schöpfungszyklus des geistigen Eigentums (Jun. 2005 –) (HGES 2006: 4).

Kadokawa) und Masakazu Kubo (Projektmanager der Shogakukan-Shueisha Productions). Abgesehen von diesen Unternehmensstrategen waren einige Contents-Creators wie Machiko Satonaka (Mangazeichnerin) und Akira Minagawa (Mode-Designer von Mina) in der Kommission vertreten (HGES 2005: 160). Es liegt deshalb nahe, dass sich die von den Stabschefs entwickelten Förderprogramme an den eigenen Unternehmensstrategien orientierten und die kunden- bzw. nutzerorientierte Perspektive fehlte. Die Förderprogramme für die Contents-Industrie konzentrierten sich deshalb in den ersten Jahren auf den Aufbau von Infrastrukturen und rechtlichen Grundlagen aus der Perspektive des Contents-Business, also auf die Wertschöpfungsaktivitäten in der Contents-Industrie.

Für die Förderung der Contents-Industrie wurden bisher folgende Fachforschungskommissionen gegründet:

1. Fachforschungskommission für Contents (2003–2007)
2. Fachforschungskommission für Contents und Japan-Branding-Strategie (2007–2010)
3. Fachforschungskommission für Contents-Progression (2010 bis heute)

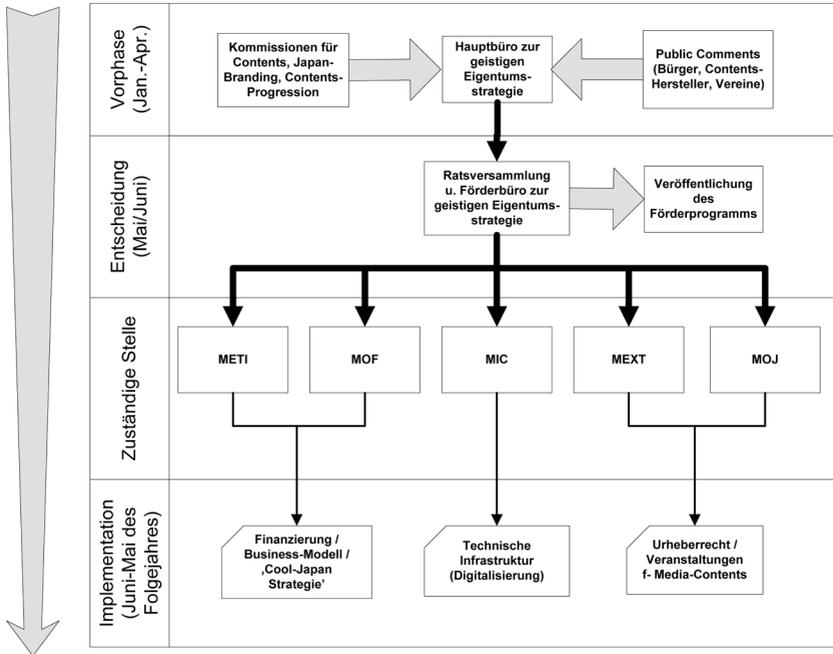
Unter diesen Fachforschungskommissionen wurden des Weiteren Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen gebildet.

Vor der endgültigen Veröffentlichung des Förderprogramms werden jeweils von Januar bis Februar jedes Jahres Meinungen von Bürgern und privaten Unternehmen sowie Vereinen in Anlehnung an das vom Verwaltungsverfahrensgesetz bestimmte »public-comments-Verfahren« gesammelt. Diese werden gemeinsam mit den Vorschlägen der Kommissionen und Arbeitsgruppen in den Ratsversammlungen diskutiert und zusammengefasst. Das Förderprogramm zur geistigen Eigentumsstrategie wird alljährlich im Mai oder Juni veröffentlicht. Die Implementierung der im Förderprogramm festgelegten politischen Maßnahmen wird den zuständigen Behörden auferlegt. Das HGES koordiniert dabei die Zusammenarbeit der Behörden und sichert die Konsistenz der jeweiligen politischen Maßnahmen.

Für die juristischen Angelegenheiten, wie z.B. den Schutz des geistigen Eigentums und die Qualifikation von Creators sowie die Digitalisierung und die Archivierung von Contents, sind zunächst das Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) und das Ministry of Justice (MOJ) zuständig. Für die wirtschaftspolitischen und -strategischen Angelegenheiten, wie die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen, Finanzierungsmethoden und die Entwicklung von Contents-Business-Modellen ist das Ministry of Economy, Trade and Industry (METI) zuständig. Für die infrastrukturellen technologischen Angelegenheiten, wie die Verbreitung des Breitbandanschlusses, Internet Protocol Tele-

vision (IPTV) oder den Aufbau von Distributionskanälen ins Ausland, ist das Ministry of Internal Affairs and Communications (MIC) zuständig. An den meisten Aufgaben arbeiten jedoch mehrere weitere Behörden gleichzeitig.

ABBILDUNG 2: Entscheidungsprozess zum Förderprogramm



Quelle: Eigene Darstellung.

4. Förderprogramm für die Contents-Industrie im Rahmen der geistigen Eigentumsstrategie

Der Grundriss zur geistigen Eigentumsstrategie von 2002 postuliert die Notwendigkeit der Förderung und Beschleunigung des intellektuellen Schöpfungszyklus. Dieser Zyklus besteht aus drei Komponenten: 1. Schöpfung 2. Schutz und 3. Verwertung, die seit 2002 als Grundlage und Messlatte beim Entwurf des jährlich zu veröffentlichen Förderprogramms zur geistigen Eigentumsstrategie herangezogen werden.

Das Förderprogramm zur geistigen Eigentumsstrategie lässt sich von 2003 bis heute in drei Entwicklungsphasen unterteilen. Die erste Phase von Juli 2003 bis Juni 2006 wurde vom HGES als »intensive Reformphase« bezeichnet (HGES 2004: 78). In der zweiten Phase von Juni 2006 bis Juni 2009 wurde der Slogan »Aufbau des höchst entwickelten Staates des geistigen Eigentums« postuliert, um auf die bessere Positionierung des Landes im globalen Wettbewerb im Bereich des geistigen Eigentums abzielen (HGES 2006a: 5). In der dritten Phase von Juni 2009 bis heute wurde nach dem Motto »Japan-Kraft« (*Nipponryoku*) die »Japan-Branding-Strategie« und »Soft-Power-Strategie« in den Vordergrund gestellt (HGES 2009: 15; 18).

Das Förderprogramm zur geistigen Eigentumsstrategie besaß bis 2008 eine einheitliche Gliederung, die aus fünf Kapiteln bestand: 1. Förderung der Schöpfung von geistigem Eigentum, 2. Schutz von Werken des geistigen Eigentums, 3. Verwertung von geistigem Eigentum, 4. Förderung der Contents-Industrie und 5. Human Resource Development. In der dritten Phase des Förderprogramms zur geistigen Eigentumsstrategie weicht die Gliederung ab. Der Bereich der Förderung der Contents-Industrie blieb auch ab 2009 unter dem neuem Titel »Förderung zur Wachstumsstrategie der Soft-Power-Industrie« (HGES 2009: v) bis heute konstant.

4.1 Förderprogramm für die Contents-Industrie in der ersten Phase (Juli 2003 – Juni 2006)

Während der sogenannten »intensiven Reformphase« beinhaltete das Förderprogramm für die geistige Eigentumsstrategie die Schöpfung der immateriellen Güter als Basis der Revitalisierung der japanischen Wirtschaft und erhob die Contents-Industrie zur Leitindustrie für das Wirtschaftswachstum Japans (HGES 2003: 3). Der Titel des Kapitels und zugleich das Ziel der ersten Phase des Förderprogramms waren »die sprunghafte Entwicklung des Contents-Business« (HGES 2003: 50) und die »Initiative zum Aufbau eines durch Verwertung von Contents kulturschöpfenden Staates« (HGES 2005: 84).

Das Förderprogramm in der ersten Phase betonte den Aufbau von gesetzlichen, betriebswirtschaftlichen und technischen Grundlagen, die den Rahmen für die Contents-Industrie herstellen. Die erste Zielgruppe der Förderung waren zunächst die Human Resources. Die Verbesserung des Beschäftigungssystems und die frühzeitige Sensibilisierung der Kinder für Contents solle die Kreativität der Menschen fördern und führe somit zur besseren Produktion von qualitativ hochwertigen Contents (HGES 2003: 10). Die zweite Zielgruppe waren die kleinen und

mittleren Unternehmen (KMU), die durch staatlich unterstützte Kapitalbeschaffungsmaßnahmen zur Herstellung von Contents-Gütern motiviert werden sollten. Der dritte Zielgegenstand war das Gesetz selbst. Im Mai 2004 wurde die »Gesetzesvorlage über die Förderung der Schöpfung, des Schutzes und der Verwertung von Contents« in das Parlament eingereicht und gleich nach einem Monat als das »Gesetz über die Förderung der Schöpfung, des Schutzes und der Verwertung von Contents (*Kontentsu no sōzō, hogo oyobi katsuyō no sokushin ni kansuru hōritsu*)« verabschiedet (HGES 2005: 11–12). Das Gesetz definiert, wie oben dargestellt, den Begriff Contents (s. Kap 1.1) und bestimmt die Verantwortung des Staates, der Gebietskörperschaften sowie der Contents-Hersteller. Die Verschärfung des Gesetzes gegen Raubkopien war auch Ziel der ersten Phase. Für die Stimulierung der Geschäftstätigkeit in der Contents-Industrie war die Weiterentwicklung technischer Ausrüstungen von Belang. Die Regierung sah in der Verbreitung und Beschleunigung der Breitband-Technologie und in der Entwicklung der Digitalisierungstechnologie eine Gelegenheit zur Erschließung neuer Geschäftsmöglichkeiten.

4.2 Förderprogramm für die Contents-Industrie in der zweiten Phase (Juni 2006 – Juni 2009)

Der Ausgangspunkt des Förderprogramms in der zweiten Phase war das schrumpfende Wirtschaftswachstum in Japan. Die japanische Wirtschaft solle den Schwerpunkt ihrer Wachstumsstrategie auf die wissensintensiveren Bereiche legen (HGES 2007a: 1). Die aktuelle Aufwertung der japanischen Contents im Ausland sei die Gelegenheit, die Contents-Güter ins Ausland zu exportieren, das Image des Landes im Ausland aufzuwerten und durch die Expansion der japanischen Contents-Industrie den Arbeitsmarkt zu vergrößern (HGES 2007a: 1).

Dabei wurde der »intellektuelle Schöpfungszyklus« (*chiteki sōzō saikuru*) (Schöpfung, Schutz und Verwertung von Contents) verstärkt in die Argumentationslinie des Förderprogramms aufgenommen. Für die Vergrößerung des Umsatzes der Contents-Industrie sei es notwendig, das qualitativ hochwertige geistige Eigentum zu schöpfen, dieses rechtlich zu schützen und durch Wirtschaftsaktivitäten zu verwerten (HGES 2006a: 3). Die Instrumente zur Realisierung dieser Ziele sind die Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung von Creators, die Verbesserung des Urheberrechtes zum Schutz der Contents und die Förderung der Contents-Unternehmen, um eine Erhöhung des Umsatzes mit den Contents-Gütern zu erzielen. Die Beschleunigung des intellektuellen Schöpfungszyklus und das Vorantreiben

des Wertschöpfungsprozesses in der Contents-Industrie waren in der zweiten Phase die Hauptziele des Förderprogramms.

Viele Förderprogramme aus der ersten Phase wurden jedoch in der zweiten Phase nochmals aufgelegt. Dies weist darauf hin, dass die im Förderprogramm der ersten Phase vorgestellten politischen Maßnahmen für geistiges Eigentum und die Contents-Industrie doch nicht so zügig wie geplant umgesetzt werden konnten. Der große Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Phase liegt dabei darin, dass die Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in der zweiten Phase verstärkt unterstützt wurde und die staatlich anerkannte Qualifizierung von Fachpersonal zur Wahrung des geistigen Eigentums und des Urheberrechts durch die Einführung eines staatlich anerkannten Berufs realisiert wurde.

4.3 Förderprogramm für die Contents-Industrie in der dritten Phase (Juni 2009 – heute)

In dieser Phase fanden zwei historisch signifikante Ereignisse in Japan statt: 1. der Machtwechsel von LDP zu DPJ (2009) und 2. das große Erdbeben in Ost-Japan (2011). Vor dem Regierungswechsel schlossen sich zunächst die Fachforschungskommission für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch geistiges Eigentum (*Chiteki Zaisan ni yoru Kyōsōryoku Kyōka Senmon Chōsakai*) und die Fachkommission für Contents und Japan-Branding (*Kontentsu, Japan-Branding Chōsakai*) zusammen und erstellten im März 2009 die Rahmenrichtlinien für die dritte Phase der geistigen Eigentumsstrategie. Sie legten den Förderschwerpunkt auf den Aufbau eines Netzwerks für die sogenannte »Soft-Power-Industrie« auf regionaler und zugleich globaler Ebene. In den Regionen seien bisher nicht genügend beachtete und verwertete Tourismus-Ressourcen, wie regionalspezifische Lebensmittel, traditionelle Handwerkerprodukte, Industriedenkmäler und die regionalspezifisch- idyllische Landschaft, vorhanden (HGES 2009: 18). Solche Tourismus-Ressourcen sollten zu Contents verarbeitet werden und deren Wert sollte durch entsprechende Promotion auch im Ausland bekannt werden.

Der Regierungswechsel im September 2009 von der Liberaldemokratischen Partei (LDP) zur Demokratischen Partei Japans (DPJ) hatte einige technische und inhaltliche Änderungen des Förderprogramms zur Folge. Die politischen Maßnahmen im Förderprogramm nahmen zunächst drastisch ab (von 2003 bis 2009 durchschnittlich von 367 auf 93 Maßnahmen im Förderprogramm des Jahres 2010). Im Förderprogramm wurden nun ein Arbeitsplan, das zu erreichende Ziel und

der Zeitraum für die Durchführung der Maßnahmen sowie die dafür zuständigen Behörden in einer Tabelle aufgelistet. Inhaltlich wird die Notwendigkeit der Einführung ausländischen Kapitals durch den Verkauf von Contents-Gütern hervorgehoben. Das Förderprogramm 2010 zeigt ferner die konkreten Umsatzziele, die durch die durchzuführenden Maßnahmen erreicht werden können. Z.B. sollen filmische Contents aus Japan einen Umsatz von über 50 Billionen Yen im Ausland erwirtschaften oder ausländisches Kapital soll in mindestens 50 japanische Filmherstellungsprojekte einfließen. Darüber hinaus sieht das HGES vor, den Umsatz der japanischen Contents-Güter auf dem Asienmarkt auf eine Billion Yen zu erhöhen (HGES 2010: 10).

Diese Expansionsstrategie der japanischen Contents-Industrie soll durch den Ausbau der für Contents-Unternehmen bereitgestellten Fördermittel zum Eintritt in den Auslandsmarkt flankiert werden. Relevant sei ferner der Aufbau eines Systems, das ausländisches Kapital und ausländische Creators nach Japan holt. Dafür ist ein internationales Abkommen zur Zusammenarbeit im Bereich der internationalen Contents-Produktion geplant. Darüber hinaus ist die Förderung für internationale Veranstaltungen, wie Co.Festa (*contents-festival*), erweitert worden, um die japanische Popkultur auf der globalen Ebene bekannt zu machen und die Aufmerksamkeit der Welt auf Japan zu lenken. Gefördert werden auch die Archivierung von Filmen und verschiedenen Contents der Popkultur in Japan durch Digitalisierung. Das Distributionssystem im Internet für die Übermittlung der japanischen Contents ins Ausland soll verbessert werden (HGES 2010: 11).

Das Förderprogramm 2010 bezieht sich somit deutlich auf die Maßnahmen, durch die in der Contents-Industrie möglichst mit Auslandskapital kostensparend erfolgreiche betriebswirtschaftliche Ergebnisse erreicht werden könnten. Die effiziente Nutzung von Contents-Ressourcen in Japan und die Umsatzsteigerung mithilfe von Auslandskapital stehen im Zentrum des Förderprogramms 2010, das im Anschluss an den Regierungswechsel veröffentlicht wurde.

Das Förderprogramm 2011, das knapp drei Monate nach der »ersten nuklearen Erdbebenkatastrophe in der Menschheitsgeschichte« (ZÖLLNER 2011: 8) bekannt gegeben wurde, geht zunächst auf den heutigen Zustand Japans ein. Die radioaktive Verseuchung des Landes brachte den Ruf der Produkte aus der japanischen Land- und Forstwirtschaft sowie dem Fischereiwesen ins Wanken. Das HGES zieht die Meiji-Restoration (1868) und den Wiederaufbau in der Nachkriegszeit als Beispiele erfolgreichen Wiederaufbaus heran. Die Erdbebenkatastrophe wird als ebensolche Chance zum Wiederaufbau der japanischen Wirtschaft postuliert (HGES 2011: 3). Davon ausgehend legt das Förderprogramm 2011 den Schwerpunkt

auf den sogenannten »kreativen Wiederaufbau« (*sōzōteki fukkō*)⁶ durch qualitativ hochwertige spezifisch japanische Contents-Güter (HGES 2011: 4).

Folgende vier Ziele machen den Kern des Förderprogramms zum »kreativen Wiederaufbau« im Bereich der geistigen Eigentumsstrategie aus:

1. Bestreben nach Internationalisierung des juristischen Standards Japans in sieben Bereichen des geistigen Eigentums.
2. Innovationsförderung durch die Verbesserung des Zugangssystems zu geistigem Eigentum.
3. Aufbau eines digitalen Netzwerks: Seit der Entwicklung des digitalen Netzwerks erweiterten sich die Business-Chancen drastisch. Für die Entwicklung eines neuen Businessmodells im Bereich digitaler Netzwerke werden Förderungen und Strategien seitens der Wirtschaftspolitik konzipiert.
4. Konsequentes Vorantreiben der Cool-Japan-Strategie: Für den kreativen Wiederaufbau soll die Cool-Japan-Strategie, die global einsetzbar ist, als Triebkraft des Wirtschaftswachstums genutzt werden.

Die in Punkt drei genannte Digital-Netzwerk-Strategie zielt auf die Erhöhung des Umsatzes von 1,4 Billionen Yen im Jahr 2008 auf 7 Billionen Yen bis zum Jahr 2020 ab. Die Voraussetzung für das Erreichen dieses Ziels sei die Distribution der Contents-Güter zu bis zu 80 Prozent über das Internet und die Reduktion der Produktpiraterie um 80 Prozent, gemessen am heutigen Niveau. Dafür sei der Aufbau eines globalen Distributionssystems für die japanischen Contents der Schlüssel zum Ziel (HGES 2011: 23).

Konkretes Ziel der Cool-Japan-Strategie unter Punkt vier ist es, die Marktgröße von 4,5 Billionen Yen im Jahr 2009 auf 17 Billionen Yen bis zum Jahr 2020 zu erhöhen. Dazu soll der Umsatz der japanischen Contents-Güter auf dem Asienmarkt eine Billion Yen pro Jahr betragen. Die Zahl der Touristen aus dem Ausland müsse von 8,6 Millionen im Jahr 2010 auf 25 Millionen bis zum Jahr 2020 gesteigert werden. Ferner soll die Anzahl der ausländischen Messebesucher Japans von 65.000 (2010) auf 300.000 (2020) zunehmen.

Das Förderprogramm 2012 verkündet ferner eine verstärkte Sendung von Contents aus Japan in die Welt. Die konsequente Vermittlung von Elementen des »Cool-Japan« ins Ausland bedeute dabei, einen unbeugsamen Geist nach außen hin zu zeigen und eine positive Energie und Atmosphäre innerhalb Japans zu verbreiten (HGES 2011:30). Dies führe letztendlich zum schnelleren Wiederaufbau Ost-Japans (HGES 2011:30). Das HGES versucht, die aus der Katastrophe entstandenen Er-

6. Der Begriff wurde vom damaligen Premierminister Naoto Kan in Anlehnung an den Slogan der Erdbebenkatastrophe von Kōbe (1995) im ersten Kongress zur Entwicklung des Wiederaufbaukonzeptes gebraucht (CAS 2011: 2).

schwernisse mittels Contents als Chancen herauszuarbeiten. Doch ist die Diskrepanz zwischen dem Zustand der »nuklearen Erdbebenkatastrophe« und der »Cool-Japan-Strategie« so groß, dass das Erreichen des Ziels nicht realisierbar erscheint.

5. Konkrete Maßnahmen

5.1 Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie Projekte

Für die Vitalisierung der mit der Contents-Industrie in Zusammenhang stehenden KMU und Projekte wurden insbesondere Maßnahmen zur Erleichterung der Kapitalbeschaffung ergriffen. Eines der neu eingeführten Finanzierungsprogramme ist das »Förderprojekt für die effektive Nutzung von geistigem Eigentum« (*chiteki zaisan yūkō katgsuyō jigyō*) der Development Bank of Japan im Jahre 2003. Das Förderprojekt unterstützt in erster Linie die Zweckgesellschaften, stille Gesellschaften und Treuhänder, die für ein relativ großes Projekt wie Anime-Herstellung oder TV-Drama-Herstellung eingesetzt werden.

In Zusammenhang mit der Revision des Treuhandgeschäftsgesetzes im Jahr 2004, welches die im Treuhandverhältnis einsetzbaren Gegenstände von nur materiellen auf immaterielle Güter erweiterte und das Treuhandgeschäft, das bis dahin nur bei Finanzinstituten möglich war, nun auch bei privaten Einrichtungen ermöglichte, sollten zahlreiche Projekte und Treuhandgeschäfte in der Contents-Industrie entstehen. Der Vorteil für die Inhaber des geistigen Eigentums ist dabei, dass das Eigentumsrecht aufgrund des rechtlichen Schutzes auch bei einem Konkurs des Treuhänders intakt bleibt (Aussonderungsrecht). Die Firma Japan Digital Contents Trust, welche 1998 gegründet wurde, erhielt 2005 als erstes Privatunternehmen die Erlaubnis zum Treuhandgeschäft und unterstützte Filmprojekte wie »Hula-Girls« und TV-Anime-Herstellungen, wie z.B. »Kaiketsu ZORORI« (JDC 2004: 152–156).⁷

Seit 2004 wurde ferner die Gründung von Film-Fonds durch die Vereinfachung der Gründungsbedingungen im Act on the Regulations of Commodities Investment Business (*Shōhin Fando Hō*) gefördert (HGES 2005: 149). Die Einführung eines »Kredit-Versicherungssystems« (*shinyō hoshō seido*) sollte des Weiteren dazu beitragen, die Contents-Produzenten bei der Contents-Produktion bis zum Ende ihrer tatsächlichen Vermarktung zu begleiten (HGES 2003: 50–53).

7. Im Jahr 2009 wurde der Firma aufgrund des Unterschreitens des gesetzlich vorgeschriebenen Grundkapitals (100 Mil. Yen) und der Korruptionsaffäre das Recht des Treuhandgeschäftes genommen (FSA 2009).

Der »Contents-Fonds für den Markteintritt im Ausland« (*kontentsu kaigai tenkai fando*) wurde im Februar 2012 in Form einer Aktiengesellschaft »All Nippon Entertainment Works (ANEW)« neu strukturiert (HGES 2009:18). Diese entstand durch Investition des aus *public private partnership* (PPP) entstandenen Netzwerkes The Innovation Network Corporation of Japan (INCJ). Als Chief Executive Officer (CEO) wurde ein Unternehmer aus Amerika, Sanford R. Climan, der zuvor bei den Universal Studios gearbeitet hatte, ausgewählt. Als Chief Operating Officer (COO) wurde Yūsuke Kurokawa, Geschäftsführer der Nikkatsu Picture International von 2007 bis 2009 und der Tsuburaya Production von 2010 bis 2012, eingestellt. Das Unternehmen richtete sofort eine Niederlassung in Los Angeles ein. Dieser Schritt und der amerikanische CEO zeigen die Ambition, den Markteintritt der japanischen Contents-Hersteller in den USA schwerpunktmäßig zu fördern.

5.2 Urheberrecht und Maßnahmen gegen Produktpiraterie

Im Juni 2003 wurde mit Unterstützung der Regierung eine gemeinnützige Organisation für die Rechtsanwälte der Unterhaltungsbranche »Entertainment Lawyers Network (ELN)« gegründet. Das ELN versucht, die Probleme bei der Contents-Herstellung durch rechtliche Beratungen zu minimieren. Die Aufgaben dieses Netzwerkes sind 1. die Klärung der Urheberrechtsfragen von Beteiligten bei der Herstellung und Verwertung von Contents, 2. die Vereinfachung des juristischen Verfahrens zur Erleichterung der sekundären Verwertung (*niji riyō*) von Contents, 3. die Förderung des Markteintritts im Ausland von japanischen Contents-Herstellern sowie 4. der Aufbau eines gerechten Entlohnungssystems für Creators auf juristischer Ebene (ELN 2005: 1).

Seit der Verhaftung des Softwareentwicklers und wissenschaftlichen Mitarbeiters an der Universität Tōkyō Kaneko Isamu im Jahr 2004 wegen der Verbreitung der von ihm entwickelten P2P-Software »Winy« wurden die Kontrollmaßnahmen gegen die Contents-Piraterie verschärft.⁸ Im Oktober 2011 wurde in Sendai (der größten Stadt in der Region Tōhoku) das von der japanischen Regierung initiierte Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen (*Anti-Counterfeiting Trade Agreement*

8. In den *public comments*, die das HGES jedes Jahr für das Förderprogramm sammelt, wurde 2006 die Meinung vertreten, dass die extreme Kontrolle von P2P-Software zur Hemmung der Softwareentwicklung in diesem Bereich und zur Beeinträchtigung der kreativen Nutzung der Software führen könne (HGES 2006b: 35 und 129, 2007b: 14). Angesichts dieser Meinung von bürgerlicher Seite ist eine japanische Version der sogenannten »Fair-Use-Regel« geplant (HGES 2009: 3). Diese Regel solle mit Berücksichtigung der »Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst« in einem gewissen Umfang eine unangemeldete Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken erlauben.

(ACTA)) zwischen acht Ländern (Australien, Japan, Kanada, Korea, Marokko, Neuseeland, Singapur und den USA) geschlossen. Das multilaterale Abkommen zielt darauf ab, die internationale Vernetzung für den Schutz des Urheberrechts zu verstärken. Im Rahmen dieses Abkommens entwickelt die Regierung mit den anderen Mitgliedsländern ein System für die legale und sichere Distribution von japanischen Anime und japanischer Musik auf Digitalkanälen. Am 22. Januar 2012 wurde die Vereinbarung in Tōkyō von 22 weiteren europäischen Ländern und Japan unterschrieben: Belgien, Bulgarien, Dänemark, England, Finnland, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Spanien und Tschechien (METI 2012: 1).

5.3 Globalisierungsstrategie

Im dritten Jahr der ersten Phase des Förderprogramms für die geistige Eigentumsstrategie, also 2005, reichte die im November 2004 unter der »Fachforschungskommission für die geistige Eigentumsstrategie« gegründete »Japan Branding Working Group« einen Bericht zur »Förderung der Japan-Branding-Strategie« beim HGES ein. Das vierte Kapitel des Förderprogramms 2005 entstand durch die Übernahme dieser Richtlinien im Bericht und betont nicht nur die Förderung der Contents im engeren Sinne, sondern auch die »Verbreitung spezifisch japanischen Lebensstils«, wie Mode (z.B. Kimono) und Esskultur (z.B. Sushi), als Gegenstände der Förderung (HGES 2005: 84). Die Förderung dieser Branche für das »Japan-Branding« sollte zur Erweiterung der Businesschancen im In- und Ausland beitragen und dadurch auch das Landesimage Japans als »kulturschöpfender Staat« verbessern (HGES 2005: 84).

Aus diesen Gründen stellte die Regierung den Slogan von der »Globalisierung der japanischen Contents-Güter« mehr denn je in den Vordergrund. In diesem Zusammenhang wurde im Jahr 2008 ein mittelfristig ausgerichtetes politisches Programm »Asien-Contents-Initiative« zur Förderung der Zusammenarbeit mit asiatischen Ländern bei der Contents-Herstellung aufgestellt (HGES 2008: 87). Darüber hinaus wurde im Oktober 2009 das internationale Symposium »Asien Contents Business Summit (ACBS)« in Tōkyō veranstaltet, dessen regelmäßige Ausrichtung vorgeschlagen wurde (HGES 2009: 19). Nach dem Regierungswechsel von der LDP zu DPJ fand dieses internationale Symposium jedoch eineinhalb Jahre lang nicht statt. Das zweite ACBS fand dann doch im Februar 2011 in Hong-

kong und das dritte im Dezember 2011 in Singapur dicht hintereinander statt. An den Konferenzen nahmen China, Korea, Japan, Malaysia, Singapur und Thailand teil. Bei der ersten Gipfelkonferenz wurde ein Manifest verkündet, bei dem 1. die Nationalgrenzen übergreifende Zusammenarbeit in Asien für die Unterstützung des Wettbewerbs in der asiatischen Contents-Industrie, 2. die Förderung der internationalen Kooperation bei der Schöpfung von Contents, 3. die Förderung der Ausbildung von talentierten Creators, Contents-Produzenten und Verwaltern des geistigen Eigentums und schließlich 4. die Förderung zur Erweiterung der Promotion und Distribution in asiatischen Ländern proklamiert wurden (METI 2009: 1–3). Beim zweiten Symposium wurde die Möglichkeit des Konzeptes »Made in Asia« diskutiert. In der dritten Konferenz wurde auf die verstärkte Kooperation bei der Contents-Herstellung und auf die Etablierung eines Distributionsnetzwerks in Asien, »Pan Asia Channel«, der Fokus gelegt (METI 2011a: 11).

Nach der Erdbebenkatastrophe löste der Slogan »Cool Japan« die frühere »Japan-Branding- und Soft-Power-Strategie« ab. Für die systematische Konzeptentwicklung der »Cool-Japan-Strategie« wurde im Juli 2011 ein »Cool-Japan-Creative-Director-Project« unter der Initiative des METI eingerichtet. Für das Projekt wurde am 20.07.2012 Naoki Itō, Präsident der Firma »partycompany Inc.« und Inhaber von über 130 Auszeichnungen aus dem In- und Ausland als »best creator«, als Chief Creative Officer ausgewählt (METI 2011b). Als Creative-Editor wurde Masatsune Matsuoka und als Creative-Producer Shūjirō Kusumoto ausgewählt. Sie sollen als Architektenteam des Cool-Japan-Konzeptes ein einheitliches Design für die Contents-Industrie entwerfen, um diese weiterhin als Leitindustrie Japans aufrechtzuerhalten.

5.4 Promotion für Contents

Auch ein positiver Imageaufbau für japanische Contents wurde gefördert. Eine Portal-Site für »Cool-Japan« wurde im Jahr 2011 von der Firma Nomura Research Institute erstellt, die vom METI beauftragt worden war. Das Institut übernimmt ebenso die Veranstaltung von Mini-Symposien und hat bis März 2012 sieben offene Symposien, wie z.B. »Open-Minisymposium für Charakter-Business« oder »Open-Minisymposium für Mode« usw., veranstaltet. Die Minisymposien dienen dem Meinungsaustausch von Fachpersonen und normalen Bürgern.

Das HGES hat ferner am 03.06.2011 kundgetan, dass das Logo für die »Cool-Japan-Strategie« fertig gestellt wurde. Der Art-Designer Kashiwa Satō, der als

Designer des Logos der Firma UNIQLO CO., LTD bekannt ist, wurde damit beauftragt (FGES 2011: 3). Das Logo zeigt eine schnell laufende Sonne auf weißem Hintergrund und unter ihr den Slogan »JAPAN NEXT«. Das Logo symbolisiere Japan, das durch die schnelle Überwindung der Erdbebenkatastrophe den nächsten Schritt in die Zukunft unternimmt. Die Zukunftsorientierung soll Kreativität und das Selbstvertrauen der Japaner in den Wiederaufbau befördern (FGES 2011: 3).

ABBILDUNG 3: *Das Logo der Cool-Japan-Strategie des METI*



Quelle: FGES (2011: 2).

5.5 Ausbildung und Qualifizierung von Fachpersonal

Im Oktober 2007 richtete die Regierung ein Staatsexamen ein, mit dem man sich zum Verwalter von geistigem Eigentum qualifizieren kann. Von 2008 bis 2012 strebten fast 120.000 Personen diesen Abschluss an. Diese zum ersten Mal in Japan staatlich anerkannte Qualifikation für Verwalter des geistigen Eigentums hat drei Rangstufen.⁹ Seit 2010 wurde der höchsten Qualifikation des Patentverwalters noch die des Contents-Verwalters hinzugefügt. Bis zum November 2011 haben 50 Personen das Staatsexamen für Contents-Verwalter des höchsten Qualifikationsranges bestanden (CZKK 2012: 2).

9. Die dritte Stufe ist die Grundstufe für die Verwalter des geistigen Eigentums. Das Grundlagenwissen zur Verwaltung von Patentrecht, Warenzeichengesetz und Urheberrecht wird geprüft. Die englische Bezeichnung ist »3rd grade Certified Skilled Worker of Intellectual Property Management« (UPLOAD 2010: 72). Bei der zweiten Stufe wird ein angewandtes Verwaltungswissen zum selben Bereich wie in der dritten Qualifikationsstufe verlangt. Für die Prüfung müssen die Prüflinge ohne die Qualifikation der dritten Stufe mindestens zwei Jahre Berufserfahrung vorlegen. Die erste Stufe wurde im November 2010 eingeführt. Diese ist die höchste Qualifikationsstufe im Staatsexamen für den Verwalter des geistigen Eigentums. Besteht man erfolgreich die schriftlichen und praktischen Prüfungen, erhält man die höchste Qualifikation als Contents-Verwalter. Die englische Bezeichnung ist »1st grade Certified Skilled Worker of Intellectual Property Management, Expert in Media Contents« (UPLOAD 2010: 92).

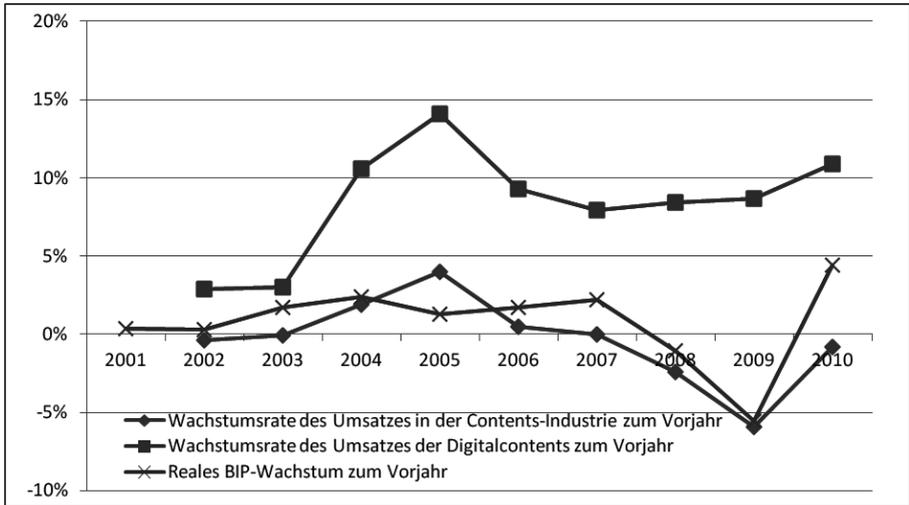
Seit 2010 wurde auch die Ausbildung von Creators vermehrt gefördert. Damit auch ausländische Human Resources für die Contents-Industrie gewonnen werden können, sollte Japan das »Zentrum der Contents-Industrie auf der Welt« werden. Dafür sei die Ausbildung und Qualifizierung von Creators im Inland von Belang. Für die Ausbildung von zukünftigen Creators und die Anwerbung von Creators aus dem Ausland werden »Center of Excellence (COE)« für Contents-Creators an Universitäten eingeführt. Darüber hinaus werden das Auslandsstudium von kompetenten Creators aus Japan und der Aufbau eines internationalen Ausbildungsnetzwerks für Contents-Creators gefördert. Ferner wird die Ausbildung von Contents-Ingenieuren, die Spezialisten für technische Angelegenheiten bei der Contents-Herstellung sein sollen, vorangetrieben (HGES 2005: 112).

6. Auswirkung der politischen Maßnahmen auf die Contents-Industrie

Das Weißbuch für Digitalcontents (*dejitaru kontentsu hakusho*) der Digital Content Association of Japan (DCAJ) und das Weißbuch für Information und Kommunikation (*jōhō tsūshin hakusho*) vom MIC veröffentlichen jährlich statistische Daten zum Contents-Markt. Die Wachstumsraten in der Contents-Industrie und im BIP zeigen die konjunkturellen Korrelationen zwischen den beiden Variablen (s. Abbildung 4). Die Wachstumsrate der Umsatzgröße nach Medienarten verdeutlicht die am schnellsten entwickelten Distributionskanäle (s. Abbildung 5). Die Statistik zur Anzahl von Betrieben und Beschäftigtenzahlen in der letzten Dekade bildet zusammen mit der Langzeitstudie der Wachstumsraten die Entwicklung der Contents-Industrie in der letzten Dekade ab (s. Tabelle 1 sowie Abbildung 4).

Die Wachstumsrate der Contents-Industrie zeigt, dass der Gesamtumsatz in der ersten Phase des Förderprogramms zur geistigen Eigentumsstrategie (2003–2006) um bis zu vier Prozent im Vorjahresvergleich gestiegen ist. Signifikant ist die Wachstumsrate des Umsatzes von Digitalcontents in dieser Periode. Im Hinblick auf die Entwicklung der Anzahl von Contents-Herstellern ist die Neugründung von Tonmedienherstellern bemerkenswert. Doch der gleichzeitige Rückgang der Beschäftigtenzahl in der Tonmedien-Branche legt nahe, dass die Verschlinkung der Unternehmen vorangetrieben und zugleich die Gründung von KMU durch Risikokapital oder Verselbstständigung sowie Existenzgründung befördert wurden. Rückläufig waren im Jahr 2004 im Vergleich zum Jahr 2001 die Anzahl der Betriebe und der Beschäftigtenzahlen in der Filmmedienbranche und in der Zeitungs- und Verlagsbranche.

ABBILDUNG 4: Wachstumsrate des Umsatzes in der Contents-Industrie



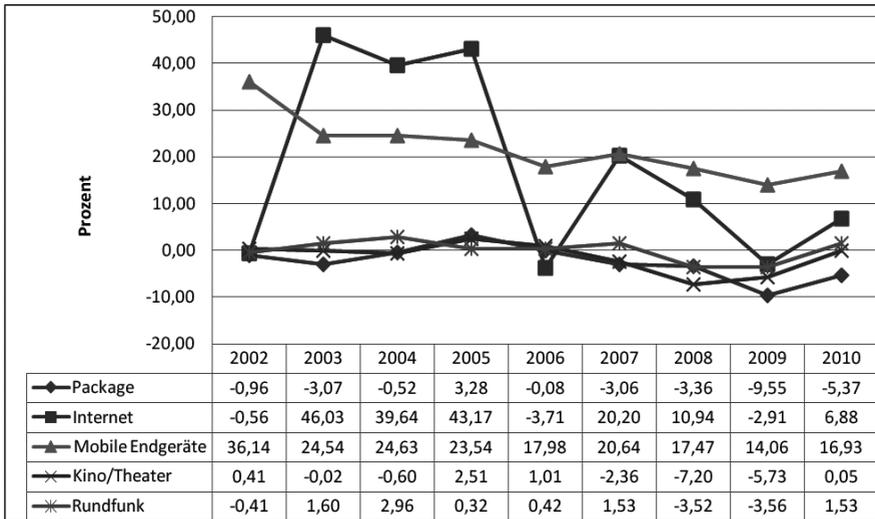
Quelle: DCAJ (2011: 25) und IMF (2012).

Dies liegt daran, dass sich der Markt der Digitalcontents – insbesondere für mobile Endgeräte wie Handys (von 131,7 Millionen Yen im Jahr 2001 auf 405,6 Millionen Yen im Jahr 2006) – explosiv entfaltet hat (s. Abbildung 4). Der Umsatz der Contents-Güter hat sich von 2001 bis 2005 sowohl für mobile Endgeräte als auch im Internet verdoppelt. Mit der jährlichen Wachstumsrate von fast 50 Prozent ist der Konsum von Contents-Gütern zwischen dem Jahr 2003 und 2005 am signifikantesten ausgeprägt. Auch der Contents-Markt der mobilen Endgeräte zeichnet sich durch ein konstantes Wachstum von jährlich 25 Prozent aus (s. Abbildung 5). In dieser »sprunghaften Wachstumsphase der Contents-Industrie«, wie der Titel des vierten Kapitels des Förderprogramms heißt, ist die Contents-Industrie somit durch eine explosive Entfaltung des Digitalcontents-Marktes und die gleichzeitige leichte Schrumpfung der traditionellen Distributionskanäle gekennzeichnet.

In der zweiten Phase (2006–2009), in der die Strategie der Regierung in der Beschleunigung des »intellektuellen Schöpfungszyklus« lag, weist der Gesamtumsatz, trotz des vorangegangenen infrastrukturellen Grundlagenaufbaus der ersten Phase, in 2006 und 2007 eine Stagnation sowie einen Rückgang - insbesondere aufgrund der ab 2007 einsetzenden Finanzkrise - von bis zu minus 5,9 Prozent im Jahr 2009 auf. Auch in dieser rückläufigen Entwicklung des gesamten Umsatzes verzeichneten die Contents-Güter über digitale Distributionskanäle zwischen 2006 und 2009

ein durchschnittliches Wachstum von 8,6 Prozent, während der Vertrieb über die traditionellen Distributionsmedien leicht gesunken ist (s. Abbildung 5). Die Finanzkrise im Jahr 2009 drückte jedoch auch die Wachstumsrate des Umsatzes von über das Internet verteilten Contents. Der Umsatz auf dem Markt der mobilen Endgeräte verdeutlicht jedoch, dass diese Medienart die Wachstumsbranche in Japan ist.

ABBILDUNG 5: Wachstumsrate des Umsatzes nach Medienarten



Quelle: DCAJ (2011: 28).

Beim Betrachten der Abbildung fällt auf, dass interessanterweise die in der ersten Phase gesunkene Anzahl der Betriebe und der Beschäftigtenzahlen in der Contents-Industrie sich erholt bzw. wieder erhöht hat. Insbesondere nahmen die Beschäftigten in den traditionellen Medienbranchen, wie der Filmbranche, bei den Tonmedienherstellern und den Dienstleistungsfirmen trotz der sinkenden Umsätze über die traditionellen Distributionskanäle, wie Kinos und Package,¹⁰ zu (s. Tabelle 1).

In der dritten Phase des Förderprogramms, von dem nur die Daten aus dem Jahr 2010 vorliegen, zeigen sich folgende interessante Tendenzen: 1. Die Wachstumsrate der Contents-Industrie liegt weit unter der des realen Bruttoinlandsproduktes. 2. Die Wachstumsrate des Umsatzes von digitalen Contents steigt von 8,6 Prozent im Jahr 2007 auf 10,9 Prozent im Jahr 2010. Nachdem das gesamte Umsatzvolumen der

10. Package ist eine Distributionsform der Medieninhalte über materielle Träger, wie z.B. Bücher, CD und DVD.

Contents-Industrie im Jahr 2007 die Spitze erreicht hat, zeigt die Statistik insgesamt ein rückläufiges Umsatzvolumen. Betrachtet man jedoch nur die Entwicklung des Umsatzes von Digitalcontents, scheint der Digitalcontents-Markt vom konjunkturellen Zyklus abgekoppelt zu sein.

TABELLE 1: *Anzahl der Contentshersteller und Mitarbeiter in der Contents-Industrie von 2001 bis 2009*

	Anzahl der Betriebe			Anzahl der Beschäftigten		
	2001	2004	2009	2001	2004	2009
Filmische Medienhersteller / Kino	3.588	3.467	3.801	54.667	56.866	61.750
Tonmedienhersteller	137	233	336	4.552	4.317	6.349
Zeitungsfirma / Verlage	7.305	7.096	7.379	169.395	163.401	164.781
Dienstleistungsfirmen für Contentsgüter	3.418	3.608	4.021	26.296	28.327	32.310
Insgesamt	14.448	14.404	15.537	254.910	252.911	265.190

Quelle: MIC (2010: 211).

7. Fazit

Das HGES und das Förderprogramm für die Entwicklung der Contents-Industrie in Japan sind Anzeichen für die Entschlossenheit der japanischen Regierung, in die Wirtschaftsprozesse der immateriellen Güter einzugreifen. Die am Anfang gestellte Frage, wieweit der Staat als Architekt durch die Bestimmung der Spielregeln das Konstrukt der Contents-Industrie entwerfen und deren Wirtschaftsprozess steuern kann, kann wie folgt beantwortet werden: Die Politik bestimmt zwar den Rahmen des Spiels, dennoch sind die individuellen Handlungen der Spieler – hier insbesondere kreative Schöpfungstätigkeiten – schwer kontrollierbar. Dies liegt einerseits daran, dass menschliche Handlungen nicht nur von den harten Fakten und Zahlen, wie z.B. den Fördermitteln für die Gründung von Unternehmen, gesteuert werden, sondern auch von unwägbaren Faktoren beeinflusst werden, die vor allem die »Creators« betreffen – wie die emotionalen Voraussetzungen bei der Schöpfung von Contents-Gütern oder die Kompetenz, zukünftige Trends und Geschmacksrichtungen von Kunden zu antizipieren. Das Phänomen der Zunahme der Betriebe und der Beschäftigtenzahl bei gleichzeitiger Umsatzreduktion von Contents-Gütern unter einem moderaten BIP-Wachstum in der zweiten Phase des Förderprogramms verdeutlicht, dass die Wirtschaftspolitik und -strategie auf den

quantitativen Verlauf Einfluss nehmen kann, jedoch auf die qualitativen Prozesse und die Orientierung des Marktes keinen großen Einfluss ausüben kann.

Andererseits handelt es sich bei der Contents-Herstellung um einen Wirtschaftsprozess, bei dem sehr prekäre Rechtshandels- und Interessenbeziehungen mit der zeitlich parallel fortschreitenden Technologieentwicklung in Wechselbeziehungen stehen. Die geistige Eigentumsstrategie für die Contents-Industrie mit der Initiative der Regierung zeigt, wie oben dargestellt, zwar einen partiellen Erfolg, dennoch überschreitet die Komplexität dieser Zusammenhänge von Politik, Gesetzen, Wirtschaft und Technologie die Kapazitäten politischer Planungen. Die geistige Eigentumsstrategie scheint in den letzten Jahren eher an ihre Grenzen gestoßen zu sein. Darüber hinaus instrumentalisiert die Regierung die Contents-Industrie, indem sie ein positives Image von Japan, also »Cool Japan«, als strategisches außenpolitisches Instrument einsetzt. Solche Intentionen haben die Akteure der privaten Unternehmen in der Contents-Industrie nicht. Aus der Perspektive der Creators liegt das Ziel in der Perfektionierung ihres Werkes, das dem Geschmack, der sich durch ständige Wechselwirkung zwischen dem eigenen und dem der Kunden herauskristallisiert, entspricht. Aus der Perspektive der Contents-Producer liegt der Gewinn auf dem Contents-Markt und in der Kostenreduktion im Produktionsprozess. Dieser Gewinn hängt letztendlich davon ab, wie die Contents als immaterielle Güter den Anreiz bei Kunden wecken, diese zu konsumieren. Die Kreativität der Creators ist daher der Schlüssel zum Erfolg dieser Industrie.

Aus diesen Gründen fungiert das HGES nur bedingt als Architekt der Contents-Industrie. Nicht nur in die technischen und finanziellen Konstellationen, sondern auch in die Entwicklung von menschlicher Kreativität nachhaltig einzugreifen, ist für die weitere Entwicklung der Contents-Industrie von Belang. Als Mitspieler des Spiels muss die Regierung deshalb die Spielregeln auch dem Wert von Zuschauern bzw. Rezipienten entsprechend neu konzipieren. Dies könnte z.B. durch die Einführung der »Fair-Use-Regel« für die Anregung der Kreativität bei potenziellen Creators geschehen. Das im Juni 2012 zu veröffentlichende zehnte Förderprogramm zur geistigen Eigentumsstrategie wird zeigen, wieweit die Regierung den bisher stark quantitativ ausgerichteten strategischen Kurs hin zu einer qualitativen Taktik revidieren kann.

Literatur

- CAS (CABINET SECRETARIAT) (2011), *Higashi Nihon Daishinsai Fukkō Kōsō Kaigi (Dai Ikkai) Gijiroku* [Das Sitzungsprotokoll der Konferenz für das Wiederaufbaukonzeptes nach dem großen Erdbeben Ost-Japans], <http://www.cas.go.jp/jp/fukkou/pdf/gijiroku/kousou01.pdf> (12.02.2012).
- CONTENTS-FÖRDERGESETZ (CONTENTS NO SŌZŌ, HOGO OYOBI KATSUYŌ NO SOKUSHIN NI KANSURU HŌRITSU) [Gesetz über die Förderung der Schöpfung, des Schutzes und der Verwertung von Contents] (2004), <http://law.e-gov.go.jp/htmldata/H16/H16HO081.html> (10.03.2010).
- CZKK (CHITEKI ZAISAN KYŌIKU KYŌKAI) (2012), *Dai Jukkai Chiteki Zaisan kanri Ginō Kentei Jisshi Dēta* [Die statistischen Daten des zehnten Staatsexamens für die Qualifikation eines Verwalters von geistigem Eigentum], http://www.kentei-info-ip-edu.org/pdf/kek-ka_data111113.pdf (12.02.2012).
- DCAJ (DIGITAL CONTENT ASSOCIATION OF JAPAN) (2011): *Dejitaru Kontentsu Hakusho* [Weißbuch zu digitalen Contents], Tōkyō: DCAJ.
- ELN (ENTERTAINMENT LAWYERS NETWORK) (2005), *Setsuritsu Shushisho* [Gründungszweck], <http://www.j-eln.org/file/shushi.pdf> (12.02.2012).
- FGES (FÖRDERBÜRO ZUR GEISTIGEN EIGENTUMSSTRATEGIE) (2011), *Kūru Japan no Rogo Messēji no Kettei ni tsuite* [Über die Entscheidung für das Logo-Message des Cool-Japans], <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/titekiz/cjlogo.pdf> (12.02.2012).
- FLORIDA, RICHARD (2003), *The Rise of the Creative Class: And How It's Transforming Work, Leisure, Community, and Everyday Life*, New York: Basic Books.
- FSA (FINANCIAL SERVICES AGENCY) (2009), *Japan Dejitaru Kontentsu Shintaku Kabushiki Gaisha ni tai suru Gyōsei Shobun ni tsuite* [Über die Verwaltungsstrafe gegen Japan Digital Contents Trust], <http://kantou.mof.go.jp/kinyuu/kinyu/6990degiz10915.pdf> (12.03.2012).
- HGES (HAUPTBÜRO ZUR GEISTIGEN EIGENTUMSSTRATEGIE, CHITEKI ZAISAN SENRYAKU HONBU) (2003), *Chiteki Zaisan Suishin Keikaku 2003* [Förderprogramm zu geistigem Eigentum 2003], <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/titekiz/kettei/030708f.pdf> (01.02.2012).
- HGES (HAUPTBÜRO ZUR GEISTIGEN EIGENTUMSSTRATEGIE, CHITEKI ZAISAN SENRYAKU HONBU) (2004), *Chiteki Zaisan Suishin Keikaku 2004* [Förderprogramm zu geistigem Eigentum 2004], <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/titekiz/kettei/040527f.pdf> (01.02.2012).
- HGES (HAUPTBÜRO ZUR GEISTIGEN EIGENTUMSSTRATEGIE, CHITEKI ZAISAN SENRYAKU HONBU) (2005), *Chiteki Zaisan Suishin Keikaku 2005* [Förderprogramm zu geistigem Eigentum 2005], <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/titekiz/kettei/050926f.pdf> (01.02.2012).
- HGES (HAUPTBÜRO ZUR GEISTIGEN EIGENTUMSSTRATEGIE, CHITEKI ZAISAN SENRYAKU HONBU) (2006a), *Chiteki Zaisan Suishin Keikaku 2006* [Förderprogramm zu geistigem Eigentum 2006], <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/titekiz/kettei/060609keikaku.pdf> (01.02.2012).

- HGES (HAUPTBÜRO ZUR GEISTIGEN EIGENTUMSSTRATEGIE, CHITEKI ZAISAN SENRYAKU HONBU) (2006b), *Chiteki Zaisan Suishin Keikaku 2006 no Sakutei ni muketa Iken Boshū ni yoserareta Iken* [Die bei der Meinungssammlung abgegebenen Meinungen zur Aufstellung des Förderprogramms zu geistigem Eigentum 2006], <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/titekiz/060425/iken2.pdf> (12.02.2012).
- HGES (HAUPTBÜRO ZUR GEISTIGEN EIGENTUMSSTRATEGIE, CHITEKI ZAISAN SENRYAKU HONBU) (2007a), *Chiteki Zaisan Suishin Keikaku 2007* [Förderprogramm zu geistigem Eigentum 2007], <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/titekiz/kettei/070531keikaku.pdf>, (01.02.2012).
- HGES (HAUPTBÜRO ZUR GEISTIGEN EIGENTUMSSTRATEGIE, CHITEKI ZAISAN SENRYAKU HONBU) (2007b), *Chiteki Zaisan Suishin Keikaku 2007 no Sakutei ni muketa Iken Boshū ni yoserareta Iken* [Die bei der Meinungssammlung abgegebenen Meinungen zur Aufstellung des Förderprogramms zu geistigem Eigentum 2007], <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/titekiz/070531/iken1.pdf> (12.02.2012).
- HGES (HAUPTBÜRO ZUR GEISTIGEN EIGENTUMSSTRATEGIE, CHITEKI ZAISAN SENRYAKU HONBU) (2008), *Chiteki Zaisan Suishin Keikaku 2008* [Förderprogramm zu geistigem Eigentum 2008], <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/titekiz/2008keikaku.pdf> (01.02.2012).
- HGES (HAUPTBÜRO ZUR GEISTIGEN EIGENTUMSSTRATEGIE, CHITEKI ZAISAN SENRYAKU HONBU) (2009), *Chiteki Zaisan Suishin Keikaku 2009* [Förderprogramm zu geistigem Eigentum 2009], <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/titekiz/090624/2009keikaku.pdf> (01.02.2012).
- HGES (HAUPTBÜRO ZUR GEISTIGEN EIGENTUMSSTRATEGIE, CHITEKI ZAISAN SENRYAKU HONBU) (2010), *Chiteki Zaisan Suishin Keikaku 2010* [Förderprogramm zu geistigem Eigentum 2010], <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/titekiz/2010keikaku.pdf> (01.02.2012).
- HGES (HAUPTBÜRO ZUR GEISTIGEN EIGENTUMSSTRATEGIE, CHITEKI ZAISAN SENRYAKU HONBU) (2011), *Chiteki Zaisan Suishin Keikaku 2011* [Förderprogramm zu geistigem Eigentum 2011], <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/titekiz/kettei/chizaikeikaku2011.pdf> (01.02.2012).
- IMF (INTERNATIONAL MONETARY FOUND) (2012), *World Economic Outlook Database*, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2012/01/weodata/index.aspx> (19.02.2012).
- ISHII, MIHO und YŌICHI SUMIKURA (2008), »Chiteki Zaisan Seisaku no Tenkai« [Die Entwicklung der Politik für geistiges Eigentum], in: SHIGEO YAMAZAKI, TASSHIRŌ SHUKUNAN und HIROSHI TACHIOKA (2008), *Chiteki Zaisan to Sangyō Seisaku* [Industriepolitik für die geistige Eigentumsindustrie], Tōkyō: Suiyōsha, S. 33–73.
- JDC (JAPAN DIGITAL CONTENTS TRUNST, INC.) (2004), *Kontentsu Bijinesu no Shikin Chōtatsu Sukimu* [Kapitalbeschaffungsmodelle des Contents Business], Tōkyō: Kyūtensha.

- MIC (MINISTRY OF INTERNAL AFFAIRS AND COMMUNICATIONS) (2011), *Jōhō Tshūshin Hakusho* [Weißbuch für Information und Kommunikation], <http://www.soumu.go.jp/johotsusintokei/whitepaper/ja/h23/pdf/index.html> (12.02.2012).
- METI (MINISTRY OF ECONOMY, TRADE AND INDUSTRY) (2009), *Asia Content Business Summit 2009 Joint Declaration*, http://www.meti.go.jp/policy/mono_info_service/contents/downloadfiles/JointDeclaration.pdf (12.02.2012).
- METI (MINISTRY OF ECONOMY, TRADE AND INDUSTRY) (2011a), *Report of the 3rd Asia Content Business Summit*, http://www.meti.go.jp/policy/mono_info_service/contents/downloadfiles/acbs3_E.pdf (12.02.2012).
- METI (MINISTRY OF ECONOMY, TRADE AND INDUSTRY) (2011b), *Kūru Japan Senryaku Jigyō Kurieitibu Direkutā Shidō!* [Inbetriebnahme des kreativen Geschäftsführers für die Cool-Japan-Strategie!], <http://www.meti.go.jp/press/2011/07/20110720001/20110720001.pdf> (12.02.2012).
- METI (MINISTRY OF ECONOMY, TRADE AND INDUSTRY) (2012), *Gizōhin no Torihiki no Bōshi ni kan suru Kyōtei (Kashō) (ACTA) e no EU oyobi EU Kameikoku ni yoru Shomei ni tsuite* [Über die Unterzeichnung der EU und EU-Mitgliedsstaaten für das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) (vorläufige Bezeichnung)], <http://www.meti.go.jp/press/2011/01/20120126003/20120126003.pdf> (12.03.2012).
- NISHIYAMA, TAKAHIRO (2010), »Wertschöpfung durch Kreativität im Contents Business«, in: REINHARD ZÖLLNER und YOSHIO NAKAMURA (2010), *Culture and Contents: Understanding Contents Business in Japan and the World*, München: Iudicium, S. 27–58.
- REGIERUNGSERLASS NR. 45 (2002), *Chiteki Zaisan Senryaku Honbu Rei* [Regierungserlass über das Hauptbüro zur geistigen Eigentumsstrategie], <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/titekiz/hourei/honburei.pdf> (01.03.2012).
- RGE (RAHMENGESETZ ZUM GEISTIGEN EIGENTUM, CHITEKI ZAISAN KIHON HŌ) <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/titekiz/hourei/kihon.html> (12.02.2010).
- SHUSHŌ KANTEI (2002), *Dai 154-kai Kokkai ni okeru Koizumi Naikaku Sōridaijin Shisei Hōshin Enzetsu* [Regierungserklärung des Premierministers Koizumi im 154-sten Parlament] <http://www.kantei.go.jp/jp/koizumispeech/2002/02/04sisei.html> (12.02.2010).
- TANAKA, HIDEYUKI (2009), »Kontentsu Sangyō to ha Nanika: Sangyō no Hani, Tokuchō, Seisaku« [Was ist die Contents-Industrie?: Wirkungsbereich, Charakteristika und politische Regulierung dieses Industriezweigs], in: HIROSHI IDEGUCHI, HIDEYUKI TANAKA und YŪSUKI KOYAMA (2009), *Kontentsu Sangyōron: Konton to Denpan no Nihon Gata Moderu* [Methoden der Contents-Industrie: Das japanische Modell von Chaos und Vermittlung], Tōkyō: Tōkyō Daigaku Shuppankai, S. 113–157.
- THROSBY, DAVID (2001), *Economics and Culture*, Cambridge: Cambridge University Press.

- UPLOAD (APPU RÔDO CHIZAI SÔGÔ KENKYÛJO) (2010), *Kontentsu Gyôkai no Shin Kokka Shikaku ga subete wakaruru Hon* [Ein Buch, mit dem man alles über die neuen staatlich anerkannten Qualifikationen für die Contents-Industrie verstehen kann], Tôkyô: Upload.
- WIPO (WORLD INTELLECTUAL PROPERTY ORGANIZATION) (2004), *WIPO Intellectual Property Handbook*, Geneva: WIPO.
- ZÖLLNER, REINHARD (2008), *Contents Business: Neue Zugänge zum Verhältnis von Kultur, Markt und Staat in Japan*, Antrittsvorlesung an der Universität Bonn 2008 (unveröffentlicht).
- ZÖLLNER, REINHARD (2010), »Contents and Containers: The Semiotics of Contents Business«, in: REINHARD ZÖLLNER UND YOSHIO NAKAMURA (2010), *Culture and Contents: Understanding Contents Business in Japan and the World*, München: Iudicium, S. 175–203.
- ZÖLLNER, REINHARD (2011), *Japan. Fukushima. Und wir: Zelebranten einer nuklearen Erdbebenkatastrophe*, München: Iudicium.

Die Tsunami- und Nuklear- Katastrophe 2011 in Japan: Der Umgang mit dem (Rest-)Risiko

The Tsunami and Nuclear Disaster 2011 in Japan:
The Handling of the (Residual) Risk

Winfried Flüchter

Are so called natural disasters really »natural«? Or are they just as equally (or even specifically) »man-made«? If so, then their outcomes can be seen as risks. This article focuses on how (residual) risks were handled in the case of the 2011 »Great Eastern Japan Earthquake« (Higashi Nihon Daishinsai) with reference to risk theory and empirical research, including recent discourses about »Fukushima« and »(the) Japan(ese)«. How are (residual) risks to be evaluated? How are they perceived? Under which conditions are they taken and legitimized? Which lessons are learned from experiences with risks? Initially, I present discourses and options related to the term »risk«. This forms the basis for the main part of the article, which focuses on an analysis of the 2011 tsunami and nuclear disaster. Finally, I conclude with a discussion of how (residual) risks were handled, the systemic nature of vulnerability in the case of Japan, and the lessons which can be learned.

1. Einleitung

Wohl wissend um die seismische Verwundbarkeit durch *natural* und *man-made hazards* hat sich der japanische Staat viel einfallen lassen. Wohl kein Land ist dermaßen gut gegen Naturkatastrophen gerüstet: durch intelligente seismische Frühwarnung, durch erdbebenresistentes und bebenflexibles Bauen, durch diszipliniertes, eingeübtes Verhalten der Bevölkerung im Notfall. Japan erscheint aber nicht »einzigartig« darin, dass nur hier die Erde so labil, nur hier der Mensch durch Naturkatastrophen dermaßen verwundbar ist. Herausforderungen dieser Art stellen sich auch für viele andere Länder an den Bruchzonen der Kontinentalplatten. Was Japan diesbezüglich jedoch besonders verwundbar macht ist die Fokussierung seiner Energiewirtschaft auf die Kernkraft sowie die Konzentration seiner Bevölkerung in Ballungsräumen. Am meisten gefährdet ist die Hauptstadt Tōkyō (FLÜCHTER 2000, 2002, 2003).

Sind sogenannte Naturkatastrophen, *natural hazards*, nur »natürlich«? Sind sie nicht auch und vor allem *man-made hazards*, von Menschen verursacht? Daraus ergeben sich Risiken. Zentrales Thema dieses Beitrags ist der Umgang mit dem (Rest-)Risiko des »Großen Erdbebens von Ostjapan (*Higashi Nihon Daishinsai*) 2011 unter Aspekten von Theorie und Empirie unter Einschluss von »Fukushima-Diskursen«. Wie sind (Rest-)Risiken zu bewerten, wie werden sie wahrgenommen, unter welchen Bedingungen eingegangen und legitimiert? Welche Lehren werden aus den Erfahrungen mit Risiken gezogen? Einleitend werden Diskurse und Optionen zum Thema »Risiko« vorgestellt. Sie geben die Vorlage für den Hauptteil, die Analyse der Tsunami- und Nuklear-Katastrophe 2011. Abschließend wird über den Umgang mit dem (Rest-)Risiko, die systembedingte Verwundbarkeit Japans und die daraus zu ziehenden Lehren resümiert.

2. Diskurse und Optionen

2.1 Zur Begriffsbedeutung »Risiko«

Der Begriff »Risiko« steht seit den 1980er Jahren im Zentrum verschiedener sozial- und naturwissenschaftlicher Diskurse. Unter den zahlreichen Auffassungen über seinen Bedeutungsgehalt lassen sich zwei erkenntnistheoretische Grundpositionen unterscheiden (MÜLLER-MAHN 2007): die objektivistisch-naturwissenschaftliche (die in diesem Beitrag zurücksteht) und die konstruktivistisch-sozialwissenschaftliche (auf die es hier ankommt). Der Begriff »Risiko« ist nicht nur für Probleme

geographischer Art (überwiegend im Sinne von »Naturrisiko«), sondern auch für sozio-ökonomisch, politisch und kulturell bedingte Krisenlagen von Bedeutung. »Risiko« gilt als ein vager, »schillernder« Begriff. Seine Brauchbarkeit als präzise gefasster Terminus wird deshalb vielfach in Frage gestellt. Salopp könnte man sogar warnen: *It's risky to define risk!* – wenn man davon ausgeht, dass es keine »wahren Bedeutungen« von Begriffen gibt, sondern ihre Bedeutungen »Zuschreibungen« darstellen, die zu bestimmten Zwecken verwertet werden können.

Einen pragmatischen Zugang zum Verständnis »schillernder Begriffe« bieten distinktionstheoretische Überlegungen, die auf Unterschiede der zu klärenden Begriffe abzielen. In Anlehnung an NIKLAS LUHMANN'S Idee der »Leitdifferenz« macht es Sinn, den interpretationsbedürftigen Begriff »Risiko« jeweils mit einem Gegenbegriff zu erfassen, von dem er abgesetzt und unterschieden wird. Distinktionstheoretisch bieten sich je nach Art und Auffassung eines Risikos diverse Zuschreibungen an (WEICHHART 2007): 1. »Risiko« versus »Chance«, 2. »Schaden/Verlust« versus »Nutzen/Gewinn« (einschließlich *no risk – no fun*), 3. »Unsicherheit« versus »Sicherheit« (der Eintretenswahrscheinlichkeit), 4. »Risiko« versus »Sicherheit« (der Gefährdung) sowie nicht zuletzt (für unser Thema) 5. »Risiko« versus »Gefahr« und 6. »Entscheider« versus »Betroffene«. Da die Entscheider oft *nicht* identisch mit den Betroffenen sind, legitimieren sich im Verständnis LUHMANN'S erstere gern damit, dass sie eingegangene »Risiken« als »Gefahren« bezeichnen. Die Distinktion »Risiko« versus »Gefahr« (LUHMANN 1990: 7) in Kombination mit »Entscheider« versus »Betroffene« erscheint für das Thema »Naturkatastrophen« sowie für unsere gegenwärtige Lage in der »Zweiten Moderne« (s. folgendes Kapitel) von besonderer Bedeutung und stellt (ähnlich wie »Risiko« versus »Chance«) den Aspekt des *bewussten Entscheidungskalküls* in den Vordergrund: »Risiken« sind zukunftsgerichtet, kalkuliert, man »geht sie ein« (*aktives Moment*). »Gefahren« dagegen sind unabwendbar, man »ist ihnen ausgesetzt« (*passives Moment*) (BOHLE 2009; WEICHHART 2007).

Bei der Analyse sogenannter Naturkatastrophen hat sich die Hazardforschung zu sehr auf die Bedeutung der *Natur* und der daraus resultierenden »Gefahren« konzentriert, zu wenig jedoch auf *man-made hazards*, die der Mensch durch das Wagnis zum »Risiko« hervorruft und durch Hazardmanagement zu entschärfen sucht (GEIPEL 1992; HEWITT 1997; POHL 1998; POHL und GEIPEL 2002; MÜLLER-MAHN 2005; BOHLE 2008; DIKAN 2008; WISNER et al. 2010). Der »Georisikoraum Japan« (FLÜCHTER 2007) dient dafür als hervorragendes Beispiel.

2.2 Der Katastrophendiskurs im Zeichen des (Rest-)Risikos

Nach der soziologischen Risikoforschung von ULRICH BECK (1986) ist die moderne Industriegesellschaft durch eine neue Qualität von Risiken bedroht, ohne dass diese Gefahren angemessen wahrgenommen sowie politisch und kulturell verarbeitet werden könnten. Der in der »ersten« Moderne vorherrschende Fortschrittsoptimismus werde in der »zweiten« Moderne, d.h. in der »Risikogesellschaft«, durch technikskeptische Strategien abgelöst. Risiken seien nicht mehr steuerbar (BECK 1986). Ein extremes Hazardereignis kann die Gesellschaft heftig erschüttern, die Normalität unterbrechen oder gar zerstören. Ein Erdbeben liegt damit aus gesellschaftlicher Perspektive auf der gleichen Linie wie ein Kernkraftunfall, ein militärischer oder terroristischer Angriff (POHL 1998). Zwei Jahrzehnte später sieht BECK die Thematik im globalen Zusammenhang als »Weltrisiko«, das im Zeichen einer elementaren globalen Unsicherheit und Ungewissheit hergestellt werde (BECK 2007). BECK geht von einem konstruktivistisch-sozialwissenschaftlichen Risiko-Begriff aus, der sich auf die »Antizipation« (Vorwegnahme, Bewertung) zukünftiger Katastrophen bezieht, die dadurch schon in der Gegenwart handlungswirksam werden. Das »Weltrisiko« sei folglich das Ergebnis einer »Realitätsinszenierung«. Diese werde durch die mediale Präsentation und die politisch und kulturell variierenden Wahrnehmungen des Risikos geprägt, z.B. durch eine gezielte Dramatisierung (bzw. Verharmlosung) von Katastrophen. Deshalb komme der Beschäftigung mit der Rolle der Inszenierung bzw. der »sozialen Konstruktion« große Bedeutung zu (MÜLLER-MAHN 2007).

Diskurse dieser Art haben im »Großen Beben von Ostjapan« 2011 durch die Verdreifachung der Katastrophe Erdbeben, Tsunami und Nuklearunfall Bestätigung gefunden. Die Ereignisse riefen international sehr unterschiedliche Wahrnehmungen, Deutungen und Reaktionen hervor. Sie reichten grob gesprochen zwischen Panikmacherei in Deutschland und Verharmlosung in Japan. Eine grundlegende Diskussion über die Sicherheit von Kernkraftwerken setzte ein. Was bisher als undenkbar erschien, gilt jetzt als »Restrisiko«: nach dem Stand der Wissenschaft unbekannt, aber nicht auszuschließen, und in Deutschland Anlass für einen radikalen Wandel in der Energiepolitik und den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022. Ohne die Ereignisse in Fukushima – genauer: ohne die Instrumentalisierung der dortigen Ereignisse in unseren Medien –, hätte es diese Wende nicht gegeben. Der Slogan »Fukushima ist überall« ist schon deshalb unsinnig, weil wir weit abseits des Geschehens nicht betroffen sind. Die oft zitierte »Apokalypse«, ein abendländischer Begriff (prophetisch-visionär als »Enthüllung göttlichen Wissens, Gottesgericht, Kommen des Reiches Gottes, Weltuntergang«), ist in Japan ziemlich unge-

wöhnlich und wird, selbst als mediale Zuspitzung, den Realitäten um Fukushima nicht gerecht. »Japan(er)-Diskurse« blühen wieder auf. »Die Japaner« werden im Umgang mit dem Leid als »stoisch, fatalistisch« beschrieben (»Samurai-Geist«), als hätten sie »keine Angst, keine Gefühle«. Auch dieses Klischee ist fehl am Platze. Selbstverständlich hatten auch »die Japaner« Angst. Auch sie zeigten Gefühle, gleichwohl keine Panikreaktion. Der Respekt vor den Kräften der Natur und ihrer Unberechenbarkeit ist tief im Bewusstsein der Bevölkerung verankert. Daraus sich ergebende Verhaltensweisen mögen kulturhistorische Wurzeln haben, sind aber vor allem das Ergebnis sozialer Spielregeln, die in der Schule und in der Familie gelernt werden. Es gilt, bei allem Bemühen um Problemorientierung, das *Ausmaß* krisenhafter Phänomene und krisenbedingter Gelassenheit nicht aus den Augen zu verlieren (SEIFERT 07.02.2012).

2.3 Normative Ausklammerung des Restrisikos

Warum müssen Ereignisse, die einer normalen statistischen Verteilung zufolge eigentlich nur alle 100.000 oder 10.000 Jahre oder auch nur »einmal-in-tausend-Jahren« (für schwerste Beben in Japan) eintreten sollten, erst *Wirklichkeit* werden, um als *möglich* zu gelten? Gab das Finanzdesaster 2008 um die Lehman Bank bereits Anlass, über das vermeintlich Unmögliche nachzudenken, so lässt die Katastrophe in Japan 2011 den Mythos der Sicherheit von Kernkraftwerken erschüttern. Warum bleibt, gerade wenn es um höchst Riskantes geht, das Udenkbare ausgeschlossen? Warum denken wir nicht einen »schwarzen Schwan« (TALEB 2008)? In der Finanzwirtschaft steht dieser Begriff metaphorisch für Ereignisse mit kleiner Wahrscheinlichkeit (aber großer Wirkung), an die vorher keiner denkt (oder nicht denken will).

Risiken werden ausschließlich durch das Hochrechnen der Vergangenheit bei Ausklammerung eines Restrisikos bewertet, Datenreihen als »historisch« eingeschätzt, selbst wenn diese nicht einmal ein paar Jahrzehnte Empirie vorweisen können. Der schwere Unfall 1979 im Kernkraftwerk bei Harrisburg ging, weil letztlich nicht zur Katastrophe führend, in die Statistik als vernachlässigenswert ein. Die reale Katastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl 1986 wurde als Ergebnis unausgereifter Technik einer sozialistischen Misswirtschaft gedeutet, in demokratischen Ländern mit anspruchsvoller Technologie undenkbar. Rationale Erklärungen für beobachtete Daten erscheinen überschätzt, Restrisiken werden normativ ausgeklammert nach dem Motto: »Dass nicht ist, was nicht sein darf«. Nach der Katastrophe vom 11.03.2011 ist jedoch, was vorher nicht sein durfte. Die Versicherungswirtschaft bietet sich als Beispiel an. Nach ihr wird Risiko allgemein als gemittelter

Schaden bestimmt: als Produkt aus der Wahrscheinlichkeit eines Schadens und seiner möglichen Höhe. Dass diese Formel jedoch nicht für Kernkraftwerke gilt, darin sind sich Befürworter wie Gegner der Atomenergie einig: Erstere setzen die Wahrscheinlichkeit eines GAUs (Größter Anzunehmender Unfall) bei Null an, Letztere die Höhe des dann eintretenden Schadens bei unendlich (ALBRECHT 13.03.2011). Folgerichtig sind Kernkraftwerke nicht versicherbar oder nur unter untragbaren Bedingungen.

Das »Große Beben von Ostjapan 2011« gibt Anlass, bei der Kalkulierung hochrisikanter Phänomene über das vermeintlich Unmögliche neu nachzudenken. Bezüglich der Frage, ob man die Welt kalkulierbarer machen kann, zeigen Deutschland und Frankreich in ihrer völlig anderen Bewertung der Kernkraft, dass es tiefe nationale Glaubensunterschiede gibt. Wie Japan nach der Katastrophe langfristig damit umgeht, bleibt eine spannende Frage.

2.4 Flexible Konfliktökonomie als Option einer Risikogesellschaft

»Sicherheit hat höchste Priorität«. Dieser nach dem 11. März 2011 besonders populäre Slogan nationaler Entscheidungsträger klingt gut, ist aber schon deshalb unglaubwürdig, weil Sicherheit, sollte sie wirklich höchste Priorität haben, gar nicht finanzierbar ist – ganz abgesehen davon, dass nicht jeder damit einverstanden ist, zunehmende Sicherheit auf Kosten abnehmender persönlicher Freiheiten in Kauf zu nehmen. Wer die Chancen der Technik nutzen will, muss Risiken akzeptieren. Wie groß diese wirklich sind, können selbst Experten nur schätzen. Die zentrale Frage, so der Risikoforscher KLAUS HEILMANN, könne nicht lauten: Wollen wir mehr Sicherheit? Sie müsse vielmehr heißen: Wie viel finanzielle (und auch sonstige) Belastung ist eine Gesellschaft zu tragen bereit für mehr Sicherheit? Bei der Sicherheit gehe es um einen Kompromiss zwischen dem technisch Machbaren und dem ökonomisch Möglichen. »Was wir also benötigen, ist eine flexible Konfliktökonomie«. Chancen und Risiken und damit auch Nutzen und Schaden sollten in einem Verhältnis stehen, das für die Gemeinschaft vertretbar sei. Volle Sicherheit könne man nie erreichen, man könne sich ihr nur nähern. Also werde es auch immer ein Restrisiko geben (HEILMANN 2010; 25.03.2011).

Wer aber sind dann »wir«, wer ist »die Gesellschaft«, die den Grad an Unsicherheit bestimmt? Ist »die Gesellschaft« über ihre Chancen und Risiken ausreichend informiert? Wie hält es Japan mit dem Risiko und der Sicherheit, wenn es um die Verwundbarkeit durch »Tsunami« und »Atomenergie« geht?

3. Die Tsunami 2011: Der Umgang mit dem (Rest-)Risiko

3.1 Geographisch-historische Einordnung der Tsunami-Katastrophe 2011

Submarine Beben erzeugen seismische Seewellen, die beim Auftreffen auf die Küste zu den gefürchteten Tsunami werden. Der Grad der Gefährdung durch Tsunami hängt von drei Faktoren ab: 1. der Stärke des submarinen Bebens, 2. der Nähe des Epizentrums zur Küste sowie 3. der Gestalt der Küste. Historische und literarische Dokumente über Tsunami haben seit dem Jahr 869 (Sanriku- oder Jōgan-Beben) 38 verheerende Naturkatastrophen dieser Art belegt (SCHWIND 1967: 118–119), d.h. im Laufe der japanischen Geschichte hat es im Durchschnitt alle 30 Jahre eine »große seismische Welle« (*ōtsunami*) gegeben.

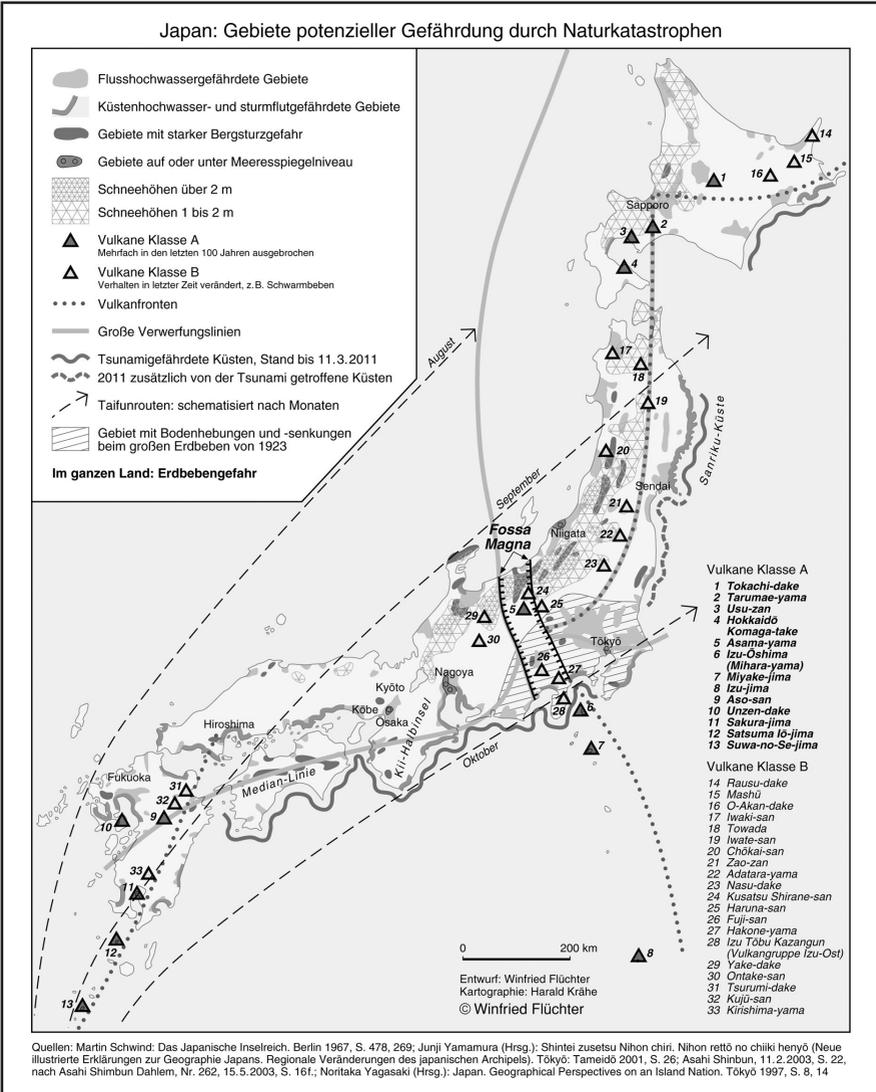
Die Geschichte der Tsunami-Zerstörungen in Japan weist vor allem bestimmte Küstenabschnitte an der pazifischen Seite als besonders gefährdet aus (Abb. 1), allen voran Riasküsten. Die größten Tsunami-Katastrophen seit Mitte des 19. Jahrhunderts ereigneten sich an der Riasküste des Sanriku, weshalb Schutzmaßnahmen sich vor allem auf diesen Küstenabschnitt konzentrierten. Es handelt sich um schlauchförmig ins Land eindringende, touristisch attraktive aber oft schwer zugängliche Meeresbuchten, an deren bergigen Enden in geschützter Lage Fischereihäfen und Siedlungen anzutreffen sind. Im Falle einer Tsunami wird solchen Häfen ihre vermeintliche Schutzlage zum Verhängnis, da die Wellenfronten mit zunehmender Meeresverengung schneller werden und am Ende dieser Buchten besonders hoch ausschlagen.¹ Tsunami-Katastrophen sind insbesondere den Menschen des Sanriku im Gedächtnis. Hochwasser-Markierungen erinnern vor Ort an das Ausmaß der letzten vier historischen Naturkatastrophen 1854, 1896, 1933 und 1960. Wie versteht sich vor diesem Hintergrund das Risiko der großen seismischen Flut 2011?

Einen entscheidenden Anteil am Ausmaß der Naturkatastrophe hatte die Höhe der Tsunami. Sie traf die ca. 500 km lange Küstenzone des östlichen Tōhoku mit sehr unterschiedlicher Wucht, in Abhängigkeit von der unterschiedlichen Verwundbarkeit der Küstenformen. An den Buchtenden der Riasküste des Sanriku schwappte die seismische Welle bis zu 39 m die Böschungen hoch. An der weiter südlich gelegenen flachen Ausgleichküste vor Sendai und Fukushima, welche in der Geschichte der Tsunami als wenig(er) gefährdet ausgewiesen ist, wurden wesent-

1. Vor diesem Hintergrund versteht sich der von japanischen Fischern geprägte, seit der Nachkriegszeit in der Wissenschaft international verwendete Begriff Tsunami als »Hafenwelle« (tsunami). Auf offenem Meer haben die Fischer die seismischen Wellen kaum gespürt, sehr wohl jedoch deren Verwüstungen bei der Rückkehr in den heimatlichen Hafen. Tsunami meint also nicht die Ursache der Welle (submarine Beben), sondern deren Wirkung (im Hafen, an Land).

lich niedrigere dennoch katastrophale Extremhöhen registriert. Auf das Kernkraftwerk Fukushima Dai'ichi (Nr. 1) prallten 14 m hohe Wellen – weit mehr als doppelt so hoch wie für die Sicherheit der Anlage einkalkuliert war.

ABBILDUNG 1: Georisiko-Raum Japan



3.2 Betroffene Gebiete, Ausmaß und Schadensbewertung der Tsunami 2011

Auslöser der Katastrophe am 11.03.2011 war ein submarines Beben der Magnitude $M=9,0$ auf der Richterskala, 370 km nordöstlich von Tōkyō gelegen, 67 km östlich der nächsten Küste (Oshika-Halbinsel). Es war das stärkste Beben Japans in historischer Zeit und setzte eine Energie frei, die mehr als etwa 1000-mal bzw. 1500-mal (!) größer war als die der zwei schlimmsten Erdbeben Japans während des letzten Jahrhunderts. Zum Vergleich: Das »Große Beben von Kantō 1923« hatte bei einer Stärke von »nur« $M=7,9$ fast 143.000 Tote und Vermisste zur Folge. Dem verheerenden »Beben von Hanshin-Awaji (Kōbe) 1995« mit »nur« $M=7,2$ fielen 6300 Menschen zum Opfer. Dass die Primärwirkung des Erdbebens 2011 der Stärke $M=9,0$ im 130 km entfernten Sendai, Millionenstadt und Zentrum der Großregion Tōhoku, keine Schäden besonderen Ausmaßes hinterlassen hat, grenzt dabei an ein Wunder. Die Bedeutung der Magnitude bezüglich der Verwundbarkeit für Menschen und Sachwerte ist also relativierungsbedürftig, da zusätzliche Kriterien wie Lage des Epizentrums und Hypozentrums sowie geolokale Besonderheiten eine Rolle spielen. Das Große Beben von Kantō 1923 war, wie auch das »Große Beben von Ostjapan 2011«, ein »off shore-Typ« (*kaiyō-gata*), das Beben von Kōbe 1995 ein »Typ direkt unterhalb der Stadt« (*toshi chokka-gata*).

Nach dem großen Erd- und Seebeben vor der pazifischen Küste Tōhokus am 11.03.2011 fand nicht die große seismische Flut, sondern die durch sie ausgelöste Katastrophe im Kernkraftwerk Fukushima das große Interesse der Weltöffentlichkeit. Darüber sollte die eigentliche Tsunami-Katastrophe die massenhafte Vernichtung von Menschenleben und Sachgütern, die ihr zukommende Beachtung finden: ca. 20.000 Tote und Vermisste, Hunderttausende von Häusern völlig zerstört oder beschädigt, ca. 340.000 Personen obdachlos, unendliches persönliches Leid, unermesslicher Sachschaden, erschütternde Fernsehbilder: Nie zuvor in der Geschichte hat die Weltöffentlichkeit die Naturgewalt so grauenvoll, lebensbedrohlich und hautnah erleben können. Nach Berechnungen der staatlichen Geospatial Information Authority (*Kokudo Chiri'in*) sind jedoch »nur« ca. 400 km² (d.h. etwa die Hälfte der Fläche des Stadtstaates Berlin [dieser misst 892 km²]) entlang der Ostküste Tōhokus direkt von der Tsunami verwüstet worden, d.h. gerade einmal 0,1 % der Landes- bzw. 0,5 % der Siedlungsfläche Japans: eine lokal desaströse, aber nicht großflächige Zerstörung. Die wirtschaftlichen Kerngebiete Japans blieben von der unmittelbaren Katastrophe verschont.

Die Schäden des Tōhoku-Erdbeben 2011 – nicht einbezogen die Kosten der Aufräumarbeiten und dauerhafter Grundstücksschäden – werden auf nur 4 bis 6 % des

japanischen Inlandsprodukts geschätzt. Diese Rechnung geht allerdings nur auf, wenn die flächengreifenden Schäden der Nuklearkatastrophe von Fukushima unberücksichtigt bleiben. Die ökonomischen Folgen des Erdbebens und der Tsunami kann Japan verkraften (WALDENBERGER und EILKER 2011). Die vielfältigen Belastungen und Folgen der Reaktorkrise dagegen sind völlig ungewiss.

3.3 Die Tsunami 2011: Sind Naturkatastrophen »natürlich«?

Hinnahme der Naturgewalt als Schicksal (*shikata/shō ga nai*: »Da kann man nichts machen«): Naturdeterministische Reaktionen erscheinen zunächst naheliegend, nicht nur seitens der Betroffenen, auch der politischen Entscheidungsträger, die gern die Natur ins Feld führen, um von eigenen Schwächen abzulenken (s. Kap. 3 Atomkatastrophe Fukushima). Der nationalistisch-populistische Gouverneur von Tōkyō, Shintarō Ishihara, bezeichnete die sintflutartige Katastrophe sogar als »Strafe des Himmels« (*tenbatsu*), welche die Japaner aufgrund ihres Egoismus und Moralverfalls verdient hätten – eine kollektive Beleidigung, für die er sich später wenn auch nur halbherzig entschuldigte. Diskursanalytisch fällt der Gouverneur von Tōkyō damit zurück in eine Phase der Menschheitsgeschichte, in der natürliche Extremereignisse als »göttlicher Akt« begriffen wurden. In einer säkularisierten Welt, beginnend mit der Aufklärung und der Debatte über das verheerende Erdbeben von 1755, das die Stadt Lissabon zerstörte und Tausende ihrer Bewohner umbrachte, werden solche Katastrophen als »natürlich« verstanden. Aber sind sie das? (WISNER 2007).

War die Tsunami 2011 eine reine Naturkatastrophe (*tenzai, natural hazard*)? Waren die Bewohner der pazifischen Küste Tōhokus unabwendbaren Gefahren ausgesetzt? Gingen die Menschen namentlich der Sanriku-Küste nicht auch ein kalkuliertes Risiko ein? Wussten sie nicht aus eigener Erfahrung, dass das Ereignis vom 11.3.2011 alles andere als »einmalig« (*mizō*) oder »unvorstellbar« (*sōteigai*) war, wie von Seiten der Entscheider behauptet wurde? Bestanden sie nicht darauf, ihre Siedlungen und Häfen immer wieder neu aufzubauen – Heimat als Lebensinhalt, als Chance zur Nutzung der reichhaltigen Meeresfauna vor der Haustür, längst auch als attraktives Potenzial für den Tourismus? War dann die Katastrophe nicht auch von Menschen gemacht, eine *man-made hazard*, oder von Menschen zumindest ermöglicht, mit-verursacht (*man-facilitated*)? Generationen von Küstenbewohnern kalkulierten das Risiko ein: die ständige Gefährdung für Leib und Gut – aber auch die günstigen Möglichkeiten des Verbleibens am Ort, gefördert durch eindrucksvolle Sicherungsmaßnahmen in den gefährdeten Küstenzonen.

3.4 Tsunami-Katastrophenschutz und flexible Konfliktökonomie

Beim Katastrophenschutz gegen Tsunami konnte es in Japan bisher (und kann es auch in Zukunft) nicht um die populistische Devise »Sicherheit hat höchste Priorität« gehen. Technisch machbar ist vieles, z.B. der Schutz der ca. 30.000 km langen japanischen Küste durch 30 m hohe Betonwälle. Ein solcher allerdings wäre, unter Aspekten *normativer Nachhaltigkeit*, die eigentliche Katastrophe: *Ökonomisch* nicht tragfähig, *ökologisch* unerträglich, *gesellschaftspolitisch* nicht hinnehmbar (für das Alltagsleben der Küstenbewohner eine Zumutung). Risiken und Chancen stünden in keinem zumutbaren Verhältnis. Japan ächzt seit Jahren unter einer extrem hohen Staatsverschuldung (mit über 200 Prozent des Bruttoinlandprodukts die höchste der OECD-Länder). Die Deckung der durch die Tsunami-Katastrophe verursachten Kosten verschärft die finanzielle Misere des Landes. Beim Katastrophenschutz der Zukunft muss sorgfältig gerechnet werden.

Für den Schutz gegen Tsunami bieten sich unter Aspekten einer flexiblen Konfliktökonomie diverse Möglichkeiten an: im Extrem die Aufgabe besonders gefährdeter Siedlungen, die »Gesundschumpfung« verstreuter Kleinsiedlungen sowie die Umsiedlung gefährdeter Bevölkerung aus schrumpfenden Dörfern in zentrale Orte der Region. Als »natürliche« Lösung ist schon jetzt eine Alternative wahrnehmbar: der Verfall von Ortschaften aufgrund Bevölkerungsschwunds zu Wüstungen. Man spricht nach der »Dreifach-« bereits von einer »Vierfach-Katastrophe«: der durch die Tsunami forcierten Entleerung des Sanriku, bedingt durch die Abwanderung als Risiko-Vermeidungsstrategie vor allem junger Leute. Was den Wiederaufbau betrifft, bietet sich die Umsiedlung gefährdeter Bevölkerung in höheres Ortsgelände an. Dies ist leichter gesagt als getan. Ausgleichsküsten fehlt die für eine Schutzlage nötige Höhe. Riasküsten mit ihrer bergigen Topographie dagegen mangelt es an siedlungsfreundlichem Raum, die Menschen konzentrieren sich hier in kleinteilig ebenen Flecken. Eine Umsiedlung in höheres Gelände bedeutet nicht geringe Belastungen: hohe Kosten für die Terrassierung und die infrastrukturelle Inwertsetzung der Berghänge, Trennung der Funktionen Wohnen und Arbeiten (Fischerei, Tourismus), Verwundbarkeit durch Hangrutschungen im Gefolge von Erdbeben und Taifunen. Andererseits bieten nur ausreichend hohe Wohnlagen den entscheidenden Schutz vor Tsunami. Innerhalb überflutungsgefährdeter Siedlungsbereiche könnten ausreichend hohe, beben- und tsunamisichere Gebäude als Schutzinseln fungieren. Diese punkthaften Potenziale schneller »vertikaler Evakuierung« erfüllen im Notfall wichtige Funktionen im Alltag, z.B. Parkhäuser aus Stahlbeton, durch deren Untergeschosse die seismischen Wellen branden können, ohne die Standfestigkeit des Gebäudes zu gefährden. Solcher Art Tsunami-Fluchtgebäude

(*tsunami hinan biru*) haben sich in der Katastrophe 2011 vereinzelt bewährt, sind aber zahlenmäßig noch völlig unzureichend.

Die Errichtung von Betonwällen zum Schutz gefährdeter Siedlungen macht Sinn, falls diese mit flexibler Konfliktökonomie vereinbar ist. Dafür eignen sich eher klein-skalige Standorte von »Westentaschenformat«. Angesichts der nach oben offenen Tsunami-Skala verschaffen auch Betonwälle keine ausreichende Sicherheit vor dem GAU. Der finanzielle Aufwand ist zu groß. Unter Aspekten einer flexiblen Konfliktökonomie liegt die Priorität des Tsunami-Katastrophenschutzes vor allem in der Beschleunigung von Evakuierungen. Entscheidend dabei ist der potenziell betroffene Mensch und das Bewusstsein um seinen Einsatz und seine Verantwortung im Eventualfall, unterstützt durch ein technisch ausgereiftes Monitoring-System. Alles in allem heißt dann die Devise: »Besser im Einklang mit der Natur leben als gegen sie kämpfen«. Oder: »Zivilisation gibt es nur mit dem Einverständnis der Erdkruste« (ZDF 02.04.2011).

4 Die Nuklearkatastrophe von Fukushima: Der Umgang mit dem (Rest-)Risiko

4.1 Fukushima: Von der Naturkatastrophe zur menschengemachten Katastrophe

Nach dem gewaltigen Erdbeben am 11. März 2011 um 14:46 Uhr vor der pazifischen Küste Tōhokus wurden elf Reaktorblöcke in vier Kernkraftwerksstandorten innerhalb von Sekunden abgeschaltet, darunter drei laufende Blöcke in Fukushima I. Die Notabschaltung der Reaktoren hatte funktioniert, ebenso das Anlaufen der Notstromdieselmotoren, nachdem das Erdbeben die Stromleitungen gekappt hatte. 40 Minuten nach dem Erdbeben brach die durch das Seebeben ausgelöste Tsunami mit 14 m hohen Wellen in das Kernkraftwerk Fukushima I ein und setzte die Notstromdieselmotoren und damit die Notkühlung außer Gefecht. Die Kühlung der Brennstäbe in den Blöcken 1, 2, 3 und im Abklingbecken von Block 4 versagte, es kam zur Kernschmelze.² Die atomare Katastrophe erreichte die Stufe sieben, den höchsten Schweregrad für nukleare Ereignisse, formell gleichrangig der Kernkraftwerkskatastrophe von Tschernobyl 1986, auch wenn die Menge freigesetzter Radio-

2. Eine andere Version der Katastrophe besagt, nicht die Tsunami, vielmehr das gewaltige Erdbeben selbst habe im Reaktor Nr. 1 Kühlwasser- und im Reaktor Nr. 2 Druckleitungen zerstört und die Kernschmelzen und Wasserstoffexplosionen verursacht (BERNDT 2012: 13). Es wird noch zu klären sein, ob dies unmittelbar auf das Erdbeben zurückzuführen ist (KOKKAI JIKOCHŌ 2012). Was auch immer die entscheidende Ursache gewesen sein mag, gewaltige seismische Kräfte, sei es das Erdbeben und/oder die Tsunami, haben eine Katastrophe ausgelöst, die von Menschen gemacht ist.

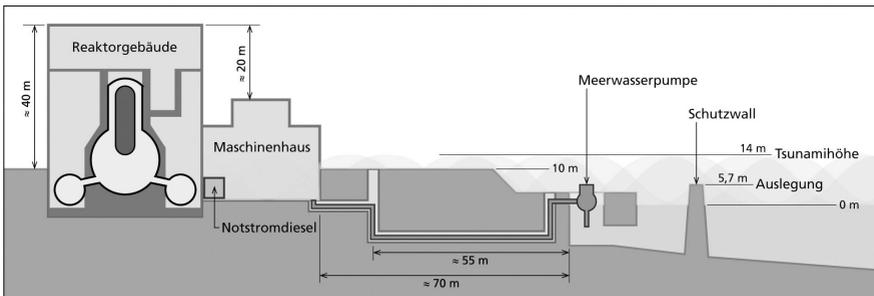
aktivität im Vergleich zu Tschernobyl gering war. Ende 2011 erklärte die japanische Regierung das havarierte Kernkraftwerk für sicher, eine »Kaltabschaltung« (*cold shutdown*) sei erreicht, eine Behauptung, in der Umweltschützer eine Irreführung der Bevölkerung sehen. Das nukleare Nachglühen dauerhaft in den Griff zu bekommen bleibt eine Jahrzehnte lange Herkulesaufgabe, für die bisher (2012) ca. 20.000 überwiegend von Leihfirmen angeheuerte Arbeiter im Einsatz waren. Die im Radius von 20 km rund um das Kernkraftwerk gesperrte Evakuierungszone, Heimat und Land von ca. 80.000 Personen, ist auf Jahrzehnte verstrahlt. Eine Rückkehr der Bevölkerung ist ungewiss. Fukushima bleibt eine Dauerquelle langfristiger Unsicherheiten. Dies betrifft die radioaktive Anreicherung der Böden und der Luft, die Kontaminierung landwirtschaftlicher Produkte weit über den Abgrenzungsradius von 20 km hinaus, die Entsorgung strahleninfiltrierter Böden an Standorten wo keiner sie haben will, nicht zuletzt die Verseuchung radioaktiv geladenen Kühlwassers, für das der Pazifische Ozean zum Verdüner wird.

Was als Naturkatastrophe (*tensai*) begann, wurde zu einer ausschließlich durch Menschen verursachten Katastrophe (*jinsai*), genauer: zu einer »Kernkraft(werks)-Katastrophe« (*genpatsu shinsai*), vor deren Gefahr japanische Erdbebenforscher seit den 1990er Jahren wiederholt gewarnt hatten (ISHIBASHI 1997, 2008; TANAKA 2007 nach BERNDT 2012: 14–16). Sie hätte vermieden werden können, wären Maßnahmen für mehr Sicherheit getroffen worden. TEPCO (Tokyo Electric Power Company) als Betreiber des total zerstörten Kernkraftwerks hat diese Gefahr durch kriminell anmutende Fahrlässigkeit ignoriert. Unmittelbar nach der Katastrophe versuchte das Unternehmen im Fahrwasser der japanischen Atomlobby seine Pflichtvernachlässigung geodeterministisch zu verharmlosen. Das Naturereignis sei in solcher Stärke nicht »vorhersehbar« (*sôteigai*) gewesen. Angesichts der in der Geschichte Japans fast regelhaft auftretenden Tsunami selbst dieses Ausmaßes erscheinen solcherlei Behauptungen lächerlich.

Fukushima I, mit bis zu 4,5 Gigawatt elektrischer Nettoleistung eines der leistungsstärksten Kernkraftwerkskomplexe Japans, ist seit 1970 in Betrieb. Seine Laufzeit war ursprünglich auf 30 Jahre angesetzt, die Anlage hätte also schon im Jahr 2000 geschlossen werden müssen. Trotz zahlreicher Pannen im Kraftwerk, über die die Öffentlichkeit nicht oder nur unzureichend informiert wurde, führten Vertuschung von Sicherheitsproblemen und Hinhaltenaktiken des Betreibers zu einer Verlängerung der Betriebszeit nicht nur bis 2010, sondern um noch einmal zehn Jahre bis 2020 – ungeachtet weiterer Fälschungen, die erst nach Erhalt der letzten Laufzeitverlängerung und zehn Tage vor dem Erdbeben ans Licht gekommen waren (ENSI 2011: 12). Der ursprünglich 35 m hohe Standort, für den Bau des Kraftwerks eingeebnet, um eine günstigere Verbindung zum Wasser herzustellen, liegt nur unwesentlich über dem Meeresniveau. Gewarnt durch größere Erdbeben der

Jahre zuvor (2007: $M=6,6$) hatte TEPCO die seismische Belastbarkeit seines alten Kraftwerks auf einen Maximalwert $M=8,0$ erhöht und eine Tsunami-Schutzmauer von 5,7 m Höhe gebaut. Unberücksichtigt blieb die von Sicherheitsexperten seit Jahren monierte Lage der Notstromdieseln. Sie standen in Fukushima I meernah auf Bodenhöhe in einem unzureichend wassergeschützten Maschinenhaus (Abb. 2). Nötige Nachrüstungen in diesem Altkomplex unterblieben, weil man die damit verbundenen Kosten scheute. Die Laufzeitverlängerungen sicherten TEPCO enorme Gewinne. Laufende, abgeschriebene Kernkraftwerke gelten praktisch als »Gelddruckmaschinen«, die täglich Millionen Euro abwerfen. Für TEPCO hatte Profitmaximierung durch Kosteneinsparung Vorrang vor Einhaltung ausreichender Sicherheitsstandards. Diese Strategie führte nach dem Ereignis vom 11.03.2011 ins selbstverschuldete ökonomische Desaster.

ABBILDUNG 2: Meer-Land-Profil des Kernkraftwerks Fukushima Dai'ichi und das Problem der Tsunami-Höhe



Quelle: ENSI (2011: 16–17); KOKKAI JIKOCHŌ (2012: 14).

4.2 Strukturen und Probleme japanischer Kernkraftwerksstandorte und Kernenergiepolitik

Da Wärmekraftwerke ständig Kühlwasser brauchen, benötigen sie die Nähe zum Wasser. In Japan scheiden Flüsse im Binnenland als Standorte für große Wärmekraftwerke weitgehend aus. Ihre jahreszeitlich stark schwankende Wasserführung bietet keine zuverlässige Kühlkapazität, ihre Mittel- und Oberläufe liegen abseits der großen Verbraucherzentren. Dass Japan seine Kernkraftwerke an der Küste errichtet, ist plausibel. Erstens stellt das Meer ausreichend Kühlwasser ganzjährig zur Verfügung. Zweitens lassen sich atomare Transporte per Schiff problemlos durchführen als über Land. Drittens ist die Stromnachfrage an der japanischen Küste im

Vergleich zu der des Binnenlandes groß, insbesondere in Gebieten hoher Bevölkerungs- und Stromnetzichte, wo die Übertragungskosten sich in Grenzen halten. Dies gilt insbesondere für die Metropolregionen. Hier ballen sich konventionelle Wärmekraftwerke auf der Basis fossiler Energie (Öl, Gas, Kohle). Mangels Grund und Boden sind diese fast ausschließlich auf Neuland vor der alten Küste gebaut. Dagegen finden sich alle 54 Atommeiler (sowie bis 2030 geplante weitere 14) zwar ebenfalls an der Küste, aus Sicherheitsgründen jedoch erstens nicht auf Neuland, sondern auf vermeintlich erdbebensicherem Gestein, und zweitens in einem gewissen Abstand zu den Metropolen. Die Distanz der Kernkraftwerke zu den Ballungsgebieten hat aber weniger sicherheits- als vielmehr unternehmensstrategische und regionalpolitische Gründe.

Kernkraftwerke befinden sich verteilt in allen Großregionen Japans, aber auch in seinen seismisch besonders anfälligen Zonen. Dies betrifft insbesondere das Kernkraftwerk Hamaoka der Chūbu Electric Company. Zwischen Tōkyō und Nagoya nahe des Suruga-Grabens (Zweig des Nankai-Tiefseegrabens) gelegen ist die Region Tōkai durch Naturkatastrophen wie Erdbeben und Tsunami besonders verwundbar (Abb. 1; siehe auch TANAKA 2007). Deshalb hat die japanische Regierung unter Ministerpräsident Naoto Kan das Kernkraftwerk Hamaoka nur wenige Wochen nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima schließen lassen – eine in der Geschichte der Atomenergie Japans beispiellose, die Atomlobby des Landes herausfordernde Entscheidung.

Die Karte der Verbreitung der Kernkraftwerke und sonstiger kerntechnischer Anlagen (Abb. 3) verdeutlicht folgende Standortcharakteristika und Strukturprobleme der japanischen Atomwirtschaft. Erstens weisen die größten Kernkraftwerkskomplexe eine gewisse Distanz zu den Metropolen Tōkyō und Ōsaka auf, aber auch eine gewisse Metropolen-Nähe, die die Kosten der Übertragung von Energie in Grenzen hält. Zweitens liegen die kommerziellen Anlagen der Urananreicherung, der Wiederaufbereitung radioaktiven Materials sowie der oberflächennahen Endlagerung radioaktiver Abfälle sehr peripher im Kernkraftwerks- und Energiepark Rokkasho, einem Dorf an der Nordostküste Tōhokus, ca. 600 km von Tōkyō entfernt. Dagegen liegt der Schnelle Brüter Monju (Testbetrieb) im Kernkraftwerkskomplex Tsuruga nur ca. 50 km abseits des Ballungsraums Ōsaka. (»Sonstige« auf der Karte verzeichnete Standorte der Urananreicherung und Wiederaufbereitung sind Anlagen für Forschung und Entwicklung bzw. Pilotbetriebe). Drittens spiegelt das Bündel aller in der Kartenlegende eingetragenen Anlagen die bisherige Energiepolitik Japans wider: Ausbau der Kernkraft und Einstieg in die Plutoniumwirtschaft im Sinne eines Brennstoffkreislaufs. Damit werden in der Kerntechnik alle Prozesse bezeichnet, die der Versorgung und Entsorgung radioaktiver Stoffe zu zivilen Zwecken

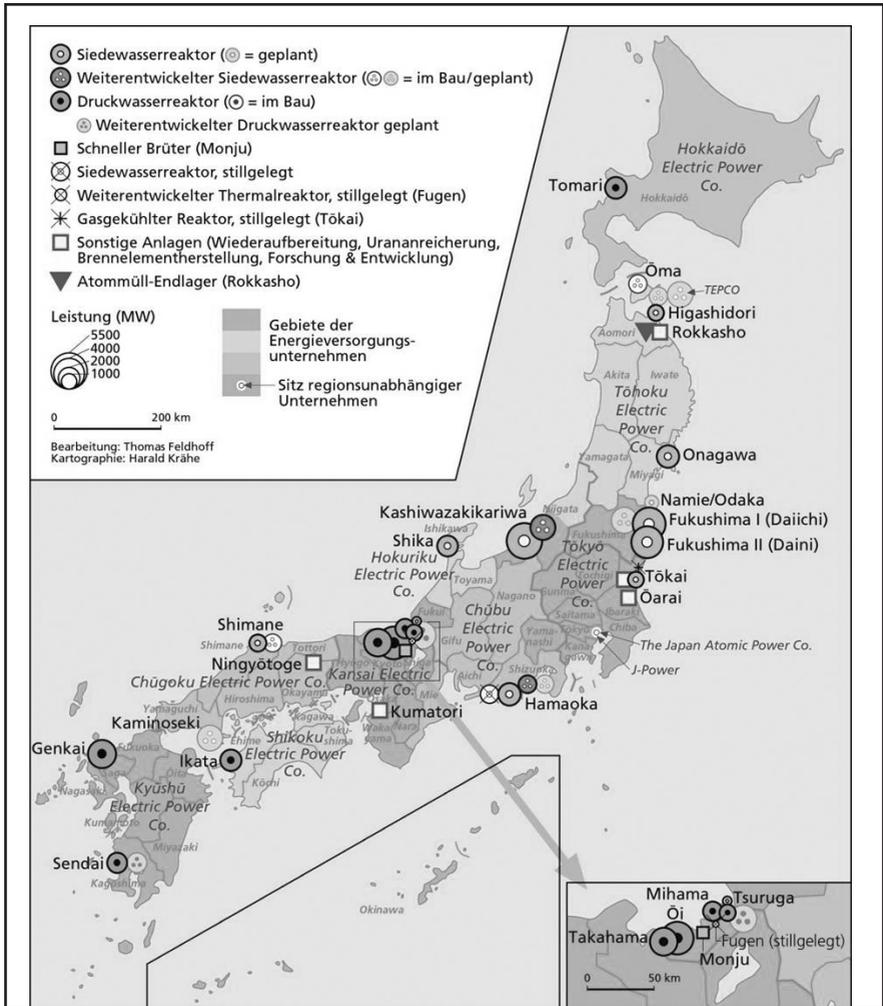
dienen.³ Unter den großen Industriestaaten ist Japan das einzige Land, das dermaßen ambitioniert auf einen effizienten Brennstoffkreislauf fokussiert. Führende westliche Atommächte haben sich wegen zu hoher Kosten, technischer Komplexität und Gefahren im Betrieb von dieser Technologie verabschiedet. Für Japan ist dezidiert nachgewiesen, dass die vermeintlich billige Kernkraft auf der Grundlage eines »Nuklear-Zyklus« nicht nur gefährlich und risikoreich, sondern auch ausgesprochen teuer ist (BERNDT 2012: 31–69).

Keiner will Kernkraftanlagen vor der eigenen Haustür haben. International bekannt ist diese Einstellung als NIMBY-Syndrom (»*Not In My Backyard*«). Die Ortsbevölkerung wehrt sich gegen den Bau solcher Einrichtungen (inklusive Müllverbrennungsanlagen, Flugplätze, Staudämme, etc.). Das Auffinden und Ausweisen entsprechender Standorte ist im kleingekammerten Japan außerordentlich schwierig und zeitaufwendig. Deshalb haben sich die Energieunternehmen und der japanische Staat ein ausgeklügeltes, institutionalisiertes Abfindungssystem einfallen lassen (ALDRICH 2005, 2010). Es ist flexibel und den örtlichen Bedürfnissen angepasst, dergestalt, dass Aushandlungsprozesse mit den regionalen Gebietskörperschaften zu einem relativ zügigen Abschluss gebracht werden können, der allen Beteiligten gewinnbringend erscheint: 1. Die *Betreiber* von Kernkraftwerken rechnen mit einer verlässlichen Realisierung ihrer Planung – weshalb sie bei der Standortsuche verarmte, zivilgesellschaftlich schwache, pflegeleichte Gemeinden favorisieren. 2. Die *Zentralregierung* kann damit punkten, strukturschwache Regionen zu unterstützen und einen Beitrag zur Dekonzentration des Landes zu leisten. 3. Die Ortsbevölkerung bzw. die sie vertretenden *regionalen Gebietskörperschaften* rechnen mit zahlreichen und attraktiven Arbeitsplätzen, lokal bedeutenden Einnahmequellen und ansehnlichen Zuschüssen für öffentliche Bauvorhaben zwecks Errichtung einer modernen lokalen Infrastruktur (Verkehrsnetz, Sportanlagen, schulische Einrichtungen, etc.). Angesichts dieses großzügigen Unterstützungssystems (auf der Grundlage der »Drei Gesetze zur Förderung der Entwicklung von Stromkapazitäten« (*Dengen sanpō* 1974) sehen die Einwohner solcher Gemeinden das Risiko der Kernenergie wenig(er) dramatisch, geraten durch die Annehmlichkeiten der neuen Lage allerdings in Gefahr, ihre wirtschaftliche Basis (überwiegend Landwirt-

3. Brennstäbe werden nach einer gewissen Laufzeit in sogenannten Abklingbecken gekühlt, zwischen- und endgelagert oder gelangen in die Wiederaufbereitungsanlage, wo spaltbares Uran und Plutonium produziert wird. Während Uran erneut für die Herstellung von Uran (UOX)-Brennstäben eingesetzt werden kann, lässt sich ein Großteil des Plutoniums mit Uran 238 zu Mischoxid (MOX)-Brennstäben verarbeiten. Die Herstellung von MOX-Brennstäben ist wiederum Voraussetzung für den Betrieb des Schnellen Brüters, der neues Brennmaterial schafft und damit langfristig für weitgehende Unabhängigkeit von Uranimporten sorgen soll. Auf jeder Stufe des Verfahrens bleiben radioaktive Reststoffe in großen Mengen zurück (BERNDT 2012: 39ff).

schaft und Fischerei) zu verlieren. In diesem schleichenden Prozess drohen ihnen die »Kultur der Abhängigkeit« und der »Kreislauf der Gewöhnung« (FACKLER and ONISHI 31.05.2011).

ABBILDUNG 3: Standorte der Kernkraftwerke und sonstiger kerntechnischer Anlagen (Urananreicherung, Brennelementherstellung, Wiederaufbereitung, Endlagerung), Februar 2011



Quelle: FELDHOF (2011b).

4.3 Wer hat Schuld an der Nuklearkatastrophe von Fukushima? Das (Rest-) Risiko im Zeichen systemischer Schwächen

4.3.1 Systemische Einflussfaktoren

Im Denken über Risiken macht das Aufkommen eines neuen Risikotyps die Runde: das »systemische Risiko«. Der Risikosoziologe ORTWIN RENN (2011) betont die Verwundbarkeit hoch vernetzter Systeme, in denen der Zusammenbruch einzelner Komponenten in der Art des Dominoeffekts auch andere Teile des Systems und schließlich das ganze System erfassen kann. Für das Verständnis der Nuklearkatastrophe von Fukushima erscheinen drei systemische Einflussfaktoren aufschlussreich. Der erste betrifft die Verkettung von Natur und Mensch durch die Ereignisse Erdbeben, Tsunami, Kernschmelze. Ihre naturdeterministische Begründung und Verharmlosung wurde bereits angesprochen. Der zweite beinhaltet technisch-organisatorisches Versagen. Was der Organisationssoziologe CHARLES PERROW bereits 1984 am Unfall des Kernkraftwerks Harrisburg (1979) analysiert hat, lässt sich als »Leitfaden für die nächste Katastrophe« auch auf Fukushima anwenden. Demnach kommen bei Katastrophen Faktoren zusammen, die allein genommen noch beherrschbar wären, aber in ihrem Zusammenspiel bedrohlich werden. Je komplexer und enger gekoppelt technische Systeme sind, desto häufiger kommt es nach PERROW zu unvorhergesehenen Störungen, insbesondere an der fehleranfälligen Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine. Hochkomplexe Techniksysteme wie Kernkraftwerke setzten eine Verlässlichkeit voraus, die das dem Menschen mögliche Maß überschreite. Verantwortlich für die Probleme großtechnischer Anlagen sind vor allem die Betreiber, die aus ökonomischen Überlegungen immer wieder bewusst hohe Risiken in Kauf nehmen (HEILMANN 25.03.2011). Damit ist drittens das Problem des *institutionellen* Versagens angesprochen, das im Hinblick auf den Umgang mit dem (Rest-)Risiko besonders nachdenklich macht.

4.3.2 Systemische Schwächen durch institutionelles Versagen: Das »atomare Dorf«

Fukushima fordert die Atom- und Informationspolitik eines politischen Systems heraus, von dem viele Experten glaub(t)en, es sei bereits aufgelöst, existiere nicht mehr. Die Rede ist vom »Eisernen Dreieck«, dem einvernehmlichen Zusammenwirken von Regierung, Ministerialbürokratie und Wirtschaft, einbezogen die

Mainstream-Medien. Seit Jahrzehnten wird dies diskutiert unter den Begriffen »Japan AG«, »Netzwerk-« oder »Klientelstaat« (KEVENHÖRSTER 2010) bzw. »Baustaat« (FLÜCHTER 2002; FELDHOF 2005). Dieses System hat viel von seiner alten Wirkung verloren und steht längst nicht mehr für das »System Japan« schlechthin. Es hat aber, so die These, nach wie vor (wenn auch geschrumpfte) Bedeutung in bestimmten Branchen, die als besonders »sensibel«, reformbedürftig, krisenanfällig, wettbewerbsschwach gelten. Die betroffenen Akteure haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo, unter Hinweis auf die volkswirtschaftliche Bedeutung ihrer Branche, sei es im Hinblick auf Arbeitsplätze und Regionalentwicklung (klassisches Beispiel: Bauwirtschaft) oder auf die Aufrechterhaltung der für Japan so wichtigen Selbstversorgungsquote (klassische Beispiele: Landwirtschaft und Energiewirtschaft). Nahtlos in dieses System fügt sich das »Kernkraft-Dorf« (*genshiryoku mura / nuclear power village*) der Atomlobby, die enge institutionelle und personelle Verflechtung zwischen Staat und Atomindustrie (BERNDT 2012: 27–29; DOEGE und KÖLLNER 2011; FELDHOF 2011a, 2011b; KAINUMA 2011; SAALER 2011; UENO 2011), medial zugespitzt als »Atom-Mafia« (*genshiryoku mafia*) (HIROSE und AKASHI 2011), »Kultur der Komplizenschaft« (*culture of complicity*) (ONISHI und BELSON 26.04.2011) und der »Selbstzufriedenheit« (*culture of complacency*) (PRICHARD 05.05.2011), als »teuflischer Pakt« (SEKI 2011) und »Betonmauer der verfilzten Interessen« (MISHIMA 05.05.2011) bezeichnet. Zwischen den Akteuren besteht ein Einvernehmen im Geben und Nehmen. Es geht um lukrative Posten, Bauprojekte, Unterstützung (finanzielle, politische, ideelle). Die Absprachen beruhen auf einem weitgehend *intransparenten* System (*backroom politics*).

Die japanische Nuklearbranche weist eine sehr komplexe Struktur mit einer Vielzahl von Akteuren auf, deren Aufgaben, Zuständigkeiten und Beziehungen kaum zu durchschauen sind. Deshalb greift die Frage »Was *ist* eigentlich das ›atomare Dorf‹ (bzw. ›Eiserne Dreieck‹)?« ins Leere. Der Begriff ist so schillernd, dass es dafür keine »wahre Bedeutung« geben kann, allenfalls »Zuschreibungen«. Letztere werden im Folgenden verwendet zu dem Zweck, das undurchsichtige »atomare Dorf« als »Fünfeck« transparenter werden zu lassen.

Zum »Dorf« gehören

- die großen Energieversorger, landesweit präsent durch ihre Lobbyorganisation FEPC (Federation of Electric Power Companies): Sie stellen Jobs für Spitzenbeamte (v.a. des METI) zur Verfügung, *ama-kudari*, den »Abstieg vom Himmel«, d.h. die Anstellung hochrangiger pensionierter Staatsdiener in ein Unternehmen der Privat-(hier Energie-)Wirtschaft, für das sie als Regierungsbeamte zuständig waren – als Landeplatz für »goldene Fallschirme«. Vor allem TEPCO unterhält

seit Jahrzehnten ein gut dokumentiertes, enges Beziehungsgeflecht mit der Ministerialbürokratie.

- die Ministerialbürokratie, vor allem das METI (mit seinen Behörden NISA [Nuclear and Industrial Safety Agency] und ANRE [Agency for Natural Resources and Energy]): Ihre Spitzenbeamten pflegen noch während ihres Staatsdienstes ein gutes Verhältnis zum künftigen Arbeitgeber, nutzen nach der Pensionierung ihre Kontakte zu ehemals untergebenen Kollegen im Ministerium, und bieten durch Insider- und implizites Wissen dem neuen Arbeitgeber ein bedeutendes Potenzial für Beziehungsgeflechte und Einfluss auf die Energiepolitik, z.B. durch unternehmensgefällige »behördliche Handlungsempfehlungen« (*gyōsei shidō*).
- Politiker der Liberaldemokratischen Partei LDP (die von 1955 bis 2009 fast ununterbrochen die Regierung stellte): »Energie-Stammesabgeordnete« werden als Interessenvertreter der Atomlobby von den Energieversorgern finanziell großzügig unterstützt.
- renommierte, einflussreiche Wissenschaftler und Universitätsinstitute: Als »Alliierte« oder »Gefälligkeits-Wissenschaftler« (*goyō-gakusha*) erhalten sie von den Kraftwerksbetreibern ansehnliche Forschungsgelder und erstellen gegen ansehnliche Honorare kernkraft-freundliche Gutachten – umgekehrt werden atomenergie-kritische Wissenschaftler in der *Scientific Community* diskriminiert, werden ihnen Forschungsgelder entzogen und akademische Aufstiegschancen verwehrt.
- die »Mainstream-Medien«: Ihre Vertreter erfreuen sich der vertraulichen Berichterstattung der Zentralbürokratie in exklusiven »Journalistenclubs« und würdigen dieses Vertrauen durch einen atomenergie-freundlichen, seit dem 11.03.2011 zurückhaltenden, wenig(er) kritischen Journalismus – offiziell mit der Begründung, Panik zu vermeiden. Den Energieunternehmen fühlen sie sich durch große Werbeeinnahmen verpflichtet – und dienen ihnen als »Waffe zur Massenbeeinflussung«. ⁴ Kernkraftgegner kommen im Fernsehen kaum zu Wort und verschwinden von der Bildfläche, wenn ihre Präsenz dort als zu kritisch empfunden wird. Grundsatzdiskussionen um die Kernkraft als solche finden kaum statt (in einem Land, das als einziges im Zweiten Weltkrieg unter atomaren Zerstörungen zu leiden hatte), gewinnen allerdings nach der Katastrophe von Fukushima an Bedeutung.

Zentrales Organ für die Öffentlichkeitsarbeit ist die JAERO (Japan Atomic Energy Relations Organization). Ziel dieser Lobbyorganisation der japanischen Atomindustrie ist es, Vertrauen in die Kernenergietechnik und in die Zuverlässigkeit der

4. So der treffende Titel des Buches von PAUL RUTHERFORD (2004) über die »Vermarktung« des US-Krieges gegen den Irak durch die Mainstream-Medien und ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung. (Freundliche Mitteilung von Sven Saaler per E-Mail).

staatlichen Akteure zu schaffen, z.B. durch Schulbücher, Manga, Unterrichtseinheiten, Werksbesichtigungen. Um die öffentliche Meinung in Japan zugunsten der Kernkraft zu beeinflussen, erweckt sie mittels *Astrourfing* («Kunstrasenbau») den Eindruck einer Graswurzelorganisation (FELDHOFF 2011b).

Der Philosoph KEN'ICHI MISHIMA (05.05.2011), gewichtiger Vermittler im Dialog zwischen Japan und Europa, äußert sich zum »Dorf« kritisch-sarkastisch-pointiert:

Legal und doch korrupt, gerichtsfest und doch kriminell ist die atomare Interessengemeinschaft, ein struktureller Dauerterror gegen das eigene Volk. Und in diesem lecksicheren atomaren Mafiosentum hat sich im Laufe der Dekaden der Sicherheitsmythos herausgebildet und immer glaubwürdiger dargestellt.

4.3.3 Wer hat Schuld an der Nuklearkatastrophe von Fukushima?

Bei der Beantwortung dieser Frage steht der Betreiber TEPCO am Pranger. Einfache Schuldzuweisungen sind jedoch fehl am Platze. *Alle* Akteure im »Dorf« – Unternehmen, politische Instanzen, Ministerialbürokratie, Mainstream-Medien, »Gefälligkeitswissenschaft« – haben Schuld auf sich geladen und müssen gegenüber der Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen.

Als einen für die Sicherheitskultur der japanischen Nuklearwirtschaft besonders problematischen Akteur sehen kritische Beobachter die staatliche Atom-Aufsichtsbehörde NISA, die dem METI untersteht. Da das METI aber auch für die *Förderung* der Atomindustrie zuständig ist, sind Interessenkonflikte programmiert. Zudem führen in der NISA weniger die Fachleute als die Bürokraten das Wort (BLUME 31.03.2011). Auf den Pressekonferenzen nach der Katastrophe wirkten die Repräsentanten der NISA erstaunlich hilflos und unprofessionell. Die zur Überwachung (!) der NISA zuständige, vom Parlament bestellte und dem Kabinetbüro des Premierministers angehörende Nukleare Sicherheitskommission NSC (*Nuclear Safety Commission*) verfügt zwar über unabhängige Experten. Diese haben jedoch nicht die nötigen Kompetenzen, um gegen Sicherheitsmängel vorzugehen (DOEGE und KÖLLNER 2011: 4). Die Internationale Atomenergiebehörde IAEA (*International Atomic Energy Agency*) in Wien, die im Umgang mit Nuklearenergie länderübergreifend für die Sicherheit verantwortlich ist, hat durch ihren zurückhaltenden Bericht über Fukushima das ihr anhaftende Image bestätigt, Teil der Atomlobby zu sein. Statt das nicht überzeugende Krisenmanagement von TEPCO und der Regierung zu rügen und auf überfällige Verbesserungen zu bestehen trug sie (unter

Vorsitz ihres japanischen Präsidenten) eher zur Verschleierung der Pannen und Schlampereien bei, indem sie sich mit Kritik weitgehend zurückhielt. Der (nicht nur in Japan) verhängnisvolle »Filz im Dorf« war im Bericht der IAEA nicht der Rede wert, was angesichts der internationalen Vernetzung der Atomlobby nicht unbedingt verwundert.

Im Juni 2012 präsentierte eine vom japanischen Parlament eingesetzte Kommission unabhängiger Experten (unter Vorsitz des langjährigen Regierungsberaters und renommierten Arztes Kiyoshi Kurokawa) der Öffentlichkeit eine aufschlussreiche Zusammenfassung über das Extremereignis. Nach Befragung von fast 1.200 Zeugen kam sie zu einem schonungslos rigorosen Urteil über den eigenen Staat und seine institutionellen Schwächen. Die Katastrophe von Fukushima sei »vorhersehbar und vermeidbar« und daher »von Menschen verursacht« gewesen. Die Nuklearwirtschaft sei auf breiter Front von »unverzeihlicher Arroganz und Ignoranz« geprägt, ihr Krisenmanagement habe versagt, elementare Sicherheitsanforderungen hätten gefehlt, Vorkehrungen für den Ernstfall seien nicht getroffen worden. Kernkraftwerke seien nicht erdbebensicher. Konkret angesprochen werden die »systemischen Probleme der für den Unfall zuständigen Aufsichtsbehörden« (*jiko tōkyoku no soshikiteki na mondai*). Wesentliche Ursache der Katastrophe sei die »Kungelei« von Politik, Atomaufsicht (NISA und NSC) und AKW-Betreibern. Was in der englischen Version als »cozy relationship« und »regulatory capture« bezeichnet wird, ist im japanischen Text die »komplizierte Verfilzung« (*fukuzatsu ni karamatta*) der Welt der Politik (*seikai*), der Beamtenschaft (*kankai*) und der Wirtschaftskreise (*zaikai*) sowie als Folge dieser Verflechtung die »Gefangennahme der Aufsicht(sinstanzen)« (*kisei no toriko*) (*KOKKAI JIKOCHŌ* 2012). In der »Message« des Kommissionsvorsitzenden überraschen folgende Feststellungen: Schmerzvoll müsse man zugeben, die Katastrophe sei »made in Japan«. Ihre fundamentalen Ursachen lägen »in den tief verwurzelten Konventionen der japanischen Kultur«.⁵ Der Kommissionsbericht unterziehe zahlreiche Individuen und Institutionen einer harschen Kritik. Die Absicht sei aber nicht – und sollte es nicht sein –, Schuld zuzuweisen. Es komme darauf an, aus der Katastrophe zu lernen und ihre elementaren Ursachen tiefgründig zu analysieren. Dass die japanische Mentalität (»mindset«) erheblich zu dem Desaster beigetragen hat, müsse in einer demokratischen Gesellschaft von allen Japanern im Hinblick auf Verantwortung und Bildung einer Zivilgesellschaft individuell aufgearbeitet werden.

5. Konkret: »in unserem reflexiven Gehorsam, unserer Zurückhaltung Autoritäten in Frage zu stellen, unserer Ergebenheit zum Mitläufertum, unserer Gruppenorientierung sowie unserer Insularität. Hätten sonstige Japaner in den Schuhen derer gesteckt, die Verantwortung für diesen Unfall tragen, wäre das Ergebnis wohl das Gleiche gewesen.«

Die Katastrophe von Fukushima fundamental auf »die japanische Kultur« zu beziehen (in dieser Schärfe kurioserweise nur in der englischen Übersetzung) lässt »Japan(er)-Diskurse« (*Nihon(jin)ron*) wiederaufleben,⁶ erscheint jedoch trügerisch, fadenscheinig, vorgeschoben. Wenn »die Kultur« japanische Verhaltensweisen erklärt, dann braucht keiner in Japan Verantwortung für die Katastrophe zu tragen. Dem widersprechen jedoch individuelle Handlungsweisen japanischer Akteure, die nach dem Unfall von Fukushima genau dies taten.⁷ Bei allem Respekt vor kulturellen Besonderheiten, Menschen haben die Willensfreiheit, eigene Entscheidungen zu treffen. Falls der »Gehorsam gegenüber Autoritäten« ein solch »tief verwurzelter« Wesenszug in Japan ist, wie erklärt sich dann der »reflexive Gehorsam« einer Gruppe unabhängiger japanischer Experten, die einen Bericht verfassen, der »nicht nur die Autoritäten anzweifelt, sondern sie sogar scharf kritisiert« (CURTIS 10.07.2012)?

Anstößigkeit und Eigendynamik des »Dorfes« fielen nicht weiter auf, galten als erträglich angesichts eines weitverbreiteten Massenwohlstands, der nicht zuletzt auf der Versorgungssicherheit und der Nutzung preisgünstiger Energie basierte. Der Atom-Lobbyismus versteht sich nicht als eine japanische Einzigartigkeit (im Sinne von Gruppenorientierung oder gar Harmonie). Die Branche gilt weltweit als korruptionsanfällig.

4.4 Atomkraft »Nein Danke!«? Risiken auch beim Atomausstieg

Fukushima hat die japanische Energiepolitik hochgradig verunsichert. Der geplante Ausbau der Nuklearenergie soll gestoppt und der Anteil regenerativer Energien vergrößert werden. Gut ein Jahr nach der Katastrophe waren im Mai 2012 kurzzeitig alle AKW abgeschaltet und unterliegen Stresstests, die sich allerdings

6. Siehe Japan-U.S. Discussion Forum 10.-18. Juli 2012 »Stop blaming Fukushima on Japan's culture«, mit »Pro Kultur«-Argumenten von GREGORY CLARK, der als einziges ausländisches Mitglied in Japans Nuclear Safety Commission seine vor »Fukushima« gemachten, frustrierenden Erfahrungen in dieser Behörde kulturdeterministisch einbringt: 1. Narrow vision mentality, 2. Closed shop mentality, 3. A dislike of contingency planning, 4. *Amakudari* ignorance and arrogance (12.07.2012).
7. Wäre Premierminister Naoto Kan nicht in die TEPCO-Zentrale gestürmt und hätte er nicht versucht, Handlungsmacht über die leitenden Angestellten TEPCOs zu gewinnen – ein für japanische Verhältnisse völlig unorthodoxes, unakzeptables Verhalten –, die Katastrophe wäre wohl noch schlimmer ausgefallen. Als einer der Helden von Fukushima gilt TEPCOs dortiger Betriebsleiter, Masao Yoshida, der eigenmächtig entschied, zur Kühlung des Reaktors Meereswasser einlaufen zu lassen, im Ungehorsam gegen seine Vorgesetzten, die darauf spekulierten, der Reaktor könne, falls man ihn von Salzwasser freihalte, später wieder in Betrieb gehen.

nur auf die Hardware der Anlagen, etwa die technische Sicherheit bei Erdbeben und Tsunami, nicht jedoch auf menschliches Versagen oder Terrorismus beziehen. Dass inzwischen viele Japaner die Sicherheit der Atomkraft infrage stellen und zunehmend über alternative Energien und Einsparung von Energie diskutieren, zeugt von Aufbruchstimmung. Vor allem die Bevölkerung und die politisch Verantwortlichen in den Standortregionen sind gegen die schnelle Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke und fordern den Atomausstieg. Dieser ist allerdings nicht so schnell realisierbar. Die regionalen Monopole sind in der Stromindustrie Japans immer noch beherrschend und stehen der Priorität alternativer Energien skeptisch gegenüber.

Die Kernkraft hatte bis 2011 einen Anteil von ca. 30 % an der Stromerzeugung. Bis 2030 war eine Zunahme auf 50 % geplant. Die Fokussierung der japanischen Energiepolitik auf den Ausbau der Kernkraft und den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft hat nachvollziehbare Gründe (FELDHOFF 2011; KOCH 2001). Erstes Ziel ist die Versorgungssicherheit, die Entschärfung der hohen Energierohstoffabhängigkeit durch Schaffung einer zusätzlichen eigenen Energiequelle. Seit der Erdölkrise 1973/74 hat Japan seine hohe Energieabhängigkeit wiederholt dramatisch zu spüren bekommen. 80 % (!) seiner Versorgung mit Primärenergie muss das Land durch Importe teurer fossiler Ressourcen (Öl, Kohle, Gas) decken. Verfügte es nicht über die Kernkraft (14 % der Primärenergie), würde dieser Anteil sogar auf 96 % (!) steigen (ANRE 2011: 11). Die Energie-Selbstversorgungsrate von 20 % (mit) bzw. nur 4 % (ohne Kernenergie) ist eine der niedrigsten unter den Industrieländern und stellt viel mehr noch als die Landwirtschaft (40 % Selbstversorgung) die Achillesferse der japanischen Wirtschaft dar. Im Gegensatz zu Deutschland, das in ein europäisches Energienetz eingebettet ist, hat der Inselstaat Japan keinen Stromaustausch mit dem Festland.⁸ Zweitens liefert die Kernkraft den (vermeintlich!) billigsten Strom, Voraussetzung für eine effiziente Volkswirtschaft. Dass derzeit die Energieversorgung trotz der Abschaltung fast aller AKW funktioniert, beruht auf Sparmaßnahmen und der intensiven Nutzung traditioneller Wärmekraftwerke, deren Betrieb allerdings erheblich höhere Kosten verursacht. Schließlich geht es drittens um die Reinhaltung der Luft und die Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen im Sinne des Kyōto-Protokolls (1997). Dessen Vorgaben konnte Japan auch unter Berücksichtigung seiner erneuerbaren Energien (Anteil nur ca. 5 % an der Primärenergie) nicht erfüllen. Kurz: Der Atomausstieg ist für Japan vorerst noch

8. Darüber hinaus wird der Stromaustausch auch innerhalb Japans durch die Spaltung des Netzes erschwert: Ostjapan arbeitet mit einer Schwingung von 50 Hertz (wie in Europa), Westjapan dagegen mit einer Schwingung von 60 Hertz. Dieser Anachronismus ist im Interesse der regionalen Energiemonopole.

keine realistische Option. Das damit verbundene Risiko für die japanische Wirtschaft (Wettbewerbsfähigkeit) und Gesellschaft (Konsumfixierung) ist nicht zu unterschätzen.

5. Resümee und Ausblick

5.1 Die Dreifach-Katastrophe 2011: Das (Rest-)Risiko zwischen natur- und menschengemachter Katastrophe

Wie das »Große Erdbeben von Ostjapan« 2011 beispielhaft zeigt, sind sogenannte Naturkatastrophen nicht per se »natürlich«. Sie sind auch und vor allem von Menschen verursacht, stellen ein »Risiko« dar, das durch eindrucksvollen Katastrophenschutz gefördert wird. Der Mensch versucht, sich die Natur gefügig zu machen, dies umso erfolgreicher, je mehr er über technische Möglichkeiten verfügt. Dadurch macht er sich aber auch zunehmend verwundbar. Im Extrem führt dies zu einer verhängnisvollen Kettenreaktion, der Dreifach-Katastrophe Erdbeben, Tsunami, Kernschmelze. In deren Gefolge setzen Abwanderungen und zwangsweise Evakuierungen eine negative Spirale in Gang, die zu einer vierten Katastrophe führt: der Ausdünnung wenn nicht gar Entleerung der betroffenen Regionen.

»Sicherheit hat höchste Priorität«: Dieser generell schon unglaubliche Anspruch ist erst recht nicht im Georisiko-Raum Japan zu erfüllen. Hier gibt es kaum einen risikofreien Platz, hier kann ein Erdbeben überall ausbrechen. Höchste Sicherheit ist nicht finanzierbar, volle Sicherheit nicht erreichbar. Es bleibt in Japan ein nicht unbeträchtliches Restrisiko, das man bei Naturkatastrophen wie Erdbeben und Tsunami bewusst eingeht, wohl wissend um die historischen Erfahrungen und die Möglichkeiten eines intelligenten Katastrophenschutzes, der das (Rest-) Risiko zu verkleinern sucht – und entsprechende Chancen eröffnet.

Eine völlig neue Erfahrung ist der Umgang mit dem (Rest-)Risiko anlässlich der ausschließlich durch Menschen verursachten Nuklearkatastrophe von Fukushima. In diesem Fall ist das Restrisiko der Mensch selbst, der in seiner Planung nicht alles berücksichtigt hat und wohl auch nicht alles berücksichtigen kann. Kriminell wird es freilich, wenn ein Betreiber wie TEPCO in einem so sensiblen Bereich wie der Kernkraft seine Pflichten vernachlässigt und die Profitmaximierung durch Kosteneinsparung Vorrang vor ausreichender Sicherheit hat. Das Verhältnis zwischen Risiken und Chancen, Schaden und Nutzen, das im Sinne einer flexiblen Konfliktökonomie für die Gesellschaft ausgewogen und vertretbar sein sollte, wurde sträflich asymmetrisch im Sinne des Unternehmens umgesetzt.

5.2 Die Katastrophe von Fukushima: Bedeutung und Probleme systemisch bedingter Risiken und Schuldzuweisungen

Drei systemische Einflussfaktoren bzw. Probleme kennzeichnen die Katastrophe von Fukushima und überlagern sich: Erstens die *Verkettung Natur-Mensch* (Erdbeben-Tsunami-Kernschmelze) und ihre naturdeterministische Begründung und Verharmlosung; zweitens *technisch-organisatorische Schwächen* im Hinblick auf hochkomplexe, fehleranfällige Großtechnik und die von ihr ausgehenden Risiken als »normale Katastrophen« (PERROW 1999); drittens und vor allem *institutionelles Versagen* in Gestalt des »atomaren Dorfs«, der fünfeckigen Verflechtung/Verfilzung von Politik, Ministerialbürokratie, Energiewirtschaft, Mainstream-Medien und »Gefälligkeitswissenschaft«. Zwischen diesen Akteuren besteht ein intransparentes Einvernehmen im Geben und Nehmen mit Folgen: Die Kontrollinstanzen (staatliche Aufsichtsbehörden, darüber hinaus die Medien und die Wissenschaft) werden zu *toriko*, zu »Gefangenen« wenn nicht »Sklaven« des Systems (»regulatory capture«). Der Bericht der vom japanischen Parlament eingesetzten Kommission unabhängiger Experten (Juni 2012) nennt die in diesem System verfilzten Institutionen und Individuen deutlich beim Namen, verzichtet aber bewusst auf Schuldzuweisungen. Fundamentale Ursachen der Katastrophe lägen »in der japanischen Kultur«. Ansichten wie diese geben »Japan(er)-Diskursen« im Zeichen von »Fukushima« neuen Auftrieb. Bei der Bewertung solcher Diskurse sollte es nicht darum gehen, das Kind mit dem Bade auszuschütten, sprich: vermeintliche »Bestimmtheiten« von Natur und Kultur per se gering zu achten oder gar auszuklammern. Vielmehr gilt es, das Spannungsfeld zwischen Natur und Kultur offen zu halten, es kritisch-hermeneutisch zu reflektieren und den *Grad* der Bedeutung beider Phänomene für Krisensituationen nicht zu vernachlässigen. »Natur« erklärt »Fukushima« ebenso wenig wie »Kultur«. Mystifizierende, »bestimmte« Auffassungen sowohl von Natur (»Naturdeterminismus«) als auch von Kultur (»Kulturdeterminismus«) sind zu hinterfragen, ihre Nutzbarmachung für politisch-ideologische Zwecke ist kritisch unter die Lupe zu nehmen.

5.3. »Fukushima« und die Macht: Lehren aus den Erfahrungen? Die Katastrophe als reinigende Kraft, Auslöser institutionellen Wandels, Wegweiser neuer Deutungshoheit?

Der Ausbau der Atomkraft für zivile Zwecke fand – bis zum 11.03.2011 – in der japanischen Öffentlichkeit große Akzeptanz. Kernkraft erfüllt (auf den ersten Blick) die Kriterien im energiepolitischen Zieldreieck: Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit. Dabei ausgeklammert bleiben jedoch ungleich größere Risiken, die die Katastrophe schonungslos ans Licht gebracht hat: zum einen die langfristig ungewissen Folgen einer Kernschmelze durch die Verstrahlung von Menschen, Böden, Gewässern und Nahrungsmitteln, zum anderen die Externalisierung immenser, offener Kosten und Probleme zu Lasten der Steuerzahler und der Betroffenen: Forschung und Endlager (immer noch ungesichert) zahlt der Staat, die Folgen der Katastrophe trägt die Gesellschaft, weil kein Versicherungsunternehmen der Welt dieses Risiko übernehmen würde (ALBRECHT 13.03.2011).

Die Katastrophe von Fukushima bestätigt den zutiefst politischen Charakter von Risikoanalysen, bei denen es um die Deutungshoheit und als deren Folge um die Macht geht, im Interesse einiger weniger den vielen anderen enorme Risiken aufzubürden (PERROW 1999; TAKAHASHI 2012). Die verheerenden Folgen der engen institutionellen und personellen Verflechtung im »atomaren Dorf« zwingen zu Systemveränderungen. Ein wirksames Governance-System für die Sicherheitskultur der japanischen Nuklearwirtschaft steht noch aus.

Drei Szenarien des zukünftigen Umgangs der japanischen Gesellschaft mit der »nuklearen Erdbebenkatastrophe« sind denkbar und könnten sich miteinander vermischen (BERNDT 2012: 70–75): 1. Eine undiskutierte und ungeahndete Fortsetzung des »staatsmonopolistischen Nuklearkomplexes« und die Manipulation der japanischen Gesellschaft – bis es zur nächsten nuklearen Katastrophe kommt. 2. Eine politische Wende, die »lokal und von unten initiiert« (durch Anti-AKW-Bewegungen und Organisation in offenen Netzwerken) und »national und von oben nachvollzogen« wird. 3. Eine Marktberichtigung, durch die sich die Liberalisierung des japanischen Strommarktes nicht mehr verhindern lässt: Subventionierung und Sozialisierung der Kosten atomarer Stromerzeugung gehen zurück, AKW-zentrierte Unternehmen sind dann nicht mehr wettbewerbsfähig. Ein Ausstieg aus der Atomwirtschaft in Japan würde wirklichkeitsnah, wenn der Staat und die Stromkonzerne von den Bürgern Druck bekämen.

Für Szenario 1 spricht die »Dorf«-bedingte Pfadabhängigkeit, die Kontinuität eines stark verflochtenen Systems, das sich seit der Nachkriegszeit entwickelt, in Zeiten hohen Wirtschaftswachstum an Dynamik zugelegt hat und »trotz Fuku-

shima« weiterlebt (IIDA 06.05.2012). Kein Verantwortlicher ist seit der Katastrophe entlassen worden. Es geht um die Wahrung von »vested interests«, der vermeintlich ureigenen Interessen und des Besitzstandsdenkens. Gleichwohl: Im zweiten Jahr nach »Fukushima« befürwortet mehr als ein Dreiviertel der japanischen Bevölkerung den Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Die historischen Erfahrungen zeigen, dass sowohl natur- als auch menschengemachte Katastrophen in Japan Anlass zu neuem Aufbruch waren: hin zu mehr Eigenverantwortung, Selbstorganisation, Kommunitarismus.

In der Nuklearkrise 2011 zeigt sich ein Silberstreifen am Horizont, kommt Szenario 2 ins Spiel: In einer sich anbahnenden neuen Atomkultur Japans regt sich der Widerstand von unten, zeigen sich zivilgesellschaftliche Ansätze einer Stärke, die in dieser Dimension für japanische Verhältnisse völlig neu sind. Fukushima mobilisiert Tausende, inzwischen viele Zehntausende Normalbürger zu öffentlichen Demonstrationen und Protestinitiativen, zu einem »Aufstand der Amateure« (*shirōto no ran*). Viele dieser »Amateure« haben nie zuvor an einer Demonstration teilgenommen, protestieren nicht nur gegen AKW, sondern auch für einen alternativen Lebensstil, gegen die Konsumfixiertheit der japanischen Gesellschaft und ihren Wohlstand auf der Basis des »Sauber-Sicher-Billig-Mythos« der Atomenergie (RICHTER 2012; GEBHARDT 2012). Der fundamentale Vertrauensverlust in die japanischen Massenmedien als zuverlässige Vermittler von Informationen insbesondere in Krisenzeiten führt seit »Fukushima« zu einem medialen Strukturwandel: vom monopolisierenden, AKW-gefälligen Nachrichtenportal der herkömmlichen Mainstream-Medien hin zu einer breiten Informationsplattform der »Massen-Selbst-Kommunikation«. Dabei bleibt spannend zu verfolgen, in welcher wechselseitiger Dynamik sich internetbasierte, unabhängige Medien (Twitter, Facebook, Blogs, Video-Streaming) gemeinsam mit der Anti-Atomkraftbewegung entwickeln und vielen »kleinen Stimmen« Öffentlichkeit verschaffen (LISCUTIN 2012). Ob dieser Prozess um die Deutungshoheit zu einer politischen Wende führt, die »national und von oben nachvollzogen« wird, ist die große Frage. Der Beschäftigung mit der Rolle der »sozialen Konstruktion« kommt große Bedeutung zu, folgt man Becks (Welt-)Risiko-Begriff (2007) als Ergebnis einer »Realitätsinszenierung«, die, geprägt durch die mediale Präsentation und die politisch und kulturell variierenden Wahrnehmungen des Risikos, die Art zukünftiger Katastrophen vorwegnimmt, z.B. durch Verharmlosung oder Dramatisierung.

5.4 Glück im Unglück: Die Dreifach-Katastrophe 2011 und das (Rest-)Risiko der »Unipolaren Konzentration auf Tōkyō«

Die Dreifach-Katastrophe 2011 wäre ungleich desaströser ausgefallen, hätte sie nicht die Peripherregion Tōhoku, sondern die Metropole Tōkyō getroffen. So gesehen und im Rückblick auf die Erdbebenkatastrophe von Kōbe 1995 hat Japan 2011 bei allem Unglück noch Glück gehabt. Günstige Winde hielten die strahlenverseuchten Luftmassen des havarierten Kernkraftwerks Fukushima von der 250 km nahen Hauptstadt fern und machten eine drohende Evakuierung der metropolitanen Bevölkerung nicht erforderlich, die mit 35 Millionen Menschen (27 % der Gesamtbevölkerung) einen der größten Ballungsräume der Welt darstellt. Ausschlaggebend für das »Tōkyō-Problem« ist die räumliche Konzentration höchstrangiger zentraler Funktionen, ist die »unipolare Konzentration auf Tōkyō« (*Tōkyō ikkyoku shūchū*): die einseitige Ballung von Menschen, Sachwerten, Informationen und Lenkungs-funktionen in der Hauptstadt (FLÜCHTER 1997).

Parallel mit dem Risiko der Verwundbarkeit durch natur- und menschengemachte Katastrophen geht aber auch die Wahrnehmung der damit verbundenen Chancen räumlicher Konzentration einher. Dies betrifft nicht nur die Wettbewerbsvorteile für »die Wirtschaft«: interne (Skalen-) Effekte und externe Effekte (Lokalisierungs- und Verstärkungsvorteile). Die Gunst der Agglomeration weiß auch »die Bevölkerung« des Ballungsraumes Tōkyō sehr wohl zu schätzen: Teilhabe am weltstädtischen Leben mit seinen faszinierenden Möglichkeiten für Beruf, Einkommen, Aufstieg, Begegnungen, Geselligkeit, Kommunikation. Die politische Elite Japans, so die These, hat mehrheitlich ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Konzentration wirtschaftlicher und politischer Lenkungs-funktionen in der Hauptstadt, nach dem Motto: Je erfolgreicher die national führende *Global City* im globalen Wettbewerb mit anderen Metropolen, um so erfolgreicher auch der dahinterstehende Staat im globalen Wettbewerb mit anderen Ländern. Der Transfer von Hauptstadt-funktionen, den das japanische Parlament bereits 1992 beschlossen hat, bleibt eine Chimäre. Der politischen Elite liegt viel an der Aufrechterhaltung des Status quo. Die Devise zur Risikominderung heißt dann nicht »Dekonzentration« oder »Dezentralisierung«, sondern »Ausbau Tōkyōs zu einer katastrophengeschützten Stadt« (FLÜCHTER 2002). Bei aller Bedeutung von Risiken im Hinblick auf die Dreifach-Katastrophe 2011: Im Vergleich zu dieser ist das Risiko der »unipolaren Konzentration auf Tōkyō« selbst im Falle nur einer »Einfach«-Katastrophe gigantisch. Auch dieses Problem ist systembedingt, eng verknüpft mit dem japanischen Zentralismus und den damit zusammenhängenden Macht- und Einflussstrukturen.

Literatur

- ALBRECHT, JÖRG (13.03.2011), »Null bis Unendlich«, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, S. 59.
- ALDRICH, DANIEL P. (2005), »The Limits of Flexible and Adaptive Institutions: The Japanese Government's Role in Nuclear Power Plant Siting over the Post War Period«, in: HAYDEN S. LESBIREL und DAIGEE SHAW (Hg.), *Managing Conflict in Facility Siting*, Cheltenham: EDWARD ELGAR, S. 109–133.
- ALDRICH, DANIEL P. (2010 [2008]), *Site Fights: Divisive Facilities and Civil Society in Japan and the West*, Ithaca: Cornell University Press.
- ANRE (Agency for Natural Resources and Energy) (2011), *Energy in Japan 2010*, Tōkyō: ANRE.
- BLUME, GEORG (31.03.2011), »Eine Riege von Versagern«, in: *Die Zeit*, S. 26–27.
- BECK, ULRICH (1986), *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt: Suhrkamp.
- BECK, ULRICH (2007), *Weltrisikogesellschaft: Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*, Frankfurt: Suhrkamp.
- BERNDT, ENNO (2012), »Im strahlenden Schatten der Macht: Zur Politischen Ökonomie der nuklearen Katastrophe von Fukushima«, in: STEFFI RICHTER und LISETTE GEBHARDT (Hg.), *Japan nach »Fukushima«: Ein System in der Krise*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 9–89.
- BOHLE, HANS-GEORG (2008), »Krisen, Katastrophen, Kollaps: Geographien von Verwundbarkeit in der Risikogesellschaft«, in: ELMAR KULKE und HERBERT POPP (Hg.), *Umgang mit Risiken: Katastrophen – Destabilisierung – Sicherheit*, Bayreuth: Deutsche Gesellschaft für Geographie, S. 69–82.
- BOHLE, HANS-GEORG (2009), »Rezension über Renn/Schweizer/Dreyer/Klinke: Über den gesellschaftlichen Umgang mit Unsicherheit, München 2007«, in: *Erdkunde* 63 (2): 190–192.
- CURTIS, GERALD (10.07.2012), »Stop Blaming Fukushima on Japan's Culture«, in: *Financial Times*.
- DIKAU, RICHARD (2008), »Katastrophen – Risiken – Gefahren: Herausforderungen für das 21. Jahrhundert«, in: ELMAR KULKE und HERBERT POPP (Hg.), *Umgang mit Risiken: Katastrophen – Destabilisierung – Sicherheit*, Bayreuth: Deutsche Gesellschaft für Geographie, S. 47–68.
- DOEGE, FELIX und PATRICK KÖLLNER (2011), *Trotz Fukushima-1: Japans »atomares Dorf« hält an der Nuklearenergie fest*, GIGA Focus Asien Nr. 5/2011, Hamburg: German Institute of Global and Area Studies (GIGA).
- ENSI (Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat) (2011), *Analyse Fukushima*, Brugg: ENSI.

- FACKLER, MARTIN and NORIMITSU ONISHI (31.05.2011), »Utility Reform Eluding Japan After Nuclear Plant Disaster«, in: *New York Times*.
- FELDHOFF, THOMAS (2005), *Bau-Lobbyismus in Japan: Institutionelle Grundlagen – Akteursnetzwerke – Raumwirksamkeit*, Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- FELDHOFF, THOMAS (2011a), »Kernenergie in Japan«, in: *WeltTrends: Zeitschrift für Internationale Politik*, 78 (19): 88–91.
- FELDHOFF, THOMAS (2011b), *Japan's Quest for Energy Security: Risks and Opportunities in a Changing Geopolitical Landscape*, Frankfurt Working Papers on East Asia Nr. 5, Frankfurt: Interdisziplinäres Zentrum für Ostasienstudien (IZO).
- FLÜCHTER, WINFRIED (1997), *Tōkyō quo vadis? Chancen und Grenzen (?) metropolitanen Wachstums*, Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften Nr. 15, Duisburg: Institut für Ostasienwissenschaft.
- FLÜCHTER, WINFRIED (2000), »Tōkyō vor dem nächsten Erdbeben: Ballungsrisiken und Stadtplanung im Zeichen des Katastrophenschutzes«, in: *Geographische Rundschau*, 52 (7/8): 54–61.
- FLÜCHTER, WINFRIED (2002), »Eine neue Hauptstadt für Japan? Bauwirtschaft und Geographie der Macht«, in: *Geographische Rundschau*, 54 (6): 36–43.
- FLÜCHTER, WINFRIED (2003), »Tokyo before the Next Earthquake: Agglomeration-Related Risks, Town Planning and Disaster Prevention«, in: *Town Planning Review*, 74 (2): 213–238.
- FLÜCHTER, WINFRIED (2007), »Georisikoraum Japan: Physiogene Verwundbarkeit und präventiver Katastrophenschutz«, in: RÜDIGER GLASER und KLAUS KREMB (Hg.), *Planet Erde: Asien*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 239–251.
- GEBHARDT, LISETTE (2012), »Ich habe die ganze Zeit darauf gewartet, dass dieser Tag kommen möge: Positionen japanischer Autoren nach Fukushima«, in: STEFFI RICHTER und LISETTE GEBHARDT (Hg.), *Japan nach »Fukushima«: Ein System in der Krise*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 171–205.
- GEIPEL, ROBERT (1992), *Naturrisiken: Katastrophenbewältigung im sozialen Umfeld*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- HEILMANN, KLAUS (2010), *Das Risikobarometer: Wie gefährlich ist unser Leben wirklich?*, München: Wilhelm Heyne.
- HEILMANN, KLAUS (25.03.2011), »Atom-GAU: Die Illusion von der Sicherheit der Kernenergie«, in: *Financial Times Deutschland*.
- HEWITT, KENNETH (1997), *Regions of Risk: A Geographical Introduction to Disasters*, Harlow: Longman.
- HIROSE, TAKASHI und SHŌJIRŌ AKASHI (2011), *Genpatsu no Yami o abaku* [Die Dunkelheit der Kernkraft ans Licht bringen], Tōkyō: Shūeisha.
- IIDA, TETSUNARI (06.05.2012), »Energieforscher über japanische Atomlobby: ›Das ist ein politischer Krieg‹«, in: *Tageszeitung*.

- ISHIBASHI, KATSUHIKO (1997), »Genpatsu Shinsai« [Die Kernkraft-Katastrophe], in: *Kagaku* [Wissenschaft], 67 (10): 720–724.
- ISHIBASHI, KATSUHIKO (2008), »Genpatsu ni tayorenai Jishin Rettō« [Der Erdbeben-Archipel kann sich nicht auf die Kernkraft verlassen], in: *Toshi Mondai* [Probleme der Stadt], 99 (8): 52–60.
- KAINUMA, HIROSHI (2011), *Fukushimaron: Genshiryoku Mura ha naze umerareta no ka* [Fukushima-Diskurs: Ursachen der Entstehung des Atomdorfs], Tōkyō: Seidosha.
- KEVENHÖRSTER, PAUL (2010 [2003]), »Politik«, in: PAUL KEVENHÖRSTER, WERNER PASCHA und KAREN SHIRE (Hg.), *Japan: Wirtschaft, Gesellschaft, Politik*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 237–363.
- KOCH, MATHIAS (2001), »Neubewertung der Kernenergie in Japan zu Beginn des 21. Jahrhunderts«, in: *Japanstudien: Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien*, 13: 373–410.
- KOKKAI JIKOCHŌ (2012), *Tōkyō Denryoku Fukushima Denshiryoku Hatsudensho: Kokkai Jikochō, Jiko Chōsa Iinkai* [Fukushima Nuclear Accident Independent Investigation Commission], Tōkyō: Kokkai Jikochō.
- LAY, CONRAD (2011), »Nach 25 Jahren immer noch aktuell«, in: Deutschlandradio, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/andruck/1423062> (28.03.2011).
- LISCUTIN, NICOLA (2012), »Vernetzt Euch! Fukushima, neue Medien und die Anti-AKW-Bewegung«, in: STEFFI RICHTER und LISETTE GEBHARDT (Hg.), *Japan nach »Fukushima«: Ein System in der Krise*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 135–169.
- LUHMANN, NIKLAS (1990), *Risiko und Gefahr*, St. Gallen: Hochschule St. Gallen.
- MISHIMA, KEN'ICHI (05.05.2011), »Des Pudels Kern«, in: *Die Zeit*, S. 54.
- MÜLLER-MAHN, DETLEF (2005), »Von ›Naturkatastrophen‹ zu ›Complex Emergencies‹: Die Entwicklung integrativer Forschungsansätze im Dialog mit der Praxis«, in: *Forum Institut für Länderkunde Leipzig*, 2: 69–89.
- MÜLLER-MAHN, DETLEF (2007), »Perspektiven der geographischen Risikoforschung«, in: *Geographische Rundschau*, 59 (10): 4–11.
- ONISHI, NORIMITSU and KEN BELSON (26.04.2011), »Culture of Complicity Tied to Stricken Nuclear Plant«, in: *New York Times*.
- PERROW, CHARLES (1999 [1984]), *Normal Accidents: Living with High-Risk Technologies*, Princeton: Princeton University Press.
- POHL, JÜRGEN (1998), »Die Wahrnehmung von Naturrisiken in der ›Risikogesellschaft‹«, in: GÜNTER HEINRITZ, REINHARD WIESSNER und MATTHIAS WINIGER (Hg.), *Nachhaltigkeit als Leitbild der Umwelt- und Raumentwicklung in Europa*, Stuttgart: Steiner, S. 153–163.
- POHL, JÜRGEN und ROBERT GEIPEL (2002), »Naturgefahren und Naturrisiken«, in: *Geographische Rundschau*, 54 (1): 4–8.

- PRICHARD, JUSTIN (05.05.2011), »A Culture of Complacency«, in: *Japan Times*.
- RENN, ORTWIN (2011), »Wissen und Moral: Stadien der Risikowahrnehmung«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 61 (46–47): 3–7.
- RICHTER, STEFFI (2012), »Das Ende des ›endlosen Alltags‹? Post-Fukushima als Japan-Diskurs«, in: STEFFI RICHTER und LISETTE GEBHARDT (Hg.), *Japan nach »Fukushima«: Ein System in der Krise*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 91–133.
- RUTHERFORD, PAUL (2004), *Weapons of Mass Persuasion: Marketing the War against Iraq*, Toronto: Toronto University Press.
- SAALE, SVEN (2011), *Der Rücktritt der Regierung Kan und die Zukunft der Atomkraft in Japan*, Internationale Politikanalyse / FES Tokyo, Berlin: Friedrich Ebert Stiftung (FES).
- SCHWIND, MARTIN (1967), *Das Japanische Inselreich, Band 1: Die Naturlandschaft*, Berlin: de Gruyter.
- SEIFERT, WOLFGANG (07.02.2012), *Reaktionen und Interessen in Japan und Deutschland nach dem Versagen des Tepco-AKW in Fukushima*, Vortrag, Fukushima-Diskurse I, Bonn.
- SEKI, HIRONO (2011), »Hiroshima kara Fukushima he« [Von Hiroshima nach Fukushima], in: *Gendai Shisō: Higashi Nihon Daishinsai* [Modernes Denken: Die Große Katastrophe von Ostjapan], 39 (5): 44–48.
- TAKAHASHI, TETSUYA (2012), *Gisei no Shisutemu: Fukushima, Okinawa* [Das System der Leidtragenden: Fukushima, Okinawa], Tōkyō: Shūeisha.
- TALEB, NASSIM N. (2008), *The Black Swan: The Impact of the Highly Improbable*, London: Penguin.
- TANAKA, MITSHHIKO (2007), »Hamaoka Genpatsu ha Kikken ka« [Warum das Kernkraftwerk Hamaoka gefährlich ist], in: *Kagaku* [Wissenschaft], 77 (11): 1150–1155.
- UENO, CHIZUKO (2011), »3/11 to 8/15: Minshushugi to Jichi he no Michi« [3/11 und 8/15: Wege zur Demokratie und Selbstverwaltung], in: NATSUKI IKEZAWA, RYŪICHI SAKAMOTO und AKIRA IKEGAMI (Hg.), *Datsugenpatsu Shakai o tsukuru 30-nin no Teigen* [Vorschläge von 30 Autoren zur Schaffung einer atomfreien Gesellschaft], Tōkyō: Commons, S. 172–181.
- WALDENBERGER, FRANZ und JENS EILKER (2011), »Das Tōhoku-Erdbeben – wirtschaftliche Auswirkungen«, in: DAVID CHIAVACCI und IRIS WIECZOREK (Hg.), *Japan 2011: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Berlin: VSJF, S. 187–226.
- WEICHHART, PETER (2007), »Risiko: Vorschläge zum Umgang mit einem schillernden Begriff«, in: *Berichte zur deutschen Landeskunde*, 81 (3): 201–214.
- WISNER, BEN (2007), »Regions at Risk or People at Risk? Wie natürlich sind ›Naturkatastrophen‹?«, in: *Geographische Rundschau*, 59 (10): 12–18.
- WISNER, BEN, PIERS BLAIKIE, TERRY CANON und IAN DAVIS (2010 [1994]), *At Risk: Natural Hazards, People's Vulnerability and Disasters*, London: Routledge.
- ZDF (02.04.2011), *Heute Journal (Japan: Tsunami-Opfer räumen auf)*.

Nutzen durch Beteiligung? Politische Partizipation nach der Katastrophe

Gaining Procedural Utility?
Political Participation after 3/11

Phoebe Holdgrün

Since the triple disaster of March 11, 2011, many people in Japan who were not previously involved in, or even interested in, politics started to become engaged in the movement against nuclear energy and for protection against radioactivity. Demonstrations like the one on July 16, 2012 in Tokyo, where around 170.000 participants assembled, make this trend visible. This article poses the question: how does this new commitment to political activism affect the people who participated – regardless of the outcome of the political process? Do self-perceptions change to a certain extent in course of participating? So far, the literature has addressed these questions first and foremost from a theoretical perspective. The concept of procedural utility, for example, suggests that politically active citizens can benefit from processes of participation, depending not only on the results of decision making, but also on the process by which these decisions are reached. Thus, subjective feelings of well-being can increase, most notably when decision making processes fulfill certain psychological needs that contribute positively to self-perceptions such as, for example, feelings of autonomy, relatedness and competence.

This article aims to reassess empirically this theoretical concept of a correlation between political participation and subjective feelings. It develops three qualitative case studies of people active in the movement against nuclear energy and protection against radioactivity after the triple disaster of March 11, 2011. Results of the case studies indicate that procedural utility is indeed gained through political action, but psychological needs like autonomy, relatedness and competence are not fulfilled to the same extent.

1. Einleitung

Am 16. Juli 2012 haben geschätzt 170.000 Menschen in einem Demonstrationszug durch Tōkyō gegen Atomkraft protestiert.¹ Dies ist ein Ereignis in der Reihe zahlreicher Großdemonstrationen und unzähliger kleiner Protestveranstaltungen, die sich seit der Dreifach-Katastrophe vom 11. März 2011 in Japan fortsetzen und seit der Wiederanschaltung zweier Reaktoren in Ōi in der Präfektur Fukui im Juli 2012 zahlenmäßig eine neue Dimension zu erreichen scheinen.² Bemerkenswert an der Entwicklung nach dem 11. März 2011 ist, dass sich nun Zehntausende engagieren, die sich zuvor nicht für Kernenergie interessiert haben. Die große Sorge der Bevölkerung wird so sichtbar. Die Aktivisten nehmen die Post-Katastrophensituation als sehr negativ wahr.³

Was aber bewirkt das neue politische Engagement für die Aktivisten selbst? Ist nicht denkbar, dass die Aktivitäten unabhängig von ihrem politischen Ergebnis Wirkungen auf die Selbstwahrnehmung der partizipierenden Bürger mit sich bringen? Die Ausgangsthese in diesem Beitrag ist, dass die aktiven Einwohner durch ihre Tätigkeiten nicht nur versuchen, ihre politischen Interessen durchzusetzen, sondern dass sie – trotz der als bedrückend wahrgenommenen Situation nach dem 11. März 2011 – auch, bewusst oder unbewusst, Nutzen für sich gewinnen können. Es ist denkbar, dass dies zur persönlichen Verarbeitung der Katastrophe beitragen kann. Das Konzept des Prozessnutzens (*procedural utility*) unterstützt die Annahme, dass durch politische Partizipation unabhängig vom Resultat der Entscheidungen persönlicher Nutzen für die engagierten Personen entsteht, indem Erfahrungen von Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz die positive Eigenwahrnehmung steigern (FREY, BENZ und STUTZER 2004). Das Ziel dieses Beitrags ist, zu überprüfen, inwiefern sich dieser theoretische Ansatz auch empirisch bei Aktivisten in der gegenwärtigen Bewegung gegen Atomkraft und zum Schutz vor Radioaktivität in Japan nachvollziehen lässt. Dazu wird mit Beispielen auf der Mikroebene

1. Diese Zahl beruht auf der Schätzung der Veranstalter. Die Polizei vermutete, dass 75.000 Menschen teilgenommen haben (*JT* 25.07.2012). Die Angaben von Veranstaltern und Polizei bei ähnlichen Anlässen divergieren ebenfalls sehr deutlich.
2. Seit den Massenprotesten gegen das Militärbündnis mit den USA in den späten 1950er Jahren und der Studentenbewegung in den späten 1960er Jahren hat Japan keine Protestveranstaltungen in dieser Größenordnung gesehen (*JT* 16.10.2011). Die damaligen Protestbewegungen richteten sich u.a. gegen den Sicherheitspakt mit den USA von 1960 und den Vietnamkrieg. Eine Ausnahme bilden Demonstrationen auf Okinawa gegen die Stationierung der US-amerikanischen Streitkräfte (SLATER 2011).
3. Gleichzeitig beinhaltet die Entwicklung auch Potential für neues politisches Partizipationsbewusstsein (KLEIN 2011: 49).

herausgearbeitet, ob und wie Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz bei den ausgewählten Fallbeispielen wahrnehmbar sind. Diese Studie leistet damit einen empirischen Beitrag zum Verständnis der Wirkungen von politischer Partizipation auf der psychologischen Ebene der Handelnden.

Der vorliegende Aufsatz ist ein Zwischenergebnis eines im Januar 2012 begonnenen Forschungsprojektes, das sich mit den Wirkungen politischer Partizipation auf engagierte Menschen anhand des Fallbeispiels von japanischen Aktivisten gegen Atomkraft und zum Schutz vor radioaktiver Strahlung beschäftigt und somit in den Bereich der Forschung zu den neuen sozialen Bewegungen fällt. Die Ergebnisse dieses Beitrags beruhen auf empirischen Daten, die in explorativen qualitativen Interviews mit politisch aktiven Bürgern gesammelt wurden sowie auf teilnehmender Beobachtung und japanischer Medienberichterstattung. Dazu wird das theoretische Konzept des Prozessnutzens zunächst genauer erläutert. Anhand dreier Fallbeispiele von Aktivisten beschäftigt sich der anschließende Abschnitt damit, welche Bürger sich in der Bewegung engagieren und mit welchen Methoden sie partizipieren.⁴ Auf dieser Grundlage wird dann herausgearbeitet, ob und wie in diesen konkreten Fällen Prozessnutzen durch Partizipation sichtbar wird.

2. Politische Partizipation und Prozessnutzen

Politische Partizipation wird in dem vorliegenden Artikel im Sinne des Politikwissenschaftlers MAX KAASE (1995: 521) verstanden und umfasst »[a]lle Tätigkeiten [...] die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen«. Somit beinhaltet sie sowohl konventionelle als auch unkonventionelle Formen der politischen Beteiligung.⁵ Die Frage, welche Wirkungen politische Partizipation unabhängig vom Ergebnis der angestrebten politischen Ziele für die engagierten Menschen selbst mit sich bringen kann, ist ein Gegenstand der Forschung, der bislang vornehmlich theoretisch behandelt worden ist (WEITZ-SHAPIRO und WINTERS 2008: 5). Ein Ansatz aus der Glücksforschung ist, dass politisch Partizipierende aus ihren Aktivitäten einen positiven Nutzen für sich generieren können, der zu ihrem subjektiven Wohlbefinden beiträgt. Diese

4. Weitere Aspekte, die bei Forschung zu sozialen Bewegungen relevant werden, wie etwa die Frage nach Ressourcen oder der Reichweite der Aktionen und der Reaktionen darauf (LOFLAND 1996: 47–52), können aufgrund des frühen Stadiums des sich entwickelnden Projektes an dieser Stelle noch nicht grundlegend bearbeitet werden.
5. Zu verschiedenen Formen der politischen Partizipation vgl. GEISSEL und PENROSE (2003) sowie KERSTING (2008).

Annahme lässt sich theoretisch durch das Konzept des Prozessnutzens leiten. Es hebt hervor, dass nicht nur der Inhalt von Entscheidungen, sondern auch die Frage, wie diese Entscheidungen getroffen wurden, von Bedeutung sind (FREY, BENZ und STUTZER 2004; WEITZ-SHAPIRO und WINTERS 2008). Wenn die Art und Weise, wie Entscheidungsprozesse ablaufen, bei den Beteiligten etwas zur Erfüllung psychologischer Empfindungen und Bedürfnisse wie beispielsweise Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz beitragen, dann generieren die Betroffenen einen Nutzen aus diesem Prozess und werten die eigene Wahrnehmung positiv auf. Dieser Prozessnutzen trägt damit auch zum subjektiven Wohlbefinden für die Beteiligten bei (FREY, BENZ und STUTZER 2004: 381; vgl. auch WEITZ-SHAPIRO und WINTERS 2008):

Procedural utility thus can be defined as the well-being people gain from living and acting under institutionalized processes as they contribute to a positive sense of self, addressing innate needs of autonomy, relatedness, and competence.

Für Prozesse im Zuge politischer Partizipation lässt sich annehmen, dass sie Empfindungen von Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz und somit Prozessnutzen generieren können.⁶ Die Frage, ob tatsächlich ein Prozessnutzen dabei entsteht, hängt auch von den möglichen Partizipationskanälen beziehungsweise den Zugangsmöglichkeiten zu Entscheidungsprozessen ab, da diese Autonomieempfindungen betreffen. Autonomie bezieht sich auf die Empfindung, unabhängig zu sein und Gelegenheit zu haben, sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen bzw. daran beteiligt zu werden (WEITZ-SHAPIRO und WINTERS 2008: 7–8). LEBLANC (2008: 183) hebt diesen Eindruck hervor: »The dignity of self-determination is the democratic citizen's only real friend«. Die Kategorie der Verbundenheit mit anderen wiederum bezieht sich darauf, dass Prozesse gewöhnlich in Interaktion mit anderen stattfinden, und dabei das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe entstehen kann: Bürger identifizieren sich mit einer Gruppe und finden Gleichgesinnte. Bürger möchten als Mitglied einer sozialen Gruppe wertgeschätzt werden (FREY, BENZ und STUTZER 2004: 160). Bei Prozessen der politischen Partizipation äußert sich das beispielsweise in einem Zugehörigkeitsgefühl zu einer Partei (WEITZ-SHAPIRO und WINTERS 2008: 8–9). Die subjektive Empfindung von Kompetenz gilt als dritte Kategorie, die zu einem Prozessnutzen beiträgt. Bei aktiver politischer Partizipation führt der Aus-

6. Ein demokratisches System bietet die Voraussetzungen für verschiedene Formen der Partizipation und für die Generierung von Prozessnutzen (FREY und STUTZER 2005: 92; STUTZER und FREY 2006: 393).

tausch mit anderen dazu, dass mehr Informationen und mehr Wissen gesammelt und gegebenenfalls auch mehr Fertigkeiten erworben werden. Damit erhöht sich Kompetenzempfinden (WEITZ-SHAPIRO und WINTERS 2008: 9–10). Es geht dabei nicht nur um bestimmte politische Themen, sondern auch darum, den Ablauf politischer Prozesse zu verstehen. Ob Bedürfnisse wie Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz erfüllt werden, hängt von dem jeweiligen Prozess ab (FREY, BENZ und STUTZER 2004: 160). Ergebnisse von Studien, die dieses Konzept aufgreifen, fallen entsprechend unterschiedlich aus: Während WEITZ-SHAPIRO und WINTERS (2008) in ihrer Arbeit zum Wahlverhalten in lateinamerikanischen Ländern nicht bestätigen können, dass Wähler aus dem Prozess der Teilnahme an einer Wahl Prozessnutzen generieren, stellen FREY und STUTZER (2005; STUTZER und FREY 2006) am Beispiel von direktdemokratischen Elementen in Schweizer Kantonen heraus, dass allein die Möglichkeit zur intensiven Teilnahme am politischen Prozess mit stärkerem Wohlbefinden korreliert.⁷

Der theoretische Ansatz des Prozessnutzens lässt möglich erscheinen, dass die in Japan wegen der als desolat wahrgenommenen Lage aufgenommenen politischen Aktivitäten der Bewegung gegen Atomkraft und zum Schutz vor Radioaktivität Aspekte hervorbringen, die sich, unabhängig vom politischen Resultat der Partizipation, positiv auf die Eigenwahrnehmung der Beteiligten auswirken. Diese Studie überprüft bei Fallbeispielen einzelner Bürger empirisch, inwiefern sich dieser Ansatz bei Partizipationsprozessen der gegenwärtigen Bewegung in Japan nachvollziehen lässt. Anders als bei vorhergehenden Studien wie FREY, BENZ und STUTZER (2004) und WEITZ-SHAPIRO und WINTERS (2008) dienen qualitative Interviews als Datengrundlage. Die Ergebnisse der ausgewählten Beispiele geben damit aus der Perspektive der Mikroebene Aufschluss über Wirkungen politischer Partizipation. Fallbezogen führt die Studie die Forschung zu Entwicklungen in Japan nach der Dreifach-Katastrophe weiter: Arbeiten zu politischer Partizipation nach dem 11. März 2011 beschäftigen sich bislang mehr mit den Inhalten, Zielen und Partizipationsformen (ALDRICH 2012b, 2012c), der Rolle der Zivilgesellschaft (KAWATO, PEKKANEN und TSUJINAKA 2012) und dem Einsatz von Sozialmedien (SLATER, NISHIMURA und KINDSTRAND 2012), nicht aber mit den Wirkungen der Partizipation auf die Aktivisten selbst. Forschung, die sich mit den Auswirkungen der Katastrophe auf Psyche und Wohlbefinden der Bevölkerung befasst (GOODWIN

7. Die Studie von DORN et al. (2008) greift die Ergebnisse von FREY und STUTZER kritisch auf, indem weitere Faktoren als entscheidend herausgearbeitet werden.

et al. 2012; UCHIDA, TAKAHASHI und KAWAHARA 2011), nimmt diese Frage unabhängig von politischen Aktivitäten in den Blick.⁸

3. Akteure und Methoden der Bewegung

Welche Bürger fühlten sich durch die Dreifach-Katastrophe 2011 veranlasst, politisch aktiv zu werden, und mit welchen Methoden partizipieren sie? In diesem Abschnitt werden drei Fallbeispiele von Bürgern, die ich interviewt habe, vorgestellt.

3.1 Akteure

Fall 1: Frau A.

Mit Frau A., einer Mitvierzigerin, treffe ich mehrmals im Rathaus des Metropolbezirks in Tōkyō, in dem Frau A. lebt, zusammen. Es war nicht einfach, einen Termin für ein Interview mit der selbständig berufstätigen und alleinerziehenden Mutter von zwei Schulkindern zu vereinbaren. Sie nimmt sich Zeit für ein Gespräch im Anschluss an eine Sitzung des Bezirksrats, an der sie als ZuhörerIn teilgenommen hat. So werde ich Zeuge, wie Frau A. im Anschluss an diese Sitzung zusammen mit einigen Begleiterinnen Bezirksräte begrüßt. Aus dem vertrauten, herzlichen Umgang wird klar, dass sie mit diesen lokalen Mandatsträgern näher bekannt ist.

Im Gespräch lacht Frau A. verlegen, als sie erzählt, dass sie sich eigentlich nie besonders für Politik interessiert hat. Ihre politischen Aktivitäten beschränkten sich auf den Gang zur Wahlurne. Nach der Dreifach-Katastrophe vom 11. März 2011 hatte sie jedoch den Eindruck, dass sie den Fernsehnachrichten nicht mehr vertrauen konnte, und sie begann, sich über das Internet weitere Informationen zu verschaffen. Das führte dazu, dass sie einen Geigerzähler kaufte und selbst Mes-

8. Im Zusammenhang mit politischer Partizipation stellt sich auch die Frage, aus welcher Motivation heraus jemand aktiv wird: Führt Unzufriedenheit eher als Zufriedenheit dazu, dass sich jemand engagiert? VEENHOVEN (1988: 342–343) zeigt, dass Zufriedenheit nicht zu einer trägen Einstellung gegenüber politischer Partizipation führen muss. Politischer Protest generiert sich aus Unzufriedenheit mit einem bestimmten Sachverhalt; das muss aber nicht heißen, dass die Teilnehmer über diesen Sachverhalt hinaus mit ihrem Leben unzufrieden sind (VEENHOVEN 1988: 342). Möglicherweise hat die Lebenszufriedenheit aber Auswirkungen auf die Form von Partizipation, die gewählt wird, etwa wenn zufriedene Menschen sich weniger in Protesten engagieren (FLAVIN und KEANE 2012). Bei dem hier ausgewählten Beispiel ergreifen die Akteure zumindest themenbezogen mit einem ausdrücklichen Gefühl der Unzufriedenheit oder Verunsicherung die Initiative, da der Zusammenhang zu den Ereignissen im Zuge der Katastrophe und der anschließenden radioaktiven Kontamination unmittelbar ist.

sungen in ihrer Umgebung vornahm. Wichtig erschien ihr, dass die Schule ihrer Kinder den Schulhof und das von der Schule servierte Mittagessen auf radioaktive Verstrahlung hin überprüft. Die staatliche Schule lehnte diese Forderung ab. Dies wurde zum Wendepunkt für Frau A., denn zusammen mit anderen besorgten Müttern organisierte sie sich und wandte sich an das Rathaus ihres Wohnbezirks. Unter ihrer Federführung hat diese Gruppe von Müttern dort eine Petition eingereicht, der stattgegeben wurde. Der Bezirk hat daraufhin Messgeräte gekauft und im April 2012 begonnen, das an der Schule servierte Mittagessen auf Radioaktivität zu kontrollieren.

Fall 2: Vätergruppe

Als ich im Rathaus eines Bezirks in Tōkyō auf die Gesprächspartnerin Frau A. warte, kann ich beobachten, wie drei Männer Mitte Vierzig eine Petition an den Bezirksrat übergeben. Sichtlich angespannt hören sie den ausführlichen Erläuterungen des Angestellten, der die Petition entgegennimmt, zu. Eine Frau, die zu der Müttergruppe um Frau A. gehört, steht mit dabei und hält die mit einer formellen Verbeugung erfolgende Petitionsübergabe fotografisch fest. Nachdem der Rathausmitarbeiter verschwunden ist, klatscht sie und sagt »Gut gemacht!«; die Körperhaltung der Männer entspannt sich.

Das ist meine erste Begegnung mit dieser kleinen Gruppe von Vätern, die in demselben Bezirk wie Frau A. leben und ebenfalls eine Petition dort eingereicht haben, die sich dafür einsetzt, dass ein Schullandheim in einer anderen Präfektur sorgfältig auf radioaktive Strahlung überprüft wird. Dieses Heim ist Ziel von Schulfahrten aller Grundschulen des Bezirks. Die Väter haben sich gründliche Kenntnisse über die Messung von Radioaktivität angeeignet und mit Unterstützung der Müttergruppe um Frau A. die Petition ausgearbeitet. Bevor über die Petition entschieden wurde, sind sie mehrfach bei den betreffenden Bezirksräten vorstellig geworden. Außerdem haben sie zahlreiche Unterschriften für ihr Vorhaben gesammelt. Für das Gespräch treffe ich die drei langjährigen Schulfreunde im Büro des einen von ihnen. In diesem Büro, so erklärt man mir, sitzen sie normalerweise zusammen und diskutieren miteinander über Politik – früher aber ohne in besonderer Weise aktiv zu werden. Als wenige Wochen später die Petition erfolgreich im Bezirksrat bewilligt wird, kann ich als Zuhörerin teilnehmend beobachten.

Fall 3: Herr N.

Herrn N. begegne ich am Rande einer Protestveranstaltung vor dem Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie, und er erklärt sich bereit, mich für ein ausführliches Gespräch an meinem Arbeitsplatz zu besuchen. Vor dem Termin unter-

streicht er mehrmals, dass er nur ein einfacher Bürger sei und womöglich nichts Interessantes berichten könne. Im Gespräch selbst erweist er sich jedoch als außerordentlich gut informiert und bringt außerdem viele Materialien mit. Er ist 70 Jahre alt, ein ehemaliger Angestellter im Ruhestand. Er war zum letzten Mal politisch aktiv als Anfang der 1960er Jahre die Demonstrationen gegen den Sicherheitspakt mit den USA stattfanden. Der Moment, als er dachte, er muss sich wieder engagieren und seine Stimme erheben, kam, als 1.300 Personen, die ihre Häuser in der Umgebung des Atomreaktors Fukushima Dai'ichi verlassen mussten, in der Nähe seines Wohnortes in einer Sportarena untergebracht wurden. Er gehört aus Prinzip keiner bestimmten Gruppe an, aber er unterstützt Gruppierungen von Aktivisten. Er nimmt an Demonstrationen teil und sammelt Unterschriften. Zusammen mit anderen Bekannten versammelt er sich zu einer Studiengruppe, um auf diesem Weg mehr Wissen über die Vorgänge im Zusammenhang mit Atomkraft und der Katastrophe zu erlangen. Herrn N. begegne ich zufälligerweise bei einem Termin, den ich teilnehmend beobachtet habe, wieder. Dort befragen Repräsentanten von Umweltschutz- und Antiatomkraftvereinigungen zusammen mit nicht organisierten interessierten Bürgern Vertreter der japanischen Atomaufsichtsbehörde (*Genshiryoku Anzen Hoanin; Nuclear and Industrial Safety Agency, NISA*) über den Prozess der Freigabe der Reaktoren in Ōi zur Wiederanschaltung. Die anwesenden Bürger geben ihrem Unmut mit aggressiven Zwischenrufen und scharfen Fragen an die Bürokraten deutlich zum Ausdruck, Herr N. wirft bei einer ausweichenden Antwort des Vertreters der Behörde wütend seinen Stift hin und zeigt seine Entrüstung deutlich in Miene und Gebärde.

Zwischenfazit

Die ausgewählten Fallbeispiele repräsentieren zwei wichtige Gruppierungen von nach der Katastrophe aktiven Bürgern: Senioren und Eltern. Senioren haben Zeit. Manche, wie Herr N., haben auch eine Grundeinstellung, die mit früheren Protestbewegungen sympathisiert. Tatsächlich sind viele ältere Teilnehmer links orientiert (HASEGAWA 2012). Viele von ihnen waren schon vor der Katastrophe vom 11. März 2011 aktiv. Junge Eltern sind sowohl als Atomkraftgegner bei Protestveranstaltungen sichtbar, als auch in Tōkyō- und landesweiten Netzwerken für sichere Nahrung und Aufenthaltsorte für ihre Kinder organisiert.⁹ Vor allem Frauen sind stark engagiert (Interview Herr N. 30.03.2012) und treten aktiv für Lebensmittelsi-

9. Vgl. *Tokyo Union Protect Children from Radiation (NO! Hōshanō Tōkyō Rengō Kodomo o Mamoru Kai*; <http://tokyo-mamoru.jimdo.com/>) sowie *National Network of Parents to Protect Children from Radiation (Kodomotachi o Hōshanō kara Mamoru Zenkoku Nettowāku*; <http://kodomozenkoku.com>).

cherheit ein (SLATER 2011): »Today, perhaps more than any other group, they have emerged as particularly effective anti-nuke spokespersons«.

Die gegenwärtige Bewegung in Japan gegen Atomkraft und zum Schutz vor Radioaktivität ist breit und deshalb unübersichtlich und setzt sich aus vielen unterschiedlichen Gruppierungen zusammen (NOZOMU 2011):

This movement consists of innumerable voices and actions; movement of movements. Like the web, it has no ›head,‹ no center. [...] the movement is too rapid, appearing too suddenly and transforming itself too quickly.

Es sind nicht nur Atomkraftgegner, sondern auch besorgte Bürger, die sich vor verstrahlter Nahrung schützen wollen. Beide Strömungen können sich ideologisch überschneiden – Eltern kommen aus Besorgnis über Nahrungsmittelsicherheit zu einer Haltung gegen Kernenergie, und Demonstranten, die die dauerhafte Energiewende für Japan wollen, streben gleichzeitig Schutz vor Kontaminierung an – die Partizipationsformen und Ziele unterscheiden sich in beiden Fällen je nach Schwerpunkt jedoch möglicherweise. Frau A. engagiert sich vor allem für die Sicherheit von Kindern, Herr N. ist besonders bei Protestveranstaltungen gegen Atomenergienutzung aktiv. Die Väter haben sich als konkretes Ziel ebenfalls den Schutz ihrer Kinder vor radioaktiver Verstrahlung vorgenommen, äußern jedoch ebenso klar, dass sie sich den Atomausstieg für Japan wünschen und haben sich an Unterschriftenaktionen zu diesem Zweck beteiligt.

3.2 Methoden

Alle hier vorgestellten aktiven Bürger haben den starken Wunsch, dass sich etwas in Japan verändert. Vornehmliche Ziele sind die Abschaffung der Atomkraft in Japan und die Sicherheit vor radioaktiver Strahlung. Die persönlichen Ziele erstrecken sich darauf, im Bereich des ihnen jeweils möglich erscheinenden zu agieren. Frau A. und die Gruppe von Müttern um sie und die Vätergruppe im selben Bezirk legen den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf den Schutz von Kindern des Bezirks. Sie haben sich dafür entschieden, aktiv zu werden, indem sie ein Problem ausgewählt haben, das ihre Kinder betrifft und das auf die lokale Ebene begrenzt ist. Diese Eltern haben versucht, das Problem zu lösen, indem sie sich mit Petitionen an die lokalen Behörden und den Bezirksrat gewendet haben. Das jeweilige unmittelbare Anliegen der Vätergruppe und der Müttergruppe um Frau A. hatte – formal gese-

hen – Erfolg.¹⁰ Durch vorsichtige Formulierungen, die oft und gründlich überarbeitet wurden, und durch einen intensiven Vorabaustausch mit den lokalen Abgeordneten haben sie die Zustimmung des Bezirksrats erzielen können (Interview Frau A. 16.03.2012):¹¹ »Ich freue mich, dass unsere Petition bewilligt worden ist und der Bezirk sich bewegt hat. [...] Ich habe das Gefühl, dass ich etwas erreicht habe«.

Herr N. (Interview 30.03.2012) engagiert sich für den Ausstieg aus der Kernenergie in Japan: »Ich tue, was ich nur tun kann«. Er nimmt an Protestveranstaltungen und Demonstrationen teil. Diese Veranstaltungen richten sich an die japanische Regierung, zielen auf die japanweite Abschaffung der Atomkraft ab und haben damit einen ganz anderen Fokus als eine lokale Petition über Schulmittagessen oder Schulfahrten. Ein Erfolg dieses Ziels erscheint momentan (Stand 13. August 2012) unwahrscheinlich: Die japanische Regierung und die Wirtschaftsverbände unterstützen die Nutzung von Kernkraft, wohingegen die Zahlen der Demonstranten auf die gesamte Bevölkerung gerechnet immer noch gering sind. Umstritten ist, ob die Proteste auch mittel- oder langfristig anhalten können oder, wenn die Regierung diese aussitzt, einfach wieder abebben. Klar ist jedoch seit den regelmäßigen Freitagsveranstaltungen vor dem Sitz des Premierministers und spätestens seit dem Protestmarsch am 16. Juli 2012, dass die Demonstrationen mittlerweile eine neue Größenordnung erreichen. Bei diesen so genannten *Sayonara Nuclear Power Rallies* sind auch öffentlich bekannte Persönlichkeiten wie Kenzaburo Ōe oder der Schauspieler Taro Yamamoto mit dabei. Im Juli 2012 hat sich erstmals der ehemalige Premierminister Hatoyama (DPJ) auf einer Freitagsversammlung gezeigt (AS 20.07.2012). Demonstrationen finden in verschiedenen Städten Japans statt; zentraler Veranstaltungsort ist jedoch die Hauptstadt Tōkyō (SLATER 2011).

Die Art und Weise, die im Zusammenhang mit der Katastrophe stehenden Ziele in eigene Aktivitäten umzusetzen, unterscheidet sich bei Frau A. und den Vätern einerseits und Herrn N. andererseits stark. Gleichzeitig macht das deutlich, dass die heterogen zusammengesetzte Bürgerbewegung mit thematischen Schwerpunkten gegen Atomkraft und zum Schutz vor Radioaktivität mittels verschiedener konventioneller und unkonventioneller Partizipationsformen agiert und somit die teilneh-

10. Bei der Implementierung selbst können wieder andere Probleme auftreten. Das zeigt die Erfahrung von Frau A., die nach der positiven Entscheidung des Bezirksrates feststellen musste, dass die Rathausverwaltung im Begriff war, ein ihrer Meinung nach ungeeignetes Messgerät zu kaufen. Daraufhin hat sie sich wieder in die Verhandlungen eingeschaltet (Interview Frau A. 16.03.2012).
11. So erläutert einer der Väter, dass das eigentliche Ziel der Gruppe war, die Schulfahrten in die betroffene Region für den Zeitraum der mehrere Jahre währenden gründlichen Dekontaminierung komplett einstellen zu lassen. In der Petition schlagen sie dieses jedoch nicht vor, da sie eine Ablehnung befürchteten (Interview Vätergruppe 09.04. April 2012).

merstarken Demonstrationen nur eine Form sind, in der sich der Protest ausdrückt (vgl. auch KINDSTRAND 2011).¹²

4. Bessere Eigenwahrnehmung durch Partizipation?

Dieser Abschnitt überprüft, ob sich das Konzept des Prozessnutzens bei den Fallbeispielen nachvollziehen lässt, indem aus den empirischen Daten Hinweise auf Empfindungen von Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz herausgearbeitet werden.

4.1 Autonomie

Frau A., Herr N. und die Väter haben vor den Ereignissen vom 11. März 2011 kein Bedürfnis gehabt, politisch aktiv zu werden.¹³ Diese Einstellung hat sich als Reaktion auf den Umgang der Regierung und Behörden mit den Auswirkungen der Katastrophe grundlegend geändert. Zum einen befürchten sie langfristige gesundheitliche Beeinträchtigungen durch die Folgen des Reaktorunfalls. Einer der Väter sagt (Interview Vätergruppe 09.04.2012):

12. ALDRICH (2012a) erkennt vor allem drei verwendete Partizipationskanäle: Grosskundgebungen (*mass rallies*), öffentliche Anfechtung (*open challenges*) und Bürgerwissenschaft (*citizen science*). Grosskundgebungen stehen dabei für die zahlenstarken Demonstrationen, öffentliche Anfechtung für den Unmut, den Bürger mittlerweile gegenüber der Regierung und Bürokraten klar äußern, und Bürgerwissenschaft bezieht sich insbesondere auf solche Gruppen, die eigene Messungen von Radioaktivität vornehmen und ihre Messergebnisse, vor allem über das Internet, öffentlich zur Verfügung stellen. Darüber hinaus kann aber auch die Methode, durch Petitionen lokale Erfolge anzustreben, mit einbezogen werden. Weiterhin sind Unterschriftensammlungen zur Erzielung von Volksentscheiden und Gerichtsverfahren gegen die Betreiber von Atomkraftwerken (JT 18.03.2012) als gewählte Partizipationsstrategien zu nennen. Beispielsweise sollte ein Volksentscheid über den Ausstieg aus der Atomkraft in Tōkyō erreicht werden. Der Stadtrat der Präfektur Tōkyō hatte den Antrag dazu, der von 320.000 Bürgern, weit mehr als der notwendigen Prozentzahl der Bevölkerung, dazu eingereicht worden war, abgelehnt (YS 20.06.2012). An die Stadt Ōsaka ist eine ähnliche Unterschriftenaktion gerichtet worden, die Bürgermeister Hashimoto jedoch abgelehnt hat, mit der Begründung, dass er selbst gegen Atomkraft und ein solcher Entscheid somit unnötig sei (TS 11.05.2012). Die Bewegung um den Literaturnobelpreisträger Kenzaburo Ōe hat die Kampagne »10 Million People's Action to Say Goodbye to Nuclear Power Plant« gestartet: 10 Millionen Unterschriften sollen gesammelt und mit einer Petition bei Ministerpräsident Noda und beiden Parlamentshäusern eingereicht werden. Im Februar 2012 waren bislang vier Millionen Unterschriften zusammengekommen (JT 11.02.2012).
13. Allerdings hatte Herr N. schon in seiner Jugend an Protestveranstaltungen gegen den Sicherheitspakt mit den USA teilgenommen (Interview Herr N. 30.03.2012).

Mein Kind wird dieses Jahr elf Jahre alt. Und die Sache mit der Radioaktivität, das müssen wir dauerhaft bedenken, von jetzt ab in fünf Jahren, zehn Jahren, fünfzehn Jahren, zwanzig Jahren. Müssen wir von nun an nicht dauerhaft aufpassen, wie wir unsere Kinder aus einer verstrahlten Umwelt fernhalten?

Zum anderen hat sich Misstrauen gegenüber den Vorgehensweisen von Regierung, lokalen Behörden und Massenmedien entwickelt. Der Eindruck, dass diese Institutionen nicht ausreichend für den Schutz der Bevölkerung sorgen und Tatsachen zurückhalten, hat Eigeninitiativen ausgelöst. Herr N. (Interview 30.03.2012) meint:

Damals habe ich die ganze Zeit die Nachrichten verfolgt, aber sie haben nur Lügen von sich gegeben, die Massenmedien und die Regierung [...] [und] so eine verantwortungslose Vorgehensweise haben sie die ganze Zeit fortgesetzt. [...] Vor allem, seit es die Regierung unter Noda ist, kann ich ihr nicht mehr vertrauen. [...] Warum das so ist [...] – sie verbergen Tatsachen wie das SPEEDI-Problem, sie sagen, es ist sicher, wenn es gefährlich ist, und sie verstecken Daten. [...] Wenn ich mir ihre Vorgehensweise angucke – das ist doch so, als ob sie quasi die Leute umbringen .

Einer der Väter erläutert, wie er aktiv geworden ist (Interview Vätergruppe 09.04.2012):

Der Bezirk hat nichts getan. [...] Da bin ich ein bisschen misstrauisch geworden [...] und ich habe daran gedacht, den lokalen Bezirksrat zu treffen. Ich wollte fragen, warum [der Bezirk] keine Messungen vornimmt.

Der Vater ergriff die Initiative und rief bei dem Bezirksrat an. Die dann folgende Unterhaltung war der Auslöser für alle weiteren Aktivitäten, die die Väter unternommen haben. Von solchen Ausgangspunkten aus konnte sich die Einstellung gegenüber der Idee, sich selbst an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, verändern. Sie wollten nicht nur abhängig sein von Entscheidungsträgern, denen sie nicht mehr vertrauten. So hat Frau A. (Interview 16.03.2012) ab einem bestimmten Punkt über die persönliche und lokale Perspektive hinaus weiter gedacht:

Ich habe ein starkes Gefühl des Misstrauens gegenüber der Regierung. Dabei habe ich einen Punkt erreicht, an dem ich dachte, ich muss dieses Land verändern, durch meine Eigeninitiative.

Sowohl für Frau A. und ihre Mitstreiterinnen als auch für die kleine Vätergruppe hat sich durch die gewählte Methode der Beteiligung eine neue Welt aufgetan, in der sie sich bei vielen Bezirksräten persönlich bekanntmachen und ihr Anliegen formell auf Sitzungen im Rathaus vortragen. Sie nehmen nun als Zuhörer an Bezirksratssitzungen teil, um besser wahrzunehmen, wer wie auf Fragen antwortet und wie der Stadtbezirk reagiert. Einer der Väter beschreibt, wie sie sich selbst dabei verändert haben (Interview Vätergruppe 09.04.2012):

Bislang haben wir uns nicht darum gekümmert, absolut nicht. Es war okay für uns, davon nichts mitzukriegen. Aber jetzt geht es nicht anders, wir müssen es sehen. Das ist der Unterschied. Vorher hatte das, worüber die lokalen Bezirksräte gesprochen haben, überhaupt nichts mit unserem Leben zu tun – das war eine andere Welt. Aber seitdem wir das hier angefangen haben, hängt [unser Anliegen] damit zusammen, was sie im Ausschuss sagen. Wer zustimmt, oder was abgelehnt wird, wenn wir das nicht erfassen, dann greift die Rede beim nächsten Schritt nicht ineinander.

Das heißt, sie nehmen die Situation so wahr, dass sie selbst weiterhin bei diesem Prozess aktiv bleiben müssen. Sie fühlen sich persönlich verantwortlich. Ein Vater sagt (Interview Vätergruppe 09.04.2012):

Die Japaner haben bislang alles der Regierung überlassen und sich nur beschwert. Aber seit dem Erdbeben ist die Zahl der Leute, die das als eigenes Problem auf sich nehmen und darüber nachdenken, sehr deutlich angestiegen.

Einher mit diesem Verantwortungsgefühl geht der Wille, an Entscheidungsprozessen teilhaben zu können und gehört zu werden. Autonomie bedeutet beim Konzept des Prozessnutzens nicht, dass das Ergebnis des Prozesses ein Erfolg für die Beteiligten sein muss. Es geht vielmehr um den Eindruck der eigenen Unabhängigkeit und um die Gelegenheit, an Entscheidungsprozessen beteiligt zu sein. Autonomieempfindungen können sich einstellen, wenn man das Gefühl hat, dass die eigenen Willensäußerungen im Partizipationsprozess wahrgenommen werden.

Frau A., Herr N. und die Väter handeln autonom, indem sie sich aus eigener Initiative heraus dafür entscheiden, sich am politischen Prozess zu beteiligen und die Methoden, mit denen sie teilnehmen möchten, im institutionellen Rahmen legal vorgesehener Mittel auswählen. Im Gegensatz zu Herrn N. brechen Frau A. und die Väter ihre Ziele auf die unmittelbare lokale Umgebung herunter und passen ihr

Vorhaben auf die Adressaten im Bezirksrat zugeschnitten an, indem sie vorsichtige Formulierungen wählen. Für Herrn N. (Interview 30.03.2012), der vor allem an Protestveranstaltungen teilnimmt, geht es auch darum, damit seine Unabhängigkeit auszudrücken:

Ich kann Petitionen nicht ausstehen. Besonders solche an die Regierung. [...] Petitionen, das heißt doch, [...] um etwas bitten. Wir sind nicht in der Position, dass wir bitten sollten. Bei uns, den Bürgern, liegt doch eigentlich die Regierung.

Wie weit sich allerdings der subjektive Eindruck von Autonomie erstreckt, bleibt fraglich. Der Anlass zum eigenen Handeln generiert sich aus einem Gefühl der Ohnmacht, wenn den bisherigen Entscheidungsträgern misstraut wird. Allein dadurch, dass die Bürger Eigeninitiativen ergreifen, löst sich dieses Problem nicht auf. Im Gegenteil entsteht Raum für neue Frustrationen, wenn sich das Gefühl einstellt, dass die eigenen Aktionen nicht ausreichend wahrgenommen werden und damit auch keine Chance erhalten, Veränderungen zu bewirken. Ein Mangel an Reaktionen der Adressaten auf das Engagement oder das Herunterspielen der Aktivitäten schmälert die eigene Autonomie und Einflusskraft. Diese Tendenzen zeigen sich, wenn etwa in den staatlichen Fernsehnachrichten nur ganz am Rande oder gar nicht über Massendemonstrationen berichtet wird oder die von der Polizei geschätzte Zahl der Teilnehmer um mehrere Zehntausende geringer als die von Veranstaltern veranschlagte Zahl ausfällt (vgl. Fußnote 1). Unterschriftenaktionen mit Hunderttausenden Unterschriften konnten bisher keinen Volksentscheid über einen Atomausstieg herbeiführen (vgl. Fußnote 12). Die erste erkennbare Reaktion von Premierminister Noda war seine angebliche Aussage, dass die Demonstranten vor seinem Amtssitz »laute Geräusche« (*ōkina oto*) machten (AS 10.07.2012). Viele Aktivisten fühlen sich von der Regierung ignoriert (Gespräche bei teilnehmenden Beobachtungen; vgl. auch AS 19.07.2012). Frau A. (Interview 16.03.2012) erklärt, wie groß die Aufgabe für Bürger, den Atomausstieg anzugehen, aus ihrer Sicht ist:

Der Staat hat einen Pro-Atomkraft-Standpunkt. Und deshalb ist es für uns Mütter eine zu gigantische Sache, das zu stoppen. Da gibt es die Industrie ... und das in Bewegung zu bringen, das ist wirklich schwierig. In einem anderen Sinn ist es beängstigend. Da ist unheimlich viel Macht und unheimlich viel Geld drin verwickelt. Es ist wirklich schwierig. Deshalb können wir in Japan nicht einfach so wie in Italien oder so, mit einem Volksentscheid entscheiden, dass wir Atomkraft nicht mehr verwenden. Es ist unglaublich schwierig.

Hier zeigt sich eine Diskrepanz zwischen Aktionen, die sich – wie im Fall von Herrn N. – landesweit auf die Energiewende richten, und solchen, die lokal eng begrenzte Probleme in Angriff nehmen. Die Fälle von Frau A. und der Vätergruppe verdeutlichen, dass einerseits die gewählte Methode eine Reaktion des Bezirksrats erforderlich machte, andererseits aber auch die Tätigkeiten dieser Bürger durch die möglichst kontinuierliche Präsenz bei Rathaussitzungen und durch die umsichtige Vorgehensweise sowie durch die räumliche Einschränkung sehr klar wahrgenommen wurden und eben auch Erfolg hatten. Frau A. berichtet, dass sie nunmehr Versammlungen mit dem für die Messungen zuständigen Abteilungsleiter im Rathaus haben und sich dort austauschen können (Interview Frau A. 16.03.2012): »Ich denke, dass es eine sehr konstruktive, eine sehr gute Situation ist«. Die Väter meinen, dass es viel einfacher sei, auf Bezirkslevel etwas zu verändern, als auf der Ebene des ganzen Staates, und dass trotzdem Schwierigkeiten bestehen, sich als Bürger durchzusetzen (Interview Vätergruppe 09.04.2012):

Was die Politik anbelangt, und was die starken Unternehmen anbelangt, sie haben erworbene Rechte, [...] und auch in diesem Bezirk ist ein Machtsystem da, und wenn die Bürger das nicht zerbrechen, kann man ihr Schloss nicht einreißen.

Allerdings waren die eingereichten Petitionen vorsichtig formulierte Kompromissvorschläge und damit zum Beispiel im Fall der Väter, die eigentlich lieber einen ganz anderen Ort für die Schulfahrten vorgeschlagen hätten, als bloß genauere Kontrollen am bisherigen, nun gefährdeten Schullandheim anzumahnen, von den Ausgangszielen etwas entfernt. Dass es als notwendig erschien, von vornherein eine Petition einzureichen, die weniger Veränderungen als eigentlich gewollt anvisierte, kann auch als Verlust an Unabhängigkeit gelten.

Auf der nationalen Ebene wiederum rufen gerade die teilnehmerstarken Demonstrationen seit der Wiederanschaltung der Reaktoren in Öi inzwischen stärkere Medienreaktionen hervor. Auch Premierminister Noda hat im Zuge der großen Demonstration am 16. Juli 2012 seine Aufmerksamkeit für die Debatte um Atomkraft hervorgehoben (JT 25.07.2012). Es wird sich zeigen, ob die Regierung die Proteste gegen Atomkraft weiterhin möglichst ignorieren kann. Die Entwicklung im Sommer 2012 könnte zumindest ein Hinweis darauf sein, dass die Stimme der bislang unermüdlichen Demonstranten zukünftig ein stärkeres Echo hervorruft. Dies könnte sich wiederum – unabhängig vom inhaltlichen Ausgang – positiv auf das Autonomieempfinden der engagierten Bürger auswirken.

4.2 Verbundenheit

Alle Interviewpartner empfinden die gegenwärtige Lage in Japan als sehr ernst und äußern sich unzufrieden. Herr N. beispielsweise drückt seine starke Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik aus. Durch die intensive Beschäftigung mit den Auswirkungen der Katastrophe zeigt sich ihm die Lage als trostlos. Eine positive Seite kann er der Situation und seiner neu eingenommenen Rolle darin aber doch ausdrücklich abgewinnen (Interview Herr N. 30.03.2012):

Dass ich viele Leute kennenlernen kann, mit ihnen reden kann, dass die ganze Sache sich so erweitert, das freut mich. [...] Ich fühle Sympathie, wenn wir alle bei Demonstrationen zusammen sind und die Richtung der Politik verändern wollen [...], und es bewegt mich, wenn ich denke, ach, solche Leute sind auch hier mit uns zusammen!

Die Väter heben ebenfalls hervor, dass es gut tut, viele Gleichgesinnte kennenzulernen. Die vielen neuen Kontakte, die im Zuge der Aktivitäten entstehen, werden als interessant wahrgenommen. Frau A. wiederum ist froh, dass andere Eltern durch ihre Tätigkeit auf die Problematik aufmerksam geworden sind und sich nun auch für das Thema interessieren. Ihre Gruppe hat sich in einem Tōkyō-weiten Netzwerk mit anderen ähnlich orientierten Gruppen zusammengeschlossen. Zwischen ihrer Müttergruppe und den Vätern besteht zudem ein reger Austausch von Informationen und Unterstützung. Die Beratung von Frau A. hat es den Vätern erleichtert, die Petition zu entwerfen und Kontakte zu lokalen Abgeordneten zu knüpfen. Sie standen mit ihrem Anliegen nicht alleine da. Dies gilt für die Bewegung insgesamt: Indem die aktiven Bürger Gleichgesinnte kennenlernen, die schon aktiv sind oder es werden wollen, kann Verbundenheit empfunden werden.

4.3 Kompetenz

Das Reaktorunglück von Fukushima hat viele Menschen in Japan zum ersten Mal mit Fachvokabular zu radioaktiver Strahlung und wissenschaftlichen Fakten dazu in Berührung gebracht. Das ist auch der Fall bei den vorgestellten Bürgern: »Von Sievert und Becquerel habe ich zum ersten Mal gehört« sagt ein Vater (Interview Vätergruppe 09.04.2012). »Ich muss mir Wissen aneignen, darüber, was Atomkraft ist, was ein Atomkraftwerk ist, was radioaktive Strahlung ist«, meint Herr N. (Interview 30.03.2012). Und Frau A. (Interview 16.03.2012) zeigt Verständnis dafür, dass

auch die Sachbearbeiter im Bezirksrathaus noch wenig Wissen über Messgeräte und Verstrahlung mitbringen: »Dieses Problem mit der radioaktiven Strahlung, das ist für uns alle ein neues Problem. Ein Problem, das wir nicht vorausgesehen hatten«.

Wissen über das Unglück in Fukushima, die Reaktionen der japanischen Regierung und die Situation seither war wichtige Voraussetzung für die Tätigkeiten von Frau A., Herrn N. und den Vätern. Dass sie sich aus einem Gefühl von Misstrauen und der Notwendigkeit heraus, informiert zu sein, mit den Ereignissen vertraut gemacht haben, trug dazu bei, sich für eine eigene Initiative zu entscheiden. Gleichzeitig war es Vorbedingung für kontinuierliche Willensbekundungen in fortlaufenden Entscheidungsprozessen.

Frau A. hat Informationen von verschiedenen Quellen im Internet gesammelt und ausgewertet. Die Vätergruppe zeigt beim Interview einen dicken Aktenordner mit Datenmaterial, das sie als Grundlage für ihre Petition zusammengetragen hat. Sie erzählen, dass sie selbst zum Schullandheim gefahren sind und dort eigene Messungen vorgenommen haben (Interview Vätergruppe 09.04.2012): »Es ist doch etwas anderes, wenn man selbst hinfährt und die Tatsachen direkt mit eigenen Augen überprüft, das ist sehr wichtig, denke ich«. Einer dieser Väter gibt das Wissen weiter und informiert betroffene Eltern auf Informationsveranstaltungen über die Strahlung am Schullandheim. Herr N. wiederum trifft sich mit einer Studiengruppe, mit der er regelmäßig über die Situation diskutiert und Wissen austauscht, und auch im Gespräch mit der Autorin referiert er seine Sachkenntnisse.

Frau A., Herr N. und die Väter haben sich jedoch nicht nur umfassend über die Auswirkungen von Radioaktivität und die Lage in Japan nach dem 11. März 2011 informiert, sondern auch Erfahrungen und Kenntnisse über Abläufe im politischen Prozess gesammelt.¹⁴ Im Fall der besorgten Elterngruppen heißt das beispielsweise, dass in Zusammenarbeit untereinander sowie mit sympathisierenden Bezirksräten intensiv an der Formulierung der Petitionen gearbeitet wurde, um die Zustimmung des zuständigen Ausschusses zu erhalten. Darüber hinaus bedeutet es, dass ein Netzwerk an Kontakten aufgebaut wurde, um vor den entscheidenden Ausschusssitzungen bereits mit allen betreffenden lokalen Abgeordneten zu sprechen und etwaige Vorbehalte möglichst ausräumen zu können. Es geht jedoch nicht nur um die Vernetzung mit Abgeordneten, sondern auch mit gleichgesinnten Mitgliedern anderer Gruppen von Bürgern, wie beispielsweise die Gruppe um Frau A. in dem Tōkyō-weiten Netzwerk von engagierten Eltern. Herr N. wiederum zeigt der Autorin umfangreiche Listen von Kontaktpersonen, macht auf Blogs und Internetseiten

14. Dabei können auch durch das Berufsleben bereits vorhandene Fertigkeiten und Fähigkeiten hilfreich sein.

aufmerksam, über die er Informationen zu Veranstaltungen erhält. Durch solche Kanäle – vor allem über Facebook und Twitter – vernetzen sich die Aktivist:innen wirksam. Auf diese Weise erreichen auch Informationen über Protestveranstaltungen viele potentielle Teilnehmer.

4.4 Prozessnutzen

Die Fallbeispiele haben gezeigt, dass die Bürger, die sich in der gegenwärtigen Bewegung gegen Atomkraft und zum Schutz vor Radioaktivität neu engagieren, sich grundsätzlich in einer ungewohnten Umgebung bewegen¹⁵, sich Wissen und Fertigkeiten für die Teilnahme im politischen Prozess aneignen, und, indem sie auf verschiedene Weise ihren politischen Willen zu Gehör bringen, mit Gleichgesinnten zusammenarbeiten und immer mehr Mitstreiter kennenlernen. Das Konzept des Prozessnutzens mit den relevanten Kategorien Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz lässt sich bei den empirischen Beispielen der Mikroebene nachvollziehen und verdeutlicht gleichzeitig, dass differenziert werden muss: Die hier vorgestellten Beispiele zeigen, dass Empfindungen von Kompetenz und Verbundenheit deutlich erfahren und psychologische Bedürfnisse damit erfüllt werden: die erst seit kurzem aktiven Bürger gewinnen Prozessnutzen aus dem politischen Engagement. Sie gehen aus eigener Entscheidung vor und handeln selbständig – insofern wird auch dem Bedürfnis nach Autonomie Rechnung getragen. Inwieweit sich die betroffenen Bürger aber als autonom Partizipierende an Entscheidungsprozessen empfinden, beziehungsweise wie weit sie sich von den Entscheidungsträgern in Regierung und Verwaltung als autonom Beteiligte wahrgenommen fühlen, hängt auch davon ab, ob es sich um ein räumlich und thematisch eng begrenztes Ziel handelt, oder ob es um ein Projekt wie den Atomausstieg auf nationaler Ebene geht. Die Empfindungen von Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz werden also nicht gleichermaßen erfüllt.

5. Fazit

Ausgangspunkt dieses Beitrags war die Frage, wie sich politische Aktivitäten auf die Selbstwahrnehmung von Partizipierenden auswirken, die sich im Anschluss an die Dreifach-Katastrophe vom März 2011 in Japan innerhalb der Bewegung gegen

15. Herr N. (Interview 30.03.2012) knüpft dagegen an frühere bewegte Zeiten an.

Atomkraft und zum Schutz vor Radioaktivität engagieren. Das Konzept des Prozessnutzens lässt als möglich erscheinen, dass das politische Engagement – unabhängig von seinem inhaltlichen Ergebnis – durch ein gesteigertes Empfinden von Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz positive Rückwirkungen für die aktiven Personen selbst mit sich bringt. Der Beitrag hat anhand von drei Fallbeispielen die Anwendbarkeit dieses Konzeptes empirisch überprüft. In der Tat ließen sich aus den Daten Argumente herausarbeiten, die dafür sprechen, dass den Aktivisten Prozessnutzen entsteht. Gleichzeitig muss zwischen verschiedenen Kategorien differenziert werden: Bei den ausgewählten Fällen ließ sich feststellen, dass aus dem hohen Grad an Kenntnissen und Erfahrungen, die erworben werden, sowie aus der positiv hervorgehobenen Knüpfung von Kontakten Eindrücke von Kompetenz und Verbundenheit zur Selbstwahrnehmung beitragen. Bei der eigenständigen Vorgehensweise der Aktivisten ist Autonomie ebenfalls eine relevante Kategorie, allerdings schwächer ausgeprägt, wenn es darum geht, ob die aktiv gewordenen Bürger sich von den Adressaten ihrer Aktionen – Zentral- und Lokalregierungen – auch als autonome Akteure wahrgenommen fühlen. Ergebnisse aus der Empirie weisen darauf hin, dass dies im Fall von Lokalregierungen eher, und im Fall der Zentralregierung bislang weniger der Fall war. Das Autonomieempfinden wird Einfluss auf die Kontinuität der gegenwärtigen Bewegung in Japan haben: Dann stellt sich die Frage, ob Empfindungen von Verbundenheit, Kompetenz und Autonomie bei den Aktivisten andauern oder sich sogar verstärken – oder ob sie vielmehr bei längerfristigem Engagement Frust und Enttäuschung Platz einräumen und sich dann unabhängig vom Ergebnis der politischen Entscheidungsprozesse kein Prozessnutzen einstellen kann.

Literatur

- ALDRICH, DANIEL (2012a), *Fukushima One Year Later*, Interview, <http://www.nbr.org/research/activity.aspx?id=219> (Zugriff am: 07.03.2012).
- ALDRICH, DANIEL (2012b), *Post-Crisis Japanese Nuclear Policy: From Top-Down Directives to Bottom-Up Activism*, AsiaPacific Issues: Analysis from the East-West Center, No. 103, Honolulu: The East-West-Center.
- ALDRICH, DANIEL (2012c), »Networks of Power: Institutions and Local Residents in Post-Tōhoku Japan«, in: JEFF KINGSTON (Hg.), *Natural Disaster and Nuclear Crisis in Japan: Response and Recovery after Japan's 3/11*, London: Routledge, S. 127–139.
- AS (ASAHI SHINBUN) (10.07.2012), »Shushō ›Ōkina Oto‹ Kioku ni nai Saikadō Kōgi Kōdō meguri Tōben« [Der Premierminister erinnert sich nicht an »laute Geräusche«: Seine Antwort zu den Protestaktionen gegen die Wiederinbetriebnahme].

- AS (*ASAHI SHINBUN*) (19.07.2012), »Anti-Nuclear Protests Show Japan Is Becoming an Ordinary Nation, Scholar Says«.
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (20.07.2012), »Kantei mae Kōgi Kōdō ni Hatoyama-shi Sanka ›Saikadō yameru beki da« [Herr Hatoyama nimmt an den Protestaktionen vor dem Amtssitz des Premierministers teil: ›Man sollte mit der Wiederinbetriebnahme aufhören‹].
- DORN, DAVID, JUSTINA A. V. FISCHER, GEBHARD KIRCHGÄSSNER und ALFONSO SOUSA-POZA (2008), »Direct Democracy and Life Satisfaction Revisited: New Evidence for Switzerland«, in: *Journal of Happiness Studies*, 9 (2): 227–255.
- FLAVIN, PATRICK und MICHAEL J. KEANE (2012), »Life Satisfaction and Political Participation: Evidence from the United States«, in: *Journal of Happiness Studies*, 13 (1): 63–78.
- FREY, BRUNO S., MATTHIAS BENZ und ALOIS STUTZER (2004), »Introducing Procedural Utility: Not Only What, but Also How Matters« in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, 160 (3): 377–401.
- FREY, BRUNO S. und ALOIS STUTZER (2005), »Beyond Outcomes: Measuring Procedural Utility«, in: *Oxford Economic Papers*, 57 (1): 90–111.
- GEISSEL, BRIGITTE und VIRGINIA PENROSE (2003), *Dynamik in der politischen Partizipation und Partizipationsforschung: Politische Partizipation von Frauen und Männern*, Gender... Politik...online: Gender in den Sozialwissenschaften, http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/geissel_penrose/geissel_penrose.pdf (Zugriff am: 22.05.2012).
- GOODWIN, ROBIN, MASAHITO TAKAHASHI, SHAOJING SUN und STANLEY O. GAINES (2012), »Modelling Psychological Responses to the Great East Japan Earthquake and Nuclear Incident« in: *PLoS One*, 7 (5): e37690.
- HASEGAWA, KOICHI (2012), *Gemeinschaft und Vertrauensbeziehungen im Wandel*, Unveröffentlichter Vortrag am 08.05.2012 beim Deutsch-Japanischen Symposium »Gesellschaften im Umbruch«, Tōkyō: Japan Foundation, JFIC Sakura Hall.
- JT (*JAPAN TIMES*) (16.10.2011), »Occupy Where? Kasumigaseki?«.
- JT (*JAPAN TIMES*) (11.02.2012), »Nationwide Antinuke Rallies Planned«.
- JT (*JAPAN TIMES*) (18.03.2012), »Time for Antinuclear Protests«.
- JT (*JAPAN TIMES*) (25.07.2012), »Young and Old Rally as Nuclear Fear Galvanizes a Usually Sedate Nation«.
- KAASE, MAX (1995), »Partizipation«, in: DIETER NOHLEN (Hg.), *Wörterbuch Staat und Politik*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 521–527.
- KAWATO, YŪKO, ROBERT PEKKANEN und YUTAKA TSUJINAKA (2012), »Civil Society and the Triple Disasters: Revealed Strengths and Weaknesses«, in: JEFF KINGSTON (Hg.), *Natural Disaster and Nuclear Crisis in Japan: Response and Recovery after Japan's 3/11*, London: Routledge, S. 78–93.

- KERSTING, NORBERT (2008), »Innovative Partizipation: Legitimation, Machtkontrolle und Transormation – eine Einführung« in: NORBERT KERSTING (Hg.), *Politische Beteiligung: Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–39.
- KINDSTRAND, LOVE (2011), »The Politicization of Precarity: Anti-Nuke Protests in Japan since the Great Tohoku Earthquake«, in: *Hot Spots: 3.11 Politics in Disaster Japan*, <http://culaneth.org/?q=node/421> (Zugriff am: 27.02.2012).
- KLEIN, AXEL (2011), »Fukushima und die Hoffnung auf mehr politische Partizipation in Japan: Die Katastrophe enthält auch eine Chance«, in: *Die politische Meinung*, 56 (497): 46–49.
- LEBLANC, ROBIN M. (2008), »The Potential and Limits of Antiparty Electoral Movements in Local Politics«, in: SHERRY L. MARTIN und GILL STEEL (Hg.), *Democratic Reform in Japan: Assessing the Impact*, London: Lynn Rienner Publishers, S. 175–192.
- LOFLAND, JOHN (1996), *Social Movement Organizations: Guide to Research on Insurgent Realities*, New York: Aldine de Gruyter.
- NOZOMU, SHIBUYA (2011), »A Movement of the People vs. Elite Panic«, in: *Hot Spots: 3.11 Politics in Disaster Japan*, <http://culaneth.org/?q=node/419> (Zugriff am: 27.02.2012).
- SLATER, DAVID H. (2011), »Fukushima Women against Nuclear Power: Finding a Voice from Tohoku«, in: *The Asia-Pacific Journal: Japan Focus*, No. 117, <http://www.japanfocus.org/events/view/117> (Zugriff am: 27.02.2012).
- SLATER, DAVID H., KEIKO NISHIMURA und LOVE KINDSTRAND (2012), »Social Media in Disaster Japan«, in: JEFF KINGSTON (Hg.), *Natural Disaster and Nuclear Crisis in Japan: Response and Recovery after Japan's 3/11*, London: Routledge. S. 94–108.
- STUTZER, ALOIS und BRUNO S. FREY (2006), »Political Participation and Procedural Utility: An Empirical Study«, in: *European Journal of Political Research*, 45 (3): 391–418.
- TS (*TÖKYŌ SHINBUN*) (11.05.2012), »Genpatsu Tōmin Tōhyō motome: 32-mannin Shōmei Teishutsu« [Für eine Volksabstimmung über Kernenergie: Einreichen von 320.000 Unterschriften].
- UCHIDA, YUKIKO, YOSHIKI TAKAHASHI und KENTARŌ KAWAHARA (2011), *Higashi Nihon Daishinsai Chokugo no Jakunensō no Seikatsu Kōdō oyobi Kōfukudo ni tai suru Eikyō* [Einfluss des Tōhoku-Erdbebens auf das Verhalten und den Zufriedenheitsgrad von jungen Leuten], New ESRI Working Paper, No. 24, Tōkyō: Economic and Social Research Institute (ESRI).
- VEENHOVEN, RUUT (1988), »The Utility of Happiness« in: *Social Indicators Research*, 20 (4): 333–354.
- WEITZ-SHAPIRO, REBECCA und MATTHEW S. WINTERS (2008), *Political Participation and Quality of Life*, IADB Research Department Working Paper, No. 638, Washington: Inter-American Development Bank (IADB).

YS (*YOMIURI SHINBUN*) (20.06.2012), »Togikai, Genpatsu Kadō no zehi tou Jūmin Tōhyō Jōreian Hiketsu« [Der Stadtrat von Tōkyō lehnt den Verordnungsvorschlag über einen Volksentscheid ab, der das Für und Wider des Betriebs von Atomkraftwerken in Frage stellt].

Vor und nach »Fukushima«: Dynamiken sozialer Protestbewegungen in Japan seit der Jahrtausendwende

Before and After »Fukushima«: Dynamics of Social Protest Movements in Japan since the Turn of the Century

Katrin Gengenbach und Maria Trunk

The triple catastrophe on March 11, 2011 was followed by the global Occupy movement; together, both phenomena seem to have made a significant change in Japanese civil society. Citizens of all social strata took part in mass protest and other activities on an unprecedented scale. Nonetheless, the new dynamics are not entirely new due to the experience of a tragic disaster. The change was already underway since the late 1990s, due to global transformations of work cycles and everyday lives, as well as newly formed social and political movements which have gradually become transnationally connected. Furthermore, this includes the formation, empowerment, and connectivity of a newly emerging civil society. In retrospect, the new movements consisting of NGOs, activists and academics were already active since the infamous Battle of Seattle in 1999, and this article shall give a reevaluation of the coalitions, networks and movements as well as an overview of newer forms of action and protest. In relation to new and alternative life and work cycles and styles, these protest movements play an important role as a transnational movement and simultaneously can give a practical example for the transformation of social predicaments. This article will present actors, topics, networks, and movements and indicates how and to which degree today's »post-3/11« protest movements have already begun to emerge as a social and alternative movement in Japan.

1. Einleitung

Seit der atomaren Katastrophe von Fukushima schließen sich japanische Bürger aller Schichten und Vertreter diverser Forderungen erstmals wieder andauernden landesweiten Massenprotesten und vielfältigen Protestaktionen an. Der Slogan *Demo iko! Koe o agereba, Sekai ga kawaru – Machi o arukeba, Shakai ga mieru* (Macht Demo! Wenn wir die Stimme erheben, ändern wir die Gesellschaft – Wenn wir in der Stadt herumlaufen, können wir die Gesellschaft sehen), der von neuen medialen und sozialen Netzwerken wie TWITNONUKES (2011) bereits als Handbuch zum Demonstrieren herausgegeben wurde, steht stellvertretend dafür, dass nicht nur gegen Atomkraftwerke demonstriert wird, sondern dass auch generell die demokratische Öffentlichkeit für die Bürger zurückerobert werden soll (GONOI 2012; SHIRAKAWA 2012). Das Ereignis »Fukushima« bildete den Auslöser für die lautstarke Empörung über die in den letzten zehn Jahren immer drastischer werdenden gesellschaftlichen Veränderungen. Fukushima steht damit für einen Wandel in der japanischen Zivilgesellschaft, welcher die Bemühungen verschiedener sozialer Bewegungen in Japan und ihre Aktionen kulminieren ließ.

Aber die neu entstandenen Dynamiken sind nicht einfach aus dem Nichts bzw. erst nach dem Erleben einer großen Katastrophe entstanden. In Japan haben sich, bereits seit dem Platzen der Bubble Ende der 1980er Jahre und der darauf folgenden »verlorenen« Dekade, durch globale Transformationsprozesse von Arbeits- und Lebensrealitäten sowohl ein Wandel hinsichtlich der Formationen und Formen sozialer Bewegungen sowie eine Stärkung und Ausweitung zivilgesellschaftlicher Strukturen und Institutionen vollzogen (vgl. CHAN 2008). So können die Demonstrationen gegen den G8-Gipfel 2008 auf Hokkaidō als eine Art Generalprobe für die NGOs und Initiativen gelten, die seit Jahren Netzwerke geschaffen und Diskussionsprozesse in Gang gebracht haben, auch wenn es erst einmal darum ging, eine Öffentlichkeit für die Proteste zu schaffen. Deren Existenz, aber auch deren langjährige Organisation und Potential werden nun sichtbar.

Im Folgenden untersuchen wir, inwieweit die Akteure der (Protest-)Bewegungen nach 3.11 auf frühere Erfahrungen und Aktionen seit Mitte der 2000er Jahre zurückgreifen. Wer sind diese Akteure und wie konstituieren sie sich als eine lose verbundene Bewegung der Bürger für politische Emanzipation und Teilhabe im weiteren Sinne? Kann man seit Fukushima von einer längerfristigen sozialen Bewegung sprechen?

Nach einer einleitenden Betrachtung der Begriffe »Protest« und »soziale Bewegung« sowie neuer Formen des Protests werden wir zunächst den gesellschaftlichen Wandel, die sich daraus ergebenden Problemstellungen und die Formen von Pro-

testbewegungen im Japan seit Ende der 1990er Jahre darstellen. Wir argumentieren, dass sich die Protestbewegungen in Japan von vielen *single issue*-Bewegungen hin zu einer pluralistischen, multithematischen, dezentralen und transnational vernetzten Bewegung entwickelt haben. Diese Entwicklungen zeigen wir am Beispiel der globalisierungskritischen Protestbewegung zum G8-Gipfel 2008 konkret auf. Hier wird deutlich, dass diese Merkmale von Protest und Aktionsformen in Japan bereits vor den Anti-Atomkraft-Protesten nach der Dreifach-Katastrophe 2011 sichtbar und die Bewegung gut vernetzt waren. Zum Abschluss soll der transnationale Zusammenhang und die Solidarisierung mit der Occupy-Bewegung skizziert und ein Ausblick auf die Themen und Forderungen der Gruppen und Aktionen nach 3.11 gegeben werden. Die Analyse soll zeigen, dass sich in Japan bereits seit einem Jahrzehnt Netzwerke und Protestformen herausgebildet haben, auf welche die »Post-3.11«-Bewegungen zurückgreifen und sich zu einer sozialen Bewegung weiterentwickeln können.

2. Protest und soziale Bewegungen

Öffentlich sichtbarer und kollektiver Protest (*teikō*) erfordert ein hohes Maß an Unzufriedenheit der Protestierenden sowie Ressourcen, Organisationen, meist strategische Entscheidungen, und Mobilisierung. Protestaktionen kommen oft ohne Ankündigungen in sozialen Foren, Vorbereitungstreffen und spezialisiertes Personal nicht aus. Zudem geraten die Protestierenden, wie man auch an der Kritik an der Occupy-Bewegung gesehen hat, nach den ersten Aktionen schnell in Zugzwang. Ihr Problem muss von der Öffentlichkeit und Entscheidungsträgern als dringlich, ihre Kritik als gerechtfertigt und ihre Lösungen beziehungsweise Alternativen als realitätsnah und umsetzbar erscheinen (RUCHT 2001: 9). Bloße Formeln wie »Eine andere Welt ist möglich« (*mō hitotsu sekai wa kanō da*) reichten scheinbar nicht aus, auch wenn sie seit Occupy Wall Street 2011 (Occupy) wieder gerne zitiert werden (ANOTHER NYC 15.05.2012). Protestierende müssen also nie nur »gegen« etwas, sondern gleichzeitig auch »für« etwas sein, um Aufmerksamkeit zu erhalten, ernst genommen zu werden und letztendlich Wandel zu erreichen (RUCHT 2001: 9).

Protestbewegungen werden häufig mit dem Begriff soziale Bewegung (*shakai undō*) gleichgesetzt (NOHLEN 2009, SCHULTZE 2009: 857). Der Soziologe und Protestforscher Dieter Rucht grenzt beide Begrifflichkeiten jedoch voneinander ab, indem er die Forderungen von Protestbewegungen auf der Ebene sektoraler Veränderungen ansiedelt. Soziale Bewegungen hingegen zielten auf konkrete politische, ökonomische oder soziokulturelle Veränderungen innerhalb der bestehenden so-

zialen Ordnung ab und bedienten sich dafür verschiedener Protestformen, wobei eine mögliche Grenzverwischung beider Bewegungsarten entlang ihrer Forderungen eingeschlossen ist (RUCHT 1994: 77). Die sozialen Räume, in denen der Protest möglich ist, sind dezentral und offen für verschiedene soziale Schichten und Positionen, was als wichtiger Bestandteil einer demokratischen Bürgergesellschaft gilt (RUCHT 2001: 322). RUCHT und NEIDHARDT (2007: 634) schreiben hierzu:

[Soziale Bewegungen] stellen soziale Gebilde aus miteinander vernetzten Personen, Gruppen und Organisationen dar, die [...] mit gemeinsamen Aktionen Protest ausdrücken, um soziale bzw. politische Verhältnisse zu verändern oder um sich vollziehenden Veränderungen entgegenzuwirken.

Von subkulturellen Milieus unterscheiden sich soziale Bewegungen darin, dass ihre Anhänger über (möglicherweise) ähnliche Kleidungsstile, Umgangsformen und Sprachregelungen und ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl hinausgehend politisch und sozial motiviert sind (HERKENRATH 2011: 25). Diese Unterscheidung lässt sich in Japan jedoch nicht so klar treffen, da in der japanischen Protestkultur schon seit den ersten Protesten gegen den IWF in den 1990er Jahren subkulturelle Elemente wie Cosplay stark einbezogen wurden (MÖRI 2003), aber noch zum G8-Gipfel auf Hokkaidō von der Presse ignoriert oder, wie von den deutschen Medien, als »Pokemon«-Protest abgetan wurden (LEE 08.07.2008).

Gängige Aktionsformen sozialer Bewegungen umfassen sowohl traditionelle politische Mittel wie Unterschriftensammlungen, Pressemitteilungen und Lobbyarbeit als auch neue, unkonventionelle Protestformen wie Straßenblockaden, Häuserbesetzungen, Cosplay und (teils unangemeldete) Demonstrationen (HERKENRATH 2011: 25). Die Kulturwissenschaftler KLAUS SCHÖNBERGER und OVE SUTTER (2009: 16) beschreiben diese gleichzeitig mit den Protesten gegen die Globalisierung aufgetretenen neuen Aktionsformen als »militante« Formen des »zivilen Ungehorsams«, die in die gesellschaftlichen Kommunikationsprozesse eingreifen und damit Alternativen zu den sonst eher ideologischen Debatten verkörpern. Die neuen Bewegungen versuchen, die »Normalbürger« einzuschließen und so »Offenheit und Vielfalt zu vermitteln, ohne dabei auf radikale Forderungen und Kritik zu verzichten. Damit soll den ausdifferenzierten Lebensstilen im Postfordismus¹ ent-

1. Postfordismus bezeichnet ein gesellschaftliches System im neoliberalen Kapitalismus, das durch Flexibilisierung und dadurch entstandene neue irreguläre Arbeitsformen geprägt ist. Diese zeichnen sich zwar durch eine Aufhebung von Hierarchien im Arbeitsprozess aus, um damit Arbeit als kommunikative Aktivität zu etablieren. Damit erhöhen sich aber zugleich die Risiken prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse und die »Ungewissheit« gegenüber einer fragmentierten Gesellschaft (vgl. auch KOHSO 03.03.2012).

sprochen und PassantInnen ein verstärkter Anreiz zur Teilnahme geboten werden« (SCHÖNBERGER und SUTTER 2009: 16).

Um sozial nachhaltig zu sein, verlassen neue Protestbewegungen die repräsentative Ebene der traditionellen Aktionsformen, d.h. von einem Ausschuss oder einer Partei organisierte Demonstrationen oder Streiks mit eindimensionaler Ausrichtung. Neue Aktionsformen sind direkt basisdemokratisch ausgerichtet und wirken nicht nur medial, sondern auch performativ, um möglichst vielen Unbeteiligten eine eigene Handlungsmöglichkeit zu geben und deren heterogenen Zugängen zu entsprechen. Der zentrale Aspekt von heutigen Demonstrationen zeigt, dass deren soziale Komponente sowie Kommunikation weitaus wichtiger sind. Nur dadurch können sich Netzwerke und Infrastrukturen bilden, die eine Mobilisierung auf Dauer ermöglichen; so verschwinden die Grenzen zur sozialen Bewegung immer weiter (SCHÖNBERGER und SUTTER 2009: 18–21).

In Japan konnte man bis zur Dreifach-Katastrophe davon nur in Ansätzen reden: noch 2007 in Nairobi hoffte der Aktivist und spätere Organisator des Anti-G8-Gipfels auf Hokkaidō, Ogura Toshimaru, auf diese gesellschaftliche Nachhaltigkeit hin zu einer sozialen Bewegung im eigenen Land. Er wollte, dass – im Gegensatz zu den »abgeschlossenen« Freiräumen hierarchisch organisierter Proteste – durch die neuen Protestformen öffentliche Plätze in der Stadt zu »Foren« würden, die »eine Vielfalt an Forderungen und Ideen« ermöglichten, den »gesellschaftlichen Raum [...] einbetten« und eine »subjektive Beteiligung aller Bürger schaffen« können (OGURA 2007).

Die Ereignisse von 2011, der Arabische Frühling, Occupy Wall Street, der spanische 15-M (Democracia Real Ya), aber auch die Freitagsdemos vor dem japanischen Parlament fanden bzw. finden nun aktuell und an öffentlichen Plätzen statt. Diese Aktionen haben sich seitdem zu einer Form verfestigt, in der das gesamte Prinzip der »Repräsentation« abgelehnt wird, diesmal auf der Ebene der repräsentativen hin zu einer »unmittelbaren« Demokratie (*chokusetsu minshushugi*) (GONOI 2012: 7–18). Die politischen Debatten in den Camps und Zeltlager mitten in den Städten vermitteln ein neues Verständnis von Demokratie, das als »deliberate« oder »representist democracy« (statt »representative«) aufgefasst wird (DELLA PORTA 24.08.2011; LOREY 2011). Die »Empörten« (*indignados*) eigneten sich die städtischen Plätze als öffentliche Foren neu an, in denen so auch Egalität und Pluralisierung anerkannt werden, um schließlich neue soziale und kulturelle Identitäten bilden zu können (DELLA PORTA 24.08.2011; LISCUTIN 21.11.2011). Seit Fukushima sind diese öffentlichen Foren auch in Japan geschaffen. Auch wenn nach Definition Protestbewegungen kurzfristig und lokal beschränkt sind, hat sich möglicherweise bereits eine Entwicklung hin zu einer langfristig transnationalen Bewegungen vollzogen, wie im Folgenden thematisiert werden soll.

3. Gesellschaftlicher Wandel und neue Formen des Protests in Japan

Die Bewegungen nach Fukushima haben einen zeitlichen und gesellschaftlichen Vorlauf, in dem neue Protestformen adaptiert wurden. Die Entstehung der neuen Bewegungen in Japan lässt sich maßgeblich auf die tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformationsprozesse der Arbeits- und Lebenswelten seit Beginn der 1990er Jahre zurückführen (MÖRI 2011; OGURA 2010). Mit dem Platzen der Wirtschaftsblase Ende der 1980er Jahre und dem Nullwachstum der 1990er Jahre brachte das neoliberale Wirtschaftskonzept die Wende für den Mythos einer Mittelschichtengesellschaft seit der Nachkriegszeit. Seitdem befindet sich das bis dahin bekannte japanische Gesellschaftsmodell, mit dem klassischen auf Lebenszeit Angestellten als Kern einer intakten Kernfamilie und einer beständigen Wohlstandsgesellschaft, in Auflösung. Die Folge waren unter anderem nichtreguläre Arbeit und Prekarisierung.

Dieser umfassende gesellschaftliche Strukturwandel ist nicht allein Angriffspunkt der Protestbewegungen in Japan bzw. löst deren klassische Arenen und Themen nicht ab, liegt jedoch der Genese neuer Formationen sozialer Bewegungen in Japan maßgeblich zugrunde. Ende der 1980er Jahre und in den 1990ern aktiv waren beispielsweise Aki no Arashi (Herbststurm), deren Mitglieder sich der Kritik an gesamtgesellschaftlicher Ordnung, Autorität und Hierarchie widmeten, die Dame-ren (Vereinigung der Armseligen), die sich an einer autonom organisierten Lebensform für Arme versuchten, oder die Mitglieder der Badehaus-Arbeiter-Bewegung (*sentōteki rōdōsha kyōkai*), welche das Verschwinden von Badehäusern in japanischen Städten als Zeichen von Gentrifizierung ansahen und deren Erhalt zum Politikum machten (KOHSO 2006: 430–435).

Armut und gesellschaftliche Veränderungen dieser Bewegungen waren und sind stets der ihnen zugrundeliegende Antrieb. So auch bei der seit 2004 bestehenden Gruppe Shirōto no Ran (Aufstand der Laien) aus Kōenji, die die erste Anti-Atomkraft-Demonstration am 10. April 2011 mit dem für sie überraschenden Ergebnis von 15.000 Teilnehmern organisierte (LESER und SEIDEL 2011). Die Mitglieder von Shirōto no Ran reagierten damals mit dissidenten² Praktiken der Selbstversorgung, Organisation und Information auf die

»Entpolitisierung der Jugend [...], die ständige Befriedung der sozialen Konflikte durch ein vielfältiges Angebot an Konsumgenuss, die enorme Belastung durch Arbeit in der neoliberalen Intensivierung der Konkurrenz mit der Folge eines be-

2. Im Sinne einer gelebten Kritik an bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen entgegen der Mehrheit und unter bewusster Inkaufnahme von persönlichen Nachteilen.

schränkten Interesses an der öffentlichen Diskussion und [...] die Entmachtung der Öffentlichkeit [...]« (MISHIMA 05.05.2011).

Diese dissidenten Praktiken sind eine gelebte und dadurch mögliche Antwort auf bestehende gesellschaftliche Missstände. Der Widerstand gegen die Konsum- und Konkurrenzgesellschaft mit Do-it-Yourself-Taktiken und Recycling-Shops heißt für sie vor allem eine Betonung des sozialen Gefüges und nachbarschaftlicher Kontakte als Kritik. Nach Fukushima wendet sich Shirōto no ran verstärkt dem Strom- und Energiesparen als Kritik am Energiesektor zu. Die Gruppe fordert die Demokratisierung des Energiesektors und bemüht sich um den Aufbau lokaler autonomer Energieversorgung. Shirōto no Ran und deren Gründer Hajime Matsu-moto sind maßgeblich an der Organisation von regelmäßigen Massendemonstrationen in Tōkyō beteiligt.

Der Soziologe und Aktivist EIJI OGUMA (2012) beschreibt die Mitglieder von Shirōto no ran und andere Demonstrationsteilnehmer im Alter von ca. 30 Jahren, die trotz hoher Bildung durch die Reformen der 2000er Jahre nichtreguläre oder keine Arbeit haben, als die erste Gruppe der Demonstranten nach Fukushima. Sie zeigten schnell Flexibilität bei der Organisation und Teilnahme an den ersten Protesten, da sie vorher, spätestens seit dem G8-Gipfel, politisch mobilisiert waren: nach eigenen Angaben seien sie so »arm und daran gewöhnt, dass uns ständig der Strom abgestellt wird«, dass sie keine Atomkraftwerke bräuchten (OGUMA 20.04.2012: 00:46). Die anderen Gruppen, die nun hinzugekommen sind, seien zum einen ältere Gewerkschaftler und zum anderen Mütter und Hausfrauen der ehemaligen Mittelschichten, die eher traditionelle Aktionsformen kennen (OGUMA 20.04.2012: 00:45–00:47).

Diesen Prozess verdeutlichen auch der Aktivist SABU KOHSO und der Kulturwissenschaftler YOSHITAKA MŌRI. Die »*post-new left*« (KOHSO 2006: 415) nähme nicht länger traditionelle Möglichkeiten der politischen Partizipation wahr, sondern setze, wie z.B. Shirōto no Ran, speziell neue aktivistische Elemente und ihre eigene Lebensform für gesellschaftlichen Wandel ein, als »emanzipatorischen Radikalismus«. KOHSO bezeichnet die neuen Experimente des Protests seit den 1980ern als Bewegungen der »*new generation*«. Diese stünden zwar nicht mehr (sozialistischen/kommunistischen) Parteien nahe, hätten jedoch einen an linkspolitische Ideen angelehnten gesellschaftlichen Wandel zum Ziel (KOHSO 2006: 430). Zur zweiten Kategorie dieser Post-Neuen Linken zählt KOHSO nun die globalisierungskritischen Einzelbewegungen. MŌRI spricht zwar von einer Tradition der »*single issue politics*«, wie z.B. Feminismus, Prekarisierung oder Konsumverweigerung, deren Vertreter sich jedoch an den neuesten Demonstrationen ohne die ihnen sonst

eigene Ideologisierung beteiligten und damit pluralistischer geworden seien (MÖRI 2011: 33).

Er geht davon aus, dass dieser Wandel ab 2003 durch die internationalen Proteste gegen den Irakkrieg verstärkt worden sei. In diesen hätten immer mehr zuvor meist apolitische Kreative auch die o.g. Aktionsformen der nichtbewilligten Demonstrationen ausprobiert und, im kleineren Rahmen, aber dafür oft und beständig, in den Städten Flyer verteilt, Straßenzüge oder Sounddemos organisiert (MÖRI 2011: 31).

Für den japanischen Bewegungsforscher MASUMI SHIRAKAWA (2012) zeichnen die »Post-3.11-Bewegungen« sich genau durch diese Aktionsformen und Themen aus: Es gehe ihnen nicht um eine Bewegung mit einer starken Führung, sondern um mehrere pluralisierte Aktionen, die sich über soziale Medien, wie Twitter oder UStream, transnational vernetzen (GONOI 2012; SLATER, NISHIMURA und KINDSTRAND 2012). Sie vertreten Gewaltlosigkeit, besetzen aber öffentliche Räume, um hier »autonome Selbstverwaltung und neue Freiräume« zu schaffen und damit einen zivilen Dialog mit allen Bürgern aufzubauen (SHIRAKAWA 2012). Der Soziologe SHINJI MIYADAI bezeichnet diese »neuen sozialen Bewegungen« zwar auch als einfacher und offener, da sich viele Demonstrationen zur Umverteilung von Wohlstand einer genauen Einbindung in gesellschaftliche Strukturen und Wertschöpfungsprozesse entzögen. Sie dürften jedoch nicht den Fehler machen, von außen wieder nur auf *single issue politics* reduziert zu werden (MIYADAI 2012: 105–106).

4. Die globalisierungskritische Bewegung in Japan als Wegbereiter neuer Protestformen

Im nächsten Abschnitt soll anhand der globalisierungskritischen Bewegungen und dem G8-Gipfel 2008 konkret gezeigt werden, dass Vernetzungen von Protestbewegungen schon vor 3.11 bestanden und wie sich diese Gruppen und Netzwerke nach Fukushima langsam von *single issue*-Bewegungen zu multithematischen und dezentralen Bewegungen weiterentwickelt haben. Dabei spielen vor allem transnationale Netzwerke eine Rolle, die die Basis und Infrastruktur für die Protestaktionen nach Fukushima gestellt haben.

Rasch voranschreitende Internationalisierungs- und Globalisierungsprozesse seit den 1980er Jahren führten zu einer zunehmend grenzübergreifenden bzw. transnationalen Vernetzung von Protest (RUCHT und NEIDHARDT 2007: 632). Akteure der Bewegungen sind davon überzeugt, dass punktuelle Einzelaktionen ohne Vernetzung auf internationaler Ebene kaum mehr zu einer Transformation bestehender sozialer Missstände führen können, da die sozialen Verhältnisse der einzel-

nen Gesellschaften zunehmend von globalen Dynamiken abhängen (HERKENRATH 2011: 13–14). Protest nimmt also, in Form von transnationalen Bewegungskollektiven zu einem speziellen Anlass, transnationalen Bewegungsnetzwerken zum Informationsaustausch oder transnationalen sozialen Bewegungen im Anschluss an Ereignisse, Gestalt an (HERKENRATH 2009; KHAGRAMM, RICKER und SIKKINK 2002; TARROW 2005: 165).

Längerfristige transnationale Bewegungskollektive sind zwar stärker institutionalisiert als Ad-hoc-Allianzen, die lediglich der Planung eines einmaligen Anlasses dienen, doch in Abgrenzung zu hoch institutionalisierten und stärker hierarchischen internationalen Nichtregierungsorganisationen (INGOs, international nongovernmental organizations; TSMOGs, transnational social movement organizations) wie beispielsweise Greenpeace oder Oxfam, legen sie großen Wert auf organisatorische und strategische Autonomie der beteiligten Mitgliedergruppen. Desweiteren unterscheiden sie sich von INGOs darin, dass sie vorwiegend multisektoral ausgerichtet sind und verschiedene Akteurs-Typen wie Protestorganisationen, Gewerkschaften sowie spezielle Forschungsinstitute einbinden. Zudem umfassen sie auch Graswurzelbewegungen beziehungsweise Basisbewegungen, Bürgerinitiativen und autonome Kollektive (HERKENRATH 2011: 14).

Zum Gipfeltreffen der G8 im Jahre 2008 in Japan formierte sich dementsprechend eine transnationale Bewegungskollektive, die sich in die Kette der Proteste der globalisierungskritischen sozialen Bewegung einreihet. Diese Kollektive ist multisektoral, da sich INGOs, NGOs und andere Organisationen sowie einzelne Akteure und Gruppierungen zusammenschlossen haben. Einige japanische Gruppen betreiben neben den üblichen »Lerntreffen« (*benkyōkai*) beispielsweise populäre Bildungs-Programme. Neben der bekannten Freedom School des Asia Pacific Centers seit 1970 und dem Peace Boat der gleichnamigen NGO seit 1983 initiieren sie auch Bildungs-Karawanen, landwirtschaftliche Projekte, Radioprogramme, Internetkurse, Video-Dokumentationen und Kunstprojekte (CHAN 2008: 244). Zudem werden u.a. bei Peace Partys neue Wege des Ausdrucks mittels Kunst, Museen, *open talks*, alternativen Medien und multilingualen Webseiten gesucht (*P4P* 2012).

Die Literatur zu lokaler Selbstverwaltung und Bürgergesellschaft in Japan geht meist davon aus, dass NGOs auf lokaler Ebene meist nur eine marginale Stellung in der sozialen Infrastruktur innehaben. Die Mobilisierung zum Protest wurde vorher in Japan meist durch Aktionsformen geprägt, die selten Demonstrationen zur Folge hatten. Dass diese Rolle der NGOs unterschätzt wurde, liegt daran, dass sie nur auf kleinster lokaler Ebene und mit *single issues* »sichtbar« waren, die überregional scheinbar kaum eine Rolle spielten. Dabei waren zu Beginn der globalisierungskritischen Gipfelproteste die Forderungen der japanischen NGOs zwar lokal, aber

bereits in sozialen Foren und dort organisierten Workshops transnational vernetzt: in Seattle nahmen 24 japanische NGOs an den Protesten teil, in Cancún 2003 waren es 41, und in Hong Kong 2005 fast 50 (CHAN 2008: 49). JENNIFER CHAN (2008: 49) attestiert Japan eine lose globalisierungskritische Bewegung seit dem Jahr 2000.

In diesem Jahr fand der Kyūshū-Okinawa G8 Summit (*Kyūshū Okinawa G8 Samitto*) statt, gegen den rund 25000 Menschen demonstrierten. Schon zu diesem Zeitpunkt kämpften NGOs und andere Gruppen für ihre Forderungen in transnationalen Netzwerken, Kampagnen und Koalitionen (TANJI 2006: 47). Im Zentrum der Proteste stand die Kritik an der US-Militärpräsenz auf Okinawa, aber auch die geplante Stärkung internationaler Finanzinstitutionen wie der Weltbank wurde heftig kritisiert. Diese interdisziplinären *cross issue*-Aktivitäten verstärkten sich nach dem 11. September 2001. Seitdem ist die zunehmende Entwicklung von Netzwerken gegen Diskriminierung und für eine alternative Globalisierung im Zusammenhang mit einer neu erstarkten Anti-Kriegsbewegung zu beobachten. Auch die Anti-Atomkraft-Kritiker solidarisieren sich mit den Anti-Basen-Protesten in Okinawa wegen der strukturellen Ähnlichkeit zwischen der US-Präsenz und dem japanischen »Atomdorf« (YANG 23.06.2012; YOSHIMI 2011).

Aktionen und Zusammenarbeit anlässlich einzelner Ereignisse gaben den Anstoß zur Gründung von Gruppen und Netzwerken, so entstanden in den Jahren 2002 bis 2003 das »No WTO – Voices from the Grassroots in Japan« gegen das WTO-Treffen in Cancún 2003 und mehrere UN-kritische Netzwerke wie das »Japan Network Against Trafficking in Persons« (JNATIP) zur Umsetzung des Trafficking-Protokolls der UN zur Bekämpfung von illegalem Menschenhandel (CHAN 2008: 24).

Im Jahr 2003 protestierten rund 40000 Menschen vor der amerikanischen Botschaft, mobilisiert durch das Netzwerk »World Peace Now« gegen den Irak-Krieg und die Beteiligung der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte. Allein 50 NGOs nahmen daran teil. 2004 protestierte eine Koalition aus 54 japanischen Gruppen und 52 südkoreanischen Pendanten vor dem Japanischen Außenministerium (MOFA) für eine Kampagne gegen das damals geplante Japanisch-Koreanische Freihandelsabkommen. Wenig später wurde das erste Sozialforum Japans in Kyōto abgehalten, an dem mehr als 400 Personen unter dem damals üblichen Motto »Eine andere Welt ist möglich« zusammen kamen.³ Der Ausgangspunkt dieser Netzwerke waren zwar noch (wenn auch globale) *single issues*, wobei jedoch langsam deren transnationale Dimension erkannt wurde.

3. In Japan wie anderswo fand bereits Jahre zuvor Mobilmachung gegen Gipfeltreffen statt. So beispielsweise zum Treffen der APEC in Ōsaka 1995. Diese Proteste wurden jedoch noch nicht in den Kontext einer zusammengehörenden Bewegung gestellt bzw. als diese wahrgenommen.

Ihre Kräfte gebündelt hatten die Akteure sozialer Bewegungen dann zum G8-Gipfel auf Hokkaidō, wo eine große transnationale Koalition von NGOs, wie z.B. »People's Plan Study Group«, und teilweise radikalen Gruppierungen, wie dem sogenannten »NOG8-Action Network«, ein Forum initiieren konnte, das nicht nur japanische, sondern auch internationale Kritiker zu den Debatten einladen und solidarisieren konnte (*Gipfelsoli* 2012; *PPSGJ* 2012). Bereits zu diesem Anlass nahmen Journalisten und Bürgerreporter (*shimin kisha*) für etablierte sowie unabhängige Medien, wie dem Magazin, NGO-eigenen-Medien (*mini-komi*) wie Newsletter, Online-Plattformen oder Weblogs wie JanJan, an der Diskussion um das G8-Gipfeltreffen 2008 auf Hokkaidō teil. Hinzu kamen Bewegungsmedien wie Indymedia, G8 Media TV und das G8 Media Network. Die mediale Ankündigung und Reflexion von Protestaktionen in Online-, Video- und Print-Form war dabei von zentraler Bedeutung und hat sich in den letzten Jahren noch verstärkt.

Organisiert und koordiniert wurde die Gipfelkritik hauptsächlich von drei großen Koalitions-Netzwerken. Zum einen das »2008 Japan G8 Summit NGO Forum«, kurz: NGO Forum (*NGO Fōramu*) mit einer Anzahl von 141 NGOs. Sie fanden sich erstmals in ihrer Geschichte zu einem Cross-Issue-Forum zusammen, wobei die Arbeit der Organisationen zu Armut/Entwicklung, Umwelt und Menschenrechten in drei Einheiten zusammengefasst wurde.

Das zweite Netzwerk war das »G8 Summit People's Forum Hokkaido« (*Shimin Fōramu Hokkaidō*), ein Zusammenschluss aus 50 NGOs (*G8SSFH* 2008). Die enge Zusammenarbeit und Kooperation der beiden Allianzen und der noch folgenden Dritten zeigt u.a. das Sapporo Camp (*Kokusai Kōryū Kyanpu Sapporo*), die gemeinsame Errichtung und Nutzung eines Independent Media Center (IMC) sowie der gemeinsam organisierte und durchgeführte Alternativ-Gipfel »NGO People's Summit« (*NGO Fōramu Shimin Samitto*), u.a. mit acht namhaften Gastrednern wie Walden Bello und Kumi Naidoo. Sie organisierten die People's Weeks (*Shimin G8 Uikusu*) mit einem bunten Programm aus Fair-Traide-Fest, Symposien oder dem Peace Walk mit 5000 Teilnehmern (*NOG8AN* 2008).

Das dritte G8-Action Network mit rund 50 Gruppierungen zeichnete sich auch dadurch aus, dass es nicht nur etablierte NGOs, sondern auch kleine, autonome Gruppen und unabhängige Individuen in sich vereinte. In der Liste der Unterstützer finden sich zunächst Gruppen, die bereits zum G8-Gipfel 2000 in Okinawa protestierten, beispielsweise »Grassroots Movement to Remove U.S Military Bases«, ATTAC Japan oder »Irregular Rhythm Asylum«, der Infoshop von Narita Keisuke in Tōkyō, der auch Mitorganisator der ersten Demonstrationen nach Fukushima war (*G8AN* 2008a; *IRA* 2012).

Sabu Kohso gründete dazu außerdem noch die Unterstützerguppe »No! G8 Action« und organisierte gemeinsam mit dem Alt-Aktivistin und Filmkritikerin Hirasawa Gō eine weltweite Info-Tour. Ziel dieser Tour war es, »No! G8 Action« als anti-autoritäre Koalition vorzustellen, mit ausländischen Gleichgesinnten Kontakt aufzunehmen und direkte Aktionen zu planen. Sie kritisierten die G8 als »society of high consumerism and control« (NOG8AIT 28.02.2008b: 0:24) und zeigten mit einem Film über den Versuch einer Demonstration in Kōenji die damaligen Probleme des Protestierens in Japan auf: die Demo bestand nur aus drei Leuten, darunter Matsumoto Hajime von Shirōto no Ran, und wurde scherzhaft als »We are the three« bezeichnet (NOG8AIT 28.02.2008a: 3:49).

Hinzu kam GEN HIRAI, der kurze Zeit nach der Teilnahme an den Ereignissen um die G8 die Untergrund-Universität (*chika daigaku*) mit »nichtregulären« Dozenten und Studenten (Arbeitern) ins Leben rief (*Chika Daigaku* 2012). Die seit den Ereignissen 2011 wieder revitalisierte Untergrund-Uni wurde damals »mitten im Getöse um die gescheiterte Einladung von Antonio Negri und der Anti-G8-Summit-Bewegung« gegründet, denn (HIRAI 23.03.2011):

Nicht einmal einen Ort, an dem jener Denker spricht, [...] können die Universitäten dieses Landes garantieren. Es bedurfte großer Anstrengungen, ein Loch in das durch eiserne Zäune und Keycards abgeschottete Uni-Distrikt zu bohren, um einen Versammlungsort für das Symposium zu finden, das die nackten Könige verlacht. Verblüfft überlegten wir Freeter und Freeter-Dozenten, eine ›Universität‹ für jene zu schaffen, die wirklich ›Wissen‹ benötigen [...] Ihr könnt sicher sein: für eine Münze können tiefgehendes Wissen und Bewegung in großem Umfang, brandaktuell eingefordert werden.

Ihren »Ort« bekam die Universität im Laden 12 von Shirōto no Ran, wo über mehrere Monate hinweg verschiedene Aktionen liefen. Eine davon war das sogenannte Counter G8 International Forum. Ziel war es, Aktivistinnen wie Intellektuelle auf die Notwendigkeit der Initiierung eines dauerhaften Bewegungsprozesses aufmerksam zu machen.

In einem Aufruf dazu wurde argumentiert, dass es unentbehrlich sei, dass Aktivistinnen am theoretischen Diskurs teilnehmen und umgekehrt, Intellektuelle an Aktionen – um Raum und Zeit für die Bewegung und die Diskussion gemeinsam zu füllen und zu erleben, die Ergebnisse der Anstrengungen zu teilen und, zurück im eigenen Metier, weiter zu verbreiten. Dies habe man u.a. an den Protesten gegen den G8-Gipfel 2000 auf Okinawa sehen können. Die dort zusammengekommene Bewegung beschäftigte sich vorwiegend mit dem Problem um Existenz oder Ab-

schaffung der US-Militärbasen. Aber man könne nicht sagen, dass die Aufgabe der Einbindung lokaler Themen in globale Zusammenhänge und der Bezug zu den G8 genügend hergestellt wurden. Daraus hätte man gelernt, dass die Bewegung nicht an Macht gewinnen könne, ohne neue Solidarisierung und ohne neuen Austausch mit Arbeitern, Bauern, Studenten und anderen Fachleuten – also denjenigen, die sich an der Basis der Dynamik der Anti-Globalisierungs-Bewegung befinden. Den Aufruf unterschrieben auch mehr als 50 japanische Universitätsprofessoren mit dem basisdemokratischen Ziel (G8AN 2008b):

[...] ausgehend von diesem Problembewusstsein, die Teilnahme an einer solchen Bewegung in die Tat umzusetzen und die Zusammenführung von Bewegungspraxis und intellektueller Reflexion herbeizuführen.

5. Themen und Aktionen »Post-3.11« – von »We are the three« zu den »99 %«

Das 2008 existierende Problembewusstsein der Solidarisierung und Vernetzung von Aktivist*innen und Intellektuellen hat sich durch die Ereignisse von 2011, besonders durch Occupy, noch einmal verstärkt. Es stellt die japanischen Proteste in einen größeren strukturellen und transnationalen Bezug. Die globalisierungskritische Bewegung gilt heute als die erste Bewegung, welche die Überzeugung ihrer Akteure artikuliert, dass unter dem Deckmantel von Demokratie und Freiheit elitäre Kreise ein globales Ungleichheits-System geschaffen haben. Ihre Themen, Praxen, Mittel und Formate waren damals wie heute eng verknüpft mit einem transnationalen und vereinigenden Moment – denn ihre Teilnehmer fühlen sich den überall auf der Welt stattfindenden und komplex verknüpften globalen Prozessen nach wie vor gleichsam ausgeliefert.

Seit dem letzten Jahr trägt Occupy die selbe Auseinandersetzung der Bürger mit den Eliten in die Öffentlichkeit. Sie drückt das von vielen empfundene diffuse Unbehagen hinsichtlich global verwobener Zusammenhänge und ein Verlangen nach mehr Basisdemokratie mit dem Slogan »We are the 99%« aus. Viele Akteure der globalisierungskritischen Bewegung sind im Format Occupy aktiv, wenn sich auch die Mittel und Wege der Bewegungen in verschiedenen Ländern anders gestalten. Auf dem Counter G8 Forum 2008 auf Hokkaidō etwa sprach auch der Ethnologe und Aktivist DAVID GRAEBER (2011), der mit seinem Werk *Debt: The First 5000 Years* eine wichtige Vorlage für die Occupy-Bewegung geliefert hat.

Der Bewegungsforscher SYDNEY TALLOW hat für die Occupy-Bewegung trefend erwähnt, dass es keiner der neuen Bewegungen darum geht, neue Weltformeln

zu finden, aber allen ist gemeinsam, dass die sogenannten »Krisen« der letzten Jahre das Alltagsleben der Bürger aller sozialen Schichten auf globaler Ebene angreifen (TARROW 10.10.2011):

Likewise, when the Occupy Wall Street activists attack Wall Street, it is not capitalism as such they are targeting, but a system of economic relations that has lost its way and failed to serve the public.

Für EIJI OGUMA bestehen in Japan Parallelen zu Occupy, dem Arabischen Frühling und der europäischen Demokratiebewegung: die Proteste richteten sich nicht nur gegen Atomkraft, sondern gegen den gesamten »politisch-bürokratisch-unternehmerischen Komplex«, der seit Jahrzehnten die japanische Öffentlichkeit und deren Sicherheit bei der Entscheidungsfindung ignoriert hat (AS 19.07.2012). SABU KOHISO ist der Ansicht, dass sowohl Struktur als auch Organisation dieses »global nuclear regime« an ihrem Ende angelangt sind, durch die neuen Bewegungen hinterfragt und damit als »gesellschaftliche Revolution« das gesamte System politisch und sozial verändern werden (KOHISO 2011: 181). Auch aufgrund seiner Erfahrungen mit Demonstrationen seit dem G8-Gipfel schreibt HAJIME MATSUMOTO (2011: 51), dass es nicht so sehr darum gehe, konkrete Forderungen ausgearbeitet zu haben, sondern sein Recht als Bürger wahrzunehmen und »einfach auf Demos [zu] gehen«, damit diese zu einer »sozialen Bewegung« würden, die vielleicht die Gesellschaft ändern könnten.

Selbst MISAO REDWOLF, die seit 2007 Anti-Atom-Aktivistin und Mitorganisatorin der Demonstrationen ist, bleibt der Auffassung treu, dass »generationen- und kulturübergreifend« etwas erreicht werden kann, wenn genug Leute zu den Demonstrationen kommen (REDWOLF 2011: 52). Zur Freitagsdemo Ende Juni 2012 betonte sie dies auch noch einmal vor den Massenmedien (NAGATA 30.06.2012): »The best we Tokyo residents can do is to protest in front of the prime minister's office, although this is really a last-minute action«.

Wie wichtig außerdem der transnationale und solidarische Aspekt zur Entwicklung hin zu einer sozialen Bewegung ist, zeigt die Begegnung von Shirōto no Ran mit Occupy Wall Street im Oktober 2011. Nachdem bereits seit Mitte September das Zeltlager vor dem METI (Keisanshō mae Tento Hiroba, KMTH) und nach OWS die Aktion »Occupy Kasumigaseki« begonnen hatten, wollten sich einige Mitglieder von Shirōto no Ran ein eigenes Bild von den Protesten im New Yorker Zuccotti Park machen. Drei Tage später fanden sie sich in einer der Sitzungen des »Flying Seminars« wieder, einer universitären Plattform für eine theoretische Auseinandersetzung mit Occupy. Die Erschaffung eines »post-revolutionären« Raums und dessen ständige Erweiterung mit neuen Taktiken sowie Kreativität waren für alle Pro-

testler Schlüsselemente der transnationalen Bewegungen. Shirōto no Ran betonte als Faktor noch die spezifischen Probleme der japanischen Konsumgesellschaft, das exzessive Konsumieren als Drang nach wirtschaftlichem Wachstum durch Wohlstand (NAKAGAWA 09.11.2011).

Das oben erwähnte Zeltlager KMTH, das seit dem 11. September 2011 existiert, bietet Raum zur Entfaltung unkonventioneller Aktionsformen; Konzerte und Seminare, Tanz-Workshops und Meditationssitzungen bündeln sich zu einer jungen und kreativen Alternativkultur (KMTH 2011). Nach eigenen Angaben kamen seit September bereits 10.000 Menschen. Dort wurde Mitte April 2012 aber auch ein Hungerstreik gegen die Wiederinbetriebnahme des AKW Ōi ausgerufen, an dem sich mehr als 100 Personen beteiligten und der bis zur Abschaltung aller japanischer Atomkraftwerke am 5. Mai andauerte (IWJ Tokyo 17.04.2012; Occupy Kasumigaseki 2012). Die Zelte vor dem METI sollen nach Angaben des Organisors TARŌ FUCHIGAMI (28.09.2011) zu einer

im Hauptstadtgebiet ganz besonderen Festung des Widerstandes gegen die AKW und deren Wiederinbetriebnahme werden [...]. [I]ch möchte sie [...] als unser aller Projekt fortsetzen; und möchte, dass sie als ein Ort genutzt werden kann, an dem verschiedenste Aktivitäten, ein gegenseitiger Austausch und eine breite zivile Debatte stattfinden.

Während die Demonstrationen sich ausschließlich gegen die Atomenergie, Verstrahlung und die Wiederinbetriebnahme richten, ist KMTH ein öffentlicher Ort der Debatte gegen Atomkraft geworden, an dem aber auch eine Solidarisierung mit Initiativen mit übergreifenden gesellschaftlichen Anliegen, wie der Untergrund-Universität stattfindet (HIRAI 23.03.2011). Eine der »Universitätssitzungen« wurde daher auch im Zeltlager abgehalten, wodurch sich nicht nur die Lebensentwürfe, sondern auch die Forderungen der verschiedenen Gruppen vermischten (Chika Daigaku 17.12.2011). Zur Wiederinbetriebnahme wurden von dort Busse zur Occupy Ōi Action organisiert (KMTH 25.06.2012); das Lager ist auch transnational mit Anti-Kriegs- und Anti-Atom-Netzwerken solidarisiert und fungiert nun tatsächlich als eins der Protestzentren.

6. Fazit

Die langjährigen strukturellen Probleme Japans wie Ungleichheit, Flexibilisierung und Prekarisierung verbinden sich mit Problemen nach der Dreifach-Katastrophe. Bereits die *single issue*-Proteste seit den 1990er Jahren zeigten sich mit anderen Gruppen und Themen solidarisch (AMAMIYA 2010). Wie in diesem Beitrag gezeigt werden sollte, fingen die NGOs und Netzwerke an, eine transnationale Basis aufzubauen, die 2008 zum G8-Gipfel auf Hokkaidō zum ersten Mal zum Tragen kam. Die Protestbewegungen von 2011 konnten damit auf bereits bestehende Infrastrukturen und Themen zurückgreifen. Sie sind dadurch geprägt, dass neue Aktionsformen des Protests nicht mehr nur sektoral agieren, sondern dass Proteste global von Aktivist:innen wie Intellektuellen als notwendig für den sozialen Wandel angesehen werden. Die Vorstellung von einigen Netzwerken und Aktivist:innen von 2008 hat gezeigt, dass sich ähnliche Projekte, NGOs und zumeist dieselben Protagonist:innen nach dem 11. März erneut vernetzt und die Bewegung solidarisch ausgebaut haben. Um die Debatten aber am Laufenden zu halten und zu einer sozialen Bewegung zu werden, brauchen diese »Post-3.11«-Bewegungen mehr spezialisiertes Personal und Vereine, die langfristig daran mitwirken und die Öffentlichkeit neu mobilisieren können.

Dass dies schon geschieht und dass dabei sowohl traditionelle als auch »postfordistische Aktionsformen« des Protests verwendet werden, zeigt die von Misao Redwolf (No Nukes More Hearts) und Taichi Hirano (TwitNoNukes) als Netzwerk aller seit 2011 gegründeten Anti-Atomkraft-Demonstrationen mit ins Leben gerufene »Metropolitan Coalition Against Nukes« (MCAN). Sie organisieren die Freitagsdemonstrationen nach der Wiederinbetriebnahme von Ōi vor dem Parlament in Tōkyō. Sie bezeichnen sich nicht nur als Koalition, sondern als »soziale Bewegung«, da sie erstens weder politisch noch ideologisch in eine Richtung gehe, da sie zweitens nicht, wie vorherige soziale Bewegungen, eine starke Führung habe, und da stattdessen drittens der Protest basisdemokratisch von jedem Einzelnen ausgehe (MCAN 29.06.2012: 2). In Japan zeugen die Freitagsdemos von einer nachhaltigen und multisektoralen Form der Bewegung, auch wenn damit die Flexibilität der Aktionsformen zugunsten von traditionellen Slogans wie »Saikadō hantai!« (Gegen die Wiederinbetriebnahme!) leicht eingeschränkt wird, dafür aber nun auch Gewerkschaften mit einschließt (MCAN 2012). Die Bürger werden auch an anderen Stellen aktiv, allen voran z.B. die großangelegten Aktionen der Bürgerreporter des IWJ, die Proteste überall in Japan zu dokumentieren (IWJ 2012). Im Juni 2012 überreichte Ōe Kenzaburō, Sprecher des Komitees *Sayonara Genpatsu Hyakuman-nin Akushon* (Auf Nimmerwiedersehen Atomkraft-Aktion der Millionen) eine Pe-

tion gegen Atomkraft, die seit 2011 gesammelt und seitdem von über 7 Millionen Bürgern unterschrieben, jedoch abgelehnt wurde (AS 21.06.2012).

Die radikale Demokratie einer bisher als »apolitisch« wahrgenommenen Jugend, der Do-It-Yourself-Charakter der Demonstration und die Konnektivität durch die sozialen Medien sind somit alle basisdemokratische und solidarische Tätigkeiten, die vor Fukushima meist marginalisiert wurden, sich aber bereits als Praxen des Protests durchgesetzt haben. Zwar scheinen Proteste auf der Basis von Straßenperformances, Zeltlagern und Sounddemonstrationen in erster Linie wenig mit politischen Forderungen zu tun zu haben, aber diese sind wechselseitig miteinander verbunden und bedingen die Produktion sozialer und politischer Verhältnisse (MÖRI 2003).

Die japanische Anti-Atomkraft-Bewegung nach 3.11 ließe sich zwar als spontane Ad-hoc-Protestbewegung begreifen, durch ihre Dauer und mit Vorläufern wie den globalisierungskritischen Protesten 2008 auf Hokkaidō, an denen dieselben Akteure beteiligt waren, sowie durch grenzüberschneidende Ereignisse wie *Democrazia Real Ya* und *Occupy*, kann sie aber als Teil der längerfristigen transnationalen Bewegungskonstellationen gelten. Dabei spielen vor allem die vernetzen und sich gegenseitig überschneidenden Aktionen über soziale Medien von Koalitionen wie MCAN, *TwitNoNukes*, KMTH, Netzwerken wie *Chika Daigaku*, *Shirōto no Ran* und *IWJ*, von NGOs und von Aktivist:innen und Intellektuellen wie Eiji Oguma, Sabu Kohso oder Yoshitaka Mōri und anderen eine Rolle. Die Themen sind meist basisdemokratische Ideen, die für einen Rückzug aus der »autoritären/repräsentativen Demokratie« plädieren, und ein Umdenken durch die Stärkung von solidarischen kommunalen Strukturen und Selbstverwaltungsmustern fordern (GONOI 2012; MIYADAI 2012: 106–107; OGURA 2010; SHIRAKAWA 2012).

Die Koalitionen und Netzwerke arbeiten daran, sowohl die ausdifferenzierten Lebensstile in der »postfordistischen« Gesellschaft als auch die globalisierungskritischen Bewegungen als Vorbereitung auf eine Änderung der gesamten gesellschaftlichen Struktur zusammen zu denken. Die transnationale Basis der Konflikte aller »Post-3.11-Bewegungen« zeigt aber auch, dass die lokalen Proteste immer mehr zu einem globalen sozialen Gebilde werden können. Dass die Möglichkeiten einer solchen breiten Öffentlichkeit erst nach Fukushima oder 3.11 wahrgenommen wurden, aber der Weg schon seit mehr als einem Jahrzehnt durch dieselben Gruppen und Aktivist:innen gebahnt wurde, ist ebenso der Verdienst der gegenseitigen Soli-

darisierung der Protestbewegungen und ihrer vielzähligen Erfahrungen seit Seattle und Hokkaidō. Die Möglichkeiten, eine politisch motivierte soziale Bewegung zu werden, die »Stimme zu erheben«, »die Welt zu verändern« und die »Gesellschaft« zu formen, wie das Handbuch »Demo iko!« anpreist, sind in Ansätzen schon für viele, die ihre alternativen Lebensformen als Protest einsetzen, zur Alltagspraxis geworden. Vor diesem Hintergrund ist eine Neubetrachtung der sozialen Dynamiken des Protests, die in der japanischen Zivilgesellschaft nicht nur nach Fukushima als »massive Turbulenzen« (KOHSO 03.03.2012) gesehen werden können, zusammen mit der Anwendung neuer soziologischer und ökonomischer Theorien und Alternativen unabdingbar.

Literatur

- AMAMIYA, KARIN (2010), *Hangeki Karuchā: Prekariāto no Yutaka na Sekai* [Gegenkultur: Die reiche Welt des Prekariats], Tōkyō: Kadokawa Gakugei Suppan.
- ANOTHER NYC (15.05.2012), *May 15: Global Day of Action*, <http://anothernyc.org/may-15> (17.06.2012).
- AS (ASAHI SHIMBUN) (21.06.2012), »Tokyo Assembly Votes Down Nuclear Referendum Ordinance«, http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201206210045 (20.07.2012).
- AS (ASAHI SHIMBUN) (19.07.2012), »Anti-Nuclear Protests Show how Japan Is Becoming an Ordinary Nation, Scholar Says (Interview with Oguma Eiji)«, <http://ajw.asahi.com/article/0311disaster/opinion/AJ201207190080> (20.07.2012).
- CHAN, JENNIFER (2008), *Another Japan is Possible: New Social Movements and Global Citizenship Education*, Stanford: Stanford University Press.
- CHIKA DAIGAKU (17.12.2011), »Chika Daigaku goes to Keisanshō mae Tendo Hiroba«, <http://www.chikadaigaku.net> (25.04.2012).
- CHIKA DAIGAKU (2012), <http://www.chikadaigaku.net> (25.04.2012).
- DELLA PORTA, DONATELLA (24.08.2011), »The Road to Europe: Movements and Democracy«, in: *Open Democracy: Free Thinking for the World*, <http://www.opendemocracy.net/donateLLa-della-porta/road-to-europe-movements-and-democracy> (18.05.2012).
- FUCHIGAMI, TARŌ (28.09.2012), »Was sind die Zelte vor dem METI?«, in: *Textinitiative Fukushima*, <http://www.textinitiative-fukushima.de/pages/projekte/japanologie-leipzig/protestaktionen/tento-hiroba---zelte-vor-dem-meti.php> (13.04.2012).
- G8AN (G8 ACTION NETWORK) (2008a), »Approbation Organizations«, <http://www.jca.apc.org/alt-g8/ja/node/22> (20.12.2011).

- G8AN (G8 ACTION NETWORK) (2008b), »G8 Kokusai Taikō Fōramu Jikkō I'inkai Setsuritsuno Oshirase« [Mitteilung über die Gründung eines Exekutivausschusses des internationalen G8 Widerstands-Forums], <http://www.jca.apc.org/alt-g8/ja/node/138> (20.12.2011).
- G8SSFH (G8 SAMITTO SHIMIN FŌRAMU HOKKAIDŌ) (2008), <http://kitay-hokkaido.net> (15.05.2012).
- GIPFELSOLI (2012), »Summit Protests Archive Hokkaido«, http://gipfelsoli.org/Home/Hokkaido_2008 (20.07.2012).
- GONOI, IKUO (2012), »Demo« to ha Nani ka? Henbō suru chokusetsu Minshushugi [Was ist eine »Demo«? Sich schnell verändernde direkte Demokratie], Tōkyō: NHK Books.
- GRAEBER, DAVID (2011), *Debt: The First 5000 Years*, Brooklyn: Melville House.
- HERKENRATH, MARC (2009), »Nord-Süd-Differenzen in der globalisierungskritischen Bewegung: Viel Lärm um Nichts? Ergebnisse einer Umfrage an den Weltsozialforen 2005 und 2007«, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 19 (3): 379–407.
- HERKENRATH, MARC (2011), *Die Globalisierung der sozialen Bewegungen*, Wiesbaden: VS Verlag.
- HIRAI, GEN (23.03.2011), »Inmitten von Erschütterungen: Die ›Untergrund-Universität‹ öffnet wieder«, in: *Textinitiative Fukushima*, <http://www.textinitiative-fukushima.de/pages/projekte/abgeschlossene-projekte/japanologie-leipzig/hirai-gen---inmitten-von-erschuetterungen-die-bdquountergrund-universitaetldquo-oeffnet-wieder.php> (25.04.2012).
- IRA (IRREGULAR RHYTHM ASYLUM) (2012), <http://irregular.sanpal.co.jp/> (20.07.2012).
- IWJ (INDEPENDENT WEB JOURNAL) (2012), <http://iwj.co.jp/>(13.07.2012).
- IWJ TOKYO (INDEPENDENT WEB JOURNAL TOKYO) (17.04.2012), »120417 Saikadō Hantai Hangā Sutoraiiki Kishakaiken @ Keisanshō mae Tento Hiroba« [Pressekonferenz zum Hungerstreik gegen die Wiederinbetriebnahme am 17. April 2012 @ Tento Hiroba], <http://www.ustream.tv/recorded/21908788> (19.04.2012).
- KHAGRAM, SANJEEV, JAMES V. RICKER und KATHRYN SIKKINK (Hg.) (2002), *Restructuring World Politics: Transnational Social Movements, Networks, and Norms*, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- KMTH (KEISANSHŌ MAE TENTO HIROBA) (2011), <http://tentohiroba.tumblr.com> (25.04.2012).
- KMTH (KEISANSHŌ MAE TENTO HIROBA) (25.06.2012), »Ōi Genpatsu no Saikadō o yamero!« [Stoppt die Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerks Ōi], <http://tentohiroba.tumblr.com/post/25918573905> (28.06.2012).
- KOHSO, SABU (2006), »Angelus Novus in Millennial Japan«, in: TOMIKO YODA und HARRY HAROOTUNIAN (Hg.), *Japan after Japan: Social and Cultural Life from the Recessionary 1990s to the Present*, Durham: Duke University Press, S. 425–438.

- KOHSO, SABU (2011), »3.11 Ikō no chikyūteki Anakizumu« [Globaler Anarchismus seit 3.11], in: KAWADE SHOBŌ SHINSHA HENSHŪBU (Hg.), *Shisō toshite no 3.11* [Der 3.11 als Konzept], Tōkyō: Kawade Shobō Shinsha, S. 175–188.
- KOHSO, SABU (03.03.2012), »Turbulence of Radiation and Revolution«, in: *Through Europe*, <http://th-rough.eu/writers/kosho-eng/turbulence-radiation-and-revolution> (20.07.2012).
- LEE, FELIX (08.07.2008), »Die Pokemon-Demonstranten«, in: *Die Tageszeitung*, <http://www.taz.de/!19795/> (20.06.2012).
- LESER, JULIA und CLARISSA SEIDEL (2011), »Interview with Matsumoto Hajime, 29th April 2011, Shirōto no Ran Shop, Kōenji«, in: *Textinitiative Fukushima*, <http://www.textinitiative-fukushima.de/pages/projekte/japanologie-leipzig/protestaktionen/interview-mit-matsumoto-hajime.php> (24.05.2012).
- LISCUTIN, NICOLA (21.11.2011), »Indignez-Vous!« Fukushima, New Media and Anti-Nuclear Activism in Japan«, in: *Japan Focus*, <http://www.japanfocus.org/-Nicola-Liscutin/3649> (05.12.2011).
- LOREY, ISABELL (2011), »Non-Representationist, Representist Democracy«, in: *EIPCP: Occupy and Assemble*, <http://eipcp.net/transversal/1011/lorey/en> (18.05.2012).
- MATSUMOTO, HAJIME (2011), »Matsumoto Hajime-san: Shirōto no Ran« [Matsumoto Hajime vom Aufstand der Laien], in: *TwitNoNukes* (Hg.), *Demo iko! Koe o agereba, Sekai ga kawaru – Machi o arukeba, Shakai ga mieru* [Macht Demo! Wenn wir die Stimme erheben, ändern wir die Gesellschaft – Wenn wir in der Stadt herumlaufen, können wir die Gesellschaft sehen], Tōkyō: Kawade Shobō Shinsha, S. 50–51.
- MCAN (METROPOLITAN COALITION AGAINST NUKES) (2012), <http://coalitionagainstnukes.jp/> (20.07.2012).
- MCAN (METROPOLITAN COALITION AGAINST NUKES) (29.06.2012), »Shuto Hangenpatsu Rengō de yobikakete iru Sōritaisi Kantei mae Teigikōdō ni tsuite« [Über den Aufruf der MCAN zu Protestaktionen vor dem Amtssitz des Premierministers], <http://fpaj.jp/wp-content/uploads/2012/06/083fd3de054847ff46a5c6235f5f713d.pdf> (20.07.2012).
- MISHIMA, KEN'ICHI (05.05.2011), »Des Pudels Kern«, in: *Die Zeit*, <http://www.zeit.de/2011/19/Japan/komplettansicht> (20.07.2012).
- MIYADAI, SHINJI (2012), »Pitfalls of the ›Nuclear Power Reduction Movement«, in: *International Journal of Japanese Sociology*, 21: 98–107.
- MÖRI, YOSHITAKA (2003), *Bunka = Seji: Gurōbarizēshon Jidai no Kūkan Hanran* [Kultur = Politik: Widerstand im Zeitalter der Globalisierung], Tōkyō: Getsuyōsha.
- MÖRI, YOSHITAKA (2011), »Demo no Hōhōron« [Die Logik der Demos], in: *TwitNoNukes* (Hg.), *Demo iko! Koe o agereba, Sekai ga kawaru – Machi o arukeba, Shakai ga mieru* [Macht Demo! Wenn wir die Stimme erheben, ändern wir die Gesellschaft – Wenn wir in der Stadt herumlaufen, können wir die Gesellschaft sehen], Tōkyō: Kawade Shobō Shinsha, S. 31–36.

- NAGATA, KAZUAKI (30.06.2012), »Protest Rally against Noda, Oi Reactor Restarts Intensifies«, in: *Japan Times*, <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120630a1.html> (20.07.2012).
- NAKAGAWA, KEI (09.11.2011), »Toward Sustainable Occupations by Amateurs: Reflections on the OWS – Shiroto no Ran Flying Seminar«, in: *Deliberately Considered*, <http://www.deliberatelyconsidered.com/2011/11/toward-sustainable-occupations-by-amateurs-reflections-on-the-ows-%E2%80%93-shiroto-no-ran-flying-seminar/> (25.04.2012).
- NOG8AIT (NO! G8 ACTION INFORMATION TOUR) (28.02.2008a), »No! G8 Action Information Tour Part 1«, <http://youtu.be/gEiwD42rnWU> (20.07.2012).
- NOG8AIT (NO! G8 ACTION INFORMATION TOUR) (28.02.2008b), »No! G8 Action Information Tour Part 2«, <http://youtu.be/cFMXZH1nWWg> (20.07.2012).
- NOG8AN (NO G8 ACTION NETWORK) (2008), »No G8 Action Network: International People's Solidarity in Japan«, http://www.europe-solidaire.org/IMG/article_PDF/article_a10572.pdf (20.07.2012).
- NOHLEN, DIETER und RAINER-OLAF SCHULTZE (Hg.) (2009), *Lexikon der Politikwissenschaft, Band 2 N–Z: Theorien, Methoden, Begriffe*, München: C.H. Beck.
- OCCUPY KASUMIGASEKI (2012), <http://occupykasumigasekijapan.tumblr.com/> (20.03.2012).
- OGUMA, EIJI (20.04.2012), *Historical Background of the Fukushima Accident and the Anti-Nuclear Movement*, <http://www.ustream.tv/recorded/21993883> (20.05.2012).
- OGURA, TOSHIMARU (2007), *Tozasareta ›Jiyū no Kūkan‹ kara shakaiteki Kūkan no Orutanatibu he* [Von abgeschlossenen »freien Räumen« zu der Alternative eines gesellschaftlichen Raums], http://alt-movements.org/no_more_capitalism/modules/documents/index.php?content_id=41 (17.01.2012).
- OGURA, TOSHIMARU (2010), *Teikō no Shutai to sono Shisō* [Das Subjekt des Widerstands und seine Idee], Tōkyō: Impakuto Shuppan.
- P4P (PARTIES 4 PEACE) (2012), <http://parties4peace.com> (18.12.2011).
- PPSGJ (PEOPLE'S PLAN STUDY GROUP JAPAN) (2012), <http://www.peoples-plan.org/jp/> (23.07.2012).
- REDWOLF, MISA0 (2011), »Hyōgen no Shikata Hitotsu de, tsunagaru Koto ga dekiru« [Eine Ausdrucksweise, mit der wir uns verbinden können], in: TwitNoNukes (Hg.), *Demo iko! Koe o agereba, Sekai ga kawaru – Machi o arukeba, Shakai ga mieru* [Macht Demo! Wenn wir die Stimme erheben, ändern wir die Gesellschaft – Wenn wir in der Stadt herumlaufen, können wir die Gesellschaft sehen], Tōkyō: Kawade Shobō Shinsha, S. 52.
- RUCHT, DIETER (1994), *Modernisierung und neue soziale Bewegungen*, Frankfurt: Campus.
- RUCHT, DIETER (2001), »Soziale Bewegungen als Signum demokratischer Bürgergesellschaft«, in: RICHARD MÜNCH und CLAUS LEGGEWIE (Hg.), *Demokratische Bürgergesellschaft*, Frankfurt: Suhrkamp, S. 321–336.

- RUCHT, DIETER und WILHELM NEIDHARDT (2007), »Soziale Bewegungen und kollektive Aktionen«, in: HANS JOAS (Hg.), *Lehrbuch der Soziologie*, Frankfurt: Campus, S. 627–651.
- SCHÖNBERGER, KLAUS und OVE SUTTER (2009), »Kommt herunter, reiht euch ein...: Zur Form des Protesthandelns sozialer Bewegungen«, in: KLAUS SCHÖNBERGER und OVE SUTTER (Hg.), *Kommt herunter, reiht euch ein...: Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*, Berlin: Assoziation A, S. 7–29.
- SHIRAKAWA, MASUMI (2012), »Tokushū ni atatte« [Zur Sonderausgabe], in: *Kikan Pipuruzu Puran* [Vierteljahreszeitschrift People's Plan], 58: 34–36.
- SLATER, DAVID H., NISHIMURA KEIKO und LOVE KINDSTRAND (2012), »Social Media, Information, and Political Activism in Japan's 3.11 Crisis«, in: JEFF KINGSTON (Hg.), *Natural Disaster and Nuclear Crisis in Japan: Response and Recovery after Japan's 3/11*, London: Routledge, S. 94–108.
- TANJI, MIYUME (2006), *Myth, Protest and Struggle in Okinawa*, London: Routledge.
- TARROW, SYDNEY (2005), *The New Transnational Activism*, New York: Cambridge University Press.
- TARROW, SYDNEY (10.10.2011), »Why Occupy Wall Street is not the Tea Party of the Left«, in: *Foreign Affairs*, <http://www.foreignaffairs.com/articles/136401/sidney-tarrow/why-occupy-wall-street-is-not-the-tea-party-of-the-left> (10.11.2011).
- TWITNONUKES (Hg.) (2011), *Demo iko! Koe o agereba, Sekai ga kawaru – Machi o arukeba, Shakai ga mieru* [Macht Demo! Wenn wir die Stimme erheben, ändern wir die Gesellschaft – Wenn wir in der Stadt herumlaufen, können wir die Gesellschaft sehen], Tōkyō: Kawade Shobō Shinsha.
- YANG, MANUEL (23.06.2012), »Hydrangea Revolution«, in: *J-Fissures*, <http://www.jfissures.org/2012/06/23/hydrangea-revolution/> (10.07.2012).
- YOSHIMI, SHUN'YA (2011), »Noch ein Jahr 1970: Radioaktiver Regen und amerikanischer Schirm«, in: *Textinitiative Fukushima*, <http://www.fukushima.de/pages/projekte/japanologie-leipzig/kritische-oeffentlichkeit/yoshimi-shunya---radioaktiver-regen-und-der-amerikanische-schirm.php> (20.07.2012).

Lebensmittelsicherheit in Japan nach Fukushima: Produzenten versus Konsumenten?

Food Safety in Post-Fukushima Japan:
Producers versus Consumers?

Cornelia Reiher

After the Fukushima nuclear accident many Japanese consumers feel irritated and seek reliable information on radiation levels in food and on the threats that radioactivity may pose to their health. The Japanese government has introduced limits on radioactivity in food but has been criticized for its late response to food safety issues and for mainly trying to calm food fears amongst Japanese consumers. Since the government does not provide sufficient information, other actors step in. While some organizations promote food products from the Tōhoku area in solidarity with local farmers, Citizen's Radioactivity Measurement Stations or food distribution networks offer radiation measuring to consumers and farmers. Some retailers and co-ops are even drawing up their own radiation safety standards. My paper introduces different actors which provide consumers with information on food safety and analyses power relations in the field of food safety in post-Fukushima Japan.

1. Einleitung

An einem Februartag des Jahres 2012 besuche ich die Stadt Nihonmatsu, die etwa 50 km vom havarierten Atomkraftwerk Fukushima Dai'ichi entfernt liegt. Es schneit und ich frage mich, wie viele radioaktive Partikel mit dem Schnee auf die Erde und auf meine Kleidung fallen.¹ Die Gewächshäuser des 70-jährigen Biobauern Ichirō Ikeda² sind eingeschneit. Darin zieht er neue Pflänzchen – Brokkoli, Salat, Kohl. Aber eigentlich, so meint er, kann er außerhalb der Präfektur weder den Reis noch das Gemüse, das er seit vierzig Jahren ohne Verwendung von Agrarpestiziden anbaut, verkaufen. Die Erde, die Luft, das Wasser, alles sei verseucht.

Zahlreiche Berichte über das Schicksal der Bauern in der Präfektur Fukushima wurden seit der Dreifach-Katastrophe am 11. März 2011 in der japanischen und in der internationalen Presse veröffentlicht. Die Solidarität mit den Bauern zeigt sich in den Ständen und Läden in Tōkyō, in denen explizit Produkte aus der Region verkauft werden, um die Bauern zu unterstützen. Verbraucherkooperativen bieten spezielle Lebensmittelsets mit Produkten aus Fukushima an und die japanische Regierung entsandte im April 2011 den damaligen Regierungssprecher Edano nach Fukushima, wo er öffentlich Obst und Gemüse aus der Region verzehrte, um deren Unbedenklichkeit zu demonstrieren (SPIEGEL 12.04.2011).

Aber wie sieht die Konsumentenperspektive aus? Bis heute wird immer wieder Radioaktivität in japanischen Lebensmitteln nachgewiesen – nicht immer bevor sie auf den Markt gelangen. Direkt nach dem Unfall im Atomkraftwerk Fukushima Dai'ichi wurden zunächst hohe Mengen radioaktiven Jods in Gemüse und Milch aus der Präfektur Fukushima und selbst im Trinkwasser in Tōkyō gemessen (FRID 2011). Da radioaktives Jod mit acht Tagen eine vergleichsweise kurze Halbwertszeit hat, häufen sich seit Mitte April 2011 vor allem Funde radioaktiven Cäsiums, die wegen der längeren Halbwertszeit von zwei bzw. dreißig Jahren von Cäsium 134 respektive Cäsium 137 seitdem andauern.

Seit der Festlegung von vorläufigen Grenzwerten für radioaktive Substanzen in Lebensmitteln durch das Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt (MHLW) Ende März 2011 gelangten immer wieder Lebensmittel auf den japanischen Markt, welche diese Grenzwerte überschritten. Die geographische Dimension der radioaktiven Kontaminierung von Agrarprodukten wurde deutlich als auch radioaktiver Tee aus der immerhin 300 km von Fukushima Dai'ichi ent-

1. Auf der Internetseite eines Netzwerks zur Messung von Radioaktivität in der Luft erfahre ich am nächsten Tag, dass in Nihonmatsu an diesem Tag eine Strahlung von 580 Nanosievert pro Stunde gemessen wurde, normal seien ca. 50 Nanosievert. Vgl. <http://j-civ.iidj.net/map/> (26.02.2012).
2. Die Namen der Interviewpartner sind Pseudonyme.

fernten Präfektur Shizuoka entdeckt wurde. Gleichzeitig offenbarte der Verkauf von verseuchtem Rindfleisch in ganz Japan im Juli 2011 japanischen Konsumenten die Komplexität des Zusammenhangs von Nahrungskette und Lebensmittelbranche, da die Rinder zwar nicht selbst aus der betroffenen Region stammten, aber mit radioaktiv kontaminiertem Heu aus der Nähe des Atomkraftwerks gefüttert worden waren (APJF 2011: 3). Um die weitere Verbreitung verseuchter Lebensmittel auf dem japanischen Markt zu unterbinden, verhängte die japanische Regierung im August 2011 Lieferstopps für zahlreiche Agrarprodukte. Diese wurden aber bis Ende 2011 teilweise wieder aufgehoben (YS 01.11.2011). Dennoch rissen die Meldungen über radioaktiv verseuchte Nahrungsmittel bis zum Frühjahr 2012 nicht ab. So wurden im März 2012 Sandaale an der Küste der Präfektur Fukushima gefangen, die über 14.000 Becquerel pro Kilogramm (Bq/kg) radioaktives Cäsium³ enthielten. Auch in Süßwasserfischen aus Flüssen der Präfektur Fukushima wurden ähnlich hohe Werte gemessen (MS 29.03.2012).

Im Februar 2012 fand ich in Supermärkten von Kyūshū (vereinzelt) bis Tōhoku (häufig) Gemüse aus der Präfektur Fukushima. Dem MHLW und dem Ministerium für Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft (MAFF) zufolge gelangen aber nur noch solche Lebensmittel in die Supermarktregale, welche die offiziellen Grenzwerte nicht überschreiten. Die Informationen über Grenzwerte, Messungen, Lieferverbote und über die Auswirkungen radioaktiver Substanzen in Lebensmitteln auf die Gesundheit, welche die japanische Regierung nach dem 11. März verbreitete, werden von Verbraucherschutzorganisationen innerhalb und außerhalb Japans als unzureichend kritisiert (FOODWATCH 2011; CUJ 2011).

Viele Konsumenten in Japan sind verunsichert und versuchen, sich über die von verstrahlten Lebensmitteln ausgehenden Gefahren zu informieren. Die zentrale Frage dieses Aufsatzes lautet daher: Welche Informationen stellen die japanische Regierung, Lebensmittelproduzenten, Händler und Verbraucher(schutz)gruppen japanischen Konsumenten zur Verfügung, um sie über Radioaktivität in Lebensmitteln zu informieren? Die Untersuchung der Risikokommunikation dieser Akteure soll Einblick in die »Herrschaftsverhältnisse der Risikoin szenierung« (BECK 2007: 5) geben und Aussagen darüber ermöglichen, wer die umkämpfte Definitivität darüber hat, was »sichere Lebensmittel« nach dem 11. März 2011 sind.

Natürlich informieren sich japanische Konsumenten auch in sozialen Netzwerken, Blogs und in der Ratgeberliteratur. Im Gegensatz zu vielen Verfassern von Blogbeiträgen und Ratgeberliteratur sind die hier zu untersuchenden Akteure jedoch etabliert, klar identifizierbar und – wenn auch in unterschiedlicher Quali-

3. Die damaligen Grenzwerte lagen bei 500 Bq/kg.

tät und Quantität – organisiert und untereinander vernetzt. Der Aufsatz basiert auf den Ergebnissen einer Befragung japanischer Konsumenten per E-Mail (Juli bis September 2011) und qualitativer Interviews mit Vertretern von Verbraucherschutzverbänden, Bauern, Vertretern der Lebensmittelindustrie und Verbraucherkooperativen (Februar 2012) sowie auf der Analyse von Informationen staatlicher Behörden und von Medienbeiträgen zum Thema Lebensmittelsicherheit.

2. Lebensmittelsicherheit, Risiken und Kommunikation

In der sozialwissenschaftlichen Forschung über Lebensmittelsicherheit und Risiken im Lebensmittelbereich wird davon ausgegangen, dass Lebensmittelsicherheit und Risiken konstruiert und das Ergebnis politischer Aushandlungsprozesse sind (BUSCH 2004; NESTLE 2003). NESTLE (2003: 1) weist darauf hin, dass es bei Diskussionen um Lebensmittelsicherheit um weit mehr geht als nur darum, sich die Hände zu waschen und Essen bei höheren Temperaturen zu kochen. Betroffen sind die Interessen mächtiger Lebensmittelkonzerne und Agrarlobbyisten, deren oberstes Ziel die Gewinnmaximierung ist. Besonders problematisch sei die Komplexität der Lebensmittelbranche. Jedes Unternehmen, das mit einem Lebensmittel vom Saatgut bis zum fertig verpackten Produkt im Supermarkt zu tun hat, bemühe sich, die Verantwortung auf einen anderen Akteur innerhalb der Produktions- und Distributionskette bis hin zum Verbraucher abzuwälzen.

Jeder dieser Akteure trifft aber auch eigene Entscheidungen darüber, wie mit Risiken umzugehen und wie diese den Verbrauchern zu kommunizieren sind. Risiko-Kommunikation umfasst laut FRENCH, MAULE und MYTHEN (2005) das Erklären von und die Beratung zu Risiken, die sich an verschiedene Akteure richtet. Im Lebensmittelbereich gehören dazu häufig die Kennzeichnung von Produkten und die Informationsverbreitung via Massenmedien. Ein wichtiger Bestandteil des Risikomanagements ist die Bewertung und Gewichtung der prognostizierten Auswirkungen von Risiken durch die Entscheidungsträger. Diese Einschätzung von Bedeutung und Relevanz der Risiken variiert je nach Akteursgruppe und auch innerhalb dieser Gruppen. Die Bewertung der Wichtigkeit wird oft auf »wissenschaftlicher« Basis getroffen. Wissenschaft und der Prozess der Gewichtung werden aber von FRENCH, MAULE und MYTHEN (2005) als subjektiv und nicht als unhintergebar und objektiv verstanden.

Problematisch ist, dass Risiko-Management häufig auf der Basis von Hypothesen darüber, was passieren könnte, operieren muss, da gerade im Bereich von

Lebensmittelrisiken selten ausreichende Daten existieren, die Auswirkungen und Ausmaß von Risiken belegen könnten. Risiko-Kommunikation erfordert nach FRENCH, MAULE und MYTHEN (2005: 879) die wissenschaftliche Beurteilung von Risiken für alle involvierten Akteure, die Durchführung von Gegenmaßnahmen sowie eine Kommunikation, die allen Akteuren das Verständnis der Risiken und entsprechende Entscheidungen ermöglicht. Laut BECK (2007: 61) heben aber Großgefahren wie Atomkraft die Berechenbarkeit von Risiken auf, da mit ihnen nicht-eingrenzbare, globale und oft irreparable Schädigungen verbunden seien. Besonders problematisch sei, dass z.B. ein Atomunfall »raum-zeitlich unbegrenzt« sei und »zu einem Ereignis mit Anfang und ohne Ende, zu einem ›open-end-festival‹ der schleichenden, galoppierenden und sich überlagernden Zerstörungen« (BECK 2007: 62) werde. Daher erwiesen sich »Normalitätsstandards, Messverfahren und damit die Kalkulationsgrundlagen für Gefahren [...] als unanwendbar« (BECK 2007: 62).

3. Lebensmittelsicherheit in Japan vor Fukushima

Um die spezifischen Reaktionen und Informationspolitiken verschiedener Akteure nach der Atomkatastrophe einordnen zu können, gebe ich zunächst einen kurzen Überblick über die bisherigen Agenden von Verbrauchern, Produzenten und der japanischen Regierung. Waren bis in die 1960er Jahre hinein Fragen nach einer ausreichenden Versorgung mit Lebensmitteln (*food security*) wichtiger als die Sicherheit der Lebensmittel (*food safety*), wandelte sich der Fokus der Verbraucher in den 1960er Jahren (JUSSAUME 2001). Besonders Mütter hinterfragten die exzessive Verwendung von Agrarpestiziden in der japanischen Landwirtschaft. Verbraucherkooperativen sowie zahlreiche lokale Verbrauchergruppen wurden in den 1960er und 1970er Jahren gegründet, um ihre Mitglieder mit »sicheren« Lebensmitteln zu versorgen. Mit »Sicherheit« war damals hauptsächlich der Verzicht auf Agrarpestizide gemeint. Die Kooperativen schlossen Verträge mit solchen Produzenten ab, die bereit waren, diese Anforderungen zu erfüllen.

In den 1990er Jahren gerieten genetisch veränderte Pflanzen in den Fokus von Konsumenten und Verbraucherschützern. JUSSAUME (2000: 211) zufolge zeugt besonders der stark wachsende Sektor der ökologischen Landwirtschaft von einem großen Bewusstsein für Fragen von Lebensmittelsicherheit unter den japanischen Konsumenten. Aber auch heute kämpfen Verbraucherschutzgruppen wie Nihon Shōhisha Renmei (CUJ, Consumers Union of Japan) oder Organisationen des

Seikyō-Netzwerkes gegen Zusatz- und Farbstoffe oder Geschmacksverstärker in Lebensmitteln und gegen Etikettenschwindel.

Das Vertrauen der Konsumenten wird immer wieder durch Lebensmittel-skandale erschüttert (KAWAGISHI 2008). Häufig geht es bei diesen Skandalen um Etikettenschwindel. Dazu gehören falsche Herkunftsangaben ebenso wie die Verfälschung von Haltbarkeits- und Verbrauchsdatum und Inhaltsstoffen. Prominent war der *gyōza*-Vorfall im Jahr 2008. Ein japanischer Lebensmittelhändler hatte in China produzierte Tiefkühl-Teigtaschen, die Rückstände von Agrarpestiziden enthielten, an Supermärkte in Japan geliefert. Zahlreiche Verbraucher erlitten danach Lebensmittelvergiftungen. Die japanischen Medien propagierten daraufhin exzessiv die Gefährlichkeit chinesischer Lebensmittel und die Rückbesinnung auf in Japan produzierte Lebensmittel (KAWAGISHI 2008: 16). Diese Panikmache ist problematisch, weil Japans Selbstversorgungsrate auf Kalorienbasis im Jahr 2010 bei 40 Prozent lag (STATISTICS BUREAU 2012) und Japan auf Lebensmittelimporte angewiesen ist – die 2009 zu 13 % aus China kamen (JETRO 2010). Überdies verschleiert diese Rhetorik auch die Verantwortung der involvierten japanischen Lebensmittelunternehmen und versucht von den zahlreichen, durch einheimische Lebensmittelhersteller verursachte Lebensmittelskandale innerhalb Japans abzulenken (KAWAGISHI 2008).

TAKEDA (2008) stellt einen starken Nationalismus in Diskursen über Ernährung und Lebensmitteln in Japan fest. Dieser Nationalismus entsteht nicht zuletzt aus der engen Verknüpfung von Lebensmittelsicherheit, Handelspolitik und japanischer Esskultur (REIHER 2009, OHNUKI-THIERNEY 1995). Die niedrige japanische Selbstversorgungsrate ist ein Politikum, das nicht nur durch die langjährigen engen Verflechtungen des Verbands der Landwirtschaftlichen Kooperativen (Nōgyō Kyōdō Kumiai, kurz: Nōkyō), Ministerium für Agrarindustrie, Forstwirtschaft und Fischerei (MAFF) und der LDP problematisiert (MULGAN 2005), sondern auch von Verbraucherschützern thematisiert wird. Auf staatlicher Seite hat das zu verschiedenen Versuchen geführt, den Konsum einheimischer Produkte zu stärken. Gesetze wie das Basic Law on Food Education (*shokuiku kihonhō*) von 2005 und das Basic Law on Food Safety (*shokuhin anzen kihonhō*) von 2003 implizieren, dass einheimische Agrarprodukte sicherer als importierte Lebensmittel seien. Entsprechend wird z.B. der Direktverkauf lokal angebauter Produkte (*chisan chishō*) auf lokaler Ebene gefördert, um die japanische Landwirtschaft zu unterstützen und damit die Selbstversorgungsrate zu erhöhen (HIRATA-KIMURA und NISHIYAMA 2007).

4. Die Konsumentenperspektive

Laut der von Oktober bis November 2011 durchgeführten staatlichen Umfrage zum Lebensstil der japanischen Bevölkerung ist es auch nach dem Erdbeben im März 2011 nur für 28 % der Befragten wichtig, auf die Sicherheit von Lebensmittel zu achten (NAIKAKUFU 2011).⁴ Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz haben nach dem Erdbeben also für viele Japaner nicht die höchste Priorität. Eine eigene qualitative Emailbefragung von 64 Konsumenten aus den Regionen Kyūshū, Kantō und Kansai⁵ ergab, dass sich das Verhalten beim Lebensmittelkauf nach der Atomkatastrophe bei knapp der Hälfte der Befragten gar nicht und bei 14 % nur geringfügig verändert hat; 35 % der Befragten gaben jedoch an, dass sich ihr Einkaufsverhalten grundlegend gewandelt habe.

90 % derjenigen Befragten, die ihre Konsumgewohnheiten seit dem 11. März 2011 verändert haben, achten mehr auf die Herkunft der Lebensmittel, die sie kaufen. Sie wollen keine Lebensmittel aus der Tōhoku-Region kaufen, erwähnen aber auch, dass sie deswegen ein schlechtes Gewissen haben wie diese 30-jährige Frau aus Kanagawa:

Ich habe bisher sehr gern Gemüse und Reis aus Tōhoku gekauft, aber seit dem Atomunfall meide ich Produkte aus Tōhoku. Weil die Gefahr der radioaktiven Verstrahlung besteht und ich davor Angst habe, kann ich sie nicht mehr kaufen. Wenn es nur um die Folgen von Erdbeben und Tsunami ginge, würde ich wirklich gern Produkte aus Fukushima kaufen, um den Wiederaufbau zu unterstützen, aber weil ich an die Möglichkeit der Verstrahlung denke, kann ich sie einfach nicht kaufen, auch wenn mir das sehr leid tut.

Eine Frau aus Ōsaka in den Fünfzigern gab an, seit dem 11. März nur noch Konserven zu kaufen, weil sie sichergehen möchte, dass Gemüse und Fisch vor dem

4. Mehrfachantworten waren möglich. Antwortmöglichkeiten waren z.B. Strom sparen, die Familie, die Liebe zum Heimatort etc.
5. Die Befragung wurde zwischen Juli und Oktober 2011 durchgeführt. Es nahmen 24 Personen aus Kyūshū, 18 Personen aus Kansai, 17 Personen aus Kantō und fünf Personen aus anderen Regionen Japans teil. Während die Altersgruppen zwischen 20 und 80 Jahren relativ gleichmäßig vertreten sind, waren 80 % der Teilnehmer weiblich. Damit ist die Umfrage keineswegs repräsentativ, gibt aber Hinweise auf Themen, die im Bereich Lebensmittelsicherheit nach Fukushima relevant sein könnten. Aus den Ergebnissen der Umfrage entwickelte ich den Interviewleitfaden für 26 qualitative Interviews, die ich im Februar 2012 mit Verbraucherschützern, Lebensmittelproduzenten, Händlern und Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung führte.

11. März geerntet bzw. gefangen wurden. Ein Mann aus Ōsaka (40–50 Jahre), antwortete:

Ich habe aufgehört, Rindfleisch und Milch zu kaufen. Ich kaufe auch kein Blattgemüse mehr, das von weiter östlich als aus der Präfektur Aichi kommt. Ich kaufe nur noch Fische aus Küstengewässern in der Nähe, aber weil oft unklar ist, wo die Fanggründe sind, habe ich mir vorgenommen, ab nächstem Monat auf verschiedene Fischarten zu verzichten.

Auf die Frage, welche Sorgen und Ängste sie mit dem AKW-Unglück in Fukushima im Zusammenhang mit Lebensmitteln verbinden würden, antworteten nur sechs der 64 Befragten, dass sie sich keinerlei Sorgen machten, weil sie sich weit genug von Fukushima entfernt wähnten, da sie in Kansai (1) und Kyūshū (5) leben. Aus den Antworten geht hervor, dass sich die Befragten nicht ausreichend über die Auswirkungen von Radioaktivität auf die menschliche Gesundheit und darüber informiert fühlen, ob und welche Lebensmittel mit wieviel Radioaktivität belastet sind, dass sie den Informationen der Regierung nicht trauen und sich vor allem um die Zukunft der Kinder sorgen.

Entsprechend wünschen sich die Befragten »wahrheitsgemäße Informationen« und eine Kennzeichnung von Lebensmitteln, die darüber informiert, ob und mit welchem Ergebnis das Produkt auf Radioaktivität kontrolliert wurde. Ein Mann (62) aus Tōkyō wünscht sich:

[...] Informationen, die auf der Grundlage von Daten ein Urteil darüber erlauben, welche Mengen radioaktiver Substanzen welche Auswirkungen auf meinen Körper haben. Außerdem möchte ich genau wissen, welche Anbauggebiete wie stark kontaminiert sind, ebenso wie das Kontrollsystem der Lebensmittel, die auf dem Markt zirkulieren, funktioniert und ich möchte, dass die Messergebnisse veröffentlicht werden. Weil wir über radioaktive Verseuchung gar nichts wissen, ist es das Wichtigste, die Bevölkerung leicht verständlich darüber zu informieren. Darüber hinaus sollen schnellstmöglich verlässliche Daten veröffentlicht werden.

Insgesamt geht aus der Umfrage ein tiefes Misstrauen gegenüber und Unzufriedenheit mit den Informationen hervor, welche die japanische Regierung und die Produzenten verbreiten. Während sich die meisten Forderungen nach zuverlässigen Informationen an die japanische Regierung richten, werden auch die Lebensmittelproduzenten aufgefordert, mehr zur Aufklärung der Konsumenten beizutragen.

5. Akteure, die Informationen über Lebensmittel verbreiten (nach dem 11. März 2011)

5.1 Staatliche Akteure

Für die Bewertung von Risiken für die Sicherheit von Lebensmitteln ist die Food Safety Commission (Shokuhin Anzen I'inkai, kurz: FSC) zuständig, die sich als unabhängiges Organ versteht, aber dennoch eng mit dem MHLW zusammenarbeitet. Die Aufgaben der FSC bestehen: (1) in der Einschätzung von Risiken, deren Bewertung und dem Aussprechen von Empfehlungen an die relevanten Ministerien, (2) in der Risiko-Kommunikation mit Konsumenten und Agrofood-Unternehmen und (3) auf Lebensmittelskandale und Notfälle zu reagieren (FSC 2012). Die gesetzlichen Grundlagen liefern drei Gesetze: der Food Sanitation Act (*shokuhin eiseihō*) von 1947, das Law Concerning Standardization and Proper Labeling of Agricultural and Forestry Products (JAS Law) von 1950 und das Basic Law on Food Safety (*shokuhin anzen kihonhō*) von 2003.

Die japanische Regierung wurde heftig für ihr Krisenmanagement nach der Atomkatastrophe in Fukushima kritisiert. Ein Vorwurf lautete, dass Lebensmittel aus Fukushima sofort nach der Explosion des Kernkraftwerks hätten vom Markt genommen werden müssen, um eine Verbreitung radioaktiven Jods zu verhindern (FOODWATCH 2011). Erst mit der Festlegung der vorläufigen Grenzwerte mehr als zwei Wochen nach der Atomkatastrophe hätte überhaupt eine Aufklärung über radioaktiv kontaminierte Lebensmittel begonnen. Gleichzeitig hätten sich Regierungsvertreter vor allem bemüht zu beteuern, dass die Aufnahme radioaktiver Strahlung durch die Nahrung keine sofortigen Auswirkungen auf die Gesundheit habe, solange kontaminierte Nahrung nicht jeden Tag gegessen werde. Dem widersprechen jedoch zahlreiche Wissenschaftler, die die Regierung für ihre Nachlässigkeit bei der Einführung eines effizienten Systems von Radioaktivitätsmessungen und der Durchsetzung von Auslieferungsverboten kritisieren (APJF 2011: 2).

5.1.1 Grenzwerte

In Japan existierten vor dem 11. März 2011 keine Grenzwerte für die Belastung von Lebensmitteln mit radioaktiven Substanzen. Daher erarbeitete die FSC bis zum 17. März 2011 Grenzwerte, die am 29. März 2011 vom Parlament verabschiedet wurden. Lebensmittel, welche diese Grenzwerte überschritten, durften nicht mehr verkauft werden. Die vorläufigen Grenzwerte wurden zunächst wegen ihrer Dringlichkeit

von der FSC ohne eine ausreichende Prüfung bereits existierender Forschung zu den Auswirkungen radioaktiver Lebensmittel auf die menschliche Gesundheit festgelegt (FRID 2011: 2). Der Strahlenphysiker NOGUCHI⁶ (2011: 25–26) hält die Grenzwerte prinzipiell für angemessen. Obwohl die vorläufigen Grenzwerte am 17. März sehr schnell beschlossen worden seien, so NOGUCHI, basierten sie doch auf einer soliden wissenschaftlichen Grundlage. Unabhängig von dem Atomunfall in Fukushima habe die Kommission für nukleare Sicherheit (Genshiryoku Anzen I'inkai) schon viel früher auf der Basis von Daten der International Commission on Radiological Protection (ICRP) einen Index für die Beschränkung der Aufnahme von Lebensmitteln und Getränken für den Notfall ausgearbeitet.

TABELLE 1: Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln für Cäsium in bq/kg

	Trinkwasser	Milch	Alle anderen Lebensmittel	Babynahrung
Vorläufige Grenzwerte Japan 29.03.2011–31.03.2012 (MHLW 2012)	200	200	500	200
Neue Grenzwerte Japan ab 01.04.2012 (MHLW 2012)	10	50	100	50
EU-Grenzwerte für Importe aus Japan (Foodwatch 2011)	200	200	500	200
EU Schubadenverordnung*	1000	1000	1250	400
FAO Codex seit 2006 (FAO 2012)	1000	1000	1000	1000

In der »Schubladenverordnung« VO 3954/87, geändert durch die VO 2218/89, wurden nach Tschernobyl Grenzwerte für den nuklearen Katastrophenfall festgelegt. Diese sind nur im Fall eines atomaren Notfalls gültig. Die weniger strengen Grenzwerte sollen im Notfall verhindern, dass nicht mehr genügend Nahrungsmittel zur Verfügung stehen. Quelle: FOODWATCH (2011: 6).

In einem Gutachten von Foodwatch Deutschland zu den Grenzwerten für radioaktive Substanzen in Lebensmitteln werden jedoch viel niedrigere Grenzwerte für Cäsium in allen Lebensmitteln gefordert. Sie sollten für Erwachsene 8 bq/kg und für Kinder 4 bq/kg nicht überschreiten dürfen (FOODWATCH 2011: 34). Die Autoren des Gutachtens verweisen überdies auf den problematischen Umgang internationaler Gremien mit den Folgen von Atomkatastrophen. Sie kritisieren, dass das Komi-

6. NOGUCHI KUNIKAZU ist ein an der Nihon Daigaku tätiger Physiker und Strahlenexperte, der im Juli 2011 einen Ratgeber zum Umgang mit radioaktiv kontaminierten Lebensmitteln publizierte (NOGUCHI 2011), der zu einem Bestseller geworden ist. Er hatte zuvor bereits zahlreiche Sachbücher zum Thema Radioaktivität veröffentlicht und in der Region um Tschernobyl über radioaktiv verseuchte Lebensmittel geforscht. Auf der Liste der *goyōgakusha* fehlt er, unterstützt aber größtenteils die Behauptung der Regierung, dass die Lebensmittel, die auf den japanischen Markt gelangen, gesundheitlich unbedenklich seien und rät vor allem, Lebensmittel vor dem Verzehr gut zu waschen, zu kochen und zu braten.

tee der Vereinten Nationen für die Wirkung Atomarer Strahlen (UNSCEAR) oder die IAEA die gesundheitlichen Folgen von Tschernobyl bewusst herunterspielten. Laut PFLUGBEIL (2012: 6) zeigt das die Ignoranz der UN-Gremien gegenüber zahlreichen wissenschaftlichen Studien, welche das Gegenteil bewiesen.

Aber auch japanische Verbraucherschutzgruppen wie CUJ und der Lebensmittellieferant Daichi o Mamorukai (DMK) kritisierten die Grenzwerte als zu hoch (CUJ 2011, DMK 2012b). Auch auf deren Druck hin, so ist sich ein Vertreter von CUJ (Interview Yasushi Yamaura 2012⁷) sicher, legte die japanische Regierung am 22. Dezember 2011 auf der Basis einer umfassenden Analyse bestehender wissenschaftlicher Arbeiten durch die FSC (2011b) neue Grenzwerte fest (siehe Tabelle 1). Die neuen Grenzwerte wurden auf der Basis der Codex-Bestimmungen der FAO errechnet, denen zufolge die maximale Dosis der durch Nahrung aufgenommenen radioaktiven Strahlung bei einem Millisievert pro Jahr liege. Zwar seien die Codex-Grenzwerte mit 1000 bq/kg doppelt so hoch wie die des MHLW, aber der Anteil radioaktiv kontaminierter Lebensmittel und damit die durchschnittliche Verzehrmenge liege in Japan erheblich höher als die theoretisch angenommene Menge, die den Codex-Grenzwerten zugrunde liege. Die neuen Grenzwerte seien unter dem Gesichtspunkt festgelegt worden, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten (KOBAYASHI 2011).

Am 1. April 2012 traten die neuen Grenzwerte für Cäsium in Kraft (MHLW 2012). Allerdings gelten die strengeren Grenzwerte für Reis und Rindfleisch erst ab Oktober 2012, um »Verwirrung bei den Verbrauchern zu vermeiden« (*THE MAINICHI* 24.02.2012). Während Verbraucherschutzgruppen wie Foodwatch oder CUJ bemängeln, dass die neuen Grenzwerte immer noch zu hoch seien, beklagen Nōkyō und einige Kommunen, dass sie im internationalen Vergleich viel zu niedrig ausfielen. Das habe verheerende Folgen für die Bauern aus Fukushima und Umgebung, die nun gar nichts mehr verkaufen könnten (NAKAMURA und KOIZUMI 2011: 1). Die neuen Grenzwerte hatten bereits vor ihrem Inkrafttreten praktische Auswirkungen. So forderten z.B. Eltern direkt nach Bekanntwerden der niedrigeren Grenzwerte im Dezember 2011, dass in der Schulspeisung keine Zutaten mehr verwendet werden dürften, welche die neuen und noch nicht gültigen Grenzwerte überschreiten (AOKI 2012).

7. Während die im Folgenden verwendeten Namen meiner Interviewpartner Pseudonyme sind, wurde der Name dieses Interviewpartners auf dessen Wunsch hin nicht anonymisiert.

5.1.2 Messungen

Nach Artikel 29 des Food Sanitation Act sind Staat und Gebietskörperschaften für Lebensmittelkontrollen zuständig. Die Präfekturen waren jedoch noch im August 2011 damit beschäftigt, überhaupt erst einmal ein System für Messungen von Agrarprodukten einzurichten (TDY 21.08.2011). Die Kommunen verfügen nicht über genügend Präzisionsgeräte zur Messung von Radioaktivität in Lebensmitteln. Sie erhielten bisher keine finanzielle Unterstützung für die Anschaffung besserer Geräte. Einige Gemeinden greifen daher auf Leasing-Angebote zurück (NAKAMURA und KOIZUMI 2011). Die fehlende staatliche Unterstützung stellt bei der ohnehin prekären Haushaltslage vieler japanischer Kommunen (HÜSTEBECK 2009: 34) ein ernstes Problem dar. Eigentlich sieht Artikel 3 des Food Sanitation Act vor, dass der Staat den Gebietskörperschaften technische und finanzielle Unterstützung gewährleisten muss, damit sie ihren Pflichten zur Kontrolle von Lebensmitteln auch nachkommen können. Bisher ist das aber nur in sehr geringem Maße erfolgt (NAKAMURA und KOIZUMI 2011).

Druck auf die Gebietskörperschaften üben auch Eltern aus, die verlangen, dass die für die Schulspeisung verwendeten Zutaten gemessen werden. Im Tōkyōer Stadtteil Setagaya-ku erreichten Eltern, dass Messgeräte angeschafft wurden und das Ministerium für Erziehung, Kultur, Sport, Wissenschaft und Technologie (MEXT) stellte im März 2012 erste Finanzmittel für 17 Präfekturen in Tōhoku und Kantō zur Verfügung, um Messgeräte zu kaufen (AOKI 2012). Auch der Physiker NOGUCHI (2011: 20) weist darauf hin, dass die Zahl der Einrichtungen, die über präzise Messgeräte verfügen, begrenzt ist. Daher können diese Messstationen auch bei voller Auslastung nicht alle Lebensmittel messen. Darüber hinaus garantieren Stichproben auch nicht, dass alle Lebensmittel tatsächlich »sicher« sind.

Viele Konsumenten sind unzufrieden mit den Messungen, weil sie lediglich – wenn überhaupt – erfahren, ob die radioaktive Belastung die Grenzwerte überschreitet, aber nicht, wie hoch die radioaktive Belastung der Lebensmittel tatsächlich ist (AOKI 2012). Eine Kennzeichnungspflicht gibt es nicht. Da die Messungen durch Kommunen, Präfekturen und staatliche Organisationen nicht ausreichen, ergreifen Produzenten, Konsumenten und Händler selbst die Initiative (FACKLER 2012). So sind zahlreiche Bürgermessstationen (Shimin Hōshanō Sokuteisho, kurz: CRMS) in der Präfektur Fukushima und in und um Tōkyō entstanden, die Bauern und Konsumenten gegen eine Gebühr von 3000 Yen anbieten, Lebensmittel zu untersuchen und die Ergebnisse im Internet zu publizieren (CRMS 2012). Auch bei der Etablierung der Bürgermessstationen spielen vor allem Eltern als Initiatoren und Unterstützer eine wichtige Rolle (AOKI 2012).

Nicht nur die Durchführung von Messungen scheint schwierig, auch die Durchsetzung von Auslieferungsverboten ist problematisch. *THE DAILY YOMIURI* berichtete im August 2011 von Bauern aus der Präfektur Miyagi, die entgegen eines Verbots der Präfekturverwaltung Reis nach Tōkyō verkauften. Eigene Messungen hatten ergeben, dass der Reis sicher sei. Ein Vertreter des MAFF kritisierte diesen Vorgang aber nicht deswegen, weil die Gesundheit der Verbraucher gefährdet würde, sondern weil die Konsumenten denken könnten, das Kontrollsystem der Präfekturen sei nicht effektiv (TDY 21.08.2011, FACKLER 21.01.2012).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass durch die Senkung der 2011 durch die japanische Regierung festgelegten Grenzwerte auch das Vertrauen der Konsumenten in deren Zuverlässigkeit gesunken ist. Hinzu kommen die Probleme von Staat und Gebietskörperschaften bei der Einführung eines flächendeckenden und transparenten Kontrollsystems für Radioaktivität in Lebensmitteln. Daher haben Lebensmittelhändler, -produzenten und Bürgergruppen eine Vielzahl alternativer Standards und Messinstanzen etabliert. Dies hat nicht nur die Unübersichtlichkeit und Verunsicherung auf Seiten der Konsumenten erhöht, sondern stellt auch die Autorität des japanischen Staates bei der Definition von Lebensmittelsicherheit in Frage. Entsprechend forderte das MAFF die Lebensmittelbranche im April 2012 auf, abweichende eigene Grenzwerte aufzugeben und sich statt dessen an die Grenzwerte der Regierung zu halten (AS 21.04.2012).

5.2 Produzenten

Das MAFF (2011) beziffert die Schäden, die der Tsunami für die Land- und Fischereiwirtschaft verursachte, im Juli 2011 mit 2,115 Billionen Yen. Durch die radioaktive Verstrahlung zahlreicher Anbaugelände in und außerhalb der Präfektur Fukushima können viele Bauern ihre Agrarprodukte außerhalb der Präfektur nicht verkaufen. Dennoch haben sie keine oder nur eine geringe Entschädigung von der Regierung erhalten. TEPCO zahlte bisher nur an diejenigen Bauern, deren Land innerhalb der Sperrzone liegt (APJF 2011: 2).

Der Bio-Bauer Ichirō Ikeda aus Nihonmatsu in der Präfektur Fukushima bewertet die Situation für die Bauern der Region als katastrophal:

Meine Geschäftsbeziehungen zu Lebensmittelhändlern wurden fast vollständig beendet. Auch über 70 % der privaten Abnehmer haben sich von uns getrennt. Jetzt sind es nicht mehr die Gefahren, die von Agrarpestiziden oder Zusatzstoffen ausgehen, sondern die Gefahren, die von Radioaktivität ausgehen, welche die

Menschen verängstigen. Dagegen wirken Pestizide weniger gefährlich, denke ich. Aus der Perspektive eines Landwirts ist die Angst besonders groß, weil nicht klar ist, ob die eigene Erde und das Wasser radioaktive Substanzen enthalten. Die lokale Verwaltung und die Bauern hier sehen sehr pessimistisch in die Zukunft. Sie sind ratlos.

Dennoch will Herr Ikeda die Landwirtschaft nicht aufgeben. Er betreibt seit 40 Jahren Bio-Landbau und war einer der Pioniere in der Präfektur Fukushima. So wird aus der Landwirtschaft in Fukushima wieder eine Subsistenzwirtschaft. Die Landwirte, die bleiben, essen ihre Produkte selbst, berichtet Mihoko Tanaka, Mutter von drei Kindern, die aus Nihonmatsu zu ihrer Familie nach Kobe geflüchtet ist und Fukushima nur noch selten besucht:

Die alten Leute sagen, dass es für sie selbst schon in Ordnung ist. Aber besonders Leute mit kleinen Kindern, auch wenn sie der Meinung sind, dass es für sie selbst in Ordnung ist, sorgen sich natürlich wegen des Essens. Sie essen weiter, was sie selbst anbauen, aber ihren Kindern und Enkeln wollen sie es lieber nicht geben. [Mein Bekannter] Herr Kondo hat die Landwirtschaft aufgegeben, weil es unmöglich geworden ist [Landwirtschaft zu betreiben]. Egal ob er testet, bevor er verkauft: die Zahl der Kunden hat sich halbiert, weil »Hergestellt in Fukushima« auf den Produkten steht.

Deshalb halten viele Bauern aus der Region wie der oben erwähnte Herr Ikeda Messungen auch nicht für hilfreich, da ohnehin niemand ihre Produkte kaufen würde. Die Strategien zahlreicher Bauern und von Nōkyō sind eher darauf ausgerichtet, Konsumenten von der Ungefährlichkeit ihrer Produkte zu überzeugen und die Aufhebung von Verkaufsverboten zu erwirken (AS 27.09.2011). Auch das MAFF hält die Veröffentlichung zu vieler Details für schädlich – für die Bauern. Es gibt aber auch Bauern in der Präfektur Fukushima, welche die Angebote der Bürgermessstationen nutzen oder sich zusammenschließen, um gemeinsam zu testen. Die nötigen Geräte wurden zum Teil aus Spenden angeschafft (FACKLER 21.01.2012).

Während das JAS Law vorschreibt, die Herkunftspräfektur frischer Produkte wie Obst, Gemüse, Fleisch oder Fisch anzugeben, ist es für Konsumenten bei weiterverarbeiteten Produkten erheblich schwieriger, die Herkunft der Inhaltsstoffe in Erfahrung zu bringen. Zwar müssen die Inhaltsstoffe und die Adresse des Händlers aufgeführt werden, nicht aber die Anbauggebiete der Zutaten. Daher, so der Leiter der Abteilung für Lebensmittelsicherheit eines großen Unternehmens für Milchprodukte, sei schwer nachvollziehbar, ob die Zutaten radioaktiv kontaminiert sind.

Daher sei die Annahme vieler Konsumenten, sie seien sicher vor kontaminierten Lebensmitteln, weil sie weit weg von Fukushima leben, falsch (Interview Akio Maeda 2012):

Nehmen wir das Beispiel Meiji. Als in der Babynahrung Radioaktivität entdeckt wurde, war die Aufregung groß, obwohl die Werte unterhalb der Grenzwerte lagen. Das Ergebnis dieser Aufregung war, dass festgestellt wurde, dass dieses Produkt überall verkauft wurde: in Kyūshū und auch in Okinawa. In ganz Japan begannen sich die Menschen zu fragen, ob in den verarbeiteten Lebensmitteln Radioaktivität enthalten ist oder nicht. Diese Angst hat zugenommen, denke ich. Was Inhaltsstoffe und frische Lebensmittel wie z.B. Gemüse betrifft, ist die Sorge hier [in Tōkyō] größer als im Westen, aber was weiterverarbeitete Lebensmittel betrifft, da ist es in ganz Japan ähnlich.

Im Dezember geriet Milchpulver für Säuglinge der Firma Meiji in die Schlagzeilen, weil es Cäsium enthielt (AIHARA 2011). Meiji sei aber offensiv mit dem Vorfall umgegangen und habe die Kontrollen im Unternehmen verbessert, so ein Mitarbeiter der Abteilung für Lebensmittelkontrollen des Unternehmens (Interview Tatsuya Suzuki 2012).

Viele große Unternehmen der Lebensmittelbranche wie Ajinomoto und Morinaga führen wie Meiji eigene Radioaktivitätsmessungen ihrer Produkte durch, da, so ein Vertreter der Branche, »die Konsumenten sehr sensibel auf das Problem der radioaktiven Kontaminierung [von Lebensmitteln] reagieren« (Interview Akio Maeda 2012). Die Information, dass – und teilweise auch wie – gemessen wird, veröffentlichen die Unternehmen auf ihren Internetseiten, um die Konsumenten zu beruhigen. Allerdings hält Herr Maeda es für wünschenswert, dass der Staat die Kontrollen in Zukunft übernimmt, da sie sehr teuer seien:

Ich denke, dass es für uns als Produzenten der weiterverarbeitenden Lebensmittelindustrie sehr schwer ist, alle Produkte selbst zu untersuchen. [...] Anstatt die Kontrollen in den Unternehmen durchzuführen, wäre es das Beste, ein übergeordnetes Kontrollsystem zu etablieren, das verhindert, dass radioaktiv kontaminierte Produkte auf den Markt gelangen. Wenn der Staat die Unternehmen dabei nicht unterstützt, wird das sehr schwierig [für die Betriebe].

Zwar können Konsumenten auf den Internetseiten der Unternehmen erfahren, dass sich die Lebensmittelfirmen an die staatlich verordneten Grenzwerte halten und wie gemessen wird, bei konkreten Anfragen, ob Lebensmittel »sicher« seien, müssten die Konzerne aber vorsichtig sein, so Herr Maeda:

Wir versuchen, alle Anfragen ehrlich zu beantworten. Trotzdem dürfen wir nicht alle Informationen veröffentlichen. Wenn wir zu viel veröffentlichen, müssen wir Überreaktionen befürchten, z.B. wie in dem Fall, als Tee auf den Markt kam, in dem 1,6 bq/kg gemessen wurden und es eine riesige Aufregung gab. [...] Obwohl wir uns mit ganzer Kraft bemühen, Lebensmittel herzustellen, die unterhalb der derzeitigen Grenzwerte liegen, können die Unternehmen nicht die Frage beantworten, wie sicher diese Produkte sind, auch wenn sich die Konsumenten an uns wenden. [...] Wenn man den Fehler begeht zu antworten, gerät man in den Fokus [der Medien] und bekommt Schwierigkeiten.

Die Interviewausschnitte zeigen, dass die Konsumenten auch von der Lebensmittelindustrie keine umfassende Transparenz erwarten können und sich die Unternehmen durch staatliche Vorgaben vor allem eingeschränkt fühlen. Die hier anklingende Medienschele für das Verbreiten von Gerüchten, welche die Konsumenten verunsichern und den Lebensmittelproduzenten schaden (*fūhyō higai*), wird von MAFF, Nōkyō und den Lebensmittelunternehmen gleichermaßen betrieben.

5.3 Verbraucherkooperativen

Das Misstrauen vieler Konsumenten hat auch zahlreiche Supermärkte und Verbraucherkooperativen veranlasst, Messgeräte anzuschaffen und regelmäßig Produkte zu testen (AOKI 2012). Obwohl die Mehrheit der japanischen Konsumenten einen Großteil ihrer Lebensmittel im Supermarkt kauft, liegt der Fokus meiner Betrachtung auf Verbraucherkooperativen und Lebensmittelversandunternehmen. Diese sind deshalb besonders interessant, weil das Thema Lebensmittelsicherheit seit Gründung der Gruppen in den späten 1960er und 1970er Jahren eine sehr wichtige Rolle spielt und die Beziehungen zu den Produzenten sehr eng sind. Entsprechend sind die Kunden von Seikyō, Seikatsu Kurabu, zahlreichen lokalen Kooperativen und des Lebensmittellieferservices DMK häufig besonders bewusste Konsumenten.

Da die lokalen Gruppen von Seikyō und Seikatsu Kurabu individuell festlegen, ob sie vor allem regionale Produkte verkaufen oder mit Produzenten in ganz Japan zusammenarbeiten, ist die Betroffenheit der Kooperativen durch die Atomkatastrophe sehr unterschiedlich ausgeprägt. Eine Ortsgruppe des Seikatsu Kurabu, Esukōpu Ōsaka, z.B. bietet seit vielen Jahren vor allem Produkte aus Westjapan an

(Interview Esukōpu Ōsaka⁸ 2012) und kann daher anders mit der Problematik radioaktiv verstrahlter Lebensmittel umgehen als DMK, eine NPO, die mittlerweile als Aktiengesellschaft organisiert ist und im großen Stil Lebensmittel, Holzprodukte, Geschirr und Kosmetik aus ganz Japan (und teilweise auch aus dem Ausland) vor allem in den Großraum Tōkyō liefert (Interview Kaori Nakamura 2012).

DMK wurde 1975 gegründet, um organisch angebaute Produkte zu verkaufen. Ein großer Teil der Vertragsbauern ist in der Tōhoku Region angesiedelt. Nach dem Erdbeben befindet sich DMK deshalb in einem moralischen Dilemma (OTAKE 26.06.2011), da das Unternehmen die Produzenten aus Tōhoku unterstützen, aber gleichzeitig Lebensmittel ohne radioaktive Stoffe für die gesundheitsbewussten Konsumenten in Tōkyō bereitstellen möchte. So ist die paradoxe Situation entstanden, dass DMK auf der Internetseite ein Gemüseset für Kinder anbietet, welches explizit keine Produkte aus Tōhoku enthält, und im Papierkatalog aus der letzten Februarwoche 2012 unter dem Titel »Tōhoku Kantō fukkō ōen« [Unterstützung des Wiederaufbaus in Tōhoku und Kantō] Sake und Reis aus Fukushima anbietet (DMK 2012a: 30). Messwerte werden meist nicht angegeben. Einer Fußnote ist immerhin zu entnehmen, dass der Sake aus Fukushima getestet wurde und maximal 1 bq/kg radioaktiven Cäsiums und Jod enthält. Als DMK direkt nach dem Erdbeben mit dem Verkauf dieser Unterstützer-Sets begann, wurde das Unternehmen dafür besonders von Müttern mit kleinen Kindern stark kritisiert. Um diese Kunden nicht zu verlieren, wurden die Kindersets eingeführt und Grenzwerte⁹ etabliert, die weit unter den alten und neuen offiziellen Grenzwerten liegen (DMK 2012b).

Seikatsu Kurabu hingegen hat sich den staatlichen Grenzwerten angeschlossen – trotz zahlreicher Proteste der Mitglieder. Der Grund dafür ist, dass sich die Organisation nicht in der Lage sieht, die zahlreichen Produzenten dafür zu kompensieren, dass ihre Produkte nicht mehr gekauft werden können, wenn sie niedrigere Grenzwerte überschreiten (OTAKE 26.06.2011). Auch Seikatsu Kurabu argumentiert mit der Solidarität mit den Produzenten, die aber unweigerlich auf Kosten der Konsumenten erfolgt und somit die jahrelang funktionierende Balance im Seikatsu Kurabu zu kippen droht.

8. Das Interview wurde in Form einer Gruppendiskussion mit vier Mitgliedern von Esukōpu Ōsaka durchgeführt.
9. Die Grenzwerte liegen für Trinkwasser bei 6, für Milch und Getränken bei 10, für Babynahrung bei 6, für Reis und Brot bei 10, für Fleisch bei 20, für Algen und Pilzen bei 100 und für Fisch und alle anderen Lebensmittel bei 50 bq/kg für Cäsium 134 und 137.

5.4 Verbraucherschützer und Konsumentengruppen

NOTTAGE (2011: 36) zufolge hat sich nicht nur die gesetzliche Grundlage des Verbraucherschutzes in Japan seit den 1990er Jahren verbessert, Konsumenten seien heute gebildeter, selbstbewusster und besser vernetzt, was einen Anstieg von Lobbyarbeit und Einfluss auf die Arbeit von Behörden und Regierung bewirkt habe. Die Verbraucherschutzgruppe CUJ (Consumers Union of Japan) existiert wie die Verbraucherkooperativen seit Ende der 1960er Jahre. Die Gruppe beschäftigt sich mit verschiedensten Aspekten der Verbraucherrechte und betreibt eine aktive Lobbyarbeit. Sie versteht sich als außerparlamentarisch und überparteilich. Die Gruppe finanziert sich über Mitgliedsbeiträge seiner rund 2000 Mitglieder und den Verkauf einer monatlich erscheinenden Zeitschrift und anderer Publikationen, erhält aber als Mitglied des Seikyō-Netzwerkes weitere finanzielle Unterstützung. CUJ engagiert sich bereits seit langem gegen Atomkraft und ist daher nicht nur mit anderen Verbraucherschutzgruppen sondern auch mit der Anti-Atomkraft-Bewegung vernetzt.

Die bis Ende März 2012 gültigen vorläufigen Grenzwerte für radioaktive Substanzen in Lebensmitteln beurteilt CUJ als zu hoch, ebenso wie die seit April 2012 gültigen Grenzwerte (Interview Yasushi Yamaura 2012):

Diese Grenzwerte für die radioaktive Kontamination von Lebensmitteln sollten weiter gesenkt werden. Die Lebensmittel sind immer noch nicht sicher. Ich denke, es müsste vor allem ein funktionierendes System für Messungen eingeführt werden. Das ist natürlich besonders für die Bauern schwer. Sie können nichts dafür, dass ihre Pflanzen radioaktiv verseucht wurden. Ihre Böden sind kontaminiert. Weil die verseuchten Agrarprodukte nicht gegessen werden können, sind die Bauern in einer schlimmen Situation. Aber gerade deswegen müssen Daten über den Grad der Verschmutzung veröffentlicht werden. Ich denke, die Messungen sind notwendig. Um richtig messen zu können, müssen die Kommunen Messgeräte zur Verfügung stellen und sich bemühen, kontaminierte Lebensmittel sorgfältig zu messen. Aber weil das kaum passiert, kaufen viele Bürger selbst Messgeräte. Überall haben sich Gruppen gebildet, die selbst messen und gemeinsam darüber nachdenken, wieviel bq/kg akzeptabel sind, und die die Produzenten dazu auffordern, ihre Produkte messen zu lassen.

Auch bei CUJ ist das Mitgefühl mit den Bauern aus Fukushima stark ausgeprägt. Deshalb rät die Gruppe den Konsumenten auch nicht per se davon ab, Produkte aus Fukushima zu kaufen, die immer noch an zahlreichen Ständen angeboten wer-

den, um die Bauern zu unterstützen. Allerdings sollten die Konsumenten gut überlegen, ob sie die Produkte kaufen und sich genau ansehen, ob sie gemessen wurden und wie viel Radioaktivität enthalten ist (Interview Yasushi Yamaura 2012).

Die Verbraucherschutzgruppen müssen sich ebenso wie die staatlichen Entscheidungsträger erst Wissen über Radioaktivität in Lebensmitteln aneignen. Die wichtigste Referenz stellt die Atomkatastrophe von Tschernobyl dar. Deshalb arbeitet CUJ eng mit Wissenschaftlern, Produzenten und Bürgergruppen zusammen, die sich gegründet haben, um Lebensmittel selbst zu messen (Itō 2012). Auf der Basis bereits erarbeiteter Gutachten veröffentlichte CUJ im Dezember 2011 einen offenen Brief an die Gesundheitsministerin Yōko Komiya, in dem die alten und die neuen vorläufigen Grenzwerte für radioaktive Substanzen in Lebensmitteln kritisiert werden. Kritikpunkte sind nicht nur die Höhe der neuen Grenzwerte, sondern auch, dass radioaktive Stoffe wie Uran, Plutonium und Strontium nicht berücksichtigt werden (CUJ 2011).

Während Verbrauchergruppen wie CUJ die staatlichen Informationen kritisieren, existieren auch Organisationen, die ihre Informationen von MAFF und MHLW beziehen und auf Anfrage Konsumenten beruhigen, die staatlich festgelegten Grenzwerte seien sicher. Das betrifft nicht nur Gruppen in ländlichen Regionen in Kyūshū wie die Konsumentengruppe Arita (Arita shōhisha gurūpu), sondern auch Organisationen in Tōkyō wie die Gruppe Shoku no Komyunikēshon Entaku Kaigi (SKEK). Während die Leiterin der Verbrauchergruppe in Arita die Gefahr, die von Radioaktivität ausgeht, mit ihrer eigenen Erfahrung relativierte, nach dem Atombombenabwurf in Nagasaki jahrelang Reis aus der Region gegessen und dennoch ein hohes Alter erreicht zu haben (Interview Yūko Matsumoto 2012), bezichtigte die Leiterin von SKEK besorgte Mütter von Kleinkindern der Hysterie (Interview Setsuko Nishiyama 2012). Beide sprachen vor allem den Bauern in Tōhoku ihre Solidarität aus. Auf der Internetseite von SKEK (2011) ruft die Gruppe japanische Konsumenten dazu auf, sich zu beruhigen. Die vorläufigen und bis zum 31. März 2012 gültigen Grenzwerte des MHLW seien sicher, und es sei kein Problem, sich ein ganzes Leben lang von Lebensmitteln zu ernähren, die unterhalb dieser Grenzwerte liegen.

Hier wird wieder die bereits bei den anderen Akteuren deutlich gewordene Paradoxie sichtbar, zugleich Verbraucher- und Produzenteninteressen zu vertreten, ohne aber eine Balance zu finden. Zusammenfassend kann man sagen, dass es eine entscheidende Rolle spielt, an welche Art von Verbraucher(schutz)gruppe sich Konsumenten wenden, wenn sie sich über Radioaktivität informieren wollen, da einige Verbrauchergruppen die Unbedenklichkeit des Verzehrs sämtlicher auf dem japanischen Markt verfügbaren Lebensmitteln propagieren, während andere Grup-

pen die Grenzwerte der Regierung nach wie vor als nicht streng genug einschätzen und damit auch die Sicherheit japanischer Lebensmittel in Frage stellen.

6. Fazit

E-Mail-Umfrage, Interviews und japanische Medienberichte haben gezeigt, dass sich japanische Konsumenten nicht ausreichend über die Sicherheit der Lebensmittel nach der Dreifach-Katastrophe vom 11. März 2011 informiert fühlen. Welche Informationen über Lebensmittel können sie von der japanischen Regierung, Lebensmittelproduzenten, Händlern und Verbraucher(schutz)gruppen erhalten? Die japanische Regierung hat durch die Festlegung von Grenzwerten zunächst einmal eine Orientierungshilfe für Konsumenten und Produzenten geschaffen und versichert, dass Lebensmittel, welche diese Werte überschreiten, nicht auf den Markt gelangen dürfen: Alle Lebensmittel auf dem japanischen Markt seien sicher.

Die Informationspolitik der Lebensmittelproduzenten variiert. Während einige Bauern aus der Präfektur Fukushima ihre Produkte Messungen unterziehen und die Ergebnisse veröffentlichen, halten andere Bauern Transparenz für überflüssig, da ihre Produkte aufgrund ihrer Herkunft ohnehin stigmatisiert und unverkäuflich geworden seien. Große Unternehmen der weiterverarbeitenden Lebensmittelindustrie veröffentlichen ebenfalls Messmethoden und Messergebnisse der Inhaltsstoffe im Internet. Grundlage für die Kommunikation der Produzenten mit den Konsumenten sind jedoch die offiziellen Grenzwerte. Eine eigenständige Beurteilung der Auswirkungen auf die Gesundheit der Konsumenten durch den Konsum radioaktiv belasteter Lebensmittel erfolgt durch die hier untersuchten Produzenten nicht.

Die Verbraucherkooperativen informieren ihre Kunden einerseits über die Herkunft ihrer Produkte und bieten gezielt Lebensmittel aus Westjapan an. Andererseits fühlen sie sich auch den Produzenten gegenüber verpflichtet und versuchen den Spagat zwischen Verbraucher- und Produzenteninteressen teilweise über eigene, sehr niedrige Grenzwerte und ein transparentes Messsystem. Daichi o mamorukai verkauft zum Beispiel weiterhin Agrarprodukte aus der Präfektur Fukushima, informiert die Konsumenten aber über ihre Messergebnisse. Durch die Festlegung eigener Grenzwerte hinterfragen einige Verbraucherkooperativen die Angemessenheit der staatlichen Grenzwerte.

Die durch die unterschiedlichen Verbraucher(schutz)gruppen verbreiteten Informationen sind sehr unterschiedlich. Regierungskritische Netzwerke wie Nihon Shōhisha Renmei warnen vor zu hohen Grenzwerten der japanischen Regierung,

scheuen sich gleichzeitig aber davor, vom Kauf von Agrarprodukten aus Fukushima abzuraten. Kleinere lokale Gruppen, die ihre Informationen teilweise direkt von MAFF und MHLW erhalten, bemühen sich hingegen darum, besorgte Konsumenten zu beruhigen und nehmen Verbrauchersorgen nicht immer ernst, wie sich in der Beschreibung besorgter Mütter als »hysterisch« zeigt.

Gemeinsam ist allen hier untersuchten Akteuren, dass sie sich derzeit mit einer konkreten Bewertung des Ausmaßes und der Risiken zurückhalten. Besonders staatliche Akteure, die Verbraucherkooperativen und einige Verbraucherschutzgruppen bemühen sich jedoch um eine wissenschaftliche Beurteilung des zu erwartenden Ausmaßes und der Auswirkungen auf Individuen (FRENCH, MAULE und MYTHEN 2005: 879). Allerdings wird besonders die zeitliche Verzögerung dieses Prozesses auf staatlicher Seite kritisiert, da erst am 01. April 2012 Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln in Kraft getreten sind, die als wissenschaftlich fundiert gelten können. Allerdings drängt sich die Frage auf, was wäre, wenn BECK (2007: 62) Recht hätte und angesichts der endlosen nuklearen Katastrophe in Fukushima bisher erprobte Standards und Messverfahren nutzlos wären und nur der Verschleierung einer »organisierten Verantwortungslosigkeit« (BECK 2007: 62) dienten.

Ein Hinweis darauf, dass dies zutreffen könnte, wäre die Unfähigkeit staatlicher Stellen, die Einhaltung staatlicher Grenzwerten über flächendeckende Messungen zuverlässig zu gewährleisten. Gleichzeitig stimmt es optimistisch, dass die Zivilgesellschaft in Form von Bürgermessstationen (CRMS), aber auch die Lebensmittelbranche selbst, beginnt, diese Informationslücken auszufüllen. Besonders vor diesem Hintergrund bemüht sich der japanische Staat darum, die Definitionshoheit über Lebensmittelsicherheit im Zusammenhang mit Radioaktivität zurückzugewinnen, wie die Reaktion des MAFF auf die alternativen Grenzwerte einiger Unternehmen der Lebensmittelbranche zeigt. Zwar sind die japanischen Konsumenten mit der Informationspolitik der japanischen Regierung und der zuständigen Behörden nicht zufrieden, sehen den Staat aber in der Verantwortung. Ebenso rufen nicht nur die Bauern, sondern auch die großen Konzerne der lebensmittelverarbeitenden Industrie nach mehr staatlichen Kontrollen. Diese Reaktion wirft die weitreichende Frage auf, wer im globalen Kapitalismus für verursachte Schäden vom Ausmaß einer Atomkatastrophe wie in Fukushima aufkommen muss.

Bereits meine Konsumentenbefragung deutet das Dilemma der Diskurse über Lebensmittelsicherheit in Japan nach der Katastrophe vom 11. März 2011 an: Es besteht in dem Changieren zwischen der Aufklärung über die Gefahren radioaktiv kontaminierter Lebensmittel und Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher und dem gleichzeitigen Wunsch, die Produzenten in der betroffenen Region zu unter-

stützen und die Gefahren, die von Radioaktivität ausgehen sowie deren geographische Dimensionen zu negieren. Es geht um einen Prozess, den FRENCH, MAULE und MYTHEN (2005) Gewichtung genannt haben. Dabei geht es darum, die Folgen von Risiken und Katastrophen im Lebensmittelbereich für eine Gruppe als einschneidender zu bewerten als für andere Gruppen. Im herrschenden Diskurs über kontaminierte Lebensmittel in Japan werden derzeit die Folgen für die Bauern als deutlich gewichtiger eingeschätzt als die Folgen für die Konsumenten, die derzeit schlicht noch nicht sichtbar sind. Das stellt besonders ein Problem für die Verbraucherkooperativen dar, welche sich seit ihrer Gründung in den 1970er Jahren um ein harmonisches Verhältnis zwischen Produzenten und Konsumenten bemüht und diese Balance als Grundlage für Lebensmittelsicherheit gesehen haben. Die Atomkatastrophe stellt daher besonders für diese Akteure eine Zäsur dar, die das Verhältnis zwischen Konsumenten und Produzenten erschüttert.

Literatur

- AIHARA, HIROKO (14.12.2011), »Konamiruku kara 30 Bekereru no Hamon« [Aufregung über 30 Bequerel in Säuglingsmilchpulver], in: *Nikkei Bijinesu*, <http://business.nikkeibp.co.jp/article/life/20111212/225113/?rt=nocnt> (15.12.2011).
- AOKI, MIZUHO (04.01.2012), »Nuclear Awakening: Mothers First to Shed Food-Safety Complacency«, in: *Japan Times*, <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120103x2.html> (04.01.2012).
- APJF (ASIA-PACIFIC JOURNAL FEATURE) (2011), »Japan's Irradiated Beef Scandal«, in: *The Asia-Pacific Journal*, 9 (5), http://japanfocus.org/-Asia_Pacific_Journal-Feature/3577# (23.11.2011).
- AS (ASAHI SHINBUN) (21.04.2012), »Shokuhin no Hōshanō Kensa ›Dokuji Kijun yamete‹ Nōsuishō ga Tsūchi« [MAFF fordert die Abschaffung unabhängiger Grenzwerte bei der Messung von Radioaktivität in Lebensmitteln], <http://www.asahi.com/politics/update/0421/TKY201204200862.html> (21.04.2012).
- AS (ASAHI SHINBUN) (27.09.2011), »Gyūniku, Anshin shite tabete, Shukka Teishi Kaijo no 4 Ken, Toshi de PR« [Vier Präfekturen machen Werbung in der Stadt für die Aufhebung des Verkaufsverbots von Rindfleisch und einen angstfreien Verzehr], <http://www.asahi.com/national/update/0927/TKY201109270656.html?ref=recc> (30.09.2011).
- BECK, ULRICH (2007), *Weltrisikogesellschaft*, Frankfurt: Suhrkamp.
- BUSCH, LAWRENCE (2004), »Grades and Standards in the Social Construction of Safe Food«, in: ELISABETH LIEN und BRIGITTE NERLICH (Hg.), *The Politics of Food*, Oxford: Berg, S. 163–178.

- CRMS (SHIMIN HŌSHANŌ SOKUTEISHO) (2012), *Shokuhinbetsu Sokutei Kekka* [Messergebnisse von Lebensmitteln], <http://www.crms-jpn.com/mrdatafoodcat/> (21.04.2012).
- CUJ (NIHON SHŌHISHA RENMEI) (2011), *Consumers Protest Against the Radiation Limits for Food*, <http://www.nishoren.org/en/?p=1158> (12.03.2012).
- DMK (DAICHI O MAMORUKAI) (2012a), *Tsuchi Ōne*, Katalog, 20.02.2012.
- DMK (DAICHI O MAMORUKAI) (2012b), *Kuni no Hōshanō Shinkijun yori Kibishii Jishu Kijun Settei* [Festlegung strengerer Grenzwerte als die neuen Grenzwerte der Regierung für Radioaktivität], Pressemitteilung, 20.02.2012.
- FACKLER, MARTIN (21.01.2012), »Japanese Struggle to Protect Their Food Supply«, in: *New York Times*, <http://www.nytimes.com/2012/01/22/world/asia/wary-japanese-take-food-safety-into-their-own-hands.html> (10.03.2012).
- FAO (2012), *Codex Guideline Levels for Radionuclides in Foods Contaminated Following a Nuclear or Radiological Emergency*, <http://www.fao.org/crisis/27242-0bfef658358a6e-d53980a5eb5c80685ef.pdf> (10.03.2012).
- FOODWATCH (2011), *Kalkulierter Strahlentod: Die Grenzwerte für radioaktiv verstrahlte Lebensmittel in der EU und in Japan*, *KalkulierterStrahlentod_Report_foodwatch_IPPNW2011-09-20_D.pdf*, (10.10.2011).
- FRENCH, SIMON, A. JOHN MAULE und GABE MYTHEN (2005), »Softmodelling in Risk Communication and Management: Examples in Handling Food Risk«, in: *Journal of the Operational Research Society*, 56: 879–888.
- FRID, MARTIN J. (2011), »Food Safety: Addressing Radiation in Japan's Northeast after 3.11«, in: *Japan Focus: The Asia-Pacific Journal*, 9 (31), http://japanfocus.org/-Martin_J_-Frid/3580 (30.09.2011).
- FSC (SHOKUHI ANZEN I'INKAI) (2011), *Shokuhin Anzen I'inkai I'inchō Danwa* [Kommentar des Vorsitzenden der Food Safety Commission], http://www.fsc.go.jp/sonota/emerg/fsc_incho_message_radiorisk.pdf (02.02.2012).
- FSC (FOOD SAFETY COMMISSION) (2010), *Role of the Food Safety Commission*, <http://www.fsc.go.jp/english/aboutus/roleofthefoodsafetycommission.html> (23.11.2011).
- HIRATA-KIMURA, AYA und MIMA NISHIYAMA (2007), »The Chisan-Chishō Movement: Japanese Local Food Movement and Its Challenges«, in: *Agriculture and Human Values*, 25: 49–64.
- HÜSTEBECK, MOMOYO (2009), »Administrative und fiskalische Dezentralisierung in Japan: Instrumente zur Stärkung der japanischen lokalen Selbstverwaltung«, in: GESINE FOLJANTY-JOST (Hg.), *Kommunalreform in Deutschland und Japan. Ökonomisierung und Demokratisierung in vergleichender Perspektive*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 31–58.
- ITŌ, FUMIKA (2012), »Hōshanō Osen Shokuhin ni dō mukiau ka?« [Wie sollen wir radioaktiv kontaminierten Lebensmitteln gegenüberreten?], in: *Consumers Report*, 1504: 4–5.

- JETRO (2010), *Agriculture, Forestry and Fisheries Research Division, Japans Food Imports (2008–2009)*, http://www.jetro.go.jp/en/reports/statistics/data/o8o9_import.pdf (01.08.2011).
- JUSSAUME, RAYMOND A. JR., SHŪJI HISANO und YOSHIMITSU TANIGUCHI (2000), »Food Safety in Modern Japan«, in: NICOLA LISCUTIN und RENÉ HAAK (Hg.), *Essen und Ernährung im modernen Japan*, München: Iudicium, S. 211–228.
- KAWAGISHI, HIROKAZU (2008), *Shoku no Anzen ha doko made Shinyō dekiru no ka?* [Inwieweit kann man an Lebensmittelsicherheit glauben?], Tōkyō: Asuki Shinsho.
- KOBAYASHI, MIKI (27.10.2011), »Shokuhin kara no Hibaku, ›Shōgai 100 Mirishiiberuto‹ Anzen'i Tōshin« [Gutachten der Kommission für Lebensmittelsicherheit: »100 Milli-Sievert Strahlenbelastung durch Lebensmittel im gesamten Leben«], in: *Asahi Shinbun*, <http://www.asahi.com/national/update/1027/TKY201110270508.html> (30.10.2011).
- MAFF (MINISTRY OF AGRICULTURE, FORESTRY AND FISHERIES) (2011), *The Damages Caused by the Great East Japan Earthquake and Actions Taken by Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries*, http://www.maff.go.jp/e/quake/press_110706-2.html (18.08.2012).
- MS (*MAINICHI SHINBUN*) (29.03.2012), »Higashi Nihon Daishinsai: Fukushima Dai'ichi Jikko, Iitate no Yamame, 18700 bq/kg Kenshutsu« [Erdbebenkatastrophe in Ostjapan und Unfall im Atomkraftwerk Fukushima Dai'ichi: In Iitate wurden Bachforellen mit 18700 bq/kg entdeckt], <http://mainichi.jp/select/weathernews/archive/news/2012/03/29/20120329dmo1204002600oc.html> (29.03.2012).
- MHLW (MINISTRY OF HEALTH, LABOR AND WELFARE) (2012), *Shokuhinchū no Hōshaseibussuitsu no aratana Kijunchi ni tsuite* [Über die neuen Grenzwerte für radioaktive Substanzen in Lebensmitteln], <http://www.mhlw.go.jp/topics/bukyoku/iyaku/syoku-anzen/iken/dl/120117-1-03-01.pdf> (04.04.2012).
- MULGAN, AURELIA GEORGE (2005), »Where Tradition Meets Change: Japan's Agricultural Politics in Transition«, in: *Journal of Japanese Studies*, 31 (2): 261–298.
- NAIKAKUFU (2011), *Kokumin Seikatsu ni kan suru Yoron Chōsa* [Umfrage über den Lebensstil der japanischen Bürger], <http://www8.cao.go.jp/survey/h23/h23-life/2-1.html> (03.04.2012).
- NAKAMURA, TSUYOSHI und KOIZUMI, TOMOKO (25.12.2011), »New Radiation Limits Alarm Local Entities«, in: *The Daily Yomiuri*, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T111224002468.htm> (03.01.2012).
- NESTLE, MARION (2003), *Safe Food: The Politics of Safe Food*, Berkeley: University of California Press.
- NOGUCHI, KUNIKAZU (2011), *Hōshanō Osen kara Kazoku o mamoru: Tabekata no aAnzen Manyuaru* [Die Familie vor radioaktiver Kontamination schützen: Eine Anleitung zum sicheren Essen], Tōkyō: Seishun Shinsho.
- NOTTAGE, LUKE (2011), »Consumer Rights in Japan«, in: PARISSA HAGHIRIAN (Hg.), *Japanese Consumer Dynamics*, London: Palgrave Macmillan, S. 31–61.

- OHNUKI-THIERNEY, EMIKO (1995), »Structure, Event and Historical Metaphor: Rice and Identities in Japanese History«, in: *The Journal of the Royal Anthropological Institute*, 1 (2): 227–253.
- OTAKE, TOMOKO (26.06.2011): »Irradiated Food Poses Moral Dilemmas«, in: *The Japan Times*, <http://www.japantimes.co.jp/text/fl20110626x2.html> (22.08.2012).
- PFLUGBEIL, SEBASTIAN (2012), »Tschernobyl in Permanenz: Ein Jahr Fukushima«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3: 89–97.
- REIHER, CORNELIA (2009), »Bestimmt der Staat, was auf den Tisch kommt? Die Umsetzung des Rahmengesetzes zur Ernährungserziehung im ländlichen Japan«, in: IRIS WIECZOREK und DAVID CHIAVACCI (Hg.), *Japan 2009: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Berlin: VSJF, S. 63–88.
- STATISTICS BUREAU OF JAPAN (2012), *Self-Sufficiency Ratio of Comprehensive Food*, <http://www.stat.go.jp/english/data/nenkan/1431-07.htm> (12.02.2012).
- SKEK (SHOKUHIN NO KOMYUNIKĒSHON ENTAKU KAIGI) (2011), *Shōhisha no Minasama, ochitsukimashō!* [An alle Konsumenten: beruhigen wir uns!], <https://food-entaku.org/20110311.htm> (23.02.2012).
- TAKEDA, HIROKO (2008), »Delicious Food in a Beautiful Country: Nationhood and Nationalism in Discourses on Food in Contemporary Japan«, in: *Studies in Ethnicity and Nationalism*, 8 (2): 5–30.
- TDY (THE DAILY YOMIURI) (21.08.2011), »Miyagi Farmer to Ship Rice after Own Safety Inspection«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T110820002130.htm> (10.10.2011).
- WITTE, JENS (12.04.2011), »Katastrophenregion Fukushima: Japans seltsame Atom-Show«, in: *Spiegel*, <http://www.spiegel.de/panorama/o,1518,756602,00.html>, (12.4.2011).
- YS (YOMIURI SHINBUN) (01.11.2011), »Kanagawaken Odawarashi no Chaba, Shukka Teishi o Kaijo« [Aufhebung des Verkaufsverbots für Teeblätter aus Odawara in der Präfektur Kanagawa], <http://www.yomiuri.co.jp/feature/20110316-866921/news/20111101-OYT1To1240.htm> (03.11.2011).

Kizuna:
Das Schriftzeichen des Jahres 2011 als
Antwort auf das gefühlte
Auseinanderbrechen
der Gesellschaft?

Kizuna:
*The Kanji of the Year 2011 as an Answer to the Angst
that Japanese Society Will soon Break Apart?*

Christian Tagsold

Over 60.000 Japanese voted in a national poll for kizuna to be the »Kanji of the Year« in 2011. Kizuna means bonds or connections. This kanji refers to the feeling that after the triple catastrophe in March Japanese people moved closer together to overcome the tragedy. Until a few years ago, kizuna was a rare word in Japanese political and media discourses. Only lately, the Democratic Party of Japan (DPJ) and two media-campaigns launched by the NHK and the Asahi Shinbun started to use the kanji more regularly. Especially the NHK and the Asahi expressed fears that the Japanese society is loosening its bonds and will soon fall apart. While kizuna was still a minor concept in this context, after 3/11 it became a buzzword. As the paper argues, this is due to earlier discourses of the DPJ, NHK, Asahi and others which raised the need for answers to the potential disintegration. Kizuna became immediately a convincing response to these fears, even though it has not been defined convincingly in the aftermath of the catastrophe. This article also introduces certain critical voices claim that solidarity (rentai) instead of kizuna would have been a better choice.

1. Einleitung

Ende 2011 ging die Meldung durch die weltweiten Medien, dass in Japan *kizuna* zum Schriftzeichen des Jahres gewählt wurde. Jedes Jahr ruft die Vereinigung zur Prüfung der Schriftzeichen-Kenntnisse, die Nihon Kanji Nōryoku Kentei Kyōkai (NKNKK), ein Schriftzeichen aus. Normalerweise findet diese Wahl nur national Beachtung. 2011 war dies ganz anders. Japan rückte durch die Dreifach-Katastrophe vom März des Jahres in den Fokus der weltweiten Aufmerksamkeit, so dass auch Meldungen wie die zum Schriftzeichen des Jahres allerorten aufmerksam verfolgt wurden. Das galt umso mehr, als *kizuna* einen direkten Bezug zur Katastrophe aufwies. In einer ganz einfachen Übersetzung bedeutet es »Verbindung« oder »Bindung«. Das klingt zunächst nicht besonders spektakulär und der Zusammenhang mit der Katastrophe ist für Außenstehende nicht unmittelbar deutlich. In den japanischen Medien, in politischen Äußerungen oder der Begründung zivilgesellschaftlicher Hilfe war *kizuna* jedoch im Verlauf des Jahres 2011 zum Ausdruck für den gefühlten Zusammenhalt und die gegenseitige Hilfe geworden, die nach dem 11. März in Japan so spürbar geworden seien.

In meinem Artikel möchte ich deshalb *kizuna* tiefer analysieren. Dazu gehört im ersten Abschnitt die Bedeutungsebenen von *kizuna* genauer unter die Lupe zu nehmen. Außerdem möchte ich zeigen, dass *kizuna* bis vor kurzem eigentlich ein eher selten gebrauchtes Schriftzeichen war. Deswegen ist die Popularität von *kizuna* umso überraschender. Im zweiten Teil werde ich untersuchen, was die konkreten Auslöser dafür waren, dass *kizuna* zu einem zentralen Wort in der Diskussion darüber wurde, wie die Katastrophe gesellschaftlich bewältigt werden könne. Daran anschließend möchte ich aufzeigen, wie *kizuna* durch die Medien, die Politik und auch die Wissenschaft genutzt und verbreitet wurde. Im dritten Abschnitt untersuche ich dann die Sehnsüchte und Erwartungshaltungen, die mit *kizuna* angesprochen wurden. Der breite Diskurs rund um *kizuna* unterstellt, dass im Angesicht der Katastrophe die Menschen näher zusammengedrückt seien und sich selbstlos geholfen hätten. *Kizuna* würde damit nur ein gesellschaftliches Phänomen bezeichnen, das 2011 von besonderer Bedeutung war. Viel überzeugender ist es aber zu argumentieren, dass der *kizuna*-Diskurs eben nicht einfach eine Beschreibung dessen ist, was 2011 geschah. Vielmehr trifft die Idee dahinter einen Nerv innerhalb der japanischen Gesellschaft. Abschließend möchte ich auf kritische Stimmen zu *kizuna* eingehen. Eine wichtige Position ist hier die Frage, wem es dient, den schon länger gebrauchten Begriff Solidarität durch *kizuna* zu ersetzen. Am Ende bleibt offen, ob der Begriff *kizuna* geeignet ist, einen Zusammenhalt in der japanischen Gesellschaft nicht nur oberflächlich zu suggerieren, sondern auch konzeptionell zu füllen.

2. Die Verschiebung der Semantik

Schlägt man *kizuna* in einem Wörterbuch wie dem Kōjien nach, wird erst einmal nicht so recht deutlich, warum das Wort 2011 so populär geworden sein könnte. *Kizuna* bezeichnet einen Zügel, ein Band, eine Leine oder eine Kette, mit der man Pferde oder Hunde hält (ŌHIRA 1995: 83; SAITŌ 12.11.2011). Darüber hinaus wird es auch für enge Verbindungen zwischen Menschen, v.a. der Familie und Freunden, verwendet. Dieser Bedeutungshof lässt schon eher vermuten, warum *kizuna* Schriftzeichen des Jahres geworden ist.

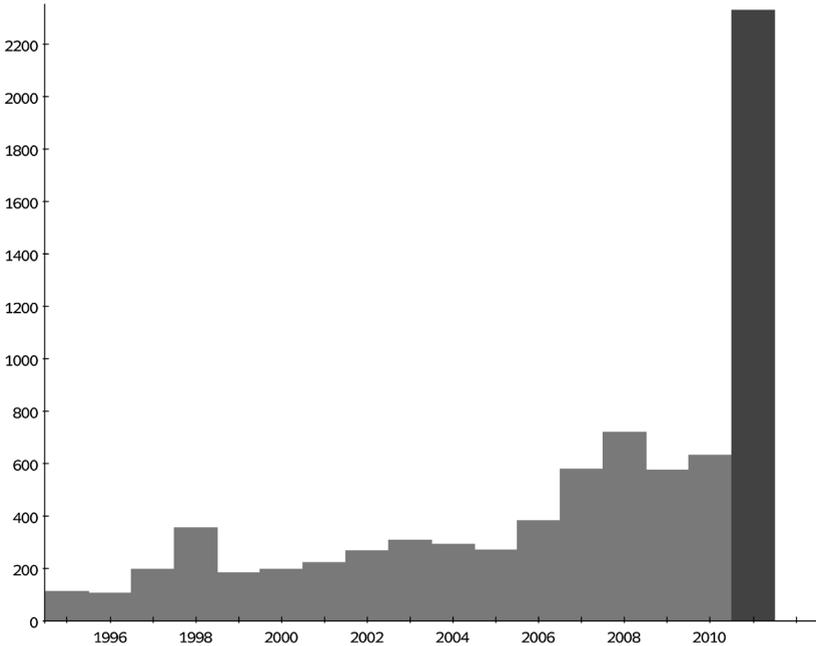
Schriftzeichen haben oft mehrere Lesungen. Man kann *kizuna* auch *hodashi* lesen. Als *hodashi* ist es etwas viel Negativeres – eine Fessel oder allgemeiner eine Einschränkung der Freiheit durch eine Bindung. Da die zweite Lesung aber von den Kritikern des *kizuna*-Diskurses von 2011 gerne aufgegriffen wird (SAITŌ 12.11.2011), ist es wichtig, sie zu kennen.

Bis vor rund einem Jahrzehnt wurde das Schriftzeichen *kizuna* eher sporadisch verwendet. Das wird bei einem Blick in das Online-Archiv der nationalen Tageszeitung *Asahi Shinbun* deutlich. Wenn man die Treffer zählt, die man unter *kizuna* erhält, sieht man, dass das Schriftzeichen bis Mitte der 1990er Jahre selten auftaucht. Bereits in den letzten Jahren wurde *kizuna* allerdings häufig eingesetzt (Abb. 1). Bis 2010 schrieb man das Wort in den Medien jedoch in der Regel mit Hiragana, ab dem März 2011 aber fast ausschließlich als Schriftzeichen. Vor 2011 wäre es also kaum sinnvoll gewesen, das Wort auch zum Kanji des Jahres zu wählen.

Neben der quantitativen Frage stellt sich auch die der Qualität – also wie *kizuna* tatsächlich gebraucht wurde. Ohne hier allzu sehr ins Detail oder in die historische Tiefe gehen zu können, gibt es einige interessante Hinweise in den genannten Online-Archiven und im Anschluss daran in verschiedenen Diskursen. *Kizuna* wurde vor allem im Hinblick auf vier Arten von Bindungen oder Beziehungen verwendet: internationale; problematische feudalistische; familiäre; Kundenbindung.

Die erste Verwendungsweise lässt sich gut an einer dreiteiligen Artikelserie in der *Yomiuri Shinbun* zum Besuch Ronald Reagans 1983 in Japan ablesen (YS 20.–22.01.1983). Die Überschrift lautete: »Das amerikanisch-japanische Bündnis: Ein neues *kizuna*«. Die Hoffnung war, dass Nakasone und Reagan die besonders im Hinblick auf den japanischen Außenhandel angespannten internationalen Beziehungen gemeinsam wieder in gutes *kizuna* zurückführen könnten. In genau dieser Verwendung ist der Begriff auch in den Wissenschaftsgebrauch übergegangen, wie das Buch *Nichibeī Dōmei no Kizuna* [Das *kizuna* des japanisch-amerikanischen Bündnisses] des Politologen KAZUA SAKAMOTO (2000) von der Universität Ōsaka beweist.

ABB. 1: Die Häufigkeit von *kizuna* (Hiragana und Kanji) in der *Asahi Shinbun*, 1995–2011



Quelle: Eigene Recherche im Online-Archiv der *Asahi Shinbun*.

Während *kizuna* hier eine sehr positive Konnotation hat, gab es in den beiden Kammern des japanischen Parlaments immer wieder vereinzelte Vorwürfe, die Regierung bediene sich eines »feudalistischen *kizuna*«, also vormoderner intransparenter Netzwerke. Diese von kommunistischer Seite geäußerte Kritik geht auf die Neuübersetzung des kommunistischen Manifests durch Hyōe Ōuchi und Itsurō Sakasaki von 1951 zurück. Die »buntscheckigen Feudalbande«, welche die Bourgeoisie zerriss, und das »Band zwischen Mensch und Mensch«, welches nur noch das »nackte Interesse [...] die gefühllose bare Zahlung« ist – beides aus dem ersten Kapitel »Bourgeoisie und Proletarier« – wurden von Ōuchi und Sakasaki jeweils mit *kizuna* übersetzt (MARX und ENGELS 1951: 42).¹ Im ersten Fall tritt das Adjek-

1. Allerdings beruht die Marx-Übersetzung von Ōuchi und Sasaki ihrerseits auf der englischen Übersetzung des Manifests von Samuel Moore und ist somit durch zwei Sprachen gegangen. Im Englischen steht »motley feudal ties« und »nexus between people« (MARX/ENGELS 2009: 7) für die Feudalbande und das Band zwischen Mensch und Mensch.

tiv *hōkenteki*, also feudalistisch, zu *kizuna*. Diese Kombination aus der Übersetzung des Manifestes wurde von den marxistisch geschulten Abgeordneten reaktiviert, wenn sie die Regierung angingen.

Vor allem aber wurde *kizuna* früher für familiäre Bindungen gebraucht. In der *Asahi Shinbun* schloss z.B. HIROHARU BABA (18.08.1980) eine Kolumne, in der er ein eher düsteres Bild der Entwicklung japanischer Familien zeichnete, mit einem Verweis auf *kizuna* ab: »Wenn das *kizuna* zerschnitten wird, wird die Familie zerstört«. *Kizuna* ist bei Baba und in einer Reihe von anderen Artikeln der Kitt, der Familien zusammenhält.

Im Zusammenhang mit Familienbindungen ist *kizuna* auch ein Begriff der Psychologie, Psychiatrie und Sozialpsychologie. Der Psychiater KEN ŌHIRA (1995: 83–87) thematisierte z.B. vor knapp zwei Jahrzehnten in seinem Buch *Yasashisa no Seishinbyō* (Die Psychopathologie des japanischen Sanftmutes) *kizuna* und *hodashi*. Das Paar *kizuna/hodashi* kennzeichnete für Ōhira dabei die Komplexität postmoderner zwischenmenschlicher Beziehungen in Japan. Diese schwanken nach Ōhira zwischen Bindung und Fessel.

Schließlich wurde *kizuna* im Managementbereich praktisch im Sinne von *customer relationships* eingesetzt. Neben einer Reihe von wissenschaftlichen Artikeln macht dies besonders das Buch *Kizuna ga umareru Junkan* [Der Moment in dem *Kizuna* entsteht] des ehemaligen Präsidenten von Ritz-Carlton Japan deutlich (TAKANŌ 2008). Dort beschreibt er, welcher Service ein *kizuna* zu den Hotelgästen entstehen lässt und sie damit zu Stammkunden macht.

Die ersten drei Elemente des Gebrauchs von *kizuna* bis ins 21. Jahrhundert – internationale Beziehungen, »Feudalbande« und familiäre Bindungen – wirken in den aktuellen Diskurs hinein, das letzte aus der Managementterminologie eher weniger. Es steht für eine ökonomisch geleitete kühl-rationale Verwendung dieses Begriffs. Nicht vergessen werden darf dabei allerdings, dass *kizuna* lange Zeit sowohl in den Medien als auch der Politik und der Wissenschaft kaum zum Einsatz kam. Das Wort *kizuna* ist erst in den letzten sechs Jahren deutlich öfter verwendet worden als zuvor und das Schriftzeichen *kizuna* erst in den letzten zwei Jahren. Es gibt jedoch zwei Diskursstränge die schon vor dem 11. März 2011 die semantischen Ebenen aufgreifen, die später tragend werden, wie in den nächsten beiden Abschnitt zu zeigen sein wird.

3. *Kizuna* nach dem 11. März 2011

Nach dem 11. März 2011 war *kizuna* plötzlich in den Medien ein zentraler Begriff. Das häufige Vorkommen ab März und April in der *Asahi Shinbun* gründete sich zunächst auf eine sehr serielle Verwendung ohne Tiefgang. Da eine Kolumne mit vermischten Nachrichten zur Hilfe für das Krisengebiet ab dem 16. März mit »Das *kizuna* der Hilfe« (*shien no kizuna*) überschrieben war, sind die Mehrzahl der Tref-fer in der Datenbank diesem Titel geschuldet. In der *Nihon Keizai Shinbun* wird *kizuna* im März und April dagegen z.B. nur selten angesprochen. Bei den ersten fünf großen Artikeln dazu in der Datenbank steht *kizuna* zwar dreimal im Titel, wird aber in den Texten selbst auch nur jeweils einmal bzw. zweimal kurz aufgegriffen.

Dieser oberflächliche Gebrauch lässt sich auch in Zeitschriften feststellen. So betitelte die monatlich erscheinende Zeitschrift *Seiron* aus dem Verlagshaus der erzkonservativen *Sankei Shinbun* ihre Berichterstattung über die Dreifach-Katastrophe mit »ima koso tamesareru kokumin no ›kizuna‹«, also das *kizuna* der Bürger, das gerade jetzt erprobt wird. In keinem der sieben Artikel des zwanzigseitigen Sonderteils wird jedoch *kizuna* auch nur einmal gebraucht, geschweige denn näher erläutert. Die Eindrücke in den anderen Zeitungen und Zeitschriften sind kaum anders.

Ein wichtiger Moment für die weitere Verwendung von *kizuna* war daher Anfang April ein Brief des damaligen japanischen Premierministers NAOTO KAN (2011b) an die über 130 Staaten, die Japan seit dem 11. März unterstützt hatten. Er war sowohl in der japanischen Fassung als auch in der englischen Übersetzung mit *Kizuna – The Bonds of Friendship* überschrieben, wobei im Original über dieser Überschrift noch das Schriftzeichen für *kizuna* stand. Im Brief selbst wurde *kizuna* gar nicht mehr explizit aufgegriffen. Stattdessen war in der japanischen Version von *ataitakai shien* und an einer anderen Stelle von *rentai* die Rede, in der englischen dementsprechend von *cordial assistance* und *solidarity*. *Kizuna* diente hier also nur als Überschrift.

Doch den internationalen Adressaten des Briefes dürfte trotzdem recht klar gewesen sein, was Kan mit *kizuna* genauer meinte. STEFFI RICHTER (2011) hat darauf hingewiesen, dass Kan erst Ende Januar 2011 in Davos eine Rede vor dem Weltwirtschaftsforum gehalten hatte, die auf Englisch mit »Opening Japan and Reinvesting KIZUNA« [sic] betitelt war (KAN 2011a). Kan forderte darin zum einen eine dritte Öffnung Japans nach der Meiji-Restauration und dem Neubeginn 1945. Zum anderen skizzierte er seine Vorstellung von einem neuen Zusammenhalt der Gesellschaft, den er mit *kizuna* fasste. »Symbole für die gegenwärtige Verdrehung der japanischen Gesellschaft« seien der Vorfall in der Mazda-Fabrik in Hiroshima,

wo im Juli 2010 ein gekündigter Zeitarbeiter einen Wagen entwendete und in eine Gruppe Mitarbeiter raste, sowie die »wahllose Tötung« von sieben Menschen beim Mordanschlag von Akihabara 2008. KAN (2011a) sieht die Probleme und die Lösung wie folgt:

Die Analyse zeigt, dass der Grund dafür in der Isolation zwischen den Menschen und der Vereinzelung der Herzen liegt. Wir haben uns geschworen wieder eine Gesellschaft zu schaffen, in der erneut das kizuna der Familie, der Gesellschaft und der heimatlichen Region geknüpft wird.

Doch der Bezug auf *kizuna* innerhalb der DPJ reicht noch viel weiter zurück, als Richter vermutet. Der damalige Premierminister Yukio Hatoyama hatte bereits Ende 2009 *kizuna* als Kanji des Jahres vorgeschlagen (DPJ 2009). In Reihen der DPJ wurde *kizuna* schon immer als Kanji geschrieben. 2009 hatte aber statt dessen *shin* für neu die meisten Stimmen bekommen, als Symbol für die große politische Umwälzung durch den Sieg der DPJ in den Parlamentswahlen des gleichen Jahres. Hatoyama begründete sein Votum für *kizuna* – das freilich damals noch nicht einmal unter die Top-Ten der *kanji* gekommen war (NKNKK 2009) – damit, dass dieses Schriftzeichen den Kern seines politischen Programms zum Ausdruck bringe, also seinen Wunsch, dass die japanische Gesellschaft eine von *kizuna* erfüllte sei.

Auch ansonsten verwendeten immer wieder einzelne Parlamentarier der DPJ *kizuna*. 2010 forderte z.B. eine Abgeordnete im Oberhaus, dass eine neue öffentliche Sphäre wichtig sei, in der jeder selbstverantwortlich nach Glück streben könne, also dem in der japanischen Verfassung verankerten *pursuit of happiness*. NPOs, Unternehmen und Bürger seien aber gefragt, gleichzeitig eine »Gesellschaft, die *kizuna* kann« (*kizuna ga dekiru shakai*) zu ermöglichen (DPJ 2010). Innerhalb der DPJ wurde *kizuna* als Konzept definiert, eine liberale Gesellschaft im Gleichgewicht zu halten und nicht völlig dem individuellen Glücksstreben unterzuordnen. Auf die politische Verwendung durch Vertreter der DPJ wurde nach dem 11. März 2011 kaum direkt verwiesen. Aber Trägern des Diskurses dürfte dieser Gebrauch sicherlich vor Augen gestanden haben. Vor allem die Rede in Davos dürfte Anfang März noch nicht vergessen gewesen sein.

Die weitere inhaltliche Bestimmung von *kizuna* lässt sich an typischen Gebrauchskontexten des Wortes im Verlauf des Jahres 2011 festmachen. Dabei fallen neben der politischen vor allem zwei weitere Verwendungsweisen ins Auge: Spendenaktionen und erste wissenschaftliche Versuche, den Gehalt von *kizuna* zu erfassen. Selbstverständlich war *kizuna* über Plakate, Werbungen, das Internet und viele weitere Kontexte ebenso ständig hochpräsent. Es ist unmöglich alle Gebrauchskon-

texte ausführlich zu analysieren. Die genannten versprechen zumindest, die wichtigsten Bereiche abzudecken.

Die naheliegenste Idee schien zu sein, Spendenaktionen unter das Motto *kizuna* zu stellen. Immerhin ist hier die selbstlose Hilfe, für die *kizuna* steht, schon in der Sache selbst aufgehoben, dem Fundraising-Engagement. Es gab zahlreiche Spendenaktionen kleinerer und mittlerer Reichweite, die unter dem Namen *kizuna* firmierten. Darüber hinaus waren größere *kizuna*-Aktionen prägend für die Bedeutung des Wortes. Das Japan News Network und das Japan Radio Network starteten z.B. ein großes *kizuna*-Projekt (JNN/JRN 2012). In den diversen Sendern und Stationen der beiden Networks sollten in diesem Projekt vor allem Opfer der Dreifach-Katastrophe zu Wort kommen. So füllte sich der Begriff mit zahlreichen konkreten Beispielen.

Außerdem wird *kizuna* neuerdings als eigenständiges wissenschaftliches Phänomen diskutiert. Yōji Inaba, Professor an der privaten Nihon Daigaku, legte Ende 2011 bei einem großen Verlag eine Einführung in das Sozialkapital vor. Der Untertitel des Buches lautet *Von der Einsamkeit zum Kizuna*. *Kizuna* ist dabei für Inaba mehr oder minder gleichbedeutend mit Networking und damit eine Grundvoraussetzung, dass Sozialkapital wirksam werden kann. Dabei lehnt sich INABA (2011: 10) stark an die Vorstellungen des amerikanischen Politologen ROBERT PUTNAM (2000; 2002) an. INABA (2011: I) preist im Vorwort die Vorzüge des japanischen *kizuna*. Nach dem 11. März habe man eine Demonstration von *kizuna* erlebt, wie es sie in Japan seit 1945 nicht mehr gegeben hätte – was angesichts des immensen zivilgesellschaftlichen Engagements nach dem Erdbeben in Kōbe 1995 übrigens stark bezweifelt werden darf. *Kizuna* würde Japan auch gegenüber den USA herausheben (INABA 2011: 2). Sei es nach dem Hurrikan Katrina in New Orleans zu Plünderungen gekommen, hätten sich im Gegensatz dazu in Japan die Bindungen gestärkt.²

Auf politischer Ebene schließlich wurde *kizuna* nicht mehr allein von der DPJ aufgegriffen. Auch die Liberaldemokratische Partei (LDP) nahm sich des Konzepts intensiv an, auf das sie vor 2011 nur selten verwiesen hatte (so z.B. LDP 2010). Der Begriff wurde in Reihen der LDP dabei nicht nur im direkten Bezug zur Situation in Nordjapan verwendet, sondern als prinzipielles Motto dafür, die japanische Gesellschaft zu reformieren. Ende April 2011 veröffentlichte die Partei ein Acht-punkteprogramm, das mit »Lasst uns mit der Kraft von *kizuna* Japan neu errichten« betitelt war (LDP 2011).

2. Die Medien berichteten nach dem Hurrikan Katrina von Plünderungen. Es spricht aber viel dafür, dass es außer in Notsituationen nicht zu solchen Handlungen kam. Vielmehr dürften rassistische Annahmen hinter diesen Meldungen stehen (HARI 18.03.2011).

Außerdem gründete sich Ende 2011 noch eine politische Vereinigung mit dem Namen Neue Kizuna Partei (AS 05.01.2012). Wie so oft handelte es sich um eine Abspaltung einer der großen. Diesmal verließen einige Abgeordnete die DPJ. Anlass war die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer, womit sich die Frage stellt, was denn der Parteiname mit dieser Thematik zu tun haben könnte. Immerhin ist *kizuna* damit inzwischen fester Bestandteil politischer Diskussionen geworden.

4. *Kizuna* als Antwort auf das gefühlte Auseinanderbrechen der Gesellschaft

Welche Auswirkungen die unterschiedlichen Verwendungsweisen auf die Semantik von *kizuna* hatten, wird noch einmal sehr deutlich, wenn man die Kür zum Schriftzeichen des Jahres im Dezember 2011 näher betrachtet. Das Schriftzeichen des Jahres wird nicht einfach durch das NKNKK festgelegt, sondern durch eine Wahl bestimmt, an der sich jeder beteiligen kann. Für *kizuna* stimmten rund 61.000 Teilnehmer, für Katastrophe (*wazawai*), Beben (*shin*) und Welle (*nami*) je rund 28-, 26- und 17-tausend. Die Wahl fiel also relativ eindeutig aus. Warum *kizuna* gewählt wurde, lässt sich aus den Kommentaren einiger Teilnehmender erschließen, die auf der Homepage zur Wahl veröffentlicht wurden (NKNKK 2011). Diese Kommentare sind natürlich nicht repräsentativ, sondern vorausgewählt worden. Sie geben aber trotzdem gute Hinweise. Bereits drei Stimmen unter insgesamt dreißig zeigen die Bandbreite an Bedeutungen, die *kizuna* zugeschrieben werden.

Eine 49-jährige Frau aus Miyagi wird mit folgenden Worten wiedergegeben:

Im Angesicht der Katastrophe ist ›kizuna‹, das Herz an Herz knüpft, etwas, das ich ein Leben lang nicht vergessen werde. ›Kizuna‹ im Stadtviertel, ›kizuna‹ in der Heimatregion, ›kizuna‹ in den Gemeinden, ›kizuna‹ zwischen japanischen Bürger und schließlich ›kizuna‹ zu all den Ländern, die ihre Hände helfend reichten – Danke!

Eine 24-jährige Frau aus Yamaguchi betont die internationale Ebene noch mehr:

Das Erdbeben in Neuseeland, das Erdbeben in Japan und dann die Flut in Thailand – verschiedene Regionen Japans haben geholfen und ihnen wurde geholfen. Dem Ausland wurde geholfen und es hat geholfen. Deshalb war es ein Jahr, in dem man an verschiedenen Orten ›kizuna‹ fühlen konnte.

Schließlich soll noch ein 27-Jähriger aus Ōsaka zu Wort kommen, der *kizuna* in ganz anderen Medien verortet:

Durch das große ostjapanische Erdbeben und den Atomunfall haben ich die Kraft von ›kizuna‹ gespürt, das Menschen erneut untereinander und mit der Welt verbindet und gefühlt, dass es ein Jahr war, in dem die neuen Tools Twitter und Facebook dies verstärkt und vertraut gemacht haben.

In diesen drei Beispielen lässt sich *kizuna* zwar immer mit Bindung übersetzen. Doch gemeint sind unterschiedliche Bindungsformen, die sich noch differenzierter ins Deutsche übertragen lassen. Im ersten Fall trifft es wohl Zusammenhalt ganz gut. Im zweiten könnte man von internationaler Solidarität sprechen – abgesehen davon, dass Solidarität im Japanischen in einem Spannungsverhältnis zu *kizuna* steht, wie im nächsten Abschnitt noch deutlich werden wird. Das dritte Zitat verweist eher auf Netzwerke, geknüpft durch soziale Plattformen. In anderen Kommentaren auf der Homepage, wird *kizuna* als »Teamwork« gesehen, das die Grundlage des Erfolges des japanischen Frauenteam bei der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland gewesen sei. Außerdem werden die familiären Beziehungen zwischen Eltern und Kindern sowie Geschwistern als *kizuna* angesprochen.

Die Kommentare derer, die sich an der Abstimmung beteiligt haben, zeigen also, dass die Semantik von *kizuna* weit gespannt ist: Die Bindungen zwischen den Menschen, den Regionen, den Staaten; das Selbstlose, die Solidarität, das Spontane, Netzwerken; all das vermittelt durch Spenden, Akte von Hilfe oder einfach nur hinzufügen als Freund in Facebook. Diese breite Semantik erinnert an das Konzept der flottierenden Signifikanten. CLAUDE LÉVI-STRAUSS (1974) hat diesen Begriff 1950 in seinem Vorwort zu *Anthropologie und Soziologie* von Marcel Mauss aufgebracht. STUART HALL (1996) hat das Konzept des flottierenden Signifikanten für die Analyse des Begriffs Rasse kulturwissenschaftlich eingesetzt. Der entscheidende Punkt dabei ist, dass Rasse eine recht breite Bedeutung hat und in verschiedenen Kontexten sehr unterschiedlich eingesetzt wird. Dadurch ist es schwer, rassistische Äußerungen klar auf eine Bedeutung zu reduzieren und zu widerlegen. Im Falle von *kizuna* ist es oft ebenfalls nicht leicht, eindeutig festzumachen, was genau gemeint ist. Gerade im Kontext der Dreifach-Katastrophe ist diese semantische Unschärfe eher hilfreich gewesen, um *kizuna* als Antwort auf viele Probleme erscheinen zu lassen.

Das rührt daher, dass hinter dem flottierenden Signifikant *kizuna* ein ganzer Komplex von Sehnsüchten steckt. *Kizuna* wird dadurch zu einer allgemeinen Metapher für das bessere Japan, das, so meinen viele, nicht mehr existiert hat – bis die gesellschaftliche Reaktion auf die Dreifach-Katastrophe es wieder hervorgebracht

hat. Das lässt sich an den zitierten Aussagen derer nachfühlen, die bei der Abstimmung zum Kanji des Jahres mitgemacht haben. Die Wertvorstellungen der Japaner haben sich nach der Dreifach-Katastrophe 2011 gewandelt – zurück dorthin, wo sie früher einmal waren. *Kizuna* unterliegt hier eine nostalgische Vorstellung von Gemeinschaft, die durch warme, intensive und selbstlose Verbindungen getragen wird – das Ganze aber in eine moderne Gesellschaft eingebracht, die normalerweise durch Individualisierung charakterisiert ist. Eine der zitierten Einsenderin spricht explizit von den Bindungen in der Gesellschaft. *Kizuna* vereint also die Gegensätze Gemeinschaft und Gesellschaft.

Damit lässt sich der Diskurs um *kizuna* mit anderen Modewörtern der letzten Jahre in Verbindung bringen. Vor allem *muen shakai* (Die beziehungslose Gesellschaft) und *kozoku* (verwaiste Familien) waren zwei solcher Begriffe, die oft gebraucht wurden. In beiden Fällen werden negative Entwicklungen in der japanischen Gesellschaft angeprangert, die auf einer zunehmenden Desintegration sozialer Beziehungen beruhen sollen.

Muen shakai wurde durch eine Dokumentationsreihe des staatlichen Fernsehens NHK zum stehenden Begriff, die Anfang 2010 startete und im selben Jahr auch mit dem Kikuchi-Kan-Preis ausgezeichnet wurde. Das Wort selber wurde schon Mitte der 1990er Jahre aufgebracht (TSUCHIYA 1996). Doch die Serie der NHK vermochte es durch zahlreiche Beispiele und Interviews in ihrer Ausstrahlung dem Problem besondere Aufmerksamkeit zu sichern. Besonders im Fokus standen dabei die zahlreichen Fälle von alten Menschen, deren Tod lange unbemerkt bleibt, da sie keine Verwandten oder Freunde haben, die sich um sie kümmern. 32.000 Fälle im Jahr 2009 zählte die NHK (2010) und brachte diese schockierende Statistik schon damals mit fehlendem *kizuna* in Zusammenhang. *Kizuna* führte dabei aber nur auf drei Formen von *en* hin, also einem anderen Wort für Beziehung (NHK 2010):

Die drei Formen von kizuna, die die japanische Gesellschaft zusammengehalten haben, sind rasch verloren gegangen. Die Zahl der Menschen, die den Berührungspunkt mit der Gesellschaft verlieren, die ihrerseits das kizuna mit der Heimat = en des Wohnortes, das kizuna mit der Familie = en des Blutes und das kizuna mit dem Unternehmen = en der Firma einbüßt, ist rasch gestiegen.

Kizuna spielt in der Begründung der NHK zwar eine wichtige Rolle und wird auch als Kanji geschrieben, ist aber nicht der zentrale Begriff. Stattdessen verweist es auf die verschiedenen Formen von *en*, die der NHK wichtiger erscheinen. Immerhin wurde aber als Teil der *muen shakai*-Serie Ende Januar bis Anfang Februar 2010 eine zwölfteilige Reihe von Reportagen mit dem Titel *Kizuna Hajimeyō* (Lasst

uns mit *kizuna* beginnen) im Frühprogramm *Ohayō Nippon* zwischen 4:30 und 8:00 gezeigt. Erneut zeigt sich, dass *kizuna* schon Teil der Diskussion um *muen shakai* war, aber noch nicht im Mittelpunkt stand, wie die Zeit der Ausstrahlung sehr deutlich macht.

Im Anschluss an den Erfolg der *muen shakai*-Serie griffen wissenschaftliche Bücher die Frage der zunehmenden Bindungslosigkeit unter genau diesem Begriff auf. So versuchte der Wirtschaftswissenschaftler TOSHIAKI TACHIBANAKI (2011) von der Kyōto Universität in seinem Buch *Muen Shakai no Shotai* (Die wahre Gestalt der Gesellschaft ohne Beziehung) die von der NHK aufgeworfenen Fragen quantitativ zu beantworten. Auch er kam zum Schluss, dass drei klassische Milieus von Bindungen in der japanischen Gesellschaft – die Familie, die Nachbarschaft und die Firma – ihre Funktion verloren hätten. So steht sein Buch wie die Dokumentationen der NHK unter dem Eindruck einer gesellschaftlichen Desintegration und eines Verlustes von Bindungen im Vergleich zu früher. Aus der *yuen shakai*, also der Gesellschaft, die über Beziehungen verfügte, sei die *muen shakai* geworden (TACHIBANAKI 2011).

Eine Kampagne der *Asahi Shinbun* unter dem Titel *Kozoku no Kuni* (Land der verwaisten Familien), die Ende 2010 als Artikelserie in der Zeitung startete und 2012 dann in Buchform erschien (ASKKJ 2012), schlug in eine ganz ähnliche Kerbe wie die Serie der NHK. Die Serie thematisiert u.a. die zunehmende Zahl von Single-Haushalten und die Folgen dieser Bindungslosigkeit. Besonders interessant bei dieser Serie ist, dass 2012 auch fünf Artikel zu den Folgen der Dreifach-Katastrophe erschienen. *Kizuna* wird hier gar nicht aufgegriffen. Die Texte berichten stattdessen von desintegrierten Gemeinden im Katastrophengebiet und Einzelschicksalen, die die Bindungslosigkeit aufzeigen. Außerdem wird immer wieder die große Bedeutung von Arbeitsmigranten für das Überleben der alternden und sich entvölkernden Region thematisiert: »Ausländer aus Asien sind es, auf die sich ausdünnende Region stützen« (NISHIMOTO 25.07.2011). Letztendlich vermittelt die Artikelserie zu 3/11 ein düsteres Bild der Bindungslosigkeit und des Absterbens der Katastrophenregion, ohne Antworten zu skizzieren. Die Leser sind selbst gefragt, sich ihre Gedanken zu machen. Deutlich geht aber aus der Serie hervor, dass die Zustände nicht schon immer so trostlos waren.

Mit *muen shakai* und *kozoku no kuni* wird also tatsächlich eine gesellschaftliche Verlusterfahrung thematisiert. *Kizuna* drückt dagegen die Hoffnung aus, diese Entwicklungen durchbrechen zu können und wieder zu einer warmen, integrierten Gesellschaft zu gelangen. In der Folge der Dreifach-Katastrophe vom März 2011 hat sich *kizuna* indirekt als Antwort auf *muen shakai* und *kozoku no kuni* durchgesetzt. Der Begriff musste genau deswegen auch gar nicht mehr allzu klar definiert

werden, sondern konnte praktisch in seiner flottierenden Version recht offen eingesetzt werden. Das Szenario, auf das *kizuna* Antwort gibt, ist durch *muen shakai* und *kozoku no kuni* wohlbekannt. Außerdem gaben die NHK, die *Asahi Shinbun* oder auch die DPJ bereits vor 2011 Hinweise, welche Rolle *kizuna* spielen könnte, ohne dass sich der Begriff schon komplett durchgesetzt hätte. Inzwischen gibt es aber ganz verschiedene Interpretationen, wie *kizuna* das Auseinanderfallen der Gesellschaft stoppen könnte.

In INABAS (2011) schon erwähntem Buch gibt es eine starke Verbindung zur neo-liberalen Theorie. *Kizuna* dient letztendlich dazu, den Staat zu entlasten. Die Menschen können selbst am besten auf Katastrophen wie vom 11. März reagieren, wenn sie sich genügend vernetzen und aus *kizuna* soziales Kapital generieren. Das wirkt in der Theorie einleuchtend. Der politische Gebrauch von *kizuna* durch die DPJ und die LDP passt gut in dieses Schema. Politiker beider Parteien haben *kizuna* als moralisches Netz vorgestellt, das die Eigenverantwortung der Familie, der Nachbarschaft oder der Region für ihre Belange und Probleme absichert. Der eher konservative Wunsch nach einer gut integrierten Gesellschaft lässt sich auf diese Weise mit dem Rückzug des Staates aus der Wohlfahrt oder Katastrophenbewältigung verbinden. Gleichzeitig dürfte aber auch eine Reihe von Grassroot-Organisationen aus ähnlichen Überlegungen heraus mit *kizuna* operieren. Non-Governmental Organizations sind auf Bindungen und starkes lokales Networking angewiesen. Obwohl sie mit staatlichen Institutionen kooperieren, sind sie doch nicht daran interessiert, dass alle ihre Aufgaben vom Staat übernommen werden. *Kizuna* bringt genau diese Aspekte gut zum Ausdruck.

Auch von eher links einzuordnenden Intellektuellen ist *kizuna* aufgegriffen worden. Der der Kommunistischen Partei Japans nahestehende Wirtschaftswissenschaftler KŌICHI HAYARI (2011) bediente sich im August 2011 in der Zeitschrift *Seikai* des Begriffs *kizuna*. Er forderte, dass die lokale und regionale Selbstverwaltung in den Katastrophengebieten schnellstmöglich wieder hergestellt würde (HAYARI 2011: 47). Diese Form von *kizuna* diene der »Wiederherstellung der Menschen« dort, also dazu, ihre Lebensverhältnisse wieder zu normalisieren. Allerdings sieht Hayari den Staat in der Pflicht, hier zu investieren und Gelder freizugeben, statt auf soziales Kapital zu setzen. Außerdem forderte er staatsbürgerliches *kizuna*, das sich im Zeichnen von Staatsanleihen ausdrücken sollte, damit der Staat in der Lage sei, den Wiederaufbau Nordjapans in Angriff zu nehmen (HAYARI 2011: 52). Dadurch könne eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vermieden werden.

Kizuna ist letztendlich ein Lösungsangebot für die wahrgenommenen Probleme, das besonders nach dem März 2011 viele Anhänger gefunden hat. Es ist selten genug, dass NGOs, die Spenden für Opfer vor Ort sammeln, nationale Massenmedien

sowie ein breites Spektrum politischer Parteien und Intellektuelle sich im Hinblick darauf, wie die japanische Gesellschaft aussehen soll, sich auf eine gemeinsame Vokabel verständigen können. *Kizuna* ist ein offenes Deutungsangebot mit hohem emotionalem Wert, das diese Möglichkeit gibt. Genau hierin liegt aber auch die Gefahr des Begriffs, wie einige Stimmen im Diskurs kritisch herausgearbeitet haben.

5. Die Kritik: *kizuna* oder Solidarität?

Auch wenn die Sehnsucht, die sich in *kizuna* ausdrückt, im Angesicht der Dreifach-Katastrophe vom März 2011 nachvollziehbar ist, gab es abweichende Standpunkte. Es waren zwar nicht viele kritische Stimmen, die sich mit *kizuna* auseinandergesetzt haben, doch zumindest in einigen Fällen waren sie durchaus einflussreich. Der Psychologe TAMAKI SAITŌ, der in Japan durch diverse Fernsehauftritte bekannt ist, hat eine sehr deutliche Kritik geäußert (RICHTER 2011). In einem Artikel in der *Mainichi Shinbun* kritisierte er insbesondere die neoliberale Gefahr, die sich in *kizuna* manifestiert, nämlich dass sich der Staat aus der Verantwortung schleicht. Schwache wie pflegebedürftige Alte würden so einfach auf die Familien und andere Netzwerke zurückverwiesen (TAMAKI 12.11.2011 [zitiert nach RICHTER 2011]):

Das größte Problem dabei ist das des ›Schutzes für die Schwachen‹. Was ich bei der Rede von kizuna am meisten befürchte ist, dass dadurch letztlich sogar die Unterstützung der Schwachen – eigentlich eine Aufgabe der Regierung – der »kizuna Familie« überlassen wird. Früher wurden geistig Behinderte in privaten Häusern einfach in eine Extrakammer eingesperrt [...], die Betreuung alter Menschen oblag völlig der Familie. Auch heutzutage ist es noch immer so, dass hochbetagte ›hikikomori‹ auf die kizuna ihrer alternden Eltern angewiesen sind. Und nun auch noch die von der Katastrophe Betroffenen.

Der Staat habe gewissermaßen die von NAOMI KLEIN beschriebene Schockstrategie im Moment des Erdbebens von Kōbe 1995 und der letzten Dreifach-Katastrophe angewandt und den Moment genutzt, in neoliberaler Manier die Verantwortung von sich zu weisen und die Bürger selbst in die Pflicht zu nehmen bzw. sie darauf vorzubereiten, für ihre Probleme den freien Markt in Anspruch zu nehmen. *Kizuna* wäre letztlich nur eine Verschleierungstaktik für den neoliberalen Rückzug des Staates zugunsten marktwirtschaftlicher Lösungen. Die Grundannahme ist, dass *kizuna* die sozialen Probleme und die Notlage nach Katastrophen gar nicht aufheben kann. Saitō fordert deshalb, statt *kizuna* wieder auf *rentai*, also Solidarität

zurückzugreifen. Solidarität spreche freie Individuen an, *kizuna* dagegen private und damit geschlossene Netzwerke. Der Artikel von Saitō hat ein großes Echo in der japanischen Blogosphäre gefunden. Zahlreiche Beiträge nahmen seine Aussagen auf und fragten, ob nicht Solidarität ein viel wirksameres Konzept als *kizuna* wäre.

Die Unterscheidung zwischen *kizuna* und Solidarität erscheint bei Saitō schlüssig, ist aber oft genug im aktuellen Diskurs gar nicht so klar. Schon im Brief von Kan an die helfenden Staaten vom April 2011 war eben auch von Solidarität die Rede. In vielen weiteren Dokumenten und Kontexten werden beide Begriffe verwendet, wobei Solidarität meist als nähere Bestimmung von *kizuna* genutzt wird, also um letzteres genauer zu definieren. Es gibt aber einige grundlegende Unterschiede zwischen *kizuna* und Solidarität, die eine Unterscheidung trotzdem sinnvoll erscheinen lassen.

Kizuna in seiner aktuellen Bedeutung erweitert den Bedeutungsraum eines japanischen Wortes erheblich. Es ist kein Lehnwort oder eine Übersetzung eines westlichen Konzeptes ins Japanische. Das japanische Wort für Solidarität (*rentai*) beruht hingegen auf einer Übersetzung aus der westlichen Staatsphilosophie. Solidarität hat in Europa und Nordamerika eine lange und komplexe Geschichte. Es hat sowohl als grundlegendes Konzept Eingang in die Sozialwissenschaft gefunden als auch in die Politik. Dagegen hat die japanische Übersetzung *rentai* nie in dieser Weise den breiten Diskurs beeinflusst. Das Wort klingt eher theoretisch und für den Alltagsgebrauch zu hochgestochen.

Vor diesem Hintergrund ist Saitōs Kritik aber zu schematisch. In seiner Ablehnung von *kizuna* schöpft er aus der Tradition des marxistischen Verständnisses des Begriffs, das auf der Übersetzung des Manifests von 1951 basiert. Hinzu kommt bei ihm noch die Warnung vor dem neoliberalen Rückzug des Staates aus zentralen wohlfahrtsstaatlichen Bereichen. Allerdings spielt Saitō damit nur die Idee einer westlichen Moderne, symbolisiert durch *rentai*, gegen die eines japanischen Gegenmodells aus, also *kizuna*. Die westliche Seite wird als aufgeklärt, rational und im positiven Sinne individualistisch beschrieben. Das Gegenmodell wird dagegen letztendlich als Wiederkehr eines japanischen Irrweges kritisiert, der auf der Fehlannahme beruht, man könne gemeinschaftliche Wärme und Demokratie in einer Gesellschaft vereinen. Stattdessen bindet *kizuna* die Menschen aber wie eine »Fessel«.

Die Kritik von Saitō ist nicht die einzige geblieben. Im Internet gibt es diverse Auseinandersetzungen mit *kizuna*. Da das Phänomen insgesamt relativ neu ist, sind fundierte wissenschaftliche Kritiken noch kaum zu erwarten. Das Netz ist neben den klassischen Printmedien der Ort für schnelle und flexible Reaktionen,

die durch Verlinkungen und soziale Netzwerke ihre Kreise ziehen. Ein Beispiel für diese Form der Kritik ist das Internetvideo *Story of Kizuna: Let's Promote Bonding to Expose to Fukushima's Radiation*.³ Technisch ist es einfach gehalten. In simpel animierten Zeichnungen wird gezeigt, wie eine Familie aus dem Krisengebiet rund um die havarierten Kernkraftwerke von Fukushima zu fliehen versucht. Gleichzeitig demonstrieren viele Menschen gegen Atomkraft. Deshalb beraten graue Gestalten hinter verschlossenen Türen über Gegenmaßnahmen. Sie schicken Raketen los, über die die Botschaft *kizuna* auf die Fernschirme gebracht und in die Köpfe der Menschen eingepflanzt wird (Abb. 2). Sowohl die Familie als auch die Demonstranten erliegen dem *kizuna*.

ABB. 2: Bild aus dem Film *The Story of Kizuna*



Anm.: Die Bürger sind gerade vom *kizuna* infiziert worden und fordern nun die Opfer auf, nicht aus egoistischen Motiven einfach zu fliehen, sondern sich auf *kizuna* zu besinnen. Quelle: Siehe Fußnote 3.

Es ist nicht einfach, die Reichweite eines solchen Videos abzuschätzen. Man kann aber ohne weiteres im Netz zahlreiche Verlinkungen auf sozialen Medien wie Twitter, in Blogs oder bei Facebook finden, wenn man das Video unter seinem Titel sucht. Das Video soll an dieser Stelle nur beispielhaft dafür stehen, dass neben

3. Ursprünglich befand sich das Video auf Youtube und dorthin verweisen auch die meisten Links auf Blogs oder anderen Quellen. Es wurde aber laut Youtube vom Nutzer entfernt. Unter seinem Titel findet man es aber auch an anderen Orten im Internet.

Artikeln wie dem von Saitō auch im Internet auf unterschiedliche Art und Weise Kritik an *kizuna* geäußert worden ist, die durchaus eine breitere Aufmerksamkeit erfahren hat. Dabei ähnelt sich die Kritik durchaus inhaltlich. Das Video unterstellt, dass *kizuna* eine Strategie der Mächtigen gewesen sei, um die Japaner im wahrsten Sinne des Wortes gleichzuschalten. Die Botschaft ist eine deutlich zugespitzte Form der Aussagen von Saitō. Die Solidarität der Straße, die sich im gemeinsamen Protest äußert, wird durch die Ideologie der Regierung gebrochen, die stattdessen *kizuna* propagiert.

6. Für und wider *kizuna*

Das Fazit zu *kizuna* fällt gespalten aus. Der Begriff ist innerhalb kürzester Zeit ins Zentrum der japanischen Diskurse um die Dreifach-Katastrophe vom März 2011 und der Folgen gerückt. Seine inhaltliche Unbestimmtheit war dabei eher hilfreich als hinderlich, denn so konnten viele Menschen verschiedene Anschlüsse an *kizuna* finden. *Kizuna* war so auch Anlass und hilfreiche Begründung zahlreicher Hilfsprojekte. Viele Spenden wurden in diversen *kizuna*-Projekten gesammelt und Volunteers konnten ihr Tun mit Hilfe dieses Begriffs besser einordnen und verstehen. Da *kizuna* auch eine Antwort auf gesellschaftliche Fragen und Sehnsüchte zu geben scheint, die schon vor der Dreifach-Katastrophe aufgeworfen wurden, ist es nicht verwunderlich, dass der Begriff so schnell Eingang in den Diskurs gefunden hat.

Die Kritik von Saitō ist deswegen aber noch lange nicht von der Hand zu weisen. Der *kizuna*-Diskurs ist nicht unproblematisch und die mögliche Instrumentalisierung für neoliberale Ziele in der Wohlfahrtspolitik durchaus real. Besonders deutlich wird dies, wenn man auf die Folgen des Erdbebens von Kōbe 1995 für die Wohlfahrt in Japan blickt. Damals nahm der Begriff *borantia* (Freiwilliger) in etwa die Position ein (AVENELL 2010: 85), die 2011 mit *kizuna* ausgefüllt wurde. Nicht wenige sprachen angesichts der vielen Freiwilligen, die in der Erdbebenregion anpackten, sogar vom Geburtsjahr der Ehrenamtlichkeit in Japan. Die staatliche Seite hat diesen Boom des ehrenamtlichen Engagements aber für ihren eigenen neoliberalen Rückzug genutzt, wie OGAWA (2008, 2009) deutlich herausgearbeitet hat.

Statt also den *kizuna*-Begriff als Begründung einer neuen Gemeinschaftlichkeit in Japan einfach hinzunehmen, ist eine weitere Reflexion angebracht. Diese sollte aber noch viel weiter reichen, als die Anregung von Saitō, statt auf *kizuna* einfach wieder auf Solidarität zurückzugreifen. Angesichts drängender wohlfahrtsstaatlicher Probleme, die in Augenblicken wie im März 2011 nur besonders augenschein-

lich werden, ist eine offene Diskussion über Grundlagen und Begründungen des Wohlfahrtsstaates äußerst wichtig. *Kizuna* verdeckt wohl Probleme viel mehr, als sie zu lösen.

Literatur

- AS (ASAHI SHINBUN) (05.01.2012), »Shintō Kizuna« Hassoku: Seisaku ni Han TPP Datsu Genbatsu [Neue Kizuna Partei startet: Gegen TPP und Atomausstieg als politisches Programm]«, S. 2.
- ASKKJ (ASAHI SHINBUN »KOZOKU NO KUNI« JUSAIHAN) (2012), *Kozoku no Kuni: Hitori ga tsunagaru Jidai he* [Das Land der verwaisten Familien: In eine Zeit in der jeder auf sich selbst gestellt ist], Tōkyō: Asahi Shinbun.
- AVENELL, SIMON ANDREW (2010), »Facilitating Spontaneity: The State and Independent Volunteering in Contemporary Japan«, in: *Social Science Japan Journal* 13 (1): 69–93.
- BABA, HIROHARU (18.08.1980), »Kazoku no Kizuna: Kakuka de fukumaru Muryokukan [Die Bindung der Familie: Das Gefühl der Machtlosigkeit verstärkt sich durch mehr Kernfamilien]«, in: *Asahi Shinbun*, S. 1.
- DPJ (DEMOCRATIC PARTY JAPAN) (2009), *Jishin ni totte Kotoshi no Kanji ha »Kizuna«: »Kizuna no aru Shakai« aratemetete Hyōmei Hatoyama Sōri* [Für mich ist das Schriftzeichen des Jahres *kizuna*: Premier Hatoyama äußert sich erneut über die Gesellschaft, die *kizuna* hat], <http://www.dpj.or.jp/article/17425> (05.05.2012).
- DPJ (DEMOCRATIC PARTY JAPAN) (2010), *Sanin Yōsani: Genseiken dakara dekiru Kaikaku (Kaneko Gi'in)* [Haushaltsausschuss des Oberhauses: Aufgrund der gegenwärtigen Regierung eine machbare Reform (Abgeordnete Kaneko)], <http://www.dpj.or.jp/article/19301/> (05.05.2012).
- HALL, STUART (1996), »Cultural Studies and Its Theoretical Legacies«, in: DAVID MORLEY und KUAN-HSING CHEN (Hg.), *Stuart Hall: Critical Dialogues in Cultural Studies*, London: Routledge, S. 261–274.
- HARI, JOHANN (18.03.2011), »The Myth of the Panicking Disaster Victim«, in: *The Independent*.
- INABA, YŌJI (2011), *Sōsharu Kyapitaru Nyūmon: Dokuritsu kara Kizuna he* [Einführung in das Sozialkapital: Von der Isolation zu Bindungen], Tōkyō: Chūkō Shinsho.
- JNN/JRN (JAPAN NEWS NETWORK/JAPAN RADIO NETWORK) (2011), *Kizuna: Kizuna Purojekuto* [Bindungsprojekt], <http://www.tbs.co.jp/kizuna2011/> (05.05.2012).
- KAN, NAOTO (2011a), *Kaikoku to Kizuna* [Öffnung des Landes und Bindungen], <http://www.kantei.go.jp/jp/kan/statement/201101/29davos.html> (05.05.2012).
- KAN, NAOTO (2011b), *Kizuna: Bonds of Friendship*, <http://www.kantei.go.jp/jp/kan/statement/201104/11kizuna.html> (01.05.2011).

- LDP (LIBERAL-DEMOCRATIC PARTY) (2011), *Nihon Saiken ni muketa Yatsu no Jūten Seisaku* [Acht zentrale politische Maßnahmen auf dem Weg zum Wiederaufbau Japans], <http://www.jimin.jp/policy/pamphlet/pdf/tatenaoshi.pdf> (01.05.2011).
- LDP (LIBERAL-DEMOCRATIC PARTY) (2010), *Atarashii Kōryō, Aratana Shuppatsu: Yume to Kibō to Hokori o mote iru Kuni Zukuri o mezashite* [Ein neues Parteiprogramm, ein neuer Aufbruch: Den Aufbau eines Landes anstreben, das Träume, Wünsche und Stolz in sich trägt], http://www.jimin.jp/policy/policy_topics/recapture/pdf/008r.pdf (05.05.2012).
- LÉVI-STRAUSS, CLAUDE (1974), »Einleitung in das Werk von Marcel Mauss«, in: MARCEL MAUSS (Hg.), *Soziologie und Anthropologie I: Theorie der Magie; Soziale Morphologie*, München: Hanser, S. 7–41.
- MARX, KARL und FRIEDRICH ENGELS (1951 [1888]), *Kyōsantō Sengen* [Das kommunistische Manifest], übersetzt von Hyōe Ōuchi und Itsurō Sakisaka, Tōkyō: Iwanami Shoten.
- MARX, KARL und FRIEDRICH ENGELS (2009 [1888]), *The Communist Manifesto*, übersetzt von Samuel Moore, Teddington: The Echo Library.
- MIYARI, KŌICHI (2012), »Higashi Nihon Daishinsai to Fukkō no Katachi: Seichō, Kaihatsukei Fukkō kara Ningen to no Kizuna no Fukkō he« [Das Große Ostjapanische Erdbeben und die Form des Wiederaufbaus: Von Wachstum und Erschließung zum Wiederaufleben von Menschen und *kizuna*], in: *Sekai*, 820 (8): 43–54.
- NHK (2010), *NHK Spesharu Muen Shakai: Muenshi 32.000 Jin no Shōgeki* [NHK Special Gesellschaft ohne menschliche Beziehungen: Der Schock von 32.000 einsamen Toten], <http://www.nhk.or.jp/pr/keiei/shiryō/soukyoku/2010/01/003.pdf> (05.05.2012).
- NGK (NIHON KANJI NŌRYOKU KENTEI KYŌKAI) (2009), *Kotoshi no Kanji »Shin« ni Kettei!* [Die Entscheidung für das diesjährige Schriftzeichen des Jahres fällt auf »neu«, http://www.kanken.or.jp/years_kanji/backnumber/2009/ranking.html (05.05.2012).
- NGK (NIHON KANJI NŌRYOKU KENTEI KYŌKAI) (2011), *2011 Nen Kotoshi no Kanji* [Das Kanji des Jahres 2011], http://www.kanken.or.jp/years_kanji/detail.html#opinion (20.01.2012).
- NISHIMOTO, HIDEKI (25.07.2011), »Hosomaru Kaitakuchi: Gaikokujin Tsuma no Namida« [Das sich ausdünnende Erschließungsgebiet: Die Tränen ausländischer Ehefrauen], in: *Asahi Shinbun*, S. 38.
- OGAWA, AKIHIRO (2008), »Induced Voluntarism: A New Role for Schools?«, in: FLORIAN COULMAS, HARALD CONRAD, ANNETTE SCHAD-SEIFERT und GABRIELLE VOGT (Hg.), *The Demographic Challenge: A Handbook about Japan*, Leiden: Brill, S. 721–732.
- OGAWA, AKIHIRO (2009), *The Failure of Civil Society? The Third Sector and the State in Contemporary Japan*, Albany: SUNY Press.
- ŌHIRA, KEN (1995), *Yasashisa no Seishin Byōri* [Die Psychopathologie des Sanftmutes], Tōkyō: Iwanami Shoten.

- PECK, JAMIE und ADAM TICKELL (2002), »Neoliberalizing Space«, in: *Antipode*, 34 (3): 380–404.
- PUTNAM, ROBERT D. (2000), *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*, New York: Simon & Schuster.
- PUTNAM, ROBERT D. (Hg.) (2002), *Democracies in Flux: The Evolution of Social Capital in Contemporary Society*, Oxford: Oxford University Press.
- RICHTER, STEFFI (2011), [Übersetzung von Saitō Tamaki (12.11.2011) mit Kommentar], <http://www.textinitiative-fukushima.de/pages/projekte/japanologie-leipzig/kritische-oeffentlichkeit/zeitgeist-mein-unbehaben-gegenueber-der-anrufung-von-bdquokizunaldquovon-saito-tamaki-und-einem-kommentar-von-steffi-richter.php> (05.05.2012).
- SAITŌ, NAMAHI (12.11.2011), »Kizuna« Renko ni Iwakan: Jiyū na Koji no Rentai Koso« [Mein Unbehaben gegenüber der Anrufung von »kizuna«: Solidarität freier Individuen], in: *Mainichi Shinbun*.
- SAKAMOTO, KAZUYA (2000), *Nichibei Dōmei no Kizuna: Anpo Jōyaku to Sōgosei no Mosaku* [Die Bindung des japanisch-amerikanischen Bündnisses: Der Anpō-Vertrag und das gegenseitige Abtasten], Tōkyō: Yūhikaku.
- TACHIBANAKI, TOSHIKI (2011), *Muenshakai no Shōtai: Ketsuen, Chien, Shaen ha ikani Hōkai Shitaka* [Die wahre Natur der Gesellschaft ohne menschliche Beziehungen: Wie sich Blutsbande, lokale Bande, Betriebsbande aufgelöst haben], Kyōto: PHP Institute.
- TAKANŌ, NOBORU (2008), *Kizuna ga umareru Junkan: Hosupitariti no Butaizukuri* [Der Moment in dem Bindungen entstehen: Eine Bühne für Gastfreundlichkeit schaffen], Tōkyō: Kanki.
- TSUCHIYA, KEI'ICHIRO (1996), *Seigiron/Jiyūron: Muen Shakai Nihon no Seigi* [Diskussionen über Gerechtigkeit/Diskussionen über Freiheit: Gerechtigkeit in der Gesellschaft ohne menschliche Beziehungen], Tōkyō: Iwanami Shoten.
- YS (*YOMIURI SHINBUN*) (20.-22.01.1983), »Nichibei Dōmei: Atarashii Kizuna« [Das japanisch-amerikanische Bündnis: Eine neue Bindung].

Japanische Geburtenpolitik in Geschichte und aktuellem Diskurs

Limits of Political Feasibility: Birth Control Policy and the Low Birth Rate in Japan

K.-Ulrike Nennstiel

In Japan, fertility had been declining for more than three decades, when the government first decided to consider measures to stop this trend. At that time, people did not seem to be very concerned about it. What was the reason behind this lack of concern, and why did the reaction in Japan differ so much from that of other industrialized countries?

This paper investigates the history of birth rates and policies from the early Meiji period to the present, paying particular attention to the time before, during and after the Second World War. It shows quite clearly that in Japan, fertility did not decline just because of societal changes or as a side effect of industrial and medical development, but that the decline was very actively promoted by the government policy after World War II and in the early 1950s, when nurses and midwives made concerted efforts to effectively persuade women to reduce the number of children they would bear. Through these activities, the Japanese government's policy turned out to be surprisingly successful.

The methods the government and local authorities are currently using in an attempt to raise fertility have come to resemble more and more those used in the past, but their lack of success underscores changes in attitudes and feelings of people in Japan. Analysis of current discourses demonstrates how politicians and bureaucrats try to divide people into categories depending on sex, age, and other criteria, and then assign to them »social duties«, which they are no longer able or ready to bear. The article

presents a critical assessment of these discourses and shows how the present fertility rate is influenced by the past, not only directly through specific policies and initiatives, but also through the thinking and the emotions of ordinary people.

1. Einleitung

Als in Japan die Gesamtfertilitätsrate¹ im Jahre 1989 unter 1,57 sank, brachten die Medien den Geburtenrückgang als »1,57-Schock« in die Schlagzeilen. Tatsächlich zeigte die japanische Geburtenrate jedoch schon seit den 1970er Jahren eine rückläufige Tendenz. Was die Medien zum »Schock« hochspielten, war lediglich eine Gesamtfertilitätsrate, die im Laufe einer anhaltenden Abwärtsbewegung erstmals unter den mythisch² bedingten Niedrigstwert von 1,58 im Jahre 1966 gesunken war. Politik und Öffentlichkeit schienen diese Entwicklung jedoch überhaupt nicht wahrzunehmen und reagierten auch auf die »Schock«-Meldung zunächst nur zögerlich. Dass zu jener Zeit in Schweden und anderen europäischen Ländern längst Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang auf ihre Tauglichkeit überprüft wurden, kann den Verantwortlichen jedoch kaum entgangen gewesen sein. Warum kümmernten sie sich damals nicht um ähnliche Schritte?

Diese Frage stellt sich besonders angesichts dessen, dass in den vergangenen 15 Jahren in Japan Tausende von Artikeln und Büchern zum Thema »Geburtenrückgang« erschienen, in denen trotz aller unterschiedlichen Perspektiven die Auffassung vorherrscht, bei dem Geburtenrückgang handle es sich um eine problematische Entwicklung, der unbedingt Einhalt geboten werden müsse. Gering ist die Bereitschaft, die sinkende Fertilität hinzunehmen als unvermeidbaren Schritt gesellschaftlicher Modernisierung im Sinne der unilinearen Theorie einer Zweiten Demographischen Transition, wie sie etwa LESTHAEGHE und VAN DE KAA (1986) verfechten. Wenige Autoren akzeptieren den Geburtenrückgang als Prämisse künf-

1. Die Gesamtfertilitätsrate (= total fertility rate, TFR) errechnet sich als Summe der altersspezifischen Fertilitätsraten aller Frauen im »gebärfähigen Alter« (zwischen 15 und 45 (Europa) bzw. 49 Jahren (in Japan)). Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens durchschnittlich bekäme, wenn die für den gegebenen Zeitpunkt maßgeblichen altersspezifischen Fruchtbarkeitsverhältnisse der betrachteten Population konstant blieben. Für internationale Vergleiche wird die TFR gegenüber der (rohen) Geburtenrate (= Zahl der Geburten pro 1.000 Einwohner) bevorzugt, da demografische Faktoren wie Alterung oder Säuglingssterblichkeit in der TFR keinen Niederschlag finden.
2. Ursprünglich besagte der Mythos, der mit dem alle 60 Jahre wiederkehrenden »Jahr des Feuerpferdes« verbunden ist, dass in diesen Jahren gehäuft Feuersbrünste und andere Katastrophen aufträten. Allmählich weiteten sich die Assoziationen aus zu Charakterzuschreibungen auf die in diesen Jahren geborenen Menschen als besonders aggressiv. In der Edō-Zeit eskalierten sie dahin, dass im »Jahr des Feuerpferdes« geborene Frauen ihre Männer töten würden.

tiger Entwicklungen (AKAGAWA 2004a; ASK 2004; HORI' I 2011; KAWAMOTO 2001) oder messen ihm gar eine positive Bedeutung bei (FURUTA 2003; HARADA und SUZUKI 2005). Meinungsumfragen scheinen die Auffassung, die niedrige Fertilität könne nicht akzeptiert werden, auch für eine breitere Öffentlichkeit zu belegen (NAGANOKEN 2007). Die Anzahl gewünschter Kinder übersteigt nach wie vor die der geplanten und der tatsächlich geborenen (KSJK 2010a:7–8). Es gilt als »unverzichtbare Investition in die Zukunft« (ATÖ 2008) und vorrangige Aufgabe der Politik, durch geeignete Maßnahmen die Realisierung der gewünschten Kinderzahl zu ermöglichen und die Geburtenrate zu steigern (ÖISHI 2010: 109–110). Allerdings konstatiert der österreichische Familienforscher WOLFGANG MAZAL eine Differenz zwischen gewünschter und realisierter Fertilität »in allen Ländern und zu allen Zeitpunkten« (2009: 5). Ihre Ursachen reichten von Partnermangel über fehlende Kinderbetreuungsangebote bis zu Unfruchtbarkeit und seien als »Realisierungspotenziale« in unterschiedlich hohem Maße politischer Beeinflussung zugänglich.

Die Politik in Japan versucht, an allen Punkten gleichzeitig anzusetzen. Tatsächlich stieg die Geburtenrate in den letzten Jahren geringfügig an (vgl. Abbildung 1), doch sank die durchschnittliche Kinderzahl pro Ehepaar zwischen 2002 und 2010 von 2,23 auf 1,96 (KSJK 2010a: 4), und immer weniger Ledige betrachten uneheliche Elternschaft als eine akzeptable Alternative (KSJK 2010b: 5, 16–17).³ Am Erfolg der Regierungsmaßnahmen wird gezweifelt, umstritten ist ihre Adäquanz.

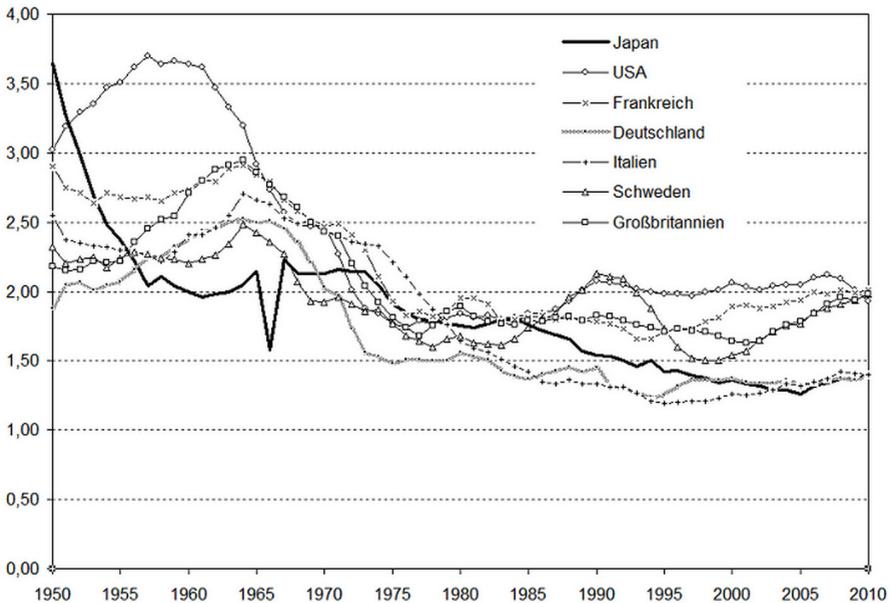
Den historischen Hintergrund der Kritik und einige brisante Punkte der aktuellen Diskurse herauszustellen, ist das Ziel dieses Beitrags. Nach einem kurzen Überblick über die japanische Fertilitätsentwicklung im Vergleich zu westlichen Staaten erfolgt eine Erörterung ihres historischen Verlaufs seit der Meiji-Zeit (1868–1912) und der Bevölkerungspolitik vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Während die Ursachen und befürchteten Konsequenzen des aktuellen Geburtenrückgangs an anderer Stelle ausführlich diskutiert wurden (COULMAS et al. 2008; COULMAS und LÜTZELER 2011; JMS 1998; KIMURA 1999; KOBAYASHI und KOMINE 2004; NKS 2007; ÖBUCHI und KANEKO 2005), konzentriert sich der vorliegende Beitrag auf die Prämissen und den aktuellen Diskurs der »Politik gegen den Geburtenrückgang«.

3. Der Anteil außerehelich geborener Kinder zeigt zwar eine zunehmende Tendenz, übersteigt aber kaum 2 % aller Geburten, während er in europäischen Ländern bei 30 bis 60 % liegt (HONKAWA 2012).

2. Der Geburtenrückgang Japans im internationalen Vergleich

Zu Beginn der 1950er Jahre lag die Gesamtfertilitätsrate (TFR) Japans höher als die fast aller westeuropäischen Länder, fiel aber innerhalb eines Jahrzehnts unter die der Vergleichsstaaten (Abb. 1). Wie die Grafik zeigt, bildet der japanische Geburtenrückgang keinen Einzelfall. Statt ihn aber in eindimensionale eurozentristische Modernisierungstheorien demographischer Transition einzureihen und unstimulierende Faktoren wie das Heiratsverhalten oder den abweichenden Wertewandel, der sich gegenwärtig in Japan und anderen ostasiatischen Ländern abzeichnet, zu ignorieren, folge ich der Argumentation EHMERS (2011: 11), dass »looking back in history makes it easier for us to understand the diversity of fertility, the complexity of determinants«, eine Komplexität, die auch COULMAS und LÜTZELER (2011: 5) hervorheben. Das Ziel der historischen Erörterungen dieses Beitrags besteht darin, die politische Absicht hinter Entwicklungen aufzuzeigen, deren Ergebnis den Gegenstand der aktuellen Diskurse in Japan bildet.

ABBILDUNG 1: Die japanische Fertilitätsrate im internationalen Vergleich

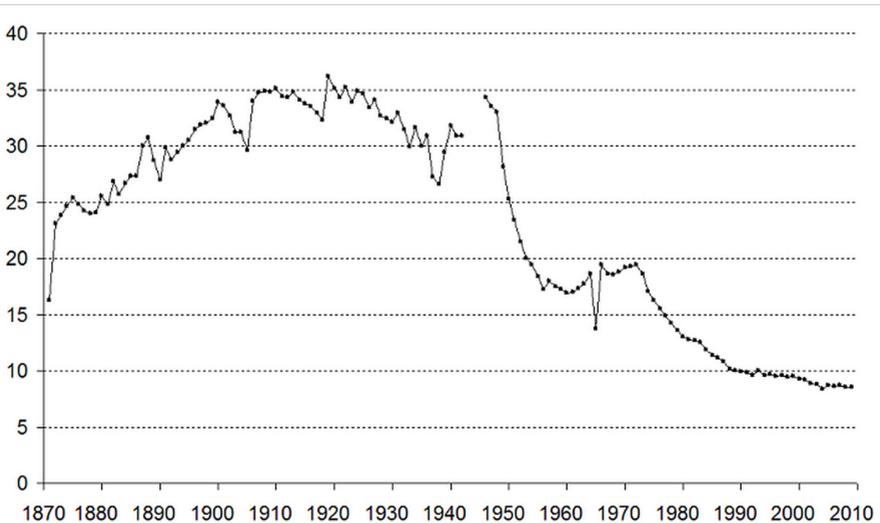


Quelle: NAIKAKUFU (2011: 30).

3. Die Fertilitätsentwicklung von der Landesöffnung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Langzeitdaten zur Bevölkerungsentwicklung in Japan reichen rund 140 Jahre zurück, fast bis zur Meiji-Restauration (1868), mit der das japanische Feudalzeitalter offiziell beendet und die japanische »Moderne« eingeleitet wurde. Die Verbesserung der Lebens- und Erwerbsbedingungen nach der Auflösung der Feudalstrukturen führte zu einem steilen Anstieg der Fertilität (Abb. 2). Verstärkt wurde dieser durch das Verbot (1869) und die (ab 1890 eingeführte) Strafbarkeit von Abtreibung und Kindesmord (KITABA 2006: 22; MITSUNAGA 1988).

ABBILDUNG 2: Entwicklung der Geburtenrate Japans seit der Meiji-Zeit



Quelle: KRS (2011a); TKS (1985).

Die steigende Tendenz der Geburtenrate hielt bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts an. Unter dem Einfluss des Russisch-Japanischen Krieges (1904/05) erfuhr sie eine leichte Abwärtsbewegung und pendelte sich dann auf dem relativ hohen Niveau von 31 bis 34 Geburten pro 1000 Einwohner ein. Der Einschnitt im Jahre 1906 ist auf den eingangs erwähnten Mythos zum Jahr des Feuerpferdes (*hinoeuma*) zurückzuführen. Geburtsdaten in jenem Jahr geborener Mädchen wurden teilweise

manipuliert, um einem befürchteten Familiendrama vorzubeugen (OKAZAKI 1950: 205–206).

Während des Ersten Weltkrieges blieb die Fertilitätsrate trotz sinkender Tendenz noch relativ hoch. Japan war in aktuelle Kampfhandlungen vergleichsweise wenig involviert und die japanische Wirtschaft boomte⁴ dank der hohen Exportnachfrage. Die Ausbreitung der Spanischen Grippe in Japan und der Wirtschaftseinbruch nach Kriegsende lösten jedoch einen deutlichen Rückgang der Fertilität aus. Der statistische Spitzenwert von 36,2 Geburten auf 1.000 Einwohner im Jahre 1920 beruht lediglich auf Umstellungen in der Datenerhebung und der Bezugsgrundlage (OKAZAKI 1950: 206–207). Die Einbeziehung der Überseegebiete und der Einwohner mit fremder Staatsangehörigkeit erhöhte nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern auch die Geburtenrate aufgrund der spezifischen Altersstruktur migrationsbereiter Bevölkerungsgruppen (KTJT 1999: 84–85).

Im Verlauf der zwanziger und dreißiger Jahre zeigte die Geburtenentwicklung einen leichten Abwärtstrend, bedingt unter anderem durch die Furcht vor Nahrungsmangel und Überbevölkerung (cf. KOCH 2008: 106–107; TAEUBER 1958: 366). Die Weltwirtschaftskrise sowie die Zunahme kriegerischer Initiativen in den Jahren 1934 bis 1938/9 verstärkten diese sinkende Tendenz der Fertilitätsrate. Unmittelbar vor der Eröffnung des Pazifischen Krieges stieg die Geburtenziffer (= absolute Geburtenzahl) jedoch erneut an, von 1,9 Millionen im Jahre 1939 auf 2,2 Millionen in den Jahren 1940 bis 1943 (TKS 1985: 821).

Hintergrund dieses Geburtenanstiegs war eine Politik, die der Deutschlands und anderer europäischer Kriegsstaaten ähnelte. Im Dezember 1937 hatte die japanische Regierung beschlossen, ein Sozialministerium zu gründen, das die Gesundheit der Bevölkerung verbessern sollte und damit auch die Voraussetzungen für Kriegsproduktion und militärische Unternehmungen (MASUYAMA 2004: 24–25). Wenige Monate nach seiner Etablierung verbreitete das junge Ministerium den Slogan »*umeyō, fuyaseyō*« [Gebärt und vermehrt euch] (AKAGAWA 2004b: 134). Weil »Soldaten für den Krieg, Volksangehörige für die Kriegsindustrie und [...] Japaner zur Verteilung in die Überseegebiete notwendig wurden«, beschloss die Regierung im Januar 1941, Richtlinien für die Erstellung eines Bevölkerungsplans' (*jinkō seisaku kakuritsu yōkō*). Innerhalb eines Jahrzehnts wollte sie das durchschnittliche⁵ Heiratsalter um drei Jahre senken, die durchschnittliche Kinderzahl auf fünf erhöhen und die Säuglingssterblichkeit verringern. Weitere Maßnahmen beinhalteten akti-

4. Der Export stieg in diesem Zeitraum von 0,6 auf 2,1 Mrd. Yen, die Gesamtproduktion von 3 Mrd. Yen (1914) vervierfachte sich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (AOKI 2004: 290–291).
5. Es handelt sich hier nicht um ein »legales« Heiratsalter, wie KOCH (2008: 109) schreibt, sondern um das durchschnittliche, das damals für Frauen bei 24,4 und für Männer bei 28,4 Jahren lag.

ve Partnervermittlung, Reduzierung der Trauungskosten, Stärkung der Institution der Ehe und Veränderung der Schulpläne, um Mädchen auf ihre Rolle als Mutter und Gebälerin fürs Vaterland vorzubereiten. Erwerbstätigkeit gebärfähiger Frauen über zwanzig wurde unterdrückt, kinderreiche Familien erhielten finanzielle Vergünstigungen und soziale Auszeichnungen, während Singles mit zusätzlichen Steuern belastet wurden (MASUYAMA 2004: 34–40).

Auch das japanische »Volkseugenikgesetz« (*kokumin yūseihō*) des Jahres 1940 gehorchte primär dem Kriegsimperativ nach mehr »Menschenmaterial«. ⁶ Es bestand aus einem ersten Teil, der Sterilisation als »eugenische Operation« einführte (v.a. §1–§5), und einem zweiten, der jegliche Art »nicht indizierter« Geburtenkontrolle untersagte. Während die Bestrafung von Abtreibung und Abtreibungsbeihilfe schon seit 1907 nach deutschem Vorbild wiederholt verschärft worden war, stellte das »Volkseugenikgesetz« (§15–18) auch »nicht eugenisch indizierte« Sterilisation unter harte Strafe. »Eugenische Operationen« im Sinne des ersten Teils des Gesetzes wurden bis zur seiner Aufhebung im Jahre 1948 an vergleichsweise wenigen (insgesamt 538) Personen durchgeführt. Der zweite Teil des Gesetzes, die Strafandrohung für Abtreibung und Sterilisation dürfte um ein Vielfaches größere Auswirkungen gehabt haben (MITSUNAGA 1988).

Der Anstieg der (absoluten) Geburtenzahlen und der Geburtenrate während der Eröffnung des Pazifischen Krieges belegt den Erfolg der staatlichen Bevölkerungspolitik (TKS 1985: 46). Erst 1945 und 1946 fiel die Geburtenziffer um mehr als 30 % und führte in Verbindung mit einer hohen Sterberate von 29 auf 1.000 Einwohner im letzten Kriegsjahr zu einer negativen Bevölkerungsbilanz. Schon im darauffolgenden Jahr nahm jedoch die Bevölkerung durch Remigranten aus ehemaligen Überseegebieten und Kriegsheimkehrer um mehr als dreieinhalb Millionen Menschen (entsprechend 5 % der Gesamtbevölkerung) zu. Nicht zuletzt unter diesem Einfluss setzte der erste Babyboom in Japan bereits 1947 ein, und damit etwa zehn Jahre früher als in Deutschland.

4. Politik zur Geburtenregelung seit dem Zweiten Weltkrieg

Angesichts der raschen Bevölkerungszunahme unmittelbar nach Kriegsende warnte schon 1946 die »Forschungsgruppe für Bevölkerungsprobleme« (*jinkō mondai*

6. YAMAMOTO (2005: 86) vertritt die These, dass auch ideologische Argumente in Zusammenhang mit dem japanischen Ahnenkult und der Familienideologie des japanischen Nationalstaates ein Eugenikgesetz im Sinne des deutschen Nationalsozialismus verhinderten. Zur Entstehung des Gesetzes im einzelnen vgl. KATŌ (1988).

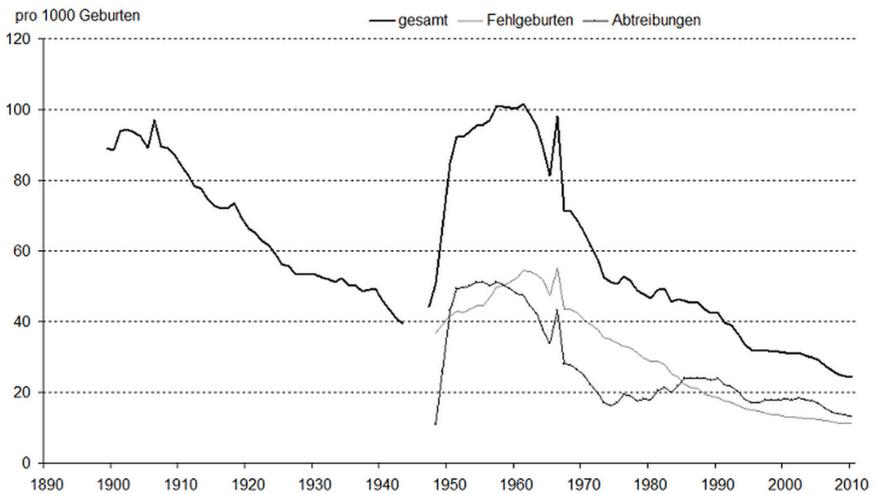
*kenkyūkai*⁷) in ihrem »Vorschlag zur Grundausrichtung einer neuen Bevölkerungspolitik« vor Not und Verarmung als Folgen der Überbevölkerung. Das Parlament diskutierte die Notwendigkeit eugenischer Maßnahmen, »um der Geburt aus eugenischer Sicht missratener (*furyōna*) Kinder und Kindeskinde vorzubeugen« (YAMAMOTO 2005: 87). Eine Untersuchung in Heimen obdachloser Kinder habe belegt, dass 80 % der Insassen schwachsinnig (*teinōji*) seien (YAMAMOTO 2005: 87). Das bestehende »Volkseugenikgesetz« von 1940 wurde parteiübergreifend kritisiert als »Gesetz eines Militärstaates zur Bevölkerungsvermehrung« (MATSUBARA 1997: 11), das einer eugenischen Zielsetzung nicht gerecht werde (YAMAMOTO 2005: 86). Daher verabschiedete das Parlament 1948 ein neues Eugenikgesetz (*yūsei hogo hō*), um zu verhindern, dass »schlechtes« Erbgut (von »unheilbar Kranken« oder Straffälligen!) weitergegeben werde oder Kinder geboren würden, die den Einflüssen einer »schlechten« Umgebung ausgesetzt wären (MATSUBARA 1997: 12). Gleichzeitig sollte das Gesetz dazu dienen, »Leben und Gesundheit der Mütter zu schützen« (YAMAMOTO 2005: 87). Die Indikation für Zwangssterilisierung und Schwangerschaftsabbruch wurde von der »Gefährdung des Lebens der Mutter« erweitert auf »die Befürchtung wesentlicher Beeinträchtigungen der mütterlichen Gesundheit« (YAMAMOTO 2005: 87). Ärzte hatten sich für eine Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs eingesetzt, da sie für sich selbst und ihre Mitarbeiterinnen die rechtlichen, für ihre Patientinnen auch die gesundheitlichen Konsequenzen des »Abtreibungs-Schwarzmarktes« fürchteten. Durch Gesetzesrevisionen wurden in den Jahren 1949 und 1952 die Bedingungen für legalen Schwangerschaftsabbruch weiter gelockert (YAMAMOTO 2005).

Parallel zu den Diskussionen um ein neues Eugenikgesetz im Parlament konzipierte die Regierung Katayama 1947 eine »Volksbewegung zum Aufbau eines neuen Japan« (*shin Nihon kensetsu kokumin undō*), um, wie es hieß, die Kleidungs-, Nahrungs- und Wohnsituation zu verbessern, herkömmliche Gewohnheiten zu verändern und die innerfamiliären Beziehungen zu demokratisieren. Tatsächlich diente diese Kampagne primär der Propaganda einer Zweikindfamilie unter den Bannern der »Fortschrittlichkeit« und des »Wohlstandes« (YANAI 2001). Aus Sorge, nur gebildete Schichten sähen die Notwendigkeit von Familienplanung ein und die Gesamtgesellschaft erfahre eine qualitative »Negativselektion«, initiierte Furuya Yoshio vom National Institute of Public Health (NIPH) intensive Aufklärungskampagnen in Modelldörfern und unter Menschen mit niedriger Schulbildung. Gleichzeitig organisierte die »Forschungsgruppe für Bevölkerungsprobleme« entsprechende Maßnahmen für Familienangehörige der Arbeitnehmer in

7. Diese Forschungsgruppe war unter dem Einfluss der Ersten Weltbevölkerungskonferenz 1933 als halbstaatliche Organisation gegründet worden (KOCH 2008: 106).

Großunternehmen (OGINO 2008). Die Unternehmensleitungen versprachen sich Produktionssteigerungen, wenn eine Reduzierung der Kinderzahl zu einem ruhigeren Familienleben und zur Entspannung der Ehefrauen beitragen, die Ehefrauen ihren Männern den Rücken frei halten und die Männer sich ausschließlich auf ihre Arbeit konzentrieren könnten. Mit anderen Worten: die Unternehmen erhofften sich vom Geburtenrückgang Gewinnsteigerungen. Darüber hinaus hatten seit 1946 einzelne Unternehmen begonnen, Familienzuschläge einzuführen, weshalb es unmittelbar in ihrem ökonomische Interesse lag, eine vierköpfige Kleinfamilie als »fortschrittliches Ideal« zu propagieren (MORINAGA 1997: 25–43).

ABBILDUNG 3: Rate der Totgeborenen



Quelle: KRS (2011b).

Hebammen, die bis zum Kriegsende überall darauf hingearbeitet hatten, Schwangerschaftsverhütung und Abtreibung zu unterbinden, erhielten auf der Grundlage des neuen Eugenikgesetzes nun den konträren Auftrag, unter dem Banner der »Familienplanung« die Geburtenrate zu reduzieren. Manche wehrten sich dagegen, ihr Arbeitsziel so ins Gegenteil zu verkehren; die meisten aber folgten dem neuen Gebot – sei es aus »Einsicht« oder aus dem persönlichen Interesse an einem gesicherten Einkommen. In Aufklärungsveranstaltungen und bei Hausbesuchen berieten sie die Ehefrauen Unternehmensangehöriger über die Vorteile von Familienplanung und Haushaltsführung, über Verhütungsmethoden und über Abtreibung.

Sie bauten Organisationen mit Überwachungsfunktion auf und überprüften den Erfolg ihres Aufklärungsprogramms in abschließenden Gruppentreffen (YANAI 2001). Zu Spitzenzeiten sollen 55 Unternehmen und rund 1,24 Millionen Ehefrauen (entsprechend etwa 17 % der weiblichen Gesamtbevölkerung zwischen 20 und 29 Jahren) an diesen Veranstaltungen teilgenommen haben (OGINO 2008).

Unter dem Einfluss dieser Kampagnen und der gesetzlichen Erleichterung von Schwangerschaftsverhütung und -abbruch schnellte die Zahl offizieller Abtreibungen und Sterilisationen in die Höhe (KTJT 1999: 86; vgl. auch TAEUBER 1958: 276) (Abb. 3). Während im Jahre 1948 durchschnittlich 1,2 Schwangerschaftsabbrüche auf 100 Lebendgeburten kamen, lag die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche drei Jahre später 4,5mal so hoch. Die Zahl offizieller Schwangerschaftsabbrüche sinkt zwar seit 1956, übertraf aber noch im Jahre 1958 (und erneut wieder seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre) die der Totgeburten, und die Anzahl von Sterilisationen stieg zu Beginn der 1950er Jahre auf schätzungsweise 3–5 pro 1.000 Männer und Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren an (NARABAYASHI 1956: 58–59). Am häufigsten erfolgten Abtreibungen und (vermutlich) induzierte Totgeburten unter jungen verheirateten Frauen »desiring to postpone or to limit first and second birth« (TAEUBER 1958: 281), unter älteren Frauen mit vielen Kindern und unter Teenagern (TAEUBER 1958: 258), wobei sich eine positive Korrelation mit dem Bildungsniveau der Betroffenen beobachten ließ (TAEUBER 1958: 281).

Die Tendenz zur Zwei-Kind-Familie breitete sich aus, und die Geburtenrate fiel rapide. Nach dem Ende des ersten Babybooms (1947–1949) sank sie innerhalb eines Jahrzehnts um nahezu 50 % (TKS 1985: 821), die geschlechts- und alterskontrollierte Gesamtfertilitätsrate (TFR) sogar noch stärker (KTJT 1999: 86–87). Bereits im Jahre 1957 lag die durchschnittliche Kinderzahl der Frauen im gebärfähigen Alter (TFR) mit 2,04 unter der Reproduktionsrate⁸ von 2,1.

Die politische Einflussnahme wirkte sich nicht nur unmittelbar auf die Geburtenentwicklung aus, sondern prägte langfristig Werthaltungen und Verhaltensnormen in der Bevölkerung: »the effect of policy discussion and implementation is not simply the direct effect of the policy itself but also the effect of social learning that goes with the policy discussion« (MCDONALD 2007: 241). So trugen Akzeptanz und Legalisierung der Abtreibung in den 1950er Jahren erheblich zum

8. Die (einfache) Reproduktionsrate einer Population errechnet sich aus der Anzahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens gebären muss, um (nach statistischer Wahrscheinlichkeit) eine künftige Mutter zur Welt zu bringen (Atō 1996b; Ishikawa 1996). In fortgeschrittenen Industrieländern gilt allgemein eine TFR von 2,1 als Voraussetzung für die natürliche Reproduktion einer Population, in Japan lag der entsprechende Wert im Jahre 1920 bei 3,30, unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg (1947) noch bei 2,65 und rangiert seit dem Ende der 1970er Jahre unter 2,1 (TKS 1985: 8–9).

Geburtenrückgang bei, während Kontrazeptiva – im Unterschied zu vielen westlichen Ländern – in Japan nur zögernd angenommen wurden. Die »Phase des hohen Wirtschaftswachstums« (*kōdo keizai seichōki*, 1958–1973) war in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre begleitet von einem leichten Wiederanstieg der Fertilitätsrate, die jedoch unter dem Wert von 2,3 blieb. Als die geburtenstarken Jahrgänge des Ersten Babybooms mit circa 23 Jahren ins Heirats- und Elternalter kamen, nahm die Geburtenrate noch einmal geringfügig zu und löste einen – sehr leichten – »Zweiten Babyboom« aus (1971–1973); danach setzte die TFR bis 2005 ihren Abwärtstrend fort.

Der aktuelle Geburtenrückgang in Japan weist wenig von der Wertkonstellation auf, die LESTHAEGHE (1983) als charakteristisch für den Zweiten Demographischen Übergang in Europa beschreibt. Weder ist eine zunehmende Konzentration auf Partnerschaft statt auf Kinder (»king-pair« statt »king-child«) zu beobachten noch eine Abnahme der Heiratsfreudigkeit. Zwar steigt der Anteil Lediger seit etwa zwei Jahrzehnten an, doch beabsichtigen circa 90 % von ihnen, auf jeden Fall irgendwann zu heiraten. Der Anteil derer, die Kinder bekommen möchten, liegt noch höher (KSJK 2010b: 13). Unverheiratetes Zusammenleben junger Paare bildet in Japan nach wie vor eine Ausnahme (KSJK 2010b: 9). In den meisten Fällen bleibt es auf den Zeitraum weniger Wochen oder Monate vor der Hochzeit beschränkt (KSJK 2005: 36–37). Der Anteil außerehelich geborener Kinder liegt nicht einmal halb so hoch wie in den 1920er Jahren, und unter 10 % der Vergleichswerte nord- und westeuropäischer Länder.

5. Neuere »Politik gegen den Geburtenrückgang«

Der Geburtenrückgang entsprach in Japan also seit seinem Beginn in den 1950er Jahren dem von Wirtschaft und Politik zugunsten gesamtgesellschaftlichen Wohlstandes propagierten Ideal (KONO 2011: 45–52; TAEUBER 1958: 364–379). Das frühe Absinken der TFR unter die natürliche Reproduktionsrate wurde daher kaum problematisiert. Auf die »Schock«-Meldung der Medien hin gründete die Regierung eine Kommission, fünf Jahre später verabschiedete sie den »Angel«-Plan zur Unterstützung von Familien mit Kindern (KŌSEISHŌ 1998: 206–208). Da die Geburtenentwicklung entgegen allen Prognosen in den 1990er Jahren ihren Abwärtstrend fortsetzte, begann die Regierung 1998, alljährlich neue Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang zu verkünden. Inhaltlich konzentrieren sie sich im wesentlichen auf die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit mit Haus- und Erzie-

hungsarbeit, auf Familienförderung, schulische Erziehung, Wohnraum und Wohnumgebung, ökonomische Unterstützung, medizinische Versorgung und Beratung, öffentliche Handlungspläne und Nachbarschaftshilfe (NAIKAKUFU 2004: 94–120, 2006: 22–61, 2007: 24–41, 2011: 3–19).

Konkrete Zielsetzungen und Inhalte allerdings haben sich innerhalb der einhalb Jahrzehnte politischer Initiativen gegen den Geburtenrückgang beachtlich gewandelt. So stand im Rahmen der »Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung« zunächst eine Ausweitung des Betreuungsangebotes für Vorschul- und Kleinkinder im Vordergrund; heute werden im selben Kontext die Notwendigkeit der Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Geschlechtsrollenerwartungen für Frauen und Männer diskutiert. Während in der »schulischen Erziehung« zu Beginn der 1990er Jahre Unterrichtszeiten verkürzt und projektorientiertes Lernen gefördert wurden, um Stress und einseitige Konzentration auf Faktenwissen zu reduzieren, verlangt die Regierung nunmehr, die Unterrichtszeiten aller Klassenstufen zu verlängern; Konkurrenz, testorientiertes Lernen, Gruppenanpassung, Selbstbehauptung und Vaterlandsliebe gewinnen erneut an Stellenwert. Als Ziel schulischer Erziehung gelten »starke« Menschen, die sich schon von früher Jugend an auf Beruf und Familie hinorientieren. Dafür soll in Mittel- und Oberschulen die Freude an der Erziehung eigener Kinder vermittelt werden – gleichzeitig allerdings auch die Wichtigkeit sexueller Abstinenz im Jugendalter.

»Familienunterstützung« beinhaltet ursprünglich finanzielle, betreuende und erziehungsberatende Unterstützung der jeweils Bedürftigen; inzwischen steht, ungeachtet der Einsicht, dass die »Normalfamilie aus Mann, Hausfrau und zwei Kindern« nicht mehr die Mehrheit bildet (KRS 2011b: 4), die Förderung der »gesunden« Familienform (so der ehemalige Wohlfahrts- und Arbeitsminister Yanagisawa) der Zwei-Eltern-zwei-Kind-Familie im Vordergrund. Um auch die Familiengründung zu fördern, veranstalten Kommunen Partys zur Partnerfindung und im privatwirtschaftlichen Bereich hat sich Partnervermittlung zu einem neuen Dienstleistungsbereich entwickelt (YONEYAMA 2011). Das Sozial- und Arbeitsministerium forderte Unternehmen auf, junge Mitarbeiter beim Entwurf eines Lebensplanes mit Familie zu unterstützen.

Während »medizinische Versorgung« im Kontext der Geburtenpolitik der 1990er Jahre »Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere und Kleinkinder« bedeutete, wurde der Gegenstandsbereich ausgedehnt bis hin zu Beratung und (Teil-) Finanzierung von Eingriffen gegen Infertilität (NAIKAKUFU 2011; SUGIMOTO 2004, 2008).

Der Regierungswechsel im September 2009 von der LDP zur DPJ versprach, ein neues Kapitel in der Familienpolitik einzuleiten. Besonders die Einführung eines neuen Kindergeldes (*kodomo teate* statt des bisherigen *jidō teate*), das einkommensunabhängig bis zum Ende der 9-jährigen Schulpflicht ausgezahlt werden sollte, galt als »Augapfel« (YONEYAMA 2011: 56) im Wahlprogramm der neuen Regierungspartei DPJ und hatte erheblich zu ihrem Wahlsieg beigetragen (EGUCHI 2011: 117). Neben diesen Geldleistungen standen auch Sachleistungen in Form eines verbesserten öffentlichen Betreuungsangebotes für Kleinkinder und Maßnahmen zur Förderung väterlicher Familienarbeit auf dem Programm der DPJ.

Personelle Probleme, wiederholte Führungswechsel und last but not least Erdbeben, Tsunami und die Reaktorkatastrophe im März 2011 beeinträchtigten die zügige Umsetzung des Wahlprogramms der DPJ, bis schließlich Yoshihiko Noda als DPJ-Vorsitzender und Premierminister eine politische Richtung einschlug, die sich zunehmend mehr an der Politik der ehemaligen Regierungspartei LDP orientiert als am eigenen Parteiprogramm und der ursprünglichen Parteispitze. Abgesehen von einer reduzierten Einführung des neuen Kindergeldes erschöpft sich die Familienpolitik seit dem Regierungswechsel daher bislang überwiegend in einer modifizierten Fortsetzung früher eingeleiteter Maßnahmen.

6. Kritik an der aktuellen Geburtenpolitik

6.1 Instrumentalisierte Gleichstellungspolitik

Im Jahre 2010 initiierte der Arbeits- und Sozialminister Nagatsuma das »Projekt *ikumen*«,⁹ einen Wettbewerb für erziehende Väter (KRS 2012). Das fordernd wirkende Poster aus dem Jahre 1996, das unter dem Titel »*kosodate shinai otoko o chichi to yobanai*« [einen Mann, der keine Kinder versorgt, nennt man nicht »Vater«] einen langhaarigen Mann mit Baby auf dem Arm zeigte, wurde ersetzt auf Werbepostern und der einschlägigen Internetseite durch Fotos fröhlich lachender Familienväter auf Werbepostern und der einschlägigen Internetseite. Die Erfahrungsberichte dieser »*ikumen*« belegen im Kern wenig Neues. Nach wie vor nehmen Männer in der Regel höchstens einige Tage Erziehungsurlaub, und bei den wenigen Ausnahmen stehen Gründe wie die Erkrankung der Ehefrau, der Verlust des eigenen Arbeitsplatzes oder untypische Einkommensverteilung der Ehepartner dahinter. Ansonsten motiviert auch die Reduzierung ihrer Arbeitszeit die Männer

9. Das Kunstwort »*ikumen*« ist zusammengesetzt aus dem japanischen Begriff »erziehen« und dem englischen »men«.

nicht zu mehr Beteiligung an der Hausarbeit (NISHIOKA und HOSHI 2011). Umfragen über die Einstellung zur geschlechtsspezifischen Rollenverteilung belegen ebenfalls ein Festhalten an herkömmlichen Mustern, gerade bei jungen Leuten. Die Rolle der Männer als Familienernährer bleibt weitgehend unangetastet, doch die Bedingungen des Arbeitsmarktes haben den Unterhalt einer mehrköpfigen Familie mit nur einem Einkommen erheblich erschwert (Jō 2008). Der populäre Begriff »sōshokuzoku«¹⁰ für junge Männer, die sich traditionellen Männerklischees verweigern, wird zunehmend mehr verknüpft mit despektierlichen Konnotationen, um von der Wirtschaft gewünschte Geschlechtnormen zu konservieren.

In medizinischen Fachkreisen kursiert die These, Umwelteinflüsse hätten durch hormonelle Veränderungen zur Zunahme »weichlicher Männer« geführt und den Geburtenrückgang verursacht. Diese Erklärung findet bislang kaum breitere Resonanz, sei es, weil sie in grundsätzlichem Widerspruch zu neoliberalen Denken steht, sei es, weil sie geeignet wäre, die »Verantwortung« für den Geburtenrückgang von der jüngeren auf die ältere Generation zurückzuschieben.

Großen Einfluss gewannen Analysen zur Korrelation von Geburtsrate und weiblicher Erwerbstätigkeit in OECD-Ländern, die zeigten, dass sich die negative Korrelation dieser beiden Faktoren in den 1970er Jahren bis zur Jahrtausendwende in eine positive verkehrte (vgl. ATŌ 1996a; KAWAGUCHI 2005; NDKS 2005). Daraus wurde gefolgert, dass auch in Japan eine aktive Gleichstellungspolitik einen Anstieg der Fertilitätsrate bewirken könne. Die Genderforscherin, Soziologin und Regierungsberaterin Mari Ōsawa griff die Studie auf und forcierte eine höhere Einbindung verheirateter Frauen in den Arbeitsmarkt.

Unumstritten ist diese Politik nicht. MANABU AKAGAWA (2004a) kritisiert die empirischen Grundlagen der scheinbar logischen Argumentation, eine umfassende Gleichstellungs- und Sozialpolitik begünstige sowohl eine hohe weibliche Erwerbsquote als auch eine positive Fertilitätsentwicklung, und bemängelt die Datenselektion der Studie als höchst willkürlich. HORI'I (2011: 201–215) stellt in Frage, dass der statistischen Korrelation tatsächlich eine Kausalbeziehung zugrunde liegt. Wahres Ziel dieser Politik sei es, noch mehr Frauen als billige und flexibel verfügbare Arbeitskräfte für die Wirtschaft zu rekrutieren. Die hohen Kosten der Kindererziehung einerseits, gesunkene Löhne und fehlende Arbeitsplatzsicherheit der Familienernährer andererseits zwingen schon jetzt Mütter zur Berufstätigkeit, während die Unternehmen davon profitieren (vgl. HONDA 2009).

Andere Wissenschaftler wenden gegen die »Frauenförderungs politik zur Steigerung der Geburtenrate« ein, direkte Anreize, Einflussnahme auf das Bewusstsein

10. Der Ausdruck »sōshokuzoku« bedeutet in wörtlicher Übersetzung »Familie der Grasesser« und entspricht in etwa dem deutschen »Warmduscher«.

Lediger oder eine effektive Verbesserung der Gesamtwirtschaftslage führten schneller und sicherer zum Ziel, als der Umweg über die Förderung der Geschlechtergleichstellung (INUZUKA 2003: 29–30; MOTOYAMA 2005).

Feministische Wissenschaftlerinnen fordern in Absetzung von Ōsawa, die Gleichstellungspolitik von der Geburtenentwicklung abzukoppeln, um Frauenrechte unabhängig von weiblicher Gebärfähigkeit durchzusetzen. SAWAKO SHIRAHASE (2005) beispielsweise warnt jedoch vor dem Risiko, durch die Trennung von Gleichstellungs- und Geburtenpolitik potentielle Fortschritte in der Geschlechtergleichstellung zu verspielen.

Wie tief manche Politiker dem geschlechtsdiskriminierenden Denken verhaftet sind, zeigt exemplarisch der Fall des ehemaligen Arbeits- und Sozialministers Hakuo Yanagisawa (LDP), der Frauen als »Gebärmaschinen« bezeichnete, trotz harter öffentlicher Kritik aber im Amt bleiben konnte. Seine Fürsprecher machten geltend, dass er sich eben in der Ausdrucksweise vertan habe. Der Diskurs um seinen Ausspruch belegte, dass er inhaltlich mit seiner Sichtweise keineswegs allein stand (vgl. HORI'Ō 2011: 177–180).

Das Für und Wider um die Verknüpfung von Gleichstellungspolitik und Geburtenpolitik zeigt deutlich: Frauen sollen Zugeständnisse und Unterstützung erhalten, damit sie Kinder bekommen. Eine Ausweitung der Kinderbetreuungsangebote, die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen von Erziehungsurlaub und flexiblere Arbeitszeiten reichen jedoch kaum aus, die Fertilitätsrate in der gewünschten Weise zu beeinflussen. Frauen empören sich über die Dreistigkeit, mit einer solchen Politik die Geburtenrate erhöhen zu wollen (AJSS 2007). Nicht nur strukturelle Bedingungen, sondern auch rein individuelle Präferenzen spielten eine Rolle bei der Entscheidung für oder gegen Elternschaft (YOSHIHIRO 1993). Abgesehen davon bleibe bei den meisten Diskussionen ganz außer Acht, dass oft gesundheitliche Gründe oder mangelnde Übereinstimmung in der Partnerschaft die Realisierung eines Kinderwunsches verhindern.

6.2 Kinder als »öffentliches Gut«

Finanzielle Unterstützung für Kinder ist als solche kaum umstritten, doch richtet sich Kritik gegen das Kindergeld der DPJ, das bislang nicht wie im Manifest vorgesehen, sondern nur als Ergänzung des bisherigen *jidō teate* und in halber Höhe eingeführt wurde (EGUCHI 2011: 117). Sowohl der Betrag (der geplante ebenso wie der aktualisierte) als auch die Altersbegrenzung seien willkürlich festgelegt. Beson-

ders umstritten ist die Abkopplung vom Einkommen der Eltern, da dies zu einer Verteilung nach dem »Gießkannen-Prinzip« führe, während die Existenzsicherung Bedürftiger nicht gewährleistet werde.

Die Befürworter des neuen *kodomo teate* halten dem entgegen, dass das Geld eben nicht als »Almosen« in die Haushaltskasse der Familien fließen, sondern Kinder und Eltern einen Rechtsanspruch auf die Geldleistung erhalten sollen. Bezweckt werde mit dem Kindergeld nicht die Unterstützung einzelner, sondern die Übernahme der Ausbildungskosten von Kindern durch die Gesamtgesellschaft (EGUCHI 2011: 118–127).

Gleich dem Kindergeld beruht auch die Forderung nach Ausbau des öffentlich finanzierten Betreuungsangebotes für Kleinkinder explizit oder implizit auf der Prämisse, Kinder seien ein »öffentliches Gut«. Denn die prekäre Lage der Renten- und Sozialversicherungen bildet das Hauptmotiv, sich wissenschaftlich und politisch mit der Geburtenentwicklung zu befassen. Die meisten Erörterungen zum Thema münden in das Fazit: Wir brauchen mehr Kinder, um die Zukunft der Gesellschaft ökonomisch abzusichern.¹¹ Um die nachwachsende Generation zur Erfüllung dieser Funktion zu befähigen, müsste konsequenterweise die Gesellschaft insgesamt für deren Bildungskosten aufkommen (MUKUNO 2010).

KANEKO ISAMU (2003) fordert in Übereinstimmung mit weiten Kreisen der langjährigen Regierungspartei LDP, durch den Geburtenrückgang ausgelöste inner- und intragenerationale Konflikte zu mildern durch Transferleistungen Kinderloser an Familien mit Kindern, besonders an Hausfrauenfamilien. Das »Trittbrettfahren« Kinderloser führe zu gesellschaftlich ineffizienten Investitionen und werde die Misere der Sozialversicherungen weiter verschärfen (YAMASHIGE 2011). Mit den Worten »wenn kinderlose Frauen im Alter durch Steuern finanziert werden, ist das komisch« (ASAHI SHINBUN, 5.7.2003, zitiert nach SUGIMOTO 2004: 256) spitzt der einstige Ministerpräsident Yoshirō Mori diese Kritik an kinderlosen Menschen auf Frauen zu.

An ethischen Prinzipien orientierte Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler pochen jedoch auf strikte Neutralität des Staates gegenüber der individuellen Wahl einer bestimmten Lebensform (SUGIMOTO 2005). AKAGAWA (2004b) postuliert, Kinder seien ein »ausgesprochen privates Gut«, das es, unabhängig von allen politischen Maßnahmen immer und überall gegeben habe. Öffentliche Unterstützung für Familien widerspreche Prinzipien der Gleichberechtigung. Lehrkostenfreiheit hält er allerdings für angebracht, um allen Kindern das Grundrecht auf Bildung zu garantieren.

11. Die in westlichen Diskussionen erörterte Alternative, niedrige Fertilität durch Migration auszugleichen, bleibt in Japan weitgehend ausgeklammert.

6.3 »Erprobte Methoden« vs. »Trauma« der Vergangenheit

Wie oben skizziert wurde, weist die »Politik gegen den Geburtenrückgang« (neuerdings auch »Familienpolitik« genannt) zunehmend mehr Parallelen mit der Bevölkerungspolitik der 1930er und 1940er Jahre auf. Die Tatsache, dass der Wirtschaftsdemograph HIROSHI ÔBUCHI (2005) sich veranlasst sieht, anhand von Vergleichen mit westeuropäischen Ländern nachzuweisen, dass die japanische Geburtenpolitik der Gegenwart sich von der Bevölkerungspolitik der Vorkriegs- und Kriegszeit essentiell unterscheidet, belegt – entgegen der Intention des Autors – welche deutliche Annäherungen hier stattgefunden haben (AKAGAWA 2004a; SUGIMOTO 2004). Allein schon die Diskussion um die Einführung von »Single-Steuern« erinnert allzu deutlich an die Vorkriegszeit, als Maßnahmen zur Begünstigung von Familien eingeführt wurden, um die Bereitstellung von »Menschenmaterial« für die Kriegsführung zu beschleunigen (AKAGAWA 2004b).

ATAIGAWA (2010a: 115–119) führt die anhaltend niedrige Fertilitätsrate in Italien, Deutschland und Japan darauf zurück, dass in diesen Staaten der Dreierallianz des Zweiten Weltkriegs die Bevölkerungspolitik der Vorkriegs- und Kriegszeit ein Trauma hinterlassen habe. Lange Zeit hätten daher die Politiker dieser Länder von einer aktiven Geburtenpolitik Abstand genommen. In Japan habe der Ministerpräsident Koizumi Jun'ichirō (LDP) 2006 im Rahmen seiner Strukturereformen mit der »neuen Politik gegen den Geburtenrückgang« (*atarashii shōshika taisaku*) einen grundlegenden Wandel eingeleitet. Unabhängig von Erwerbstätigkeit und Einkommen sollen seitdem alle Familien mit Kindern finanziell begünstigt werden. Junge Leute sollen bei der Arbeitsfindung, Frauen beim beruflichen Wiedereinstieg unterstützt werden, um durch solche Hilfe zur Existenzsicherung Familiengründungen zu fördern und die Institution »Familie« wieder attraktiver zu machen (ATAIGAWA 2010a: 119–144).

Mit den Parallelen zur Vergangenheit mehrt sich auch die wissenschaftliche Kritik an dieser Politik. Im Januar 2008 veranstaltete der Science Council of Japan ein Symposium mit dem Titel »Bevölkerung und Gender – Ist Politik gegen den Geburtenrückgang möglich?« als Gemeinschaftsveranstaltung von Gender-Forscherinnen und Historikerinnen. Im Widerspruch zu Ôbuchi argumentierte die renommierte Deutschland-Historikerin TOSHIKO HIMEOKA (2008), dass sich gerade die deutsche Familienpolitik eingedenk der Bevölkerungspolitik zur Zeit des Nationalsozialismus trotz niedriger Geburtenrate jeglicher Einmischung in die Privatsphäre enthalte und auf strikte Neutralität gegenüber allen persönlichen Lebensformen

achte.¹² In Japan aber, so der Gesamt-Tenor der Symposiumsdiskussionen, entspreche die Geschichte der Bevölkerungs- und Geburtenpolitik einer Geschichte der »Verwaltung des weiblichen Körpers« als »Ressource der Bevölkerungspolitik« (SAKURAI 2008). Ogino gelangt in ihrer historischen Analyse zu der Schlussfolgerung, die Effektivität vergangener Geburtenpolitik sei weniger von ihrer jeweiligen Zielrichtung abhängig gewesen, als vielmehr davon, in welchem Maße die Betroffenen in den Politikzielen auch eigene Interessen hätten erkennen können (OGINO 2008). Überspitzt ließe sich sagen: Die »Verkaufsmethode« wirkt nachhaltiger als der Inhalt der Ware.

Ein Sozialminister wie Yanagisawa musste unweigerlich versagen im Hinblick auf die Legitimität und Effektivität seiner Politik (NAGAYAMA 2007), weil sie die Vergangenheit in Erinnerung rief, und damit die fortgesetzte Missachtung elementarer Rechte von Frauen (MUKUNO 2008).

7. Jüngste Diskurse

7.1 Sozioökonomischer Wandel als Rahmen der Fertilitätsentwicklung

Seit 2006 zeigt die Geburtenrate eine leichte Trendänderung, die Politiker und Ministerien denn auch sofort als Erfolg für sich verbuchten. Zu Unrecht, wie sich unschwer nachweisen lässt: denn erstens können im Juni 2006 beschlossene Maßnahmen sich kaum im selben Jahr auf die Geburtenrate auswirken. Zweitens erfolgte der Anstieg etwas mehr als dreißig Jahre nach dem Zweiten Babyboom, was bei einem durchschnittlichen Alter von knapp dreißig bei der Geburt des ersten Kindes die Erklärung der Geburtenzunahme als schwach ausgeprägten »Dritten Babyboom« nahe legt (KYŌGOKU 2010: 210). Darüber, dass die Geburtenpolitik der LDP-Regierung nicht viel Effektives bewirkt hat, herrscht unter Wissenschaftlern nahezu Einigkeit (ATAIGAWA 2010a: 95–169). Auch außerhalb der Wissenschaft leugnen nicht einmal diejenigen, die als ehemalige Arbeits- und Sozialminister für die diversen Maßnahmen verantwortlich zeichneten, die Zweifelhaftigkeit ihres Erfolges (RENSAI ZADANKAI 2012).

Während bis um die Jahrtausendwende zahlreiche Mikrostudien über die Ursachen des Geburtenrückgangs durchgeführt wurden, um auf dieser Grundlage konkrete Maßnahmen einzuleiten, gewinnen in neueren Studien mehr noch ge-

12. HIMEOKA (2008) argumentiert im Kontext ihres Vergleiches mit Japan – innerhalb des deutschen Kontextes dürften teilweise andere Beurteilungskriterien gelten.

samtgesellschaftliche Perspektiven an Gewicht, besonders die Beziehung zwischen ökonomischer Entwicklung und Fertilität.

Die Entwicklung der Marktwirtschaft und der Aufbau des Sozialversicherungssystems gelten als entscheidende Voraussetzung für die Verbreitung der vom Verwandtschaftsverband ökonomisch unabhängigen Kleinfamilie. Die Freisetzung der Frauen von der Mitarbeit in Landwirtschaft oder Fischerei und von der Verantwortung, ältere Familienangehörige zu versorgen, habe ihnen den Zugang zu höherer Bildung ermöglicht. Dies habe zur Zunahme weiblicher Erwerbstätigkeit geführt, und in der Folge zu Heiratsaufschub und Geburtenrückgang (YAMASHIGE 2011).

AKIHIKO KATŌ (2011) erörtert den Einfluss des Wirtschaftswachstums auf die soziale Mobilität und damit indirekt auf die Geburtenentwicklung. Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums seit den 1970er Jahren habe die soziale Mobilität verringert und durch die Verhärtung sozialer Unterschiede die Heiratschancen von Männern aus niedrigeren sozialen Schichten deutlich gesenkt. Gleichzeitig habe, so KATŌ (2011), die Verbreitung individualistischer Ideologie vor dem Hintergrund von Landflucht, Bedeutungsschwund der Gemeinschaft und Familienverkleinerung die Gelegenheiten, einen Ehepartner beziehungsweise eine Ehepartnerin zu finden, erheblich vermindert. Gewachsen sei die individualistische Tendenz, sich allein auf sein eigenes Leben und auf die Gegenwart zu konzentrieren, und dabei wenig Rücksicht zu nehmen auf nachwachsende Generationen. Die Ressourcenprobleme, die Umweltprobleme und die Schwächung des Systems Familie seien Konsequenzen dieser Entwicklungen (ATAIGAWA 2010a: 19–24).

Vor diesem Hintergrund bewirken auch die öffentlichen und kommerziellen Angebote von Dienstleistungen zur Heiratsanbahnung (*kekkon chūkai sabisu* oder *omiai pātī*) wenig (KATŌ 2011). Der gesellschaftliche Druck, einen Partner oder eine Partnerin zu finden, hat für manche jungen Leute inzwischen ein solches Maß angenommen, dass Kliniken speziell für psychische Erschöpfung, die aus diesen Aktivitäten herrührt, ambulante Betreuung (*konkatsu hirō gairai*) anbieten (YONEYAMA 2011). Aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive gelten die Aktivitäten zur Heiratsanbahnung jedoch als eine Chance, den Geburtenrückgang zu überwinden (YONEYAMA 2011: 57).

Wie ATAIGAWA (2010b) betont, könnte allerdings selbst ein Erfolg der aktuellen Maßnahmen zur Lösung der brisanten Probleme der Sozialversicherungen nichts beitragen, sondern würde sich erst in dreißig bis vierzig Jahren auswirken. Daher müsse vor allem darauf geachtet werden, dass politische Maßnahmen jedweder Art die Fertilitätsentwicklung jedenfalls nicht negativ beeinflussen. Im Übrigen müsse bis auf weiteres ein Fortbestehen der gegenwärtigen demographischen Struktur als Prämisse akzeptiert werden, auf deren Basis politische Initiativen zu planen seien (ATAIGAWA 2010b).

7.2 Nachhaltige Sozialversicherungssysteme und Generationengerechtigkeit

Andere Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler argumentieren auch langfristig für eine Anpassung der Sozialversicherungssysteme und der Wirtschaftsstruktur an die demographischen Bedingungen. KYÖGOKU (2010) erörtert, wie überhaupt erst die enorme Zunahme junger Menschen in den Städten das hohe Wirtschaftswachstum der 1950er und 60er Jahre ermöglicht habe. Ein solcher »Bevölkerungsbonus« sei jedoch nicht nur in der Gegenwart, sondern auch für die Zukunft nicht mehr zu erwarten.

Für entscheidend halten viele Ökonomen und Sozialwissenschaftler die ausreichende Bereitstellung von Arbeitskräften, die durch den Geburtenrückgang bedroht sei. Frauen aller Altersgruppen und ältere Männer bis 64 müssten daher stärker als bisher in den Arbeitsmarkt eingebunden werden. Gleichzeitig bestehe jedoch die Gefahr, dass eine Zunahme weiblicher Erwerbstätigkeit den Geburtenrückgang weiter verstärken und damit das Problem mangelnder Arbeitskräfte perpetuieren könnte (YAMASHIGE 2011).

Aus anderer Perspektive noch befassen sich FUJITA und YOSHIKAWA (2011) mit der Beziehung zwischen Fertilität und Wirtschaftsentwicklung, die zwar nicht ganz unabhängig voneinander verliefen, doch auch nicht in gleichbleibender Korrelation oder gar parallel, wie mitunter angenommen wird. Das hohe Wirtschaftswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg beispielsweise habe darauf beruht, dass es mit 7 % die Bevölkerungszunahme von 2 % weit überstieg. Doch führten auch Produktivitätssteigerungen nicht unbedingt zu positivem Wirtschaftswachstum, wie die *risutora*- (Restrukturierung = Entlassungs-)Politik nach dem Zusammenbruch der Blasenökonomie belege. Ausschlaggebend für einen künftigen Wirtschaftsaufschwung seien Innovationen für neue Produkte und Dienstleistungen, die auch ohne Bevölkerungswachstum Produktionssteigerungen ermöglichten (Fujita und Yoshikawa 2011).

Als größtes Problem niedriger Fertilität gilt in Japan wie in zahlreichen anderen Ländern ihr Einfluss auf die Sozialversicherungssysteme (YAMASHIGE 2011: 55). Die ökonomische Last, die die ältere Generation der jüngeren aufbürdet, schlage nun wie ein Bumerang zurück. Unter den Älteren breite sich Armut aus und die Unterschiede im Lebensstandard innerhalb derselben Generation klafften so weit auseinander, wie es schon lange nicht mehr möglich zu sein schien (ATAIGAWA 2010a: 19–24, 71–94). Trotzdem ließen sich weder Rentenkürzungen noch Beitragsanhebungen zu den Sozialversicherungen vermeiden. Um den Anteil der Beitragszahlenden auszuweiten, sei es unerlässlich, die Arbeitsbedingungen für

junge Leute (deutlich) zu verbessern; anders ließe sich auch die Zahl künftiger Sozialhilfeempfänger kaum mehr begrenzen (ATAIGAWA 2010b). Der Schlüssel zum intergenerationalen Miteinander liege in ökonomischer Aktivität und darin, ein Mindesteinkommen und »Unabhängigkeit« (*jiritsu*) aller zu sichern (ATAIGAWA 2010a: 153–169). »Unabhängigkeit« impliziere dabei die drei Dimensionen »Selbstentscheidung«, »Selbstentfaltung« in dem Sinne, die eigenen Möglichkeiten zu verfolgen, und »Selbstverantwortung« für das eigene Schicksal (KYÖGOKU 2010: 190–191).

8. Fazit

Wie die Analyse der Hintergründe und Ursachen des Geburtenrückgangs zeigt, ist die japanische Fertilitätsentwicklung nicht zu trennen von den Bemühungen, demographische Veränderungen durch politische Maßnahmen gezielt in die eine oder andere Richtung zu beeinflussen. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs förderte die Regierung eine Zunahme der Geburten mit gesetzlichen Mitteln, um Expansion und Krieg vorantreiben zu können. In der Nachkriegszeit gab die Furcht vor Überbevölkerung angesichts des aktuellen Nahrungs- und Wohnungsmangels Anlass, durch die Legalisierung der Abtreibung und andere staatliche Eingriffe die Geburtenrate zu senken. Eine von der Regierung initiierte »Volksbewegung« bereitete das Klima für die Ausbreitung des Ideals der (Zwei-Eltern-)Zwei-Kind-Familie. Mit einer Kombination aus politischer Überredung, sozialem Druck und individuellen Anreizen erzielte diese Politik durchschlagenden Erfolg. Der rapide Geburtenrückgang ab 1950 erfolgte als Resultat effektiver politischer Maßnahmen.

Die seit den 1990er Jahren zu beobachtenden Bemühungen der japanischen Regierung, die Fertilitätsentwicklung erneut zu beeinflussen, funktionieren jedoch nicht annähernd so gut. Methoden, die zu Beginn der 1940er Jahren einen Geburtenanstieg auslösten, geraten heutzutage in die Kritik und bewirken wenig. Der wissenschaftliche Diskurs, der in Wechselwirkung steht mit dem gesellschaftlichen Bewusstsein, zeigt, dass sowohl die Prämisse, Gleichstellungspolitik führe zu steigender Fertilität, als auch die Prämisse historischer Wiederholbarkeit nicht ausreichend fundiert sind und von der Bevölkerung in Frage gestellt werden. Viele wehren sich dagegen, Kinder als ein »öffentliches Gut« zur Finanzierung der Sozialversicherungen anzusehen (HORI'I 2011: 180): »Es ist, als werde der Existenzwert von Menschen nur anerkannt als Arbeiter (Steuerzahler), die einen wirtschaftlichen Beitrag leisten«.

Die Diskurse um eine geeignete Politik zeigen, dass selbst die erfolgreichsten Maßnahmen gegen niedrige Fertilität zu einer Lösung der aktuellen Probleme wenig beitragen können. Zur Stützung der Sozialversicherungssysteme müssen Initiativen in anderen Bereichen erfolgen, von Neuregelungen des Arbeitsrechtes bis hin zu Investitionen, die den demographischen Realitäten angepaßt sind. Ob dauerhaftes Wirtschaftswachstum für den Fortbestand einer Gesellschaft unerlässlich ist, und welcher Preis angemessen ist für wie gearteten Wohlstand – das sind Fragen, die im Diskurs um den Geburtenrückgang in Japan künftig an Beachtung gewinnen dürften.

Literatur

- ABE, MAKOTO und HACHIRŌ NISHIOKA (2011), »Honsho no Matome to Seisaku Teigen« [Zusammenfassung dieses Buches und Policy-Vorschläge], in: MAKOTO ABE, HACHIRŌ NISHIOKA, NORIKO TSUYA und NOBUTAKA FUJITA (Hg.), *Shōshika Jidai no Kazoku Henyō* [Wandel der Familie im Zeitalter sinkender Kinderzahlen], Tōkyō: Tōkyō Daigaku Shuppankai, S. 227–235.
- AJSS (AJIA JOSEI SHIRYŌ SENTĀ) (2007), »Tokushū: Abe Kōzō Kaikaku to ›Kazoku no Kizuna« [Sonderheft: Abe-Strukturreformen und ›Familienbande‹], in: *Onnatachi no 21 Seiki*, 49.
- AKAGAWA, MANABU (2004a), *Kodomo ga hette nani ga warui ka!* [Was ist schlecht daran, wenn es weniger Kinder gibt!], Tōkyō: Chikuma Shinsho.
- AKAGAWA, MANABU (2004b), »Shinbun ni arawareta ›Umeyo, Fuyaseyo« [Der Slogan »Gebärt und vermehrt euch« in Zeitungen], in: *Shinshū Daigaku Jinbun Gakubu Kiyō* [Bulletin der Fakultät für Geisteswissenschaften der Shinshū Universität], 38: 133–148.
- AOKI, MICHIO (2004), *Monbu Kagakushō Kenteizumi Kyōkasho: Nihonshi B* [Vom Kultur- und Bildungsministerium anerkanntes Lehrbuch: Japanische Geschichte B], Tōkyō: Sansēidō.
- ASK (ASAHI SHINBUNSHA KEIZAIBU) (Hg.) (2004), *Nihon Shukushō: Daun Saijingu Shakai he no Chōsen* [Verkleinerung Japans: Herausforderung zu einer schrumpfenden Gesellschaft], Tōkyō: Asahi Shinbunsha.
- ATAIGAWA, YOSHIYUKI (2010a), *Kazoku to Fukushi no Shakai Keizai* [Sozialökonomie der Familie und der Wohlfahrt], Tōkyō: Nihon Keizai Shinbun Shuppansha.
- ATAIGAWA, YOSHIYUKI (2010b), »Shōshi Kōreika Jidai no Shakai Hoken Seido no Tenbō« [Aussichten des Sozialversicherungssystems im Zeitalter von niedriger Fertilität und Alterung], in: *Nihon Fukushi Daigaku Keizai Ronshū* [Wirtschaftsanalysen der Nihon Fukushi Universität], 40: 1–32.

- ATŌ, MAKOTO (1996a), *Senshin Shokoku no Jinkō Mondai* [Das Bevölkerungsproblem der Industrieländer], Tōkyō: Tōkyō Daigaku Shuppankai.
- ATŌ, MAKOTO (1996b), »1.57 shokku« [Der 1,57 Schock], in: Hikaku Kazokushi Gakkai (Hg.), *Jiten Kazoku* [Wörterbuch zur Familie], Tōkyō: Kōbundō, S. 40.
- ATŌ, MAKOTO (2008), »Mirai he no Tōshi« de aru Shōshika Taisaku ha matta nashi« [Politik gegen den Geburtenrückgang ohne Aufschub als »Investition in die Zukunft«], in: *Shūkan Shakai Hoshō* [Wochenzeitschrift für Sozialversicherung], 62 (2488): 54–55.
- COULMAS, FLORIAN, HARALD CONRAD, ANNETTE SCHAD-SEIFERT und GABRIELE VOGT (Hg.) (2008), *The Demographic Challenge: A Handbook about Japan*, Leiden: Brill.
- COULMAS, FLORIAN und RALPH LÜTZELER (2011), »Population Implosion: Coping with the Unknown«, in: FLORIAN COULMAS und RALPH LÜTZELER (Hg.), *Imploding Populations in Japan and Germany: A Comparison*, Leiden: Brill, S. 1–32.
- EGUCHI, TAKAHIRO (2011), »Kodomo Teate to Shōshika Taisaku [»Kindergeld« und Politik gegen den Geburtenrückgang], Tōkyō: Hōritsu Bunkasha.
- EHMER, JOSEF (2011), »The Significance of Looking Back: Fertility before the »Fertility Decline««, in: *Historical Social Research*, 36 (2): 11–34.
- FUJITA, MASAHISA und HIROSHI YOSHIKAWA (2011), *Shōshi Kōreika no Shita de no Keizai Katsuryoku* [Wirtschaftliche Dynamik bei niedriger Fertilität und Alterung], Tōkyō: Nihon Hyōronsha.
- FUKUDA, NOBUTAKA (2011), »Fūfu Rōdō Jikan to Kodomosū« [Arbeitszeit der Eheleute und Kinderzahl], in: MAKOTO ABE, HACHIRŌ NISHIOKA, NORIKO TSUYA und NOBUTAKA FUJITA (Hg.), *Shōshika Jidai no Kazoku Hen'yō: Pātonāshippu to Shussei Kōdō* [Wandel der Familie im Zeitalter sinkender Kinderzahlen: Partnerschaft und Gebärverhalten], Tōkyō: Tōkyō Daigaku Shuppankai, S. 131–159.
- FURUTA, TAKAHIKO (2003), *Jinkō Genshō Shakai no Māketingu* [Marketing in einer Gesellschaft mit abnehmender Bevölkerung], Tōkyō: Seisansei Shuppan.
- HARADA, YUTAKA und HITOSHI SUZUKI (2005), *Jinkō Genshō Shakai ha kowaku nai* [Die Gesellschaft mit schrumpfender Bevölkerung ist nicht furchterregend], Tōkyō: Nihon Hyōronsha.
- HIMEOKA, TOSHIKO (2008), »Nachizumu to Jinkō Kanri« [Nazismus und Bevölkerungsverwaltung], in: *Gakujutsu no Dōkō: Trends in the Sciences*, 4: 16–20.
- HONDA, KAZUKO (2009), *Soredemo Kodomo ha hette iku* [Trotzdem werden die Kinder weiter abnehmen], Tōkyō: Chikuma Shinsho.
- HORI'I, MITSUTOSHI (2011), »Shōshika« ha Risuku ka [Ist die »niedrige Fertilität« riskant?], Tōkyō: Shūmei Shuppankai.
- INUZUKA, KYŌTA (2003), »Shōshika Taisaku to Kazoku Seisaku Tenkan no Hōkōsei« [Richtungsänderung der Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang und der Familienpolitik], in: SHINJI KATAGIRI und NOBUHIKO NIBE (Hg.), *Kindai Shihonsei to Shutaisei* [Kapitalismus und Subjektivität in der Moderne], Tōkyō: Tōshindō, S. 29–56.

- ISHIKAWA, NOBORU (1996), »Saiseisanritsu« [Reproduktionsrate], in: HIKAKU KAZOKUSHI GAKKAI (Hg.), *Jiten Kazoku* [Wörterbuch zur Familie], Tōkyō: Kōbundō, S. 376.
- JMS [JINKŌ MONDAI SHINGIKAI] (1998), *Jinkō Genshō Shakai: Mirai he no Sekinin to Sentaku* [Gesellschaft mit schrumpfender Bevölkerung: Verantwortung und Alternativen für die Zukunft], Tōkyō: Gyōsei.
- JŌ, SHIGEYUKI (2008), »Dakara Wakamono ha Shiawase ni narenai: Shōshika no Haikei ni aru Kigyō nai no Sedai Kakusa« [Darum können junge Leute nicht glücklich werden: Der Generationengap in Unternehmen im Hintergrund des Geburtenrückgangs], in: *Shūkan Tōyō Keizai* [Wochenzeitschrift Tōyō Keizai], 26 (1):94–95.
- KANEKO, ISAMU (2003), *Toshi no Shōshi Shakai: Sedai Kyōsei o mezashite* [Kinderarme Stadtgesellschaft: Für ein Zusammenleben der Generationen], Tōkyō: Tōkyō Daigaku Shuppankai.
- KATŌ, HIROSHI (1988), »Kokumin Yūseihō no Seiritsu Shisō« [Die Ideen zur Entstehung des Volkseugenikgesetzes], in: *Shakai Fukushigaku* [Forschung zur sozialen Wohlfahrt], 29 (2): 24–47.
- KATŌ, AKIHIKO (2011), »Mikonka o oshisusumete kita futatsu no Chikara« [Zwei Kräfte trieben den Geburtenrückgang voran], in: *Jinkō Mondai Kenkyū* [Forschung zu den Bevölkerungsproblemen], 67 (2): 3–39.
- KAWAGUCHI, AKIRA (2005), »Josei no Shūrō to Shusseiritsu no Dōkō« [Erwerbstätigkeit von Frauen und die Entwicklung der Geburtenrate], in: SHAKAI SEISAKU GAKKAI (Hg.), *Shōshika, Kazoku, Shakai Seisaku* [Geburtenrückgang, Familie, Sozialpolitik], Tōkyō: Hōritsu Bunkasha, S. 28–37.
- KAWAMOTO, SATOSHI (2001), *Ronsō: Shōshika Nihon* [Kontroverse: Geburtenrückgang in Japan], Tōkyō: Chūōkōron Shinsha.
- KIMURA, FUMIKATSU (1999), *Shōshi Kōreika no Kyōfu o yomu* [Die Angst der kinderarmen alternden Gesellschaft erkennen], Tōkyō: Chūkei Shuppan.
- KITABA, TSUTOMU (2006), *Shōshika Taisaku to Kosodate Katei he no Shiensaku* [Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang und zur Unterstützung von Familien mit Kindern], in: *Shūkan Shakai Hoshō* [Wochenzeitschrift für Sozialversicherung], 2368: 22–27.
- KOBAYASHI, YŌTARŌ und TAKEO KOMINE (2004), *Jinkō Genshō to Sōgō Kokuryoku* [Bevölkerungsrückgang und nationale Gesamtstärke], Tōkyō: Nihon Keizai Hyōronsha.
- KOCH, MATTHIAS (2008), »History of Demography in Japan«, in: FLORIAN COULMAS, HARALD CONRAD, ANNETTE SCHAD-SEIFERT und GABRIELE VOGT (Hg.), *The Demographic Challenge: A Handbook about Japan*, Leiden: Brill, S. 97–117.
- KONO, SHIGEMI (2011), »Confronting the Demographic Trilemma of Low Fertility, Ageing and Depopulation«, in: FLORIAN COULMAS und RALPH LÜTZELER (Hg.), *Imploding Populations in Japan and Germany: A Comparison*, Leiden: Brill, S. 35–53.

- KŌSEISHŌ (1998), *Heisei 10-nen Kōsei hakusho: Shōshi Shakai o kangaeru* [Weißbuch des Wohlfahrtsministeriums 1998: Nachdenken über die Gesellschaft mit wenigen Kindern]. Tōkyō: Gyōsei.
- KRS [KŌSEI RŌDŌSHŌ] (2011a), *Heisei 23-nen Jinkō Dōtai Tōkei no Nenkan Suikei* [Jährliche Schätzung der Statistik zur Bevölkerungsentwicklung, 2011], <http://www.mhlw.go.jp/toukei/saikin/hw/jinkou/suiei11/index.html> (30.03.2012).
- KRS [KŌSEI RŌDŌSHŌ] (2011b), *Vital Statistics of Japan 2010*, <http://www.e-stat.go.jp/SG1/estat/CsvdlE.do?sinfid=000012423000> (21.04.2012).
- KRS [KŌSEI RŌDŌSHŌ] (2012), *Ikumen Purojekuto* [Das Projekt »Ikumen«], <http://ikumen-project.jp/project/index.html> (09.08.2012).
- KSJK [KOKURITSU SHAKAI HOSHŌ/JINKŌ MONDAI KENKYŪJO] (2005), *Heisei 17-nen Waga Kuni Dokushinsō no Kekkonkan to Kazokukan* [Heirats- und Familienvorstellungen der Ledigen unseres Landes, 2005], Tōkyō: Kōsei Tōkei Kyōkai.
- KSJK [KOKURITSU SHAKAI HOSHŌ/JINKŌ MONDAI KENKYŪJO] (2010a), *Dai 14-kai Shussei Dōkō Kihon Chōsa: Kekkon to Shussan ni kan suru Zenkoku Chōsa (Fūfu Chōsa no Kekka Gaiyō)* [14. Basisuntersuchung zur Geburtenentwicklung: Landesweite Untersuchung zu Eheschließung und Geburten (Hauptergebnisse der Paarumfrage)], Tōkyō: Kōsei Tōkei Kyōkai.
- KSJK [KOKURITSU SHAKAI HOSHŌ/JINKŌ MONDAI KENKYŪJO] (2010b), *Dai 14-kai Shussei Dōkō Kihon Chōsa: Kekkon to Shussan ni kan suru Zenkoku Chōsa (Dokushinsha Chōsa no Kekka Gaiyō)* [14. Basisuntersuchung zur Geburtenentwicklung: Landesweite Untersuchung zu Eheschließung und Geburten Hauptergebnisse der Ledigenumfrage], Tōkyō: Kōsei Tōkei Kyōkai.
- KTJT [KŌSEISHŌ DAIJIN KANBŌ TŌKEI JŌHŌBU JINKŌ DŌTAI TŌKEIKA] (1999), *Jinkō Dōtai Tōkei 100 Shūnen Kinen: Jinkō Dōtai Tōkei 100-nen no Dōkō* [Zum 100-jährigen Jubiläum der Statistik der demographischer Veränderungen: Wandel in 100 Jahren Statistik der demographischen Bewegungen], Tōkyō: KTJT.
- KYŌGOKU, TAKANOBU (2010), *Kyōsei Shakai no Jitsugen: Shōshi Kōreika to Shakai Hoshō Kaikaku* [Verwirklichung einer Gesellschaft des Zusammenlebens: Niedrige Fertilität, Alterung und Sozialversicherungsreformen], Tōkyō: Chūōhōki Shuppan.
- LESTHAEGHE, RON (1983), »A Century of Demographic and Cultural Change in Western Europe: An Exploration of Underlying Dimensions«, in: *Population and Development Review*, 9 (3): 411–435.
- LESTHAEGHE, RON und DIRK VAN DE KAA (1986), »Twee Demografische Transities?« [Zweite demographische Transition?], in: RON LESTHAEGHE und DIRK VAN DE KAA (Hg.), *Bevolking: Groei en Krimp* [Bevölkerung: Wachstum und Schrumpfung], Deventer: Van Loghum Slaterus, S. 9–24.

- MASUYAMA, MICHYASU (2004), »Sensō Keikaku ni yoru Shakai Hoshō Seido Keisei« [Bildung des Sozialversicherungssystems im Rahmen der Kriegsvorbereitungen], in: *Gifu Keizai Daigaku Ronshū* [Analysen der Wirtschaftsuniversität Gifu], 37 (2): 23–52.
- MATSUBARA, YŌKO (1997), »Bunka Kokka« no Yūseihō« [Eugenikgesetzgebung eines »Kulturstaates«], in: *Gendai Shisō* [Moderne Ideen], 25 (4): 8–21.
- MAZAL, WOLFGANG (2009), *Gewünschte und realisierte Fertilität*, Vortrag, Council of Europe, Conference of Ministers Responsible for Family Affairs, Wien.
- MCDONALD, PETER (2007), »Time for Action: Public Policies to Revert Low Fertility«, in: *Pharmaceuticals Policy and Law*, 9: 237–243.
- MITSUNAGA, YŌKO (1988), »Kokumin Yūseihō« [Volkseugenikgesetz], in: *Joseishi Kenkyū* [Forschung zur Frauengeschichte], 23: 28–29.
- MORINAGA, TAKURŌ (1997), »Hikon« no *Susume* [Empfehlung der »Ehelosigkeit«], Tōkyō: Kōdansha.
- MOTOYAMA, HIROSHI (2005), »Waga Kuni no Shōshika Taisaku: Seisaku kagakuteki Apurōchi« [Die Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang in unserem Land: Ein politikwissenschaftlicher Ansatz], in: *Kaihatsu Seisaku Kenkyū* [Forschung zur Entwicklungspolitik], 7 (2): 37–45.
- MUKUNO, MICHIKO (2008), »Shōshika Taisaku no Kadai to Tenbō« [Aufgabe und Erwartung der Politik gegen den Geburtenrückgang], in: *Shūkan Shakai Hoshō* [Wochenzeitschrift für Sozialversicherung], 2493: 134–137.
- NAGANO-KEN (2007), *Heisei 18-nendo Nagano-ken Kensei Yoron Chōsa* [Umfragedaten zur Präfekturpolitik in Nagano, 2006], <http://www.pref.nagano.lg.jp/soumu/koho/yoron/h18/yoron18.htm> (24.4.2012).
- NAGAYAMA, YASUO (2007), »Yanagisawa Hatsugen Mondai« [Das Problem der Aussagen von Yanagisawa], in: *Chūō Kōron*, 4: 298–301.
- NAIKAKUFU (2004), *Shōshika Shakai Hakusho: Heisei 16 Nenban* [Weißbuch der Gesellschaft mit sinkender Geburtenrate, 2004], Tōkyō: Gyōsei.
- NAIKAKUFU (2006), *Shōshika Shakai Hakusho: Heisei 18 Nenban* [Weißbuch der Gesellschaft mit sinkender Geburtenrate, 2006], Tōkyō: Gyōsei.
- NAIKAKUFU (2007), *Shōshika Shakai Hakusho: Heisei 19 Nenban* [Weißbuch der Gesellschaft mit sinkender Geburtenrate, 2007], Tōkyō: Gyōsei.
- NAIKAKUFU (2011), *Heisei 23 Nenban Kodomo/Kosodate Hakusho* [Weißbuch über Kinder und Erziehung, 2011], Tōkyō: Naikakufu.
- NDKS [NAIKAKUFU DANJO KYŌDŌ SANKAKUKYOKU] (2005), *Shōshika to Danjo Kyōdō Sankaku ni kan suru Senmon Chōsakai Hōkoku* [Bericht der Fachkommission zu Geburtenrückgang und Geschlechtergleichstellung], Tōkyō: NDKS.

- NKS [NAIKAKUFU KYŌSEI SHAKAI SEISAKU TŌKATSU] (2007), »Seifu no Shōshika Taisaku ni tsuite« [Über die Politik der Regierung gegen den Geburtenrückgang], in: *Toshi Mondai Kenkyū* [Forschung zu den Stadtproblemen], 59 (4): 88–100.
- NARABAYASHI, YOSHI (1956), *Kazoku Keikaku to Jutai Chōsetsu* [Familienplanung und Empfängnisverhütung], Tōkyō: Maki Shoten.
- NISHIOKA, ROKURŌ und ATSUSHI HOSHI (2011), »Otto no Kaji Sanka to Tsuma no Shusseiyoku« [Beteiligung des Ehemannes an der Hausarbeit und Kinderwunsch der Ehefrau], in: MAKOTO ABE, HACHIRŌ NISHIOKA, NORIKO TSUYA und NOBUTAKA FUJITA (Hg.), *Shōshika Jidai no Kazoku Henyō: Pātonāshippu to Shushhō Kōdō* [Wandel der Familie im Zeitalter sinkender Kinderzahlen: Partnerschaft und Gebärverhalten], Tōkyō: Tōkyō Daigaku Shuppankai, S. 183–204.
- ŌBUCHI, HIROSHI (2005), »Shōshika Zesei no Jinkō Seisaku« [Bevölkerungspolitik zur Verbesserung des Geburtenrückgangs], in: *Keizaigaku Ronsan (Chūō Daigaku)* [Analysen der Wirtschaftswissenschaften (Chūō Universität)], 45 (1/2): 245–259.
- ŌBUCHI, HIROSHI und HIROYUKI KANEKIYO (2005), *Shōshika no Shakai Keizaigaku* [Sozialökonomie einer Gesellschaft mit sinkender Fertilität], Tōkyō: Genshobō.
- OGINO, MIHO (2008), »Shigenka sareru Shintai: Senzen/Senchū/Sengo no Jinkō Seisaku o megutte« [Umwandlung des Körpers in eine Ressource: Zur Bevölkerungspolitik vor, während und nach dem Krieg], in: *Gakujutsu no Dōkō* [Trends in der Wissenschaft], 4: 21–26.
- ŌISHI, AKIKO (2010), »Shōshika Jisedai Ikusei Shisaku no Hyōka to Tenbō« [Child-Related Policies in Japan: What Should Be Done to Improve Children's Well-Being?], in: *Seikatsu Keizaigaku Kenkyū* [Forschung in den Wirtschaftswissenschaften des Lebens], 32: 109–114.
- OKAZAKI, FUMIKI (1950), *Jinkō to Kazoku Daisankan: Nihon Jinkō no Jisshōteki Kenkyū* [Bevölkerung und Familie, Band 3: Empirische Forschung zur japanischen Bevölkerung], Tōkyō: Kuresu.
- RENSAI ZADANKAI (2012), »Shōshika/Chōjuka no saranaru Shinten de Seido Kaikaku ga hitsuyō ni« [Das weitere Fortschreiten sinkender Kinderzahlen und steigender Lebenserwartung macht Strukturreformen notwendig], in: *Shūkan Shakai Hoshō* [Wochenzeitschrift für Sozialversicherung], 2668: 48–53.
- SAKURAI, MARIKO (2008), »Jinkō: ni Naizai suru Kokka no Ronri to Jendā no Shiten« [In dem Begriff »Bevölkerung« enthaltene Staatstheorie und Genderaspekte], in: *Gakujutsu no Dōkō* [Trends in der Wissenschaft], 4: 8–9.
- SHIRAHASE, SAWAKO (2005), *Shōshi Kōrei Shakai no mienai Kakusa* [Die unsichtbare Differenz der alten Gesellschaft mit wenigen Kindern], Tōkyō: Tōkyō Daigaku Shuppankai.

- SUGIMOTO, YOSHIE (2004), »Shōshika Taisaku« ni miru Jendā no Kadai: 90 Nendai no Shōshika Taisaku o Kentō suru [Aufgaben der »Politik gegen den Geburtenrückgang« aus Geschlechterperspektive: Kritische Betrachtung der Politik gegen den Geburtenrückgang in den 1990er Jahren], in: HIROAKI SHIMIZU (Hg.), *Nihonjin to Shōshika* [Japaner und der Geburtenrückgang], Tōkyō: Ningen to Kagaku Shinsha, S. 255–281.
- SUGIMOTO, YOSHIE (2005), »Shohyō: Akagawa Manabu *Kodomoga hette nani ga waruika!*« [Rezension: Akagawa Manabu *Was ist schlecht daran, wenn es weniger Kinder gibt!*], in: *Sōgō Shakai Fukushi Kenkyū* [Forschung zur allgemeinen Sozialwohlfahrt], 27: 87–90.
- SUGIMOTO, YOSHIE (2008), »Naze Shōshika Seisaku ha Kōka o agenai no ka?: Shōshika Seisaku ga kakaeru futatsu no Mujun« [Warum erzielt die Politik gegen den Geburtenrückgang keinen Erfolg?: Zwei Widersprüche in der Politik gegen den Geburtenrückgang], in: *Ajenda* [Agenda], 20: 14–21.
- TAEUBER, IRENE (1958), *The Population of Japan*, Princeton: Princeton University Press.
- TKS [TŌYŌ KEIZAI SHIMPŌSHA] (Hg.) (1985), *Kokusei Chōsashū Taisei: Jinkō Tōkei Sōran* [Sammlung der Volkszählungsergebnisse: Gesamtüberblick über die Bevölkerungsdaten], Tōkyō: Tōyō Keizai Shimpōsha.
- YAMAMOTO, KIYOKO (2005), »Sengo Nihon ni okeru Jinkō Seisaku to Kazoku Hendō ni kan suru Rekishi Shakaigakuteki Kōsatsu« [Eine geschichtssoziologische Betrachtung zu Bevölkerungspolitik und familiärem Wandel im Nachkriegs-Japan], in: *Sonoda Gakuen Joshi Daigaku* [Sonoda Gakuen Frauenuniversität], 39: 85–99.
- YAMASHIGE, SHINJI (2011), »Shōshika to Zei/Shakai Hoshō Seido no Ittai Kaikaku« [Sinkende Fertilität und umfassende Reform der Steuer- und Sozialversicherungssysteme], in: *Hitotsubashi Keizaigaku* [Hitotsubashi Wirtschaftswissenschaften], 5 (1): 51–74.
- YANAI, IKUKO (2001), »1950–60 Nendai ni okeru Kigyō ni yoru Kazoku Kanri: Shinseikatsu Undō no Tenkai ni sokushite« [Kontrolle der Familien durch die Unternehmen in den 1950er und 1960er Jahren: Auf Basis der Ausbreitung der Bewegung für einen neuen Lebensstil], in: *Tōkyō Daigaku Daigakuin Kiyō* [Zeitschrift der Graduiertenschule der Tōkyō Universität], 41: 107–115.
- YONEYAMA, MASATOSHI (2011), »Gendai no ›Konkatsu Jidai‹ ni okeru Shōshika no Jittai to Shakai Hoshō Seisaku nado« [Der Zustand der sinkenden Kinderzahl, der Sozialversicherungspolitik usw. in diesem ›Zeitalter der Heiratsbemühungen‹], in: *Shūkan Shakai Hoshō* [Wochenzeitschrift für Sozialversicherung], 2646: 56–59.
- YOSHIHIRO, KIYOKO (Hg.) (1993 [1991]), *Onna ga Kodomo o umitagaranai wake* [Warum Frauen keine Kinder gebären wollen], Tōkyō: Bansei Shobō.

Die Autorinnen und Autoren

Georg D. Blind, lic. oec., MA

Jahrgang 1977, Studium der Volkswirtschaftslehre in St. Gallen (Lizentiat 2004) und der Japanologie und Musikwissenschaft in Heidelberg (MA 2008). 2004–2007 Unternehmensberater bei McKinsey. 2008–2009 JSPS-Fellow an der Kyōto University. Seit 2008 Promovend in der Volkswirtschaftslehre in Hohenheim und seit 2010 wissenschaftlicher Assistent in der Japanologie in Zürich. Arbeitsschwerpunkte: volkswirtschaftliche Aspekte der japanischen Wirtschaft.

E-Mail: georg.blind@uzh.ch

Dr. Kerstin Cuhls

Jahrgang 1966. Studierte Japanologie, Sinologie und BWL an der Universität Hamburg. Seit 1992 am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe als wissenschaftliche Projektleiterin tätig. 2011–2012 Vertretungsprofessorin für Japanologie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Zentrum für Ostasienwissenschaften. 2008 bis 2010 Leitung des Geschäftsfeldes »Vorausschau und Zukunftsforschung« im Competence Center »Innovations- und Technologie-Management und Vorausschau« des Fraunhofer ISI. Arbeitsschwerpunkte: Japan (Geschichte, Gegenwart und Zukunft, Innovationssysteme und -politik), Vorausschau (Methoden, Kombinationen, Themen, Innovationspolitik und Umsetzung).

E-Mail: kerstin.cuhls@isi.fraunhofer.de

Prof. em. Dr. Winfried Flüchter

Professor Emeritus an der Universität Duisburg-Essen, war dort Lehrstuhlinhaber für Humangeographie und Gründungsdirektor des Instituts für Ostasienwissenschaften (INEAST: Institute of East Asian Studies). Forschung: Wirtschafts-, Stadt- und Sozialgeographie (Geographische Risikoforschung und Demographischer Wandel) mit Schwerpunkt Ostasien, insbesondere Japan.

E-Mail: winfried.fluechter@uni-due.de

Dr. Katrin Gengenbach

Jahrgang 1980. Studium der Japanologie und Hispanistik mit Schwerpunkt Kulturstudien an der Universität Leipzig. Promotion in Leipzig mit dem Thema *Between Extremes of Poverty and Luxury: Sociocultural Dynamics of Consumption in Early Postwar Japan* (2011). Gegenwärtig arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin. Davor war sie u.a. Stipendiatin am Deutschen Institut für Japanstudien (2008) und assoziiert am DFG-Graduiertenkolleg »Bruchzonen der Globalisierung« (2009–2010). Daneben war sie als wissenschaftliche Hilfskraft und Lehrbeauftragte an der Universität Leipzig (2008–2011) und am Ostasienzentrum der TU Dresden (2009–2010) angestellt. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Konsumkulturen, urbane Landwirtschaft und DIY sowie andere alternative soziale Bewegungen in Japan.

E-Mail: katrin.gengenbach@gmail.com

Phoebe Holdgrün, MA

Jahrgang 1976. Promovierte 2011 am Institut für Modernes Japan der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf mit einer Politikfeldanalyse zu Implementierungsprozessen bei *gender equality policies* in Japans Präfekturen (erscheint 2013 bei iudicium). Seit 2012 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Japanstudien (DIJ, Tōkyō). Ihr gegenwärtiges Forschungsprojekt befasst sich mit der Korrelation von politischer Partizipation und subjektivem Wohlbefinden. Zuvor u.a. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Asien-Afrika-Institut der Universität Hamburg und am Institut für Modernes Japan der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

E-Mail: holdgruen@dijtokyo.org

Dr. Florian Kohlbacher

Jahrgang 1978. Nach Studium der Handelswissenschaften/Internationalen BWL an der Wirtschaftsuniversität Wien, Promotion 2006. Seit 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Japanstudien (DIJ, Tōkyō) und derzeit Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaften. Forschungsprojekte zu den betriebswirtschaftlichen Implikationen des demografischen Wandels sowie zum Thema Konsum und wirtschaftliche Nachhaltigkeit nach dem 11. März 2011.

E-Mail: kohlbacher@dijtokyo.org

Dr. Stefania Lottanti von Mandach

Jahrgang 1972, Studium der Japanologie, Betriebswirtschaftslehre sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Zürich. 2000–2005 Unternehmensberaterin; 2006–2009 Private Equity Fund-of-Funds, verantwortlich für Investment Management und Investor Relations & Development Japan und Korea. 2010 Promotion an der Universität Zürich. Seit 2010 wissenschaftliche Oberassistentin in der Japanologie an der Universität Zürich.

E-Mail: slvm@oas.uzh.ch

Prof. Dr. K.-Ulrike Nennstiel

Universitätsprofessorin für Soziologie an der Hokusei-Gakuen-Universität, Fakultät für Soziale Wohlfahrt, Fachbereich Sozialpolitik. Forschungsschwerpunkte: Kinder und Jugendliche, Gender, Familie, soziale Bewegungen, Kulturosoziologie.

E-Mail: nennstiel@hokusei.ac.jp

Dr. Takahiro Nishiyama

Jahrgang 1967, Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen. 2002–2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Unternehmensführung der Universität Göttingen; seit 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Japan-Zentrum der Universität Marburg; seit 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung für Japanologie und Koreanistik der Universität Bonn. Forschungsschwerpunkte: Produktionsmodell in den japanischen und deutschen Industrien, japanische Medienwirtschaft, Medienpolitik und Betriebswirtschaft.

E-Mail: nishiyama@uni-bonn.de

Prof. em. Dr. Manfred Pohl

Jahrgang 1943. Studium der Japanologie, Neueren Geschichte, Sinologie und Politikwissenschaft in Hamburg. 1973 Promotion zum Dr. phil. mit einer Untersuchung über die Bauernpolitik der Kommunistischen Partei Japans. 1973–1975 wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Sprache und Kultur Japans der Universität Hamburg. 1975–95 Mitarbeiter des GIGA (vorm. Institut für Asienkunde, Hamburg; Arbeitsgebiet: modernes Japan). Verschiedene Veröffentlichungen zur japanischen Parteiengeschichte und zu Problemen der Innenpolitik. Seit 1995 o. Professor für Staat, Politik und Gesellschaft Japans an der Universität Hamburg. Emeritierung 2008.

E-Mail: manfred.pohl@uni-hamburg.de

Raffael Raddatz, MA

Jahrgang 1984. Studium der Japanologie, Politologie, Amerikanistik und der internationalen Beziehungen an den Universitäten Frankfurt und Waseda in Tōkyō. 2009 Magisterabschluß an der Universität Frankfurt mit einer Arbeit zur »Anti-Korean Wave« in Japan. Seit 2009 Doktorand der Japanologie in Frankfurt mit einem Dissertationsprojekt zum Thema »Patriotismuskurse im gegenwärtigen Japan«. Von 2010–2012 MEXT-Stipendiat an der Waseda-Universität, Tōkyō. Forschungsinteressen liegen im Bereich der Kultur, Gesellschaft und Politik des gegenwärtigen Japan. Aktuelle Schwerpunkte sind dabei vor allem Identitätsdiskurse, Internet- und Popkultur sowie Japans Beziehungen zu seinen asiatischen Nachbarn und den USA.

E-Mail: *raffael_raddatz@yahoo.de*

Cornelia Reiher, MA

Jahrgang 1978, 1997–2004 Studium der Japanologie, Kommunikations- und Medienwissenschaften, Politikwissenschaft und Deutsch als Fremdsprache an der FU Berlin und der Universität Leipzig; 2004–2006 JET-Programm in Arita, Präfektur Saga; 2007–2011 Promotion im DFG Graduiertenkolleg »Bruchzonen der Globalisierung« an der Universität Leipzig; seit 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft und Japanologie der MLU Halle-Wittenberg; Forschungsinteressen: Globalisierung, Ernährung, Lebensmittelsicherheit.

Email: *cornelia.reiher@japanologie.uni-halle.de*

Anna Schrade, MA, MSc

Jahrgang 1985, Gastwissenschaftler an der Universität Tōkyō und Doktorand der japanischen Geschichte an der Universität Oxford. BA in Europäischer Kulturgeschichte (Universität Augsburg), MA in European Studies (University of Bath, University of Washington, IEP Sciences Po Paris), MSc in Modern Japanese Studies (University of Oxford).

E-Mail: *anna.schrade@pmb.ox.ac.uk*

PD Dr. Christian Tagsold

Jahrgang 1971, Studium der Soziologie, Japanologie und Neuere und neueste Geschichte. 2000–2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. 2004–2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ethnologischen Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am

Ostasien-Institut der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Veröffentlichungsschwerpunkte im Bereich Sportsoziologie, japanische Diaspora, japanische Gärten im Westen, sowie Wohlfahrt in Deutschland und Japan. 2012 Auszeichnung der Habilitationsschrift *Spaces of Translation: Japanese Gardens in the West* mit Jade-Preis.

E-Mail: tagsold@phil.hhu.de; Homepage: www.ch-t.de

Dr. Tim Tiefenbach

Jahrgang 1981. Nach seinem Studium von »Philosophy and Economics« an der Universität Bayreuth, Promotion in VWL 2011. Seit Oktober 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Japanstudien (DIJ, Tōkyō). Forschungsprojekte zur japanischen Glücksökonomik, darunter insbesondere den Glücksunterschieden von Zeitarbeitern und Festangestellten sowie zu den Glückseffekten der Katastrophe vom 11. März 2011.

E-Mail: tiefenbach@diytokyo.org

Maria Trunk, MA

Jahrgang 1984. Studium der Japanologie, Journalistik und Biologie an den Universitäten Jena und Leipzig. Im Juni 2012 hat sie ihr Magisterstudium in Leipzig mit einer Arbeit über die globalisierungskritische Bewegung in Japan abgeschlossen. 2007 absolvierte ein Praktikum an der AHK Tōkyō als Assistentin für das Ressort der Zeitschrift JapanMarkt. Zurzeit arbeitet sie als freie Journalistin mit dem Veröffentlichungsschwerpunkt Protestkultur in Japan. Zudem ist sie seit 2011 Leipziger Ansprechpartnerin und Pressesprecherin der Textinitiative Fukushima.

E-Mail: mariatrunk@googlemail.com

Prof. Dr. Wilhelm M. Vosse

Jahrgang 1963, Studium der Politischen Wissenschaften, Philosophie und Sozialpsychologie an der Universität Hannover und der London School of Economics (LSE). M.A (1992) und Dr. phil. (2000) in Politischer Wissenschaft. Außerordentlicher Professor (Senior Associate Professor) für Politische Wissenschaft und Direktor des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung (Social Science Research Institute) an der International Christian University in Tōkyō, Japan. Veröffentlichungen u.a. zur japanischen Umweltbewegung, Zivilgesellschaft, und japanischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Email: vosse@icu.ac.jp

Zum Inhalt:

Die 35ste Ausgabe des Japan Jahrbuchs enthält Beiträge zu folgenden Themen: japanische Innenpolitik 2011/2012; neunte Vorausschau-Studie in Japan; Aufwind für Japans Windkraft?; japanische Außenpolitik 2011/2012; Japans Neuerfindung als »Umweltnation«; Japans Wirtschaft nach Doppelschlag und Dreifach-Katastrophe; subjektives Glücksempfinden und seine Einflussfaktoren in Japan; die Contents-Industrie in der japanischen Wirtschaftspolitik; Umgang mit dem (Rest-)Risiko nach Tsunami und Nuklear-Katastrophe in Japan; Politische Partizipation nach der Katastrophe; Dynamiken sozialer Protestbewegungen in Japan; Lebensmittelsicherheit in Japan; das Schriftzeichen des Jahres 2011: *kizuna*; japanische Geburtenpolitik.

Die Herausgeber:

Prof. Dr. David Chiavacci ist Mercator-Professor für sozialwissenschaftliche Japanologie am Ostasiatischen Seminar der Universität Zürich. Seine Arbeitsschwerpunkte sind politische Soziologie, Wirtschaftssoziologie und Wissenssoziologie des gegenwärtigen Japans.

Dr. Iris Wieczorek forscht zum japanischen Innovationssystem im internationalen Vergleich sowie zu Fragen des Wissenschaftsmanagements. Sie ist Senior Research Fellow am GIGA Institut für Asien-Studien in Hamburg und war von 2008 bis 2012 Direktorin des Japan-Büros der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in Tōkyō.

Das Japan Jahrbuch wird seit 2007 unter der Schirmherrschaft der Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung e.V. (VSJF) herausgegeben.

Das Profil der VSJF:

Die 1988 gegründete VSJF ist ein Netzwerk für die Förderung und den Austausch von Wissen über Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur des modernen Japan. Der konzeptionelle Schwerpunkt besteht im Diskurs zwischen den Sozialwissenschaften und der Japan-Forschung. Mit der Vernetzung von Fach- und Länderspezialisten hat die VSJF Möglichkeiten geschaffen, interdisziplinär wichtige Fragestellungen zum modernen Japan zu bearbeiten und die Ergebnisse regelmäßig der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die institutionelle Herausgabe des Japan Jahrbuchs ist Teil dieses Selbstverständnisses.

Weitere Informationen zur VSJF unter www.vsjf.net

VSJF

Das Netzwerk für Dialog und Forschung zum modernen Japan



ISBN 978-3-9812131-4-0



9 783981 213140